

Stefan Garsztecki, Thomas Laux, Marian Nebelin (Hg.)
Brennpunkte der »neuen« Rechten

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch **POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft**



und die Open Library Community Politik 2023 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Hauptsponsor: Fachinformationsdienst Politikwissenschaft – POLLUX

Vollponsoren: Technische Universität Braunschweig | Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg | Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen | Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Goethe-Universität Frankfurt am Main | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbibliothek | Humboldt-Universität zu Berlin | Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek Eichstätt-Ingolstadt | Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | Ruhr-Universität Bochum | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | SLUB Dresden | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek Chemnitz | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Universitätsbibliothek „Georgius Agricola“ der TU Bergakademie Freiberg | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Leipzig | Universität Wien | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar

| Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Vechta | Vorarlberger Landesbibliothek | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Zentralbibliothek Zürich | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschulbibliothek

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | Bibliothek der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden | Bibliothek der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig | Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau | Bibliothek der Hochschule Zittau/Görlitz | Hochschulbibliothek der Hochschule Mittweida | Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) | Landesbibliothek Oldenburg | Österreichische Parlamentsbibliothek

Mikrospensoring: Bibliothek der Berufsakademie Sachsen | Bibliothek der Evangelische Hochschule Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig | Bibliothek der Hochschule für Bildende Künste Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden | Bibliothek der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig | Bibliothek der Palucca-Hochschule für Tanz Dresden | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte | Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Stefan Garsztecki, Thomas Laux, Marian Nebelin (Hg.)

Brennpunkte der »neuen« Rechten

Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/> Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2023 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Stefan Garsztecki, Thomas Laux, Marian Nebelin (Hg.)**

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839465790>

Print-ISBN: 978-3-8376-6579-6

PDF-ISBN: 978-3-8394-6579-0

EPUB-ISBN: 978-3-7328-6579-6

Buchreihen-ISSN: 2364-6616

Buchreihen-eISSN: 2747-3775

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Geleitwort

Gerd Strohmeier 7

Die »neue« Rechte im Kontext

Globale Trends und regionale Entwicklungen

Stefan Garsztecki, Thomas Laux und Marian Nebelin 9

Die »Neue« Rechte in Sachsen: Erscheinungsformen und Dynamiken

Die Wahlmobilisierung der AfD in Sachsen und Bayern

Milieus, Framing und Koalitionen mit der »neuen« Rechten im regionalen Vergleich

Julian Polenz 47

Erfolgreiche Absorption oder Übersetzungsdefizit?

Zum Zusammenspiel rechter Protestakteure und der AfD

im Rahmen der Corona-Politik in Sachsen

Sarah Tell 75

Vom Netz auf die Straße

Mobilisierung und Radikalisierung durch soziale Medien am Beispiel der Kleinstpartei

»Freie Sachsen«

Susanne Rippl 97

»Gegen die da oben und die da unten«

Die Rolle ideologischer Einstellungen für die Abwertung von Geflüchteten

und Politiker:innen in Sachsen

Frank Asbrock und Deliah Bolesta 115

Anastasia als Brückenspektrum zwischen extremer Rechter und alternativen Milieus	
<i>Manuela Beyer</i>	137

Neue und alte Rechte in Chemnitz	
Knotenpunkte eines Netzwerks	
<i>Johannes Grunert und Johannes Kiess</i>	157

Europäische und globale Schlaglichter auf die »neue« Rechte

»Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde«	
Zur Bedeutung des Antisemitismus in der Neuen Rechten: Perspektiven für die politische Bildungsarbeit	
<i>Christoph Wolf</i>	179

(Neue) Rechte, Querdenker:innen und algorithmische Querfrontphänomene	
<i>Marcus Nolden</i>	199

Migration, Biopolitiken, Alltagsrassismus	
Europäische Grenzen und populäre Diskurse	
<i>Heidrun Frieze</i>	223

Antike im Kulturkrieg	
Antikerezeption in der »neuen« Rechten in Frankreich, Deutschland und den USA (Nouvelle Droite; Identitäre Bewegung; Alt-Right)	
<i>Frank Görne, Katarina Nebelin und Marian Nebelin</i>	255

Erst das Vaterland, dann Europa	
Ideologische Traditionslinien und aktuelle Politikentwürfe der »neuen« Rechten in Polen	
<i>Stefan Garsztecki</i>	299

Das Wiederaufleben der radikalen Rechten in der Tschechischen Republik im Gewand der »neuen« Rechten	
<i>Lukáš Novotný</i>	319

Anhang

Autor:inneninformation	337
-------------------------------------	-----

Geleitwort

Gerd Strohmeier¹

Nur wenige Wochen vor Beginn der Ringvorlesung »Neue Rechte: Themen und Tendenzen der Forschung« an der TU Chemnitz fragte mich ein Kollege, ob wir als Universität nicht zu politisch agierten. Als Beispiele nannte er unsere Wahlprüfsteine zur Chemnitzer OB-Wahl, unsere Reaktion auf die schrecklichen Ereignisse in Chemnitz im August 2018, unser Bekenntnis zu Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit sowie auch das symbolische Einfärben unseres Logos, etwa in den Nationalfarben der Ukraine.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Universität nicht zu politisch agieren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben, der wir uns stellen sollten – und müssen. Zudem ist fraglich, inwiefern ein Agieren als politisch bzw. »zu politisch« einzuordnen ist.

Erstens agiert man – auch als Universität – immer politisch. Wenn man, etwa vor dem Hintergrund der Ereignisse in Chemnitz im August 2018, ein politisches Signal aussendet, agiert man zweifelsohne politisch. Wenn man darauf verzichtet, tut man dies jedoch auch. Schließlich ist die Entscheidung, sich nicht einzumischen, eine politische Entwicklung hinzunehmen, die Dinge zu akzeptieren, wie sie sind, ebenfalls politisch. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung, vornehmlich der zunehmenden Polarisierung wie Radikalisierung der Gesellschaft, erscheint es allerdings zunehmend geboten, klare politische Signale auszusenden.

Zweitens hat eine Universität selbstverständlich das Neutralitätsgebot zu beachten und sich nicht in den politischen Diskurs der demokratischen Parteien einzumischen. Sie hat sich jedoch klar vor zentrale politische Prinzipien und Wertgrundlagen zu stellen – insbesondere das Völkerrecht und die freiheitliche demokratische Grundordnung, die ja auch durch das Grundgesetz, über Art. 79 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 4, einen besonderen Schutz genießt. Ernst Fraenkel hat darauf hingewiesen, dass es nicht nur der Konkurrenz der Interessen bedarf, sondern auch eines »Minimums an Homogenität« – nicht zuletzt, um einen Wandel zu einem politischen System zu verhindern, in dem, wie es Fraenkel beschrieb, ein »Maximum an Homogenität« angestrebt wird.

1 Prof. Dr.; Rektor der TU Chemnitz.

Drittens erscheint es sinnvoll, auf den Unterschied zwischen Legalität und Legitimität hinzuweisen. Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim – nicht alles, was legal ist, hat, wie es einst Helmut Schmidt ausgedrückt hat, »eine innere moralische Rechtfertigung«. Fehlt diese, ist es richtig und wichtig, darauf hinzuweisen – und diese konsequent einzufordern.

Vor dem Hintergrund ist es keineswegs so, dass wir als Universität zu politisch agieren, sondern nur unserer Verantwortung bestmöglich gerecht werden. Dies ist äußerst wichtig – aber keineswegs ausreichend. Als Universität müssen wir uns auch wissenschaftlich mit gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere der zunehmenden Polarisierung wie Radikalisierung der Gesellschaft, auseinandersetzen. Dazu hat die Ringvorlesung »Neue Rechte: Themen und Tendenzen der Forschung« einen bedeutenden Beitrag geleistet, wofür ich insbesondere den Kollegen Stefan Garsztecki, Thomas Laux und Marian Nebelin sowie allen weiteren Beteiligten ganz herzlich danken möchte.

Die »neue« Rechte im Kontext

Globale Trends und regionale Entwicklungen

Stefan Garsztecki, Thomas Laux und Marian Nebelin

1 Einleitung

Rechtsextremismus als gesellschaftliches, politisches und strafrechtliches Phänomen hat in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zunehmende Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Wissenschaft erfahren.¹ Selbstverständlich wurde Rechtsextremismus als gesellschaftliches und politisches Problem mitsamt den dadurch motivierten Straftaten in Deutschland bereits zuvor wahrgenommen – man denke in diesem Zusammenhang etwa an die Diskussionen um die rechtsextremen Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992), anlässlich der Wahlerfolge der Republikaner in Baden-Württemberg in den 1990er-Jahren oder der NPD in Sachsen zwischen 2004 und 2014. Allein zwischen 1990 und 2020 wurden zudem mindestens 187 Menschen in Deutschland von Rechtsextremist:innen ermordet (Blickle u.a. 2020). Trotz dieser Ereignisse in der jüngeren Geschichte Deutschlands lässt sich im Anschluss an Armin Pfahl-Traugher (2022: 146) seit dem Jahr 2010 ein politischer »Rechtsruck« in Deutschland feststellen, der im Wesentlichen in »einem Bedeutungsanstieg ›rechter‹ Politikvorstellungen« besteht, und dies nicht nur erwartbar in rechten Milieus, sondern zunehmend auch in der gesellschaftlichen Mitte (siehe hierzu etwa Schütz et al. 2021).

Dieser diagnostizierte Rechtsruck fußt weniger auf der Aufdeckung der rechtsterroristischen Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011, die zu einem »erstaunliche[n] Erstaunen« (Mayer 2013: 19) auf Seiten der Politik, der Medien und der Sicherheitsorgane über die realen Gefahren des Rechtsextremismus in Deutschland führte.² Der festgestellte Wandel nach rechts zeigt sich hingegen auch im seit 2013 durch die Etablierung der Alternative für

1 Rechtsextremismus wird nach einer Befragung im Rahmen der Mitte-Studie 2021 als größte Bedrohung für Deutschland wahrgenommen (Zick 2021: 27).

2 Im letzten Jahrzehnt lässt sich auch ein Anstieg von rechtsextremistisch-motivierten Straf- und Gewalttaten beobachten (Heitmeyer et al. 2021: 33, 35).

Deutschland (AfD) veränderten deutschen Parteiensystem sowie in einer zunehmend zu beobachtenden Ambivalenz gegenüber rechtsextremen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, die als ideologische Offenheit gedeutet werden kann (Küpper et al. 2021: 108). Zugleich entwickelt sich die organisierte und etablierte Zivilgesellschaft, z.B. Gewerkschaften, Kirchen oder Sportvereine, zum Handlungsfeld rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Akteure, um Ressourcen zu mobilisieren und Veränderungen in deren Sinne anzustoßen (Schroeder et al. 2020: 733).

Die beobachtbar sinkende Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Gesamtbevölkerung (Küpper et al. 2021: 108) taugt jedoch nur auf den ersten Blick als Beleg gegen die These eines Rechtsrucks, denn es zeigen sich vermehrt Unterschiede im Hinblick auf rechtsextreme Gesinnungen innerhalb der Bevölkerung und zwischen Regionen. So unterscheidet sich die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen auf Ebene der Bundesländer in bemerkenswertem Ausmaß, wobei vor allem in Ostdeutschland höhere Sympathien vorzufinden sind als in Westdeutschland (Rees et al. 2021: 117). Auch nehmen rechtsextreme Einstellungen im Durchschnitt zwar unter jüngeren Menschen ab, aber gerade in Ostdeutschland machen Junge und Mittelalte in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Wählerschaft der AfD aus (Küpper et al. 2021: 109). Hieran wird deutlich, dass eine alleinige Fokussierung auf empirischen Trends in Form aggregierter Mittelwerte den Blick für regionale Unterschiede, spezifische Milieus und zusammenwirkende Bedingungskonstellationen zu verdecken droht (vgl. Mahoney und Goertz 2006: 245; Schulze 2019: 29–54). Der besagte Rechtsruck bezeichnet neben manifesten Veränderungen, wie der Etablierung der AfD im deutschen Parlamentarismus, auch einen latenten Wandel in Gestalt einer schleichenden Normalisierung und Institutionalisierung rechtsextremen Gedankenguts und einer wachsenden Hinnahme von öffentlicher Agitation dieser Ideologie in Öffentlichkeit und Gesellschaft (Heitmeyer et al. 2021: 267; Pfahl-Traughber 2022: 146).

Vor diesem Hintergrund steht nun im Fokus dieses Bandes die Entwicklung der »neuen« Rechten in Sachsen. Diese Themenwahl ist nicht zuletzt zum einen dem Arbeitsort der Herausgeber sowie einem Großteil der Autor:innen geschuldet.³ Zum anderen ist die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Sachsen in besonderem Maße durch den Einfluss und die Sichtbarkeit rechtsextremer sowie »neu«-rechter Akteure geprägt: So konnte sich PEGIDA ab 2014 als rechtsextreme Protestbewegung bundesweit nur in Sachsen etablieren (Virchow 2016b). Auch gewann die

3 Der Band geht auf eine Ringvorlesung an der TU Chemnitz im Sommersemester 2022 zurück, die von den Herausgebern initiiert und durchgeführt wurde. Wir möchten uns bei allen Vortragenden für ihre anregenden Vorträge sowie dem Publikum für seine Fragen und Anmerkungen ganz herzlich bedanken. Rudolf Boch hat dankenswerterweise die Entstehung dieser Publikation in besonderem Maße befördert.

AfD zehn von 16 sächsischen Direktmandaten bei der Bundestagswahl 2021 und erreichte mit 24,6 % ihr stärkstes Zweitstimmenergebnis in einem Bundesland (Freistaat Sachsen 2021). Zudem fanden in Chemnitz im Sommer 2018 rechtsextreme Ausschreitungen in einem bis dahin kaum vorstellbaren Maße statt (für eine Chronologie der Ereignisse siehe Brichzin et al. 2022: 16–22).

Der politische Rechtsruck sowie die Etablierung rechtsextremer und »neu«-rechter Akteure ist jedoch keineswegs auf Sachsen oder Deutschland begrenzt, sondern stellt ein globales Phänomen dar. Die Hintergründe dieser Entwicklung wie das Spektrum der damit verbundenen Prozesse sind komplex und vielfältig. So erscheint das Erstarken der »neuen« Rechten mittlerweile nicht mehr – wie noch zu Beginn des Jahrtausends – als Ausdruck »situative[r] Gelegenheitsstrukturen« und »nachindustrieller Konfliktstrukturen«, in denen lediglich »Verteilungskonflikte« durch »Konflikte um Kultur und Kulturen« ersetzt wurden (Jaschke 2006: 80) – auch wenn letzteres natürlich ideologisch eine zentrale Rolle spielt. Die möglichen Ursachen des weltweiten Erstarkens »neu«-rechter Bewegungen liegen in gesamtgesellschaftlichen, zum Teil globalen Entwicklungstendenzen, die angesichts einer langen Kette globaler Krisenerfahrungen (z.B. Banken-, Klima- und Coronakrise) besonders virulent geworden sind. Die jüngsten Krisenjahre haben dabei augenscheinlich als Verstärker oder Beschleuniger der Entwicklung gewirkt.

Der vorliegende Band versammelt hierzu Studien mit unterschiedlichem räumlichem Fokus, um die jeweiligen Gemeinsamkeiten und Unterschiede adäquat zu beleuchten. Hierbei zeigen sich auch verschiedene Kontexte für das Erstarken und die Etablierung der »neuen« Rechten. Die Fokussierung auf die »neuen« Rechten ergibt sich daraus, dass sie, so unsere Annahme, von zentraler Bedeutung für das Verstehen und die Erklärung ebenjener Rechtsrucks sind, sei es in Sachsen, Deutschland oder in anderen Staaten und Regionen. Ihr Gefährdungspotential für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Demokratie sowie die Grundrechte speist sich aus der sozialen Wirkmächtigkeit ihrer Ideen. Dies schließt an Überlegungen aus der politischen Kulturforschung an, die darauf hinweist, dass für die Analyse des Wandels von politischen Kulturen – in diesem Fall der skizzierte Rechtsruck – sowohl Einstellungen als auch gesellschaftliche und politische Manifestationen zu beachten seien (Rohe 1990: 336–337). Diese Manifestationen verschieben den analytischen Fokus auf das Zusammenwirken von Ideen der »neuen« Rechten und dem beobachtbarem Handeln ihrer Träger:innen, einem strukturellen Zusammenhang, auf den bereits Max Weber (1988: 252) aufmerksam gemacht hat (Lepsius 1986: 21–24; Rohe 1990: 333).⁴ Die Beiträge dieses Bandes

4 »Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ›Weltbilder‹, welche durch ›Ideen‹ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte« (Weber 1988: 252).

folgen dieser Analyseperspektive, um die relevanten Trägergruppen der »neuen« Rechten in Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu identifizieren und Einsichten über ihre Organisationsformen und Strategien zu gewinnen (vgl. Pfahl-Traugher 2022: 18).

Mit dem Begriff »neuer« Rechter ist zunächst eine »extremistische [...] Intellektuellengruppe« gemeint, die das Ziel verfolgt »einen politischen Umsturz »vor[zu]denken«, um sowohl die liberale Demokratie abzuschaffen als auch den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte teilweise rückgängig zu machen (ebd.: 14; vgl. Weiß 2020: 15–38; Pfahl-Traugher 2020: 148). Letzteres betrifft etwa die Ausübung von Grundrechten, Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter, die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels, das Asyl- und Einwanderungsrecht sowie, falls für das jeweilige Land zutreffend, den Prozess seiner europäischen Integration.

Hierbei teilt die »neue« Rechte viele Grundüberzeugungen des »klassischen« Rechtstextremismus (Heitmeyer et al. 2021: 58–61; Pfahl-Traugher 2022: 14; Weiß 2020: 263–265),⁵ ist jedoch auch anschlussfähig an den (Rechts-)Konservatismus und den Rechtspopulismus (Breuer 2010: 8–9; Jaschke 2006: 76). Aufgrund dessen ist die »neue« Rechte ein konstitutiver Bestandteil einer relativ starken Bewegung des »autoritären Nationalradikalismus« (Heitmeyer 2018b), was ihre gesellschaftliche und politische Bedeutung begründet.⁶ Der Kategorisierung als soziale Bewegung ergibt sich anhand einer geteilten Identität und dem gemeinsamen bzw. koordinierten Handeln der jeweiligen beteiligten Gruppen und Organisationen (vgl. Rucht 2002: 78–81; Rucht und Neidhardt 2007: 634).

Solche ideologisch durchaus diffuse Bewegungen konnten in den letzten Jahrzehnten in zahlreichen Ländern eine große Zahl von Bürger:innen mobilisieren und haben damit neben den politischen Landschaften auch die öffentlichen Diskurse sowie die Einstellungen ihrer Anhänger:innen verändert. Die ideologische Diffusität der »neuen« Rechten ist durchaus strategisch, um möglichst anschlussfähig für unterschiedliche rechtsextreme, rechte oder konservative Milieus zu sein (Pfahl-Traugher 2022: 144). Jedoch lassen sich einige ideologische Kernelemente der »neuen« Rechten identifizieren: So werden der Liberalismus und seine Errungenschaften,

5 Hierzu sei auf die »Konsens-Definition des »Rechtsextremismus« (Virchow 2016a: 17) verwiesen, wonach es sich um ein »Einstellungsmuster [handelt], dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (Niedermayer nach Kreis 2007: 12 in Virchow 2016a: 17).

6 Die zentralen Merkmale des »autoritären Nationalradikalismus« sind ein »Kontrollparadigma gegenüber Politik und Gesellschaft«, »die Betonung der exzeptionellen Stellung des deutschen Volkes« und ein radikaler »Mobilisierungsstil« (Heitmeyer 2018b: 118).

inklusive der individuellen Menschenrechte und der »pluralistische[n] Demokratie« (ebd.: 149), grundsätzlich abgelehnt (ebd.: 129–132; Weiß 2020: 21).⁷ Stattdessen steht im Zentrum des Gesellschafts- und Politikmodells der »neuen« Rechten die »ethnisch-kulturelle Identität« (Pfahl-Traughber 2022: 142). Der zugrundeliegende »Ethnopluralismus«, also die vorgestellte und angestrebte »Gleichwertigkeit homogener Völker in ihren angestammten Lebensräumen«, hat den Rassismus auf der semantischen Ebene ersetzt, zielt inhaltlich durch seinen »Glauben an ethnische Homogenität und d[ie] Verbindung von Volk und Raum« jedoch ebenso auf den Ausschluss anderer und des Anderen ab (Weiß 2020: 34; vgl. Daniel 2020: 185): »Die gemeinsame Grundlage dieses Konzepts mit jenem des klassischen Rassismus ist der Glaube, dass Völker ethnisch homogen sein müssen. Die Vermischung von Völkern führe zu Sittenverfall und in letzter Konsequenz zum »Ethnozid« (Kailitz 2004: 86). Diese offensichtlich mehr durch Selbstviktimisierungen als durch Angst, jedoch durchaus apokalyptisch-endzeitlich (vgl. Schnickmann 2021; Rhein 2023: 354–360) eingefärbte Anrufung der Homogenität dient dabei auch als Legitimation für die Etablierung eines »autoritäre[n] [...] Staatsmodell[s]« (Pfahl-Traughber 2022: 149).

Die »neue« Rechte ist somit aus ideologischer Sicht von der »alten« Rechten kaum zu unterscheiden, auch wenn sich einige ihrer Begriffe gewandelt haben. So hat etwa »Ethnopluralismus« den zuvor offen artikulierten Rassismus ersetzt (Schulze 2022: 186, 189; Weiß 2020: 13, 34). Im Titel des Bandes sowie auch in diesem Beitrag verwenden wir deshalb die Bezeichnung »neue« Rechte, um auf diese Weise eine Distanz gegenüber der Selbststilisierung der damit bezeichneten Akteure als »Neue Rechte« zu markieren. Bei der Selbstbezeichnung als »Neue Rechte« handelt es sich vielmehr um eine begriffliche Verhüllung geschichtlicher Beziehungen und inhaltlicher Bezüge, dem durch die veränderte Wortwahl Rechnung getragen wird. Möglicherweise ist das Neue weniger in der Ideologie zu verorten, als in den Strategien und Organisationsformen der »neuen« Rechten (vgl. Pfahl-Traughber 2022: 18).⁸ Die Strategien der »neuen« Rechten und ihre Organisationsformen erscheinen uns deshalb als geeignete Ansatzpunkte, um ihre Mobilisierungen und damit ihre Sichtbarkeit in Politik und Gesellschaft näher erfassen zu können.⁹ Auch lässt sich damit ermitteln, ob und, wenn ja, wie eine »neue« Rechte »tatsächlich auch aktuell existier[t]« (Langebach und Raabe 2016: 583).

7 Eine scharfe Ablehnung von gesellschaftlichem und politischem Pluralismus ist nach Müller (2017b: 66) auch ein strukturelles Merkmal des Populismus, woraus sich wiederum Überschneidungen mit der »neuen« Rechten ergeben.

8 Die genannten Dimensionen greifen Pfahl-Traughbers (2022: 18) Unterscheidung von »Analysekriterien« – »Ideologie, Organisation und Strategie« – auf.

9 Auf die zentrale Bedeutung von Organisation und Strategien für Mobilisierungsprozesse weist schon seit längerem die Protest- und Bewegungsforschung hin (Kern 2008; Rucht und Neidhardt 2007).

Um die aktuelle Bedeutung der »neuen« Rechten einzuordnen, gehen wir im Rahmen dieses einleitenden Beitrags sowohl auf ihre Entstehung (siehe Abschnitt 2) als auch auf ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen sowie Erscheinungen (siehe Abschnitt 3) näher ein. Auch das Ausmaß des Rechtsextremismus in Sachsen wird kurz ebenso beleuchtet wie globale Entwicklungen in der »neuen« Rechten (siehe Abschnitt 4). Dies alles bildet den Hintergrund für die im Band versammelten Studien, die konkrete Erscheinungsformen und Dynamiken der »neuen« Rechten in den Blick nehmen. Abschließend werden die Beiträge des Bandes kurz vorgestellt (siehe Abschnitt 5).

2 Die historische Dimension der »neuen« Rechten

Zur Geschichte der »neuen« Rechten, ihren Vordenkern und ihren Traditionen liegen bereits eine Vielzahl erkenntnisreicher Analysen vor (z.B. Langebach und Raabe 2016; Pfahl-Traugher 2022; Weiß 2020). Deshalb gehen die Beiträge des Bandes nicht zuvorderst auf die Genese der »neuen« Rechten ein. Für das Verständnis des Analysegegenstands scheint es jedoch angebracht, einführend kurz die Entwicklung der »neuen« Rechten zu skizzieren.

Die »neue« Rechte speist sich in der geschichtlichen *Longue durée* aus konservativen und rechten, aus völkischen, aber auch aus faschistischen bis nationalsozialistischen Strömungen, die traditionsgeschichtlich bis in die Kaiserzeit zurückreichen.¹⁰ Weil die »neue« Rechte ursprünglich eine ihrem Selbstbewusstsein nach »intellektuell-elitäre« (»geistesaristokratische«) Bewegung gewesen ist, die erst im letzten Jahrzehnt partiell ihre elitäre Geschlossenheit aufgegeben und eine soziale Öffnung erfahren hat, lassen sich ausgesprochen präzise zwei Autoren benennen, die nicht nur die ideologischen Grundlagen dieser Strömung gelegt, sondern sie zugleich strategisch geformt haben: Der erste war der Schweizer Armin Mohler (1920–2003), der auf Grundlage seiner 1949 bei Herman Schmalenbach (1885–1950) und Jarl Jaspers (1883–1969) eingereichten Dissertation ein Werk vorlegte, mit dem eine personenbezogene Traditionsgeschichte vermeintlich konservativen Denkens jenseits des Nationalsozialismus begründet werden sollte (Breuer 1995: 1; Korfkamp 2018: 124; Weiß 2020: 39–63).

Mohlers Buch – »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932« – erschien 1950 das erste Mal und wurde in der Folge immer wieder neu aufgelegt (zuletzt in der 6. Auflage neu bearbeitet von dem »neu«-rechten Historiker

10 Zur Vorgeschichte der (radikalen) politischen Rechten von 1871 bis 1945 siehe Breuer (2010); zur Anatomie der Konservativen Revolution siehe Breuer (1995); zum völkischen Denken siehe Breuer (2008) und zum ideologischen Spektrum innerhalb der nationalsozialistischen Führung siehe Kroll (1998).

Karlheinz Weißmann) (vgl. Funke 2020: 158). Zwar wird bis heute der prosopographische Nutzen von Mohlers Buch auch von Kritikern anerkannt (so etwa durch Breuer 2010: 275), die Existenz der darin konstruierten konservativen »Diskursgemeinschaft« (Breuer 1995: 2) jedoch kritisch hinterfragt. Drei Aspekte lassen Mohlers Deutung fragwürdig erscheinen: Erstens hat Breuer (1995: 182–202) im Anschluss an Panajotis Kondylis gezeigt, dass die von Mohler angeführten Autoren (es handelt sich bei Mohlers Zusammenstellung weit überwiegend um Männer) nicht mehr dem Konservatismus zugeordnet werden können. Zweitens wird Mohlers Suggestion, dass es sich dabei zudem um eine vom Nationalsozialismus distanzierte Autorengruppe handle, fragwürdig, wenn man sich vergegenwärtigt, dass zu ihr auch »über Jahre glühende Anhänger« des Nationalsozialismus (Funke 2020: 161) wie der Jurist Carl Schmitt (1888–1985) gezählt werden, der zumindest zeitweilig nicht nur ideologisch mit dem Nationalsozialismus verbunden war, sondern auch praktisch mit ihm kooperierte (vgl. Hacke 2020: 30f.). Drittens war die Zusammenstellung unter politischen Imperativen erfolgt. Deshalb weist das Werk eine kaum verhohlene »geschichtsrevisionistische Stoßrichtung« auf (Stapper 2022: 44). Breuer (1995: 181) kommt denn auch zu einer klaren Bewertung: »Es führt kein Weg daran vorbei: ›Konservative Revolution‹ ist ein unhaltbarer Begriff, der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet. Er sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden.«¹¹

Doch so unhaltbar Mohlers Thesen wissenschaftlich auch sind: Die genealogisierende wie kanonisierende Wirkung seines Werkes ist kaum zu bestreiten. Mohler hat eine Traditionsgeschichte konstruiert, an der später die »neue« Rechte anknüpfen konnte, als sie sich um die historische Verortung bemühte, die ihre Legitimität nach Innen durch ihren vermeintlichen Bezug auf den Konservatismus und nach Außen hin durch ihre vorgebliche ›Unbelastetheit‹ durch Verflechtungen mit dem Nationalsozialismus gewinnen sollte (vgl. Stapper 2022). Dass dies trügerisch war, spielt in dieser politischen Lesart keine Rolle. Solchen Deutungen konnte Mohler später auch aus einer gesicherten institutionellen Position im intellektuellen Leben der Bundesrepublik Geltung verschaffen, als er 1964 Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München wurde (Stapper 2022: 45).

Neben diesem »in der Neuen Rechten [...] für lange Zeit unumstrittenen Guru« (Funke 2020: 157) übte den größten organisatorischen wie ideologischen Einfluss auf die Konstituierung »neu«-rechter Bewegungen der 1943 geborene Franzose Alain

11 Breuer (1995: 182) schlägt stattdessen eine »Reorganisation des Forschungsfeldes« vor. Statt von »Konservativer Revolution« ließen sich eher Verbindungslinien unter dieser Autorengruppe identifizieren, wenn man in ihnen die Repräsentanten eines »neuen Nationalismus« ausmache (ebd.). Ein wesentliches Merkmal sei der »revolutionär[e]« Charakter des »neuen Nationalismus«, worin seine Verbindungslinien zum Nationalsozialismus liege (vgl. ebd.: 189–194).

de Benoist (*1943) aus,¹² dessen konzeptionelle und organisatorische Ideen die globale »neue« Rechte direkt wie indirekt bis heute prägen. DeBenoist wirkte als zweiter wesentlicher »Gründungsakteur« der »neuen« Rechten und beeinflusste die Entwicklung ihrer Ideologie und deren organisatorische Verankerung (vgl. Pfahl-Traughber 1991: 124f.; Kailitz 2004: 84; Jaschke 2006: 76; Pfahl-Traughber 2020: 150f.). Organisatorisch spielte er insbesondere bei der Gründung der *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne* (GRECE) eine zentrale Rolle, die seit 1968 »neu«-rechtem Denken und Handeln eine politische Plattform in Frankreich bietet und auch infolge dieser Kontinuität zu einem Vorbild für spätere »neu«-rechte Institutionen wurde (vgl. dazu Pfahl-Traughber 1991). Inhaltlich prägte de Benoist wesentlich die Entwicklung des Konzepts des Ethnopluralismus und eines »neu«-rechten Anti-Universalismus (inklusive der Ablehnung der individuellen Menschenrechte) sowie die Propagierung des Antiegalitarismus und des Antiliberalismus als wesentlichen Ideologemen der »neuen« Rechten (vgl. Kailitz 2004: 86; Daniel 2020: 176–177).

Vermutlich am wirkungsmächtigsten sind jedoch zwei Begriffsprägungen, die Benoist popularisiert hat und die seither nicht nur im Binnendiskurs der »neuen« Rechten, sondern auch bei ihrer Beschreibung und Analyse eine wesentliche Rolle spielen. Der erste dieser Begriffe ist der der »Neuen Rechten«, der auf den Begriff der »Nouvelle Droite« zurückgeht und damit versucht, die »neue« von einer »alten« Rechten zu unterscheiden – um dadurch historisch problematische Verbindungen etwa zu faschistischen oder nationalsozialistischen Strömungen mehr symbolisch als realiter zu kappen (vgl. Pfahl-Traughber 1991: 16). Zwar ist Benoist vermutlich nicht der Urheber dieser Bezeichnung und er scheint sie auch nicht immer zu schätzen, doch nutzte und formte er das mit ihr verbundene Abgrenzungsnarrativ, um seine Gruppierung innerhalb der Rechten zu verorten (vgl. Daniel 2020: 178f.).

Neben dieser geschichtspolitischen Namensprägung wirkte sich zweitens und gravierender die Propagierung des Konzepts der »Metapolitik« aus (dazu vgl. Pfahl-Traughber 1991: 17; Kailitz 2004: 85; Daniel 2020: 184; Schnickmann 2021: 158–160; Brumlik 2022; Flügel 2022). Dieses Konzept einer selbsterklärten »Kulturrevolution von Rechts« (so der vielzitierte deutsche Titel eines Buches von Benoist – zu diesem vgl. Jorek 2022) wird von dem französischen Theoretiker der *Nouvelle Droite* unter anderem auf Antonio Gramsci (1891–1937) zurückgeführt (vgl. Kailitz 2004: 84; Brumlik 2018: 170; Pfahl-Traughber 2020: 148f.; Schnickmann 2021: 159f.; Jorek 2022: 82–85). Von diesem wird die Vorstellung eines Ringens um »kulturelle Hegemonie« entlehnt (vgl. Pfahl-Traughber 1991: 17; Schnickmann 2021: 159f.). »Metapolitik« soll vor diesem Hintergrund den Versuch einer nachhaltigen Beeinflussung des politischen Diskurses bezeichnen, bei dem die Grenzen des Sagbaren und der politische

12 Besonders offensichtlich wird die Verbindung zwischen Mohler und de Benoist in einem Gesprächsband (Möhler und Stein [1993]).

»Möglichkeitsraum« – d.h. der Raum der legitimen (oder zumindest hingenommenen) Vorstellungen und Praktiken (vgl. Nebelin 2014: 149f., 152f., 157–159) – so verschoben werden, dass die »neu«-rechten Vorstellungen nicht mehr Vorstellungen des rechten Randes, sondern einer gesellschaftlich wie machtpolitisch relevanten Mehrheit darstellen (vgl. Kailitz 2004: 85; Daniel 2020: 184; 188f.; ders. 2022).¹³ Deshalb ist Metapolitik in unterschiedlichen Formen die strategische Grundlage »neu«-rechter Politik geworden (Flügel 2022: 77), mit dem Ziel der »Erlangung der Meinungsführerschaft« (Book 2018: 115). Während der Verweis auf Gramsci dabei eine lagerübergreifende Methode suggeriert, zeigt eine genauere begriffsgeschichtliche Betrachtung, dass der von den Vertreter:innen der »neuen« Rechten geübte Gebrauch des Begriffs jedoch eher aus Martin Heideggers nationalsozialistisch eingefärbten »Schwarzen Heften« stammt (Brumlik 2018: 170; ausführlicher Brumlik 2020).

3 Die gesellschaftliche und politische Dimension der »neuen« Rechten

Zur Erklärung des Aufstiegs der »neuen« Rechten liegen eine Vielzahl von Annahmen und Ansätzen vor, zumeist aus der Rechtsextremismusforschung (für einen Überblick der Erklärungsansätze siehe Salzborn [2020: 103–140]): Darin werden die Bedeutung des politischen Kontexts und der Einfluss der Sozialisation ebenso aufgegriffen wie sozialstrukturelle Aspekte (Fungiert die gesellschaftliche Mitte als Trägerin des Rechtsrucks oder eher die gesellschaftlichen Ränder?) oder Tendenzen gesellschaftlicher Desintegration in Folge sozialen Wandels. Mit dem parlamentarischen Aufstieg der AfD in Deutschland und des Rechtspopulismus weltweit hat im letzten Jahrzehnt eine Debatte um die Unterstützer:innen dieser »neu«-rechten Parteien Fahrt aufgenommen. So zeigt die aktuelle Leipziger Autoritarismus Studie 2022 für Deutschland einen Rückgang rechter Einstellungen, vor allem in Ostdeutschland, und eine »Fragmentierung des autoritären Milieus« (Decker et al. 2022: 85, 87). Zugleich stieg jedoch die Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen an, was mit einer »aggressive[n] Fremdgruppenabwertung« einhergeht (Decker et al. 2022: 85). Der »Ethnozentrismus« bildet, wie oben ausgeführt, den Kern der Ideologie der »neuen« Rechten und verfängt in größeren Teilen der Bevölkerung. Damit lässt sich zumindest teilweise der Erfolg der AfD verstehen, denn »der

13 Im Verfassungsschutzbericht 2022 (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023: 72–73) werden in diesem Sinne unter »metapolitische[r] Theoriebildung und Praxis [...] die Einflussnahme auf den vopolitischen Raum, die den Boden für die erfolgreiche politische Verwirklichung d[er] antidemokratischen Positionen [der »neuen« Rechten] bereiten soll«, gefasst.

Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft« ist charakteristisch für die Unterstützer:innen dieser Partei (Rippl und Seipel 2018: 246). Auch ist die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus vor allem da erfolgreich, wo bereits »etablierte Strukturen der rechten Szene« vorhanden sind, die Ressourcen bereitstellen oder Gelegenheiten zur Mobilisierung schaffen (Rippl 2019: 105). Letzterer Aspekt verweist auf die räumliche Dimension für die Analyse des Aufstiegs der »neuen« Rechten, denn »rechte Bedrohungsallianzen« entstehen, so die Annahme, dort, wo rechtsextreme »Politik- und Mobilisierungsangebot[e]«, strukturelle Spannungen in der Bevölkerung und fremdenfeindliche Einstellungen zusammentreffen (Heitmeyer et al. 2021: 55–56).

Doch was verunsichert die sogenannte gesellschaftliche Mitte? Eine wahrgenommene Entfremdung bzw. relative Deprivation bietet einen Ansatzpunkt, um den Erfolg der »neuen« Rechten und der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus zu verstehen. Diesbezüglich weisen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey (2022: 19, Hervorhebung im Original) auf die Erfahrung einer »regressive[n] Modernisierung« hin, d.h. »Entwicklungen, die durch eine widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Modernisierung und Gegenmodernisierung charakterisiert sind«. Konkret werden damit »Normenwandel und eine gesteigerte Sensibilität gegenüber Diskriminierungen« bezeichnet, die die Grundlage für »Schließungen und neue Konflikte« bilden (ebd.: 19). Dies führt letztlich zu Unsicherheiten und »Wissenskränkungen« (ebd.: 107, Hervorhebung im Original) mit der Konsequenz, dass »Wissen [...] unter diesen Bedingungen ebenfalls umkämpft« ist (ebd.: 19; vgl. ebd.: 95–130).

Ebenjene Konflikte um Wissen, die letztlich auch Identitätsfragen betreffen, werden nochmals durch gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und Krisen, wie etwa dem Klimawandel oder jüngst der Gefährdung durch das Coronavirus, befeuert. In Folge dessen werden schließlich auch »Umbauten unserer moralischen Infrastruktur« (Sauer 2023: 13) diskutiert, die gesellschaftliche Verwerfungen zur Folge haben (vgl. Mau et al. 2023: 244–278). Die gewandelte Moral geht schließlich mit »Verhaltenszumutungen« (ebd.: 265) einher, denen in Teilen der Gesellschaft ein »libertäre[r] Autoritarismus« (Amlinger und Nachtwey 2022: 13, Hervorhebung im Original) entgegengesetzt wird. Dieser bezieht sich auf das vermeintlich gebrochene »Versprechen der individuellen Selbstverwirklichung [und] birgt ein Kränkungspotential, das in Frustration und Ressentiment umschlagen kann« (ebd.: 13). Von Seiten der Gegner:innen des wahrgenommenen Wandels werden Diskurse und Maßnahmen zunehmend mit »These[n] der Unrechtmäßigkeit« abgelehnt (Lepenes 2022: 36) und für »illegitim« (ebd.: 38) erklärt.¹⁴

14 Lepenes (2022) knüpft damit an Analysen der politischen Rhetorik des reaktionären Konservatismus an, die Hirschmann (1991) vorgelegt hat. Nach Lepenes (2022: 29–40) nimmt die »Illegitimacy Thesis« dabei eine zentrale Rolle im deutschen Diskurs ein.

Das Gefühl »gekränkte[r] Freiheit« (Amlinger und Nachtwey 2022: 15, Hervorhebung im Original) entfaltet seine gesellschaftliche Wirksamkeit z.B. dadurch, dass davon ausgehend bis dahin ungewohnte Allianzen entstanden sind. So haben sich »[i]m Laufe der letzten zehn Jahre [...] viele obskure und zunächst unbedeutend kleine Bewegungen zu mächtigen Akteuren eines politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels« entwickelt (Ebner 2023: 27). Wie heterogen diese Gruppen sind, verdeutlicht exemplarisch bereits die bloße Aufzählung der von Ebner (2023) untersuchten radikalisierten Akteure: Trump-Anhänger:innen, Incels, Klimawandelleugner:innen, »White Lives Matter«-Aktivist:innen, transphobe Personen, Impfgegner:innen und Russlandsupporter:innen. Diese Gruppen weisen Überschneidungen mit der extremen politischen Rechten auf und sind geprägt von der »neuen« Rechten.

Die skizzierten Entfremdungserfahrungen und die relative Deprivation sind eine Ursache für Radikalisierung und die Öffnung der gesellschaftlichen Mitte für die Ideologie der »neuen« Rechten. Allerdings lässt sich der Aufstieg der »neuen« Rechten und des damit einhergehenden Rechtsrucks nicht einzig auf gesellschaftliche Wert- oder Identitätskonflikte zurückführen. Denn auch Verteilungskonflikte spielen eine Rolle, etwa in Form des Zugangs zu sozialstaatlichen Leistungen oder hinsichtlich der Bezahlbarkeit von Wohnraum, nicht zuletzt, weil sie mit Wert- und Identitätsfragen eng verbunden sind (Manow 2018: 99–102; Rippl und Seipel 2018: 251).¹⁵ Eine gesellschaftliche Polarisierung oder gar Spaltung in Deutschland und in anderen europäischen Ländern lässt sich empirisch jedoch nicht feststellen (Lux et al. 2022; Teney und Rupieper 2023).

Der Rechtsruck führt somit etwa in Deutschland bislang nicht zur gesamtgesellschaftlichen Spaltung, wohl aber zeigt er sich in Diskursverschiebungen oder in Veränderungen der Konnotation bestimmter Begriffe, man denke etwa an den Begriff des »Gutmenschen« (vgl. Feustel et al. 2018). Die Zuspitzung und Radikalisierung in Diskursen führt dann, im Zusammenspiel mit »fragmentierten Öffentlichkeiten« (Habermas 2021: 495), je nach dem weiteren gesellschaftlichen Kontext zur »Ausweitung und Vorverlagerung von Bedrohungszonen« (Heitmeyer et al. 2021: 24) von rechts, was sich etwa in der zunehmend zu beobachtenden Bedrohung von Mandatsträger:innen zeigt (ebd.: 24–27). Wie bereits erwähnt war und ist ein zentrales »Tätigkeitsfeld« der »neuen« Rechten die Metapolitik, die letztlich das Ziel verfolgt, ihre Ideologie in gesellschaftliche Diskurse zu tragen, um damit neue Anhänger:innen zu gewinnen und ihre politischen sowie gesellschaftlichen Ziele zu legitimieren. Gerade die Beeinflussung öffentlicher Diskurse ist ein zentraler Aspekt des beobachtbaren Rechtsrucks.

15 Zur Unterscheidung von Wert-, Identitäts- und Verteilungskonflikten siehe Kern et al. (2017: 9–14).

Die Verankerung der »neuen« Rechten im Medienbereich zeigt sich etwa über die Publikationen des Verlags Antaios, der Zeitung *Junge Freiheit* oder der Zeitschrift *Compact*, wobei auch das Institut für Staatspolitik eine zentrale Rolle als institutioneller Ort für Teile der sich intellektuell verstehenden »neuen« Rechten spielt (Pfahl-Traugher 2022: 69–82; Weiß 2020: 65–81).¹⁶ Die »neue« Rechte grenzt sich dabei weniger über ihre Inhalte als vielmehr über ihre mediale Selbstdarstellung von einer »alten« Rechten ab. Schon Benoist strebte »Seriösitätsgewinne« an, die mittels ästhetischer und medienstrategischer Aspekte erreicht werden sollten, worunter auch die Vermeidung »offene[r] Kontakte zu neonazistischen Gruppen« gehört (Funkte 2020: 166).

Besonders auffällig, aber vor dem Hintergrund des vorher Gesagten wenig überraschend, ist die gut »vernetzte Propagandamaschine der Rechten« (Ebner 2023: 107). Diese baut, wie sich besonders eindrücklich am Beispiel der USA veranschaulichen lässt, einerseits auf den konservativen bis rechten Medien auf, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden sind (vgl. Hemmer 2016). Andererseits ist es der politischen Rechten besonders erfolgreich gelungen, sich im »new media ecosystem« einzunisten (Ebner 2020: 133). Die neuen und insbesondere die digitalen Medien stellen responsive soziale Plattformen bereit, über die sich gesellschaftliche Verunsicherungen besonders schnell und kostengünstig adressieren, verstärken und instrumentalisieren lassen: »[T]he internet has turned into a battleground for information« (ebd.). Das durch die digitalen und sozialen Medien erweiterte Mediensystem ist deshalb besonders anfällig für Politisierungen, weil zum einen jeder Einzelne Inhalte erstellen kann und zum anderen die Kontrolle über die Medieninhalte und eine Umsetzung von Regulierungen aufgrund der technischen Grundstruktur und der internationalen Lagerung der großen Plattformen häufig weder gewünscht noch leicht zu realisieren ist.

Die Medienstrategie der Rechten im »information battle« (ebd.: 105) basiert dabei auf drei Säulen: Durch Aktionen und Äußerungen soll Aufmerksamkeit generiert werden, wobei es darum geht, diskursiven Raum einzunehmen – unabhängig von vorherrschenden Bewertungstendenzen (ebd.: 47). Daneben werden die »traditionellen« Medien und ihre Repräsentant:innen diskreditiert und Desinformationen verbreitet (ebd.: 105). Ziel ist es, im Sinne des Metapolitik-Verständnisses, die (politische) Kultur zu verändern (ebd.: 43), die Grenzen des Sagbaren so zu verschieben, dass vordem subkulturelle zu vorherrschenden Positionen werden, und die »Deutungsmacht über Begriffe wie ›Freiheit‹ zu erlangen« (Quent et al. 2022: 233). Inhaltlich wollen wir exemplarisch vier Argumentationsmuster hervorheben, die nicht

16 Im Verfassungsschutzbericht 2022 (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023: 78–79) werden der Verlag Antaios und das Institut für Staatspolitik als »Verdachtsfälle« sowie die COMPACT-Magazin GmbH (ebd.: 101) als »Beobachtungsobjekt« geführt.

ausschließlich der »neuen« oder der extremen Rechten vorbehalten sind, aber bei deren Vertreter:innen häufig sogar kombiniert anzutreffen sind:

- Ein zentraler Begriff ist – wie erwähnt – der der *Freiheit*. Dabei lässt sich im rechten Diskurs häufig die bereits erörterte Fokussierung auf ein absolut individualistisches Freiheitsverständnis ausmachen, das nicht nur grundlegende Begrenzungen von Freiheitsverhältnissen als Grundlage des Zusammenlebens innerhalb einer jeden Gemeinschaft ignoriert, sondern aus einem Gefühl der Nicht-Erfüllung heraus zu einer politisch handlungstreibenden Kränkung wird (Amlinger und Nachtwey 2022: 14). Aufgrund der erheblichen Integrationskraft des Freiheitsbegriffs kommt diesem nicht nur eine Motivationsfunktion für die Individuen, sondern vor allem auch eine Brückenfunktion zu, die die Differenzen verschiedener politischer Gruppierungen und Protestbewegungen zu überwinden hilft.
- Zu den wesentlichsten Argumentationsfiguren der extremen Rechten gehören *Dichotomiebildungen*. So betont Heitmeyer (1998: 261) mit Hinblick auf den »autoritäre[n] Nationalradikalismus«, dass dieser »Dichotomien und Vergleiche (»wir« gegen »die« usw.) als erfolgreiches politisches Instrument einsetzt, um seine Anhänger und die Bevölkerung insgesamt zu radikalisieren«. Neben kulturalistischen Abwertungen treten sozioökonomische: »Die abgewerteten Gruppen werden so konstruiert, dass ihre volkswirtschaftliche Nutzlosigkeit betont werden kann, während die eigene, als leistungsfähiger wahrgenommene Gruppe nicht den gerechten Anteil bekomme« (ebd.). Insgesamt erfüllen solche Dichotomien politisch eine doppelte Funktion: Sie konstituieren eine Ingroup, indem sie zugleich eine Outgroup definieren (vgl. zu dieser asymmetrischen Argumentationsfigur Nebelin 2021: 200–209).
- Populistische Bewegungen, in die die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus eingeordnet werden kann, gewinnen ihr Demokratieverständnis durch ein *Verfahren der demokratischen Reduktion*: Komplexe demokratische Konstellationen werden ideologisch auf wenige vermeintliche Wahrheiten verdichtet. So konstatiert Kielmansegg (2017: 276), der Populismus sei durch »das Aufbegehren eines linearen Demokratieverständnisses gegen eine komplexe demokratische Wirklichkeit« gekennzeichnet. Während ein lineares Demokratieverständnis bspw. lediglich auf die »Idee der Volksherrschaft« rekurriere, verbände etwa »[d]as repräsentative Prinzip institutionalisierte Differenz«, »insofern es an die Stelle der Idee des einen, mit sich selbst einigen Volkes die Anerkennung der Vielheit und Vielfalt der Gruppen setzt, der Weltanschauungen, der Interessen, in die das eine Volk sich gliedert«. Gesichert wird diese Repräsentation der de facto vorhandenen Vielfalt durch die »Verrechtlichung« der Volksherrschaft. Als Vertreter:innen eines linearen Demokratieverständnisses fokussieren Populist:innen sich hingegen auf zugleich reduzierte und

geradezu beliebig flexible, strategisch ausgerichtete Bestimmungen des Volkes, indem sie ›das wahre Volk‹ zum Bezugspunkt ihrer Politik erheben. Dieses Argumentationsmuster weist zwar Gemeinsamkeiten zu den bereits erwähnten Dichotomiebildungen auf, unterscheidet sich von diesen freilich dadurch, dass nur eine Seite (vermeintlich) klar bestimmt wird. Doch gerade in Hinblick auf das ›wahre Volk‹ gilt: Wer genau das sein soll, ist immer eine – mal mehr, mal weniger konkretisierte – Setzung. Dabei spielt, wie Müller (2017a: 257) betont hat, der Umstand eine »[e]ntscheidend[e]« Rolle, dass in der populistischen Rhetorik »eine Art moralisches Monopol an[ge]meldet« wird, »wonach nur er [= der Populist] – und nur er – das Volk wirklich repräsentiere«. Diese Argumentationsfigur ist mithin ein internationales Merkmal des Populismus. Ihre Problematik besteht dabei nicht nur in ihrem unempirischen Charakter, sondern vor allem in ihrer konstruktivistischen Dimension: In der Binnenperspektive wird das ›wahre Volk‹ durch die populistischen Redner:innen sprachlich überhaupt erst geschaffen – und die Zugehörigkeit zu der Gruppe des ›wahren Volkes‹ bleibt dadurch an deren Willen gebunden. Das bedeutet auch, dass Populist:innen frei über Zusammensetzung der Ingroup entscheiden und diese gegebenenfalls ändern können. Durch die wertende Aufladung werden auch die aus der Binnenperspektive des Diskurses vermeintlich stabilen Kriterien wie Abstammung oder Herkunft disponibel, weil dieses Kriterium ebenfalls auf politische Gegner:innen zutreffen können, die dann aber über beliebige Zusatzkriterien – z.B. aufgrund ihrer (vermeintlichen) Elitenzugehörigkeit – als ›Verräter:innen‹ aus der Gemeinschaft moralisch hinausdefiniert werden können. Zu der Integrationsleistung der Argumentationsfigur vom ›wahren Volk‹ tritt also immer die Exklusionsseite. Die Figur des ›wahren Volkes‹ ist mithin unempirisch, denn sie unterliegt zuvorderst strategischen Intentionen – darin liegen zugleich der Grund ihrer politischen Wirksamkeit und ihrer praktischen Demokratieferne.

- Die Wirksamkeit dieser Kommunikationsformen hängt dabei nicht nur mit der Radikalisierung und Polarisierung des politischen Diskurses zusammen, sondern auch mit dem damit verbundenen Aufstieg ›alternativer Fakten‹. Zwar stellen alle diese Tendenzen eine Reaktion auf gesellschaftliche Verunsicherungen dar, doch sind »[a]lternative Fakten«, wie Kumkar (2022: 18, Hervorhebungen im Original) betont, weniger »Versatzstücke aus Parallelwelten oder Ad-hoc-Hypothesen in unklaren Situationen«, als vielmehr Formen der Verweigerung im Moraldiskurs: Sie eröffnen »kommunikative Ausflüchte aus Situationen, in denen die Faktenlage vorgängig klar ist«, bei der jedoch (moralische) »Dilemmata konstituiert [werden], mit denen man sich nicht auseinandersetzen kann oder will« (ebd.: 18, Hervorhebung im Original). ›Alternative Fakten‹ ermöglichen dann »in der Kommunikation [...] die Verdrängung irritierender Inhalte« (ebd.: 18, Hervorhebung im Original). Dies hat Folgen für den politischen Diskurs: Bereits bei einem

der ersten Demokratietheoretiker – dem athenischen Historiker Thukydides – rücken als zentrale Rahmenvorgaben demokratischer Auseinandersetzung einerseits die diskursive Sachorientierung, die Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit der Aussagen ins Zentrum, und andererseits die gelassene Anerkennung von (wechselnden) Mehrheitsverhältnissen, weil ansonsten nicht nur nicht das bestmögliche Politikergebnis erzielt werden, sondern die fehlende Toleranz gegenüber dem Anderen sogar die Gemeinschaft zerreißen kann (vgl. Thukydides 2,37-40). Die »neue« Rechte missachtet diese Grundregeln demokratischer Gemeinwesen.

4 Globale Entwicklungen und der Brennpunkt Sachsen

Bei den im Titel dieses Bandes benannten »Brennpunkten« handelt es sich um empirische Phänomene und räumliche Kontexte, in denen die »neue« Rechte in bemerkenswerter Weise in Erscheinung tritt. Hierbei gehen wir davon aus, dass die Untersuchung der »neuen« Rechten nicht nur diese Akteure, ihr Handeln und ihre Ziele erhellt, sondern zugleich Einblick in die rahmenden gesellschaftlichen Kontexte eröffnet.¹⁷ Die Beiträge untersuchen dabei mittels Fallstudien Entwicklungen in Sachsen, seien es Proteste oder die Kommunikation von Abgeordneten der AfD, oder Entwicklungen auf der Ebene der Europäischen Union sowie in Polen und der Tschechischen Republik. Dadurch werden auch Einblicke in die globale Dimension der »neuen« Rechten möglich, wobei eine strikte Ebenendifferenzierung (z.B. lokal/national – global) nur wenig zielführend ist angesichts der Erkenntnis, dass das Globale »stets im lokalen Kontext [...] situiert« (Nassehi 1998: 154) ist.

Eine relevante globale Entwicklung hinsichtlich der Ausbreitung der »neuen« Rechten und ihrer gesellschaftlichen und politischen Folgen ist das Phänomen der »demokratischen Regression« (Schäfer und Zürn 2021). »Demokratische Regression« umfasst dabei zugleich eine zunehmende Abkehr in »der demokratischen Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung« sowie »die Abwendung von (Teilen der) Bürgerinnen von der Demokratie« (ebd.: 11). Die Ursachen für diese Regression, die etwa die zunehmende Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, von Schutzrechten für Minderheiten oder Einschränkungen der Unabhängigkeit der Justiz umfasst, sind vielfältig. Dabei ist der von vielen Forscher:innen angeführte Aufstieg des autoritären Rechtspopulismus als Teil der Bewegung des auto-

17 Die Kopplung von Gesellschaft und Teilgruppe ist ein grundsätzliches Phänomen, das auf die Rechte wie auf jede andere gesellschaftliche Teilgruppe zutrifft: »Entwicklungen der radikalen Rechten können nie losgelöst von der Gesellschaft verstanden werden, die sie hervorbringt. Das rechte Spektrum bildet eine empfindliche Sonde für gesellschaftliche Probleme, Konflikte und Widersprüche« (Quent et al. 2022: 20).

ritären Nationalradikalismus, der den skizzierten Rechtsruck in einer Vielzahl von Staaten vorantreibt (Appadurai 2017; Schäfer und Zürn 2021: 55–56; Manow 2020: 13–15), sowohl Ausdruck als zum Teil auch Ursache dieser Entwicklung. Daneben werden als Ursachen für diese Krise der Demokratie weltweit unter anderem der Funktionsverlust von Nationalstaaten bei gleichzeitigem Einflussgewinn von transnationalen Unternehmen (Crouch 2021: 24–25), die Einkommensstagnation und die Zunahme sozialer Ungleichheiten (Przeworski 2019: 103) sowie die stark wachsende Diversität von individuellen Lebensentwürfen, der die Definition des Gemeinwohls hinterherhinke (Fukuyama 2022: 141–146), genannt.

Auch eine radikal ausgestaltete und eingeforderte Identitätspolitik ist eine Bedingung für die demokratische Regression, da sie den Zusammenhalt von Gesellschaft gefährdet, weil ein gesellschaftlicher Diskurs über das Gemeinwohl nicht mehr in der Lage ist, den sozialen Kitt von Gesellschaft herzustellen (Manow 2020: 121–150; vgl. Mounk 2018). Hierbei bewirkt auch Identitätspolitik unterschiedlicher, in der Regel linker Gruppen eine Gegenreaktion von Seiten des autoritären Nationalradikalismus: Der vermeintlichen Privilegierung gesellschaftlicher Gruppen durch unterschiedliche Formen von positiver Diskriminierung werden Antworten entgegengesetzt, die etwa auf ein »America First«, das heißt eine Bevorzugung der eigenen Nation hinauslaufen. Dass dabei auch Identitätspolitik betrieben wird, wenn auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums, zeigt die Absurdität dieser Kritik. Vom Aushandeln eines neuen gesellschaftlichen Konsens in heterogenen Gesellschaften ist die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus dabei sehr weit entfernt; sie liefert auch keine Ideen für die Erneuerung der Demokratie, obgleich sie mit direktdemokratischen Postulaten genau dies für sich in Anspruch nimmt, sondern unterminiert vielmehr die Demokratie durch weitere politische Polarisierungen.

Im Zuge identitätspolitischer Debatten zeigt sich zudem eine Allianzbildung zwischen konservativen und rechtsextremen Akteuren, ganz im Sinne des ausgeführten Verständnisses einer Bewegung des autoritären Nationalradikalismus (vgl. Heitmeyer 2018: 117–118). So nutzen konservative Akteure, vor allem Parteien, eine »*Adopt-Strategie*« und nähern sich damit den rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Forderungen an (Lewandowsky 2022: 149f., Zitat: 149, Hervorhebung im Original).¹⁸ Dadurch wird die radikale Infragestellung der liberalen Demokratie bis in die Mitte der Gesellschaften hoffähig, wie an Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, in Polen oder Ungarn zu erkennen ist. So werden bspw. unter dem Schlagwort vom »guten Wandel« (*dobra zmiana*) in Polen oder dem

18 Vgl. Strobl 2021; zum historischen Vorlauf Biebricher 2023. Der Erfolg dieser Strategien ist keinesfalls gesichert. Vieles deutet zudem darauf hin, dass die institutionellen, vor allem gesamtgesellschaftlich negativen Nebenkosten einer solchen Strategie erheblich sind (Lewandowsky 2022: 149–154).

einer »illiberalen Demokratie« in Ungarn einerseits die demokratischen Normen der liberalen Demokratie des Westens in Zweifel gezogen, wobei die Skizzierung als »dekadent«, »unchristlich« und »zersetzt« von »krimineller Zuwanderung« und Identitätspolitik eher einem Zerrbild entspricht.¹⁹ Andererseits wird unter Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundlagen der liberalen Demokratie und einer pluralen staatlichen Medienlandschaft der Aufbau einer nationalen Gemeinschaft mit geschichtspolitischen Instrumenten vorangetrieben, die gleichsam ein besseres, illiberales Modell von Demokratie darstellen soll (Freedom House 2023; Garsztecki 2020).

Die globalen Entwicklungen spiegeln sich zum Teil auch im Freistaat Sachsen wider. Im Falle Sachsens sind darüber hinaus noch weitere Entwicklungen und Bedingungen zu beachten, die die Bedrohung durch den Rechtsextremismus und die Bedeutung der »neuen« Rechten als besonders virulent erscheinen lassen. So gilt Sachsen in der sozialwissenschaftlichen Forschung vermutlich berechtigterweise als ein Zentrum des Rechtsextremismus in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund »lange etablierte[r] Strukturen der rechten Szene« (Rippl 2019: 105; vgl. Kailitz 2021d: 21f.). Nicht unabhängig davon intensivierten rechtsextreme Akteure, wie etwa der Verleger Götz Kubitschek, ihre Aktivitäten in Sachsen, denn sie malen sich im Freistaat die größten Erfolgchancen für ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele aus (Nattke 2021, 91–92).

Im Folgenden werden einige Phänomene beispielhaft angeführt, die schlaglichtartig die Auffassung stützen, dass sich in Sachsen der Rechtsextremismus institutionell verankern konnte und sich mittlerweile auf eine durchaus breite Akzeptanz in der sächsischen Bevölkerung stützen kann:

- *Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen:*²⁰ Rechtsextrem motivierte Gewalttaten »in Sachsen folgen weitgehend dem Bundestrend. Eine Gewichtung nach der Bevölkerungszahl zeigt aber, dass das sächsische Gewaltaufkommen von rechts beständig über dem Bundesdurchschnitt lag. In einigen Jahren überstieg der säch-

19 Man mag in diesen Entwicklungen durchaus eine autoritäre Tendenz erkennen, die sich häufig auch mit rassistischen Vorstellungen verbindet. Ein zentrales Modell ist dabei das des »white freedom«, d.h. »the belief (and practice) that freedom is central to white racial identity, and that only white people can or should be free« (Stovall 2021: 11). Vor diesem Hintergrund hebt Stovall (ebd.: 319) kritisch hervor, dass »[t]he dynamism of authoritarian populism in today's world shows that white freedom remains alive and well in the twenty-first century. As with the New Right in the late twentieth century, the movement blends a rejection of liberal democratic orthodoxies with appeals to white identity«.

20 Die nachfolgende Auflistung basiert auf den Angaben in Bartsch (2017: 288–294) und vor allem auf der ausführlichen Liste der »Todesopfer rechter Gewalt«, die von der Zeit erstellt wurde (Blickle et al. 2022). Vgl. auch den chronologisch angelegten Überblick bei Kailitz (2021d: 21–24).

sische Anteil den gesamtdeutschen Durchschnitt sogar um mehr als das Doppelte«, wie Backes (2021: 120) zeigt. Einzig im Vergleich der Bundesländer relativiert sich dies: »Nicht zwischen den östlichen Ländern, sondern zwischen östlichen und westlichen besteht folglich eine Kluft« (ebd.), denn es sei ein »deutlich niedrigere[r] Gewaltanteil der westlichen Länder« zu konstatieren (ebd.: 121). Blickt man auf den Bereich der rechtsextrem motivierten Morde, so zeigt sich, dass seit 1991 in Sachsen 17 Menschen durch rechte Gewalt zu Tode gekommen sind. Allein in den letzten zwanzig Jahren waren dies: Jorge Gomondai (1991), Waldtraud Scheffler (1992), Mike Zerna (1993), Klaus R. (1994), Peter T. (1995), Achmed Bachir (1996), Bernd Grigol (1996), Nuno Lourenço (1998), Patrick Thürmer (1999), Bernd Schmidt (2000), Thomas K. (2003), Karl-Heinz Teichmann (2008), Marwa El-Sherbini (2009), Kamal Kilade (2010), André K. (2011), Ruth K. (2017), Christopher W. (2018).

- *Rechtsextreme im Sächsischen Landtag*: Seit 1998 war Sachsen die »bedeutendste Hochburg der NPD« (Kailitz 2021c: 41). Von 2004 an wurde die Partei in den Sächsischen Landtag gewählt.²¹ Die Stimmen der NPD wanderten bei den folgenden Wahlen zur AfD als neue Repräsentantin der extremen Rechten im Sächsischen Landtag, wie bereits Analysen der Wählerwanderungen 2014 belegen (Infratest dimap 2014; Knaack und Hebel 2014).²² So sank der Zweitstimmanteil der NPD von 9,2 % im Jahr 2004 zehn Jahre später auf 4,9 % (womit sie ihre Zugehörigkeit zum Landtag einbüßte) und schließlich auf 0,6 % im Jahr 2019, während die Stimmergebnisse der AfD kontinuierlich stiegen: von 9,7 % im Jahr 2014 auf zuletzt 27,5 % bei der Landtagswahl 2019.²³ Die Wahlergebnisse der AfD spiegeln dabei rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung wider, die in Sach-

21 Dazu vgl. auch die frühe Aufbereitung des Wahlergebnisses von 2004 durch Gertoberens (2004) sowie nun die Verdichtung seiner bisherigen Studien zur NPD (Sachsen) durch Kailitz (2021c).

22 Ein weiterer, ausgesprochen komplexer Problemkreis ist der der Zusammenarbeit mit der AfD in parlamentarischen Kontexten, insbesondere in den Kommunen. So hat der Bürgermeister des mittelsächsischen Lunzenau, Ronny Hofmann (CDU), gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*, darauf hingewiesen, dass die öffentliche Diskussion über eine Zusammenarbeit mit der AfD auf kommunaler Ebene »im Westen deutlich lauter war als im Osten. Wo die AfD schwächer sei, könne man sie leicht ignorieren. In Sachsen geht das schon lange nicht mehr« (Heidtmann und Mayer 2023). In der Tat führt ein Erstarken von Rechtsextremen zu Schwierigkeiten im parlamentarischen Alltag – das gilt aber eigentlich auf jeder Ebene des politischen Systems. Die verschiedentlich geäußerte Vorstellung, auf kommunaler Ebene werde vorzugsweise »unideologische Sachpolitik« betrieben und infolgedessen sei eine Kooperation politisch unbedenklich, führt an der kommunalpolitischen Praxis vorbei: Nur weil Themen verhandelt werden, die nicht immer überregionale Aufmerksamkeit finden, heißt das keineswegs, dass sie von Politiker:innen diskutiert und entschieden werden, die ohne politische Überzeugungen sind.

23 Zur AfD besonders in Sachsen vgl. bspw. Kailitz (2021b).

sen stark sind (Rees et al. 2021: 117, 120). Auch besteht in Regionen mit einem hohen AfD-Stimmenanteil eine höhere Wahrscheinlichkeit für »ein Klima der Feindseligkeit gegen soziale Gruppen und Menschen« (Rees et al. 2021: 122). Im Dezember 2023 stufte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2023) die AfD als »erwiesene rechtsextremistische Bestrebung« ein.

- *Rechtsterrorismus und Rechtsterrorist:innen in Sachsen*: Die Kernmitglieder des 2011 aufgeflogenen rechtsterroristischen NSU lebten zuletzt in Zwickau und verfügten scheinbar in Sachsen über ein breites Unterstützungsfeld (Laabs 2017: 184).²⁴ Doch nicht nur der NSU war in Sachsen aktiv: 2016 wurden Angehörige der im Kontext der »Bürgerwehr FTL/360« entstandenen »Gruppe Freital« von der Bundesanwaltschaft angeklagt (vgl. Leber und Meisner 2017: 160–163) und 2018 durch das Oberlandesgericht Dresden wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung, der »Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen und versuchten Mordes beziehungsweise Beihilfe dazu schuldig gesprochen« (Spiegel 2018).
- *Rechtsextreme Demonstrationen*: Mit PEGIDA bildete sich 2014 in Dresden eine antiislamische, fremdenfeindliche und rechtsextreme Protestbewegung (vgl. zu dieser Virchow 2016b; Locke 2017; Kocyba 2021), bei deren Demonstrationen neben Vertreter:innen der deutschsprachigen »intellektuellen« »neuen« Rechten – etwa Götz Kubitschek – (vgl. Pfahl-Traughber 2002: 116–118) zu den Hochzeiten zwischen 2014 und 2016 über zehntausend Teilnehmende mitmarschierten (ebd.: 117). Dieses Format rechtsextremen Protestes fand bundesweit Nachahmer (in Leipzig etwa unter dem Namen »Legida« [dazu: Feustel und Prüwer 2017]), von denen die meisten aber mittlerweile nicht mehr aktiv sind. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten von PEGIDA als zentraler rechtsextremer Demonstrationsbewegung in Sachsen allein in den Jahren 2013 bis 2016 von »[m]ehr als 800 asylfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen« (Nattke 2017: 71) flankiert.
- *Rechtsextreme Ausschreitungen*: Immer wieder kommt es in Sachsen zu unterschiedlichen Formen rechtsextremer Ausschreitungen, die in Gewalt einmünden. So hinderte 2016 in Clausnitz ein rechter Menschaufmarsch Flüchtlinge am Beziehen ihrer Unterkunft und bedrängte sie in ihrem Bus (vgl. Ayata 2017: 260f.; Bartsch 2017: 293; Kailitz 2021d: 22). Im Sommer 2018 kam es in Chemnitz infolge der Ermordung eines jungen Mannes und im Zuge der massiven Mobilisierung rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen zu Ausschreitungen, die bundesweit sowie auch international große Beachtung fanden (vgl. Heitmeyer et al. 2021: 234–247; Brichzin et al. 2022: 16–22; Rippl 2019).

24 Zur Bedeutung von Chemnitz in der Geschichte des NSU siehe etwa Brichzin et al. (2022: 98).

- *Allianzen von Rechtsextremen (und) Verschwörungstheoretikern*: Während der Corona-Pandemie heizte sich die politische Gemengelage weiter auf. Verschwörungstheoretiker:innen und Rechtsextremist:innen wirkten zusammen, denn die Pandemie eröffnete »ein Gelegenheitsfenster für rechtsextremistische und -populistische Kräfte«, die etwa an den sogenannten Corona-Protesten mitwirkten oder diese gar initiierten (Panreck 2021: 114, 111–115). Exemplarisch zeigt sich die Zusammenarbeit in der 2023 erfolgten Aufstellung eines Gedenksteins im erzgebirgischen Zinnwald-Georgenfeld durch die rechtsextreme regionale Kleinpartei der »Freien Sachsen« mit der Inschrift »Zur Erinnerung an die Opfer des Corona-Impfexperiments und der Zwangsmaßnahmen des Kretschmer-Regimes« (Lasch 2023). In der Inschrift sah das Verwaltungsgericht Dresden eine »Gleichstellung des Freistaates Sachsen mit dem NS-Staat« (zit.n. ebd.) und ordnete den Abriss an (ebd.).

Die genannten Phänomene zeigen (und die im vorliegenden Band versammelten Untersuchungen bestätigen den Eindruck), dass die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus in Sachsen als hoch und damit die »neue« Rechte gesellschaftlich und politisch als einflussreich einzuschätzen ist (vgl. Rees et al. 2021: 117–122). Am Beispiel Sachsens lassen sich teilweise Entwicklungen untersuchen, die nicht allein für das Bundesland, sondern auch darüber hinaus von Bedeutung sind. Jedoch werfen die im bundesrepublikanischen Vergleich frühzeitig und konstant hohen Wahlergebnisse von zunächst der NPD und später der AfD, die Formierung von PEGIDA in Dresden und die Chemnitzer Ausschreitungen im Sommer 2018 – mit dem »Tod des jungen Bürgers« als durch Rechtsextreme »*emotional ausbeutbarem Signalereignis*« (Heitmeyer et al. 2021: 244, Hervorhebung im Original) – die Frage auf, ob und gegebenenfalls inwiefern Sachsen »lediglich« ein Brennglas überregionaler Trends oder aber doch eine im besonderen Maße durch vorgefundene Rahmenbedingungen rechtsextreme Einstellungen und Haltungen befördernde Region ist, die nicht einfach nur eine Abbildung von Trends darstellt, sondern diese zumindest radikalisiert reflektiert oder ihnen sogar zum Teil vorgreift.

Jenseits der bloßen Ereignishäufung und einzelner Analysen, die diese Frage zumindest berechtigt erscheinen lassen, fehlen derzeit für eine fundierte Diskussion dieser Überlegungen weiterführende und vergleichend angelegte Studien. Diese müssten zum einen stärker historische Aspekte – etwa den auch ideologisch motivierten, auf Verdrängung ausgerichteten Umgang mit dem Rechtsextremismus in der DDR (vgl. Pouturus und Warda 2023: 380–382, 394) oder die Haltung der ersten Nachwenderegierungen unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (vgl. etwa Bartsch 2017: 288 sowie – polemisch: – Wassermann 2017: 26) – intensiver be-

rücksichtigen,²⁵ ohne dabei in das problematisch einseitige Narrativ vom ›braunen Osten‹ zu verfallen (vgl. Poutrus und Warda 2023: 393f.; Brichzin et al. 2022: 98–100; Kailitz 2021e). Außerdem wäre es zum anderen erforderlich, die Bandbreite an politischen Haltungen noch genauer als bisher in den Blick zu nehmen. Zumindest für Chemnitz, dem Dienstsitz und Wohnort vieler der am Band Beteiligten, ist dies vor kurzem anlässlich der rechtsextremen Ausschreitungen im Sommer 2018 erfolgt – mit aufschlussreichem Ergebnis (z.B. Brichzin et al. 2022; Friese et al. 2019).

Den städtischen Kontext, aus dem heraus sich damals die politische, bis ins Gewaltsame umschlagende Eskalation in Chemnitz vollzog, sehen Rippl (2019) sowie, daran anschließend, Heitmeyer et al. (2021) durch ein in der Chemnitzer Bevölkerung vorhandenes, »von den realen Ausländeranteilen« (8,2 %) »abgekoppelt[es]« »Gefühl der Überfremdung« gekennzeichnet, das sich »auf die Bedrohung der gewohnten Lebensweisen konzentriert« (Heitmeyer et al. 2021: 235–236). Dies kommt auch in einer hohen Unterstützungsquote für PEGIDA (Sympathie: 20 %; Teilzustimmung zu den Themen: 50 %) zum Ausdruck (Rippl et al. 2016 nach Rippl 2019: 108–109). Verstärkend in Sachsen wirken noch die weitgehend fehlende Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen rechts sowie der politischen Bildung von Seiten der Staatsregierung (Rippl 2019: 106), womit sich zum Teil eine Normalisierung rechtsextremer Einstellungen erklären lässt, die ein im Vergleich zum Bundesschnitt überdurchschnittlich hohes Maß an Xenophobie in Sachsen zeigen (Rees et al. 2021: 117–121; vgl. bereits für 2016: Kleffner und Meisner 2017b: 10).

Brichzin et al. (2022) zeigen in ihrer ethnografisch angelegten Untersuchung von Chemnitz zudem, dass nicht nur rechtsextreme Haltungen weit verbreitet sind, sondern vor allem eine austarierend wirkende ›Mitte‹ fehle. Diese Einschätzung knüpft an die Beobachtung von Heitmeyer et al. (2021: 246) an, dass »trotz der wachrückelnden Ereignisse rund um das Stadtfest keine breite reaktionsfähige Stadtgesellschaft entstanden« sei. Brichzin et al. (2022: 87) erklären dies damit, dass »die Stellung der radikalen Rechten immer wieder von innen her praktisch normalisiert und damit zugleich stabilisiert wird«. Dies ist auf eine große Gruppe von Bürger:innen zurückzuführen, die ihrem Verhalten eine »apolitische Haltung« zugrunde legen (ebd.: 219) und Auseinandersetzungen mit Politik generell ablehnen

25 Kowalczyk (2023: 368) konstatiert, dass sich nach der Wiedervereinigung »in Ostdeutschland ein Geschichtsbewusstsein heraus[gebildet habe], das wie eine Art ›zweite Kultur‹ wirkt und auf das die Geschichtswissenschaft so wenig Einfluss hat wie die Aufarbeitungsbestrebungen. Nicht nur politisch, auch mit Blick auf die Vergangenheit gehen größere Teile der Gesellschaft im Osten eigene Wege«. Dies ist Kowalczyk (ebd.: 366–369) zufolge darauf zurückzuführen, dass spezifische ostdeutsche Interessenlagen und Perspektiven im gesamtdeutschen Diskurs (vor allem der Geschichtswissenschaft) nicht angemessen berücksichtigt und vor allem nicht hinreichend personell und institutionell gestützt würden.

oder zurückweisen. Damit korrespondiere die verbreitete Tendenz innerhalb der Stadtbevölkerung, »sich öffentlichen *Konflikten* zu entziehen« (ebd.: 218, Hervorhebung im Original). Diese Haltung führe schließlich zur Ignoranz gegenüber eigentlich politischen Aktivitäten und Handlungskontexten. Daraus folgt eine risikante Selbstentmächtigung: »Wenn wir Gefährdungen nicht mehr wahrnehmen können, wenn sie sich unserer Erfahrung entziehen, sind wir ihnen umso mehr ausgeliefert« (ebd.: 67).

Damit finden sich derzeit zumindest in Chemnitz Aspekte einer Haltung, die 1918 der Schriftsteller Thomas Mann in seinen »Betrachtungen eines Unpolitischen« prominent skizziert und propagiert, rückblickend indes bitter bereut hat (vgl. Nebelin 2024a: 317–319; 2024b i.S.): Denn zu glauben, jenseits des Politischen und der Politik leben zu können, ist eine illusionäre Haltung, die nur denjenigen nutzt, die aktiv Politik gestalten wollen, ohne sich dem kritischen Korrektiv ihrer Mitbürger:innen aussetzen zu wollen. In der Praxis unterstützen nämlich gerade »a-« oder »unpolitische« Menschen als unintendierte Nebenfolge ihres Verhaltens keineswegs jede beliebige Politik, sondern sie befördern durch ihre hinnehmende Haltung vor allem solche politischen Verfahrensweisen, mit denen sie ohnehin latent sympathisieren – das dürften zuvorderst paternalistische Politikhaltungen sein, deren Vertreter:innen ihnen versprechen, sie mit Politik nicht weiter zu behelligen.²⁶ So entsteht eine Vereinigung derjenigen, die gerne wegsehen wollen, mit denjenigen, die eine politische Agenda verfolgen, die bei genauerem Hinsehen fragwürdig erscheinen könnte – letzteres betrifft vor allem Politiken, die auf Kosten jener Minderheiten erfolgen, die eigentlich der Aufmerksamkeit und des Schutzes durch die Mehrheit bedürften. Wird diese Mehrheit jedoch von Rechtsextremist:innen und »a-« oder »unpolitischen« Personen gebildet, ist eine mehrheitliche Reaktion ausgeschlossen. Die Verteidiger:innen der pluralistischen Demokratie geraten so in die Minderheit.

5 Die Beiträge des Bandes

Die im vorliegenden Band vereinten Untersuchungen zu Brennpunkten der »neuen« Rechten beanspruchen keinesfalls, eine vollständige und umfassende Darstellung solcher Brennpunkte zu sein, wohl aber verdeutlichen sie bereits sichtbare manifeste und latente Erscheinungen des Rechtsrucks durch die »neue« Rechte. Dabei versammelt die erste Hälfte des Bandes Beiträge, denen ein regionaler Fokus

26 Aufgrund der vorgefassten Präferenzen der »A-« oder »Unpolitischen« muss auch hinterfragt werden, ob »[d]ie schweigende Mehrheit«, sofern sie als die der »Unpolitischen« qualifiziert wird, wirklich »das Bewegungspotential in der Demokratie« darstellt, wie dies etwa Depenheuer (2002: 52) annimmt.

zugrunde liegt: Sie nehmen in besonderem Maße – wenn auch nicht immer ausschließlich – die Lage in Sachsen in den Blick. Die im zweiten Teil versammelten Beiträge befassen sich hingegen mit europäischen und außereuropäischen Phänomenen der »neuen« Rechten.

Die ersten beiden Beiträge widmen sich der AfD als »parteipolitische[s] Instrument« (Pfahl-Traughber 2022: 113) der »neuen« Rechten. So untersucht *Julian Polenz* die Mobilisierung der AfD im Rahmen der Bundestagswahl 2021 in Sachsen und Bayern in vergleichender Perspektive. Den Fokus legt Polenz dabei auf die unterschiedlichen sozialräumlichen Milieus, in denen die AfD in Sachsen und Bayern überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte und geht ergänzend dazu auf ihr Framing und ihre Koalitionsbildung ein. Von Interesse sind bei Letzterem unter anderem die Verbindungen der AfD zu anderen Akteuren der »neuen« Rechten. Sein Beitrag zeigt auf Basis einer vergleichenden Mixed-Methods-Analyse, dass die Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Bayern auf unterschiedliche Milieus zurückzuführen sind. Dementsprechend unterscheidet sich auch das Framing der AfD-Politiker:innen zwischen den Bundesländern. Während in Bayern die AfD Beziehungen zu verschwörungstheoretischen und antisemitischen Akteuren pflegt, tritt sie in Sachsen relativ gemäßigt auf und betont vor allem den Wert einer ethnisch-homogenen Gesellschaft.

Die Studie von *Sarah Tell* untersucht die Rolle der AfD in den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Sachsen. Von Interesse ist dabei, wie die AfD als parlamentarischer Arm der Proteste im Sächsischen Landtag die Forderungen in das politische System übersetzt hat. Hierzu nutzt Tell Daten aus Telegram-Gruppen von AfD-Abgeordneten sowie deren Redebeiträge im Sächsischen Landtag, um Unterschiede zwischen deren inner- und außer-parlamentarischen Auftreten zu ermitteln. Ausgehend von einem methodenpluralen Forschungsdesign zeigt der Beitrag, dass in der Telegram-Kommunikation Verschwörungsgläubige stark adressiert werden, während innerhalb des Parlaments die AfD die Maßnahmen differenzierter kritisiert. Damit, so die Studie, schafft es die AfD, die Diversität der Protestierenden strategisch zu bündeln.

Neben der AfD waren die »Freien Sachsen« ein wichtiger Akteur der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Sachsen. *Susanne Rippl* untersucht in ihrem Beitrag die Mobilisierungsstrategien der »Freien Sachsen« in sozialen Medien, um die Potentiale der digitalen Infrastrukturen für relativ kleine politische Akteure zu ermitteln. Die Studie zeigt, wie die »Freien Sachsen« als Akteure der Radikalisierung der Proteste agierten, um diese für ihre Ziele, einen politischen Umsturz in Deutschland, zu nutzen. Die Verbindung von digitalem und Straßenprotest schaffte dabei eine radikalisierte kollektive Identität und hat erreicht, dass ihre rechtsextremen Frames auch Eingang in die Diskurse der gesellschaftlichen Mitte fanden.

Der Beitrag von *Frank Asbrock* und *Deliah Bolesta* beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Grundlagen der »neuen« Rechten und untersucht die Einstellungen der sächsischen Bevölkerung gegenüber Politiker:innen und Geflüchteten. Diese Einstellungen bilden schließlich einen wesentlichen Teil des ideologischen Nährbodens für den Aufstieg der »neuen« Rechten. Die quantitativ-statistische Analyse zeigt, dass negative Einstellungen gegen Geflüchtete und Politiker:innen vor allem auf einen vorhandenen »Glauben an eine gefährliche Welt« zurückzuführen sind. Dieses Ergebnis rückt weiterführend die Framingstrategien »neu«-rechter Akteure und mediale Diskurse in den Fokus, um den zu beobachtenden Rechtsruck zu verstehen und zu erklären.

Manuela Beyer stellt in ihrem Beitrag die Anastasia- bzw. Familienlandsitzbewegung in den Mittelpunkt der Analyse und beleuchtet damit den Zusammenhang zwischen der rechten und esoterischen bzw. ökologisch-alternativen Szenen. Gestützt auf die Auswertung von Anastasia-Romanen und Sekundärinterviews mit fünf Protagonist:innen der Anastasia-Szene zeigt Beyer, dass das Anastasia-Milieu nicht geschlossen rechts, sondern vielmehr heterogen ist. Die Relevanz der Anastasia-Bewegung ergibt sich daraus, dass sie sich auf »neu«-rechte Ideen bezieht und damit als Brücke zwischen rechter Szene und alternativen Milieus dient.

Die Stadt Chemnitz steht im Zentrum des Beitrags von *Johannes Grunert* und *Johannes Kiess*, indem zunächst die Kontinuitätslinien zwischen alter und »neuer« Rechten diskutiert und, daran anschließend, das extrem rechte Netzwerk in Chemnitz untersucht wird. Deutlich wird, dass dieses Netzwerk nicht erst mit den Protesten im Sommer 2018 seinen Durchbruch erlebt hat, sondern dass es über Jahrzehnte gewachsen ist. Dabei verlieren manche Gruppierungen wie die NPD oder Kameradschaften deutlich an Einfluss, während neue Gruppierungen wie die »Freien Sachsen« an Bedeutung gewinnen. Hinzu kommen immer wieder neue Themen für die extreme Rechte und wechselnde, heute oft fluide und informelle Organisationsformen. Kristallisationspunkte sind immer wieder auch die Fußballfanszene oder der Rechtsrock. Aber auch die Siedlerbewegung ist in Chemnitz und im Umland vertreten. Insgesamt ist Chemnitz ein wichtiger Anlaufpunkt für rechte Gruppen, die mit einem breiten subkulturellen Milieu in der Stadt vertreten sind und immer wieder Anknüpfungspunkte für andere Gruppierungen wie Querdenker:innen oder Putin-versteher:innen liefern.

Im zweiten Teil des Bandes zu den europäischen und globalen Schlaglichtern setzt sich *Christoph Wolf* mit dem Antisemitismus der »neuen« Rechten auseinander. Er wendet sich dabei kritisch gegen die Auffassung des Bundesverfassungsschutzes, dass Antisemitismus »kein ideologisches Grundmerkmal der Neuen Rechten« sei (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020: 15). Seine Auffassung begründet er, indem er zum einen aufzeigt, in welchen Formen Antisemitismus in der Gesellschaft vorkommt: Neben manifesten Formen lassen sich auch »latente« ausmachen, bei denen über Formen der »Umwegkommunikation« antisemitische

Inhalte transportiert werden. Dies sei freilich – so betont er zum anderen – kein neues Phänomen, sondern stehe in der Tradition »neu«-rechter Argumentationsweisen. Diese Verbindung führe bspw. im Fall der AfD zum paradox anmutenden Befund, dass »Antisemitismus und Antisemitismuskritik [...] in der AfD vielmehr nebeneinander [existieren], solange sich die Kritik der richtigen Feindbilder bedient«.

Auch *Marcus Nolden* betont in seinem Beitrag die Bedeutung und Varianz von Feindbildern in »neu«-rechten Kommunikationen. Im Zentrum seiner Untersuchung steht freilich die Entwicklung von »Querfrontphänomenen«, bei denen Akteure verschiedener, ansonsten lange Zeit in ihrer ideologischen Ausrichtung als unvereinbar eingestufte Strömungen beginnen, miteinander in der politischen Protestpraxis – ungeachtet aller Gegensätze – zu kooperieren. Er führt dies u. a. auf die Nutzung digitaler Medien zurück, durch die Gemeinschaften und Identitäten »aktiv konstruier[t]« würden. Zentral für die lagerübergreifende Kooperation seien dabei »Brückennarrative«, die die Entstehung einer »algorithmischen Querfront« ermöglichten, die »aus der algorithmisch erzeugten erhöhten Sichtbarkeit von Themen, Narrativen und Rhetorik [resultiere], die Protestierende verbinden und Empörungspotential besitzen«. In diesem Rahmen bilden sich Formen des »Patchwork-Rechtsextremismus«, die durch die »Logik der Aufmerksamkeitsökonomie« befördert und »ressourcenschonend« verbreitet werden.

Auf die Ungleichgewichte der Aufmerksamkeitsökonomie weist hingegen *Heidrun Friese* anhand einer Analyse des europäischen Grenzregimes im Mittelmeer und der damit verbundenen (populären) Diskurse hin, die nicht nur »im scheinbar befriedeten Alltag [siedeln]« und auf diese Weise »die Rede der Neuen Rechten [stützen]«, sondern de facto »Nekropolitiken [schaffen]«. Den Kern dieser Diskurse und den Hintergrund der mit ihnen verbundenen tödlichen Praktiken bildet die Schaffung einer »imaginären Gemeinschaft« die »sich durch beständige Teilungen und Abtrennungen herstellt«. Die dadurch ermöglichte »Verhärtung gegen Andere« verbindet sich mit einer Fokussierung auf »subjektiv Gefühlte[s]«, dass »seine Reichweite am *oikos* ausrichtet und auf die eigene Hauswirtschaft beschränkt« und vor dem deshalb »Argumente nur versagen« können.

Diskursive Vereinseitigungen und Ausblendungen von Ambivalenzen identifizieren auch *Frank Görne*, *Katarina Nebelin* und *Marian Nebelin* in ihrem Beitrag zur Antikerezeption der »neuen« Rechten. Sie untersuchen drei unterschiedliche Formen »neu«-rechter Gemeinschaften, die jeweils schwerpunktmäßig in bestimmten politischen und sprachlichen Räumen verortet sind: die Nouvelle Droite in Frankreich, die Identitäre Bewegung im deutschsprachigen Raum und schließlich die Alt-Right-Bewegung in den USA. Während sich die drei Varianten der »neuen« Rechten insbesondere in Hinblick auf ihre Strukturen erheblich unterscheiden – die Nouvelle Droite ist ein intellektualistisches Elitennetzwerk (gewesen), die Identitäre Bewegung eine rechtsextreme »Jugendbewegung« und die Alt-Right zu-

vorderst ein Internetphänomen – lassen sich doch Gemeinsamkeiten in Hinblick auf den Umgang mit der Antike ausmachen: Diese wird selektiv zur Schaffung von Ursprungserzählungen rezipiert, wobei eine Perspektive politisch motivierter Deutungen dominiert, die mehr durch populärkulturelle Vorstellungen als durch wissenschaftliche Erkenntnisse fundiert sind.

Der Beitrag von *Stefan Garsztecki* über Polen befasst sich mit den ideologischen Traditionslinien und aktuellen Politikentwürfen der »neuen« Rechten in Polen. Dabei geht es vor allem um die Traditionsbezüge der unterschiedlichen Gruppierungen, die alle auf die Teilungszeit bzw. die Zwischenkriegszeit rekurrieren. Ähnlich wie bei der »Konservativen Revolution« im Verständnis Mohlers wird die Vergangenheit für aktuelle Legitimationsbedürfnisse in Anspruch genommen. Garsztecki lotet insbesondere die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Polen aus und konstatiert letztlich, dass die bis Herbst 2023 regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* = PiS) zwar keine Vertreterin der »neuen« Rechten sei, wohl aber mit verantwortlich für die Diskursverschiebung. PiS und weiter rechts stehenden Gruppierungen gemeinsam ist dabei die Ablehnung der westlichen liberalen Demokratie. PiS setzt dem ein eigenes Demokratiemodell entgegen, während rechtsextreme Gruppierungen ganz grundsätzlich ein anderes politisches System anstreben.

Lukáš Novotný setzt sich in seinem Text mit der radikalen Rechten im Parlament und außerparlamentarisch in der Tschechischen Republik auseinander. Auch hier wird zunächst der Kontext einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, hervorgerufen durch den Transformationskontext, Ängste vor zunehmender Migration und Desinformationskampagnen, aufgemacht. Innerhalb des Parlaments ist dabei die SPD (*Svoboda a přímá demokracie* = Freiheit und direkte Demokratie) die einzige Vertreterin der radikalen Rechten, obgleich sie sich in der Thematik von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen durch eine Distanzierung von offenem Rassismus abgrenzt. Das zentrale Thema der SPD ist gleichwohl die Migration, was auch die thematische Brücke zur außerparlamentarischen radikalen Rechten schlägt, die über lange Jahre von Skinhead-Gruppen geprägt wurden. Für den Aufstieg der radikalen Rechten macht Novotný das lange Ignorieren der gesellschaftlichen Unzufriedenheit, ökonomische Probleme, aber auch eine Diskursverschiebung verantwortlich, da etablierte Parteien in der sogenannten Migrationskrise Desinformationskampagnen nicht nur nicht entgegneten, sondern deren Argumente sogar teilten.

Literatur

Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp.

- Appadurai, Arjun (2017): »Demokratiemüdigkeit«, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), Die große Regression, Berlin: Suhrkamp, S. 17–35.
- Ayata, Imran (2017): »Deutschland liegt in Sachsen«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin, S. 260–264.
- Backes, Uwe (2021): »Rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt in Sachsen«, in: Kailitz, Steffen (Hg.): Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden, S. 119–126.
- Bartsch, Michael (2017): »Chronik ausgewählter politischer Ereignisse in Sachsen seit 1990«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin, S. 286–294.
- Biebricher, Thomas (2023): MITTE/RECHTS. Die internationale Krise des Konservatismus. Suhrkamp: Berlin.
- Blickle, Paul; Frank Jansen; Heike Kleffner; Johannes Radke; Julian Stahnke; Toralf Staud; Sascha Venohr (2022): »Todesopfer rechter Gewalt. 187 Schicksale«, in: Die Zeit, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet-vom-17.07.2023>.
- Book, Carina (2018): »Mit Metapolitik zur ›Konservativen Revolution‹? Über Umfeld und Strategie der ›Identitären Bewegung‹ in Deutschland«, in: Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek; Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹, Hamburg: Marta press, S. 113–131.
- Breuer, Stefan (1995): Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt: WBG.
- Breuer, Stefan (2008): Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt: WBG.
- Breuer, Stefan (2021): Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte, Stuttgart: Reclam.
- Brichzin, Jenni; Henning Laux; Ulf Bohmann (2022): Risikodemokratie. Bielefeld: transcript.
- Brumlik, Micha (2018): »Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft«, in: Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek; Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹, Hamburg: Marta press, S. 167–186.
- Brumlik, Micha (2020): »Metapolitik«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Stichworte zur Zeit. Ein Glossar, Bielefeld: transcript, S. 175–186.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Antisemitismus im Rechtsextremismus, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2020-07-antisemitismus-im-rechtsextremismus.pdf?__blob=publicationFile&v=11 vom 05.12.2023.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2023): Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin, <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/D>

- E/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=9 vom 01.12.2023.
- Crouch, Colin (2021): *Postdemokratie revisited*, Berlin: Suhrkamp.
- Daniel, Ellen (2020): »Alain de Benoist. Nouvelle Droite – Antikapitalismus von rechts«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 176–189.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene; Schuler, Julia; Brähler, Elmar (2022): »Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker; Johannes Kiess; Aylene Heller; Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 31–90.
- Depenheuer, Otto (2002): *Selbstdarstellung der Politik. Studien zum Öffentlichkeitsanspruch der Demokratie, Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft N.F. 103*, Paderborn.
- Der Spiegel (2018): *Anschläge auf Asylbewerber. Lange Haftstrafen für rechte Terrorgruppe Freital* [07.03.2018], <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/dresden-gruppe-freital-terrorprozess-lange-haftstrafen-fuer-angeklagte-a-1196857.html> vom 17.11.2023.
- Ebner, Julia (2020), *Going Dark. The Secret Social Lives of Extremists*, London: Bloomsbury.
- Ebner, Julia (2023): *Massenradikalisierung. Wie die Mitte Extremisten zum Opfer fällt*, Berlin: Suhrkamp.
- Feustel, Robert; Grochol, Nancy; Prüwer, Tobias; Reif, Franziska (Hg.) (2018): *Wörterbuch des besorgten Bürgers*, Mainz: Ventil Verlag.
- Feustel, Robert; Prüwer, Tobias (2017): »Rosarotes Leipzig. Die Pleiße Stadt gibt sich aufgeklärt und weltoffen«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin, S. 141–150.
- Flügel, Domink (2022): »Überblick: Metapolitik«, in: David Meiering (Hg.), *Schlüsseltex te der »Neuen Rechten«. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens*, Wiesbaden: Springer, S. 75–77.
- Freedom House (2023): *Nations in Transit 2023. War deepens a Regional Divide*, <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2023/war-deepens-regional-divide> vom 16.07.2023.
- Freistaat Sachsen (2021): *Wahlergebnisse: Bundestagswahl 2021*, https://wahlen.sachsen.de/bundestagswahl-2021-wahlergebnisse.php?_ptabs=%7B%22%23tabdirektbewerber%22%3A1%7D vom 04.07.2023.
- Frieße, Heidrun; Nolden, Marcus; Schreiter, Miriam (Hg.) (2019): *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz*. Bielefeld: transcript.

- Fukuyama, Francis (2022): *Liberalism and its Discontents*, New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Funke, Hajo (2020): »Armin Mohler. Jünger-Schüler, Netzwerker und selbsterklärter Faschist«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 155–175.
- Garsztecki, Stefan (2020): »Polen unter der Regierung von PiS – autoritärer Staat oder republikanisches Demokratiemodell?«, in: *Zeitschrift für Politik* 67, H. 1, S. 86–101.
- Gertoberens, Klaus (Hg.) (2004), *Die braune Gefahr in Sachsen. Personen, Fakten, Hintergründe*, Dresden.
- Habermas, Jürgen (2021): »Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit«, in: Martin Seeliger; Sebastian Seignani (Hg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Leviathan Sonderband 37*, Baden-Baden: Nomos, S. 470–500.
- Hacke, Jens (2020): »Carl Schmitt. Antiliberalismus, identitäre Demokratie und Weimarer Schwäche«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.) (2020), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 30–48.
- Heidtmann, Jan; Mayer, Iris (2023): »Wo lebt ihr eigentlich?«, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 172 vom 28. Juli 2023, S. 3.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018a): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm, (2018b): »Autoritärer Nationalradikalismus: Ein neuer politischer Erfolgstypus zwischen konservativem Rechtspopulismus und gewaltförmigem Rechtsextremismus«, in: Karina Becker; Klaus Dörr; Peter Reif-Spirek (Hg.), *Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt/New York: Campus*, S. 117–134.
- Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuel; Sitzler, Peter (2021): *Rechte Bedrohungssallianzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hemmer, Nicole (2016): *Messengers of the Right. Conservative Media and the Transformation of American Politics*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Hirschman, Albert O. (1991): *The Rhetoric of Reaction. Perversity, Futility, Jeopardy*, Cambridge/London: Belknap Press.
- Infratest dimap (2014): *Sachsen. Landtagswahl 2014. Analysen Wählerwanderung [2014]*, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> vom 17.11.2023.
- Jaschke, Hans-Gerd (2006): *Politischer Extremismus*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Jorek, Tim (2022): »Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts«, in: David Meiering (Hg.), *Schlüsseltexthe der »Neuen Rechten«*. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, Wiesbaden: Springer, S. 79–90.

- Kailitz, Stefan (Hg.) (2021a): Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kailitz, Steffen (2021b): »Die Alternative für Deutschland (AfD) zwischen radikalem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus«, in: ders. (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 55–87.
- Kailitz, Steffen (2021c): »Sachsen als Hochburg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)«, in: ders. (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 37–53.
- Kailitz, Steffen (2021d): »Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Ein Problemaufriss«, in: ders. (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 9–24.
- Kailitz, Steffen (2021e): »Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Eine (vorläufige Bilanz)«, in: ders. (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 127–141.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kern, Thomas; Laux, Thomas; Pruiken, Insa (2017): »Critique and Social Change: An Introduction«, in: Historical Social Research 42, S. 7–23.
- Kielmansegg, Peter Graf (2017): »Demos und Populus: Demokratietheoretische Annäherungen an das Phänomen Populismus«, in: Thorsten Beigel; Georg Eckert (Hg.), Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster: Aschendorff, S. 267–281; 325–327.
- Kleffner, Heike; Meisner, Matthias (2017): »Vorwort. 1990 bis 2016 – Unter Sachsen«, in: dies. (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin, S. 9–12.
- Knaack, Benjamin; Hebel, Christina (2024): Wählerwanderung [31.08.2014], <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-sachsen-afd-jagt-cdu-stimmen-ab-a-988680.html> vom 17.11.2023.
- Kocyba, Piotr (2021): »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)«, in: Steffen Kailitz (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, S. 89–107.
- Korkkamp, Jens (2018): »Armin Mohler und die Konservative Revolution«, in: Klaus-Peter Hufer, Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim: Beltz Juventa, S. 123–125.

- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2023): »Der Kampf um die Zukunft: Die DDR-Geschichte im Widerstreit der Interessen«, in: Jürgen Zimmerer (Hg.), *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Stuttgart, S. 355–374.
- Kreis, Joachim (2007): *Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien*, Berlin: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum.
- Kroll, Frank-Lothar (1998): *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und geschichtliches Handeln im Dritten Reich*, Paderborn: Schöningh.
- Kumkar, Nils C. (2022): *Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*, Berlin: Suhrkamp.
- Küpper, Beate; Zick, Andreas; Rump, Maike (2021): »Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21«, in: Andreas Zick; Beate Küpper (Hg.), *Die geforderte Mitte*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 75–111.
- Laabs, Dirk (2017): »Wir arbeiten weiter«. Der »Nationalsozialistische Untergrund« in Sachsen«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin, S. 184–198.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2023): *Medieninformation: Sächsischer AfD-Landesverband als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft* [08.12.2023]. Dresden: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Einstufung_AfD_Dezember_2023.pdf vom 03.01.2024.
- Langebach, Martin; Jan Raabe (2016): »Die »neue Rechte« in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Fabian Virchow; Martin Langebach; Alexander Häusler (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 561–592.
- Lasch, Hendrik (2023): »Nazi-Denkmal zieht Nazi-Vergleich«, in: nd. *Der Tag*, Nr. 119 vom 25.05.2023, S. 4.
- Leber, Sebastian; Meisner, Matthias (2017): »Wegschauen. Verdrängen. Versagen. Hass in Freital – auch nach der Anklage gegen eine Gruppe von mutmaßlichen Rechtsterroristen«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin, S. 160–169.
- Lepenies, Philipp (2022): *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*, Berlin: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer (1986): »Interessen und Ideen. Die Zurechnungsproblematik bei Max Weber«. in: Friedhelm Neidhardt; M. Rainer Lepsius; Johannes Weiss (Hg.), *Kultur und Gesellschaft, KZfSS Sonderband 37*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 20–31.
- Lewandowsky, Marcel (2022): *Populismus. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer.
- Locke, Stefan (2017): »Sächsische Wut. Pegida: Über Ursachen und Entwicklung einer sehr sächsischen Bewegung«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin, S. 35–45.

- Lux, Thomas; Mau, Steffen; Jacobi, Aljoscha (2022): »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern«, in: Berliner Journal für Soziologie 32, S. 173–212.
- Mahoney, James; Gary Goertz (2006): »A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research«, in: Political Analysis 14, S. 227–249.
- Mann, Thomas (2009): Betrachtungen eines Unpolitischen, Große kommentierte Frankfurter Ausgabe. Werke – Briefe – Tagebücher, Bd. 13.1, hg. u. textkrit. durchges. v. Hermann Kurzke, Frankfurt a.M. [1918].
- Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mayer, Lotta (2013): »Das erstaunliche Erstaunen über die »NSU-Morde«, in: Imke Schmincke; Jasmin Siri (Hg.), NSU-Terror, Bielefeld: transcript, S. 19–28.
- Mohler, Armin; Stein, Dieter (1993): Im Gespräch mit Alain de Benoist, Junge Freiheit, Interview-Reihe Nr. 3, Freiburg i.Br.
- Mounk, Yascha (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München: Droemer.
- Müller, Jan-Werner (2017a): »Populismus gegen Demokratie«, in: Thorsten Beigel; Georg Eckert (Hg.), Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster: Aschendorff, S. 257–266; 325.
- Müller, Jan-Werner (2017b): Was ist Populismus?, Berlin: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (1998): »Die »Welt«-Fremdheit der Globalisierungsdebatte: Ein phänomenologischer Versuch«, in: Soziale Welt 49, S. 151–165.
- Nattke, Michael (2017): »Eine neue soziale Bewegung von rechts. Der sächsische Schulterschluss von »besorgten Bürgern und Bürgerinnen« und organisierten Neonazis«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin, S. 71–80.
- Nattke, Michael (2021): »Der Schulterschluss zur Revolte. Die Qualität einer neuen Zivilgesellschaft von rechts am Beispiel Sachsen«, in: Johannes Schütz; Steven Schäffer; Raj Kollmorgen (Hg.), Die neue Mitte?, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 79–92.
- Nebelin, Marian (2014): »Aristokratische Konkurrenz in der römischen Republik. Möglichkeitsraum – Soziale Schließung – Transformation«, in: Ralph Jessen (Hg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt a.M.: Campus, S. 141–174.
- Nebelin, Marian (2021): »Semantischer Extremismus? Asymmetrische Gegenbegriffe in Rom zwischen Republik und Prinzipat«, in: Marian Nebelin; Claudia Tiersch (Hg.), Semantische Kämpfe zwischen Republik und Prinzipat? Transfor-

- mation und Kontinuität der politischen Sprache in Rom, Historische Semantik 31, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 187–298.
- Nebelin, Marian (2024a): Europas imaginierte Einheit. Kulturgeschichte und Antikerezeption bei Stefan Zweig, Beih. z. AKG 96, Köln: Böhlau.
- Nebelin, Marian (2024b, im Satz): Stefan Zweig und Hans Carossa: Die ›Unpolitischen‹ und das Problem des Schweigens [erscheint im Sammelband der Tagung »Hände weg von der Politik!« Stefan Zweig, Erika Mitterer und das literarische Leben in Österreich vor 1938« (Salzburg, 22./23.02.2022)].
- Panreck, Isabelle-Christine (2021): »Corona-Proteste in Sachsen«, in: Steffen Kailitz (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, S. 109–118.
- Pfahl-Traughber, Armin (1991): »GRECE – Die Neue Rechte in Frankreich«, in: Vorgänge 113/30, H. 5, S. 15–27.
- Pfahl-Traughber, Armin (2020): »Die Neue Rechte – eine rechtsextremistische Intellektuellenströmung. Eine Analyse zu Entstehung, Entwicklung, Positionen und Wirkung«, in: Ingrid Gilcher-Holtey; Eva Oberloskamp (Hg.), Warten auf Godot? Intellektuelle seit den 1960er Jahren, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 120, Berlin/Boston: de Gruyter, S. 147–160.
- Pfahl-Traughber, Armin (2022): Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Poutrus, Patrice G.; Warda, Katharina (2023): »Die DDR als Migrationsgesellschaft und die rassistische Gewalt der »Baseballschlägerjahre« in Ostdeutschland. Der Weg in die Berliner Republik«, in: Jürgen Zimmerer (Hg.), Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein, Stuttgart, S. 375–396.
- Przeworski, Adam (2019): Crises of Democracy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München: Piper.
- Rees, Yann; Rees, Jonas H.; Zick, Andreas (2021): »Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland«, in: Andreas Zick; Beate Küpper (Hg.), Die geforderte Mitte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 112–129.
- Rhein, Philipp (2023): Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus, Campus: Frankfurt a.M.
- Rippl, Susanne (2019): »Rechte Radikalisierung. Besorgte Bürger:innen, rechte Subkultur und gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Hintergründe der Ereignisse von Chemnitz«. In: Heidrun Friese; Marcus Nolden; Miriam Schreiter (Hg.), Rassismus im Alltag, Bielefeld: transcript, S. 101–118.
- Rippl, Susanne; Klein, Marius; Wittenburg, Friederike; Kolb, Julia; Otto, Alina; Gärtner, Ricarda; Hinze, Stefanie (2016): Pegida und Co. – Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Erklärungsansätze und erste Befunde. Chemnitz:

- Working Paper, TU Chemnitz, <https://www.doi.org/10.13140/RG.2.1.2077.6564> vom 27.11.2023.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian (2018): »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70, S. 237–254.
- Rohe, Karl (1990): »Politische Kultur und ihre Analyse«, in: Historische Zeitschrift 250, S. 321–346.
- Rucht, Dieter (2002): »Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung«, in: Thomas Grumke; Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen: Leske + Budrich, S. 75–86.
- Rucht, Dieter; Neidhardt, Friedhelm (2007): »Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen«, in: Hans Joas (Hg.), Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt/New York: Campus, S. 627–651.
- Salzborn, Samuel (2020): Rechtsextremismus, Baden-Baden: Nomos.
- Sauer, Hanno (2023): Moral. Die Erfindung von Gut und Böse, München: Piper.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Scheidel, Heribert (2018): »Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeit von Djihadismus und Counterdjihadismus«, in: Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek; Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«, Hamburg: Marta press, S. 285–303.
- Schnickmann, Alexander (2021): »Reich ohne König, Reconquista und Endspiel der Neuen Rechten«, in: Louis M. Berger; Hajo Raupach; Alexander Schnickmann (Hg.), Leben am Ende der Zeiten. Wissen, Praktiken und Zeitvorstellungen der Apokalypse, Eigene und Fremde Welten 37, Frankfurt: Campus, S. 145–170.
- Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Elsen, Jennifer Ten; Heller, Lukas (2020): »Rechtspopulismus und organisierte Zivilgesellschaft«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33, S. 729–739.
- Schulze, Christoph (2022): Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Schulze, Gerhard (2019): Soziologie als Handwerk, Frankfurt/New York: Campus.
- Schütz, Johannes; Schäller, Steven; Kollmorgen, Raj (Hg.) (2021): Die neue Mitte? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stapper, Jonas (2022): »Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932«, in: David Meiering (Hg.), Schlüsseltexte der »Neuen Rechten«. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, Wiesbaden: Springer, S. 37–48.
- Stovall, Tyler (2021): White Freedom. The Racial History of Ideas, Princeton: Princeton University Press.
- Strobl, Natascha (2021): Radikalisierte Konservativismus. Eine Analyse, Suhrkamp: Berlin.

- Teney, Céline; Rupieper, Li Kathrin (2023): A New Social Conflict on Globalisation-Related Issues in Germany? A Longitudinal Perspective. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, <https://doi.org/10.1007/s11577-023-00884-5> vom 05.12.2023.
- Virchow, Fabian (2016a): »Rechtsextremismus«: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen«, in: Fabian, Virchow; Martin Langebach; Alexander Häusler (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 5–41.
- Virchow, Fabian (2016b): »PEGIDA: Understanding the Emergence and Essence of Nativist Protest in Dresden«, in: *Journal of Intercultural Studies* 37, S. 541–555.
- Wassermann, Andreas (2017): »Ein bisschen Singapur – nur ohne Stockhiebe. Wie der erste Ministerpräsident Kurt Biedenkopf das Land prägte«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin, S. 26–33.
- Weber, Max (1988): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weiß, Volker (2020): *Die autoritäre Revolte*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Zick, Andreas (2021): »Hinführung zur Mitte-Studie 2020/21«, in: Andreas Zick; Beate Küpper (Hg.), *Die geforderte Mitte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 17–31.

Die »Neue« Rechte in Sachsen: Erscheinungsformen und Dynamiken

Die Wahlmobilisierung der AfD in Sachsen und Bayern

Milieus, Framing und Koalitionen mit der »neuen« Rechten im regionalen Vergleich

Julian Polenz

1 Die AfD als parlamentarischer Arm der »neuen« Rechten – Ein Blick auf Sachsen und Bayern

Der sozialwissenschaftlichen Forschung ist die Kooperation von Akteuren der »neuen« Rechten und Vertretern der Partei Alternative für Deutschland (AfD) bekannt. Enge Beziehungen bestehen etwa zwischen dem Mitgründer des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS) Götz Kubitschek und dem Landesvorsitzenden der AfD Thüringen Björn Höcke¹ (vgl. Pfahl-Traughber 2019: 26). Auch Alice Weidel, Bundessprecherin und AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, trat wie Höcke bereits als Rednerin im Rahmen einer vom IfS veranstalteten Akademie auf (vgl. Shroufi/De Cleen 2022: 6). Daneben sind Beiträge des »Parteiphilosophen« und AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Jongen in der einschlägigen Zeitschrift »Sessession« (vgl. Pfahl-Traughber 2019: 32) und der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (vgl. Jongen 2018) bekannt. Vor diesem Hintergrund gilt die AfD nicht umsonst als parlamentarischer Arm der »neuen« Rechten (vgl. z.B. Czingon 2019: 4).

Der vorliegende Beitrag setzt sich im Folgenden aus einer vergleichenden Perspektive mit der Wahlmobilisierung der AfD in Sachsen und Bayern auseinander. Im erstgenannten Bundesland schnitt die AfD bei der Bundestagswahl 2021 im regionalen Vergleich am erfolgreichsten ab. Die höchsten Zweitstimmenergebnisse erzielte sie in den Landkreisen Görlitz (32,5 %) ², Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge (31,9 %) und Bautzen (31,4 %). Aufgrund des guten Abschneidens in den neuen Bundesländern wurde die AfD im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs mitunter als überwiegend ostdeutsches Phänomen dargestellt (vgl. z.B. Kritikos & Wittenberg 2020). Diese Beschreibung greift allerdings zu kurz. Schwächere,

1 Co-Vorsitzender in Thüringen ist Stefan Möller.

2 Die Bundestagswahlergebnisse 2021 auf Kreisebene sind abrufbar unter: <https://regionalatl.as.statistikportal.de/>.

aber deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse verzeichnete die AfD auch in einigen Regionen Westdeutschlands. Dabei stechen die niederbayerischen und oberpfälzischen Kreise Regensburg (15,9 %), Freyung-Grafenau (15,1 %), Cham (13,8 %) und Dingolfing-Landau (13,7 %) hervor. Obwohl Sachsen und Bayern unmittelbar aneinandergrenzen, unterscheiden sich beide Bundesländer historisch-kulturell in drei Aspekten erheblich voneinander:

- a) Während Bayerns **politische Kultur** jahrzehntelang durch das stabile »[...] dreieinige Machtkartell von Staat, Staatspartei und Kirche [...]« (Mintzel 1987: 306) geprägt wurde, ist Sachsens politische und gesellschaftliche Entwicklung von großen Brüchen durchzogen. Noch heute gilt die politische Kultur Sachsens als von der sozialistischen Vergangenheit und Wende beeinflusst. Im »Kernland der friedlichen Revolution« (Jesse 2016: 194) von 1989 hat sich bis in die Gegenwart hinein ein »[...] gewisses Misstrauen gegenüber der Zentralregierung verfestigt [...]« (Pickel 2016: 18), das noch heute als politisch wirkmächtig gilt.
- b) Historisch bedingt unterscheiden sich die Bundesländer zusätzlich im Hinblick auf ihre **religiöse Bindung** voneinander. Die in der DDR vollzogene politische Repression von Kirche und Religion im Allgemeinen schlägt sich heute in einer im gesamtdeutschen Vergleich schwachen Kirchenbindung in den neuen Bundesländern nieder (vgl. Pickel 2011: 47). Dagegen ist die niederbayerische Bevölkerung nach wie vor katholisch und Bayern insgesamt relativ stark kirchlich geprägt (vgl. Hoffmann 2018).
- c) Das **zivilgesellschaftliche Engagement** der sächsischen ist im Gegensatz zur bayerischen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten eng mit prominenten sozialen Bewegungen und öffentlichkeitswirksamem Protest verbunden gewesen. Ausgehend von der Friedensbewegung über die friedliche Revolution 1989 (vgl. Wielgohs 2008) bis hin zu den von Rechtsextremisten ab Anfang der 2000er Jahre regelmäßig organisierten Trauermärschen (vgl. Backes/Kailitz 2020: 8) und der 2014 in Dresden gegründeten Pegida-Bewegung (vgl. Nam 2017) zeichnet sich Sachsen durch eine einflussreiche Protest- und Bewegungskultur aus – in den letzten Jahren insbesondere im rechtsextremen Spektrum.

Die drei Punkte sprechen dafür, dass es sich bei den sächsischen und bayerischen Kreisen um unterschiedliche sozialräumliche Milieus handelt, in denen die AfD jeweils überdurchschnittlich abschneidet. Ausgehend davon setzt sich der Beitrag in einem ersten Teil mit der Frage auseinander: **(1) Welche soziokulturellen Bedingungen konstituieren die sächsischen und bayerischen Milieus, in denen die AfD über dem Bundesergebnis liegende Zweitstimmenanteile erzielte?** Zur Beantwortung der Frage wird zunächst das dem Beitrag zugrundeliegende Milieu-Konzept vorgestellt, das an Lepsius (1993) anknüpft und mit Dahrendorfs Lebenschancenkonzept (Dahrendorf 1979) verbunden wird (Kapitel 2.1). Anschließend werden Grundlagen

der Qualitative Comparative Analysis (QCA) vorgestellt (Kapitel 2.2), auf deren Basis die AfD-Milieus im gesamten Bundesgebiet rekonstruiert und Sachsen und Bayern zugeordnet werden (Kapitel 2.3).

Im zweiten Teil geht es um die politische Mobilisierung der zuvor identifizierten sächsischen und bayerischen Milieus, in denen die AfD überdurchschnittlich abgeschnitten hat. Mit dem Framing und der Koalitionsbildung werden zwei zentrale »Mechanismen der Mobilisierung« (Kern 2008: 111) diskutiert (Kapitel 3.1). Im Mittelpunkt steht in der Folge die Frage: **(2) Inwiefern unterscheiden sich – ausgehend von unterschiedlichen Milieustrukturen – Framing und Koalitionsbildung der AfD in Sachsen und Bayern voneinander?** Der inhaltlichen Ausrichtung des Sammelbands folgend richtet sich der Blick insbesondere auf Unterschiede hinsichtlich der Koalitionsbildung zwischen AfD und Akteuren der »neuen« Rechten. Da die AfD wie keine andere Partei im Rahmen der Wahlmobilisierung auf Social-Media-Kanäle setzt (vgl. Stier et al. 2021: 429), werden zur Beantwortung der zweiten Frage Inhalte aus öffentlichen Telegram-Kanälen sächsischer und bayerischer AfD-Akteure durch Topic Modeling und Netzwerkanalysen ausgewertet und gegenübergestellt (Kapitel 3.2 und Kapitel 3.3).

Die Studie leistet damit in zweifacher Hinsicht einen Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über die AfD-Wahlerfolge in Deutschland. Erstens trägt sie der Forderung Rechnung, die nach wie vor unklaren Mechanismen aufzudecken, mit denen die unterschiedlichen Mobilisierungserfolge in Ost- und Westdeutschland erklärt werden könnten (vgl. Bayerlein/Metten 2022: 429). Zweitens werden im Rahmen der Analyse sozialräumliche Strukturdaten mit »digital trace data« (Howison et al. 2011: 770) verbunden. Die Integration beider Datentypen ermöglicht einen validen Einblick in das Handeln von Akteuren (vgl. Howison et al. 2011: 769–770) und bettet es gleichzeitig in einen sozialstrukturellen Kontext ein (vgl. Stier et al. 2020). Die Ergebnisse dieses Vorgehens werden im vorletzten Teil des Beitrags diskutiert (Kapitel 4), bevor daran anknüpfend ein abschließendes Fazit (Kapitel 5) gezogen wird.

2 Die sächsischen und bayerischen AfD-Wahlmilieus im Vergleich

Sozialräumlich unterscheiden sich die sächsischen und bayerischen AfD-Milieus signifikant voneinander. Bevor in den Kapiteln 2.2 und 2.3 ausführlicher auf Methodik und empirische Befunde eingegangen wird, geht es in Kapitel 2.1 zunächst um das Milieu-Konzept der Studie.

2.1 Soziale Milieus und Lebenschancen

Das dem Beitrag zugrundeliegende Milieu-Konzept orientiert sich an Lepsius (1993), der den Begriff des sozialmoralischen Milieus in einer bis heute einflussreichen Studie über das Parteiensystem des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik einführt. Unter sozialmoralischen Milieus versteht Lepsius »[...] soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden« (Lepsius 1993: 38). Im Gegensatz zur in der Soziologie mittlerweile üblichen Praxis, soziale Milieus statistisch aggregiert über ähnliche Lebensstile zu bestimmen (vgl. Schwinn 2019: 152–153), stützt sich Lepsius' Milieu-Konzept auf die soziokulturelle Umwelt von Akteuren.

Welche soziokulturellen Bedingungen könnten für die Wahlerfolge der AfD relevant sein? In der sozialwissenschaftlichen Diskussion über die AfD-Erfolge konkurrieren hauptsächlich zwei Erklärungsansätze miteinander. Auf der einen Seite wird auf günstige ökonomische Bedingungen verwiesen, die aus der Modernisierungsverliererthese (Rydgren 2007: 247–251.) abgeleitet werden. Diesem Ansatz folgend profitiert die AfD von zunehmender Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, die durch die europäische Integration und wirtschaftliche Globalisierung hervorgerufen wird. Von ihr sind vor allem Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status betroffen, weshalb sie – verglichen mit Personen aus höheren Statusgruppen – eine stärkere Neigung hätten, die nationalistische AfD zu wählen (vgl. Lux 2018: 267–268). Da in einzelnen empirischen Studien die Modernisierungsverliererthese abgelehnt werden musste (vgl. Lengfeld 2018), wurden auf der anderen Seite »kulturelle« Bedingungen ins Spiel gebracht. Danach sind kulturelle Bedrohungsgefühle (u.a. hervorgerufen durch die Flüchtlingsbewegungen 2015), und nicht ökonomische Konkurrenz, ausschlaggebend für die AfD-Erfolge (vgl. Lengfeld 2018: 308).

Viele Mobilisierungsprozesse werden jedoch erst durch das Zusammenspiel ökonomischer (materieller) und kultureller (ideeller) Bedingungen in Gang gesetzt. Deshalb stützt sich die Studie auf den von Weber (1972) in die Soziologie eingeführten Begriff der Lebenschancen, der später von Dahrendorf (1979) zu einem zentralen soziologischen Konzept ausgearbeitet wurde und materielle und ideelle Bedingungen integriert. Lebenschancen sind »[...] Möglichkeiten des individuellen Wachstums, der Realisierung von Fähigkeiten, Wünschen und Hoffnungen, und diese Möglichkeiten werden durch soziale Bedingungen bereitgestellt« (Dahrendorf 1979: 50). Außerdem sind sie »[...] eine Funktion von Optionen und Ligaturen« (ebd.: 51). Optionen repräsentieren in sozialen Strukturen verankerte Wahlmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder, etwa verschiedene Möglichkeiten des Bildungserwerbs und -aufstiegs (vgl. ebd.: 50). Bei Ligaturen handelt es sich um kulturelle, sinnstiftende Bindungen, die beispielsweise über Religion oder verwandtschaftliche

Beziehungen vermittelt werden. Insgesamt ergeben sich Lebenschancen erst aus dem Zusammenwirken von Optionen und Ligaturen, weshalb beide Dimensionen nicht getrennt voneinander analysiert werden können (vgl. ebd.: 55).

Lebenschancen verweisen also auf materielle und ideelle Situationsbedingungen, die das Handeln der Gesellschaftsmitglieder prägen. Ihre spezifische Kombination bildet die strukturelle Grundlage für Milieubildungsprozesse. Die aus dem Lebenschancenkonzept abgeleiteten Bedingungen, deren Operationalisierung und Kalibrierung werden im folgenden Kapitel im Anschluss an die Beschreibung allgemeiner Grundlagen der Qualitative Comparative Analysis (QCA) vorgestellt.

2.2 Qualitative Comparative Analysis, Operationalisierung und Kalibrierung

Die QCA ist eine von Charles Ragin (1987) entwickelte fallvergleichende, auf Mengenlehre basierende Methode zur Analyse kleinerer und mittlerer Fallzahlen. Ihr Ziel ist es, rückwirkend unterschiedliche Bedingungskonstellationen aufzudecken, die zu einem sozialen Phänomen (= Outcome) geführt haben. In einem ersten Schritt beginnt die QCA mit der Kalibrierung der Bedingungen und des Outcomes (vgl. Blatter et al. 2018: 314–321). Die zu untersuchenden Fälle werden dabei auf Basis empirischer Informationen Mengen zugeordnet (z.B. der Landkreis Görlitz gemessen an der Zahl der Kirchenmitgliedschaften zur Menge der Kreise mit geringer kirchlicher Bindung). Die Fälle erhalten für jede Bedingung Mitgliedschaftswerte, die auf Fuzzy-Sets basieren und folglich im Wertebereich zwischen 0 und 1 variieren. Bei der Kalibrierung müssen drei Ankerpunkte definiert werden (vgl. Ragin 2008: 33): Die volle Mitgliedschaft (1), die volle Nichtmitgliedschaft (0) und der Cross-Over-Point (0,5), an dem unklar ist, ob ein Fall zur Menge gehört oder nicht. Die Festlegung der Ankerpunkte erfolgte in der vorliegenden Studie datenimmanent. Das heißt, die Ankerpunkte wurden auf Grundlage statistischer Verteilungen der Fälle computerbasiert bestimmt.³ Im Anschluss an die Kalibrierung werden mit Hilfe eines Algorithmus verschiedene Bedingungskonstellationen (»Lösungspfade«) ermittelt, mit denen das Zustandekommen eines sozialen Phänomens für unterschiedliche Fälle hinreichend erklärt werden kann (vgl. Blatter et al. 2018: 338–342).

Da Lebenschancen räumlich variieren (vgl. Dahrendorf 1979: 107), konzentriert sich die folgende Analyse auf Landkreise und kreisfreie Städte bzw. auf Cluster, die sich aus sozialstrukturell ähnlichen Landkreisen und kreisfreien Städten zusammensetzen. Im deutschen Föderalismus stellen Kreise »politische Verbände« (Weber

3 Die Analyse wurde mit dem Statistikprogramm R und den Packages »QCA« (Duşa 2021) und »SetMethods« (Oana et al. 2021) durchgeführt. Erläuterungen zum methodischen Vorgehen können dem Zusatzmaterial entnommen werden, das bei der GESIS abrufbar ist unter: <http://s://doi.org/10.7802/2566>.

1972: 29) dar, die die Lebenschancen der Gesellschaftsmitglieder in zentralen Bereichen wie Bildung und Gesundheit prägen. Datengrundlage für die Analyse bilden Indikatoren zur Raum- und Stadtentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Daten des Zensus 2011 und Daten aus dem Regionalatlas des statistischen Bundesamts. Die Operationalisierung der Ligaturen basiert auf Vorschlägen Dahrendorfs und klassischen Bindungsquellen (Religion, Nationalismus, Familie und Verwandtschaft, vgl. Gerhards 2003: 30–31). In die Analyse fließen ein: Kirchliche Bindung als Ausdruck von Religiosität, ethnische Pluralität als Indiz für das Ausmaß von Nationalismus sowie Partnerchancen für Männer und Altersstruktur der Bevölkerung, die auf familiäre und regionale Bindungen hindeuten.⁴ Die Operationalisierung der Optionen orientiert sich an Zugängen zu zentralen teilsystemischen Leistungen, die die Lebenschancen der Gesellschaftsmitglieder unmittelbar prägen (vgl. Schimank/Volkman 1999: 41). Betrachtet werden auf Kreisebene die Teilhabe an höherer Bildung, wirtschaftliche Teilhabechancen, Mobilitätsanbindung und Gesundheitsversorgung. Aufgrund des erfolgreichen Abschneidens der AfD in strukturschwachen Regionen (vgl. Franz et al. 2018) und ihrer nationalistischen Programmatik wird erwartet, dass die AfD von Kombinationen aus eingeschränkten Optionen und fehlenden Bindungsquellen profitiert.

Konkret lauten die in die Analysen einfließenden Bedingungen auf Seiten der Ligaturen: **(1) Schwache kirchliche Bindung, (2) Hohe ethnische Pluralität, (3) Eingeschränkte Partnerchancen und (4) Alte Bevölkerung.** Auf Seiten der Optionen werden folgende Bedingungen betrachtet: **(5) Geringe Teilhabe an höherer Bildung, (6) Eingeschränkte wirtschaftliche Teilhabe, (7) Eingeschränkte Mobilitätsanbindung und (8) Eingeschränkte Gesundheitsversorgung.** Die in der Analyse berücksichtigten Bedingungen, ihre Indikatoren und die Ankerpunkte der Kalibrierung sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Da die QCA ein Verfahren zur Analyse kleinerer und mittlerer Fallzahlen ist, wurden insgesamt 393 Landkreise und kreisfreie Städte⁵ durch eine hierarchische Clusteranalyse zu sozialstrukturell ähnlichen Gruppen zusammengefasst, wenn sie sich in Bezug auf die in Tabelle 1 dargestellten Bedingungen ausreichend ähneln. Die Clusteranalyse erfolgte getrennt für Kreise mit einem Zweitstimmenergebnis $> 10,3\%$ (Bundesergebnis der AfD) und $\leq 10,3\%$.⁶ Insgesamt ergeben sich so 22 Cluster: Zehn Cluster mit einem Ergebnis $> 10,3\%$ und zwölf Clus-

4 Ein hoher Anteil älterer Personen deutet u.a. darauf hin, dass junge Menschen die heimatischen Bindungen teilweise aufgeben und in andere Regionen abwandern.

5 Eisenach fließt in die Analyse noch als kreisfreie Stadt ein, gehört seit 2021 jedoch zum Wartburgkreis. Acht Landkreise konnten aufgrund fehlender Werte nicht mit in die Analyse einbezogen werden. Es handelt sich um die Landkreise Bamberg, Schweinfurt, Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte, Nordwestmecklenburg, Rostock, Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen.

6 Die detaillierte Clusterzusammensetzung kann dem Zusatzmaterial entnommen werden.

ter mit einem Ergebnis $\leq 10,3\%$. Die Ergebnisse der QCA werden im nächsten Abschnitt vorgestellt und beziehen sich auf die zuvor gebildeten 22 Landkreiscluster.

Tabelle 1: Operationalisierung der Lebenschancen und Kalibrierung der Bedingungen

	Outcome und Bedingungen (Indikator)	Volle Mitgliedschaft (1)	Cross-overpoint (0,5)	Volle Nichtmitgliedschaft (0)
Outcome				
	Erfolgreiche Wahlmobilisierung der AfD (Zweitstimmenergebnis auf Kreisebene BTW 2021) ¹	25 %	10,3 %	4,9 %
Ligaturen (Dimensionen)	Bedingungen			
Religion	Schwache kirchliche Bindung (Anteil Kirchenmitglieder 2011) ³²	41 %	61 %	72 %
Kulturelle Pluralität	Hohe ethnische Pluralität (Ausländeranteil 2019) ²	14,3 %	9,1 %	5,8 %
Partnerchancen	Eingeschränkte Partnerchancen (Frauenanteil im Alter zwischen 20 bis unter 40 Jahre 2019) ²	46,7 %	47,3 %	50 %
Alter	Alte Bevölkerung (Relativer Anteil der Bevölkerung über 65 an Gesamtbevölkerung 2019) ²	27,4 %	24,4 %	19,2 %

Optionen (Dimensionen)	Bedingungen			
Bildung	Geringe Teilhabe an höherer Bildung (Anteil der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife 2019) ²	26,3 %	31,5 %	40 %
Wirtschaft	Eingeschränkte wirtschaftliche Teilhabe (Arbeitslosenquote 2019) ²	6,8 %	5,5 %	3,6 %
Mobilität	Eingeschränkte Mobilitätsanbindung (Durchschnittliche PKW-Fahrtzeit in Minuten zum nächsten IC-, EC- oder ICE-Haltepunkt 2020) ²	50	25	10
Gesundheit	Eingeschränkte Gesundheitsversorgung (Anzahl Ärzte pro 10.000 Einwohner 2019) ²	12,5	15	23

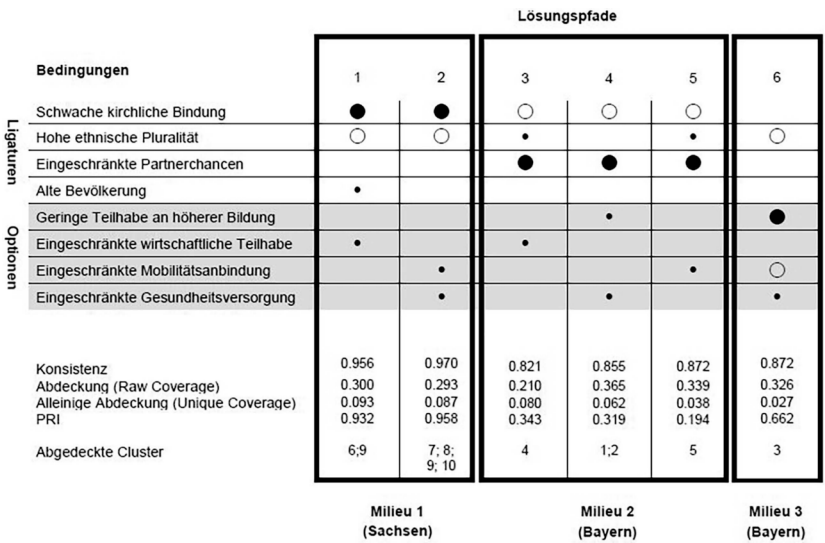
Quelle: Eigene Darstellung (¹ Regionalatlas des statistischen Bundesamts; ² Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung; ³ Zensus 2011)

2.3 Befunde

Im Mittelpunkt der QCA steht die Frage: Welche Bedingungen führten im regionalen Vergleich zu einem über dem Bundesergebnis liegenden Zweistimmenanteil (Ergebnis > 10,3 %) der AfD bei der Bundestagswahl 2021? Auf Grundlage der durch die QCA aufgedeckten Bedingungskonstellationen werden bundesweite Wahlmilieus rekonstruiert, in denen die AfD überdurchschnittlich abschneiden konnte, und anschließend Sachsen und Bayern zugeordnet. Durch die QCA konnten sechs Bedingungskonstellationen ermittelt werden. Sie sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Darstellung orientiert sich an Ragin und Fiss (2008: 205) sowie Laux (2021:

425).⁷ Die sechs Lösungspfade decken alle Cluster ab, in denen die AfD bei der Bundestagswahl 2021 überdurchschnittlich erfolgreich Wählende mobilisieren konnte. Abweichende Fälle (also solche, die eine der sechs Bedingungskonstellationen aufweisen, in der die AfD aber nicht überdurchschnittlich abgeschnitten hat) liegen keine vor.

Abbildung 1: Sechs hinreichende Lösungspfade der überdurchschnittlichen AfD-Wahlmobilisierung bei der Bundestagswahl 2021



Quelle: Eigene Darstellung; ● = Kernbedingung anwesend; ○ = Negation der Kernbedingung anwesend; • = Komplementärbedingung anwesend; o = Negation der Komplementärbedingung anwesend; Gesamte Lösung: Konsistenz: 0,847; Abdeckung: 0,877; PRI: 0,692. Cluster 9 wird durch die Lösungspfade 1 und 2 erklärt. Informationen zu den Maßzahlen Konsistenz, Abdeckung und PRI können dem Zusatzmaterial entnommen werden.

In den **Lösungspfaden 1 und 2** führte die Konstellation aus schwacher kirchlicher Bindung und geringer ethnischer Pluralität zur überdurchschnittlichen Wahl-

7 Große Kreise stehen für die sogenannten Kernbedingungen, von denen die größte Erklärungskraft ausgeht. Kleine Kreise stellen Komplementärbedingungen dar, die in Kombination mit den Kernbedingungen ebenfalls zur Erklärung des Outcomes beitragen (vgl. Ragin/ Fiss 2008: 204). Ausgefüllte Kreise zeigen die Anwesenheit einer Bedingung an, leere Kreise implizieren deren Negation, z.B. in Lösungspfad 2 nicht hohe ethnische Pluralität (d.h. geringe bis mittlere ethnische Pluralität). Sind bestimmte Bedingungen in keinem der Lösungspfade enthalten, gelten sie als logisch redundant und als nicht kausal ursächlich für das Outcome (vgl. Schneider/Wagemann 2012: 105).

mobilisierung der AfD – im ersten Pfad zusätzlich in Kombination mit alter Bevölkerung und eingeschränkter wirtschaftlicher Teilhabe, im zweiten Pfad in Kombination mit eingeschränkter Mobilitätsanbindung und eingeschränkter Gesundheitsversorgung. Die ersten beiden Lösungspfade erklären die Wahlmobilisierung für die Cluster 6 bis 10, in denen alle ostdeutschen Kreise enthalten sind.

Die Lösungspfade 3, 4 und 5 enthalten Kombinationen aus starker religiöser Bindung und eingeschränkten Partnerchancen für Männer. Die Komplementärbedingungen lauten in Pfad 3 hohe ethnische Pluralität und eingeschränkte wirtschaftliche Teilhabe, in Pfad 4 geringe Teilhabe an höherer Bildung und eingeschränkte Gesundheitsversorgung sowie in Pfad 5 hohe ethnische Pluralität und eingeschränkte Mobilitätsanbindung. Die drei Lösungspfade erklären die Wahlmobilisierung für die Cluster 1, 2, 4 und 5, die sich aus überwiegend baden-württembergischen und bayerischen sowie einzelnen westdeutschen Kreisen zusammensetzen. Die in der Einleitung angesprochenen niederbayerischen und oberpfälzischen Kreise werden von Pfad 4 abgedeckt.

In **Lösungspfad 6** führen geringe ethnische Pluralität, gute Mobilitätsanbindung und geringe Teilhabe an höherer Bildung zum überdurchschnittlichen Abschnitten der AfD. Komplementärbedingung ist die eingeschränkte Gesundheitsversorgung. Lösungspfad 6 deckt Cluster 3 ab, das süd- und südwestdeutsche Kreise wie das fränkische Lichtenfels enthält.

Die sechs Lösungspfade können zu insgesamt drei sozialräumlichen Milieus, in denen die AfD überdurchschnittlich abgeschnitten hat, zusammengefasst werden. Die Lösungspfade 1 und 2 repräsentieren **(1) ein ethnisch homogenes, wenig religiöses Milieu** im nach wie vor vergleichsweise strukturschwachen Ostdeutschland. Die Lösungspfade 3, 4 und 5 werden basierend auf der relativ stark ausgeprägten Kirchenbindung zu einem **(2) religiösen Milieu mit eingeschränkten Partnerchancen für Männer in den strukturschwachen Regionen Süd- und Westdeutschlands** zusammengefasst. Lösungspfad 6 bildet ein **(3) bildungsfernes Milieu in Süd- und Südwestdeutschland ab**. Für die Konstitution der ersten beiden Milieus spielen mit Blick auf die Kernbedingungen vor allem die Ligaturen, also die Ausprägung der kulturellen Bindungen eine wesentliche Rolle. Eingeschränkte Optionen wie eine schlechte Mobilitätsanbindung wirken bei der Milieubildung zwar mit, sind aber von nachrangiger Bedeutung. Dagegen ist für das dritte Milieu neben geringer ethnischer Pluralität auch die eingeschränkte Teilhabe an höherer Bildung zentral, die auf fehlende Bildungsoptionen verweist.

Die für den Beitrag relevanten sächsischen Kreise zählen zu **Milieu (1)**. Die bayerischen Kreise mit überdurchschnittlichen AfD-Zweitstimmenergebnissen fallen in die beiden anderen Milieus, wobei die AfD in Bayern den größeren Zuspruch in **Milieu (2)** erhielt. Entsprechend der oben formulierten Erwartung profitiert die AfD von Bedingungskonstellationen, die auf fehlende Bindungsquellen und

eingeschränkte Optionen hindeuten, wobei die zentrale Erklärungskraft vor allem von der Ligaturen-Dimension ausgeht.

3 Die AfD-Mobilisierung in Sachsen und Bayern

Die drei im vorigen Abschnitt abgeleiteten Milieus bilden günstige soziokulturelle Strukturen für das überdurchschnittliche Abschneiden der AfD. Offen blieb bislang, wie diese Strukturen in überdurchschnittliche AfD-Wahlergebnisse übersetzt werden, denn, »[s]trukturelle Interessenlagen müssen politisch erst aktiviert werden« (Haffert 2022: 88). Hierbei kommen »Mechanismen der Mobilisierung« (Kern 2008: 111) ins Spiel. In Kapitel 3.1 werden mit dem Framing und der Koalitionsbildung zwei zentrale Mobilisierungsmechanismen knapp umrissen. Ausgehend von den unterschiedlichen Milieustrukturen geht es anschließend um die Frage: Inwiefern unterscheiden sich Framing und Koalitionsbildung der AfD in Sachsen und Bayern voneinander? Die Frage wird auf Grundlage einer Analyse öffentlicher sächsischer und bayerischer AfD-Telegramkanäle beantwortet. Die Analyseergebnisse basieren auf Topic Models und Netzwerkanalysen und werden getrennt für Sachsen (Kapitel 3.2) und Bayern (Kapitel 3.3) vorgestellt.

3.1 Mechanismen der Mobilisierung: Framing und Koalitionsbildung

Im Kontext sozialer Bewegungen trugen neben anderen Snow et al. (1986) entscheidend zur Ausarbeitung des Framing-Konzepts bei. Mittlerweile wird der Begriff auch zur Erklärung von Parteimobilisierung genutzt. Benford und Snow definieren frames als »[...] action oriented set of beliefs and meanings that inspire and legitimate the activities and campaigns of a social movement organization« (Benford/Snow 2000: 614). Es handelt sich folglich um kulturelle Deutungsmuster, die von kollektiven und korporativen Akteuren wie sozialen Bewegungen und Parteien erzeugt werden, um ihre Anhänger zu mobilisieren (vgl. Kern 2008: 142). Drei Formen des Framings unterscheiden Benford und Snow (2000: 615–618): (1) *diagnostic framing* bezeichnet die Identifikation sozialer Probleme und deren Ursachen. Eng damit verbunden sind Schuldzuweisungen. Beim (2) *prognostic framing* geht es um die Unterbreitung von Lösungsvorschlägen, mit deren Hilfe identifizierte Problemlagen behoben werden könnten. Ohne Lösungsvorschläge erscheinen Bewegungen und Parteien unglaubwürdig (vgl. Kern 2008: 144). Zusätzliche Anreize für die Beteiligung an kollektivem Handeln werden mit dem (3) *motivational framing* gesetzt. Häufig reicht Einigkeit über Problemlagen und Lösungsvorschläge nicht aus, um Akteure zum Mitmachen zu bewegen. Darum muss zusätzlich motiviert werden, etwa durch das Versprechen eines Gemeinschaftsgefühls oder moralische Appelle (vgl. Kern 2008: 145). Kern (2003) verweist mit dem (4) *memory framing* auf eine

vierte Form, die sich auf das kollektive Gedächtnis sozialer Bewegungen bezieht. Vor dem Hintergrund gemeinsam geteilter Erinnerungen werden Ereignisse aus der Gegenwart interpretiert und Lösungsvorschläge entwickelt.

Neben dem Framing gilt die Koalitionsbildung als ein weiterer Mobilisierungsmechanismus (vgl. Kern 2008: 112–122). Dabei schließen sich mehrere Akteure zu Allianzen zusammen, »[...] um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, von dem sie glauben, daß es allein, ohne einen Partner, nicht zu realisieren ist« (Sofsky/Paris 1991: 188). Die Koalitionsbildung hat den Vorteil, (individuelle) Ressourcen bündeln zu können, um so durchsetzungsfähiger zu werden (vgl. Kern 2008: 118). Dabei kann der Organisations- und Formalisierungsgrad von Koalitionen erheblich variieren. Das Spektrum reicht von relativ spontanen und zerbrechlichen Zweckbündnissen bis hin zu stabilen, institutionalisierten Allianzen (vgl. Sofsky/Paris 1991: 189).⁸ Im Bereich der Politik ist die nicht institutionalisierte Kooperation von Protest-Parteien und sozialen Bewegungen bekannt, z.B. von AfD und Pegida. Solche Bündnisse können diesem Parteitypus helfen, die eigenen Deutungsmuster in breiteren Gesellschaftsschichten zu verankern und das Mobilisierungspotential zu steigern (vgl. Blings 2020). Mit Koalition ist im vorliegenden Beitrag eine solche nicht institutionalisierte Allianz zwischen politischen Akteuren gemeint. Es geht in den folgenden Analysen darum, Berührungspunkte zwischen AfD und anderen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufzudecken. Ein Bündnis zwischen ihnen besteht insofern, als dass sich die AfD am Handeln anderer Akteure orientiert.

In den folgenden Kapiteln werden nacheinander Framing und Koalitionsbildung der AfD in Sachsen (3.2) und in Bayern (3.3) gegenübergestellt. Die Befunde basieren auf der Auswertung öffentlicher Telegramkanäle der sächsischen und bayerischen AfD. Sie beziehen sich in beiden Fällen auf den Zeitraum zwischen dem 20.02.2020 und dem 26.09.2021, dem Tag der Bundestagswahl 2021. In die Analyse flossen, sofern verfügbar, Telegramkanäle (1) sächsischer und bayerischer AfD-Bundestagsabgeordneter, (2) beider Landesverbände, (3) sächsischer und bayerischer Kreisverbände und (4) von Direktkandidatinnen und -kandidaten der Bundestagswahl 2021 ein. Landtagsabgeordnete wurden, sofern sie nicht bei der Bundestagswahl 2021 kandidierten, nicht mit in die Samples aufgenommen. Die Daten wurden mit einem Scraper⁹ über die offizielle API-Schnittstelle von Telegram heruntergeladen. Ergebnisse zum Framing beruhen auf LDA-Topic Modeling. Dabei handelt es sich um eine Methode zur Identifikation latenter Themenstrukturen (Topics) innerhalb großer Textkorpora. Topics setzen sich aus mehreren einzelnen

8 Siehe für den institutionalisierten Koalitionsbegriff z.B. Schimank (2016: 329f.).

9 Zur Analyse wurde der von Peter Walchhofer und Valentin Peter entwickelte Scraper »Telescraper« genutzt: <https://github.com/PeterWalchhofer/Telescraper>. Für hilfreiche Anmerkungen bei der Umsetzung danke ich beiden.

Begriffen zusammen, die mit großer Wahrscheinlichkeit in Dokumenten des fraglichen Textkorpus gemeinsam auftreten (vgl. Blei 2012: 78–79). Das Topic Modeling ist in der vorliegenden Studie mit einer hierarchischen Clusteranalyse kombiniert worden. Ähnliche Topics wurden dabei zu Darstellungszwecken zu Themenfeldern zusammengefasst. Ein Themenfeld setzt sich folglich aus mehreren thematisch verwandten Topics zusammen.

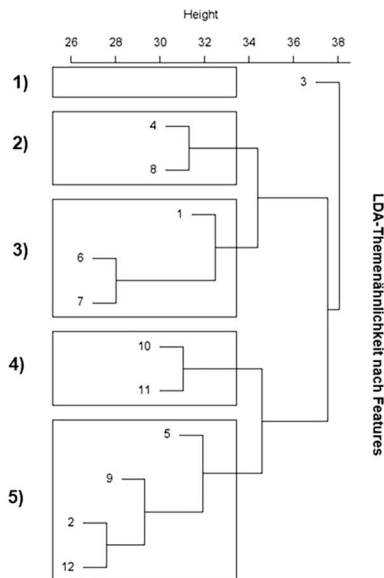
In Telegramkanälen können Nachrichten entweder vom Kanalbetreiber selbst verfasst oder aus anderen Kanälen weitergeleitet werden. Telegrams API-Schnittstelle ermöglicht, Informationen über solche Weiterleitungen abzurufen. So kann nachvollzogen werden, auf welche anderen Kanäle sich sächsische und bayerische AfD-Akteure beziehen. Auf dieser Basis wurden in der vorliegenden Studie gerichtete Netzwerke modelliert, mit deren Hilfe auf Ansätze der Koalitionsbildung der AfD mit anderen Akteuren geschlossen werden kann.

3.2 Framing und Koalitionsbildung der AfD in Sachsen

Abbildung 2: Themenfelder der AfD in Sachsen (Ergebnis des Topic Modelings und der Clusteranalyse)

Themenfelder (bestehend aus Topic-Clustern):

- 1) Lokale und persönliche Mobilisierung
- 2) Kritik an Impfpflicht
- 3) Kritik an „etablierter“ (sächsischer) Politik
- 4) Aufruf zur Unterstützung der AfD auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene
- 5) Kritik an Corona-Maßnahmen



Quelle: Eigene Darstellung

Der sächsische Textkorpus setzt sich aus insgesamt 1244 Nachrichten zusammen, die im fraglichen Zeitraum von acht Kanälen gepostet wurden. Drei der Kanä-

le werden von den direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Carolin Bachmann, Thomas Dietz und Mike Moncsek betrieben. Vier weitere Kanäle lassen sich den Kreisverbänden Dresden, Leipzig, Vogtlandkreis und Chemnitz zuordnen. Ein Kanal wird vom Landesverband Sachsen gepflegt. Das Ergebnis des Topic Modelings und der Clusteranalyse ist in Abbildung 2 dargestellt.¹⁰ Die sächsischen AfD-Akteure posten Inhalte zu insgesamt zwölf Topics¹¹, die sich mit einer Clusteranalyse zu fünf allgemeineren Themenfeldern weiter zusammenfassen lassen.

Diagnostic Framing: Als eines der zentralen Probleme identifizieren die sächsischen AfD-Akteure die von der Bundesregierung erlassenen Corona-Schutzmaßnahmen (Themenfeld 5) wie den Lockdown, die Maskenpflicht und Schulschließungen. Diese werden als unverhältnismäßige Freiheitseinschränkungen scharf kritisiert. Ein weiteres Themenfeld (Themenfeld 2) bezieht sich auf die deutliche Ablehnung einer Impfpflicht. In diesem Kontext wird auf die negativen Konsequenzen für Kinder verwiesen, die sowohl durch Corona-Schutzmaßnahmen als auch durch Impfung und Impfdruck Folgeschäden erleiden könnten. Zu verantworten hätten die sich aus dem Lockdown ergebenden gesellschaftlichen Konsequenzen die sächsische Landesregierung und die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ein zentrales Feindbild darstellt. Kritik von sächsischen AfD-Akteuren erfährt außerdem die »etablierte« nationale Politik (Themenfeld 3). Zentraler Adressat ist der ehemalige Ost-Beauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz. Verschiedene sächsische AfD-Akteure missbilligen dessen Äußerungen, in denen er Teilen der ostdeutschen Bevölkerung verfestigte undemokratische Einstellungen attestierte, die auf die DDR-Sozialisation zurückzuführen seien.¹² Die AfD hingegen verweist auf die verfehlte Strukturpolitik der Union, die die eigentliche Ursache der AfD-Erfolge sei.

Prognostic Framing: Um die verfehlte (Corona-)Politik zu korrigieren, wird von sächsischen AfD-Akteuren die Abwahl der Bundesregierung und eine Beendigung des Lockdowns gefordert. Dem Slogan der bundesweiten Wahlkampagne (»Deutschland. Aber normal.«) folgend tritt die AfD in Sachsen für eine Rückkehr zur »Normalität« in Deutschland ein. Dazu ruft sie auf, die AfD auf lokaler, nationaler und EU-Ebene zu unterstützen (Themenfeld 4). Es geht unter anderem

10 Die begriffliche Zusammensetzung der einzelnen Topics kann dem Zusatzmaterial entnommen werden.

11 Die Anzahl der Topics bemisst sich an der Interpretierbarkeit der Topic-Lösungen und an statistischen Kennzahlen wie dem Perplexity-Score. Näheres zur Bestimmung der Topic-Anzahl in der vorliegenden Studie ist dem Zusatzmaterial zu entnehmen.

12 Z.B. Nachrichten im Kanal »afdsachsen« am 11.03.2021 und im Kanal »mikemoncsek« am 08.07.2021.

darum, eine deutlich restriktivere Migrationspolitik in der Europäischen Union durchzusetzen.

Motivational Framing: Sächsische AfD-Akteure setzen mit dem Versprechen eines Gemeinschaftsgefühls zusätzliche Mobilisierungsanreize. Mike Moncsek, der das Direktmandat im Bundestagswahlkreis Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II gewann, spricht seine Follower direkt an und verbucht ein für ihn persönlich erfolgreiches Abschneiden als einen gemeinsamen Erfolg seiner Anhängerinnen und Anhänger.¹³ Er setzt auf lokale Unterstützungsnetzwerke (Themenfeld 1), in die sich jeder einbringen könne, und vermittelt auf diese Weise Offenheit. Über Telegramkanäle machen die sächsischen AfD-Akteure auf lokale Veranstaltungen aufmerksam und signalisieren Bürgernähe.

Memory Framing: Die AfD in Sachsen stellt im Rahmen ihrer Kritik an den Corona-Maßnahmen eine Verbindung zur DDR-Vergangenheit her. Thomas Dietz, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Erzgebirgskreis 1, erinnert an die gegen die sowjetische Besatzung gerichteten Aufstände in der DDR vom 17.06.1953 und stellt klar, dass sich am Ende immer die Freiheit durchsetze.¹⁴ Des Weiteren knüpfen verschiedene sächsische AfD-Akteure am Volks-Begriff an, um vermeintlich kollektive Interessen breiter Bevölkerungsschichten hervorzuheben. Damit schließen sie unmittelbar an die zentrale Parole »Wir sind das Volk« der friedlichen Revolution von 1989 an.

Die relativ begrenzte Themenvielfalt der sächsischen AfD-Akteure auf Telegram spiegelt sich in den über Weiterleitungen modellierten Netzwerkstrukturen wider (Abbildung 3). Die Knoten repräsentieren sächsische AfD-Kanäle und Kanäle, aus denen Nachrichten weitergeleitet werden. Pfeile (Kanten) signalisieren, dass sich einer der acht gesampelten sächsischen Telegram-Kanäle (weiß) auf andere Kanäle bezieht. Je dicker der Pfeil, desto häufiger bezieht sich einer der gesampelten AfD-Kanäle auf einen bestimmten anderen Kanal. In der Graphik wird zum Beispiel deutlich, dass die AfD Leipzig (Knoten 4) häufig Nachrichten aus dem offiziellen und bundesweiten Kanal »afdkompakt« (Knoten 7) weiterleitet. Die Knotengröße hängt vom Indegree ab, der misst, wie viele unterschiedliche Kanten in einen Knoten eingehen (vgl. Jansen 2003: 95–96). Ein großer Knoten signalisiert, dass sich auf einen bestimmten Kanal viele unterschiedliche andere Kanäle beziehen.

Die sächsischen Kanäle orientieren sich mehrheitlich an anderen AfD-Kanälen. Gemessen am Indegree stellen die bundesweiten Kanäle »afdbrennpunkt« (Knoten 11) und »afdkompakt« (Knoten 7) sowie der landesweite Kanal »afdsachsen« (Knoten

13 Nachricht vom 26.04.2021.

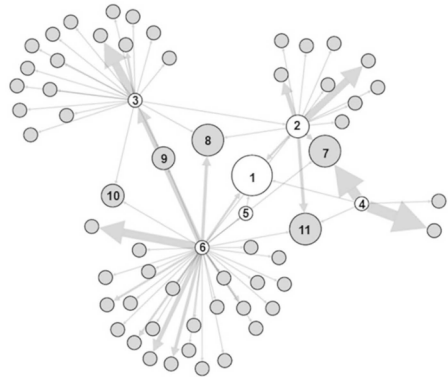
14 Nachricht vom 17.06.2021.

1) wichtige Bezugspunkte dar. Daneben verweisen die drei Bundestagsabgeordneten Bachmann, Dietz und Moncsek alle auf den Kanal des sächsischen Landtagsabgeordneten Sebastian Wippel (Knoten 8), der sich in seinen Nachrichten besonders kritisch gegenüber der deutschen und europäischen Migrationspolitik äußert. Auffällig ist die relativ begrenzte Bezugnahme auf externe Telegram-Kanäle, die sich kritisch und verschwörungstheoretisch mit der Corona-Krise beschäftigen. In der Abbildung stößt nur der Kanal des Rechtsanwalts Reiner Fuellmich (Knoten 9) ins Auge, der ein prominenter Vertreter der Querdenker-Szene ist.

Abbildung 3: Das sächsische AfD-Weiterleitungsnetzwerk auf Telegram

Legende Kanalnamen

- 1: afd Sachsen
- 2: Carolin Bachmann
- 3: thomasdietz
- 4: afdleipzig
- 5: afdresden
- 6: mikemoncsek
- 7: afdkompakt
- 8: sebastianwippel
- 9: ReinerFuellmich
- 10: unblood
- 11: afd Brennpunkt



Quelle: Eigene Darstellung. Nummeriert sind Kanalnamen mit Indegree > 1 bzw. weiße Knoten (1–6), die zu den acht gesampelten sächsischen Kanälen zählen. Je größer der Knoten, desto größer der Indegree. Je ausgeprägter der Pfeil, desto häufiger bezieht sich Kanal X auf Kanal Y.

In der Graphik sind einige kleine, nicht nummerierte Knoten enthalten, auf die sich jeweils nur einer der acht sächsischen AfD-Kanäle bezieht. Carolin Bachmann orientiert sich weitestgehend an Nachrichten aus Kanälen anderer nationaler AfD-Politiker. Nur Mike Moncsek verweist auf Kanäle mit europäischem Bezug, indem er häufiger Nachrichten der AfD-Fraktion im Europaparlament teilt. Berührungspunkte mit klassischen Akteuren der »neuen« Rechten weist Thomas Dietz auf. Er bezieht sich auf den Kanal des 2015 gegründeten Vereins »Ein Prozent«, der sich selbst als »Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk«¹⁵ bezeichnet und an dessen Gründung der neurechte Verleger Götz Kubitschek beteiligt war. Der Name des Vereins geht auf die Vorstellung zurück, die Unterstützung von einem Prozent der Bevölkerung reiche aus, eine politische Wende herbeizuführen, die sich ge-

15 <https://www.einprozent.de/> vom 26.04.2023.

gen die auf der Homepage des Vereins als katastrophal bezeichnete »Flüchtlingsinvasion« richtet.¹⁶

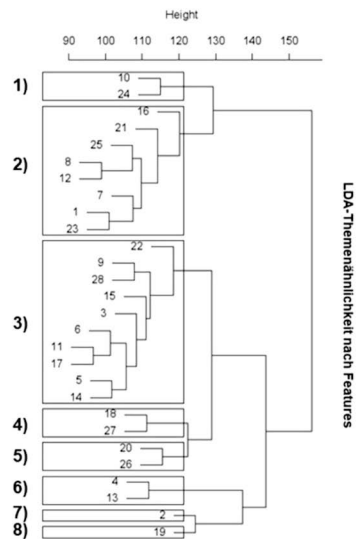
3.3 Framing und Koalitionsbildung der AfD in Bayern

Der bayerische Textkorpus umfasst 7202 Nachrichten aus vierzehn Kanälen. Neun der Kanäle betreiben die Bundestagsabgeordneten¹⁷ Martin Sichert, Gerold Otten, Corinna Miazga, Peter Boehringer, Stephan Protschka, Petr Bystron, Rainer Kraft, Tobias Peterka und Wolfgang Wiehle. Nachrichten aus Kanälen der Direktkandidaten Gerd Kögler¹⁸, Rainer Rothfuß und Gerd Mannes flossen ebenfalls in den Textkorpus ein. Zusätzlich enthält er Nachrichten des Landesverbands Bayern und des Kreisverbands Weiden. Das Ergebnis des Topic Modelings und der Clusteranalyse ist in Abbildung 4 dargestellt.

Abbildung 4: Themenfelder der AfD in Bayern (Ergebnis des Topic Modelings und der Clusteranalyse)

Themenfelder (bestehend aus Topic-Clustern):

- 1) Kritik an Impfpflicht
- 2) Kritik an Corona-Maßnahmen mit verschwörungstheoretischem Bezug
- 3) Kritik an „etablierter“ Politik – national und international
- 4) Kritik am Mainstream (Politik, Medien, Religion/Kirche)
- 5) Kritik und Protest gegen IfSG
- 6) Kritik an finanziellen Auswirkungen grüner Politik
- 7) Kritik am Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- 8) Kritik an nationaler und europäischer Migrationspolitik



Quelle: Eigene Darstellung

16 <https://www.einprozent.de/ueber-uns> vom 26.04.2023.

17 Oder deren Mitarbeiter.

18 Gerd Kögler ist mittlerweile aus der AfD ausgetreten.

Aus dem Textkorpus konnten insgesamt 28 Topics extrahiert werden, die zu insgesamt acht Themenfeldern zusammengefasst wurden. Diese werden wieder entlang der verschiedenen Framingformen eingeordnet und vorgestellt.

Diagnostic Framing: Ähnlich wie die sächsischen identifizieren die bayerischen AfD-Akteure die von der Bundes- und Landesregierung erlassenen Corona-Schutzmaßnahmen (Themenfeld 2) als zentrales gesellschaftliches Problem: Die Maskenpflicht im Unterricht schade den Schülerinnen und Schülern, die Impfpflicht (Themenfeld 1) verstoße gegen zentrale Freiheitsrechte und das Infektionsschutzgesetz sei nicht verfassungskonform (Themenfeld 5). Wesentlicher Bestandteil der bayerischen Problem diagnose ist der Verweis auf Verschwörungstheorien. Die Corona-Pandemie wird z.B. im Kanal des Bundestagsabgeordneten Rainer Kraft als planvolle Umsetzung des »Great Reset« durch wirtschaftliche und politische Eliten dargestellt, die versuchen würden, eine neue gesellschaftliche »Normalität« zu etablieren.¹⁹ Als Verantwortliche für die unzulässigen Corona-Schutzmaßnahmen benennen die bayerischen AfD-Akteure den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, die an der bayerischen Landesregierung beteiligten Freien Wähler und den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Sie beziehen sich damit in ihrer Kritik auch auf andere Bundesländer und nehmen keine ausschließlich bayerische Perspektive ein.

Neben den Corona-Schutzmaßnahmen identifizieren die bayerischen AfD-Akteure die etablierte nationale und internationale Politik als grundlegendes Problem (Themenfeld 3). Angela Merkel und die Bundesregierung werden in vielfältigen Kontexten kritisiert: als zu chinafreundlich, als zu russlandfeindlich oder zu sehr am Umweltschutz orientiert. Die Europäische Union bezeichnen bayerische AfD-Akteure unter anderem aufgrund der Schuldenpolitik als »planwirtschaftlichen Superstaat«.²⁰ Ein weiteres Problem stellt aus ihrer Sicht die Dominanz des »Mainstreams« (Themenfeld 4) in den Bereichen Politik, Recht, Medien und Religion dar. Alternative Meinungen abseits gesellschaftlicher Mehrheiten würden wie in China unter der Herrschaft Mao Zedongs bewusst unterdrückt werden²¹, Justiz und Medien nicht unabhängig agieren. Bayerische AfD-Akteure unterstellen zudem der evangelischen Kirche, »links-grünen« Trends zu folgen, weil sie sich unter anderem für Flüchtlingshilfe einsetzt oder wohlwollend mit dem Gendern

19 Nachricht vom 08.02.2021.

20 Nachricht vom 10.04.2021 im Kanal »wowiewo« des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wiehle.

21 Nachricht vom 27.04.2021 im Kanal »pboehringer« des Bundestagsabgeordneten Peter Boehringer.

auseinandersetzt.²² Bayerische AfD-Akteure missbilligen außerdem die finanziellen Auswirkungen grüner Politik (Themenfeld 6). In den Themenfeldern 7 und 8 werden der Bundeswehreinsatz in Afghanistan und die zu liberale deutsche und europäische Migrationspolitik scharf kritisiert.

Prognostic Framing: Bayerische AfD-Akteure unterbreiten einige Lösungsvorschläge für die von ihnen identifizierten Problemlagen. Sie fordern die Regierungen dazu auf, den Lockdown zu beenden und keine Impfpflicht einzuführen. Als Alternative zur EU wird eine »EWG 2.0« ins Spiel gebracht.²³ In der Migrationspolitik drängen die bayerischen AfD-Akteure auf konsequente Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber und auf einen besseren Schutz der Außengrenzen.

Motivational Framing: Im Gegensatz zu den sächsischen konnten bei den bayerischen Akteuren keine zusätzlichen Mobilisierungsanreize wie das Versprechen eines Gemeinschaftsgefühls identifiziert werden.

Memory Framing: Ähnlich wie die sächsischen versuchen auch die bayerischen Akteure, die von ihnen identifizierten Problemlagen mit historischen Ereignissen zu verbinden. Allerdings gehen sie dazu in der Geschichte weiter zurück und glorifizieren das Deutsche Kaiserreich als freiheitliches Staatsgebilde, an dessen Strukturen und nationaler Identität man sich heute noch orientieren könne.²⁴

Das Netzwerk der bayerischen AfD-Akteure stellt sich ähnlich wie das Framing als vielfältig und äußerst radikal dar (Abbildung 5). Ein zentraler Bezugspunkt ist Peter Boehringers Kanal (Knoten 1), aus dem viele der bayerischen AfD-Akteure Nachrichten weiterleiten. Daneben orientieren sich einige am bayerischen Landesverband (Knoten 4) und an der Ende Februar 2023 verstorbenen Bundestagsabgeordneten Corinna Miazga (Knoten 5). Geteilt werden zudem Nachrichten der bayerischen Landtagsabgeordneten Andreas Winhart (Knoten 30) und Ingo Hahn (Knoten 21). Auffällig ist die Bezugnahme auf einige Akteure aus dem eindeutig rechtspopulistischen und verschwörungstheoretischen Spektrum. Hervorzuheben sind der Journalist Boris Reitschuster (Knoten 20), die ehemalige Tagesschausprecherin Eva Herman (Knoten 16), der Youtuber und Blogger Oliver Flesch (Knoten 19) und ein nach dem Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen benannter Kanal (Knoten

22 Z.B. Nachricht vom 27.01.2021 im Kanal »TobiasPeterka« des Bundestagsabgeordneten Tobias Peterka.

23 Nachricht vom 10.04.2021 im Kanal »wowiewo« des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wiehle.

24 Z.B. Nachricht vom 18.01.2021 im Kanal »TeamKraft« des Bundestagsabgeordneten Rainer Kraft.

13) mit über 150.000 Followern. Jebesen selbst bestreitet, den Kanal, in dem zahlreiche Inhalte zur Great-Reset-Verschwörung geteilt werden, zu betreiben. Ein Teil der bayerischen AfD-Akteure bezieht sich zudem auf einen nach dem inzwischen inhaftierten antisemitischen Verschwörungsideologen Oliver Janich benannten Fan-Kanal (Knoten 18). Einige der bayerischen AfD-Akteure teilen Nachrichten aus hochgradig antisemitischen Kanälen. Der Kreisverband Weiden und die Bundestagsabgeordneten Peter Boehringer und Petr Bystron (Knoten 9) verbreiten Nachrichten von der in der Querdenkerszene bekannten Nitya D.Stahl²⁵ (Knoten 12), die Videos teilt, in denen der Holocaust geleugnet wird. Rainer Rothfuß (Knoten 10) und Petr Bystron (Knoten 9) beziehen sich auf den verschwörungstheoretischen Kanal »Gemeinsam gegen die NWO«²⁶, in dem offen gegen jüdische Mitbürgerinnen und -bürger gehetzt wird. Zudem orientiert sich Bystron an englischsprachigen, verschwörungstheoretischen Kanälen mit christlichem Bezug und an Kanälen, die der QAnon-Verschwörungstheorie nahestehen.²⁷ Darüber hinaus hat er, wie sein sächsischer AfD-Kollege Thomas Dietz, Berührungspunkte mit dem neurechten Verein »Ein Prozent«.

Abbildung 5: Das bayerische AfD-Weiterleitungsnetzwerk auf Telegram

Legende Kanalnamen:

1: pboerhinger	17: RolandMagerl
2: martinsichertinfo	18: oliverjanich
3: TeamKraftimBundestag	19: oliverflesch
4: AfD_Bayern	20: reitschusterde
5: MiazgaMdB	21: dringohahn
6: Gerd MannesMdL	22: unzensiert
7: Protschka	23: afdeu
8: afdweiden	24: zimniok_mep
9: teambystron	25: AfDLandtagBayern
10: rainerrothfuss	26: afdbuvo
11: MeineDNEWS	27: ExpressZeitung
12: nityatelegram	28: afdkompakt
13: kenjebesen	29: afdbrennpunkt
14: SchubertsLM	30: andywinhart
15: NachrichtenWelt	31: AlternativeFuerDE
16: EvaHermanOffiziell	



Quelle: Eigene Darstellung. Nummeriert sind Kanalnamen mit Indegree > 2 bzw. weiße Knoten (1–10), die zu den zwölf gesammelten bayerischen Kanälen zählen. Je größer der Knoten, desto größer der Indegree. Je ausgeprägter der Pfeil, desto häufiger bezieht sich Kanal X auf Kanal Y.

25 <https://t.me/nityatelegram>

26 <https://t.me/gemeinsamgegenNWO>

27 Z.B. <https://t.me/QlobalChange>, <https://t.me/Qparadise>

4 Diskussion

Inwiefern unterscheiden sich Framing und Koalitionsbildung der AfD in Sachsen und Bayern voneinander? Inhaltliche Übereinstimmung besteht in der Ablehnung der Corona-Schutzmaßnahmen, der scharfen Kritik an den »Altparteien« sowie in der Forderung nach einer deutlich restriktiveren Migrationspolitik. Darüber hinaus unterscheiden sich Framing und Koalitionsbildung der sächsischen und bayerischen AfD-Akteure signifikant voneinander. Insgesamt sind die sächsischen AfD-Akteure weitaus weniger auf der Plattform Telegram aktiv als ihre bayerischen Kolleginnen und Kollegen. Die Ergebnisse des Topic Modelings deuten darauf hin, dass die AfD in Sachsen in beträchtlich stärkerem Maße als in Bayern auf lokale Offline-Mobilisierung setzt. Diesen Befund unterstützt eine aktuelle ethnographische Studie (vgl. Deodhar 2022). Um in Sachsen den Pfad zur Volkspartei einzuschlagen, stützt sich die AfD auf klassische, kulturell legitimierte politische Organisationsstrukturen und Bürgernähe. Einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Mobilisierungsbemühungen stellt die Eröffnung zahlreicher, zum Teil mobiler Bürger- und Wahlkreisbüros dar (vgl. ebd.: 384). Im Topic Modeling zeichnete sich ab, dass die AfD in Sachsen mit dem Versprechen von Gruppensolidarität zusätzliche Mobilisierungsanreize schafft (siehe motivational framing). Tatsächlich deuten Deodhars Befunde auf die Ausbildung einer kollektiven Identität innerhalb des sächsischen Unterstützernetzwerks hin (vgl. ebd.: 381–382). Hier hat sich der Übergang von einer »Gruppe an sich« zu einer »Gruppe für sich« vollzogen.

Gemessen an den Wahlergebnissen scheint das Framing der AfD in Sachsen grundsätzlich zu verfangen. Die in Kapitel 2 herausgearbeiteten Milieustrukturen scheinen dazu einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Programmatisch setzt die AfD einen ostdeutschen und nationalen Fokus. Sie knüpft mit ihrem Slogan »Deutschland. Aber normal« und der damit verbundenen Forderungen, Migration zu begrenzen, an die ethnische Homogenität der Bevölkerung an. Da mit Religion eine zentrale Bindungsquelle entfällt, scheint die klassische Ligatur des Nationalismus eine wichtige Ressource der ideellen Interessenbefriedigung zu sein. Darauf deuten auch quantitative Befunde zu den Wahlerfolgen der AfD in Ostdeutschland hin (vgl. Pesthy et al. 2021). Die erfolgreiche Diffusion des Framings hängt nicht zuletzt auch von diskursiven Gelegenheitsstrukturen ab. Dabei spielt politisch-kulturelle Legitimität eine wesentliche Rolle (vgl. Kern/Opitz 2021: 295). In der Einleitung wurde das in der sächsischen Bevölkerung verankerte Staatsmisstrauen herausgearbeitet, das die AfD im Kontext ihrer Ablehnung der Corona-Schutzmaßnahmen politisiert. Sie stellt wiederholt Verbindungen zu DDR-Repressionen her (memory framing) und warnt vor ähnlichen Zuständen in der Bundesrepublik.

Insgesamt ist die Themenvielfalt der bayerischen AfD-Akteure größer und die Nutzung von Telegram offensichtlich beliebter. In Bayern kann die AfD nicht auf ähnliche lokale Organisationsstrukturen wie in Sachsen zurückgreifen. Sie konkur-

riert im ländlichen Raum mit der CSU, die mit der Vereinskultur (z.B. mit Musikkapellen und Sportvereinen) stark verflochten ist (vgl. Kießling 2004: 74–75), und den Freien Wählern. Ein zentraler inhaltlicher Unterschied zu den sächsischen Parteikolleginnen und -kollegen besteht in der intensiven Bezugnahme auf Verschwörungstheorien und offen antisemitische Kanäle. Während sich die sächsischen AfD-Akteure inhaltlich vor allem an anderen Parteikanälen orientieren, verweisen die bayerischen Kolleginnen und Kollegen auf zahlreiche nicht in die AfD eingebundene Telegram-Nutzerinnen und -nutzer. Die Milieustrukturen spiegeln sich insofern wider, als dass einige der z.B. von Petr Bystron geteilten Kanäle einen christlichen Bezug aufweisen. Die Popularität verschwörungstheoretischer Inhalte könnte einerseits mit dem katholischen Umfeld (Milieu 2) zusammenhängen, in dem alternative Deutungen nicht unbeliebt sind. In der Corona-Krise verbreiteten einige teils ranghohe katholische Kirchenvertreter krude Verschwörungstheorien (vgl. Lüdke 2020). Andererseits fördert möglicherweise auch ein eher bildungsfernes Umfeld (Milieu 3) die Resonanz alternativer Deutungen im Kontext von Krisenerfahrungen.

Insgesamt scheint das AfD-Framing in der bayerischen Bevölkerung nicht in gleichem Maße auf fruchtbaren Boden zu fallen wie in Sachsen. Dies könnte drei Gründe haben: (1) Die bayerischen AfD-Akteure unterbreiten neben ihren Problemdiagnosen und Lösungsvorschlägen keine zusätzlichen Mobilisierungsanreize wie z.B. das Versprechen von Gruppensolidarität. (2) Zwar ist das in der Einleitung erwähnte »Machtkartell« der CSU nicht mehr so einflussreich wie in den 70er und 80er Jahren, dennoch scheint das Staatsvertrauen der bayerischen Bevölkerung relativ stark ausgeprägt zu sein. Im Januar 2021 zeigten sich 70 % der Befragten einer repräsentativen Umfrage zufrieden mit der bayerischen Landesregierung (vgl. Infratest dimap 2021). Insofern scheinen Forderungen nach der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen und Vergleiche mit dem vermeintlich liberalen Deutschen Kaiserreich ins Leere zu laufen. (3) Während sich die AfD in Sachsen zumindest organisational an den etablierten Parteien orientiert, scheint sich die AfD in Bayern bewusst von ihnen abzugrenzen. Sie tritt als hochgradig verfassungsfeindlicher und antisemitischer Akteur in Erscheinung.

5 Fazit

Auf der Basis sozialräumlicher Strukturdaten wurden im ersten Teil des Beitrags die sächsischen und bayerischen Milieus rekonstruiert, in denen die AfD überdurchschnittliche Zweistimmenergebnisse bei der Bundestagswahl 2021 erzielen konnte. In Sachsen handelt es sich um ein ethnisch homogenes Milieu mit geringer Kirchenbindung und Strukturschwäche. Auf überdurchschnittliche Zustimmung stößt die AfD in Bayern einerseits in einem religiösen Milieu mit eingeschränkten Partnerchancen für Männer in Niederbayern und der Oberpfalz und andererseits in einem

bildungsfernen Milieu in nord- und südbayerischen Regionen. Durch die Verknüpfung mit Telegram-Daten wurden im zweiten Schritt Framing und Koalitionsbildung der AfD in Sachsen und in Bayern einem Vergleich unterzogen. Obwohl inhaltliche Überschneidungen vorliegen, fallen bayerische im Gegensatz zu sächsischen AfD-Akteuren durch die Bezugnahme auf antisemitische Kanäle und die Verbreitung von Verschwörungstheorien auf. Diese inhaltliche Ausrichtung könnte mit dem religiösen, zum Teil katholisch geprägten und bildungsfernen Umfeld zu tun haben, in dem die AfD in Bayern auf Resonanz stößt.

Die AfD in Sachsen tritt auf Telegram vergleichsweise gemäßigt auf, scheint stärker auf lokale Offline-Mobilisierung zu setzen und knüpft programmatisch mit ihrer nationalistischen Ausrichtung unmittelbar an die ethnische Homogenität der Bevölkerung an. Um den Pfad zur Volkspartei einzuschlagen, orientiert sie sich in ihrer organisationalen Ausrichtung gezielt an etablierten Parteien wie der SPD. Der AfD scheint es gelungen zu sein, das sächsische Milieu von einer »Gruppe an sich« zu einer »Gruppe für sich« mit kollektiver Identität und Gruppensolidarität zu überführen. Der vergleichsweise gemäßigte Auftritt auf Telegram sollte nicht über Berührungspunkte mit neurechten Akteuren wie dem Verein »Ein Prozent« hinwegtäuschen. Koalitionen mit Vertretern aus dem Rechtsextremismus und der »neuen« Rechten müssen mit Offline-Daten weiter untersucht werden. Bekannt ist, dass ein beträchtlicher Teil der sächsischen AfD-Mitglieder dem inzwischen aufgelösten »Flügel« nahestand und deshalb in Sachsen zum rechtsextremen Personenpotential gezählt wird (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen o.J.). Obwohl der Beitrag Mechanismen der AfD-Mobilisierung herausarbeiten konnte, bedarf es dazu weiterer Forschung. Die theoretisch fundierte Studienlage zu lokalen Mobilisierungsprozessen der AfD ist beschränkt und erfordert daran anknüpfende Untersuchungen, um die Erfolge neurechter Akteure verstehen und erklären zu können.

Literatur

- Backes, Uwe; Kailitz, Steffen (2020): »Einleitung«, in: Uwe Backes; Steffen Kailitz (Hg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–19.
- Bayerlein, Michael; Metten, Anne (2022): »The Impact of COVID-19 on the Support for the German AfD: Jumping the Populist Ship or Staying the Course?«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 63, S. 405–440.
- Benford, Robert D.; Snow, David. A. (2000): »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, in: *Annual Review of Sociology* 26, S. 611–639.
- Blatter, Joachim; Langer Phil C.; Wagemann, Claudius (2018): *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.

- Blei, David M. (2012): »Probabilistic Topic Models«, in: *Communications of the ACM* 55, S. 77–84.
- Blings, Steffen (2020): »Niche Parties and Social Movements: Mechanisms of Programmatic Alignment and Party Success«, in: *Government and Opposition* 55, S. 220–240.
- Czingon, Claudia (2019): »Zu diesem Heft – Quo vadis, Sozialdemokratie?«, in: *Leviathan* 47 (1), S. 3–6.
- Dahrendorf, Ralf (1979): *Lebenschancen: Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Deodhar, Bhakti (2022): »Unpacking Action Repertoire of Right-Wing Political Parties: Findings from Germany«, in: *European Journal of Cultural and Political Sociology* 9, S. 369–396.
- Duša, Adrian (2021): *QCA: A Package for Qualitative Comparative Analysis*, <https://cran.r-project.org/web/packages/QCA/index.html>
- Franz, Christian; Fratzscher, Marcel; Kritikos, Alexander S. (2018): »AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker«, in: *DIW Wochenbericht* 8, S. 135–144.
- Gerhards, Jürgen (2003): *Die Moderne und ihre Vornamen. Eine Einladung in die Kultursoziologie*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Haffert, Lukas (2022): *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*, München: C.H.Beck.
- Hoffmann, Hermann (2018): »Religion in Zahlen: Wie christlich ist der Freistaat?«, in: *Bayerischer Rundfunk*, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/religion-in-zahlen-wie-christlich-ist-bayern>, QqnWLWS vom 18.11.2022.
- Howison, James; Wiggins, Andrea; Crowston, Kevin (2011): »Validity Issues in the Use of Social Network Analysis with Digital Trace Data«, in: *Journal of the Association for Information Systems* 12, S. 767–797.
- Infratest dimap (2021): *BayernTREND Januar 2021*, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bayern/laendertrend/2021/januar/> vom 18.11.2022.
- Jansen, Dorothea (2003): *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele*, Opladen: Leske + Budrich.
- Jesse, Eckhard (2016): »Regionale politische Kultur in Sachsen: Befunde eines sächsischen Weges«, in: Nikolaus Werz; Martin Koschkar (Hg.), *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*, Wiesbaden: Springer VS, S. 189–209.
- Jongen, Marc (2018): »Das Versagen der Intellektuellen«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/kultur/2018/das-versagen-der-intellektuellen/> vom 16.03.2018.
- Kern, Thomas (2003): »Kritische Ereignisse, Memory Frames und Protest in Südkorea (1980–1987)«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 13, S. 325–347.

- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kern, Thomas; Opitz, Dahla (2021): »Disruptive Wissenschaft? Die Mobilisierung von Fridays for Future in den USA und Deutschland«, in: Sebastian Büttner; Thomas Laux (Hg.), *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik*. Leviathan Sonderband 38, Baden-Baden: Nomos, S. 294–317.
- Kießling, Andreas (2004): *Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung*, Wiesbaden: Springer.
- Kritikos, Alexander S.; Wittenberg, Erich (2020): »Das Konzept der Volksparteien ging 2017 nicht mehr auf: Interview«, in: DIW Wochenbericht 17, S. 311.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (o.J.): »Personenpotenzial«, <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/personenpotenzial-4188.html> vom 18.11.2022.
- Laux, Thomas (2021): »What Makes a Global Movement? Analyzing the Conditions for Strong Participation in the Climate Strike«, in: *Social Science Information* 60, S. 413–435.
- Lengfeld, Holger (2018): »Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 295–310.
- Lepsius, M. Rainer (1993): »Parteiensystem und Sozialstruktur«, in: M. Rainer Lepsius (Hg.), *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 25–50.
- Lüdke, Steffen (2020): »Das macht mich fassungslos«. Corona-Verschwörungstheorien in der katholischen Kirche«, in: *Spiegel Panorama*, <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/corona-verschwörungstheorien-in-der-katholischen-kirche-das-macht-mich-fassungslos-a-a7f6c3ed-d208-471f-9dc2-583a1b0d227e> vom 18.11.2022.
- Lux, Thomas (2018): »Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 255–273.
- Mintzel, Alf (1987): »Besonderheiten der Politischen Kultur Bayerns – Facetten und Etappen einer politisch-kulturellen Homogenisierung«, in: Dirk Berg-Schlosser; Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Sonderheft 18 *Politische Vierteljahresschrift*, Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 295–308.
- Nam, Sang-Hui (2017): »Spontane Mobilisierung und der Wandel kollektiver Formationen im Internet. Eine Fallstudie zur PEGIDA-Bewegung«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 18.
- Oana, Iona Elena; Medzihorsky, Juraj; Quaranta, Mario; Schneider, Carsten Q. (2021): *Package »Set-Methods«*, <https://cran.r-project.org/web/packages/SetMethods/index.html>.

- Pesthy, Maria; Mader, Matthias; Schoen, Harald (2021): »Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election«, *Politische Vierteljahresschrift* 62, S. 69–91.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): *Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert (2011): »Atheistischer Osten und gläubiger Westen? Pfade der Konfessionslosigkeit im innerdeutschen Vergleich«, in: Gert Pickel (Hg.), *Religion und Religiosität im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch*, Wiesbaden: VS, S. 43–77.
- Pickel, Gert (2016): »Eine sächsische politische Kultur des Extremismus?«, in: Gert Pickel; Oliver Decker (Hg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Leipzig: Edition Leipzig, S. 16–26.
- Ragin, Charles C. (1987): *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*, Berkeley: University of California Press.
- Ragin, Charles C. (2008): »Fuzzy Sets and Fuzzy-Set Relations«, in: Charles C. Ragin (Hg.), *Redesigning social inquiry. Fuzzy Sets and Beyond*, Chicago: University of Chicago Press, S. 29–43.
- Ragin, Charles C.; Fiss, Peer (2008): »Net Effects versus Configurations. An Empirical Demonstration«, in: Charles C. Ragin (Hg.), *Redesigning social inquiry. Fuzzy sets and beyond*, Chicago: University of Chicago Press, S. 190–212.
- Rydgren, Jens (2007): »The Sociology of the Radical Right«, in: *Annual Review of Sociology* 33, S. 241–262.
- Schimank, Uwe (2016): *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*, Weinheim: Beltz.
- Schimank, Uwe; Volkmann, Ute (1999): *Gesellschaftliche Differenzierung*, Bielefeld: transcript.
- Schneider, Carsten Q.; Wagemann, Claudius (2012): *Set-Theoretic Methods for the Social Sciences. A Guide to Qualitative Comparative Analysis*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schwinn, Thomas (2019): »Soziale Milieus. Varianten und Entstehungsbedingungen«, in: Thomas Schwinn (Hg.), *Soziale Ungleichheit in differenzierten Ordnungen. Zur Wechselwirkung zweier Strukturprinzipien*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 147–157.
- Shroufi, Omran; De Cleen, Benjamin (2022): »Far-right Intellectual Discourse About Populism: The Case of the German Institut für Staatspolitik«, in: *Journal of Political Ideologies*, S. 1–22.
- Snow, David A.; Rochford, Burke E; Worden Steven K.; Benford, Robert D. (1986): »Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation«, in: *American Sociological Review* 51, S. 464–481.
- Sofsky, Wolfgang; Paris, Rainer (1991): *Figurationen sozialer Macht. Autorität – Stellvertretung – Koalition*, Opladen: Leske + Budrich.

- Stier, Sebastian; Breuer, Johannes; Siegers, Pascal; Thorson, Kjerstin (2020): »Integrating Survey Data and Digital Trace Data: Key Issues in Developing an Emerging Field«, in: *Social Science Computer Review* 38, S. 503–516.
- Stier, Sebastian; Maier, Jürgen; Oschatz, Corinna (2021): »Die Nutzung sozialer Medien durch Kandidaten im Bundestagswahlkampf 2017«, in: Bernhard Weißels; Harald Schoen (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*, Wiesbaden: Springer; S. 415–432.
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr.
- Wielgoß, Jan (2008): »DDR – regimiekritische und politisch-alternative Akteure (1949–1990)«, in: Roland Roth; Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 109–131.

Erfolgreiche Absorption oder Übersetzungsdefizit?

Zum Zusammenspiel rechter Protestakteure und der AfD im Rahmen der Corona-Politik in Sachsen

Sarah Tell

1 Einleitung

Seit Frühjahr 2020 wurde das politische Ringen um das Management der Corona-Pandemie in Deutschland von öffentlichen Protesten begleitet, die die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus kritisierten. Auch in Sachsen verzeichnete der maßnahmenkritische Protest beachtliche Mobilisierungserfolge. Schon 2020 fand eine der teilnehmerstärksten Protestveranstaltungen Deutschlands in Leipzig statt (vgl. Holzer et al. 2021: 13). Im gesamten Freistaat entstanden online regionale wie überregionale Kanäle und Diskussionsgruppen, in denen das Pandemiemanagement kritisiert und Protest koordiniert wurde (vgl. Kiess et al. 2022).

Die Proteste boten auch rechten Akteuren neue Gelegenheitsstrukturen, um eigene Narrative jenseits ihres angestammten Milieus zu verbreiten und zu normalisieren (vgl. Panreck et al. 2021: 113; Teune 2021a: 24). Sie prägten den Protest allerdings nicht überall gleichermaßen: Während »die Proteste in Westdeutschland stärker von esoterischen, diffusen und verschwörungsgläubigen Akteuren getragen w[u]rden« (Quent/Richter 2021: 292), traten rechte – und auch explizit neurechte¹ – Akteure in den ostdeutschen Flächenländern deutlich häufiger als prominente Trägergruppe des Protests in Erscheinung. Sie übernahmen nicht nur die Rolle von Anmeldender:innen und Order:innen entsprechender Veranstaltungen (vgl. ebd.; Teune 2021a: 23; 2021b: 328), sondern machten ihre Anwesenheit auch mit eigenen, prominent platzierten Protestbannern deutlich (vgl. z.B. Brieger et al. 2022: 320).² Für Sachsen ist darüber hinaus festgehalten worden, dass rechte Akteure bei der On-

1 Hier ist vor allem auf die »Identitäre Bewegung« (IB) zu verweisen. Zur IB bei den Protesten vgl. bspw. Brieger et al. (2022: 320f.), zur Einordnung der IB als »Neue Rechte« vgl. bspw. Pfahl-Traughber (2019: 9).

2 Zur heterogenen Zusammensetzung des Protests vgl. bspw. Frei/Nachtwey (2021: 10), Holzer et al. (2021: 12–13), Koos (2021: 82–84) oder Nachtwey et al. (2020).

line-Mobilisierung hinter dem maßnahmenkritischen Protest eine »Schlüsselrolle« (Kiess et al. 2022: 14) einnahmen.

Sichtbare Mobilisierungserfolge allein bieten Protestakteuren allerdings keine Gewähr dafür, dass eigene Positionen tatsächlich in die Konfliktaustragung innerhalb institutionalisierter Verfahren des politischen Systems einfließen.³ Der Zugang zu den Verfahren, die soziale Konflikte in »verbindlicher Weise kanalisieren« (Dahrendorf 1972: 42) und einer kollektiv bindenden Entscheidung zuführen, ist parteiförmigen Organisationen vorbehalten. Dennoch können Bewegungen und Parteien bei der Repräsentation, Übersetzung und Verarbeitung von Interessen durchaus komplementäre Rollen einnehmen (vgl. z.B. Goldstone 2004: 334; Hutter et al. 2019a: 324; Rucht 1987: 300):

»Political parties offer political programs and participate in elections in order to gain access to government and to implement them. Social movements seize new demands that remain unanswered by institutional actors and articulate them in the non-electoral channels of the public sphere« (Hutter et al. 2019a: 324; vgl. auch z.B. Goldstone 2004: 336; Rucht 1987: 299–300).

Protest kann insofern als »Immunsystem« (Luhmann 1984: 507) fungieren, das die »Erstarrung in eingefahrenen, aber nicht mehr umweltadäquaten Verhaltensmustern« (ebd.) anmahnt, wenn sich zu gravierende Repräsentations- und Übersetzungsdefizite abzeichnen.⁴ Insgesamt können »die vielfältigen Interaktionen zwischen Bewegungen und Parteien als zentrale Mechanismen des Transfers sozialer Konflikte in den institutionalisierten Bereich des politischen Prozesses angesehen« werden (Hutter et al. 2019b: 164).

Da es den aus dem Protestnetzwerk hervorgegangenen Parteien nicht gelungen ist, eigene Mandate zu erringen, blieb der maßnahmenkritische Protest hinsichtlich der Übersetzung seiner Positionen in das politische System auf Abgeordnete der Parteien angewiesen, die bereits vor Aufkommen des Protests in den politischen Institutionen vertreten waren.⁵ Eine erste Untersuchung zur Responsivität der im Bundestag vertretenen Parteien weist auf Basis der Analyse der Zeitungsberichterstattung aus, dass Vertreter:innen aller Parteien Stellung zu den Protesten bezie-

3 Grundsätzlich ist der »Aktionsradius sozialer Bewegungen nicht auf das politische Teilsystem allein beschränkt« (Kern 2008: 155), da je nach Forderungskatalog auch andere gesellschaftliche Teilsysteme von Relevanz sein können. Aufgrund der Steuerungsfunktion, die die von der Politik beschlossenen Maßnahmen zum Pandemiemanagement hatten, ist das politische System in diesem Fall jedoch von herausgehobener Bedeutung.

4 Dennoch sollte Protestmobilisierung nicht als Automatismus aufgefasst werden (vgl. z.B. Kern 2008: 111–174).

5 Weder bei der Bundestagswahl 2021 noch bei der sächsischen Landratswahl 2022 konnten »dieBasis«, »WIR2020« oder die »Freien Sachsen« im Freistaat politische Mandate erlangen.

hen (vgl. Heinze/Weisskircher 2022: 11). Die Alternative für Deutschland (AfD) ist dieser Studie zufolge allerdings die einzige Partei, deren Vertreter:innen die Forderungen in der medialen Berichterstattung zumindest in Teilen adaptieren (vgl. ebd.).⁶ Ein systematischer Abgleich der inhaltlichen Positionen der Protestakteure mit den Positionen, die die AfD-Abgeordneten in parlamentarische Verfahren einbringen, unterbleibt jedoch. Inwieweit die Positionen des Protests – vermittelt über die AfD als »parlamentarischer Arm« (neu-)rechter Protestakteure – Eingang in die geregelte Konfliktaustragung in institutionalisierten Verfahren fanden, lässt sich daraus nicht ableiten. Angesichts der unterschiedlichen Trägergruppen des Protests im bundesweiten Vergleich lassen sich aus der Untersuchung auf Bundesebene außerdem keine direkten Rückschlüsse auf die Responsivität der AfD in Sachsen ziehen. Sachsen stellt allerdings sowohl mit Blick auf die Basis des Protests als auch hinsichtlich der AfD einen besonderen Fall dar: Mit der im bundesdeutschen Vergleich geringsten Impfquote gegen Covid-19⁷ erscheint die Skepsis gegenüber den staatlichen Schutzmaßnahmen hier besonders ausgeprägt zu sein, sodass der Protest mit größerem Zuspruch rechnen konnte. Zudem trifft diese Skepsis hier auf bewährte Mobilisierungsstrukturen rechter Akteure (vgl. Brieger et al. 2022: 308), die eine Grundlage für langanhaltenden und vokalen rechten Protest schaffen. Die AfD verzeichnete bei der Bundestagswahl 2021 in Sachsen außerdem ihr höchstes Zweitstimmenergebnis und verfügt dort dementsprechend über eine besonders breite Wählerschaft. Daher geht dieser Beitrag folgender Frage nach:

Inwiefern wurden die inhaltlichen Positionen des maßnahmenkritischen Protests von der AfD in Sachsen aufgegriffen und in die Konfliktaustragung um das Pandemiemanagement innerhalb institutionalisierter politischer Verfahren eingebracht?

Um diese Frage zu beantworten, wird in Abschnitt 2 zunächst eine systemtheoretische Perspektive auf das Zusammenspiel von Protest und Parteipolitik entwickelt, die für die Eigenlogik sensibilisiert, denen die beiden Formen kollektiven Handelns jeweils unterliegen. Anschließend wird die empirische Untersuchung des konkreten Falls vorgestellt: Abschnitt 3 beleuchtet erst die Datensammlung, dann die Kombination qualitativer und netzwerkanalytischer Auswertungsschritte. Die Ergebnisse der Auswertung werden in Abschnitt 4 vorgestellt und in Abschnitt 5 zur Beantwortung der oben formulierten Fragestellung zusammengeführt.

6 Die AfD wird inzwischen als rechtsextremistisch eingestuft (vgl. z.B. Kailitz 2020: 198).

7 Dabei ist es unerheblich, ob die Quote der Erst- und Auffrischungsimpfungen oder der Grundimmunisierung betrachtet wird (Stand: 11.05.2023). Impfquoten nach Bundesländern werden durch das Robert Koch-Institut bereitgestellt (vgl. Robert Koch-Institut 2023).

2 Zum Zusammenspiel von Protest und Parteien

Der systemtheoretischen Perspektive folgend, lässt sich die moderne Gesellschaft in Teilsysteme zergliedern, die jeweils eine spezifische Funktion für die Gesamtgesellschaft erfüllen. Handlungen innerhalb des Sinnzusammenhangs eines Systems folgen einer je systemeigenen generalisierten Handlungsorientierung (vgl. z.B. Luhmann 2008: 50–58), die angibt, »was innerhalb eines Teilsystems relevant ist« (Gerhards 1994: 82). Infolgedessen werden Umweltereignisse innerhalb eines Systems stets »nach Maßgabe interner Strukturen aufgegriffen und normalisiert« (Luhmann 1996: 50). Die damit einhergehende Filterleistung auf Basis eigener Relevanzkriterien macht ein System als solches erkennbar (vgl. ebd.: 49). Das gilt auch im Zusammenspiel der drei »Untersysteme« (Luhmann 2010: 131) innerhalb des politischen Systems: Politik, Publikum und Verwaltung (vgl. Luhmann 1981: 41–49). Sie stehen zwar in einem engen Wechselverhältnis zueinander (vgl. ebd.: 44), folgen aber einer je eigenen Handlungsorientierung, die eine unmittelbare Steuerung eines Untersystems durch eines der beiden anderen verhindert (vgl. Luhmann 1996: 50). Resonanz im Wechselverhältnis der Untersysteme »ist also immer: beschränkte Resonanz« (ebd.: 49).

Das Untersystem Politik »ist heute zentriert auf legalen Gebrauch staatlicher Autorität zu kollektiv bindendem Entscheiden« (ebd.: 54). Parteien sind infolgedessen auf »die Maximierung von Wählerstimmen (im reglementierten Wettbewerb mit anderen Parteien)« (Rucht 1987: 229) spezialisiert, da dies die »legale Grundlage der Besetzung politischer Ämter und der Ausübung oder Kontrolle von Regierungsgewalt« (ebd.) darstellt. Sie operieren folglich entsprechend der generalisierten Handlungsorientierung, »Regierungspositionen zu erringen und Oppositionspositionen zu vermeiden« (Gerhards 1994: 94; vgl. auch bspw. Luhmann 1996: 54). Aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Unterstützung des Publikums (vgl. z.B. Gerhards 1994: 94–95), erfolgt Parteihandeln stets unter der Annahme, von potentiellen Wähler:innen beobachtet und bewertet zu werden (vgl. ebd.: 97). Angesichts der Heterogenität von Lebens- und Interessenlagen ihrer Klientel erzielen die Parteien in der Regel dennoch lediglich »prekäre Übersetzungsleistungen« (Rucht 1987: 300) dieser Interessen in die eigene politische Kommunikation oder tatsächlich bindende Entscheidungen.

Sobald Protestbewegungen »auf politische Entscheidungen hin- und einwirken, artikulieren sie sich im politischen System« (Kumkar 2021: 94) und werden Teil des politischen Publikums. Im Gegensatz zu Parteien

»liegt die Eigenart, zuweilen auch die spezifische Stärke sozialer Bewegungen gerade darin, zum einen die Problemdefinitionen und Forderungen ihrer Anhänger – zumindest vermeintlich – unmittelbar und authentisch zu verkörpern und zum

anderen die Prämissen und Formzwänge der Parteipolitik souverän ignorieren zu können« (Rucht 1987: 300).

Protest kann somit prinzipiell jede Forderung gegenüber der Politik zum Ausdruck bringen, hat allerdings keine Gewähr politischer Unterstützung und Umsetzung (vgl. Luhmann 1975: 166; Luhmann 2010: 411–412). Möchte er die »hohe Schwelle der Indifferenz« (Luhmann 1975: 191), die die Politik gegenüber ihrer Umwelt entwickeln muss, überwinden, muss Protest »diejenigen Kommunikationswege und Ausdrucksweisen benutzen, die im politischen System Wirkung haben können« (Luhmann 2010: 357). Für den Fall, dass aus dem Protest keine eigene wettbewerbsstarke Parteiausgründung erfolgt, gelingt dies den Relevanzkriterien der politischen Parteien folgend nur, wenn Protest glaubhaft macht, dass er über eine ausreichend große Anhängerschaft verfügt und infolgedessen den Wahlerfolg einer Partei entscheidend befördern oder gefährden kann (vgl. für Interessengruppen Gerhards 1994: 95).

Auf Basis dieser Überlegungen ist davon auszugehen, dass sich die sächsische AfD um eine ›Übersetzung‹ der inhaltlichen Positionen des maßnahmenkritischen Protests bemühen müsste, sofern sie ihm eine Relevanz für den eigenen Wahlerfolg beimisst. Inwiefern es infolgedessen zu einer ›Absorption‹ (vgl. Luhmann 1975: 163) der Konfliktposition des Protests kam, zeigt die folgende Analyse.

3 Methodisches Vorgehen

3.1 Datengrundlage

Um den Grad der Absorption des maßnahmenkritischen Protests durch die sächsische AfD zu bemessen, wurden drei Textkorpora erhoben, die im Folgenden näher beschrieben werden. Der Zeitraum, aus dem die Texte aller drei Korpora stammen, reicht vom Tag der ersten gemeldeten Covid-19-Infektionen in Sachsen, dem 02.03.2020, bis zum 05.08.2022.

Der erste Korpus an Textdaten besteht aus (1) *Posts aus 80 öffentlichen Telegram-Gruppen und -Kanälen⁸ der reichweitenstärksten rechten Protestakteure im Rahmen des maßnahmenkritischen Protests in Sachsen*. Die Auswahl der Gruppen und Kanäle entspricht der Zusammenstellung, die die Basis für das Online-Monitoring der Mobilisierung

8 Öffentliche Telegram-Gruppen und -Kanäle unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Affordanzen: In öffentlichen Kanälen können lediglich Administrator:innen Posts veröffentlichen, die Anzahl der Mitglieder eines Kanals ist jedoch unbegrenzt. In Gruppen kann jedes Mitglied Posts verfassen, die Anzahl der Mitglieder ist aktuell aber auf maximal 20.000 Mitglieder begrenzt (vgl. Telegram o.D.).

rechter Akteure im Rahmen der Corona-Pandemie in Sachsen darstellt, das an der Universität Leipzig durchgeführt wird (vgl. Kiess et al. 2022: 8f.).⁹ Kommunikation über den Instant-Messaging-Dienst Telegram wurde als Datenbasis gewählt, da unter den Protestakteuren vorwiegend über die Infrastruktur dieses Dienstes mobilisiert wurde (vgl. bspw. Frei/Nachtwey 2021: 11; Holzer et al. 2021: 15; Kiess et al. 2022: 2; Pantenburg et al. 2021: 29; Quent/Richter 2021: 295). Daher gewähren die digitalen Spurendaten (vgl. z.B. Howison et al. 2011), die die Nutzer:innen dort hinterlassen, einen breiten Einblick in die Konsens- und Aktionsmobilisierung für den Protest. Gerade da mehrheitlich über digitale Plattformen mobilisiert wurde, besteht eine besondere Relevanz, die dort entstandene »virtuelle[...] Protestgemeinschaft[...]« (Quent/Richter 2021: 295) zu untersuchen.

Um die Responsivität der sächsischen AfD dem Protest gegenüber einzufangen, wurde ein zweiter Textkorpus aus (2) *Redebeiträgen der AfD-Abgeordneten im sächsischen Landtag im Rahmen der Plenardebatten* während des Erhebungszeitraums zusammengestellt. Als »parlamentarische Schaufenster« (Schroeder et al. 2017: 57) sind die Plenarsitzungen von besonderem Interesse, da sie den zentralen Anlass für Parteien bzw. Fraktionen darstellen, dem politischen Publikum die eigene Positionierung innerhalb der parlamentarischen Konfliktaustragung darzulegen.

Daneben bieten digitale Medien auch Parteien und ihren Vertreter:innen die Möglichkeit, sich unmittelbar an das politische Publikum zu wenden. Dies gilt besonders für die AfD, die sich in der medialen Darstellung häufig marginalisiert fühlt (vgl. Schroeder et al. 2018: 100). Sie hat daher früh begonnen, ihre Anhänger:innen über soziale Medien zu mobilisieren. Ihre Accounts erhalten dabei oft mehr Zuspruch als die Profile anderer Parteien (vgl. für eine plattformübergreifende Betrachtung Hillje 2022: 85–111). Besonders wegen des Grundsatzes, Chatinhalte weitestgehend als »Privatsache der jeweiligen Nutzer« (Telegram o.D.) anzusehen, erfreut sich Telegram unter AfD-Politiker:innen inzwischen zunehmender Beliebtheit (vgl. Heinze/Weisskircher 2021: 268). Um auch diese Arena der Darstellung von Responsivität dem eigenen Publikum gegenüber einzufangen, wurde ein dritter Korpus an Textdaten erhoben, der (3) *Posts aus den 13 öffentlichen Telegram-Kanälen der säch-*

9 Kiess et al. (2022: 8f.) listen 101 Kanäle bzw. Gruppen. Darunter fallen zehn Kanäle, die von AfD-Abgeordneten oder lokalen AfD-Gruppen betrieben werden. Diese wurden vom Sampling der Protestakteure ausgeschlossen. Ein Kanal wurde ausgeschlossen, da er in Brandenburg zu verorten ist. Neun der angegebenen Kanäle oder Gruppen waren zum Zeitpunkt des Samplings (05.08.2022–07.08.2022) nicht mehr auffindbar und konnten ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Eine Liste der berücksichtigten Protestakteure in anonymisierter Fassung findet sich in Abschnitt 1.3 des Appendix, der unter <https://github.com/sptell/sb-absorption> zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

sischen AfD-Landtagsabgeordneten enthält, die zum Zeitpunkt der Erhebung auffindbar waren.¹⁰

Das Abfragen und Speichern von Telegram-Posts aus öffentlichen Gruppen und Kanälen ist über die von Telegram bereitgestellte Programmierschnittstelle (API) für Entwickler:innen möglich. Für das Scraping und lokale Speichern der Daten wurde für beide Korpora an Telegram-Daten der Scraper von Amir Yousefi¹¹ basierend auf der Telethon-Library¹² genutzt. Die Redebeiträge aller Abgeordneten im sächsischen Landtag können aus dem elektronischen Dokumentations- und Archivsystem (eDAS)¹³ heruntergeladen werden. Die Aufbereitungs- und Filterschritte, die der Auswertung der drei Textkorpora vorausgingen, werden im nächsten Abschnitt dargestellt.

3.2 Datenaufbereitung

Die Datenaufbereitung unterschied sich zwischen Plenarprotokollen und Telegram-Daten. Ziel beider Verfahren war es jedoch, einen Korpus relevanter Redebeiträge bzw. Posts zusammenzustellen, der sich für die anschließende qualitative Auswertung eignet.

Beide Korpora an Telegram-Posts wurden in drei Schritten gefiltert und aufbereitet: Zunächst wurden beide auf Posts reduziert, die Text enthalten. Andere Medienarten wie bspw. Bildinhalte, Videos, Links oder Sprachnachrichten wurden folglich nicht berücksichtigt. Im Anschluss wurden beide Korpora Keyword-basiert auf Posts reduziert, die sich zur Pandemie und ihrem politischen Management äußern.¹⁴ Für die anschließende qualitative Codierung wurden die Korpora erneut reduziert, indem je Gruppe bzw. Kanal eine Zufallsstichprobe von 50 Posts gezogen wurde.¹⁵ Von 445.877 Telegram-Posts der Protestakteure und 3.126 Telegram-Posts

10 Nach zwei Abgängen umfasst die AfD-Fraktion im sächsischen Landtag zum Zeitpunkt der Erhebung noch 36 Mitglieder. Die öffentlichen Telegram-Aktivitäten von ca. einem Drittel der Mitglieder der Fraktion gingen folglich in die Analyse ein. Eine Liste der berücksichtigten Kanäle findet sich in Abschnitt 1.2 des Appendix, der unter <https://github.com/sptell/sb-absorption> zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

11 Abrufbar unter <https://github.com/amiryousefi/telegram-analysis> vom 18.05.2023.

12 Informationen unter <https://pypi.org/project/Telethon/> vom 18.05.2023.

13 Abrufbar unter <https://edas.landtag.sachsen.de/> vom 18.05.2023.

14 Die entsprechende Whitelist für das Keyword-basierte Sampling lautete: »pandemie | sars | corona | covid | ncov | alpha | beta | gamma | delta | omikron | virus | variante | lockdown | 3g | 2g | impf | maske | test | infektion | quarantäne | mutation | gesundheit | schließung | öffnung«. Groß- bzw. Kleinschreibung spielte keine Rolle.

15 Waren für eine Gruppe oder einen Kanal weniger als 50 Posts verfügbar, wurden alle Posts berücksichtigt. Unter den Protestakteuren war das lediglich bei 18 der 80 Kanäle bzw. Gruppen der Fall, unter den Abgeordneten bei sechs Kanälen.

der AfD-Landtagsabgeordneten, die im Untersuchungszeitraum erhoben wurden, blieben nach diesen Filterungsschritten noch 3.434 Posts von Protestakteuren und 499 Posts von AfD-Landtagsabgeordneten, die in die qualitative Auswertung einfließen.

Die Redebeiträge der AfD-Landtagsabgeordneten wurden in zwei Schritten reduziert. Im eDAS lässt sich ermitteln, zu welchen Tagesordnungspunkten ein Fraktionsmitglied Beiträge vorgebracht hat und welche Schlagworte des eDAS-eigenen Kategoriensystems den entsprechenden Tagesordnungspunkten zugewiesen sind (z. B. »Covid-19«, »Wirtschaft«, »Rechtsstaat«). Zunächst wurde der Gesamtkorpus an verfügbaren Protokollen für AfD-Abgeordnete auf die Beiträge zu den Tagesordnungspunkten reduziert, die im Titel oder der Liste an zugewiesenen Schlagworten mindestens eins der Keywords enthielten, die schon für die Filterung der Telegram-Posts genutzt wurden, sodass ein thematischer Bezug zur Corona-Pandemie bzw. ihrem Management bestand. Das schränkte den Korpus auf 188 Protokollausschnitte zu relevanten Tagesordnungspunkten von 34 verschiedenen AfD-Abgeordneten ein. Diese Ausschnitte mit Redebeiträgen wurden daraufhin nochmals mithilfe des Kategoriensystems des eDAS reduziert. Schlagworte innerhalb des bereits reduzierten Korpus lauteten etwa »Arbeitsplatzsicherung« (1 Beitrag), »Demonstration« (2 Beiträge), »Hochschule« (1 Beitrag), »Rechtsstaat« (1 Beitrag) oder »Wirtschaftsentwicklung« (2 Beiträge). Die mit Abstand meistvergebenen Schlagworte innerhalb des Korpus waren »Covid-19« (67 Beiträge) und »Impfung« (22 Beiträge).¹⁶ Um das Themenspektrum vollständig abzudecken, wurde zu jedem der Schlagworte das Fraktionsmitglied ermittelt, das am häufigsten zu Tagesordnungspunkten mit dem entsprechend Schlagwort gesprochen hatte, um so die Redebeiträge des Mitglieds in die Analyse einzubeziehen, das fraktionsintern als »Expert:in« auf dem Themengebiet angesehen werden kann. Von diesem Fraktionsmitglied wurden daraufhin jeweils alle Wortmeldungen unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt gebündelt und in Form eines Protokollausschnitts in den Korpus für die qualitative Codierung aufgenommen.¹⁷ Der finale Korpus umfasste schließlich 108 Protokollausschnitte, die mit Blick auf die Redebeiträge von insgesamt 29 verschiedenen AfD-Abgeordneten ausgewertet wurden.¹⁸

16 Es wäre auch möglich gewesen, generell nur Redebeiträge unter dem Schlagwort »Covid-19« zu berücksichtigen. Es wurde aber schnell klar, dass damit nur ein Bruchteil des Themenspektrums abgedeckt worden wäre.

17 War für mehrere Abgeordnete dieselbe Anzahl an Beiträgen zu verzeichnen, wurden die Beiträge dieser Gruppe von Abgeordneten berücksichtigt.

18 Eine Auflistung der Redebeiträge, die in die qualitative Auswertung eingingen, findet sich in Abschnitt 1.1 des Appendix, der unter <https://github.com/sptell/sb-absorption> zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

3.3 Datenauswertung

Die Datenauswertung erfolgte in drei Schritten: Der erste Schritt diente dazu, die von den Akteuren benannten inhaltlichen Positionen induktiv aus dem Material abzuleiten und zu systematisieren. Im zweiten Schritt wurde das Beziehungsgefüge zwischen Akteuren und den von ihnen benannten Inhalten als sozio-semantisches Netzwerk aufbereitet. Um Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Kommunikation der Akteursgruppen einfacher erkennen zu können, wurden die Inhalte anschließend auf Basis der Netzwerkstruktur mittels Community Detection zu Gruppen zusammengefasst. Auf dieser Basis konnte dann geprüft werden, inwieweit sich die inhaltlichen Positionen der AfD-Abgeordneten auf ihren Telegram-Kanälen und in ihren Redebeiträgen in Plenardebatten mit denen der Protestakteure überschneiden, um so Rückschlüsse für die eingangs gestellte Frage ziehen zu können. Alle drei Schritte werden nun vertieft vorgestellt.

Schritt 1: Qualitative Codierung der Inhalte Die qualitative Kodierung aller drei Textkorpora wurde auf Basis einer inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse in MAXQDA durchgeführt. Das Verfahren ist darauf ausgerichtet, »am Material ausgewählte inhaltliche Aspekte zu identifizieren, zu konzeptualisieren und das Material im Hinblick auf solche Aspekte systematisch zu beschreiben« (Schreier 2014: §8). Diese Aspekte werden in Themenkategorien aufbereitet, die das Kategoriensystem der inhaltlichen Codierung bilden (vgl. ebd.). Dabei werden die Oberkategorien üblicherweise aus Vorwissen abgeleitet, während ihre Unterkategorien induktiv aus dem Material gewonnen werden (vgl. ebd.: §12; Bücken 2020: §30). Als Oberkategorien, die die Systematisierung des Materials mit Blick auf die inhaltlichen Positionen der Akteure anleiteten, fungierten die beiden inhaltlich relevanten »core framing tasks« (Benford/Snow 2000: 615), denen ein politischer Akteur nachkommen muss, um seine Positionen darzulegen und daraufhin erfolgreich mobilisieren zu können: Das Aufstellen von Problemdiagnosen (»diagnostic framing«) einerseits und die daraus hervorgehenden Forderungen für zukünftiges Handeln (»prognostic framing«) andererseits (ebd.: 615–618).¹⁹ Konkrete Problemdiagnosen und Forderungen wurden in Unterkategorien zusammengefasst.²⁰ Ein Code wurde je Post bzw. je Protokollausschnitt zu einem Tagesordnungspunkt

19 Als dritte Aufgabe nennen Benford und Snow (2000) das »motivational framing« (S. 615), d.h. das »Ausarbeiten von Motivationsstrategien« (Kern 2008: 142), sich am Protest zu beteiligen. Da der Beitrag aber an der Rekonstruktion inhaltlicher Positionen der Akteure interessiert ist, ist diese Aufgabe hier nicht relevant.

20 Das Codebuch findet sich in Abschnitt 2 des Appendix, der unter <https://github.com/sptell/sb-absorption> zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

maximal einmal vergeben. Der nächste Abschnitt stellt die netzwerkbasierte Aufbereitung der qualitativen Codierung vor.

Schritt 2: Aufbereitung als sozio-semantisches Netzwerk Aus relationaler Perspektive lässt sich aus der qualitativen Codierung ein Netzwerk zwischen zwei Klassen von Elementen konstruieren: den aus der Codierung gewonnenen Frames auf der einen Seite und den Akteuren, die die Frames nutzen, auf der anderen Seite.

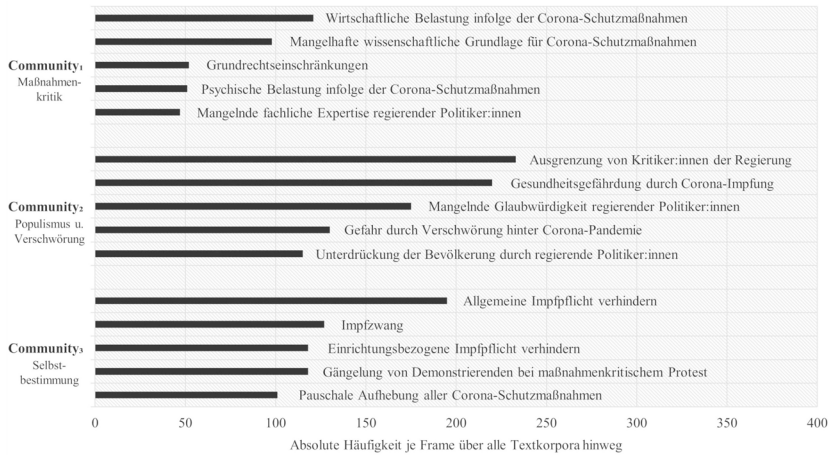
In der empirischen Analyse wurde dieses Beziehungsgefüge zwischen Frames und Akteuren zuerst als gewichtetes bipartites Netzwerk dargestellt. Eine Kante zwischen Frame und Akteur wurde eingezeichnet, sobald ein Frame in dem zu einem Akteur erhobenen Textkorpus mindestens einmal vergeben wurde. Das Kantengewicht entsprach der Häufigkeit, mit der ein Code in den Textdaten des entsprechenden Akteurs vergeben wurde. Um die Nähe zwischen Frames auf Basis des Kommunikationsverhaltens der Akteure ermitteln zu können und Frames schließlich auf dieser Basis gruppieren zu können, wurde das bipartite Netzwerk im nächsten Schritt in eine monopartite Netzwerkprojektion mit gewichteten Kanten überführt, die nur noch die Ebene der Frames abbildet. Dazu wurden Kanten zwischen Frames eingezeichnet, wenn diese auf der Ebene der Akteure mindestens einen gemeinsamen Nachbarn hatten, d.h. wenn mindestens ein Akteur beide Frames anspricht. Das Gewicht der Kante, die das jeweilige Knotenpaar verbindet, spiegelte hier die Anzahl der Akteure wider, in deren Texten jeweils beide Frames vorkamen.²¹

Schritt 3: Community Detection Um Gruppen besonders eng zusammenhängender Frames innerhalb der Netzwerkprojektion zu identifizieren, wurde der Louvain-Algorithmus angewandt.²² Dieses gängige Verfahren zur Community Detection legte drei »Gruppen« von Frames offen. Dass sich die monopartite Netzwerkprojektion derart zergliedern ließ, zeigt, dass sich im Kommunikationsverhalten der Akteure tatsächlich Differenzen abzeichnen, da die Frames demnach nicht von allen Akteuren gleichermaßen eingesetzt wurden. Die folgenden Abschnitte beschreiben die Communities inhaltlich und geben somit auch einen Überblick zu den von den Akteuren vorgebrachten Forderungen und Problemdiagnosen.

21 Für eine graphische Darstellung der monopartiten Netzwerkprojektion siehe Abschnitt 3 des Appendix, der unter <https://github.com/sptell/sb-absorption> zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

22 Vgl. zur Funktionsweise dieses Community Detection-Verfahrens Blondel et al. (2008).

Abbildung 1: Die fünf meistgenannten Frames je Community



Community₁ umfasst 27 Frames.²³ Die hier versammelten Forderungen und Problem Diagnosen kennzeichnet eine vergleichsweise differenzierte Kritik am Pandemie-Management, die die Gefährdungslage durch Covid-19 und die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe anerkennt. Die entsprechenden Problem Diagnosen lassen sich in zwei Bereiche gliedern: Zum einen benennen sie im Alltag spürbare, negative Konsequenzen der Schutzmaßnahmen – so etwa wirtschaftliche Verluste, psychische Belastungen, Einschränkungen im Freizeit- und Kulturangebot oder Lernrückstände bei Schüler:innen (siehe Abbildung 1). Mit dem Aufzeigen der wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder bildungsbezogenen Folgen der Maßnahmen stehen hier Problem Diagnosen im Vordergrund, die auch in der journalistischen Berichterstattung etablierter Medien seit dem Einsetzen des ersten Lockdowns regelmäßig thematisiert wurden (vgl. Maurer et al. 2021: 32) und somit auch außerhalb des Protests normalisiert und anschlussfähig waren. Zum anderen thematisieren Problem Diagnosen in Community₁ das Zustandekommen der Corona-Schutzmaßnahmen. Darunter fallen Aspekte wie eine als unzureichend dargestellte wissenschaftliche Studienlage, um so weitreichende Einschränkungen legitimieren zu können – die Notwendigkeit wissenschaftsbasierter Politik wird dabei allerdings nicht geleugnet. Auch eine mangelnde fachliche Kompetenz politischer Entscheider:innen im Bereich der Gesundheitspolitik oder die Zögerlichkeit und Intransparenz bei politischen Entscheidungsprozessen fallen in diesen Bereich. Auch die Forderungen innerhalb dieser Community vereint, dass sie die Existenz des Corona-Virus anerkennen und Maßnahmen zur seiner Eindämmung

23 Eine Zuordnung der Frames zu den Communities findet sich in Abschnitt 4 des Appendix, der unter <https://github.com/sptell/sb-absorption> zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

grundsätzlich unterstützen. Sie deuten dabei jedoch stets in die Richtung, einzelne Maßnahmen wie vollständige Lockdowns, die 2G- bzw. 3G-Regelung, die Schließungen von Schulen und Kindergärten oder von Freizeit- und Kultureinrichtungen aufzuheben.

Community₂ umfasst 28 Frames. Anders als in Community₁ besteht das gemeinsame Motiv dieser Frames in der Delegitimierung staatlicher Institutionen, etablierter Medien und der Wissenschaft sowie dem Eindruck, die Pandemie, aber auch die Politik im Allgemeinen, werde im Geheimen von Akteuren gelenkt, die nur den eigenen Nutzen im Blick hätten. Community₂ baut damit auf typischen populistischen und verschwörungsideologischen Narrativen auf (vgl. z.B. Barkun 2013: 3f.; Mudde 2004: 542–544). Die zentralen Problemdiagnosen beschreiben regierende Politiker:innen dementsprechend als unglaublich und repressiv der Bevölkerung gegenüber. Eng damit assoziiert ist die Beschreibung einer vermeintlichen Bedrohung durch die Covid-19-Pandemie und die Corona-Impfung, da beide als Teil einer übergreifenden Verschwörung gedeutet werden, durch die die schon bestehende Unterdrückung der Bevölkerung weiter zementiert werde. Politische Entscheidungen zum Pandemie-Management werden gewissermaßen als Belege in diesen übergreifenden Deutungsrahmen eingewoben: Der Bevölkerung werde eine Impfung aufgezwungen, die mit schwerwiegenden Gesundheitsrisiken verbunden sei. Dass das Leiden von Kindern unter den beschlossenen Maßnahmen in Kauf genommen werde, bestätigt das Bild einer politischen Elite, die nicht am Wohl der Bevölkerung interessiert ist. Häufig genannte Forderungen für zukünftiges Handeln aus Community₂ lauten in der Folge, zentrale Personen aus Politik und Wissenschaft ihrer Ämter zu entheben sowie ihre angeblichen Verbrechen und Verfehlungen zu dokumentieren und später zur Anklage zu bringen. Zusammengekommen illustriert diese Community, dass es zu einer »diskursive[n] Verwebung« (Panreck et al. 2021: 113) von pandemie-spezifischer Erfahrung mit populistischer Feindbildkonstruktion und Verschwörungserzählungen kam, die es rechten Akteuren ermöglichte, die Pandemie für die Plausibilisierung und Verbreitung eigener Narrative zu nutzen.

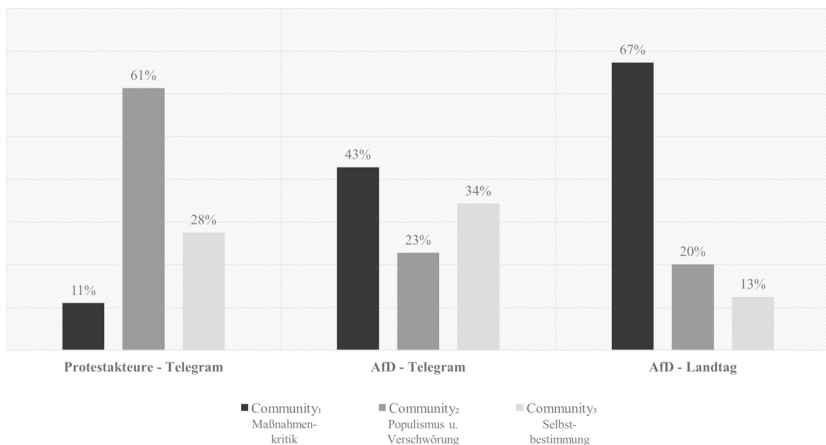
Community₃ umfasst elf Frames. Hier konzentrieren sich die Frames, die aus einem »libertären Freiheitsverständnis« (Frei/Nachtwey 2021: 3) hervorgehen, »in dem Individualität, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung nahezu absolut gesetzt werden« (ebd.). Die hier mit Abstand häufigsten Problemdiagnosen sind der empfundene Zwang, sich impfen lassen zu müssen, sowie der Eindruck, dass Demonstrierende bei maßnahmenkritischen Protesten etwa durch Auflagen oder ein übermäßiges Polizeiaufgebot gegängelt würden. Prominente Forderungen innerhalb der Community sind dieser libertären Haltung entsprechend, eine allgemeine oder einrichtungsbezogene Pflicht zu verhindern sowie pauschal alle Corona-Schutzmaßnahmen aufzuheben.

Um im Anschluss an die Beschreibung der drei Communities Aussagen zu Überschneidungen und Unterschieden in den Kommunikationsinhalten der AfD und der Protestakteure zu treffen, wurde ausgezählt, wie häufig Frames aus den drei Communities jeweils in der Kommunikation der Akteursgruppe vorkamen. Die Ergebnisdarstellung erfolgt im nächsten Abschnitt.

4 Ergebnisse

Abbildung 2 zeigt, wie sich das Framing der Akteursgruppen zusammensetzt. Sie zeigt, dass sich die AfD-Abgeordneten in ihrem Framing sowohl in der parlamentarischen Debatte als auch online von den Protestakteuren unterscheiden. Im Folgenden werden diese Unterschiede weiter aufgeschlüsselt. Rückschlüsse hinsichtlich der eingangs formulierten Fragestellung erfolgen im Fazit.

Abbildung 2: Anteil der in den drei Textkorpora vergebenen Codes entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu Community₁ – Community₃



Der Schwerpunkt der Forderungen und Problem Diagnosen, die von den Protestakteuren vorgebracht wurden, fällt in die durch Delegitimation und Verschwörung gekennzeichnete Community₂ (61 %). Das bestätigt den in der Literatur bereits dokumentierten Befund, wonach der Protest primär durch eine »Oppositionshaltung gegenüber einer als bedrohlich und fremd empfundenen Politik« (Teune 2021b: 328) zusammengehalten wird (vgl. auch bspw. Frei et al. 2021: 252; Holzer 2021: 140; Quent/Richter 2021: 292). Auch Frames aus Community₃, die auf Selbstbestimmung statt staatlicher Regelung abzielen, machen noch 28 % der vergebenen Codierungen

aus, während die in der Community₁ enthaltene Auseinandersetzung mit konkreten politischen Maßnahmen oder ihrem Zustandekommen nur 11 % der codierten Passagen ausmacht.

Spiegelbildlich zu den Protestakteuren bedienen die AfD-Abgeordneten in ihren Beiträgen zu Plenardebatten überwiegend die differenzierteren Problem Diagnosen und Forderungen, die sich an konkreten politischen Maßnahmen abarbeiten (67 %), während Frames aus Community₂ und Community₃ nur zu einem vergleichsweise geringen Teil in die parlamentarische Arena übersetzt werden (20 bzw. 13 %). Dass die AfD auch Frames dieser beiden Communities aufgreift, ist grundsätzlich nicht verwunderlich: »Der Unzufriedenheit ›mit denen da oben‹ hat die AfD einen Großteil ihres Erfolgs zu verdanken« (Schroeder et al. 2017: 7). Ressentiments gegenüber politischen Eliten muss die AfD daher bedienen, um für die eigene Wählerschaft glaubhaft und attraktiv zu bleiben. Mit Blick auf Community₂ ist allerdings hinzuzufügen, dass die Abgeordneten in den Plenardebatten nur den Ausschnitt an Frames nutzen, der die populistischen Versatzstücke der Community ausmacht, während sie die verschwörungsideologischen Frames nicht nutzen.²⁴

Das Bespielen eigener Telegram-Kanäle ermöglicht es den AfD-Abgeordneten, sich und ihre Positionen ohne äußere Reglementierungen, wie sie in der parlamentarischen Debatte greifen, vor allem aber ohne Befürchtungen direkten Widerspruchs inszenieren zu können. Das erlaubt es ihnen, sich – deutlicher als im Parlament – als die »einzigen Anwälte des Volkes« (ebd.: 44) zu gerieren, die »unermüdlich darum [...] kämpfen, dass sich die etablierten Mächte nicht weiter an den Interessen des Volkes vergehen« (ebd.). Diese Möglichkeiten nutzen die Abgeordneten auch in der Aushandlung um den richtigen Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Die libertären Problem Diagnosen und Forderungen aus Community₃ werden online fast dreimal so häufig bedient wie in den Redebeiträgen im Landtag (34 %). Frames aus Community₂ werden zwar nicht deutlich häufiger, aber mit einem anderen Zuschnitt genutzt, da nun neben den im Parlament bereits vorgetragenen populistischen Versatzstücken – zumindest zu einem kleinen Prozentsatz – auch die Frames bedient werden, die verschwörungsideologische Züge aufweisen.²⁵ Insofern zeigt sich online eine deutliche Verschiebung der inhaltlichen Schwerpunkte im Vergleich zum Kommunikationsverhalten der AfD im

24 Der größte Teil der genutzten Frames aus Community₂ entfällt auf die »Ausgrenzung von Kritiker:innen der Regierung« (34 %), die »mangelnden Glaubwürdigkeit von regierenden Politiker:innen« (21 %) sowie das »Kindesleid durch Corona-Schutzmaßnahmen« (16 %).

25 So finden sich im Korpus der Telegram-Posts aus Community₂ auch die Diagnosen, dass die Bevölkerung durch regierende Politiker:innen unterdrückt werde (7 %), dass eine Gefahr von einer Verschwörung hinter der Impfung ausgehe (1 %), die Bevölkerung über die Medien zu Impfung und Pandemiegeschehen falsch informiert (4 %) und das Wissen über Impfnebenwirkungen von Politiker:innen, Medien und Wissenschaftler:innen gezielt zurückgehalten werde (4 %).

Landtag. Das bestätigt den Befund, die AfD trete online anders auf als im Rahmen der parlamentarischen Debatte. »Nach dem Motto: Im Parlament seriös auftreten; »gepöbelt wird im Netz«« (ebd.: 44). Die AfD setzt jedoch neben den libertären bis populistisch-verschwörungsideologischen Frames auch online mehrheitlich auf die Problematisierung konkreter Maßnahmen und deren Zustandekommen (43 %). Ähnliche Befunde finden sich bereits in der Literatur. Kiess et al. (2022) halten fest, dass sich die sächsische AfD auf Telegram meist »um eine gemäßigte Wortwahl zu bemühen [scheint], die offene Pandemie- oder Coronaleugnung vermeidet« (S. 7). Die vorliegende Auswertung stützt diesen Befund.

5 Fazit

Wie die Ergebnisse der oben präsentierten Analyse zeigen, dient die populistische und libertäre Perspektive auf das politische Management der Corona-Pandemie nicht nur als verbindendes Element unter den heterogenen Protestakteuren. Auch die sächsische AfD greift diese Perspektive online wie offline auf. Dieses Framing stellt demnach das verbindende Element zwischen Protest und AfD dar. Mit Blick auf die damit einhergehenden Forderungen und Problemdiagnosen lässt sich folglich von einer erfolgreichen »Absorption« der Position der Protestierenden in die institutionalisierten Verfahren der parlamentarischen Konfliktbearbeitung durch die AfD-Abgeordneten sprechen.

Ein Übersetzungsdefizit ergibt sich hingegen mit Blick auf die verschwörungsideologischen Frames, welche die Pandemie sowie die staatlichen Maßnahmen als planvolles Elitehandeln interpretieren, das sich gegen die Bevölkerung richte. Diese Lesart wird von den AfD-Landtagsabgeordneten nicht in die parlamentarische Konfliktaustragung überführt. Durch den Abgleich mit der Inszenierung der AfD auf Telegram fällt allerdings auf, dass dieselben Abgeordneten durchaus in der Lage und willens sind, auch diese Frames in ihre Kommunikation zu übersetzen. Der systemeigenen Handlungsorientierung folgend, lässt sich das zusammengefasst als Versuch interpretieren, die hinsichtlich der Maßnahmen gesplante Wählerschaft der AfD zusammenzuhalten. So zeigen Auswertungen von Bayerlein und Metten (2022: 416) auf Bundesebene, dass sich die Anhängerschaft keiner anderen der im Bundestag vertretenen Parteien derart uneins über die Corona-Politik war, wie die Wähler:innen der AfD. Aggregiert über die verschiedenen Erhebungswellen der zugrundeliegenden Befragung »Trendfragen Corona« gaben Bayerlein und Metten zufolge durchschnittlich 53 % der Wähler:innen der AfD (bezogen auf die Bundestagswahl 2017) an, die Maßnahmen abzulehnen, während sie von durchschnittlich 47 %

der Wähler:innen unterstützt wurden (vgl. ebd.).²⁶ Die Herausforderung, mit der sich die AfD konfrontiert sah, bestand darin, die Heterogenität ihrer Wählerschaft in ihren verschiedenen »Unzufriedenheitsprojektionen« (Schroeder et al. 2017: 58) absorbieren zu müssen. Eine Anpassung an die heterogene Wählerschaft war für die AfD der Eigenlogik der Politik entsprechend im Kontext der Corona-Politik besonders dringlich, da »die Zustimmung zu den Regierungsmaßnahmen einen signifikanten und wesentlichen Beitrag zur Abkehr von der AfD leistet« (ebd.: 406). Den oben vorgestellten Ergebnissen zufolge scheint sie versucht zu haben, dieser Aufgabe zu begegnen, indem sie online Resonanz gegenüber anderen »Unzufriedenheitsprojektionen« (Schroeder et al. 2017: 58) demonstriert, als es im Parlament der Fall war. So scheint sich die für die Partei grundlegende »Binnenspannung« (ebd.: 58) zwischen dem Auftreten als »fundamentaloppositioneller ›Bewegungs- und pragmatischer Parlamentspartei« (ebd.: 7) im Rahmen des Konflikts um das Pandemie-Management zwischen ihrem Auftreten online und offline abzuspielen. Solange es ihr gelingt, verschiedene Pole innerhalb des Spannungsfelds zu bespielen und parallel aufrechtzuerhalten, ermöglicht dies, die breite Wählerkoalition zusammenzuhalten.

Verglichen mit der AfD bewegen sich die Protestakteure mit der Kombination aus populistischer Kritik und verschwörungstheoretischer Rahmung deutlich stärker »in einer Wissensparallelwelt« (Pantenburg et al. 2021: 59). Ihre Position übt eine noch grundlegendere Kritik am Regierungshandeln und den staatlichen Institutionen an sich, als es die sächsische AfD angesichts der Erwartungen ihrer breiten Wählerschaft vermag. Dennoch stabilisiert die Partei mit ihrer Kombination aus differenzierterer Kritik an der Corona-Politik und einer grundlegenden Kritik an politischen Entscheider:innen, Wissenschaft und Medien, die auf den untersuchten Telegram-Kanälen zum Teil mit Verschwörungsnarrativen verwoben wird, die die »Brücke«, an der besonders Akteure der Neuen Rechten interessiert sind, um darüber vom extrem rechten Rand aus eigene Vorstellungen und Begriffe normalisieren zu können (vgl. z.B. Pfahl-Traughber 2019: 7f.).

Hatte die insgesamt nur partielle Übersetzung der Problemdiagnosen und Forderungen der Protestakteure in die parlamentarische Aushandlung Konsequenzen für den Protest? Dafür bedarf es einer längsschnittlichen Auswertung, die eine potentielle Anpassung der Protestakteure an das Übersetzungsdefizit abbilden könnte. Das würde es auch ermöglichen, die Koalitionsbildung zwischen AfD und Protestakteuren im zeitlichen Zusammenhang mit pandemie-spezifischen Phasen oder politischen Ereignissen wie der Bundeswahl 2021 zu betrachten. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit sich die Aussagen zum Verhältnis zwischen der sächsischen AfD und dem Protest auf andere Bundesländer übertragen lassen. Denn

26 Die Auswertung umspannt den Zeitraum von der Kalenderwoche 12 im Jahr 2020 bis zur Kalenderwoche 13 im Jahr 2021.

Protest entwickelt sich nicht in einem »sozialen Vakuum« (Kern 2008: 153), sondern eingebettet

»in a dynamic relational field in which the ongoing actions and interests of state actors, allied and counter-movement groups, and the public at large all influence social movement [...] outcomes« (Goldstone 2004: 333).

Das relationale Feld, in das Protest in anderen regionalen Kontexten eingebettet ist, mag zu anderen diskursiven Gelegenheitsstrukturen und Einflusspotentialen führen. Ob beispielsweise die anthroposophisch und esoterisch motivierten Problem-diagnosen und Forderungen, die in der vorliegenden Auswertung kaum vertreten waren, in Westdeutschland eher Eingang in die parlamentarische Aushandlung fanden, bleibt offen.

Eine grundsätzliche Limitation der Analyse ist, dass nur ein Ausschnitt der Forderungen und Problemdiagnosen der Protestierenden berücksichtigt werden konnte, da sich die Untersuchung nur mit öffentlicher Kommunikation auf Telegram befasst. Es muss daher damit gerechnet werden, dass die Analyse die Radikalität der Akteure tendenziell unterschätzt (vgl. z.B. Schulze et al. 2022: 1119–1120). Dieser Herausforderung zu begegnen wird angesichts des »Trends des Abwanderns in private Gruppen bzw. der Abschottung bestehender Gruppen« (Kiess et al. 2022: 5) innerhalb dieses politischen Spektrums zunehmend schwieriger, aber nicht weniger relevant.

Literatur

- Barkun, Michael (2013): *A culture of conspiracy. Apocalyptic visions in contemporary America*. 2. Auflage, Berkeley, CA: University of California Press.
- Bayerlein, Michael; Metten, Anne (2022): »The Impact of COVID-19 on the Support for the German AfD. Jumping the Populist Ship or Staying the Course?«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 63, S. 405–440.
- Benford, Robert D.; Snow, David A. (2000): »Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment«, in: *Annual Review of Sociology* 26, S. 611–639.
- Blondel, Vincent D.; Guillaume, Jean-Loup; Lambiotte, Renaud; Lefebvre, Etienne (2008): »Fast unfolding of communities in large networks«, in: *Journal of Statistical Mechanics* 5, Artikelnr. P10008.
- Brieger, Stefan; Herold, Maik; Otteni, Cyrill; Panreck, Isabelle-Christine (2022): »Auf Abstand zur Demokratie? Coronakritische Einstellungen und ihre Mobilisierung in Sachsen«, in: *Totalitarismus und Demokratie* 19, S. 305–326.

- Bücker, Nicola (2020): »Kodieren – aber wie? Varianten der Grounded-Theory-Methodologie und der qualitativen Inhaltsanalyse im Vergleich«, in: Forum Qualitative Sozialforschung, 21, Artikelnr. 2.
- Dahrendorf, Ralf (1972): Konflikt und Frieden. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft, München: Piper.
- Frei, Nadine; Nachtwey, Oliver (2021): »Quellen des »Querdenkertums«. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg«, <https://www.boell-bw.de/de/2021/11/19/quellen-des-querdenkertums-eine-politische-soziologie-der-corona-proteste-baden> vom 18.05.2023.
- Frei, Nadine; Schäfer, Robert; Nachtwey, Oliver (2021): »Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34, S. 249–258.
- Gerhards, Jürgen (1994): »Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch«, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 77–105.
- Goldstone, Jack A. (2004): »More social movements or fewer? Beyond political opportunity structures to relational fields«, in: Theory and Society 33, S. 333–365.
- Heinze, Anna-Sophie; Weisskircher, Manès (2021): »No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and »Movement-Party« Strategy«, in: Politics and Governance 9, S. 263–274.
- Heinze, Anna-Sophie; Weisskircher, Manès (2022): »How Political Parties Respond to Pariah Street Protest. The Case of Anti-Corona Mobilisation in Germany«, in: German Politics, online first.
- Hillje, Johannes (2022): Das »Wir« der AfD. Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Holzer, Boris (2021): »Zwischen Protest und Parodie. Strukturen der »Querdenken«-Kommunikation auf Telegram (und anderswo)«, in: Sven Reichardt (Hg.), Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 125–157.
- Holzer, Boris; Koos, Sebastian; Meyer, Christian; Otto, Isabell; Panreck, Isabelle-Christine; Reichardt, Sven (2021): »Einleitung. Protest in der Pandemie«, in: Sven Reichardt (Hg.), Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 7–26.
- Howison, James; Wiggins, Andrea; Crowston, Kevin (2011): »Validity Issues in the Use of Social Network Analysis with Digital Trace Data«, in: Journal of the Association for Information Systems 12, S. 767–797.

- Hutter, Swen; Kriesi, Hanspeter; Lorenzini, Jasmin (2019b): »Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien. Eine aktuelle Bestandsaufnahme«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 32, S. 163–177.
- Hutter, Swen; Kriesi, Hanspeter; Lorenzini, Jasmine (2019a): »Social Movements in Interaction with Political Parties«, in: Snow, David A.; Soule, Sarah A.; Kriesi, Hanspeter; McCammon, Holly J. (Hg.), *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. Second Edition, Hoboken, New Jersey: Wiley Blackwell, S. 322–337.
- Kailitz, Steffen (2020): »Sachsen – eine Hochburg der AfD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung der Bundespartei und des sächsischen Landesverbandes«, in: Uwe Backes; Steffen Kailitz (Hg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 155–200.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kiess, Johannes; Nissen, Sophie; Wetzell, Gideon; Winkler, Benjamin (2022): *EFBI Digital Report. Pilotausgabe*, https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2022-o-EFBI_DigitalReport_final.pdf vom 18.05.2023.
- Koos, Sebastian (2021): »Konturen einer heterogenen »Misstrauensgemeinschaft«. Die soziale Zusammensetzung der Corona-Proteste und die Motive ihrer Teilnehmer:innen«, in: Sven Reichardt (Hg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«*. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 67–89.
- Kumkar, Nils C. (2021): »Unbestimmte Negation. Gegenexpertise als alternative Fakten«, in: Sebastian Büttner; Thomas Laux: (Hg.), *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik*, Baden-Baden: Nomos, S. 90–110.
- Luhmann, Niklas (1975): *Legitimation durch Verfahren*. 2. Auflage, Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.
- Luhmann, Niklas (1981): *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München: Günter Olzog Verlag.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1996): *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2008): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* 5. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2010): *Politische Soziologie*, Berlin: Suhrkamp.
- Maurer, Marcus; Reinemann, Carsten; Kruschinski, Simon (2021): *Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie*, <https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-r-einemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf> vom 18.05.2023.

- Mudde, Cas (2004): »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 39, S. 541–563.
- Nachtwey, Oliver; Schäfer, Robert; Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung, <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/> vom 18.05.2023.
- Panreck, Isabelle-Christine; Schmeitzner, Mike; Lindenberger, Thomas; Böttcher, Claudia; Tiepmar, Jochen (2021): »Die »Spanische Grippe« und Covid-19 in Sachsen. Ein intertemporaler Vergleich«, in: Sven Reichardt (Hg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«*. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 91–122.
- Pantenburg, Johannes; Reichardt, Sven; Sepp, Benedikt (2021): »Wissensparallelwelten der »Querdenker«, in: Sven Reichardt (Hg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«*. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 29–65.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): *Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph (2021): »Gegen den »Mainstream«. Ost und West im Protest vereint«, in: Heike Kleffner; Matthias Meisner (Hg.), *Fehlen der Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*, Freiburg [u.a.]: Herder, S. 292–300.
- Robert Koch-Institut (2023): *Digitales Impfquotenmonitoring zur COVID-19-Impfung*, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Date_n/Impfquoten-Tab.html vom 18.05.2023.
- Rucht, Dieter (1987): »Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien«, in: *Journal für angewandte Sozialforschung* 27, S. 297–313.
- Schreier, Margrit (2014): »Varianten qualitativer Inhaltsanalyse. Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten«, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 15, Artikelnr. 18.
- Schroeder, Wolfgang; Weßels, Bernhard; Berzel, Alexander (2018): »Die AfD in den Landtagen. Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und »Bewegungs«-Orientierung«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49, S. 91–110.
- Schroeder, Wolfgang; Weßels, Bernhard; Neusser, Christian; Berzel, Alexander (2017): *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*, WZB Discussion Paper, No. SP V 2017–102, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Schulze, Heidi; Hohner, Julian; Greipl, Simon; Girgnhuber, Maximilian; Desta, Isabella; Rieger, Diana (2022): »Far-right conspiracy groups on fringe platforms. A longitudinal analysis of radicalization dynamics on Telegram«, in: *Convergence* 28, 1103–1126.
- Telegram (o.D.): *Fragen und Antworten*, <https://telegram.org/faq> vom 18.05.2023.

Teune, Simon (2021a): »Protest in Stuttgart 2010 und 2020. Zwei Herausforderungen der Demokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71, S. 20–25.

Teune, Simon (2021b): »Querdenken und die Bewegungsforschung. Neue Herausforderungen oder déjà-vu?«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, S. 326–334.

Vom Netz auf die Straße

Mobilisierung und Radikalisierung durch soziale Medien am Beispiel der Kleinstpartei »Freie Sachsen«

Susanne Rippl

1 Einleitung

Die Modernisierung des Rechtsextremismus ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass neue rechte Bewegungen und Parteien soziale Medien sehr gezielt einsetzen, um ihre Themen zu platzieren, Diskurse zu verschieben und die Bevölkerung zu mobilisieren. Die Erstürmung des Kapitols in den USA 2021 kann als ein Fanal für die zentrale Rolle sozialer Medien für die Mobilisierung rechter Bewegungen gelten. Aber auch die rechtsextremen Ausschreitungen von Chemnitz 2018 oder die Terroranschläge von Christchurch 2019, Halle 2019 oder Hanau 2020 zeigen, wie mediale Mechanismen zur Mobilisierung rechter Akteure beitragen und wie dort kultivierte Hasskulturen zu realen Taten führen können.

Rechte Akteure können heute Wirkungen erzielen, die in der »analogen Welt« in diesem Ausmaß allein aufgrund der begrenzten physischen Reichweite nicht möglich waren. Der »Erfolg« der Kleinstpartei die »Freien Sachsen« ist ein gutes Beispiel für das Mobilisierungspotential kleiner Akteure. Ein sehr kleiner Kreis von Personen mobilisiert primär über soziale Medien, insbesondere über ihren Telegram-Kanal Tausende, die dann real auf den Straßen in Sachsen marschieren¹. Der Telegram-Kanal hat rund 150000 Follower:innen und damit für eine regionale Kleinstpartei eine hohe Reichweite. Im Unterschied zur traditionellen Mobilisierung, ermöglichen soziale Medien sehr niedrige Beitrittschwellen zur Kommunikation. Ein Klick genügt, um Teil einer Bewegung zu werden, deren Mitglieder sehr lose verbunden sind, ohne umfassendere ideologische Gemeinsamkeiten zu teilen oder real in Kontakt zu treten. Die Verschränkung von online und offline Aktivitäten spiegelt sich in der Mobilisierungswirkung bei den sogenannten »Montagsspaziergängen«. Diese

1 Im Verfassungsschutzbericht des Freistaates Sachsen 2021 heisst es: »Sie (die Freien Sachsen) verfügen über keine nennenswerten Organisationsstrukturen und Personalressourcen, entfalten aber durch den gezielten Einsatz der sozialen Medien eine enorme Wirkungsmacht« (Verfassungsschutzbericht 2021: 55).

Aufmärsche begannen als Proteste gegen die Corona-Verordnungen an einer Vielzahl von Orten in ganz Sachsen und fanden von Herbst bis ins Frühjahr 2021/22 während der Covid-Pandemie medial große Aufmerksamkeit. Den »Freien Sachsen« gelang es dabei, die »Organisation« ideologisch zu unterwandern und auf ihren Kanälen zu bündeln. Allein die medial initiierte, gleichzeitige Mobilisierung an einer Vielzahl von Orten erzeugte das Bild einer »Massenbewegung« – bei den Teilnehmer:innen selbst –, auch wenn der »Spaziergang« am eigenen Ort zahlenmäßig klein war, entstand durch die mediale Bündelung auf dem Telegram-Kanal das Gefühl »Teil von etwas Größerem« zu sein und mithin entstand eine Mobilisierungsdynamik. Zeitweise wurden auf dem Telegram-Kanal über 100 Aufmärsche pro Woche allein für Sachsen angekündigt².

Auch wenn die »Freien Sachsen« nicht im engeren Sinne zur »Neuen Rechten« (vgl. Abschnitt 3) gehören, passen sie mit ihrer Mobilisierungsstrategie zu den Akteuren, die sich im Dunstkreis der Neuen Rechten bewegen. Mit Themen wie der Covid-Pandemie oder der Energiekrise werden sehr viele Menschen niedrigschwellig, ohne explizit ideologischen Bezug erreicht und gelangen so schleichend in den Einflussbereich rechtsextremer Milieus. Die Narrative dieser Milieus diffundieren sodann umgekehrt in die Mitte der Gesellschaft.

Anknüpfend an Pegida steht nicht eine Programmatik, sondern der Protest und die Sammlung der Unzufriedenen im Vordergrund der Bewegung, es gibt deutliche Überschneidungen der Akteure zur Pegida-Bewegung und ihren regionalen Ablegern, auch sind ähnlich wie damals, Radikalisierungsprozesse bei den Aufmärschen zu beobachten. Stärker als Pegida setzen die Freien Sachsen auf die Vernetzung und Sammlung verschiedener Akteure des rechten Spektrums auf der Grundlage eines inzwischen in vielen Städten und Gemeinden Sachsens gefestigten Protestmilieus.

Im vorliegenden Beitrag wird ein Blick auf die Social Media Aktivitäten der Kleinstpartei »Freie Sachsen« geworfen, dabei werden beispielhaft die Aktivitäten rund um die Corona-Proteste in den Fokus genommen, um ihre Medienstrategien nachzuzeichnen und in den Kontext strategischer Nutzung neuer sozialer Medien durch rechte Akteure einzuordnen.

2 Die unangemeldeten Demonstrationen werden als »Spaziergänge« bezeichnet, um sich strafrechtlichen Konsequenzen zu entziehen, da in den Hochzeiten der Spaziergänge, Demonstrationen durch die Corona-Auflagen stark reglementiert waren. Bei der Ankündigung der Spaziergänge wird explizit darauf verwiesen, dass man selbst nicht Organisator sei, sondern jeweils Bürger:innen vor Ort.

2 Wer sind die »Freien Sachsen«? – Akteure und Programm

Die »Freien Sachsen« sind eine Kleinstpartei, die im Februar 2021 gegründet wurde³, mutmaßlich mit dem Motiv einem potentiellen Verbot der Gruppierung zu entgehen, da die Regelungen für Parteiverbote deutlich schärfer ausfallen als für andere politische Zusammenschlüsse. Bereits im Juni 2021 hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen die »Freien Sachsen« als Partei mit erwiesen rechtsextremistischen Bestrebungen eingestuft⁴. Der Vorstand der Partei setzt sich aus bekannten Rechtsextremisten aus dem Raum Chemnitz und dem Erzgebirgskreis zusammen⁵, dazu gehören Martin Kohlmann, Vorsitzender und Chemnitzer Rechtsanwalt, und Robert Andres (Schatzmeister), beide führende Mitglieder der ebenfalls rechtsextremen Bürgerbewegung »Pro Chemnitz«. »Pro Chemnitz« und insbesondere Martin Kohlmann mobilisierten 2018 maßgeblich im Kontext der rassistischen Ausschreitungen von Chemnitz. Zudem gehört Stefan Hartung zum Vorstand, ein langjähriges und politisch engagiertes NPD-Mitglied aus dem Erzgebirge. Hartung ist im Erzgebirge seit vielen Jahren eine zentrale Figur der neonazistischen Szene. Er organisierte bereits 2013 – vor dem Erfolg von Pegida – die rassistisch ausgerichteten »Lichtelläufe«. Zweiter stellvertretender Parteivorsitzender der »Freien Sachsen« ist der Reiseunternehmer Thomas Kaden, der im Zusammenhang mit der »Querdenker«-Bewegung als Aktivist und Busunternehmer auftrat. Zum engeren Kreis gehört auch der nordrhein-westfälische Neonazi Michael Brück. Der aus Dortmund übergesiedelte Brück war stellvertretender Landesvorsitzender der neonazistischen Kleinstpartei »Die Rechte« in NRW und gehörte zum harten Kern der Neonazi-Szene in Dortmund. Er ist in der Anwaltskanzlei von Kohlmann angestellt und befasst sich vermutlich mit der Medienarbeit für die »Freien Sachsen« und versorgt den Telegram-Kanal mit Inhalten.

Bereits diese personelle Aufstellung der Partei zeigt, dass man sich explizit rechts neben der AfD platzieren möchte. Stefan Hartung verkörpert in diesem Kontext den Schulterchluss mit der NPD. Ziel ist eine längerfristige Bündelung und Mobilisierung rechtsextremer Kräfte in der Region⁶, eine Strategie, die sich in die Mobilisierungsszenarien der Neuen Rechten einfügt.

3 Eine ausführlichere Darstellung zu den »Freien Sachsen« findet sich im Kulturbüro Sachsen unter: <https://kulturbuero-sachsen.de/monitorium-rechts-die-freien-sachsen/> und im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2021: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2021.pdf

4 https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Freie_Sachsen_vom_LfV_Sachsen_a_ls_rechtsextremistische_Bestrebung_eingestuft.pdf; im Januar 2022 folgt das Bundesamt für Verfassungsschutz der Einschätzung und misst der Kleinstpartei »Freie Sachsen« eine überregionale Bedeutung bei.

5 Vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. (2022). Monitoring Rechts #Heft 05. Freie Sachsen. Dresden.

6 <https://freie-sachsen.info>

Das zentrale Mobilisierungsthema der »Freien Sachsen« war ursprünglich die Kritik an den staatlichen Corona-Maßnahmen. Hier gelang es, die anfänglich sehr heterogenen Querdenker-Demonstrationen und »Spaziergänge« zunehmend zu unterwandern. Die Mehrzahl der »Spaziergänge« im Corona-Winter 2021/22 sowie der Montagsdemonstrationen im Herbst und Winter 2022/23 in Sachsen laufen inzwischen dominiert von Bannern und Fahnen der »Freien Sachsen«. Mit der Abschwächung der Coronamaßnahmen kam es zunehmend zu einer Verlagerung der Themen – der Krieg in der Ukraine, der Klimawandel und insbesondere steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten sind die neuen Mobilisierungsthemen, die wie die Corona-Thematik geeignet sind, in weiten Bereichen der Bevölkerung Resonanz zu erzeugen und die bereits mobilisierten Gruppen zu erhalten. Inhaltlich zeichnet sich eine weitere Radikalisierung ab – der Aufruf zum Systemwechsel oder Umsturz wird auf den Kundgebungen der »Freien Sachsen« zum »Normalfall«.⁷

Ähnlich wie bei Pegida wird versucht, über ein in der Gesellschaft verbreitetes Unbehagen gegenüber dem Krisenmanagement der Regierung Stimmung zu machen. Durch sichtbare Aktionen und Demonstrationen wird mediales Aufsehen erreicht – das scheinbar Protest gegen aktuelle Krisenerscheinungen spiegelt. Programmatisch ist die Partei aber deutlich breiter aufgestellt. Volkstümlicher Ankerpunkt ist – wie im Namen angedeutet – die Forderung nach mehr Autonomie für Sachsen, für eine Stärkung der sächsischen Heimat. Man »bekennt sich zur deutschen Nation, betrachtet aber die derzeitige, staatliche Organisationsstruktur der Bundesrepublik Deutschland kritisch«⁸. So tauchen an verschiedenen Stellen im »Programm«⁹ Forderungen auf, die die vorhandene staatliche Ordnung grundsätzlich in Frage stellen. Zum Beispiel soll »[d]ie Sächsische Regierung [...] freiwillige Zusammenschlüsse von Sachsen zur gemeinsamen Aufrechterhaltung der Sicherheit fördern«. Wirtschaftspolitisch wird ein schwacher Staat gefordert: »Grundsätzlich hat sich der Staat aus den Angelegenheiten der kleinen und mittelständischen Unternehmen herauszuhalten«¹⁰. Ähnlich sollen staatliche Sozialversicherungssysteme weitgehend abgebaut und der Eigenverantwortung der Bürger übergeben werden. Es finden sich auch skurrile Aussagen, wie die Forderung: »Das sächsische Königshaus ist bei der Gestaltung der Zukunft Sachsens angemessen einzubinden«. Das Wappen der »Freien Sachsen« ist dementsprechend identisch mit dem Wappen des Königreichs Sachsen. Hier spiegelt sich eher folkloristisch die rückwärts-gewandte, führerorientierte ideologische Ausrichtung. Europapolitisch äußern die »Freien Sachsen« Sympathie für die Visegard-Staaten und zu Russland bei gleichzeitiger Kritik am angeblich »undemokratischen« Staat in Deutschland. Man teilt

7 Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021: 55ff.

8 Vgl. <https://freie-sachsen.info/wofuer-wir-stehen/>

9 Vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. (2022). Monitoring Rechts #Heft 05. Freie Sachsen. Dresden.

10 Vgl. ebd.

die nationalistische, antiliberalen Agenda dieser Staaten und deren autoritäre völkische Ausrichtung. Gegenüber der Einwanderungspolitik wird die Forderung geäußert: »Die durch den Merkelschen Rechtsbruch ausgelöste demographische Katastrophe ist unabhängig davon rückgängig zu machen«. Ohne die Begrifflichkeiten zu verwenden, wird hier klar auf das Narrativ der »Umvolkung« angespielt mit der Forderung der Rückführung von Migrant:innen. Letztlich ist die Partei eine rechts-extreme Sammlungsbewegung, der es weniger um Wahlerfolge geht, als vielmehr um die Mobilisierung und Bündelung rechter Kräfte.

3 Freie Sachsen und Neue Rechte

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in den letzten Jahrzehnten geht mit einer Modernisierung des Rechtsextremismus einher. Auch wenn zentrale ideologische Inhalte unverändert blieben, erscheinen sie in einem neuen Gewand, um ihre gesellschaftliche Anschlussfähigkeit zu erhöhen. Unter dem Begriff »Rechtspopulismus« versteckt sich oftmals eine rechtsextreme Ideologie, die mit populistischen Mittel verbreitet wird (vgl. Rippl/Seipel 2022). Der intellektuelle Hintergrund der Modernisierungsprozesse des Rechtsextremismus findet sich in der Szene der sogenannten »Neuen Rechten«, die Strategien und Ideologie des »neuen« Rechtsextremismus prägen. Beispielhaft dafür steht die Veränderung von Begrifflichkeiten, etwa die Verwendung des Begriffs des Ethnopluralismus¹¹ mit dessen Hilfe der völkische Rassismus in ein scheinbar legitimes Recht auf kulturelle Differenz verwandelt wird, ohne dabei die inhaltliche Stoßrichtung zu verändern. Desweiteren wird – zumindest öffentlich – die Verherrlichung des Nationalsozialismus abgelehnt, sowie die Verleugnung der Shoah. Diese äußerlichen Veränderungen zielen strategisch auf einen diskursiven Anschluss in die breitere gesellschaftliche Mitte. Wichtig ist dabei die positive Besetzung von Begriffen des Deutschseins sowie der nationalen Identität, diese sollen positiv an die »1000-jährige Geschichte der Deutschen« anschließen. Diese strategischen Veränderungen wurden maßgeblich vom Think Tank der Neuen Rechten, dem Institut für Staatspolitik (IfS) um Götz Kubitschek eingeleitet (vgl. Pfahl-Traubher 2019; Weiß 2017; Salzborn 2017). Auch die Mobilisierungsstrategien wurden neu ausgerichtet, hier spielt der Begriff der

11 Im Konzept des Ethnopluralismus stehen daher nicht biologisch begründete Unterschiede im Vordergrund, sondern ethnisch-kulturelle Differenzen und damit verbunden ein scheinbar positives Recht auf Verschiedenheit. Völkisches Denken wird somit rekonstruiert, ohne direkten Bezug auf die biologistischen Rassenkonzepte der Vergangenheit zu nehmen (vgl. Kellersohn 2018). Die Idee einer strikten Abgrenzung und räumlichen Separierung zwischen Eigenem und Fremden wird dabei aufrechterhalten und scheinbar neu legitimiert.

»Metapolitik« eine zentrale Rolle – damit ist eine politische Einflussnahme gemeint, die nicht auf die Parteipolitik oder die Parlamente zielt, sondern auf den sogenannten »vopolitischen Raum«. Hierbei soll über (scheinbar) unpolitische Themenfelder wie Ökologie, Musik oder Heimat eine Durchdringung der Diskurse der Zivilgesellschaft vorbereitet und völkische Narrative verbreitet werden, um sukzessive eine »kulturelle Hegemonie« zu erlangen und das gesamte Lebensgefühl der Mehrheitsgesellschaft zu unterwandern (vgl. Rippl; Seipel 2022; Weiß 2017; Fuchs; Middelhoff 2019). Für diese Strategien hat sich Ostdeutschland als resonanzstarkes »Experimentierfeld« erwiesen. Volker Weiß (2017) konstatiert: »Bislang Offiziere ohne Soldaten, schien die Neue Rechte in den ›besorgten Bürgern‹ die Armee gefunden zu haben, die ihnen so lange gefehlt hatte« (Weiß 2017: 26). Im Zuge einer multiplen Krisenkonstellation gelingt es nun die jahrelange betriebene Arbeit im Hintergrund mit der realen Politik in den Parlamenten und auf der Straße zu verbinden.

Die »Freien Sachsen« gehören nicht im engeren Sinne zu den »Neuen Rechten«, die eher als die gemäß ihrem Selbstverständnis intellektuelle Speerspitze der Bewegung zu sehen sind. Allerdings sind Akteure wie die »Freien Sachsen« sowie die Untergruppierungen, mit ihrer Mobilisierung auf der Straße strategisch dem Netzwerk der neuen rechten Bewegungen zuzurechnen. Als Sammlungsbewegung tragen sie dazu bei, stabile rechte Protestmilieus in Sachsen zu festigen. Sie passen zudem in die metapolitische Strategie der Unterwanderung von gesellschaftlichen Diskursen – die Unterwanderung der anfänglich politisch heterogenen Coronaproteste ist ein Ansatzpunkt mit dem Ziel die bürgerliche Mitte zu erreichen. Narrative des politischen Programms der »Freien Sachsen« wie Heimat und Tradition, »Normalität« zielen auf den vopolitischen Raum. Auf den Aufmärschen werden legitime Anliegen geschickt mit Diktaturnarrativen und Umsturzphantasien vermischt.

Daniel Fiß, von 2016 bis 2019 Bundesleiter der Identitären Bewegung Deutschland, schreibt zu den Coronaprotesten in der rechtsextremen Zeitschrift Sezession im Mai 2022:

»Viele rechte Akteure von Partei bis hin zum politischen Vorfeld sehen in dieser Protestbewegung eine große Chance. Gelingt es, aus den bisweilen recht diffusen Motivlagen einen politischen Widerstandsblock gegen den Great Reset und Großen Austausch zu formen? Können Partei und Vorfeld politisch-infrastrukturelle Ressourcen aus den Protesten ziehen?« (Fiß 2022)¹²

Ziel ist es, die Proteste in die Strategie der Neuen Rechten einzugliedern. Fiß plädiert dafür, ideologische Differenzen auszuräumen, um durch Zweckbündnisse die Mobilisierungswirkung zu stärken.

12 <https://sezession.de/65454/faktenlage-7-politische-soziologie-der-corona-proteste>

»Außerdem ist damit zu rechnen, daß die Protestwellen ob mit oder ohne Impfpflicht in der BRD im Frühjahr/Sommer wieder auslaufen können. Das bedeutet vor allem für die AfD und das politische Vorfeld, lokale Widerstandsplattformen zu schaffen, die den Druck aufrechterhalten können und das vermutlich irreversible Vertrauen der Menschen in die etablierte Politik langfristig und nachhaltig in oppositionellen Widerstand transformiert. Vielleicht muß das rechte Lager die Corona-Proteste tatsächlich zum Anlaß nehmen und weltanschauliche Gewissheiten im Abgleich mit den eigenen Zielgruppen überdenken und Ambivalenzen in möglichen Zweckbündnissen hinnehmen. Sorgen auch wir dafür, daß die Zeiten spannend bleiben!« (Fiß 2022)¹³

Es sollen hier ganz bewusst breite Netzwerke geknüpft werden, um die politischen Ziele zu erreichen. Solche Netzwerke und Überlappungen bieten die Möglichkeit verschiedene Milieus ideologisch und personell miteinander zu verknüpfen (vgl. Abbildung 1). Die Krise in der Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begonnen hat, sind dabei ein idealer Anknüpfungspunkt, um die Milieus zu stabilisieren und auszubauen.

Im Kontext der »Spaziergänge« sowie der Demonstrationen im Kontext des Ukrainekrieges lässt sich die Vermischung von Protest-Milieus und rechtsextremen Gruppen sehr gut nachzeichnen bis hin zu terroristischen Planungs- und Unterstützungsmilieus, die sich im Umfeld dieser Proteste herausbildeten – so Gruppierungen, die zum Mord am sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer aufriefen oder die Entführung von Gesundheitsminister Lauterbach planten, sowie Material beschafften, um die Infrastruktur der Bundesrepublik anzugreifen. Bei einer Montagsdemonstration in Leipzig kam es zu gewaltsamen Übergriffen auf ukrainische Geflüchtete. Im Kontext der Corona-Proteste sowie der Proteste im Kontext des Ukraine-Krieges kam und kommt es zunehmend zu Gewalt gegen Journalist:innen¹⁴.

Die Corona-Proteste knüpften an populistisch aufgeladene Unzufriedenheit und Ressentiments in der sächsischen Bevölkerung an. Die Proteste wurden schnell von den »Freien Sachsen« unterwandert und organisatorisch übernommen. Bei den »Spaziergängen« und Montagsdemonstrationen laufen »normale Bürger:innen« ganz selbstverständlich neben Akteur:innen rechtsextremer Gruppierungen, bekannten Neonazis, Funktionär:innen von NPD oder Pegida. Hier zeigt sich genau das Szenario, das die »Neue Rechte« für die Verbreitung ihrer Ideologie strategisch vorbereitet hat. Hier werden strukturell ganz unterschiedliche Milieus ideologisch und personell verknüpft. Es gelingt damit Legitimationsbrücken (vgl. Abbildung

13 <https://sezession.de/65454/faktenlage-7-politische-soziologie-der-corona-proteste>

14 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/drohung-kretschmer-mord-ermittlungen-polizei-staatsschutz-100.html>.

1) in die Mitte der Gesellschaft herzustellen und rechtsextreme Narrative in Alltagsdiskursen zu normalisieren. Heitmeyer et al. (2020) wählen für diese Situation das Bild einer Eskalationsspirale. Umgekehrt findet eine Radikalisierung von Teilbereichen der Proteste statt, die mit systemfeindlichen und gewaltbereiten Milieus verknüpft werden. Auch im sächsischen Verfassungsschutzbericht 2021 wird von einer »Erosion der Abgrenzung eines Teils der gesellschaftlichen Mitte vom Rechtsextremismus« (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021: 59) gesprochen.

Abbildung 1: Konzentrisches Eskalationskontinuum nach Heitmeyer et al. (2020: 59)



4 Mediale Strategien rechter Bewegungen

Das Internet hat die Möglichkeiten der politischen Kommunikation revolutioniert (vgl. Fielitz/Marcks 2020; Neuberger 2022). Aber die Vision, das Internet könne quasi als »virtuelle Agora« deliberative Elemente der Demokratie stärken, ein »Marktplatz des freien Diskurses« sein, hat sich nicht bewahrheitet, sondern sich partiell sogar ins Gegenteil verkehrt (vgl. Miller/Vaccari 2021; Seeliger/Sevignani 2021). Fielitz und Marcks (2019, 2020) sprechen gar von den Gefahren eines »digitalen Faschis-

mus«. Habermas (2022) spricht von einem erneuten »Strukturwandel der Öffentlichkeit«. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich, die mit der technischen Infrastruktur des Netzes in Verbindung stehen. Insbesondere die Logik der Algorithmen, die von vielen Plattformen verwendet werden, verstärken unerwünschte Prozesse wie die Blasenbildung sowie Prozesse der Tribalisierung im Netz und eine damit verbundene Fragmentierung von Wissen und von dem, was als Wahrheit verstanden wird. Konflikte werden nicht im öffentlichen freien Diskurs ausgetragen und gelöst, sondern in virtuellen Teilöffentlichkeiten, die durch Beschleunigungsprozesse des Netzes schnell zu emotionalen Erregungsgemeinschaften (vgl. Pörksen/Detel 2012; Papacharissi 2015) werden und die zu einer Polarisierung und Eskalation beitragen können. Diese Entwicklungen können langfristig zu einer Erosion der kommunikativen Grundlagen des Gemeinwesens beitragen.

Die Qualität und Seriosität der im Netz gestreuten Informationen sind für die User:innen kaum überprüfbar. Im Unterschied zu journalistischer Information finden im Internet keine Gate-Keeping Prozesse statt. Was als Möglichkeit eines deliberativen Austausches erscheint, fördert durch die spezifische technische Infrastruktur des Netzes Manipulationsprozesse, indem z.B. Inhalte, die in negativer Weise emotionalisieren, eine stärkere Verbreitung finden. Im Netz verbreitete Nachrichten oder Informationen haben eine neue, hybride Struktur, sie setzen sich aus Information, Bewertungen und Affekten zusammen – die sich Gate-Keeping-Prozessen entziehen.

Rechte Akteure nutzen diese spezifischen Mechanismen und Möglichkeiten der Netz-Infrastruktur gezielt für ihre Strategien in der Öffentlichkeit. Dabei verfolgen die rechten Akteure drei wesentliche Ziele mit ihrer Kommunikationsstrategie:

- Desinformation
- Diskursverschiebung
- Mobilisierung

Desinformation ist eine wesentliche Strategie der rechten Akteure, um den öffentlichen Diskurs grundsätzlich anzugreifen, letztlich mit dem Ziel diesen zu zerstören. Sehr deutlich dazu, die bekannte Aussage von Götz Kubitschek¹⁵, einer Führungsfigur der Neuen Rechten bereits 2006:

»Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party« (Kubitschek 2006).

15 vgl. Kubitschek, Götz (2006): Provokation! Sezession 4 (12), <https://sezession.de/6174/provokation>

Dabei werden verschiedene Einzelstrategien verfolgt, die dazu beitragen, korrespondenzbasierte und konsensuelle Wahrheitskriterien auszuhebeln oder gar zu zerstören und damit eine Fragmentierung der öffentlichen Kommunikation zu befördern. Dazu setzen sie beispielsweise die folgenden Strategien ein:

- die Erzeugung und Verbreitung von Fake-News und alternativen Fakten
- die Erzeugung und Verbreitung von Verschwörungserzählungen
- die Diskreditierung der etablierten Qualitäts-Medien

Bei der Verbreitung von Fake-News geht es darum, ein dauerhaftes mediales Grundrauschen zu erzeugen, nicht mit dem primären Ziel mit den Botschaften zu überzeugen, sondern mit dem Ziel Unsicherheit zu verbreiten und Informationen grundsätzlich in Frage zu stellen. Es entsteht Unsicherheit etwa darüber, welche Nachrichten überhaupt auf Fakten basieren und welche nicht und welche konsensuellen Kriterien gelten. Unter den Stichworten »Lügenpresse« und »Systempresse« wird die Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien angegriffen, die als staatlich gelenkt und manipuliert dargestellt werden.

Inhaltlich geht es im Rahmen der medialen Präsenz der rechten Akteure darum, Diskurse zu verschieben und zu mobilisieren. Rechte Narrative werden durch dauernde Wiederholungen, Skandalisierungen, Emotionalisierungen oder über Provokationen in der medialen Öffentlichkeit platziert und von dort in Mainstream-Diskursen wie etwa in Talkshows transportiert und salonfähig gemacht. Die speziellen Dynamiken der sozialen Medien erhöhen das Mobilisierungspotential dieser Strategien erheblich. Dabei ist in den letzten Jahren eine Vielzahl von Narrativen bereits erfolgreich in der öffentlichen Diskussion verankert worden:

- Eliten, Lobby, Finanzkapital, Altparteien versus Volk
- Großer Austausch/Umvolkung
- Weltverschwörung – antisemitische Narrative
- Cancel Culture, Meinungsdictat, Denkverbote
- Genderwahnsinn; Gender-Gaga
- Sexualisierung von Kindern

Viele dieser Themen sind emotional besetzt, werden als Bedrohung dargestellt und sind inzwischen zu identitätsrelevanten Ankerpunkten geworden. Einige dieser Narrative sind bereits weit in die öffentlichen Diskurse eingedrungen. Die Genderthematik oder das Narrativ der »Cancel Culture« sind Themen, die bereits in den Qualitätsmedien angekommen sind, dort für Kontroversen sorgen und ihre mobilisierende Wirkung bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein entfalten.

Die Verschränkung von realer und virtueller Kommunikation eröffnet zudem neue Wege der Mobilisierung bis hin zu Straßenprotesten, die maßgeblich über so-

ziale Netzwerke organisiert und vernetzt werden. Die Nutzung von mobilen Endgeräten ermöglicht eine Vernetzung quasi in Echtzeit – was zu einer starken Vermischung von realer und virtueller Realität beiträgt und die gegenseitige Verstärkung begünstigt. Die Besonderheiten der Kommunikation im Netz schaffen mobilisierende Effekte auf Seiten der »Sender:innen«, auf Seiten der »Empfänger:innen« sowie durch die kommunizierten Inhalte (vgl. Sponholz 2019).

Auf der Seite der »Sender:innen« eröffnen Social Media Plattformen einer Vielzahl von Akteur:innen einen direkten Zugang zur Öffentlichkeit. Es kann ungefiltert Information direkt an die Nutzer:innen weitergegeben werden. Damit ergibt sich eine neue dynamische Verbindung zwischen Sender:innen und Empfänger:innen. Es kann zu einer großflächigen Verbreitung von »hybriden Informationen« kommen. Durch eine teilweise hohe Reichweite der virtuellen Vernetzung über »weak ties« können Informationen weit verbreitet werden.

Auf Seiten der Nutzer:innen oder Empfänger:innen sind die Zugangsbarrieren (wie bereits erwähnt) minimal. Mit einem Klick kann man quasi Teil einer sozialen Bewegung werden – eine Mitgliedschaft im engeren Sinne ist nicht nötig. Die lose »Mitgliedschaft« in den Netzwerken kann Gefühle der Selbstermächtigung auslösen, verbunden mit dem Gefühl, Teil einer großen Gruppe von Gleichgesinnten zu sein. Die Infrastruktur von Plattformen oder Messenger-Diensten begünstigt zudem die Entstehung eines homogenen Umfeldes. Widersprüchliche Informationen oder Gegenrede werden minimiert und es entstehen Echokammern (vgl. Seeman 2017).

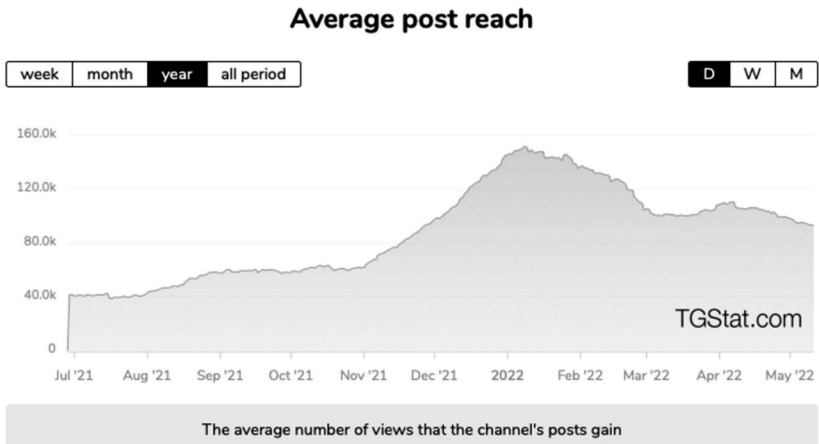
Social Media bietet rechten Akteuren somit eine Vielzahl von Möglichkeiten, Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit zu erhalten, und kann als wesentliche Infrastruktur des neuen Rechtsextremismus gesehen werden. Dabei ist das Ziel von rechtspopulistischen Strategien nicht die logische faktenbasierte Überzeugung, sondern die emotionale Überwältigung durch affektbeladene Narrative und damit verbundene Bilder. Provokation, Skandalisierung und die Beschwörung von Ängsten sind dabei die Stilmittel der Beeinflussung. Krisensituationen sind dabei ideale Kontexte, um diese Strategien fruchtbar einzusetzen. Gerade in krisenhaften Zeiten entstehen im Netz sehr schnell »affektive Öffentlichkeiten« (Papacharissi 2015) oder »Empörungsgemeinschaften« (Pörksen/Detel 2012) mit einer hohen Mobilisierungswirkung, die bis zur Mobilisierung auf der Straße reicht.

5 Mobilisierung und Radikalisierung: Freie Sachsen und Social Media

Im Folgenden wird die mediale Strategie der »Freien Sachsen« anhand ihrer Aktivitäten auf ihrem Telegram-Kanal im Zeitraum Januar bis April 2022 skizziert – zeitlich wurde hier ein Höhepunkt der sogenannten Corona-Proteste erreicht.

Die Kleinstpartei »Freie Sachsen« ist auf einer Vielzahl von Social Media Plattformen präsent – ihr zentrales Mobilisierungsmedium ist aber ihr Telegram-Kanal. Dabei gelingt es der Partei dank zahlreicher medialer Aktivitäten mit einer sehr geringen festen personellen Aufstellung (der Verfassungsschutz Sachsen¹⁶ spricht für 2021 von ca. 20 Personen) Tausende zu mobilisieren. Der Telegram-Kanal zählt inzwischen rund 150 000 Abonnent:innen. Spitzenwerte hinsichtlich der Reichweite der Posts wurden in der Hochzeit der Corona-Einschränkungen im Januar und Februar 2022 erreicht (vgl. Abbildung 2). Telegram wird von rechten Gruppierungen bevorzugt genutzt, da viele andere Messenger-Dienste und Plattformen inzwischen gezielt gegen radikale Inhalte vorgehen. Telegram bietet zudem die Möglichkeit, Nachrichten an mehrere Tausend Nutzer:innen (nach Eigenangaben 200.000) gleichzeitig senden zu können, – andere Dienste wie WhatsApp reglementieren diese Reichweite. Die »Freien Sachsen« nutzen den Kanal weniger als Messenger Dienst sondern als Social-Media Plattform, um Informationen zu verbreiten, zu mobilisieren und den Straßenprotest zu koordinieren.

Abbildung 2: Reichweite im Zeitverlauf



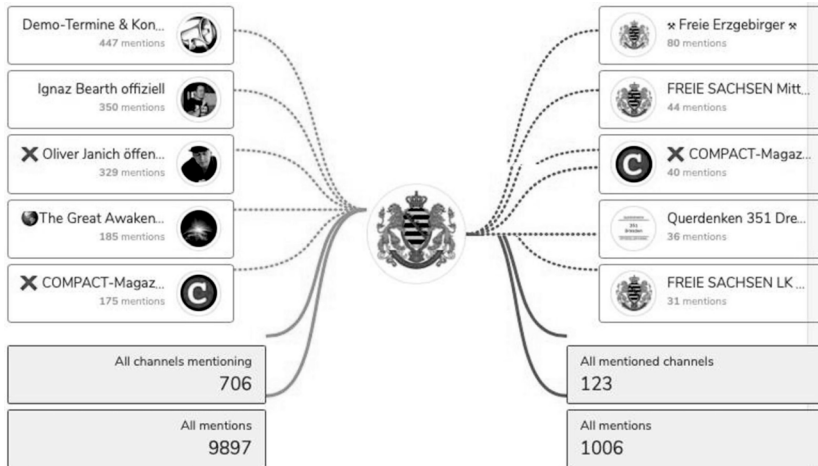
Quelle: Telegram, TGStat.com; Zugriff 12.5.2022

Der Kanal ist eng vernetzt mit anderen bekannten rechten Medien und Akteuren und mit lokalen Telegram-Kanälen der »Freien Sachsen«. Auf dem Höhepunkt der Aktivitäten im Januar 2022 gibt Telegram eine Gesamtreichweite über alle Vernetzungen von über 9 Millionen an. Die Vernetzungen etwa zum Compact-Maga-

16 Vgl. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2021.pdf (Seite 54).

zin oder zu anderen Akteuren der Szene zeigen die Brückenfunktion des Kanals ins rechte Milieu hinein (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Vernetzung mit anderen rechten Kanälen und Akteuren



Quelle: Telegram, TGStat.com; Zugriff 12.5.2022

Wobei das Compact Magazin sehr regelmäßig als Quelle auftaucht. Dort finden sich häufig identische Narrative, die in Telegram-Posts der »Freien Sachsen« ebenfalls auftauchen. Die Narrative der Neuen Rechten tauchen so partiell immer wieder in den Posts der »Freien Sachsen« auf. Alternative Medien werden den Abonnent:innen des Kanals als normale und seriöse Quelle von Informationen präsentiert. Schilk (2022) bezeichnet das Compact Magazin als »Scharniermedium« der extremen Rechten, das verschiedene Milieus miteinander verbindet. Der Verfassungsschutz stuft das Magazin als rechtsextrem ein. Die Verbindungen zu Akteuren der Neuen Rechten werden offen gepflegt. So hat der Chefredakteur des Compact Magazin Jürgen Elsässer engen Kontakt mit Götz Kubitschek, der mit Beiträgen im Compact Magazin auftaucht. Elsässer beschreibt seine Rolle wie folgt: »Die ›Sezession‹ sorgt für die Tiefe, und wir sorgen für die Breite. Wir sind nicht nur Verleger oder Leute, die nur hinter dem Laptop sitzen und schöne Artikelchen schreiben, sondern wir sind auch Teil dieser Freiheitsbewegung.«¹⁷ Die »Freien Sachsen« finden einerseits Erwähnung im Compact Magazin, sie organisierten am 5. Mai 2022 andererseits

17 Kubitschek, Götz/Elsässer, Jürgen (2018): Widerstand! Was tun? Götz Kubitschek im Gespräch mit Jürgen Elsässer. In: Compact 5/2018, S. 29.

auch eine Buchpräsentation mit Jürgen Elsässer. Die »Freien Sachsen« gehören somit klar in das weitere Netzwerk der Neuen Rechten und leisten damit für diese Gruppierung wichtige Vernetzungsaufgaben in die Zivilgesellschaft.

Montagsspaziergänge als reale und virtuelle Vergemeinschaftung In den Hochzeiten der Spaziergänge von Januar bis März 2022 wurden auf dem Kanal gezielt unzählige Videos und Fotos von »Spaziergängen« in ganz Sachsen geteilt. Die Stoßrichtung zielte nach Innen darauf, den Follower:innen ein starkes Gefühl der Selbstermächtigung zu vermitteln und die realen Spaziergänger:innen in verschiedenen Städten zu einer virtuellen Gemeinschaft zu verschmelzen. Die Bilder der »spazierenden Massen« an einer Vielzahl von Orten in Sachsen erzeugte das Gefühl, Teil einer großen Massenbewegung zu sein. Emotional stimuliert wurde diese Wahrnehmung durch Bezüge, die mit Slogans und Bildern zur Wendezeit 1989 hergestellt wurden. Die Nutzung des Montags für die »Spaziergänge« oder die Nutzung des abgewandelten Slogans »Wir sind das Volk«, die Rede von einer Wende 2.0 zielten darauf, den Geist der Revolution 1989 quasi wiederzubeleben und mittels der geposteten Bilder sich selbst als Teil dieses Widerstandes zu gerieren. Es ist von einem »Flächenbrand« die Rede, von »schier endlosen Massen«, vom »Volk auf der Straße« von »Hunderttausenden«, die auf der Straße gehen.

Narrative und Emotionalisierung In den Posts wird eine Vielzahl rechter Narrative angesprochen, von der Öko-Diktatur, »Altparteien«, gewalttätigen Ausländern bis zum Genderwahnsinn. Dauerhaft wichtig für die Mobilisierung auf der Straße ist das populistische Narrativ von der Diktatur, der DDR 2.0 und dem Widerstand des einfachen Volkes. Damit verknüpft ist die Erzählung von einer illegitimen Staatsmacht, die mit Gewalt gegen das eigene Volk vorgeht. So wird die Landesregierung als »autoritäres Regime« dargestellt und der Ministerpräsident als »Diktator«, der »Milizen« (die Polizei) beschäftigt, um das widerständige Volk zu unterdrücken. Sinnbildlich dafür steht das zeitweise auf fast allen »Spaziergängen« gezeigt Banner mit der Aufschrift »Kretschmer verhaften« (das über den Telegram-Kanal auch beworben wurde), was implizit Umsturzphantasien insinuiert. Es gibt immer wieder Posts auf dem Telegram-Kanal, die sehr emotional auf die »unangemessene Gewalt« und die angeblichen Gewaltexzesse der Polizei verweisen. Es wird eine fast bürgerkriegsartige Stimmung erzeugt. So wird von einer »Welle der Gewalt und Brutalität« gesprochen (siehe beispielhaft dafür Abbildung 4). Die verwendete Sprache ist gewalthaltig. Man versucht, mögliche Gewalthandlungen der Demonstrierenden vorab zu legitimieren und als Reaktion auf oder »Widerstand« gegenüber staatlicher Gewalt darzustellen. Eine Radikalisierung wird hierbei in Kauf genommen, wenn nicht sogar gezielt provoziert.

Abbildung 4: »Spaziergänge« als inszenierte Widerstandsbewegung gegen die Corona-Diktatur



Freie_Sachsen @Freie_Sachsen · Jan. 11.

Von 1989 bis 2022: Das autoritäre #Regime wackelt (wieder)!

Hunderttausende Bürger gehen in ganz Deutschland auf die Straße, von Woche zu Woche werden es mehr. Sie wollen #Freiheit, fordern ein Ende der Zwangsmaßnahmen und haben genug von dem autoritären Regime, das in den letzten zwei Jahren alle Masken hat fallen lassen. Und das Regime? Das antwortet mit einer Welle von Gewalt und Brutalität. Es merkt nicht, dass dadurch nur noch mehr Menschen den Entschluss fassen, für die Freiheit auf die Straße zu gehen!

Das rechte Bild stammt aus dem gestrigen Kampfeinsatz der #Kretschmer-Milizen in Bautzen. Laut Behördenangaben wurde nach dem neuerlichen #Gewaltexzess ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt eingeleitet, mit Details hält sich die Behörde zurück



Quelle: Telegram-Kanal der »Freien Sachsen«, <https://t.me/s/freiesachsen>

Die Spaziergänge werden in die Tradition der friedlichen Revolution von 1989 eingeordnet und es wird damit versucht, diese Spaziergänge als »Widerstand« zu legitimieren. Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik wird mit dem DDR-Regime gleichgesetzt, womit alle Formen von Widerstand legitim erscheinen. Die Rede des Bautzener Vize Landrates Udo Witschas, der eine Aussetzung der Impfpflicht für Pflegekräfte ankündigt, wird mit der berühmten Balkonrede Genschers in Prag verglichen. Der Telegram Post der »Freien Sachsen« dazu am 25.1.2022 ist mit der Überschrift »Von Prag 1989 nach Bautzen 2022« versehen. Wieder werden Bilder und ikonische Erinnerungen verwendet, um Emotionen zu erzeugen.

Digitaler Tribalismus – Echokammern Im Kontext der beschriebenen on/offline-Mobilisierung entstehen »affektive Öffentlichkeiten« (Papacharissi 2015) oder »Empörungsgemeinschaften« (Pörksen/Detel 2012). Durch die Nutzung eigener Medien verbunden mit der gleichzeitigen Abwertung der öffentlich-rechtlichen Medien als »staatlich gesteuerte Lügenpresse« wird ein Kosmos eigener Wahrheiten geschaffen (Pantenburg et al. 2021). Die Kommentarspalten zu den Beiträgen des Telegram-Kanals der »Freien Sachsen« sind selten geöffnet; wenn Kommentare möglich sind, findet sich dort kaum Gegenrede oder Widerspruch, vielmehr findet ein emotiona-

les Aufschaukeln statt, teilweise gibt es Anschlusskommunikationen (vgl. Bucher/Barth 2019), die zu einer weiteren Radikalisierung beitragen. Ein Beispiel ist der Post »Lagebesprechung – Urban. Polizeigewalt nur Einzelfälle?« vom 27.1. 2022, hier einige O-Töne der User-Kommentare, Ausschnitte gesammelt aus den auf den Post folgenden Kommentierungen:

»Das Parteiensystem gehört abgeschafft – ein Souverän muss her – AfD Verräter am Volk. Auch nur politischer Abfall wie die sogenannten Altparteien – Blockflötenparteien – Lasst uns den Genozid und den Faschismus stoppen – Volksverräter – wir müssen zur Staatskanzlei und all diese Handlanger nach Hause schicken – danach dürfen wir uns nach dem Sturz der Faschisten in Berlin kümmern – ich fürchte es endet im Bürgerkrieg. Wird nicht anders gehen – dieses System kannst du nicht gewaltfrei verändern«.

Telegram-Kanäle wie der der »Freien Sachsen« sind Zonen der virtuellen Kommunikation, in denen von starken Echo-Kammer-Effekten auszugehen ist. Seemann (2017) spricht in diesem Zusammenhang von »digitalem Tribalismus«. Die Haltungen zu den Themen Corona-Pandemie, »Lügenpresse« und »korrupter Staat« sind Fixpunkte des »Stammes« und gleichzeitig das wesentlichste Abgrenzungsmerkmal zum »Mainstream«. Es wird eine starke Kohäsion und Homogenisierung nach innen erwirkt, verbunden mit einer starken Abgrenzung nach außen (vgl. Seemann 2017). Eine weitere Radikalisierung ist in diesen Milieus wahrscheinlich.

6 Fazit

Den »Freien Sachsen« ist es gelungen, den anfänglich heterogenen Querdenker:innen-Protest in Sachsen zu unterwandern und das entstandene Protestmilieu sukzessive für eigene Themen zu gewinnen. Dies geschieht über eine enge Verklammerung von virtuellem und realem Protest. Es ist eine Filterblase dieses Protestmilieus entstanden, das über gezielte Posts mit emotionalisierenden Inhalten mobilisiert wird. Die aufgebaute virtuelle Gemeinschaft stiftet Identität und erzeugt die Wahrnehmung, man befände sich in einem Widerstandskampf mit vielen Gleichgesinnten, die einem ein Gefühl von Zugehörigkeit, Legitimität und Stärke verleihen. Die gewalthaltige Sprache und das skizzierte Szenario einer »Revolution« machen ein Überschwappen in reale Gewalt oder eine weitere Radikalisierung von Teilgruppen wahrscheinlich. Die »Freien Sachsen« sind in Sachsen durch ihre mediale Strategie zu einer »lauten Minderheit« geworden, der es teilweise gelingt, die Politik vor sich her zu treiben. Die sozialstrukturelle Heterogenität des Milieus der Spaziergänger:innen ermöglicht es, rechtsextreme Narrative in der Mitte der sächsischen Gesellschaft zu normalisieren. Die Akteure der Neuen Rechten arbeiten ge-

zielt mit diesen Strukturen, die eine Scharnierfunktion (vgl. Heitmeyer et al. 2020) in der Zivilgesellschaft haben und das Potential besitzen, verschiedenste Milieus zu verbinden. Der rechte Ideologe Fiß (2022) formuliert klar das Ziel: »Aus der Bewegung einen dauerhaften systemkritischen Widerstand formen«. Und auch Sellner (2022) kalkuliert mit diesen Protestmilieus und hofft auf eine veränderte Situation durch den Krieg in der Ukraine: »Eine materielle Lageverschärfung steigert [...] den Wirkungsgrad jeder oppositionellen Tätigkeit. Sie vergrößert das Mobilisierungspotential und erhöht so die Erfolgsaussichten«. Die »Freien Sachsen« gehören damit klar zum Bewegungs-Netzwerk der Neuen Rechten. Es gelingt ihnen durch die Verschränkung von Online- und Offline-Aktivitäten sehr effektiv zu mobilisieren und rechtsextremes Gedankengut in dem entstandenen Protestmilieu weiter zu verbreiten und Protest vom Netz auf die Straße zu bringen.

Literatur

- Bucher, Hans-Jürgen; Barth, Christof (2019): »Zwischen Hatespeech und Deliberation: affektive Öffentlichkeiten und politische Kommunikation in den sozialen Medien«, in: Stefan Hauser; Martin Luginbühl; Susanne Tienken (Hg.), *Mediale Emotionskulturen*, Bern, Berlin, Bruxelles, New York, Oxford: Peter Lang, S. 57–81.
- Dittrich, Miro; Jäger, Lukas; Meyer, Claire-Frederike; Rafael, Simone (2020): *Alternative Wirklichkeiten*, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf vom 18.10.2022.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2019): *Digital Fascism: Challenges for the Open Society in Times of Social Media*. Berkeley Center for Right-Wing Studies Working Paper Series. Berkeley, CA: UC Berkeley: Center for Right-Wing Studies, <https://escholarship.org/uc/item/87w5c5gp> vom 18.10.2022.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*, Berlin: Dudenverlag.
- Fuchs, Christian; Middelhoff, Paul (2019): *Das Netzwerk der Neuen Rechten: wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Habermas, Jürgen (2022): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzler, Peter (2020): *Rechte Bedrohungsalianzen. Signaturen der Bedrohung II*, Berlin: Suhrkamp.
- Kellershohn, Helmut. (2018): »Deutschland des Deutschen«. *Ideologiegeschichtliche Anmerkungen zur Renaissance völkischer Ideologie*, in: Alexander Häusler; Helmut Kellershohn (Hg.), *Das Gesicht des völkischen Populismus*. Neue Her-

- ausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung, Münster: Unrast, S. 57–77.
- Miller, Michael L.; Vaccari, Cristian (2020): »Digital threats to democracy: Comparative lessons and possible remedies«, in: *The International Journal of Press; Politics* 25(3), S. 333–356.
- Neuberger, Christoph (2022): »Digitale Öffentlichkeit und liberale Demokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72 (10–11), S. 18–25.
- Pantenburg, Johannes, Reichardt, Sven & Sepp, Benedict. (2021): »Corona-Proteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71 (3–4), S. 22–27.
- Papacharissi, Zizi (2015): *Affective publics. Sentiment, technology, and politics*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): *Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen*, Wiesbaden: Springer.
- Pörksen, Bernhard; Detel, Hanne (2012): *Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter*, Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian (2022): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Salzborn, Samuel (2017): *Angriff der Antidemokraten*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Schilk, Felix (2022): Fallstudie: Compact: Scharniermedium der extremen Rechten, <https://gegneranalyse.de/fallstudie-2-compact/> vom 18.10.2022.
- Seeliger, Martin; Seignani, Sebastian (Hg.) (2021): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37*, Baden und Baden: Nomos.
- Seemann, Michael (2017): *Digitaler Tribalismus und Fake News*, <https://www.ctrl-verlust.net/digitaler-tribalismus-und-fake-news/> vom 18.10.2022.
- Sponholz, Liriam (2019): »Hate Speech in Sozialen Medien: Motor der Eskalation?«, in: Heidrun Friese; Marcus Nolden; Miriam Schreiter (Hg.), *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz, Bielefeld: transcript*, S. 158–178.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart: Klett-Cotta.

»Gegen die da oben und die da unten«

Die Rolle ideologischer Einstellungen für die Abwertung von Geflüchteten und Politiker:innen in Sachsen

Frank Asbrock und Deliah Bolesta

1 Einleitung^{1 2}

Im August 2018 befand sich Chemnitz im Ausnahmezustand. Am 26. August wurde Daniel H. am Rande des Chemnitzer Stadtfestes durch Messerstiche eines syrischen Geflüchteten getötet und bereits am nächsten Abend demonstrierten ca. 800 durch die Chemnitzer Hooligan-Gruppierung Kaos Chemnitz aufgerufene Hooligans, Neonazis und andere Rechtsextreme gegen »Messermörder«, Gewalt durch Migrant:innen und gegen Migration im Allgemeinen. Die Gewaltbereitschaft unter den Demonstrationsteilnehmenden war hoch, die Polizei sichtlich überfordert und vollkommen unvorbereitet (vgl. Zeit online 2018). Wenige Tage später kam es zu großen Aufmärschen, zu denen viele Akteure der neuen Rechten aufriefen, unter anderem die AfD, aber auch die Kleinstpartei Pro Chemnitz. 6000 Personen, die sich zu großen Teilen selbst als »besorgte Bürger« bezeichneten, demonstrierten Seite an Seite mit führenden Neonazis aus ganz Sachsen und Deutschland. Chemnitz war im Fokus der Aufmerksamkeit der Weltpresse – nicht nur Tagesschau und heute journal berichteten, auch die New York Times hievte die Ereignisse in Chemnitz auf die Titelseite (vgl. Bennhold 2018).

Die Ereignisse im späten August 2018 und danach gaben den rechten Bewegungen in Sachsen großen Auftrieb (vgl. Brichzin et al. 2022). Mitten in eine abgeebbte »Flüchtlingswelle« hinein und bei stagnierenden Teilnahmezahlen für Pegida in Dresden konnte die Mobilisierung in Chemnitz zeigen, dass die extreme Rechte Bürger:innen auf ihre Seite ziehen kann. Bis spät ins Jahr 2018 hinein fanden wöchentlich von Pro Chemnitz angeführte »Spaziergänge« durch Chemnitz statt und machten deutlich, wer nach Ansicht der Teilnehmenden in Sachsen erwünscht sei

1 F. Asbrock und D. Bolesta haben gleichermaßen zu dieser Arbeit beigetragen.

2 Diese Publikation wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

und wer nicht. Aus dem Umfeld der lokalen Kleinstpartei Pro Chemnitz entstanden 2021 die Freien Sachsen, denen es sehr schnell gelang, in Sachsen den Online-Diskurs auf Telegram und die Steuerung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zu übernehmen. Weiterhin stellen die Freien Sachsen ein Sammelbecken für Rechtsextremisten unterschiedlicher Ausprägungen dar. Nachdem Geflüchtete als Zielgruppe nicht mehr die gewünschte Mobilisierung nach sich zogen, konnten die rechten Proteste in den Corona-Demonstrationen ein neues Aktivierungsfeld entdecken und gegen die »Bevormundung« der vermeintlich linken und deutschlandfeindlichen Regierung (das galt auch schon für die Regierung unter Angela Merkel) demonstrieren. Die Proteste, weiterhin angeführt von den Freien Sachsen, richteten sich dann, nach Rücknahme der Corona-Maßnahmen, gegen andere Themen, so dass inzwischen fast schon eine gewisse Unübersichtlichkeit besteht: gegen die Grünen, gegen die gestiegenen Kosten der Energieversorgung, gegen die Maßnahmen hinsichtlich des Klimawandels, gegen Geflüchtete aus der Ukraine, für Russland und weiterhin gegen die noch bestehenden Corona-Maßnahmen. Vereinent scheint hier nur die Unzufriedenheit mit der Regierung zu sein, die die Demonstrierenden in Kauf nehmen lässt, mit Rechtsextremisten auf die Straße zu gehen.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, ist nach der aktuellen Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 2022) mit über 3500 repräsentativ ausgewählten Befragten in Sachsen höher als in allen anderen Bundesländern (vgl. GESIS 2022); und auch im Sachsenmonitor von 2021/2022 gaben 38 % der Befragten an, mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in der Praxis funktioniert, eher oder sehr unzufrieden zu sein (vgl. Sächsische Staatsregierung 2022). Gemeinsam mit Thüringen und Sachsen-Anhalt gibt es in Sachsen eine hohe Bereitschaft, die AfD zu wählen, und in Sachsen brannten im Oktober 2022 wieder Unterkünfte für Geflüchtete (vgl. Der Spiegel 2022). Die Proteste und auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie drücken ein starkes Misstrauen gegen den Staat und das, wofür er (vermeintlich) steht, aus. Dieses Misstrauen manifestiert sich in Gewalt und Diskriminierung, aber auch in Vorurteilen und Ressentiments gegen Politiker:innen und Migrant:innen, denen die Schuld an der (vermeintlich) schlechten Situation in Deutschland gegeben wird.

In diesem Beitrag möchten wir den ideologischen Nährboden in Sachsen, auf dem Hass und Gewalt gegen Minderheiten und Politiker:innen gedeihen können, näher untersuchen. Dabei gehen wir der These nach, dass die ideologischen Grundlagen, die die Wahrscheinlichkeit für menschenfeindliche Handlungen erhöhen, auf der Wahrnehmung einer Ungleichwertigkeit von gesellschaftlichen Gruppen und von Bedrohungen einer idealisierten Gesellschaft beruhen. Die Bedrohung wird nicht nur extern gesehen, durch Geflüchtete und Migrant:innen, sondern

auch intern, durch die Regierung und die Politiker:innen, die als gegen das eigene Volk gewandt wahrgenommen werden.

2 Bedrohungswahrnehmung und Protest gegen Geflüchtete

Die Bereitschaft an Protesten teilzunehmen, wird nach dem Social Identity Model of Collective Action (vgl. van Zomeren et al. 2008) vor allem von drei Faktoren beeinflusst: Der Identifikation mit der protestierenden Gruppe, der Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit der Gruppe, d.h. der Wahrnehmung, ob die Gruppe etwas erreichen kann. Dieses Modell wurde vor allem verwendet, um progressive Proteste für die Rechte von Minderheiten und statusschwachen Gruppen zu erklären. Proteste, die sich für den Erhalt und die Wiederherstellung von Privilegien, für den Erhalt des Status Quo und gegen Minderheiten einsetzen, wurden in der Forschung lange nicht betrachtet, haben aber aufgrund der aktuellen Entwicklungen mehr Aufmerksamkeit bekommen. Da das Einsetzen für den Erhalt eigener Privilegien und für die Ausgrenzung von Fremdgruppen nicht ausschließlich über Identifikation und Ungerechtigkeitswahrnehmungen zu erklären ist und sich möglicherweise qualitativ von progressiven Protesten unterscheidet (vgl. Thomas/Osborne 2022), werden vermehrt Ideologien (vgl. Becker 2020) und kollektiver Narzissmus (vgl. Górska et al. 2022) als Erklärungsfaktoren herangezogen.

Der Einsatz für die Privilegien der eigenen, statushohen Gruppe und gleichzeitige Abwertung derjenigen, die verantwortlich gemacht werden für den vermeintlichen Verlust der Privilegien, wird durch die Wahrnehmung einer Bedrohung der eigenen Gruppe und der eigenen Position geleitet. Diese Bedrohung wird sowohl durch die vermeintlich Mächtigen, also die Politik, als auch durch die vermeintlich Schwachen in Deutschland und insbesondere in Sachsen durch die Geflüchteten empfunden (vgl. z.B. Panreck 2021). So richtet sich der Protest auch gleichzeitig nach oben *und* nach unten, gegen eine Bedrohung der Werte und eine Bedrohung des materiellen Wohlstands. Nach der Intergroup Threat Theory (vgl. Stephan et al. 2015) sind es vor allem diese beiden Bedrohungswahrnehmungen, die Intergruppenkonflikte in der Form von Vorurteilen und Diskriminierung nach sich ziehen.

In diesem Beitrag möchten wir nicht das Protestverhalten der Neuen Rechten in Sachsen selbst untersuchen. Vielmehr möchten wir den Blick auf die ideologischen Einstellungen der Bürger:innen in Sachsen richten und die Zusammenhänge zu Einstellungen gegenüber Politiker:innen und Geflüchteten untersuchen. Letztere stellen eine wichtige Grundlage für rechten Protest und für das Agieren von Rechtsextremisten in Sachsen dar, da dieses Agieren in einem gesellschaftlichen Klima, welches die Forderungen der Rechten teilt oder ihnen zumindest nicht widerspricht, anschlussfähiger und erfolgreicher ist. Dies drückt sich unter anderem dar-

in aus, dass Rechtsextremisten vermehrt nach Ostdeutschland, insbesondere nach Sachsen, ziehen (vgl. Ayyadi 2022).

Wir werden uns in unserer Analyse auf die Rolle zweier ideologischer Einstellungen konzentrieren, die für die Erklärung negativer Einstellungen gegenüber Fremdgruppen sowie rechtsextremer Einstellungen und Handlungen zentral und ausführlich erforscht sind: Autoritarismus (vgl. Adorno et al. 1950; Altemeyer 1981) und Soziale Dominanzorientierung (vgl. Sidanius/Pratto 1999).

3 Ideologische Einstellungen und ihre zugrundeliegenden Weltansichten

Autoritarismus und die Sicht der Welt als bedrohlichen Ort 1950 veröffentlichten Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford das wegweisende Buch »The Authoritarian Personality«, in dem sie ihre Analysen zum autoritären Charakter beschrieben, der die individuelle Grundlage für das Akzeptieren und Mittragen von Antisemitismus, Nationalismus und Faschismus darstellen sollte. Zur Erfassung der Ausprägung des Autoritarismus haben die Wissenschaftler:innen die F-Skala entwickelt, mit der neun Facetten der autoritären Persönlichkeit erfasst wurden, beispielsweise autoritäre Aggression, Konventionalismus, Aberglaube und Stereotype sowie Projektivität. Adorno et al. entwickelten ein psychoanalytisches Erklärungsmodell der autoritären Persönlichkeit. Wenn auch das inhaltliche Interesse an dem Konzept groß war, so wurde doch schnell aus der wissenschaftlichen Psychologie heraus die wenig reliable Skala kritisiert und damit die Validität des Konstrukts (vgl. Christie 1993). Die Forschung ging schnell dazu über, ähnliche, aber weniger psychoanalytische Konzepte in den Fokus zu nehmen, wie beispielsweise Rigidität (vgl. Rokeach 1948) oder Dogmatismus (vgl. Rokeach 1954), so dass der Autoritarismus in den Hintergrund geriet und gerade außerhalb Deutschlands nur noch wenig Beachtung fand. Dies ging einher mit einer Fokussierung der psychologischen Forschung auf kognitive Prozesse, in der psychoanalytische Ansätze nicht berücksichtigt wurden (vgl. Duckitt 2015). In Deutschland entwickelten auch zu dieser Zeit Forscher:innen wie Gerde Lederer (1995) oder Detlef Oesterreich (2000) das Konzept des Autoritarismus weiter.

Entscheidend für das wiedererstarkende Interesse am Autoritarismus als wichtiger Faktor für die Analyse von Vorurteilen, Diskriminierung und politischen Einstellungen sind die Arbeiten des kanadischen Sozialpsychologen Bob Altemeyer (1981). Altemeyer führte aufbauend auf der F-Skala eine große Zahl von Studien mit seinen Studierenden und deren Angehörigen durch und reduzierte die ursprünglich neun Facetten auf drei. Nach seinen Analysen sind es diese drei Facetten, die das Konzept des Autoritarismus, den er *Right-Wing Authoritarianism* (RWA) benennt, am besten und ausreichend beschreiben: *Autoritäre Aggression*, d.h. Aggression gegen Abweichler der Norm und gegen Personen und Gruppen, die die

Eigengruppe und ihren Zusammenhalt gefährden, *Autoritäre Unterwürfigkeit*, die Unterordnung des eigenen Denkens und Handelns unter (moralisch) legitimierte soziale Autoritäten und Institutionen, sowie *Konventionalismus*, die unkritische Übernahme sozialer Normen und moralischer Werte der Gesellschaft. Altemeyer (1998) entwickelte mit der RWA-Skala ein Messinstrument, das diese drei Subdimensionen erfasste und heute das am häufigsten eingesetzte Instrument (inklusive seiner Überarbeitungen) in der Autoritarismusforschung darstellt.

Personen mit steigender Autoritarismusneigung nehmen Bedrohungen ihrer Gruppe oder Kultur stärker und eher wahr als andere und reagieren stärker mit Vorurteilen und Abwertung. Experimentelle Studien zeigen, dass Bedrohung auch eine Ursache für stärkere Autoritarismusneigung sein kann (vgl. Asbrock/Fritsche 2013; Duckitt/Fisher 2003). Auch Archivstudien sprechen für ein stärkeres Ausmaß autoritärer Verhaltensweisen und Einstellungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen (vgl. Doty et al. 1991). Demgegenüber zeigt sich für einen Vergleich zweier großer deutscher Stichproben kein höheres Ausmaß an Autoritarismus während der Corona-Pandemie (2020) im Vergleich zu einer vorherigen Messung (2017), was auf weitere Moderatoren in diesem Zusammenhang von Krisenzuständen und autoritären Reaktionen hinweisen kann (vgl. Heller et al. 2022).

Nach Duckitt (2001) ist Autoritarismus ein Ausdruck der Motivation, Gruppenkohäsion und kollektive Sicherheit anzustreben. Diese Motivation beruht auf einer Sicht der Welt als bedrohlichen und gefährliche Ort (vgl. Dangerous World View; Perry et al. 2013; Sibley et al. 2007). Die Weltsicht basiert nach dem Dual Process Motivational Model (vgl. Duckitt 2001) auf der individuellen Persönlichkeit sowie Sozialisationsfaktoren und stellt ein Interpretationsschema für die soziale Umgebung dar – Menschen mit stärker ausgeprägter gefährlicher Weltsicht nehmen die Umgebung und soziale Ereignisse als bedrohlich wahr und sind so eher motiviert, sich und ihre Gruppe zu schützen. Daher führt eine gefährliche Weltsicht zu stärkerer Ausprägung von Autoritarismus (vgl. Sibley et al. 2007).

Soziale Dominanzorientierung und kompetitive Weltsicht Ein weiterer zentraler Prädiktor für negative Einstellungen gegenüber Fremdgruppen sowie für rechtsextreme Einstellungen, der häufig im Zusammenhang mit Autoritarismus genannt wird, ist die soziale Dominanzorientierung (SDO), die das Ausmaß angibt, in dem Personen hierarchische Intergruppenbeziehungen bevorzugen. Sie ist das zentrale Element der Social Dominance Theory (vgl. Sidanius/Pratto 1999), nach der Diskriminierung von Minderheiten auf einem komplexen gesellschaftlichen System von Unterdrückung und Hierarchieerhalt beruht. SDO wurde häufig herausgelöst aus der Social Dominance Theory als valider Prädiktor von Vorurteilen untersucht und die SDO Skala wird regelmäßig in der Forschung eingesetzt. Soziale Dominanzorientierung drückt nach Duckitt (2001) die Motivation für den Erhalt gruppenbasierter Dominanz und Hierarchien aus und geht auf eine Sicht der Welt als kompetitiven, dar-

winistischen Dschungel zurück, in der jeder gegen jeden kämpft und die Stärksten sich durchsetzen. Dieses Weltbild bietet ein Interpretationsschema, nach dem soziale Gruppen (z.B. Geschlechter, Altersgruppen, ethnische oder religiöse Gruppen usw.) um die besten Positionen in der gesellschaftlichen Hierarchie kämpfen. SDO drückt aus, wie sehr Menschen motiviert sind, sich in diesem Sinne zu verhalten und gruppenbasierte Hierarchien anzustreben. Eine Möglichkeit, solche Hierarchien einzurichten und aufrechtzuerhalten sind Abwertungen von Fremdgruppen, Vorurteile und Diskriminierung.

In deutschen und internationalen Studien konnte wiederholt gezeigt werden, dass Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung zu den stärksten individuellen Prädiktoren für generalisierte Vorurteile zählen und dabei über 50 % der Varianz aufklären (vgl. McFarland 2010; Sibley/Duckitt 2008; Zick et al. 2008). Es lassen sich aber auch Differenzierungen erkennen: SDO sagt vor allem Einstellungen gegenüber solchen Gruppen vorher, die als abweichend, schwach und statusniedrig wahrgenommen werden, während RWA vor allem ein Prädiktor von Vorurteilen gegenüber als gefährlich und bedrohlich wahrgenommenen Gruppen ist (vgl. Asbrock et al. 2010).

Von der autoritären Persönlichkeit zu einem differenzierteren Bild Autoritarismus wurde von Adorno et al. (1950) als Ursache für Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, für Antisemitismus und die Unterwürfigkeit gegenüber dem Faschismus und rechtsgerichteten Ideologien konzipiert. Auch Altemeyer (1981) verstand Right-Wing Authoritarianism eindeutig als Persönlichkeitskonstrukt, das rechtsgerichtete Einstellungen und Vorurteile erklären sollte. Empirisch zeigen sich, wie oben beschrieben, auch eindeutige Zusammenhänge zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und generalisierten Vorurteilen gegen marginalisierte Gruppen (vgl. z.B. McFarland 2010; Zick et al. 2008) und auch eine deutliche positive Korrelation mit rechten politischen Einstellungen (vgl. Manganelli Rattazzi et al. 2007). Es gibt aber stärker werdende Hinweise darauf, dass Autoritarismus nicht grundsätzlich ein Prädiktor für rechtsgerichtete Einstellungen sein muss: So konnten Roets und Kolleg:innen (2015) zeigen, dass Autoritarismus in einer belgischen Stichprobe negativ mit Einstellungen zu Multikulturalismus korrelierte, in einer Stichprobe in Singapur war dieser Zusammenhang aber positiv. Die Autor:innen führten dies darauf zurück, dass in Singapur Multikulturalismus stark durch die autoritäre Staatsregierung gefördert und unterstützt wird, so dass Personen mit steigenden Ausprägungen von Autoritarismus diese autoritären Vorgaben stärker unterstützten. In einer weiteren Studie konnten Bilewicz und Kolleg:innen (2015) zeigen, dass Autoritarismus positiv mit der Forderung nach Verboten von Hassrede korreliert – Autoritarismus drückt hier einen Willen zur Einhaltung der Gesetze aus. Soziale Dominanzorientierung korreliert in dieser Studie negativ mit der Forderung nach Verboten von Hassrede.

Diese Beispiele deuten an, dass der Zusammenhang von Autoritarismus und Vorurteilen etwas komplexer sein könnte. Eine genauere Betrachtung der Subdimensionen von Autoritarismus kann helfen, diese Komplexität zu durchdringen: Studien, die die Subdimensionen getrennt analysierten, konnten zeigen, dass autoritäre Aggression stärker als die anderen beiden Subdimensionen mit z.B. Vorurteilen, Punitivität und Diversitätseinstellungen, autoritäre Unterwürfigkeit stärker mit z.B. Einstellungen zur Integration und Verhalten gegenüber Autoritäten, und Konventionalismus stärker mit Religiosität, ethnokultureller Identifikation und Einstellungen zu Homosexualität korrelierten (vgl. Asbrock/Kauff 2015; Beierlein et al. 2014; Duckitt et al. 2010; Funke 2005). Nach Stenner (2005) stellt autoritäre Unterwürfigkeit den Kern von Autoritarismus dar. Demnach ist die Orientierung an sozialen und autoritären Normen das zentrale Merkmal von Autoritarismus (vgl. Stellmacher/Petzel 2005). Diese drückt sich häufig in rechten politischen Orientierungen aus (vgl. Jost et al. 2003), muss dies aber nicht notwendigerweise tun. So ist anzunehmen, dass Autoritarismus nicht notwendigerweise mit Präferenzen für rechte politische Parteien einhergeht, sondern mit Präferenzen für solche Parteien, die besonders deutlich soziale Normen und Konventionalismus verkörpern. Auch in aktuellen Betrachtungen rechtsextremer Einstellungen und Handlungen scheint eine Differenzierung der Subdimensionen angemessen: Die neue Rechte generiert sich derzeit als Protestbewegung gegen das Establishment, sammelt die Unzufriedenen und Verunsicherten hinter sich und versorgt diese mit einfachen, greifbaren Lösungen (vgl. Hogg/Adelman 2013). Die starke Ablehnung der Bundesregierung durch die rechten Bewegungen drückt eher geringere autoritäre Unterwürfigkeit aus. Autoritäre Aggression hingegen, die sich gegen Abweichler und Bedrohungen für die Gruppenkohäsion richtet, ist in den rechten Bewegungen schon anzunehmen.

4 Empirische Überprüfung der angenommenen Zusammenhänge

Wir haben unsere Annahme, dass Autoritarismus nicht linear mit der Präferenz für rechte Parteien zusammenhängt und die Differenzierung der Subdimensionen anhand der *Panelstudie zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen* (PaWaKS) getestet. In dieser Studie wurden insgesamt 5174 erwachsene Personen repräsentativ für Deutschland durch ein professionelles Umfrageinstitut (Ipsos GmbH) befragt. Für diesen Bericht werten wir die Angaben der 439 in Sachsen lebenden Personen aus. Die Befragten waren im Mittel 50 Jahre alt ($SD = 14.43$), identifizierten sich zu 52.62 % als weiblich und gaben in 10.71 % der Fälle einen Migrationshintergrund an. Die Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens je Haushaltgröße entsprach weitgehend dem sächsischen Zensus (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2021) und lag lediglich für Ein- und Zweipersonenhaushalte leicht

über dem sächsischen Durchschnitt. Über die Hälfte der Befragten (50.11 %) gaben einen hohen Bildungsabschluss (min. Fachabitur) an, weitere 46.7 % einen mittleren (Mittlere Reife oder abgeschlossene Lehre). Damit ist die Verteilung des Bildungsniveaus der vorliegenden Stichprobe als nicht repräsentativ für Sachsen anzusehen (vgl. Statistisches Bundesamt n.d.). Auf einer Skala von 1 (links) über 4 (Mitte) bis 7 (rechts) ordneten die meisten Personen (42.14 %) ihre politische Orientierung mittig ein, 28.47 % links der Mitte und 23.46 % rechts der Mitte. Details zur Studie, die über die Analysen in diesem Beitrag hinausgehen, sind bei Bolesta et al. (2022) dokumentiert.

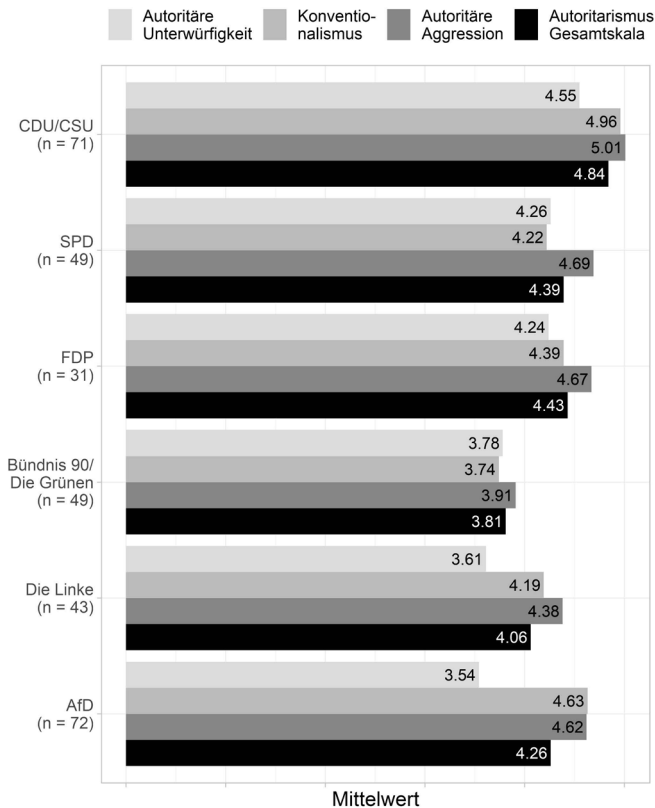
Messinstrumente Autoritarismus (RWA) wurde mit einem etablierten Messinstrument erfasst, das mit je drei Items die drei Subdimensionen differenziert (vgl. Beierlein u.a. 2014). Für die Gesamtskala wurde ein Mittelwert über alle neun Items (bspw. »Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind« oder »Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen«) gebildet. Soziale Dominanzorientierung (SDO) wurde mit einer aus acht Items bestehenden Skala von Ho und Kolleg:innen (2015) erfasst, über die hinweg ein Mittelwert gebildet wurde. Beispielaussagen sind »Manche Gruppen von Menschen sind anderen Gruppen einfach unterlegen« oder »Eine ideale Gesellschaft erfordert, dass einige Gruppen oben stehen und andere Gruppen unten«. Mit einer Skala von Duckitt und Kolleg:innen und insgesamt fünf Items (bspw. »Jeden Tag könnten Chaos und Anarchie um uns herum ausbrechen. Alle Zeichen sprechen dafür« oder »In unserer Gesellschaft gibt es viele gefährliche Menschen, die andere grundlos und aus reiner Bosheit angreifen«) wurde der Glauben an eine gefährliche Welt erfasst. Über alle Items hinweg wurde ein Mittelwert gebildet. Die Skala zur Erfassung der kompetitiven Weltsicht (vgl. Duckitt et al. 2002) umfasste vier Items (bspw. »Es ist viel wichtiger, im Leben ehrlich und rechtschaffen im Umgang mit anderen zu sein, als Geld und Macht anzureichern« (invers kodiert) oder »Manchmal ist es nötig, kaltblütig und skrupellos zu sein, um die eigenen Ziele zu erreichen«) über die ebenfalls ein Mittelwert gebildet wurde. Für jedes der vier genannten Konstrukte konnten die Teilnehmenden ihre Zustimmung auf Skalen von 1 (überhaupt nicht) bis 7 (voll und ganz) angeben.

Die Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Politiker:innen wurden jeweils mit einem sog. Gefühlsthermometer (0 = kalte oder negative Gefühle, 50 = neutrale Gefühle, 100 = warme oder positive Gefühle) erfasst. Höhere Werte bedeuten also positivere Einstellungen gegenüber der jeweiligen Zielgruppe.

5 Ergebnisse

Parteipräferenzen und Autoritarismus Die Aufschlüsselung nach Parteipräferenz in Abbildung 1 zeigt, dass nicht die Wähler:innen der AfD ($M = 4.26$, $SD = 1.02$), sondern die der CDU ($M = 4.84$, $SD = .97$, $t(332) = 3.21$, $p = .026^3$) die höchsten Ausprägungen in RWA als Gesamtskala haben.

Abbildung 1: Autoritäre Einstellungen (Gesamtskala und Subdimensionen) unter den Anhänger:innen politischer Parteien.



Anmerkungen:
Zugrundeliegende Antwortskala 1 (niedrige Ausprägung) bis 7 (hohe Ausprägung).

Eine Aufschlüsselung nach Subdimensionen differenziert dieses Bild weiter aus: Wähler:innen der CDU zeigten ebenfalls die höchsten Werte in autoritärer Unter-

3 Mittelwertsvergleiche wurden mittels Bonferroni-Korrektur für multiple Vergleiche angepasst.

würfigkeit ($M = 4.55$, $SD = 1.19$), verglichen sowohl mit Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen ($M = 3.78$, $SD = 1.19$, $t(332) = 3.328$, $p = .024$) als auch mit AfD Wähler:innen, welche die geringsten Werte aufwiesen ($M = 3.54$, $SD = 1.31$, $t(332) = 4.79$, $p < .001$). Die höchsten Konventionalismuswerte zeigten sich bei Wähler:innen von CDU ($M = 4.96$, $SD = 1.26$) und AfD ($M = 4.63$, $SD = 1.16$), zwischen denen sich kein signifikanter Unterschied abzeichnete, die jedoch beide höher lagen als die Konventionalismuswerte von Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen ($M = 3.74$, $SD = 1.50$; CDU: $t(332) = 5.03$, $p < .001$; AfD: $t(332) = 3.67$, $p = .006$) oder Die Linke ($M = 4.19$, $SD = 1.48$ CDU: $t(332) = 3.07$, $p = .048$; AfD: $t(332) = 1.76$, $p = 1$). Die niedrigsten Aggressionswerte verglichen mit Wähler:innen der CDU ($M = 5.01$, $SD = 1.27$) und AfD ($M = 4.62$, $SD = 1.44$) hatten Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen ($M = 3.91$, $SD = 1.46$, $t(332) = 4.00$, $p < .001$). Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass sich CDU und AfD Wähler:innen hinsichtlich ihrer autoritären Aggression und ihrem Konventionalismus, nicht jedoch in autoritärer Unterwürfigkeit ähneln. Der niedrige Gesamtwert in RWA unter AfD Wähler:innen scheint also in der geringen Bereitschaft, sich Autoritäten unterzuordnen, begründet zu sein.

6 Prädiktoren der Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Politiker:innen

Im Folgenden möchten wir die Rolle der Subdimensionen von RWA in Verbindung mit SDO für Einstellungen gegenüber den oben beschriebenen Zielgruppen rechter Proteste, Geflüchtete und Politiker:innen, analysieren. Dabei nutzen wir den theoretischen Rahmen des Dual Process Model (vgl. Duckitt 2001), nach dem RWA auf dem Glauben an eine gefährliche Welt basiert, SDO auf dem Weltbild eines kompetitiven Dschungels. Es soll untersucht werden, inwiefern basierend auf diesen Weltbildern jeweils RWA und SDO Einstellungen gegenüber Politiker:innen bzw. Geflüchteten vorhersagen. Wie bereits in Bezug auf die Wahlpräferenz ausgeführt, scheinen sich die Subdimensionen von RWA im ideologischen Spektrum unterschiedlich zueinander zu verhalten. Daher werden die drei Subdimensionen im Folgenden als einzelne Prädiktoren modelliert. Auch für diese Analysen nutzten wir die Daten der 439 sächsischen Befragten der PaWaKS-Studie.

Die Einstellungen gegenüber Geflüchteten waren deutlich positiver ausgeprägt ($M = 49.67$, $SD = 25.75$) als gegenüber Politiker:innen ($M = 34.16$, $SD = 24.25$, $t(872.85) = 9.19$, $p < .001$). Die beiden Einstellungen korrelierten jedoch positiv, das heißt, je positiver Geflüchtete bewertet wurden, desto positiver wurden auch Politiker:innen bewertet ($r = .45$, $p < .001$). Weiterhin ist festzustellen, dass positive Einstellungen gegenüber Geflüchteten mit eher niedrigen Werten in Autoritarismus insgesamt ($r = -.11$, $p < .001$), autoritärer Aggression ($r = -.18$, $p < .001$), autoritärem Konventionalismus ($r = -.14$, $p = .004$), Sozialer Dominanzorientierung ($r = -.27$, $p < .001$), dem

Glauben an eine gefährliche Welt ($r = -.41, p < .001$) und kompetitiver Weltsicht ($r = -.21, p < .001$) zusammenhingen. Positive Einstellungen gegenüber Politiker:innen wiederum korrelierten lediglich mit dem Gesamtscore Autoritarismus ($r = .12, p < .001$), autoritärer Unterwürfigkeit ($r = .31, p < .001$) und dem Glauben an eine gefährliche Welt ($r = -.47, p < .001$). Mittelwerte, Standardabweichungen sowie bivariate Korrelationen zwischen allen Skalenmittelwerten sind in Tabelle 1 abgebildet.

Ein Strukturgleichungsmodell zur Modellierung des Dual Process Models (siehe Abbildung 2) ergab eine akzeptable Passung des Modells zu den Daten ($\chi^2_{(324)} = 1285.863, p < .001, RMSEA = .082, SRMR = .105$).⁴ Es erklärte 32.5 % der Varianz in Einstellungen gegenüber Geflüchteten und 38.3 % der Varianz in Einstellungen gegenüber Politiker:innen. Weiterhin wurden 48.6 % der Varianz in Sozialer Dominanzorientierung, 2.5 % der Varianz in autoritärer Aggression, 13.6 % der Varianz in autoritärer Unterwürfigkeit, aber 0 % der Varianz in Konventionalismus erklärt. In der Abbildung sind alle signifikanten Zusammenhänge zwischen den latenten Variablen enthalten.

Entgegen der Annahmen des Dual Process Models sagte der Glauben an eine gefährliche Welt nicht nur Autoritarismus (in diesem Fall autoritäre Unterwürfigkeit, $b = -0.337, se = 0.100, Z = -3.36, p = .001$) vorher, sondern auch Soziale Dominanzorientierung ($b = 0.142, se = 0.053, Z = 2.7, p = .007$), während eine kompetitive Weltsicht, entsprechend der Annahmen des Dual Process Models, lediglich Soziale Dominanzorientierung vorhersagte ($b = 0.301, se = 0.089, Z = 3.375, p = .001$). Soziale Dominanzorientierung speist sich demnach aus einer eher hoch ausgeprägten kompetitiven Weltsicht *und* einem hohen Glauben an eine gefährliche Welt, wobei autoritäre Unterwürfigkeit eher mit einem geringen Glauben an eine gefährliche Welt einhergeht. Dieser letzte Punkt ist bemerkenswert und zeigt, wie wichtig die Differenzierung der Subdimensionen autoritärer Einstellungen ist: Während Bedrohung, wie wir oben darstellen, in der Regel mit einer stärkeren Ausprägung autoritärer Einstellungen verbunden ist, geht sie hier mit einer geringeren Ausprägung autoritärer Unterwürfigkeit einher – die Orientierung an autoritären Führungspersonen ist also stärker bei denen ausgeprägt, die die Welt *nicht* als einen gefährlichen Ort wahrnehmen.

4 Das Strukturgleichungsmodell wurde mit *lavaan* in R (vgl. Rosseel 2012) gerechnet und mittels Maximum Likelihood mit robusten Standardfehlern geschätzt.

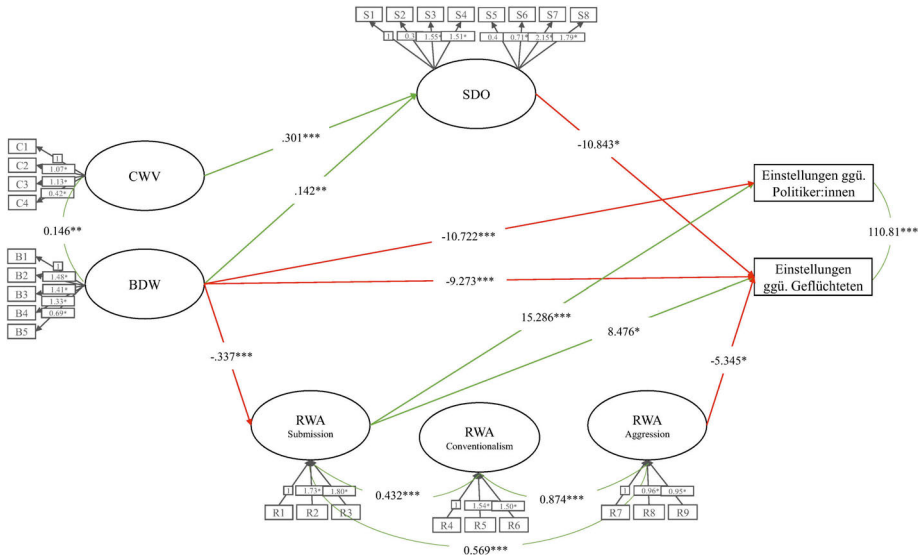
Tabelle 1: Mittelwerte, Standardabweichungen, und bivariate Korrelationen mit Konfidenzintervallen.

Variable	M	SD	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Einstellungen ggü. Geflüchteten	49.67	25.75								
2. Einstellungen ggü. Politiker:innen	34.16	24.25	.45*** [.37, .52]							
3. RWA (Gesamt)	4.29	1.10	-.11* [-.20, -.01]	.12** [.03, .21]						
4. RWA (Aggression)	4.53	1.39	-.18*** [-.27, -.09]	-.00 [-.10, .09]	.84*** [.81, .86]					
5. RWA (Kon- ventionalismus)	4.40	1.33	-.14** [-.23, -.04]	.01 [-.08, .10]	.84*** [.81, .87]	.58*** [.51, .64]				
6. RWA (Untervürftigkeit)	3.95	1.30	.06 [-.03, .15]	.31*** [.22, .39]	.79*** [.76, .83]	.48*** [.40, .54]	.51*** [.43, .57]			
7. SDO	3.37	0.84	-.27*** [-.36, -.18]	-.05 [-.15, .04]	.22*** [.13, .31]	.17*** [.07, .26]	.19*** [.09, .27]	.19*** [.10, .28]		

Variable	M	SD	1	2	3	4	5	6	7	8
8. Glauben an gefährliche Welt	4.25	1.12	-.41***	-.47***	.07	.18***	.11*	-.13**	.20***	
9. Kompetitive Weltsicht	2.56	1.10	[-.49, -.33]	[-.54, -.40]	[-.02, .16]	[.09, .27]	[.02, .20]	[-.22, -.04]	[.11, .29]	
			-.21***	-.00	-.01	-.03	-.01	.03	.44***	.11*
			[-.29, -.11]	[-.10, .09]	[-.10, .09]	[-.12, .07]	[-.10, .08]	[-.07, .12]	[.36, .51]	[.02, .21]

Anmerkung. M und SD stehen für den Mittelwert bzw. die Standardabweichung. Die Werte in eckigen Klammern geben das 95 %-Konfidenzintervall für jede Korrelation an. Das Konfidenzintervall ist ein plausibler Bereich von Populationskorrelationen, die die Stichprobenkorrelation verursacht haben könnten (vgl. Cumming 2014). * bezeichnet $p < .05$. ** bezeichnet $p < .01$. *** bezeichnet $p < .001$.

Abbildung 2: Zusammenhänge zwischen Weltsicht, ideologischen Einstellungen und Einstellungen gegenüber Politiker:innen und Geflüchteten.



CWV = Competitive World View (kompetitive Weltsicht), BDW = Belief in a Dangerous World (Glaube an eine gefährliche Welt). $N = 439$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

Die Ergebnisse zeigen, dass Einstellungen gegenüber Politiker:innen zwar durch Autoritarismus vorhergesagt wurden, aber nicht negativ: Es fanden sich keine Zusammenhänge zwischen autoritärer Aggression bzw. Konventionalismus und Einstellungen gegenüber Politiker:innen, aber ein positiver Zusammenhang zwischen autoritärer Unterwürfigkeit und den Einstellungen gegenüber Politiker:innen ($b = 15.286$, $se = 4.165$, $Z = 3.678$, $p < .001$). Diese Subdimension von Autoritarismus stellt daher offensichtlich einen Indikator für die Orientierung an den Mächtigen in der Gesellschaft und an den konventionellen Führungspersonen dar. Es ist *kein* Indikator für die Ablehnung und Anfeindung von Fremdgruppen. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass autoritäre Unterwürfigkeit auch Einstellungen gegenüber Geflüchteten positiv vorhersagt ($b = 8.476$, $se = 4.105$, $Z = 2.065$, $p = .039$). Autoritarismus ist aber trotzdem kein Merkmal, das ausschließlich positive Zusammenhänge zu Fremdgruppeneinstellungen zeigt: Wie auch schon in vorhergehenden Studien gezeigt (vgl. z. B. Asbrock/Kauff 2015), ist autoritäre Aggression ein Prädiktor für negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten ($b = -5.345$, $se = 2.336$, $Z = -2.288$, $p = .022$).

Besonders bemerkenswert ist aber der starke direkte Zusammenhang zwischen dem Glauben an eine gefährliche Welt und negativen Einstellungen gegenüber Poli-

tiker:innen ($b = -10.722$, $se = 2.523$, $Z = -4.249$, $p < .001$) sowie Geflüchteten ($b = -9.273$, $se = 2.977$, $Z = -3.115$, $p = .002$). Die Sicht auf die Welt als bedrohlicher Ort hängt direkt und ohne Vermittlung über Autoritarismus mit negativen Einstellungen gegenüber Fremdgruppen zusammen. Diese direkten Zusammenhänge zeigten sich auch in vorhergehenden Studien (vgl. Duckitt/Fisher 2003; Duckitt et al. 2002), allerdings nicht ohne einen zusätzlichen indirekten Effekt vermittelt über Autoritarismus.

Wie bereits oben beschrieben, ist der Zusammenhang zwischen dem Glauben an eine gefährliche Welt und Autoritarismus in der vorliegenden Stichprobe nicht so deutlich wie in vorhergehenden Studien, was an einer veränderten Sicht auf die Welt liegen kann: diese als bedrohlich und unberechenbar zu sehen, mag in Zeiten von Krieg in der Ukraine, Klimawandel und globaler Pandemie realistischer denn je sein. Dies drückt sich nicht in vermehrter Orientierung an Autoritäten aus, sondern in einer stärkeren Differenzierung von Eigen- und Fremdgruppe, sichtbar durch eine stärkere Bevorzugung von sozialen Hierarchien (SDO) und einer direkten Abwertung von Fremdgruppen. Dies bestätigen auch die aktuellen Ergebnisse von Heller und Kolleg:innen (2022), nach denen es keinen Anstieg autoritärer Einstellungen durch die Bedrohung durch die Covid-19 Pandemie gab.

Neben den direkten Zusammenhängen zwischen zwei Variablen ermöglicht unser methodisches Vorgehen auch die Analyse indirekter Zusammenhänge, d.h. von Effekten, die über eine Variable vermittelt (mediiert) wurden. Neben den direkten Effekten lassen sich auch indirekte Zusammenhänge von Glauben an eine gefährliche Welt über autoritäre Unterwürfigkeit mit Einstellungen gegenüber Politiker:innen ($b = -5.158$, 95 % CI = $[-8.881, -1.436]$) und Geflüchteten ($b = -2.86$, 95 % CI = $[-5.826, 0.105]$)⁵ nachweisen: Je stärker das Bild der Welt als bedrohlich, desto weniger stark die autoritäre Unterwürfigkeit, desto negativer die Einstellungen zu Geflüchteten und Politiker:innen. So spielt ein Mangel an autoritärer Unterwürfigkeit also auch eine vermittelnde Rolle für die Abwertung von »denen da oben und denen da unten«. Gleichzeitig ist der indirekte Effekt von kompetitiver Weltsicht über Soziale Dominanzorientierung auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten ($b = -3.268$, 95 % CI = $[-6.419, -0.117]$) zu beachten. Im Einklang mit früherer Forschung (vgl. Duckitt 2001; Satherley/Sibley 2016) zeigte sich, dass eine kompetitive Weltsicht zu einer vermehrten Bevorzugung sozialer Hierarchien (SDO) führt und die damit verbundene Abwertung von Geflüchteten diese Präferenz befriedigt.

5 Anzumerken ist, dass der indirekte Effekt von Glauben an eine gefährliche Welt über autoritäre Unterwürfigkeit auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten durch die Verwendung robusten Standardfehler nur marginal signifikant wurde.

7 Fazit

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung war die Analyse der ideologischen Basis rechter Einstellungen in Sachsen. Anhand einer quantitativen Onlinebefragung wurde die Rolle von Autoritarismus (RWA) und Sozialer Dominanzorientierung (SDO) in Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Politiker:innen untersucht. Entgegen der Annahmen des Dual Process Models waren nicht die ideologischen Variablen (RWA, SDO) die stärksten Prädiktoren negativer Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Politiker:innen, sondern der grundsätzliche Glaube an eine gefährliche Welt. Indirekte Effekte von kompetitiver Weltsicht über SDO auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten sowie von dem Glauben an eine gefährliche Welt über autoritäre Unterwürfigkeit auf Einstellungen gegenüber Politiker:innen attestieren zwar weiterhin die Relevanz zugrundeliegender Überzeugungen auf ideologische Einstellungen, jedoch nicht in allen Fällen in erwarteter Weise.

Der Glaube an eine gefährliche Welt Bisherige Forschung konnte zeigen, dass wahrgenommene Bedrohungen Autoritarismus verstärken (vgl. Asbrock/Fritzsche 2013; Cohrs 2013; Duckitt/Fisher 2003; Feldman 2013) und dieser wiederum zu Abwertung von und Vorurteilen gegenüber bedrohlichen Fremdgruppen führen kann (vgl. Duckitt/Sibley 2017). In der vorliegenden Untersuchung wurde diese vermittelnde Rolle von Autoritarismus für die Einstellungen der neuen Rechten jedoch nicht bestätigt. Vielmehr ist die Abwertung sowohl von Geflüchteten als auch von Politiker:innen primär durch den Glauben an eine gefährliche Welt gekennzeichnet. Bei der Entstehung und Verbreitung von Vorurteilen und Abwertungen gegenüber vermeintlich bedrohlichen Fremdgruppen könnten Framingprozesse und die mediale Darstellung der Welt eine wesentliche Rolle zu spielen. Insbesondere bei Anhänger:innen der neuen Rechten scheint der Glaube an eine gefährliche Welt stark ausgeprägt zu sein und wird ggf. durch entsprechende Framingprozesse verstärkt. Eine Erklärung könnte sein, dass diese Gruppe alternative Informationsquellen nutzt, die eine andere Wahrnehmung der Welt vermitteln und den Glauben an eine gefährliche Welt verstärken. Dies könnte dazu führen, dass diese Gruppe stärker auf Vorurteile und Abwertungen zurückgreift, um ihre Weltanschauung zu verteidigen und zu legitimieren. Es ist wichtig anzumerken, dass die Abwertung von Geflüchteten auch deutlich mit sozialer Dominanzorientierung zusammenhing. Hier drückt die Abwertung das Bedürfnis zum Hierarchieerhalt innerhalb der Gesellschaft aus. Die Kombination von sozialer Dominanzorientierung und dem Glauben an eine gefährliche Welt kann zu einer besonders starken Ablehnung von Fremdgruppen führen, die als Bedrohung für die bestehende Hierarchie angesehen werden.

Die neue Rolle des Autoritarismus Im Strukturgleichungsmodell bestätigt sich die Notwendigkeit, zwischen den Autoritarismusfacetten zu differenzieren. Auf der ei-

nen Seite steht die autoritäre Aggression, also die Tendenz, Normabweichungen aggressiv zu bestrafen, welche in unserer Stichprobe mit der Abwertung Geflüchteter zusammenhing. Auf der anderen Seite steht die autoritäre Unterwürfigkeit, also die Bereitschaft sich Autoritäten unterzuordnen, die mit positiven Einstellungen gegenüber beiden Gruppen, also Politiker:innen und Geflüchteten, assoziiert war. Dies war umso mehr der Fall, je geringer der Glaube an eine gefährliche Welt ausgeprägt war. Anders formuliert bestimmt das Ausmaß des Glaubens an eine gefährliche Welt, inwiefern die aktuelle Regierung als legitim bzw. normgebend wahrgenommen wird und folglich auch das Ausmaß an Übereinstimmung mit diesen Normen und Werten.

Die neue Rechte in Sachsen agiert in einem gesellschaftlichen Klima, das die Abwertung von Fremdgruppen durch Bedrohungswahrnehmung, autoritäre Aggression und soziale Dominanzorientierung rechtfertigt. Diese Weltbilder und ideologischen Einstellungen hängen mit der Abwertung von Geflüchteten und Politiker:innen zusammen und bieten Anschluss für extremere politische Einstellungen. Die Orientierung an legitimen Autoritäten, die in unserer Stichprobe unter den CDU-Anhänger:innen am deutlichsten ausgeprägt ist, kann hier allerdings einen Ansatzpunkt für Interventionen bieten: Wenn die Autoritäten, z.B. Politiker:innen, für eine offene Gesellschaft eintreten, sollten diejenigen mit stärkerer autoritärer Unterwürfigkeit sich an diesen Werte orientieren (vgl. Roets et al. 2015) und sich eher für eine offene Gesellschaft engagieren.

Die unterschiedlichen Ausprägungen zwischen Wähler:innen der CDU und der AfD in autoritärer Unterwürfigkeit deuten auch einen wichtigen qualitativen Unterschied an: Während die hohe Ausprägung in autoritärer Unterwürfigkeit bei den CDU-Wähler:innen für eine klassisch-konservative Ideologie spricht (hoher Glaube an etablierte Autoritäten), zeigt sich durch niedrige Unterwürfigkeit, gepaart mit hoher autoritärer Aggression bei den AfD-Wähler:innen eher das Potenzial einer revolutionären Partei, die einen Sturz der etablierten Autoritäten anstrebt (vgl. Weiß 2017). Dieser Unterschied spricht gegen das von der neuen Rechte gerne selbst vermittelte Bild einer nur etwas konservativeren Strömung. Vielmehr unterstreicht er, welche Gefahr für die Demokratie von dieser Bewegung in Sachsen und darüber hinaus ausgeht.

Literatur

- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel; Sanford, Nevitt (1950): *The authoritarian personality*, New York: Harper.
- Altemeyer, Bob (1981): *Right-wing authoritarianism*, Winnipeg, Manitoba: The University of Manitoba Press.

- Altemeyer, Bob (1998): »The other ›authoritarian personality‹«, in: Mark P. Zanna (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, San Diego: Academic Press, S. 47–92.
- Asbrock, Frank; Fritsche, Immo (2013): »Authoritarian reactions to terrorist threat: Who is being threatened, the Me or the We?«, in: *International Journal of Psychology* 48(1), S. 35–49.
- Asbrock, Frank; Kauff, Mathias (2015): »Authoritarian Disbeliefs in Diversity«, in: *The Journal of Social Psychology* 155(6), S. 553–558.
- Asbrock, Frank; Sibley, Chris G.; Duckitt, John (2010): »Right-wing authoritarianism and social dominance orientation and the dimensions of generalized prejudice: A longitudinal test«, in: *European Journal of Personality* 24, S. 324–340.
- Ayyadi, Kira (2022): »Zusammenrücken in Mitteldeutschland«: Neonazistische Umzugshilfe von West nach Ost« *Belltower News* vom 15.03.2022, <https://www.belltower.news/zusammenruecken-in-mitteldeutschland-neonazistische-umzugshilfe-von-west-nach-ost-129021/>
- Becker, Julia C. (2020): »Ideology and the promotion of social change«, in: *Current Opinion in Behavioral Sciences* 34, S. 6–11.
- Beierlein, Constanze; Asbrock, Frank; Kauff, Mathias; Schmidt, Peter (2014): »Die Kurzskala Autoritarismus-3 (KSA-3): Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen«, *GESIS*, https://www.gesis.org/fileadmin/kurzskalen/working_papers/KSA3_WorkingPapers_2014-35.pdf
- Bennhold, Katrin (2018): »Chemnitz Protests Show New Strength of Germany’s Far Right« in: *The New York Times* vom 30.08.2018, <https://www.nytimes.com/2018/08/30/world/europe/germany-neo-nazi-protests-chemnitz.html>
- Bilewicz, Michal; Soral, Wiktor; Marchlewska, Marta; Winiewski, Mikolaj (2017): »When authoritarians confront prejudice. Differential effects of SDO and RWA on support for hate-speech prohibition«, in: *Political Psychology* 38(1), S. 87–99.
- Bolesta, Deliah; Azevedo, Flavio; Bender, Rowenia; Bielejewski, Aaron; Führer, Jennifer; Asbrock, Frank (2022): »Datenhandbuch Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS)«, Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V., <https://www.zkfs.de/pawaks>
- Brichzin, Jenni; Laux, Henning; Bohmann, Ulf (2022): *Risikodemokratie: Chemnitz zwischen rechtsradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt*, Bielefeld: transcript.
- Christie, Richard (1993): »Some experimental approaches to authoritarianism: A retrospective perspective on the Einstellung (rigidity?) paradigm«, in: William F. Stone; Gerda Lederer; Richard Christie (Hg.), *Strength and Weakness. The Authoritarian Personality Today*, New York: Springer, S. 71–123.

- Cohrs, J. Christopher (2013): »Threat and authoritarianism: Some theoretical and methodological comments«, in: *International Journal of Psychology* 48(1), S. 50–54.
- Der Spiegel (2022): »Bautzen in Sachsen: Schwerer Brand in geplanter Flüchtlingsunterkunft wenige Tage vor Eröffnung«, in: *Der Spiegel* vom 28. 10. 2022, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bautzen-in-sachsen-schwerer-brand-in-geplanter-fluechtlingsunterkunft-wenige-tage-vor-eroeffnung-a-8ed87547-5ba7-493a-94c5-7b008907f36a>
- Doty, Richard M.; Peterson, Bill E.; Winter, David G. (1991): »Threat and authoritarianism in the United States, 1978–1987«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 61(4), S. 629–640.
- Duckitt, John (2001): »A dual-process cognitive-motivational theory of ideology and prejudice«, in: Mark P. Zanna (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, San Diego: Academic Press, S. 41–113.
- Duckitt, John (2015): »Authoritarian Personality«, in: James D. Wright (Hg.), *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences 2*: Elsevier, S. 255–261.
- Duckitt, John; Bizumic, Boris; Krauss, Stephen W.; Heled, Edna (2010): »A tripartite approach to right-wing authoritarianism: The authoritarianism-conservatism-traditionalism model«, in: *Political Psychology* 31(5), S. 685–715.
- Duckitt, John; Fisher, Kirstin (2003): »The Impact of Social Threat on Worldview and Ideological Attitudes«, in: *Political Psychology* 24(1), S. 199–222.
- Duckitt, John; Sibley, Chris G. (2017): »The dual process motivational model of ideology and prejudice«, in: Sibley, Chris G.; Barlow, Fiona K. (Hg.), *Cambridge handbook on the psychology of prejudice*, New York: Cambridge University Press, S. 188–221.
- Duckitt, John; Wagner, Claire; du Plessis, Ilouize; Birum, Ingrid (2002): »The psychological bases of ideology and prejudice: testing a dual process model«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 83, S. 75–93.
- Feldman, Stanley (2013): »Comments on: Authoritarianism in social context: The role of threat«, in: *International Journal of Psychology* 48(1), S. 55–59.
- Funke, Friedrich (2005): »The Dimensionality of Right-Wing Authoritarianism: Lessons from the Dilemma between Theory and Measurement«, in: *Political Psychology* 26(2), S. 195–218.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2022): »Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2021«, Köln: GESIS, <https://doi.org/10.4232/1.14002>
- Górska, Paulina; Stefaniak, Anna; Marchlewska, Marta; Matera, Joanna; Kocyba, Piotr; Łukianow, Małgorzata; Malinowska, Katarzyna; Lipowska, Katarzyna (2022): »Refugees unwelcome: Narcissistic and secure national commitment differentially predict collective action against immigrants and refugees«, in: *International Journal of Intercultural Relations* 86, S. 258–271.

- Heller, Ayline; Decker, Oliver; Clemens, Vera; Fegert, Jörg M.; Heiner, Scarlett; Brähler, Elmar; Schmidt, Peter (2022): »Changes in authoritarianism before and during the COVID-19 pandemic: Comparisons of latent means across East and West Germany, gender, age, and education«, in: *Frontiers in Psychology* 13, <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2022.941466>
- Ho, Arnold K.; Sidanius, Jim; Kteily, Nour; Sheehy-Skeffington, Jennifer; Pratto, Felicia; Henkel, Kristin E.; Foels, Rob; Stewart, Andrew L. (2015): »The nature of social dominance orientation: Theorizing and measuring preferences for intergroup inequality using the new SDO₇ scale«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 109(6), S. 1003–1028.
- Hogg, Michael A.; Adelman, Janice (2013): »Uncertainty-Identity Theory: Extreme Groups, Radical Behavior, and Authoritarian Leadership: Uncertainty-Identity Theory«, in: *Journal of Social Issues* 69(3), S. 436–454.
- Jost, John T.; Glaser, Jack; Kruglanski, Arie W.; Sulloway, Frank, J. (2003): »Political conservatism as motivated social cognition«, in: *Psychological Bulletin* 129(3), S. 339–375.
- Lederer, Gerda (1995): »Die »Autoritäre Persönlichkeit«: Geschichte einer Theorie«, in: Gerda Lederer; Peter Schmidt (Hg.), *Autoritarismus und Gesellschaft*, Opladen: Leske & Budrich, S. 25–51.
- Manganelli Rattazzi, Anna Maria; Bobbio, Andrea; Canova, Luigina (2007): »A short version of the Right-Wing Authoritarianism (RWA) Scale«, in: *Personality and Individual Differences* 43, S. 1223–1234.
- McFarland, Sam (2010): »Authoritarianism, social dominance, and other roots of generalized prejudice«, in: *Political Psychology* 31(3), S. 453–477.
- Oesterreich, Detlef (2000): »Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse«, in: Susanne Rippl; Christian Seipel; Angela Kindervater (Hg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansatzpunkte der aktuellen Autoritarismusforschung*, Opladen: Leske & Budrich, S. 69–90.
- Panreck, Isabelle-Christine (2021): »Corona-Proteste in Sachsen«, in: Kailitz, Steffen (Hg.), *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*, Dresden: Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, S. 109–118.
- Perry, Ryan; Sibley, Chris G.; Duckitt, John (2013): »Dangerous and competitive worldviews: A meta-analysis of their associations with Social Dominance Orientation and Right-Wing Authoritarianism«, in: *Journal of Research in Personality* 47(1), S. 116–127.
- Roets, Arne; Au, Evelyn W. M.; an Hiel, Alain (2015): »Can Authoritarianism Lead to Greater Liking of Out-Groups? The Intriguing Case of Singapore«, in: *Psychological Science* 26(12), S. 1972–1974.
- Rokeach, Milton (1948): »Generalized mental rigidity as a factor in ethnocentrism«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 43, S. 259–278.

- Rokeach, Milton (1954): »The nature and meaning of dogmatism«, in: *Psychological Review* 61(3), S. 194–204.
- Rosseel, Yves (2012): »lavaan: An R package for structural equation modeling«, in: *Journal of Statistical Software* 48(2), S. 1–36.
- Sächsische Staatsregierung 2022: »Sachsen-Monitor 2021/22«, <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2021-22-8310.html>
- Satherley, Nicole; Sibley, Chris G. (2016): »A Dual Process Model of attitudes toward immigration: Predicting intergroup and international relations with China«, in: *International Journal of Intercultural Relations* 53, S. 72–82.
- Sibley, Chris G.; Duckitt, John (2008) »Personality and Prejudice: A Meta-Analysis and Theoretical Review«, in: *Personality and Social Psychology Review* 12(3), S. 248–279.
- Sibley, Chris G.; Wilson, Marc S.; Duckitt, John (2007): »Effects of Dangerous and Competitive Worldviews on Right-Wing Authoritarianism and Social Dominance Orientation over a Five-Month Period«, in: *Political Psychology* 28(3), S. 357–371.
- Sidanius, Jim; Pratto, Felicia (1999): *Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Statistisches Bundesamt (n.d.): »Zensus Datenbank«, <https://ergebnisse2011.zensus2022.de/datenbank/online>
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2021): »Statistisch betrachtet: Private Haushalte in Sachsen«, <https://www.statistik.sachsen.de/html/statistisch-betrachtet-private-haushalte.html>
- Stellmacher, Jost; Petzel, Thomas (2005): »Authoritarianism as a Group Phenomenon«, in: *Political Psychology* 26(2), S. 245–274.
- Stenner, Karen (2005): *The authoritarian dynamic*, New York: Cambridge University Press.
- Stephan, Walter S.; Ybarra, Oscar; Rios, Kimberly (2015): »Intergroup threat theory«, in: Todd D. Nelson (Hg.), *Handbook of prejudice, stereotyping, and discrimination*, Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates, S. 255–278.
- Thomas, Emma F.; Osborne, Danny (2022): »Protesting for stability or change? Definitional and conceptual issues in the study of reactionary, conservative, and progressive collective actions«, in: *European Journal of Social Psychology* 52(7), S. 985–993.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Zeit online (2018): »Demonstrationen: Verletzte bei rechten Protesten in Chemnitz«, *Die Zeit*, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/gegendemonstration-chemnitz-sachsen-die-linke-rechte-gewalt>
- Zick, Andreas; Wolf, Carina; Küpper, Beate; Davidov, Eldad; Schmidt, Peter; Heitmeyer, Wilhelm (2008): »The Syndrome of Group-Focused Enmity: The Interre-

lation of Prejudices Tested with Multiple Cross-Sectional and Panel Data«, in: *Journal of Social Issues* 64(2), S. 363–383.

Zomeran, Martijn van; Postmes, Tom; Spears, Russell (2008): »Toward an integrative social identity model of collective action: A quantitative research synthesis of three socio-psychological perspectives«, in: *Psychological Bulletin* 134(4), S. 504–535.

Anastasia als Brückenspektrum zwischen extremer Rechter und alternativen Milieus

Manuela Beyer

1 Einleitung

Seit Beginn der Corona-Proteste und der Formierung der »Querdenken«-Bewegung wird sowohl wissenschaftlich als auch medial verstärkt über die Verbindung zwischen (neu-)rechten Akteur:innen und esoterischen oder anderweitig »alternativen« Szenen debattiert (vgl. u.a. Amlinger/Nachtwey 2022; Beiträge in Brähler et al. 2020; Pöhlmann 2021a). Dies scheint der Grund dafür zu sein, dass eine Gruppierung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist, welche Esoterik, Ökologie und rechte Ideologie verknüpft: die Anastasia- bzw. Familienlandsitzbewegung. Obgleich die deutsche Anastasia-Szene¹ zahlenmäßig eher marginal ist, ist das mediale Interesse daran immens. 3,6 Millionen Aufrufe verzeichnete ein kurzes Video von Spiegel TV zu Anastasia auf Youtube innerhalb eines Jahres, knapp 370 000 Aufrufe ein Video einer Anastasia-Doku vom MDR nach vier Monaten (Stand: 3/23). Die Familienlandsitzbewegung, eine kleine Splittergruppe, ist in aller Munde, weil sie exemplarisch für die diskursive Allianz zwischen Esoterik und Rechtsextremismus steht, deren Genese, Weiterentwicklung und politisches Gefahrenpotenzial derzeit umfassend diskutiert wird (vgl. u.a. Pöhlmann 2021b; Speit 2021; Lochau 2022; Schenderlein 2020; Schießler et al. 2020).

Die bisherigen Arbeiten zum Thema konzentrieren sich mehrheitlich darauf, die ideologische Verortung der Bewegung bzw. der zugrunde liegenden Anastasia-Buchreihe im rechten Spektrum aufzuzeigen und die personellen Verflechtungen von Anastasianer:innen mit Protagonist:innen der Neuen Rechten darzulegen (vgl. Lochau 2022; Rosga 2018; Pöhlmann 2021; Arbeitskreis Anastasia 2021). Diese Arbeiten sind insofern grundlegend, als Familienlandsitzbewegte, ähnlich wie auch andere Strömungen der Neuen Rechten, eine Zuschreibung des Labels »rechts« ab-

1 Ich verwende den Begriff der »Szene« und »Bewegung« im Folgenden synonym, obgleich Szene der treffende Begriff wäre. Protagonist:innen der Szene selbst lehnen den Begriff »Bewegung« tendenziell ab.

lehnen bis hin zur Reklamation, dass sie gänzlich »unpolitisch« seien.² Abgesehen von der Rekonstruktion der ideologischen Bezüge der Anastasia-Romane und der Vernetzung bzw. Überschneidung von Anastasianer:innen und rechter Szene ist von wissenschaftlicher Seite bislang nur wenig bekannt.

Der vorliegende Beitrag setzt an dieser empirischen Forschungslücke an und will zu einer empirisch fundierten Beschreibung der Anastasia-Szene beitragen, indem er ihre Deutungs- und Argumentationsmuster im Verhältnis zur Neuen Rechten sowie zu Diskursen aus Ökologie und Esoterik genauer beleuchtet. Empirische Basis des Beitrags sind Anastasia-Romane, drei Sekundärinterviews³ mit insgesamt fünf Protagonist:innen der Anastasia-Szene aus dem Jahr 2017, ein Interview mit einer Person mit Kontakt in die Anastasia-Szene, schriftliche Dokumente von Anastasia-Gruppierungen und Einzelpersonen sowie mediale Beiträge, die Protagonist:innen zu Wort kommen lassen. Die Ergebnisse meiner rekonstruktiven Analyse (angelehnt an Charmaz 2006) legen nahe, die Anastasia-Szene – derzeit – als eine politisch heterogene Szene zu begreifen, deren Spektrum von rechtsextremen Protagonist:innen bis hin zu eher gemäßigten bzw. »unpolitischen« reicht. Dieses Ergebnis impliziert jedoch keineswegs, dass die Anastasia-Szene bzw. Teile von ihr als politisch harmlos betrachtet werden können – im Gegenteil. Meine zentrale These lautet, dass die Familienlandsitzbewegung als ein Brückenspektrum zwischen neu-rechten und unterschiedlichen alternativen Milieus zu begreifen ist, wozu auch die politisch gemäßigten Teile einen essenziellen Beitrag leisten.

Im Folgenden skizziere ich zunächst kurz den Entstehungshintergrund und die Entwicklung der Anastasia-Szene in Deutschland, mit einem Fokus auf Sachsen. Anschließend zeige ich anhand empirischen Materials das politische Spektrum der Akteur:innen auf. Darauf aufbauend diskutiere ich, wie 1) Konstruktionen des Unpolitischen, 2) die Einforderung von Toleranz und 3) ein emotionales Regime des Positiven in der Anastasia-Szene dazu beitragen, diskursiv und personell an alternative, ökologische und spirituelle Szenen und Projekte auf dem Land anzuknüpfen, die bislang wenig bis keine Berührungspunkte mit der extremen Rechten hatten.⁴ Abschließend argumentiere ich, dass die Anastasia-Szene als Brückenspektrum dazu beiträgt, zunehmend rechte Deutungshoheit in zuvor politisch eher heterogenen, gemäßigten oder gar linken Milieus und Szenen durchzusetzen.

2 Vgl. Slogan der Identitären Bewegung: »Nicht links, nicht rechts, nur identitär.«

3 An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei Anna Rosga, die mir anonymisierte Interviews für die Sekundäranalyse zur Verfügung gestellt hat.

4 Ich gehe nicht von einer prinzipiellen Affinität von Ökologie und Esoterik zu rechten Denkstrukturen aus, anders als viele deutschsprachige Publikationen jüngerer Datums nahelegen (vgl. u.a. Speit 2021, Pöhlmann 2021).

2 Entstehungshintergrund und Entwicklung der Anastasia-Szene

Der Name »Anastasia« ist der Protagonistin einer Romanreihe des russischen Autors Wladimir Megre entlehnt. Die Romane wurden bei Silberschnur und Govinda verlegt; beides Verlage, die auf die Themenbereiche Esoterik und Mystik spezialisiert sind, jedoch abgesehen von Anastasia keinen Bezug zu bekannten rechten Autor:innen haben (für eine Übersicht über Verlage für »braune Esoterik« siehe Strube 2012). Die Bücher beschreiben Begegnungen des Ich-Erzählers Megre in der russischen Taiga mit der jungen Frau Anastasia, die über übernatürliche Fähigkeiten und das uralte Wissen des sogenannten Volkes der »Wedrussen« verfüge. Zwischen narrativen Elementen werden spirituelle und parawissenschaftliche Lebensweisheiten von Anastasia gestreut, die als eine Art allwissende und beinahe allmächtige Erlöserin gezeichnet wird, die die Menschheit vom Dunkel ins Licht führen könne. Die Bücher propagieren zur Lösung aller Probleme der Welt die Gründung von sogenannten Familienlandsitzen von je einem Hektar Land, der durch eine Familie selbstversorgend bewirtschaftet wird. Der Begriff der Familienlandsitze ist im Zentrum der Szene verankert und wird von ihren Protagonist:innen in Außendarstellungen lieber genutzt als der Begriff »Anastasia«, dessen Assoziation mit der rechten Szene mittlerweile recht bekannt ist.⁵

Aktuelle wissenschaftliche Arbeiten haben anhand von Ausschnitten aus den Büchern u.a. deren antisemitische, völkisch-ethnopluralistische und sexistische Bezüge hinreichend belegt (vgl. v.a. Lochau 2022; Schenderlein 2020). Unter anderem wird Juden und Jüdinnen selbst die Schuld für den Holocaust zugeschrieben (vgl. u.a. Megre 2003b: 172, Megre 2004: 117) und das imaginierte »wedrussische Volk« kontinuierlich als anderen »Völkern« überlegen überhöht (vgl. Schenderlein 2020: 15). Demokratie wird als von dunklen Mächten ferngesteuertes Sklaventum gezeichnet (vgl. u.a. Megre 2018). Das folgende Sinnbild träfe auch auf die gegenwärtigen Gesellschaften zu:

Nachdem die Hohepriester sich die Worte Kraties durch den Kopf hatten gehen lassen, meinte der Älteste von ihnen: ›Du bist ein Dämon, Kratie. Die von dir beabsichtigte Dämonie wird viele Völker beherrschen.‹ ›Wenn ich ein Dämon bin, dann sollen in Zukunft die Menschen meine Idee Demokratie nennen.‹ (Megre 2018: 67)

5 Ebenso beziehen sich Akteur:innen der Szene in den letzten Jahren offiziell lieber auf Ralf Otterpohls (2017) Konzept des »Neuen Dorfs« als auf die Anastasia-Buchreihe. Der Wissenschaftler Otterpohl ist nach Angaben einer Interviewperson Teil der Anastasia-Szene, aber sein Buch hat bislang deutlich weniger negative Publicity erhalten als die Romane Megres.

Für eine detaillierte Diskussion über die verschwörungstheoretischen und rechts-ideologischen Grundlagen der Anastasia-Romane sei auf Lochau (2022) und Schenderlein (2020) verwiesen. Ich möchte das Augenmerk auf ein inhaltliches Element der Bücher legen, welches bislang in der wissenschaftlichen Literatur vernachlässigt wurde, das jedoch essenziell ist, um die Szene zu verstehen: der Eklektizismus, der die Bücher vielseitig deutbar und in unterschiedlichsten Milieus anschlussfähig macht. In manchen wissenschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Publikationen hat es den Anschein, als würden Megres Bücher ein kohärentes ideologisches Gebilde darstellen. Das ist jedoch nicht der Fall, auch wenn es an verschiedensten Stellen inhaltliche Überschneidungen mit Argumentationsweisen der Neuen Rechten gibt. Die Bücher bieten keine stringente politisch-ideologische Argumentation, sondern eine bunt zusammengewürfelte Melange aus narrativ-fiktionalen, historischen, ideologischen, politisch-philosophischen, spirituellen, pädagogischen und gartenpraktischen Elementen. Sowohl die immense Spannweite an inhaltlichen Themen als auch die Anordnung der inhaltlichen Elemente lässt, abgesehen vom durchgängigen Narrativ der Erlösung, das die Protagonistin Anastasia verkörpert, keinen roten Faden erkennen. Die einzelnen narrativen Strukturen mit ihren diskursiven Bezügen (re-)produzieren oftmals rechte Denkfiguren, sind aber teilweise an unverfängliche oder gar gegenläufige Sinnelemente von Liebe, Frieden und Harmonie gekoppelt, sodass sie an vielen Stellen nicht leicht als »rassistisch«, »sexistisch«, »antisemitisch« usw. zu entschlüsseln sind.

Beispielsweise lassen sich in den Anastasia-Romanen an verschiedensten Stellen stark misogynie Elemente identifizieren – die aber derart narrativ eingebettet werden, dass der frauenverachtende Grundton für manche Lesende mitunter nicht sofort zu erkennen ist: Gleich zu Beginn des ersten Bandes, als der Ich-Erzähler Megre und Anastasia aufeinandertreffen, versucht er sie zu vergewaltigen, was er selbst als eine normalisierte Praxis des »den Hof machen[s]« beschreibt (Megre 2003a: 37). Der Vergewaltigungsversuch gelingt jedoch nicht, denn der Ich-Erzähler wird plötzlich ohnmächtig. Anastasia erklärt ihm später, dass dies geschehen sei, weil »die Harmonie sein Verhalten nicht gebilligt« (ebd.) hätte. Fans der Buchreihe verweisen auf das Misslingen der Vergewaltigung, um zu betonen, dass Anastasia-Romane keineswegs misogyn seien – schließlich würde sexuelle Gewalt offenkundig als falsch abgelehnt. Doch im weiteren Textverlauf entsteht ein anderer Eindruck. Der Ich-Erzähler macht Anastasia und ihre spärliche Bekleidung für seinen sexuellen Übergriff verantwortlich und erklärt, »Ihr Frauen unternimmt einfach alles, um Männer zu verführen. [...] In Wahrheit wollt ihr alle nur eins.« (Ebd.). Dieses Argument wird von Anastasia unterstützt, die antwortet:

Bitte vergib mir, Wladimir, natürlich hast du Recht. Jede Frau möchte die Aufmerksamkeit der Männer erregen, wenn auch nicht nur auf ihre Beine und ihren Busen.

Sie möchte halt nur nicht, dass der Mann ihrer Träume, der auch ihre anderen Werte zu schätzen weiß, achtlos vorbei läuft. (ebd.)

Auf einer einzigen Buchseite wird sexuelle Gewalt sowohl abgelehnt als auch legitimiert, indem die Opfer selbst responsabilisiert und abwertend stereotypisiert werden. Die in literarischen Texten inhärente Vieldeutigkeit wird durch die Häufung solcher Widersprüche und das Nebeneinander von konkurrierenden Sinnelementen in den Anastasia-Romanen potenziert.

Dass die Romane auch in Hinblick auf Geschlechterverhältnisse sehr unterschiedlich interpretiert werden, zeigt sich in den Interviews mit Protagonist:innen der Szene. Beispielsweise sagt eine Interviewperson aus der Anastasia-Szene:

Na ja, gibts dann die Konservativen, die Rechten [unter den Anastasianer:innen] sozusagen, die sagen dann »Ja, die Frau...« <lacht> Ich will jetzt hier nicht lästern. Aber die muss dann im langen Kleid, mit langen Haaren am besten geflochten und so. Egal, hab nix dagegen, aber die steht zuhause und hat sich um die Kinder zu kümmern und Haushalt, also das Klassische: Küche, Kinder, Herd und so. Und der Mann, der geht raus und macht und so. Aber diese Rolle, diese Rollenverteilung, das ist nicht mehr die Zukunft. Und das ist auch nicht das, was Anastasia gesagt hat. Wenn sie sagt, wir sollen von innen heraus leben, dann sind wir alle Menschen, und wir sind nicht Frauen und Männer, die die und die Rolle zu leben haben, sondern wir sind Menschen. Und auch ein Mann darf Kinder versorgen und auch eine Frau darf handwerklich tätig sein.

Die Interviewperson verweist auf die rechten Teile der Bewegung, die ein konservatives Geschlechterrollenbild einfordern. Diese finden dafür auch hinreichend Bezüge in den Büchern (s.o.; vgl. Lochau 2022). Gleichzeitig jedoch deutet die/der Interviewte selbst andere Elemente aus den Anastasia-Büchern als Argument für eine progressive Entwicklung von Geschlechterverhältnissen, in denen Subjekte zuvorderst »Menschen« sind, und nicht Männer oder Frauen. Offenkundig ermöglicht das eklektische Arrangement von Deutungsangeboten in den Anastasia-Romanen so unterschiedliche Auslegungen, dass derart widersprüchliche Interpretationen der Texte unter den Anhänger:innen nicht selten sind.

Die vielfältigen eklektischen Deutungsangebote in den Anastasia-Romanen sorgen dafür, dass sich Lesende aus unterschiedlichen Motiv- und Lebenslagen dafür interessieren. Handfeste Rechtsextremist:innen finden eine verschwörungstheoretische Erzählung voller antisemitischer, rassistischer, homophober und misogynen Elemente; Sinnsuchende erhalten Hinweise für spirituelle Erleuchtung und die Hinwendung zur Liebe; Öko-Aussteiger:innen eine scheinbar leicht zu kopierende Blaupause für ein einfaches, naturnahes Leben jenseits von Marktzwängen und der Hektik der (Post-)Moderne. Die Kombination dieser unterschiedlichen inhaltlichen

Elemente in den Romanen findet sich auch bei Akteur:innen der Szene, um die es im Folgenden geht.

Wie groß die Szene in Deutschland ist, lässt sich nur schätzen, denn nur einige größere Projekte sind bekannt. Pöhlmann (2021a: 208) vermutet derzeit ca. 20 Familienlandsitze in Deutschland. Ich gehe davon aus, dass die Zahl deutlich höher liegt, was allerdings auch kurzfristig bestehende Familienlandsitze einschließt. In Sachsen ist zumindest ein Projekt bekannt, in dem Anastasia-Anhänger:innen eine Immobilie erworben haben (Röpke 2023). Es ist zu vermuten, dass sich im ländlichen Raum in Sachsen weitere Familien aus der Szene niedergelassen haben. Die Szene in Deutschland wähnt sich seit einigen Jahren – nicht zu Unrecht – stark unter medialer Beobachtung, was laut Interviewaussagen auch dazu führte, dass Vernetzungstreffen nur noch in kleinerem Rahmen abgehalten würden (Int. 3). Andere Interviewpersonen aus der Szene, deren regionale Verortung nicht bekannt ist, berichten, dass sie die Gründung des eigenen Familienlandsitzes im Dorf »jetzt nicht an die große Glocke« (Int. 2) hängen und eher unauffällig bleiben wollen. Es liegt nahe, dass es unattraktiv für einzelne Familienlandsitze in Sachsen wäre, mit einer Homepage o.Ä. auf sich aufmerksam zu machen, wie es bei den größeren Siedlungsprojekten, u.a. in Sachsen-Anhalt, der Fall ist. Vereinzelte Akteur:innen in Sachsen sind aufgefallen, als sie beispielsweise im eigenen veganen Restaurant Anastasia-Bücher auslegten und Lesungen aus den Romanen veranstalteten. Eine andere der Szene zumindest nahestehende Person organisiert private Kinderbetreuung für Vorschulkinder und gehört zum Gründungskreis einer freien Schule in Sachsen.⁶

Im Raum Dresden scheint es mind. vier Anastasia Initiativen zu geben (Irmer in Vorb.). Dazu gehört auch ein sehr aktiver Anastasia-Verein, dessen Mitgliederzahl vor einigen Jahren mit 17 Familien angegeben wurde (vgl. Sächsische Zeitung 2018b) und der sachsenweit agiert und vernetzt ist. Mindestens ein Vereinsmitglied war bis 2016 bekennender Reichsbürger, der seinen Rücktritt damit erklärte, »dass er dem »sächsischen Volk« aus »anderer Position dienen« werde.« (Sächsische Zeitung 2018a). Der Name des Vereins »Lebensraum« vereint Assoziationen an Natur und Ökologie mit der völkisch-nationalsozialistischen Idee der Gewinnung von Lebensraum im Osten, ohne jedoch eindeutig zu werden. Der Lebensraum e.V. erregte im Jahr 2018 mediales Aufsehen: Er hatte beim mit 200 000 Euro dotierten Wettbewerb »Zukunftsstadt« der Stadt Dresden eine Projektidee eingereicht, über deren Vergabe die Bürger:innen der Stadt per Online-Votum abstimmten. Der Verein befand

6 Mit dem Bekanntwerden neurechter Schulgründungen in den letzten Jahren fällt schnell ein Verdacht auf *alle* freien Schulen, zum rechten Spektrum zu gehören. Dieser Eindruck entsteht bspw. bei Weers (2022). Dieser Gedanke wird allerdings der Vielzahl an freien demokratischen Schulen nicht gerecht, die sich aktiv für demokratische Werte einsetzen. Daher möchte ich an dieser Stelle die Heterogenität der freien Schullandschaft betonen.

sich unter den Top 3, als öffentlich thematisiert wurde, dass er zur Anastasia-Bewegung gehörte – und die Stadtverwaltung Überraschung äußerte (vgl. Sächsische Zeitung 2018a). Am Ende der Abstimmung verfehlte der Verein knapp das Preisgeld, kam aber mit über 500 Stimmen auf den vierten Platz. Wenn ein Anastasia-Verein in Sachsen so viele Stimmen mobilisieren kann, ist davon auszugehen, dass das Projekt äußerst anschlussfähig ist oder die Vereinsmitglieder sehr gut vernetzt sind. Warum die Vernetzung in unterschiedlichste andere Milieus so gut funktioniert, wird deutlich, wenn man die Deutungsmuster und Argumentationsstrategien der Akteur:innen genauer beleuchtet.

3 Anastasia-Bewegte und ihr Verhältnis zur Neuen Rechten: diskursive Bezüge

Die Anastasia-Szene ist heterogener, als man zunächst vermuten mag. Sie lässt sich daher auch nicht vollständig als Spielart der Neuen Rechten subsumieren. Schenderlein (2020: 16) hält fest, »dass unter den Anastasia-Leser:innen weiterhin Menschen sind, die lediglich nach einer ökologischen, alternativen Lebensweise suchen«. Doch wie sich zeigen wird, leistet das gesamte Spektrum der Szene rechten Denkmustern Vorschub – auch diejenigen Teile, die ursprünglich keine rechte Agenda verfolgen. Ein großer Teil der Familienlandsitzbewegung ist als politisch rechtsaußen einzuordnen, wobei empirisch nur schwerlich festzustellen ist, wie groß dieser Anteil innerhalb des Netzwerks tatsächlich ist. Diese Einordnung jedoch muss als wissenschaftliches Label von außen verstanden werden, da sich die meisten Akteur:innen nicht von sich heraus als rechts – oder überhaupt als politisch motiviert – bezeichnen. Im Gegenteil, durch die Bandbreite der Szene hinweg wird die Irrelevanz einer Verortung auf dem Links-Rechts-Spektrum betont, ähnlich wie bei der Identitären Bewegung oder anderen Gruppierungen der Neuen Rechten (vgl. u.a. Bruns & Strobl 2015: 207).

Anastasianer:innen argumentieren vielfach ethnopluralistisch, wie es typisch für die Neue Rechte ist (vgl. Weiß 2017). In einem eigens erstellten Promo-Video eines bekannten Familienlandsitzes mit dem bezeichnenden Titel »Herzkraft« heißt es beispielsweise: »Ich möchte sehr gern in meiner eigenen Kultur, Tradition, mit Brauchtum leben. Und dieses wünscht sich mir auch für andere Menschen, dass sie in ihrer Kultur leben können« (Weda Elysia 2020). Die Essentialisierung verschiedener »Kulturen«, die als differente, homogene Einheiten konstruiert werden, wird hier in eine sprachliche Form der scheinbaren Gewaltfreiheit gegossen. Die Video-Protagonistin äußert ein Bedürfnis und schließt scheinbar großzügig gute Wünsche für alle anderen an. Die Forderung nach Separierung, Aufrechterhaltung und Verschärfung rassifizierter Ungleichheiten erscheint dadurch im Gewand wohlmeinenden Respekts. Diese Art der Verpackung von Ethnopluralismus in die sprachli-

chen Codes der Alternativszene trägt dazu bei, die verschleierte Botschaft auch jenseits ideologisch gefestigter rechter Kreise erfolgreich zu platzieren.

In einem der Interviews argumentiert ein*e Anastasia-Protagonist*in auf eine Weise ethnopluralistisch, die das wohlmeinende Element in Teilen beibehält, dieses aber auch transzendiert:

Und unsere Bestrebungen, die auch damit zusammenhängen, ist eigentlich dass Anastasia, auch in den Büchern, was uns auch sehr aus dem Herzen spricht, diese Verbindung zu seinen Vorfahren, zu seinen Ahnen wieder zu pflegen. Und meine Vorfahren sind hier in dem Raum in dem ich geboren bin. Das sind meine Eltern, meine Großeltern. Was haben eine Lebensweise gehabt? Was kann ich von denen lernen? Wie ist das so entstanden hier? Und wenn man sich darum kümmert und diese, diese Ahnenbeziehung wieder aufleben lässt dann wird es sofort mit dem Begriff »nationalistisch« gegeben. Dass man fremde Kulturen außen vor lässt und das wird dann gleich wieder als rechts deklariert. Aber das gleiche, was wir eigentlich für uns hier wollen, dass wir UNSER Ahnenerbe pflegen in unserem deutschsprachigen Raum hier, das sollen alle Völker in den Räumen machen, wo SIE leben. Weil da haben sie auch ihre Stärke. Und wenn wir, wie heute, alles miteinander durchmischen, ja. Die Ehen, (.) also ich meine, die Menschen kommen massenhaft in unser Land rein. Das ist nicht nur dass die eine fremde Kultur rein bringen, die verlieren ihre WURZELN wenn die von ihrem eigenen Land weggehen. Und die werden es sehr schwer haben in dieser Umgebung neue Wurzeln zu finden. Wenn manche Menschen, es gibt viele Leute, die wandern irgendwo aus und sagen: »Das ist ein Land, das gefällt mir besser. Ich hab mich damit genau erkundigt, ich möchte die Sprache lernen, die Kultur lernen, ich möchte mich integrieren weil es mir einfach besser gefällt dort. Das fühlt sich für mich besser an.« DANN geht man aus so einer ganz natürlichen Geschichte. Aber was zur Zeit hier läuft, wie Millionenströme von Menschen durch die Welt geschoben werden, das ist eine Entwurzelung ganzer Völkerschaften, und zwar auf beiden Seiten. Und wenn man sowas heute sagt wird man als Rechter und als Nazi und so was beschimpft. Und das ist nicht in Ordnung. (.) Und das ist eigentlich ein Verrat an unserer göttliches Wesen.

In diesem Interviewausschnitt wird argumentiert, Migrant:innen brächten »eine fremde Kultur rein«, was sowohl für die aufnehmende »Kultur« als auch für die Migrierenden selbst ein Problem sei – vor allem wenn viele Menschen gleichzeitig migrierten. Dies hätte eine »Entwurzelung« zur Folge, die »auf beiden Seiten« verortet wird. Offenkundig wird suggeriert, Migration führe dazu, dass sowohl Migrant:innen als auch die aufnehmende Gesellschaft ihre Essenz, ihre Lebensgrundlage verlore. Migrant:innen werden so zu einer Bedrohung für das als homogen und im Boden verwurzelt imaginierte »Volk« stilisiert. Dieses ethnopluralistische Argument wird weiter rassistisch biologisiert: In Bezug auf Ehen von »Durchmischung« zu sprechen, weckt unangenehme Assoziationen an die Nürnberger Rassegesetze und

ihre Begrifflichkeiten von »Mischlingen« und »Mischehen«. An dieser Stelle wird das »Neue« an der Neuen Rechten brüchig und diskursive Bezüge zur »alten« Rechten werden deutlich. Trotz dieser Argumentationslinie, deren ideologische Wurzeln – um beim passenden Begriff zu bleiben – bis weit in den Rassismus der NS-Zeit reichen, möchte die Interviewperson nicht als »Rechter« oder »Nazi« verstanden werden. Diese Bezeichnungen werden gar als beleidigend empfunden.

Wie diese Interviewperson eine Fremdbeschreibung als rechts von sich weist, offenbart sowohl eine argumentative Verbindungslinie zur Neuen Rechten als auch gleichermaßen eine Besonderheit der Anastasia-Szene. Die Begriffe »Nazi« oder auch »rechts« haben eine derartige Umdeutung erfahren, dass viele Akteur:innen der Neuen Rechten von diesem Abstand nehmen (vgl. Salzborn 2020: 28) – wie auch die oben zitierte Interviewperson. Doch üblicherweise distanzieren sich Akteur:innen der Neuen Rechten von diesen Begriffen, um eine Form von politischer Mitte für sich reklamieren zu können. Man möchte die eigene Position als »normal« innerhalb eines gesellschaftlich akzeptierten politischen Spektrums rahmen, und keineswegs als »radikal« oder »extremistisch« erscheinen. Auch dies mag ein Aspekt der Argumentation der Interviewperson sein, trifft aber nicht ganz den Kern. Denn politische Einstellungen und Meinungen (v.a. in Hinblick auf Migration) werden – typisch für die Anastasia-Szene – überhaupt nicht als *politische* Einstellungen verstanden, sondern metaphysisch umgedeutet. Sie werden zu unhinterfragbaren, unüberprüfbaren Einsichten in das Wesen der Dinge, die unmöglich zu kritisierende ontologische »Fakten« darstellen. Darum gilt es als ein »Verrat« (s.o.) am göttlichen Wesen der Menschen, wenn man die Akteur:innen der Familienlandsitzszene als »rechts« bezeichnet. Die Argumentationsweise der Interviewperson entspringt weniger dem rational intendierten Wunsch, rechte Denkstrukturen durch Neurahmung zu normalisieren als vielmehr einem spirituellen Erlösungsglauben. Weil rechte Ideologie in den Romanen in Form einer esoterischen Heilslehre codiert vermittelt wird, kommt das Benennen und/oder Kritisieren der ideologischen Versatzstücke als »rechts« einem blasphemischen Akt gleich, das der kosmischen, ewigen Erkenntnis entgegensteht. Über Ansichten ließe sich diskutieren, über das göttliche Wesen der Dinge nicht. Auf diese Weise wird rechtes Gedankengut vollkommen gegen sachliche Kritik immunisiert.⁷

Obwohl die spirituelle Glaubenslehre von Anastasianer:innen rechte Denkstrukturen (re-)produziert und sakralisiert, finden sich in der Anastasia-Szene auch Akteur:innen, die nicht selbst auf rechte Argumentationslogiken zurückgreifen (vgl. auch Arbeitskreis Anastasia 2021: 48). Die Betroffenen haben u.a. Biografien, die lange links bzw. alternativ geprägt waren, kommen aus ökologisch bzw. permakulturell geprägten Projekten, sind schon länger auf einer spirituellen Sinnsuche oder

7 Ähnlichkeiten zur Verbreitung von Verschwörungstheorien fallen hier auf, die ebenfalls gegen sachliche Einwände »immun« sind (vgl. u.a. Pickel et al. 2020).

bewegen sich im Kreis sozialutopischer Gemeinschaftsprojekte. Es sind diese Teile der Szene, die primär ein naturnahes Aussteigerleben führen wollen – und sich dabei auf die Anastasia-Romane beziehen (vgl. Schenderlein 2020: 16). Nicht selten blenden sie dabei die rassistischen, sexistischen und antisemitischen Elemente aus. »Es geht um die grundsätzliche Idee«, wird einem Journalist:innenteam wiederholt gesagt, als es kritisch nachfragt (OYA 2017). Dass es diesen politisch mehr oder weniger harmlosen Teil der Szene gibt, steht nach Analyse des mir vorliegenden empirischen Materials zweifelsfrei fest. Jedoch birgt gerade dieser Teil ein erhebliches politisches Gefahrenpotenzial – denn er fungiert als Brücke zwischen einer Bandbreite an alternativen, ökologischen und esoterischen Milieus und der (extremen) Rechten. Der Begriff des Brückenspektrums bezieht sich ursprünglich auf »die Funktion bestimmter Gruppen für die Etablierung des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft« (Salzborn 2020: 25). Die Anastasia-Szene kann als eine Form von Brückenspektrum begriffen werden, allerdings weniger zur Mitte der Gesellschaft als vielmehr zu ihren unterschiedlichen Rändern und Subkulturen hin.

Daran anknüpfend stellt sich die Frage, auf welchen Pfeilern diese Brücke ruht. Wie stellt die Anastasia-Szene Verknüpfungen zwischen der extremen Rechten und ökologischen, esoterischen oder anderweitig alternativen Szenen her? Die naheliegende Antwort lautet: durch Umdeutung oder Besetzung von Begriffen des Naturschutzes und der Ökologie. In der Tat spielen Naturdiskurse und Öko-Netzwerke eine wichtige Rolle für die Vernetzung der Anastasia-Szene in alternativen Milieus. Die Rekonstruktion des empirischen Materials legt allerdings nahe, dass andere diskursive »Brückenpfeiler« mindestens ebenso relevant sind, wenn nicht sogar deutlich wichtiger. Ich zeige im Folgenden auf, wie 1) Konstruktionen des Unpolitischen, 2) die Aneignung und Ausweitung des Begriffes der Toleranz und 3) ein emotionales Regime des Positiven dazu beitragen, die Anastasia-Szene als ein Brückenspektrum zu etablieren, das rechte Positionen in alternativen Milieus legitimiert und verbreitet.

3.1 Konstruktionen des Unpolitischen

Anastasianer:innen rahmen das eigene Denken und Handeln als jenseits politischer Kategorien von rechts und links. Dieses Argumentationsmuster zieht sich quer durch die Szene von Akteur:innen der extremen Rechten bis hin zu den eher unpolitischen Öko-Aussteiger:innen. Wir haben weiter oben bereits gesehen, wie Versatzstücke rechter Ideologie umgedeutet werden in eine Form ontologischer Erkenntnis, die jenseits politischer Einstellungen liege. Darüber hinaus ist ein Diskurs verbreitet, der die Existenz und/oder Relevanz einer Differenzierung zwischen rechts und links grundsätzlich bezweifelt. Ein*e sächsische*r Anastasia-Akteur*in verteidigt sich nach Vorwürfen der Verbreitung völkischen Gedankenguts in einem offiziellen Statement beispielsweise folgendermaßen:

- Für mich waren die Linken immer die Guten. Und ich zählte mich mal dazu.
- Und was genau bedeutet rechts und links in diesen Zeiten der allgemeinen Verwirrung unserer Werte als Menschen?
- Egal, es gibt so viel zu tun, packen wir es an. Gemeinsam. Jetzt.

Durch die eigene Positionierung als ehemals Linke und die frühere Anerkennung ›linker Werte‹ (›die Guten‹) wird einerseits eine positive Beziehung zu linken Ideen hergestellt, die andererseits gleichermaßen als transzendiert wie obsolet gekennzeichnet wird: Zumindest implizit werden zuerst Gemeinsamkeiten mit Menschen suggeriert, die sich selbst dem linken Spektrum nahe wähen. Im nächsten Schritt wird jegliche Differenzierung zwischen rechts und links rhetorisch in Zweifel gezogen. Die Bedeutung von rechts und links sei heutzutage »egal«, man müsse nur gemeinsam anpacken. Auf diese Weise wird zum Schulterschluss zwischen unterschiedlichen politischen Lagern aufgerufen, die sich ohnehin nicht nennenswert unterscheiden würden. Diese Argumentation ist exemplarisch für die Anastasia-Szene. Laut Webseite eines Familienlandsitzes stünde man »weder für Rechte, Linke oder irgendeine andere Art von Schublade« (weda-elysia.de). Das Mantra der Transzendenz politischer und sozialer Kategorien sorgt für eine breite Anschlussfähigkeit – auch gerade, weil ein Teil der Szene nicht zur Rechten im engeren Sinne gehört.⁸ Besagter Teil der Szene wird gern als offenkundiger Beleg und Argument dafür genutzt, dass die Anastasianer:innen im Allgemeinen politisch harmlos seien. Dies öffnet Türen in Milieus, die der extremen Rechten zuvor verschlossen waren.

Beispielsweise waren Anastasianer:innen, die als politisch »harmlos« erscheinen, vermutlich Türöffner für Kontakte in das Global European Ecovillages Network – ein Zusammenschluss von Ökodörfern und sozialutopistischen Gemeinschaften. Deren deutscher Ableger expliziert auf seiner Webseite, dass darin Gemeinschaften »mit völkischer oder nationalistischer Gesinnung, die Menschen auf Grund ihrer Herkunft, Aussehen, Religion, Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität oder Orientierung benachteiligen« keinen Platz finden. Trotz dieser Grundsätze fand 2017 in einer der GEN-Gemeinschaften ein Anastasia-Festival statt. Dem waren intensive interne Auseinandersetzungen über die politische Verortung der Familienlandsitzbewegung vorausgegangen, wie eine ehemalige Bewohnerin der Gemeinschaft am Windberg der Autorin berichtete (vgl. Aussagen in Oya 2017). Offenkundig gelang es Protagonist:innen der Anastasia-Bewegung, die Bezeichnung »rechts« oder »völkisch« erfolgreich von sich zu weisen und so die Gelegenheit zur Ausrichtung eines solchen Festivals und zum Knüpfen von Kontakten zu erhalten.

8 Parallelen zur »Querdenken«-Bewegung fallen auf, die ebenfalls die Transzendenz politischer Lager für sich reklamiert, aber dadurch v.a. neue Gelegenheitsstrukturen für rechtsaußen Akteur:innen schafft.

Der in der ganzen Anastasia-Szene verbreitete Diskurs der Transzendenz politischer Kategorien wird vom rechten Spektrum durch verschwörungstheoretische Sinnelemente unterfüttert und zur Immunisierung gegen Kritik benutzt. Dies wurde u. a. in den Interviews mit Anastasianer:innen deutlich. Von der Interviewenden darauf angesprochen, dass nach Medienberichten in der Szene Leute seien, »die rechts sind«, argumentiert ein*e Protagonist:in: »Da bin ich der Meinung dass das eine totale Mache ist. Dieses rechts und links und (.) grün und was weiß ich. Das ist einfach (.) teile und herrsche.« Eine Differenzierung zwischen politischen Positionen gilt hier nicht nur als obsolet, sondern als etwas Aufoktroiertes, Unehliches. Stattdessen würde eine nicht näher spezifizierte Macht diese Kategorien verbreiten, um die Menschen künstlich gegeneinander aufzubringen.

Eine ähnlich verschwörungstheoretische Argumentation findet sich auf einer Webseite eines bekannten Familienlandsitzes: »Neid, Ego, Gier, Habsucht und Menschen ohne Gewissen profitieren, wenn Menschen sich teilen lassen in Links und Rechts – als Synonym für Gut und Böse. Wir haben dieses perfide Spiel durchschaut.« (weda-elysia.de). Auch an dieser Stelle sind es nicht die Subjekte selbst, die sich mit politischen Kategorien identifizieren, sondern sie »lassen« sich von einer anderen Macht »teilen«. Da auch gleich verwerfliche Profiteur:innen genannt werden, wird implizit nahegelegt, dass dieselben auch als »Drahtzieher im Hintergrund« fungieren und aktiv Menschen politische Kategorien zuweisen – und dadurch gezielt eine Spaltung bewirken. Diese Argumentationsfigur legitimiert extrem rechte Denkfiguren und Protagonist:innen, denn auch eine politische Positionierung am äußersten rechten Rand kann nicht mehr einfach als »böse«, also verwerflich oder falsch gelten. Jegliche Kritik an den personellen und inhaltlichen Überschneidungen der Familienlandsitzszene mit der extremen Rechten wird dadurch ausgehebelt. Wenn die Labels »links« und »rechts« nur erfunden wurden, um Menschen zu manipulieren, dann erscheint auch die Kritik an rechtem Gedankengut in der Anastasia-Szene als Teil dieser Verschwörung. Jeglicher demokratische Meinungsstreit wird zur Farce abgewertet, wenn behauptet wird, politische Differenzierungen und damit einhergehende Gruppierungen würden durch Manipulation erzeugt. Unter dem Deckmantel der Transzendenz politischer Kategorien werden so antidemokratische Ressentiments geschürt.

3.2 Toleranz als Trojanisches Pferd

Die Anastasia-Szene fungiert besonders gut als Brückenspektrum, weil zwar nicht die gesamte Szene rechtsextrem ist, aber alle eine Kultur der Toleranz rechten Gedankenguts pflegen – und auch von anderen einfordern. Der ursprünglich aus linken Diskursen stammende Begriff der Toleranz ist ein »Buzzword« der Szene. Er wird so weit ausgedehnt, dass jegliche Meinungsäußerung toleriert werden müsse – auch menschenverachtende. Dies zeigt sich beispielsweise in einem der Inter-

viewausschnitte mit eine*r Anastasia-Protagonist:in, welche*r auf die Frage nach dem Umgang mit Rechten in der Szene Folgendes antwortet:

Also, der Umgang sollte jedenfalls so sein, ich wünsche mir immer einen toleranten Umgang. Also mit dem einen speziellen, den ich da jetzt im Auge habe, komme ich menschlich inzwischen gut zurecht. Und ich kann ihn so lassen, wo er steht. Und er akzeptiert mich auch. Es gab mal Zeiten wo wir richtig aneinander geraten sind. [...] Und er kann mich jetzt auch so akzeptieren und tolerieren.

Offenkundig teilt die/der Befragte nicht die rechtsextremen Positionen, die andere aus der Anastasia-Szene äußern. Dennoch grenzt die Interviewperson sich nicht davon ab, sondern plädiert dafür, auch diese Ansichten zu tolerieren. Menschlicher Kontakt und wechselseitige Akzeptanz wird höher gewichtet als politische Einstellungen – auch jenseits des demokratischen Meinungsspektrums. Laut Karl Popper (1992: 332f) führt eine solche Art der allumfassenden Toleranz früher oder später »zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, [...], dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.« Einem Teil der Verfechter:innen der Toleranz innerhalb der Anastasia-Szene sind diese Gefahren eines grenzenlosen Toleranzbegriffs offensichtlich nicht bewusst. Für die rechtsextremen Anastasianer:innen jedoch ist das Einklagen von Toleranz eine sehr erfolgreiche Form von Mimikry, also einer terminologischen Anpassung, die gezielt Diskurse verändern und gleichzeitig die eigenen Ziele verschleiern soll (vgl. Salzborn 2020: 23).

Neben dem Begriff der Toleranz verwenden Anastasianer:innen weitere Sinn-elemente aus linken Diskursen sehr erfolgreich, um rechte Positionen gleichermaßen zu verschleiern wie zu legitimieren. Ein besonders bemerkenswertes Zeugnis von Mimikry bietet folgender Ausschnitt aus einem semi-offiziellen Statement einer Anastasia-Gruppierung:

Es ist oftmals Wut bis hin zu Hass bei Menschen spürbar, die andere mit jenen schwer belastenden Begriffen wie ›Verschwörungstheoretiker‹ oder gar ›Rechtsextremist‹ belegen. Manchmal auch eine unbewusste Angst vor eben jenen Menschen, die die Ordnung innerhalb des eigenen Weltbildes stören. [...] Das führt aus unserer Sicht zu sehr emotionalen Reaktionen, die sogar die eigenen Wertvorstellungen außer Acht lassen. Wo eigentlich aus gutem Grunde Toleranz gegenüber anderen (Sub-)Kulturen sowie eine weltoffene, differenziert betrachtende Haltung gelebt werden möchte, erfolgt dann doch eine pauschale Ausgrenzung ganzer Menschengruppen: eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, der man sich als Betroffener nicht entziehen kann (Quelle: privates Material von einer der Anastasia-Szene nahestehenden Person)

Dieser Text klagt nicht nur Toleranz für rechte Positionen und rechtsextreme Akteur:innen ein, er eignet sich dafür auch den aus der Rechtsextremismusforschung stammenden Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. u.a. Heitmeyer 2002; Melzer & Molthagen 2015 usw.) an. Dieser wird derart umgedeutet, dass nur mehr nicht rechte Einstellungen, sondern das Benennen derselben und die Kritik daran als Ausweis von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gilt. Hier wird eine geschickte Täter-Opfer-Umkehr betrieben, bei der Rechte sich als »Betroffene« von »Ausgrenzung« (s.o.) inszenieren. Die verwendeten Begriffe sind offenkundig alle linken oder in irgendeiner Form gesellschaftskritischen Diskursuniversen entlehnt. Der oberflächlich behauptete Anspruch auf Meinungsfreiheit und Toleranz sorgt für diskursive Anschlussfähigkeit in alternativen Szenen. Gleichzeitig werden Kritiker:innen rechten Gedankenguts diskreditiert, indem sie als menschenfeindlich und ausgrenzend gezeichnet werden. Über diese Strategien der diskursiven Mimikry von Toleranz und verwandter Begriffe hinaus möchte ich auf ein weiteres Sinnelement im obigen Ausschnitt aufmerksam machen: die Konstruktion von Emotionen, um die es im folgenden Abschnitt gehen wird.

3.3 Das emotionale Regime des Positiven

Der obige Textausschnitt schreibt Kritiker:innen der Anastasia-Szene, die auf ihre Vernetzung mit der extremen Rechten hinweisen, negative Emotionen zu. Zuerst sind es »Wut« und »Hass«, später eine »unbewusste Angst«. Im Gegensatz dazu konstruieren Anastasianer:innen ein emotionales Regime⁹ des Positiven für sich selbst, das vor allem um eine zentrale Emotion kreist: Liebe. Der Familienlandsitz wird von Akteur:innen im Interview wiederholt als »Raum der Liebe« bezeichnet – ein Ort, an dem Liebe gedeihen kann und als oberstes Prinzip gelebt und erfahren wird. Liebe nicht nur für alle Menschen, sondern für die gesamte »Schöpfung« gilt als zentrales Ziel der Bewegung. Die Konstruktionen von Liebe und verwandten positiven Emotionen mit der einhergehenden Ablehnung negativer Emotionen in der Szene sollten nicht vorschnell als eine oberflächliche begriffliche Anleihe bei New Age-Esoteriker:innen interpretiert werden. Liebe wird in den Interviews wie auch auf Webseiten und in Videos als oberstes Prinzip konstruiert, ihre Relevanz in Anastasia-Diskursen ist immens.

Die Emotion Liebe wird nicht nur in Anastasia-Kreisen, sondern quer durch die Gesellschaft als reinste Form des Guten konstruiert. Sie gilt als Kraft, die auch das Unmögliche möglich machen kann (vgl. hooks 2001), die menschliche Erfahrungen des Getrenntseins überwinden und Einheit entstehen lässt (vgl. Fromm 2007). Liebe wurde spätestens mit der Hippie-Bewegung in den 1960er Jahren diskursiv eng mit

9 Unter einem emotionalen Regime verstehe ich in Anlehnung an Reddy (2001) eine normative Emotionsordnung, die emotionale Diskurse und Praktiken organisiert.

Begriffen wie »Frieden« und »Gewaltlosigkeit« verknüpft und gilt als positive, altruistische und friedliche Kraft, teilweise auch als emotionale Praxis linker Bewegungen. Doch Liebe als ein Gefühl der Verbundenheit und Einheit hat ganz unterschiedliche Auswirkungen in Abhängigkeit davon, wie sie diskursiv eingebettet wird und worauf sie sich richtet. Es sollte genügen, sich in Erinnerung zu rufen, welche Verbrechen aus Liebe zu »Führer, Volk und Vaterland« begangen wurden. Auch in gegenwärtigen rechten Bewegungen sind Konstruktionen von Liebe elementar – insofern sich die proklamierte Liebe auf die eigene Gruppe (das »Volk«) richtet oder auch, indem bestimmte Formen von Liebe diskursiv überhöht und eingefordert werden (bspw. Mutterliebe). Liebe ist also keineswegs per definitionem »friedlich« oder »gut« – wird jedoch meist so verstanden, insbesondere in den spirituellen Milieus, an die die Anastasia-Bewegung Anschluss sucht.

In der Szene sind scheinbar unterschiedliche Konstruktionen von Liebe zeitgleich präsent. Dies wird u.a. in der Divergenz von Kommentaren deutlich, die das oben erwähnte Video des Anastasia-Videos »Herzkraft« (Weda Elysia 2020) erhalten hat. Ein*e Nutzer*in kommentiert dies mit »Wunderschön, Liebe und Licht für alle Lebewesen«, gefolgt von einer Zahl rosa Herzen, zum Gebet gefalteten Händen und einem Bild des Planeten Erde. Ein anderer Kommentar unter dem gleichen Video lautet: »Was zählt, sind Familie, Sippe, Stamm und Volk. Doch Menschheit? Carl Schmitt sagte: »Wer Menschheit sagt, der lügt.«. Liebe soll im einen Fall auf alle Lebewesen gerichtet werden, im anderen mit Verweis auf Schmitt als zentralen Bezugspunkt der Neuen Rechten nur auf die eigene Gruppe. Der Unterschied ist fundamental: universale versus partikulare Werte. Dies macht deutlich, welche Rolle Emotionsdiskurse für Anastasias Funktion als Brückenspektrum spielen: Die Akteur:innen stützen sich auf den in alternativen und besonders in esoterischen Milieus beliebten Begriff der »Liebe«, deuten ihn aber im Sinne der Neuen Rechten als eine Liebe für die Eigengruppe – ohne dass dieses Verständnis von Liebe allen Adressat:innen des Diskurses bewusst wäre.

Der Emotionsdiskurs der Anastasia-Szene trägt massiv dazu bei, Anastasianer:innen als die »Guten«, als die »Harmlosen« zu rahmen – als die sie sich selbst teilweise verstehen. Das Liebes-Argument wird zu einer Art Tautologie, die alles rechtfertigt und jegliche Kritik aushebelt, wie auch folgender Interviewausschnitt mit einem/einer Akteur*in aufzeigt:

Das ganze Thema Familienlandsitze, das ist ja etwas allumfassendes. Es geht darum die allumfassende Liebe Gottes in sich selbst zu verwirklichen. Und wenn dann einzelne Aspekte raus gerissen werden, dann noch aus dem Zusammenhang gerissen werden und dann eigene Interpretationen rein gebracht werden. Und dann werden daraus Artikel veröffentlicht, die das ganze ins vollkommene Gegenteil verkehren.

Weil es eigentlich um Liebe gehe, könne ja an den Familienlandsitzen nichts falsch sein, wird argumentiert. Bei Kritik an Rassismen, Antisemitismen usw. in der Szene erscheint es dann, als würde alles »ins vollkommene Gegenteil« verkehrt, denn da würden die liebenden Intentionen nicht gesehen und stattdessen rechte – also nicht liebevolle – Argumentationsmuster unterstellt. Dass auch die Neue Rechte liebt, wird ausgeblendet.

Mit dieser Reklamation von Liebe für sich selbst bei gleichzeitiger Unterstellung negativer Emotionen für Kritiker:innen schlägt die Anastasia-Szene nachweislich Brücken zu spirituellen und alternativen Milieus, die sich oftmals auf ähnliche Emotionsdiskurse stützen. Eine Interviewperson, die vormalig in einem sozialutopistischen Wohnprojekt im ländlichen Raum lebte, berichtet, wie eine Anastasia-Gruppierung versuchte, Kontakt herzustellen, um eine Kooperation für ein ökologisches Projekt zu initiieren. In dem besagten Wohnprojekt entwickelte sich daraufhin ein intensiver und langanhaltender Konflikt um die Frage, inwiefern die Anastasia-Gruppe dem rechten Spektrum zugeordnet werden könne – und daher von einer Kooperation ausgeschlossen wäre – oder nicht. In der Auseinandersetzung um diese Frage spielten Emotionen eine zentrale Rolle. Die Interviewperson berichtet, wie die ideologischen Auseinandersetzungen umgedeutet wurden. Im Kreis des Wohnprojekts hieß es unter anderem: »Ihr habt keinen politischen Konflikt, ihr habt einen emotionalen Konflikt.« Man solle »mit dem Herzen« fühlen, um einzuschätzen, ob die Anastasianer:innen eine Gefahr darstellten. Durch eine Verschiebung der Aufmerksamkeit weg von politischen Inhalten hin zu Emotionen und persönlicher Sympathie lief die geäußerte Kritik an rechten Denk- und Handlungsstrukturen in der Anastasia-Szene laut Einschätzung der Interviewperson ins Leere.

4 Fazit: Anastasia als Brückenspektrum zwischen Neuer Rechter und alternativen Szenen

Die Anastasia-Szene stellt ein Brückenspektrum zwischen Neuer Rechter und diversen alternativen Milieus, vor allem aus Ökologie und Esoterik, dar. Sowohl diskursiv-ideologisch als auch personell gibt es Überschneidungen mit der Neuen Rechten u.a. mit Reichsbürgern oder der Identitären Bewegung. Es wäre jedoch nicht korrekt, alle Anastasianer:innen der Rechten zuzuordnen, da unter ihnen auch Akteur:innen sind, die keine rechte Agenda verfolgen, sondern eher dem Klischee der politisch unbedarften Öko-Aussteiger:innen entsprechen. Dennoch stellt auch dieser Teil der Anastasia-Szene eine nicht zu unterschätzende politische Gefahr dar. Durch Konstruktionen einer vermeintlichen Transzendenz politischer Kategorien von rechts und links, durch das Einklagen von Toleranz auch für Rechtsextreme und durch ein emotionales Regime des Positiven schließen die extrem Rechten wie die gemäßigten Anastasianer:innen gemeinsam an bestehende

Diskurse in alternativen Milieus an und sorgen so für die Etablierung von personellen Netzwerken zwischen Rechtsextremen und Menschen, die bislang wenig bis keine Berührungspunkte mit der extremen Rechten hatten. Sollten Anastasia-ner:innen in diesen Szenen ihre Deutungsmacht ausbauen, würde das zu einer schleichenden Rechtsbewegung in alternativen Milieus beitragen. Dies stellt eine enorme Herausforderung für die Zivilgesellschaft dar, vor allem in Anbetracht der zunehmend rechten Politisierung esoterischer Szenen im Zuge der sich in jüngster Zeit entwickelnden »Querdenken«-Bewegung (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022; Speit 2021).

Literatur

- Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Arbeitskreis Anastasia (2021): »Die Anastasia-Bewegung. Ideologie und Akteur:innen einer rechtsextremen Siedlungsbewegung«, in: Vorbereitungskreis des Gesprächskreises Rechts (Hg.), *Autoritärer Sog: Gefährliche Veränderungen der Gesellschaft*, Manuskripte 30, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 40–49.
- Bierl, Peter (2021): »Die Neuformierung des Ökofaschismus«, in: Vorbereitungskreis des Gesprächskreises Rechts (Hg.), *Autoritärer Sog: Gefährliche Veränderungen der Gesellschaft*, Manuskripte 30, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 50–64.
- Brähler, Elmar; Decker, Oliver (Hg.) (2020): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*, Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen: Psychosozial Verlag.
- Bruns, Julian; Strobl, Natascha (2015): »(Anti-)Emanzipatorische Antworten von Rechts.«, in: *Momentum Quarterly* 4 (4), S. 205–217.
- Charmaz, Kathy (2006): *Constructing grounded theory. A practical guide through qualitative analysis*. London: Sage.
- Fromm, Erich (2007): *Die Kunst des Liebens*. München: dtv.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002). »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 1*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 15–36.
- hooks, bell (2001): *All about love. New visions*. New York: Harper Perennial.
- Irmer, Patrick (in Vorbereitung): *Die Anastasia Bewegung: Zwischen Naturliebe und Rechtem Kulturkampf*.
- Lochau, Lea (2022): »Anastasia: Nährboden für rechte Ideologie«, in: *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2(2), S. 313–327.
- Megre, Wladimir (2003a): *Anastasia – Tochter der Taiga*. Band 1, Zürich: Govinda Verlag.
- Megre, Wladimir (2003b): *Das Wissen der Ahnen*, Band 6, Göllesheim: Silberschnur.

- Megre, Wladimir (2004): *Anastasia – Die Energie des Lebens*, Band 7, Güllesheim: Silberschnur.
- Megre, Wladimir (2018): *Anastasia – Neue Zivilisation*, Band 8.1, Güllesheim: Silberschnur.
- Melzer, Ralf; Molthagen, Dietmar (2015): *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn: Dietz, <http://dietz-verlag.de/downloads/leseproben/0478.pdf>
- Otterpohl, Ralf (2017): *Das neue Dorf. Vielfalt leben, lokal produzieren, mit Natur und Nachbarn kooperieren*. München: Oekom Verlag.
- Oya (2017): »Anastasia – die Macht eines Phantoms«, <https://lesen.oya-online.de/texte/2777-anastasia-die-macht-eines-phantoms.html> vom 02.04.2023.
- Pickel, Geert; Pickel, Susanne; Yendell, Alexander (2020): »Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?«, in: Elmar Brähler; Oliver Decker; Kazim Celik; Chana Dischereit; Barbara Handke; Aylene Heller et al. (Hg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*, Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen: Psychosozial Verlag, S. 89–118.
- Pöhlmann, Matthias (2021a): *Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen*, Freiburg i.Br.: Herder Verlag.
- Pöhlmann, Matthias (2021b): »Rechtsextremistische Öko-Romantik. Antisemitismus und Verschwörungsglaube in der Anastasia-Bewegung«, in: Karin B. Schnebel (Hg.), *Antisemitismus heute – uralt und doch gefährlich*, Baltmannsweiler: Schneider Verlag, S. 135–151.
- Popper, Karl (1992): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Der Zauber Platons*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Röpke, Andrea (2023): »Arier und Ahnenkult«, <https://www.endstation-rechts.de/news/ari-er-und-ahnenkult> (html vom 21.12.2023)
- Rosga, Anna (2018): *Anastasia-Bewegung – ein (un-)politisches Siedlungskonzept? Qualitative Feldforschung zu den Hintergründen und gesellschaftspolitischen Einstellungen innerhalb der Anastasia-Bewegung*, herausgegebene von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), https://www.nf-farn.de/system/files/documents/rosga_anastasia-bewegung.pdf vom 30.06.2021.
- Sächsische Zeitung (2018a): »Reichsbürger bei Stadt-Wettbewerb«, <https://www.saechsische.de/reichsbuerger-will-dresden-zur-zukunftsstadt-machen-3936971.html> vom 29.03.2023.
- Sächsische Zeitung (2018b): »Gärtnern gegen Krisen«, <https://www.saechsische.de/gaertnern-gegen-krisen-3967443.html> vom 02.04.2023.
- Salzborn, Samuel (2020): »Die »Neue Rechte« im bundesdeutschen Rechtsextremismus.«, in: Julia Haas; Imke Schmincke; Samuel Salzborn; Leo Roepert; Thomas

- Wagne; Daniel Engel et al. (Hg.), *Die Neue Rechte. Hintergründe und Hauptelemente neurechten Denkens*, Darmstadt: TU Prints, S. 22–30.
- Schenderlein, Laura (2020): »Demokratiefeindliche Fabelwelten – Die Anastasia-Bewegung im Land Brandenburg zwischen Esoterik und Rechtsextremismus«, in: *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien* 8, S. 1–16.
- Schließler, Clara; Hellweg, Nele; Decker, Oliver (2020): »Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie«, in: Elmar Brähler; Oliver Decker (Hg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität, Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen: Psychosozial Verlag, S. 283–308.
- Speit, Andreas (2021): *Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Strube, Julian (2012): »Die Erfindung des esoterischen Nationalsozialismus im Zeichen der Schwarzen Sonne«, in: *Zeitschrift für Religionswissenschaft* 20(2), S. 223–268.
- Weda Elysia. (2020). *Herzkraft*, https://www.youtube.com/watch?v=_WXAovOYLvQ&t=73s vom 02.04.2023; <https://www.weda-elysia.de> vom 30.06.2022.
- Weers, Anna (2022): »Rechtsesoterische Online-Netzwerke«, in: *EFBi Digital Report*, https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2022_EFBI_Digital%20Report_2.pdf
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart: Klett-Cotta.

Neue und alte Rechte in Chemnitz

Knotenpunkte eines Netzwerks

Johannes Grunert und Johannes Kiess

Der 26. August 2018 gilt als Fanal¹ rechtsextremer Mobilisierung in Chemnitz, die allerdings auf eine längere Entwicklung in der Region aufbaute. Chemnitz offenbarte sich als Mittelpunkt eines Netzwerks extrem rechter Gruppen, die nach dem Tod von Daniel H. nun zu Tausenden ihre Einigkeit demonstrierten. Der Tod von Daniel H. selbst rückte dabei schnell in den Hintergrund und diente den Initiiierenden des Massenprotests vor allem als geeigneter Anlass zum rechten Zeitpunkt. Zunächst mag auch die Stadt Chemnitz als Ort des Geschehens zufällig und damit austauschbar wirken, schließlich waren Teilnehmende der rechten Aufmärsche vielfach von außerhalb angereist. Und sicherlich steht die Stadt Chemnitz nicht singulär für extrem rechte Vernetzung, zumal in Sachsen. Allerdings legten eine Reihe lokaler, teils eng vernetzter, teils unabhängig agierender extrem Rechter die Grundlage dafür, Proteste mit einer derartigen Reichweite und Kraft durchführen zu können. Auch diverse »Schulterschlüsse«, wie sie etwa von der AfD und der auf ihrer Unvereinbarkeitsliste stehenden Partei »Pro Chemnitz« (heute Pro Chemnitz/Freie Sachsen) vollführt wurden, fanden nicht zufällig hier statt. In diesem Beitrag zeigen wir auf, wie sich in Chemnitz über Jahrzehnte weitgehend ungestört zentrale Knotenpunkte eines überregionalen extrem rechten Netzwerks gebildet haben.

Ausgangspunkt unserer Analyse ist zum einen die Frage nach dem Verhältnis von »alter« und »Neuer« Rechter. Wir werden zeigen, dass in Chemnitz (jedenfalls: relativ) neue Strategien und ein »modernes« Auftreten extrem rechter Akteure zu beobachten ist. Zum anderen ist unsere Analyse eingebettet in den internationalen Forschungsstand, der seit einigen Jahren die Agilisierung, Hybridisierung und zunehmende Bewegungsorientierung der Szene(n) betont. Für den Sozialraum Chemnitz werden wir zeigen, wie stark die unterschiedlichen Akteure miteinander vernetzt sind und wie wenig Berührungsvorbehalte hier bestehen. Insbesondere die in Chemnitz vertretenen extrem rechten Parteien bilden ein weites ideologisches

1 Stellvertretend für viele Presseberichte und Wortmeldungen: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/chemnitz-ein-jahr-danach-eine-gewalttat-spaltet-eine-stadt-100.html> vom 28.03.2023.

Spektrum ab, wobei die beiden aktivsten Parteien, die AfD und Pro Chemnitz/Freie Sachsen, auf kommunalpolitischer Ebene eine ähnlich große Zustimmung erfahren und in einem direkten Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Dieses hat nicht zuletzt dafür gesorgt, dass größere Wahlerfolge für eine der Parteien bislang ausgeblieben sind.

Unser Beitrag führt zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von »Neuer« und alter Rechten an, die unsere Analyse theoretisch anleiten. In den folgenden Abschnitten gehen wir dann auf die Entwicklung der extremen Rechten in Chemnitz ein. Dabei interessieren wir uns weniger für die Resonanz rechter Mobilisierung in der Stadt (dazu Brichzin et al. 2022), sondern vorrangig für die Netzwerke und Akteurstrukturen sowie deren Genese. Der Übersichtlichkeit halber gehen wir erst auf die lokalen Parteistrukturen ein und dann auf rechte Raumnahme in Chemnitz. Dabei betonen wir aber die Überschneidungen zwischen beiden Ebenen. Im Fazit fassen wir unsere Ergebnisse zusammen und führen sie mit unseren Ausgangsüberlegungen zusammen.

1 Neue und alte Rechte: Wandel und Heterogenität der extremen Rechten

Der Begriff »Neue Rechte« verweist – in der Eigendarstellung wie in der Außenwahrnehmung – auf eine Veränderung der extremen Rechten ab Mitte der 1960er Jahre (vgl. Langebach/Raabe 2016: 562). Entgegen der damals erfolgreichen NPD und weiteren revisionistisch-traditionellen Parteien und Vereinen gründeten sich damals neue Gesprächszirkel und Zeitschriftenprojekte mit meist jüngerer Besetzung und in jugendlicherem Stil (siehe auch Schönekäs 1990). Dabei ist thematisch keineswegs ein Neuanfang unternommen worden, allerdings orientierte sich die Neue Rechte deutlich stärker an der Konservativen Revolution, also Strömungen der 1920er und 1930er Jahre (vgl. Langebach/Raabe 2016: 564). Diese antidemokratischen Strömungen grenzten sich zwar teils vom Nationalsozialismus ab, teilten aber bereits während der Weimarer Republik das Ziel der Aushöhlung und Abschaffung der Demokratie (vgl. Sontheimer 1964). So ist die Neue Rechte einerseits Scharnier zwischen klassischem Rechtsextremismus und Konservatismus (vgl. Gessenharter 1994: 426f.), weil immer wieder (strategisch) Anknüpfungspunkte für bürgerlich-konservative Milieus geboten werden. Andererseits ist sie ohne Einschränkung Teil der extremen Rechten, der wohlüberlegten »Selbstverharmlosung« (Götz Kubitschek, zit.n. Stegemann/Musyal, 2020: 225) zum Trotz. Wirklich »neu« ist an der Neuen Rechten jedenfalls im Jahr 2023 nichts mehr, vor allem aber handelte es sich immer schon um einen Plural (vgl. Langebach/Raabe 2016: 581): die extreme Rechte war und ist heterogen.

Eine wichtige Rolle spielt(e) die Neue Rechte als intellektuelle Erneuerungsbewegung vor allem in Frankreich (vom Think Tank GRECE, über Alain de Benoists und die »Nouvelle Droite« bis zur hier gegründeten Identitären Bewegung), aber auch in Italien und bis nach Russland, wobei dort weitflächig deutsche Texte aus der Zwischenkriegszeit rezipiert werden. Verbindend ist auch international die Front gegen die Demokratie und »den Westen«: »Unsere Städte erinnern immer stärker an Los Angeles oder New York, nicht an Istanbul oder Tunis. Die größte Bedrohung unserer Identität ist keine andere Identität, sondern der politische Universalismus in allen seinen Formen, der die Volkskulturen und unterschiedlichen Lebensstile bedroht, und der sich anschickt, die Erde in einen homogenen Raum zu verwandeln.« (Alain de Benoist in einem NPD-Magazin, zit.n. Weiß 2017: 219) Mohler, einer der wichtigsten Bezugspunkte der Neuen Rechten, betrachtet die Konservative Revolution vor dem Hintergrund eines zyklischen Geschichtsbildes und seiner Wahrnehmung, in einem Interregnum zu leben, entsprechend als Erneuerungsbewegung (siehe Mohler 1990: 204, zit.n. Langebach/Raabe 2016: 574) nicht nur der extremen Rechten, sondern der Gesellschaft insgesamt.

Nach der Wiedervereinigung kam es dann auch in (Ost-)Deutschland zu einer (erneuten) Renaissance neurechten Denkens und einem Import insbesondere der Schriften der Nouvelle Droite. Seit einigen Jahren ist ausgehend vom Institut für Staatspolitik, der Identitären Bewegung und anderen Gruppen und Einzelpersonen des neurechten Spektrums ein »Übergang von der Theoriebildung und -vermittlung hin zu öffentlichkeitswirksamen Kleingruppenaktionen [zu beobachten], die in ihrer Art an den Situationismus und die Studierendenrevolte um 1968 anknüpfen« (Wölk 2017: 104). In Folge der politischen Krise um das Thema Migration 2015 trat, so Volker Weiß, die Neue Rechte dann »aus der Kulisse auf die große Bühne [...] und alle waren erstaunt« (Weiß 2017: 28). Die auch bei den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verbindende Forderung lautet denkbar einfach: »Widerstand« – populistisch in der Dichotomie des wahren Volkes gegen die da oben (vgl. Müller 2016), aber durchaus grundsätzlich im Geiste der Konservativen Revolution auch gegen das als korrupt empfundene System und die westliche Moderne ganz allgemein.

Blicken wir auf die organisatorischen und strukturellen Aspekte der gegenwärtigen extremen Rechten, so haben klassische Parteistrukturen offenbar an Bedeutung verloren. Vielmehr ist etwa bei der US-amerikanischen *Alt Right*-Bewegung aber auch in anderen Ländern von einem Geflecht von Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen zu sprechen (vgl. Blee/Latif 2020), die, um einen zeitgenössischen Begriff aus der Betriebswirtschaft zu gebrauchen, agil – also beweglich, anpassungsfähig und nicht durch größere hierarchische Strukturen gesteuert – agieren. Gerade online haben wir es »mit einer wabernden Masse aus Wutbürgern und Trollen, Influencern und typischen Rechtsextremisten zu tun, die untereinander und in einer breiteren Öffentlichkeit zugleich kommunizieren«

(vgl. Fielitz/Marcks, 2020: 183). Wenn wir von der »extremen Rechten« sprechen, nutzen wir deshalb einen Sammelbegriff, der neurechte, neonazistische, Reichsbürger/Souveränisten und viele Strömungen mehr umfasst, die durch ihre mehr oder weniger stark ausgeprägte, aber letztlich immer wesentliche Ablehnung der liberalen Demokratie und einem Bekenntnis zum Nativismus² verbunden sind. Ein solcher Sammelbegriff ist notwendig, um der Heterogenität der Szene gerecht zu werden und dennoch alle Strömungen miteinfassen zu können. Gleichzeitig stellt die aktuelle Forschung fest, dass zwischen mehr oder weniger gemäßigten extrem rechten Akteuren kaum noch zu unterscheiden sei, weil Strategien situativ angepasst werden und es eher um graduelle denn um qualitative Unterschiede gehe. Andrea Pirro (2023) schlägt deshalb den Sammelbegriff »far-right« im Englischen vor, wir nutzen den Begriff »extreme Rechte«.

2 Extrem rechte Parteien in Chemnitz

In diesem Abschnitt gehen wir zunächst auf die Parteistrukturen der extremen Rechten in Chemnitz ein. Zwar lehnen extrem Rechte Parteien (*pars* lat. Teil) aus grundsätzlichen Erwägungen ab – die Vorstellungen eines einheitlichen Volkswillens, der durch eine starke Führung verkörpert wird, bieten ja gerade keinen Platz für unterschiedliche Positionen. Allerdings sind Parteistrukturen für den politischen Kampf doch nützlich. Unter anderem schützt das Parteienprivileg vor staatlicher Kontrolle, bei Wahlen errungene Mandate bedeuten Ressourcen und Wahlkämpfe bieten Gelegenheiten, um Aufmerksamkeit für die eigene Programmatik und Bewegung zu generieren.

Die Freien Sachsen: Von der Burschenschaft zur Montagsdemo Ausgehend von einem Zusammenschluss der *Bürgerbewegung Pro Chemnitz* und Teilen anderer extrem rechter Parteien sowie Bürgerinitiativen gründete sich 2021 im erzgebirgischen Schwarzenberg die Partei »Freie Sachsen«. Die seit dem gleichen Jahr beim Bundeswahlleiter registrierte Partei vereint rechtskonservative bis neonazistische sowie verschwörungsideologische Gruppen und verfolgt eine verfassungsfeindliche und antidemokratische Programmatik (siehe ausführlicher zu den Freien Sachsen Rippl in diesem Band). Dass Chemnitz schon lange auf ein extrem rechtes Wähler:innenpotenzial zurückgreifen kann, zeigt das Stadtratswahlergebnis von 10,3 % für Pro Chemnitz

2 Mudde nennt den Nativismus »the dominant feature of the contemporary populist radical right« und definiert ihn als »a combination of nationalism and xenophobia. It is an ideology that holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group (the nation) and that non-native (or »alien«) elements, whether persons or ideas, are fundamentally threatening to the homogenous nation-state.« (Mudde 2019: 27)

aus dem Jahr 2004, woraufhin die Partei mit vier Personen in den Stadtrat einzog. Heute ist die Fraktion, die sich 2021 in *Pro Chemnitz/Freie Sachsen* umbenannte, mit sechs Stadträt:innen vertreten.

Der Chemnitzer Vorläufer und zugleich das organisatorische und personelle Zentrum der *Freien Sachsen*, die *Bürgerbewegung Pro Chemnitz*, entstand aus einem lokalen Zusammenschluss der *Republikaner* und der *Deutschen Sozialen Union* (DSU). Die *Republikaner* waren erstmals 1999 mit dem damals 22-jährigen, heutigen *Freie-Sachsen*-Vorsitzenden Martin Kohlmann in den Chemnitzer Stadtrat eingezogen. Die neue Partei fiel schon früh, insbesondere in der Person Kohlmanns, durch geringe Distanz zu neonazistischen Gruppen auf. 2002 folgte die Gründung der Schülerburschenschaft *Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz*. Neben Kohlmann selbst, der die Gruppe als sogenannter Alter Herr mitgründete, kamen hier schon in jungen Jahren Personen zusammen, die heute vor allem in der Neuen Rechten aktiv sind. Dazu gehören der Publizist und heutige Pressesprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Felix Menzel, und der spätere Redakteur des *Deutschland-Kuriers*, Johannes Schüller. Der gleiche Personenkreis war es auch, der zwei Jahre später die Schülerzeitung *Blaue Narzisse* gründete. Im Rückblick behauptete Menzel, die *Blaue Narzisse* habe »gesät, was die AfD heute ernten kann«³. Diese Analyse mag etwas hoch greifen, dennoch entwickelte der Personenkreis rund um die *Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz* und die *Blaue Narzisse* einen gewissen Einfluss auf das politische Milieu der Neuen Rechten in Deutschland und etablierte ein Netzwerk rechter Aktivist:innen und Publizierender, das bis heute besteht.

Die *Freien Sachsen*, zahlenmäßig eine Kleinstpartei, haben von ihren Vorläufern gelernt, Protestwellen zu initiieren und damit ihre Reichweite um ein Vielfaches zu vergrößern. Sie nutzen dies bis heute und suchen die themenbezogene Allianz zu Teilen der Bevölkerung, die ihre Ideologie dabei nicht in Gänze teilen muss, aber bereitwillig gemeinsam für das Erreichen der eigenen Ziele auf die Straße geht. Im Gegenzug bieten die *Freien Sachsen* Beratung in Versammlungs- und Rechtsfragen, den Druck von Bannern und die Bewerbung der eigenen Veranstaltungen. Heute bestehen die *Freien Sachsen* aus der *Bürgerbewegung Pro Chemnitz*, großen Teilen der erzgebirgischen und mittelsächsischen NPD und einigen anderen sächsischen NPD-Kadern, rassistischen Bürgerinitiativen aus dem Dresdner Umland und Einzelpersonen aus dem Querdenken- und dem Reichsbürger-Spektrum.

Mit dieser Taktik vergrößert die Partei sukzessive auch ihre Basis und so kann die Partei heute selbst als Netzwerk verstanden werden, das Zugriff auf verschiedene Milieus hat. Seit 2019 veranstaltet die Partei immer wieder Vorträge und Lesungen sowie Kneipenabende im »Bürgerbüro« in der Brauhausstraße. Dass die Partei

3 <https://www.blauenarzisse.de/wir-haben-gesaet-was-die-afd-heute-ernten-kann/> vom 29.03.2023.

sich bemüht, auch hiermit unterschiedliche Milieus anzusprechen, ist an der thematischen Breite von Alternativmedizin über Zeitzeug:innenberichte aus einem Stasi-Gefängnis bis zu einem Vortrag mit dem Reichsbürger und QAnon-Gläubigen Hans-Joachim Müller zu erkennen. Mit einer Vielzahl von Angeboten gelingt es den *Freien Sachsen*, insbesondere unzufriedenem und protestunerfahrenen Menschen Unterstützung zu bieten und auch im Fall von ideologischen Differenzen eine Identifikation mit der Partei zu fördern. Zusammengefasst agieren die *Freien Sachsen* also prototypisch als Netzwerkpartei (vgl. Kiess 2023), was offensichtlich auf neurechte Strategieüberlegungen zurückzuführen ist.

Die Chemnitzer AfD Der lokale Kreisverband der *Alternative für Deutschland* (AfD) wurde am 4. November 2013 gegründet. Sowohl der anfängliche Vorsitzende, der heutige Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme (Freie Presse 2020), als auch der spätere Vorsitzende Dr. Volker Dringenberg sind Unterzeichner der Erfurter Resolution, weshalb sie zu der inzwischen aufgelösten rechtsnationalen Parteivereinigung »Der Flügel« gezählt wurden (derfluegel.de ohne Jahr). Mehrere Übertritte⁴ zwischen den Parteien und Stadtratsfraktionen lassen eine ideologische Nähe zwischen der Chemnitzer AfD und der Wählervereinigung *Pro Chemnitz* erkennen. Ähnlich wie die auf Provokationen (zu Provokationen als Strategie der Neuen Rechten siehe Weiß 2017: 93ff.) ausgerichtete Strategie von Pro Chemnitz sorgten auch Kandidaten der Chemnitzer AfD immer wieder für Skandale. So veröffentlichte ein AfD-Kandidat zur Kommunalwahl 2019 auf Facebook mehrere gewaltverherrlichende und an den Nationalsozialismus angelehnte Beiträge, die der Kreisverband im Nachhinein als »emotionale Überreaktionen« bezeichnete (Müller 2019). Dass solche »Überreaktionen« kein Einzelfall in der Chemnitzer AfD sind, zeigen Beiträge wie der des Stadtrats Frank Sänger, der sich in einem Facebook-Post positiv auf den Nationalsozialisten Albert Leo Schlageter bezog.

Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD rund 24 % der Erst- und Zweitstimmen in Chemnitz und verpasste nur knapp ein Direktmandat. Ein ähnliches Ergebnis erreichte die AfD bei der Landtagswahl am 1. September 2019 mit 25 % der Listenstimmen. Bei der Stadtratswahl 2019 konnte sie das Ergebnis der letzten Wahl mehr als verdreifachen. Die AfD bekam 17,90 % der Stimmen und zog mit elf Mandaten in den Stadtrat. Nach drei Austritten zählt die Fraktion heute noch acht Mitglieder. Der Chemnitzer AfD-Kreisverband veranstaltet regelmäßig Vortragsveran-

4 Austritte und Übertritte spiegeln persönliche und strategische Uneinigkeit in der AfD wider, wie dies auch bundesweit zu beobachten ist: Im November 2020 sorgte der Chemnitzer AfD-Kreisverband für Schlagzeilen, weil er den Bundestagsabgeordneten und gescheiterten Oberbürgermeisterwahlkandidaten Ulrich Oehme nicht mehr als Direktkandidat zur Bundestagswahl aufstellte und statt Oehme Nico Köhler zum Kreisvorsitzenden wählte. Vgl. <https://idas.noblogs.org/?p=3861> vom 29.03.2023.

staltungen in Gasthöfen mit AfD-Abgeordneten und AfD-nahen Experten:innen zu unterschiedlichen Themen wie der angeblichen »Massenmigration«. Daneben mobilisieren die Partei sowie Mandats- und Funktionsträger:innen hauptsächlich zu Wahlkampfzeiten zu Demonstrationen.

Seit Beginn der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen versucht die AfD immer wieder auf Demonstrationen Präsenz zu zeigen. Die Proteste, die in Chemnitz derzeit von der Initiative *Chemnitz steht auf* getragen werden, werden allerdings immer noch vor allem mit den *Freien Sachsen* assoziiert, auch wenn diese heute nur noch sporadisch daran teilnehmen und die AfD immer wieder auch mit Werbematerialien zu sehen ist. Offenbar versucht die Partei die Leerstellen zu füllen, die von den *Freien Sachsen* und neonazistischen Gruppen gelassen werden. So organisierte die Partei 2023 erstmalig eine Kundgebung anlässlich der Bombardierung der Stadt im Jahr 1945. Vor der Pandemie war eine solche immer von Kameradschaften oder der NPD und zuletzt von den *Freien Sachsen* angemeldet worden. Am 1. September 2018 beteiligte sich der AfD-Chemnitzer Kreisverband an den Aufrufen zu der großen AfD-Demonstration, in deren Folge es zum dritten Mal seit dem Tod von Daniel H. zu rechten Ausschreitungen im Chemnitzer Stadtzentrum kam. Einerseits ist die AfD also in die extrem rechte Szene der Stadt integriert, sie wirkt als »Rahmenpartei« (Rippl/Seipel 2022: 65 und 72) für die Bewegung unterstützend. Andererseits ist ihr Verhältnis zu anderen Akteuren oftmals durch Konkurrenz und Uneinigkeit bei der Wahl der Mittel gekennzeichnet.

Neonazistische Parteien und Kameradschaften – ohne Relevanz? In den vergangenen Jahren haben mit dem Aufkommen der Freien Sachsen feste neonazistische Gruppenzusammenhänge in Chemnitz stark an Relevanz verloren. Auch neonazistische Aufmärsche haben an Häufigkeit und Größe abgenommen. Die NPD verzeichnet keine Aktivitäten mehr, wobei ihre Jugendorganisation *Junge Nationalisten (JN)* in Chemnitz zwar ungefähr zehn Personen zählt, allerdings kaum öffentliche Auftritte absolviert. Die Partei *Der III. Weg* ist seit 2020 in Chemnitz nicht mehr aktiv gewesen, nachdem sceneintern von Streitigkeiten zwischen den *JN* und dem *Dritten Weg* die Rede war. Die Aktivitäten des »Stützpunkts Westsachsen« der Partei, zu dem die Stadt Chemnitz gehört, gingen zuletzt zum überwiegenden Teil von Zwickauer Neonazis aus. Unterdessen gründete sich ein Stützpunkt Chemnitz-Erzgebirge der neuen neonazistischen Partei *Neue Stärke Partei (NSP)*, deren Aktivitäten in Chemnitz allerdings ebenfalls marginal sind. Die NSP unterhält eine »Abteilung Chemnitz«, deren Mitglieder aus Chemnitz, dem Erzgebirgskreis und Mittelsachsen stammen, allerdings bislang nur durch Mobilisierungsaktionen zu Versammlungen in anderen Regionen aufgefallen sind.

Kameradschaften spielen in Chemnitz heutzutage keine Rolle mehr. Die große Kameradschaft *Nationale Sozialisten Chemnitz* wurde 2014 verboten, was für mögliche Nachahmer einen abschreckenden Effekt gehabt haben dürfte. Der letzte Versuch

einer Kameradschaft in Chemnitz scheiterte 2017, als die Gruppe *Rechtes Plenum* im Stadtteil Sonnenberg versuchte, für sich einen hegemonialen Raum zu etablieren. Der von ihnen selbst so genannte »Nazi-Kiez« fand allerdings nach knapp einhalb Jahren sein Ende, als die Gruppe infolge staatlicher Repression und eines Outings durch antifaschistische Aktivist:innen ihre Auflösung bekannt gab.

Damit sind die JN in Chemnitz die einzige bekannte klassisch neonazistische Gruppe, die weiterhin eine gewisse, wenn auch eher szeninterne Relevanz behält. Die JN agieren, ganz besonders in Chemnitz, fast gänzlich unabhängig von ihrer Mutterpartei. Mindestens seit Anfang der 2000er Jahre existiert in Chemnitz eine Ortsgruppe der JN, die je nach Aktivität und Größe anderer Gruppen in ihrer eigenen Aktivität stark variiert. Nach dem Verbot der Nationalen Sozialisten Chemnitz im Jahr 2014 diente die JN neben der Partei *Der III. Weg* als Auffangbecken für die ehemaligen Mitglieder (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2017: 69). Die Chemnitzer Aktivitäten fokussieren sich, anders als in anderen sächsischen Regionen, vor allem auf interne Veranstaltungen. Zum 5. März führt die Gruppe zum Beispiel jährlich Grabreinigungs- und Gedenkaktionen durch.

Diese Entwicklungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Chemnitz weiterhin über ein großes neonazistisches Personenpotenzial verfügt – lediglich werden heute Aktionsformen bevorzugt, die mit einem niedrigeren Repressionsdruck einhergehen. Junge Neonazis organisieren sich vermehrt in losen, kaum greifbaren Zusammenhängen. Sie nehmen an Aufmärschen teil und verüben einzelne Gewalttaten vor allem gegen politische Gegner:innen. Einige von ihnen finden sich, genau wie viele ältere Neonazis, in extrem rechten Fanggruppierungen des Chemnitzer FC wieder. Andere haben sich in die Parteistrukturen der *Freien Sachsen* integriert, wo selbst stark ideologisierte Nationalsozialist:innen eine politische Heimat in einer massentauglichen Organisation gefunden haben. Darüber hinaus haben sich einige Neonazis offenbar gänzlich dem Kampfsporttraining verschrieben. Sie betreiben einen eigenen Trainingsraum in einem verfallenen Altbau an der Frankenberger Straße am äußersten Rand der Stadt. Sinnbildlich für die Entwicklung steht die Orientierung von drei der in den vergangenen Jahren zugezogenen Neonazis aus Dortmund, die sich dort zuvor im Umfeld der Partei *Die Rechte* bewegt hatten. Der wohl bekannteste von ihnen, Michael Brück, konzentriert sich auf die Arbeit bei den *Freien Sachsen*. Christoph Drewer, zwischenzeitlich kommissarischer Bundesvorsitzender von *Die Rechte*, ist heute vor allem als aktiver Teil der extrem rechten Fanszene wahrnehmbar, während Marvin E. sich ganz dem Kampfsport verschrieben zu haben scheint.

Aktivitäten wie die Mitgliedschaft in Fußball-Fanggruppen und das Kampfsporttraining sind nicht nur eine Folge des Repressionsdrucks gegen klassische Neonazi-Kameradschaften und Parteien, sondern sie bieten, genau wie die *Freien Sachsen*, Anknüpfungspunkte an die Neonaziszene und schaffen es, besonders junge Männer an die Szene zu binden. Zusammen mit einer neonazistischen Musikszene wird so

eine Erlebniswelt geschaffen, die nicht nur einen mobilisierenden und bindenden Charakter hat, sondern auch dazu führen kann, dass Menschen ihre gesamte Sozialisierung ohne Widerspruch in extrem rechten Räumen verbringen. Das diesbezügliche Angebot ist in Chemnitz vielfältig. Bis zu seiner Auflösung im Juli 2022 organisierte eine Gruppe ehemaliger Kameradschafter:innen aus Chemnitz und dem Umland sowohl das neonazistische Kampfsportevent *Tiwaz – Kampf der Freien Männer* als auch Zeitzeugenvorträge mit SS-Veteranen, Wehrmachtssoldaten und heutigen Szenegrößen. Zum Anmieten der Veranstaltungsorte nutzten sie zum großen Teil den Verein Sport und Bildung e.V., der schließlich im Juli 2022 aufgelöst wurde.

Durch die Veranstaltungen gelang es der Gruppe rund um die Vorstände Tim Kühn und Steve T. sowie *Freie-Sachsen*-Stadtrat Robert Andres, ihr Netzwerk in unterschiedlichen Milieus der Szene zu erweitern. Während zu Zeitzeugenvorträgen regelmäßig über 100 Teilnehmende aus unterschiedlichen Bundesländern, Mitglieder von Parteien, Vereinen, Kameradschaften und Burschenschaften anreisten, zog das *Tiwaz*, das organisatorisch von Mitgliedern der Partei *Der III. Weg* unterstützt wurde, sogar bis zu 350 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet an, darunter zahlreiche Prominenz der militanten Neonaziszene. Das *Tiwaz* ist neben dem *Kampf der Nibelungen* (KDN) eines von zwei öffentlich beworbenen neonazistischen Kampfsportturnieren in Deutschland. Rund um die beiden Events hat sich eine stark professionalisierte Szene gebildet, in deren Dunstkreis sich nicht nur zahlreiche Neonazis im In- und Ausland auf den Straßenkampf vorbereiten, sondern die vor allem mit eigens kreierten Bekleidungsmarken kommerzialisiert wurde. Durch ein weiterhin bestehendes Verbot des Landes Sachsen gegen den KDN aus dem Jahr 2019 und zu erwartende Verbote ähnlicher Veranstaltungen finden diese seitdem nicht mehr statt.

3 Kontinuitäten des rechten Terrors und rechter Raumnahme in Chemnitz

Terrorismus zielt darauf ab, Angst und Schrecken (*terror* lat. Schrecken) zu verbreiten und damit nicht nur auf ein primäres Opfer, sondern auch auf sekundäre Objekte (vgl. z.B. Primoratz 2004). Terroristische Gewalt verfolgt eine kommunikative Strategie (vgl. Waldmann 2011). Generell haben extrem rechte Gewalttaten insofern einen terroristischen Aspekt: sie richten sich nicht nur gezielt gegen Menschen auf Grund ihres Aussehens, Status oder ihrer Meinung, sondern senden auch ein Signal an alle anderen (vermeintlichen) Gruppenangehörigen. Chemnitz bildet einen wichtigen Knotenpunkt für den Rechtsterrorismus, wie wir im Folgenden zeigen werden. Zudem zählen die Manifestation von Gebietsansprüchen, die Präsenz in der Öffentlichkeit etwa durch Demonstrationen und nicht zuletzt die Provokation zu den Mitteln der extremen Rechten heute. Dem neurechten Stichwortgeber Götz

Kubitschek nach ist die Konfrontation entscheidend, denn sie »störe und verunsichere den Gegner, sei authentisch und trage zur Selbstvergewisserung bei. Dabei führe sie die Rechte aus der Defensive in die Offensive« (Weiß 2017: 123).

Die Chemnitzer Szene als Unterstützungsstruktur für rechten Terror Als das Kerntrio des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) 1998 in Chemnitz untertauchte, fand es ein breites Unterstützungsnetzwerk in der Stadt vor. Der Strukturaufbau war seit den frühen 1990er Jahren bereits weit vorangeschritten. Insbesondere die Gruppe *Chemnitz Concerts 88* (CC88) war durch das ihr nahestehende *Blood & Honour*-Netzwerk überregional vernetzt. Mehrere Vertreter der Gruppe ermöglichten dem NSU schließlich ein Leben im Untergrund, das Trio bekam hier eine Schusswaffe, bis sie nach Zwickau zogen, von wo aus sie zehn Menschen ermordeten. Aus dem weiteren Umfeld des Kerntrios in Chemnitz leben viele Personen bis heute in der Stadt, manche von ihnen spielen auch weiterhin eine Rolle in der Szene. Die rechtsterroristische Gruppe *Sturm 34*, die sich hauptsächlich aus Mittelsachsen rekrutierte, zeigte in den darauffolgenden Jahren, dass der Nährboden für rechten Terror weiterhin vorhanden war: Die Gruppe, die auf ein Umfeld von bis zu 175 Personen zurückgreifen konnte, reichte bis in die Stadt Chemnitz hinein (vgl. ZEIT ONLINE 2012).

2018 bildete sich aus den Aufmärschen im Spätsommer heraus die rechtsterroristische Gruppe *Revolution Chemnitz*. Acht Neonazis hatten sich unter der Führung des heute 35-jährigen Christian K. in einer Telegram-Gruppe zusammengefunden, um gemeinsam bewaffnete Terrorakte zu begehen. Das bis zu ihrer Festnahme erklärte Ziel war ein Attentat am 3. Oktober 2018 in Berlin, das dem politischen Gegner in die Schuhe geschoben werden sollte, um so einen Bürgerkrieg zu provozieren (vgl. Jansen 2020). Nachdem einige der Männer bereits gemeinsam an den Aufmärschen am 27. August und 1. September teilgenommen hatten, trafen sie sich am 14. September 2018 auf einer Kundgebung von *Pro Chemnitz*, bei der sie teilweise Ordnerfunktionen erfüllten, um später gemeinsam im Rahmen einer »Bürgerwehr« zur Schlossteichinsel zu ziehen und dort Migrant:innen zu attackieren, bzw. Menschen, die sie als solche wahrnahmen. Kurz nach der Attacke konnte die Polizei einen Großteil der Mitglieder und einige Unterstützer auf der Schlossteichinsel festsetzen. In der kurz darauf erfolgten Auswertung ihrer Smartphones entdeckten die Beamt:innen die besagte Telegram-Gruppe mit den Anschlagplanungen und leiteten daraufhin Terrorermittlungen ein. Da die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen schnell übernahm, erfuhr die Gruppe ein unüblich gründliches und schnelles Verfahren, in dessen Folge auch die Mittäter von der Schlossteichinsel zum größten Teil zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt wurden. Alle acht Kerngruppenmitglieder zusammen brachten es bis zu ihrer Verhaftung auf insgesamt 478 Strafverfahren, der Spitzenreiter allein auf 151. Mindestens zwei von ihnen waren bereits Gegenstand von Ermittlungen gegen die 2007 verbotene Terrorgruppe *Sturm 34* gewesen (vgl. Grunert 2019).

Auch Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gab an, seinen Entschluss für den Mord auf einer Demonstration in Chemnitz gefasst zu haben. Dass die Terrorgruppen selbst nicht nur Produkt einer Vernetzung, sondern auch Teil dieser sind, beweisen Kontakte zwischen »Revolution Chemnitz«, der 2015 aufgehobenen bundesweit aktiven »Oldschool Society« (OSS) und dem Mörder Walter Lübckes in Kassel. So wohnte während der Zeit der Chemnitzer Aufmärsche ein aus Kassel stammendes Mitglied der OSS in Chemnitz, das enge Kontakte sowohl zu »Revolution Chemnitz« als auch zum Mörder Walter Lübckes pflegte.

Großaufmärsche 2018 als Ergebnis des Chemnitzer Netzwerks In den bereits eingangs thematisierten Großaufmärschen und Gewalttaten in Chemnitz Ende August und Anfang September 2018 spiegelt sich der jahrzehntelange Aufbau extrem rechter Strukturen und ihrer Netzwerke in Chemnitz wider. Nach dem Tod des 35-jährigen Daniel H. in der Nacht zum 26. August verbreitete sich die von Fehlinformationen gespickte Nachricht über die Umstände des Todes in sozialen Netzwerken innerhalb von Stunden. Mehrere Faktoren kamen hier zusammen, die gerade in Chemnitz zur Emotionalisierung taugten: Die Täter, auch wenn dies zu dem Zeitpunkt noch nicht bestätigt war, verortete man als Geflüchtete. Bürgerlich-rassistische Mobilisierungen hatte es in Chemnitz bereits seit knapp fünf Jahren gegeben und so bestanden mehrere Protestnetzwerke in Ortsteilen und Orten der Umgebung, in denen in den letzten Jahren Asylheime entstanden waren. Der Getötete war Fan des Chemnitzer FC und vielen Menschen seiner Generation bekannt. Dabei war der Mann mit einem kubanischen Vater und einer deutschen Mutter selbst von Rassismus betroffen gewesen (vgl. Litschko 2019). Extrem rechte Fangruppen schafften es in diesem Fall dennoch, eine Solidarisierung mit ihm glaubhaft zu vermitteln.

Nach Jahren der rassistischen Demonstrationen und nachdem die Welle rassistischer Mobilisierungen nach 2016 abgeebbt war, fiel der 26. August 2018 in eine Zeit der fortschreitenden Radikalisierung einzelner Gruppen. Das Jahr 2018 war bereits von einer enormen Aktivität der Neonazi-Szene geprägt gewesen. Nur eine Woche vorher hatten Neonazis um den als »Volkslehrer« bekannten Holocaust-Leugner Nikolai Nerling eine Kundgebung am Karl-Marx-Monument veranstaltet. Neonazistische Saalveranstaltungen, Vorträge und die erste Auflage des Kampfsport-Events Tiwaz zeugen davon, wie aktiv und handlungsfähig die Szene in den vorangegangenen Wochen und Monaten gewesen war. Neonazis fingen verstärkt an, sich auf einen gewalttätigen Kampf auf der Straße vorzubereiten, nachdem man bemerkte, dass die Proteste der Vorjahre gegen die Asylpolitik zwar Mobilisierungserfolge einbrachten, aber nicht die gewünschten Konsequenzen nach sich zogen. Dazu kam: Im nur 100km entfernten Mattstedt (Thüringen) wurde am Vortag eines der größten geplanten Rechtsrock-Events in der deutschen Geschichte verboten. Tausende Neonazis waren erwartet worden und viele von ihnen waren bereits in der Region. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Anlass der Mobilisierung für die extre-

me Rechte zu einem Zeitpunkt kam, an dem sowohl die Stimmung in der Szene als auch die Ressourcen einen Protest derartiger Qualität ermöglichten.

In der Stadt Chemnitz trafen der Anlass und der kurzfristig günstige Zeitpunkt schließlich auf lange gewachsene Strukturen. Die Hooligan-Gruppierung *Kaotic Chemnitz* nahm die Mobilisierung am ersten Tag in die Hand, bevor Parteien und rassistische Bündnisse sich überhaupt in Stellung bringen konnten. *Pro Chemnitz*, gewachsen aus der Neuen Rechten, verstand es bereits, taktisch zu agieren und griff die nach dem ersten Spontanaufmarsch weiter angeheizte Stimmung auf, um für den folgenden Montag sein Netzwerk zu aktivieren und den ersten Großaufmarsch auf die Beine zu stellen. Die Partei konnte damit eine große Menge rassistisch eingestellter Bürger:innen genauso mobilisieren wie gewaltsuchende Neonazis und Hooligans, die durch den Vortag, an dem es bereits zu Angriffen auf umstehende, als Migrant:innen gelesene Menschen gegeben hatte, eine Chance zur Eskalation sahen. Mit klarer Stoßrichtung: Pro-Chemnitz-Chef Martin Kohlmann legitimierte vor den etwa 6.000 Menschen am 27. August die Gewalttaten, die er als »Selbstverteidigung« bezeichnete.

Die bis hier hin beschriebenen Gruppen taten sich nach und nach zusammen und Bilder des Schulterschlusses zwischen u.a. der AfD und der Neonaziszene entstanden. Zu den lokalen Teilnehmenden kam schließlich am 27. August und 1. September das Who-is-Who der deutschsprachigen extremen Rechten nach Chemnitz: Die Bundesspitzen von NPD, III. Weg und Die Rechte, Martin Sellner als Kopf der *Identitären Bewegung*, Vertreter von Burschenschaften, Kameradschaften wie den *Skinheads Sächsische Schweiz*, die Führung von *Pegida* aus Dresden, extrem rechte Heimatvereine aus dem Erzgebirge, Multiaktivisten wie Tommy Frenck und Patrick Schröder und schließlich am 1. September auch zahlreiche Abgeordnete der AfD, die gemeinsam mit *Pro Chemnitz*, bundesweiten Hooligan- und Neonazi-Größen und dem späteren Mörder von Walter Lübcke um den Innenstadtring marschierten. Dass man hier ein Fanal erwartet hatte, das die Stellung der extremen Rechten in Deutschland nachhaltig verändern sollte, merkte man nicht zuletzt daran, dass der neurechte Vordenker Götz Kubitschek gar mit seiner Familie angereist war. Im Umfeld der Demonstrationen wurden Journalist:innen, Gegendemonstrant:innen, als Migranten gelesene Menschen sowie zwei persische und ein jüdisches Restaurant angegriffen. Insgesamt zählte die Opferberatungsstelle RAA 64 rechte Angriffe (vgl. RAA Sachsen e.V. 2019), die Dunkelziffer liegt vermutlich höher. *Pro Chemnitz* versuchte seine Aufmärsche in der Folge wöchentlich fortzuführen, allerdings schiefen sie zum Jahresende hin ein. Dennoch brachten die Aufmärsche einen nachhaltigen Gewinn für die Szene. Sie sind nicht nur Ausdruck eines sich über Jahre weitgehend ungestört entwickelten Netzwerks, sondern auch Ausgangspunkt weiterer Vernetzung und wie bereits thematisiert von terroristischen Gewalttaten.

Neue Siedler, neue Gruppen Zu den Folgen der Massenmobilisierungen von 2018 gehört unter anderem die gewachsene Attraktivität der Stadt für Neonazis aus anderen Regionen. Durch den Zuzug rechter Akteure nach Chemnitz verlagern sich immer wieder Knotenpunkte des bundesweiten extrem rechten Netzwerks in die Stadt. Chemnitz genießt in der rechten Szene einen Ruf als guter Ort, um ein ungestörtes Leben führen und politisch wirken zu können. Spätestens seit 2018 hat sich dieser Mythos festgesetzt. Man erhofft sich wenig zivilgesellschaftlichen Gegenwind und Behörden, die die Szene in Ruhe lassen. Die durch die *Freien Sachsen* und andere Gruppierungen bereits geschaffenen Strukturen bieten Neuankömmlingen offenbar Anknüpfungspunkte.

Mit der Ansiedlung westdeutscher Neonazikader über die völkische Siedlungsinitiative *Zusammenrücken* ist die Tendenz des rechten Zuzugs in die Region wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Initiative propagiert die koordinierte Umsiedlung westdeutscher Neonazis in ostdeutsche Regionen mit geringem Anteil ausländischer Migrant:innen, um so das »deutsche Volk« vor dem Aussterben zu bewahren. Die Ideologie der völkischen Siedlerinnen und Siedler dreht sich um die »kulturelle Weitergabe vermeintlich deutschen Brauchtums« (Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen 2020: 5). Der »Glaube an eine angeblich naturgebundene Rollenverteilung der Geschlechter sowie der Ruf nach Wehrhaftigkeit« (ebd.) seien weitere zentrale Elemente. Die Initiative verspricht Neonazis jeder Couleur, sie je nach Vorliebe sowohl in die Städte als auch in Dorfgemeinschaften zu vermitteln. Auch der Ex-Dortmunder und nun *Freie Sachsen*-Aktivist Michael Brück bekennt sich zu *Zusammenrücken*.

Im Raum Chemnitz sind völkische Siedler jedoch kein neues Phänomen: Dreh- und Angelpunkt der völkischen Siedlungsbewegung im Chemnitzer Raum ist der Volkstanzkreis Chemnitz bzw. Mitteldeutscher Volkstanzkreis. Die Vereinigung trifft sich besonders zu traditionellen und heidnischen Festtagen auf einem Vierseitenhof im Lunzenauer Ortsteil Cossen. Der Inhaber des Hofes organisierte unter anderem 2017 eine 30-Jahr-Feier des völkischen Jugendbunds *Sturmvogel* im örtlichen Gasthof (vgl. Sächsischer Landtag 2017). In Chemnitz gründete sich 2020 außerdem eine Ortsgruppe der neurechten *Identitären Bewegung* (IB), die sich *Festung Chemnitz* (ehem. *Patriotisches Bollwerk Chemnitz*) nennt. Beschränkten sich ihre Aktivitäten anfangs auf Propagandaaktionen, beteiligt sich die Gruppe heute aktiv an Protesten von »Chemnitz steht auf« und gegen Geflüchtete im Ortsteil Einsiedel. Die Gruppe bewegt sich dabei in einem bundesweiten Netzwerk neuerer IB-Gruppen, die die eigentlich schon totgesagte Organisation zu reaktivieren versuchen. Mittlerweile haben sich vor allem die beiden *Festung*-Mitglieder Vincenzo Richter und ein weiteres Mitglied exponiert und präsentieren sich bei überregionalen Vernetzungsevents, teils sogar öffentlich unter Klarnamen. Welche Rolle speziell Richter mittlerweile spielt, zeigt sich in der Gründung einer eigenen Immobilien-

firma, die Richter 2022 gemeinsam mit dem Bundesführer der IB, Phillip Thaler, aus der Taufe hob (vgl. Eumann/Müller 2023).

Innerhalb der extrem rechten Szene ist in den vergangenen zehn Jahren die Tendenz zum Erwerb von Immobilien gewachsen. In Chemnitz verfügt die Szene mit dem »Nationalen Zentrum« an der Markerdorfer Straße 40, einem Objekt an der Frankenberger Straße 227 und dem Zentrum der *Freien Sachsen* in der Brauhausstraße 6 über drei eigene Immobilien. Das Objekt in der Markersdorfer Straße wurde 2011 vom Rechtsrockhändler Yves Rahmel erworben und beheimatet heute dessen Ladengeschäft und Musiklabel PC Records. Ehemals diente das Haus als Treffpunkt für die Kameradschaft *Nationale Sozialisten Chemnitz* und später als Stützpunkt der *Jungen Nationalisten*. Das Haus an der Frankenberger Straße 227 wurde 2013 von drei Männern aus dem Rockermilieu erworben, die teilweise über Verbindungen in die Rechtsrock-Szene verfügen. Zwischenzeitlich befand sich in dem Haus neben einem Kampfsportstudio ein Treffpunkt, der mutmaßlich einer Fußball-Fangruppe zuzuordnen war. Ein Treffpunkt namens »Biker Bar Germania« im Hinterhaus und die offiziellen Adressen des mittlerweile aufgelösten *Sport und Bildung e.V.* sowie der mittlerweile zum Versandhandel der *Freien Sachsen* umfirmierten *Chemnitzer Immobilien Gemeinschaft UG* zeigen die Bedeutung des Hauses und des Zusammentreffens unterschiedlicher extrem rechter Milieus. Die Immobilie Brauhausstraße 6 dient vor allem den *Freien Sachsen* als Organisationsbasis und Anlaufpunkt für Veranstaltungen.

Das Stadion als Politisierungsmotor Eine wichtige Rolle für die extreme Rechte in Chemnitz spielt der Fußball. Innerhalb der Fanszene des Chemnitzer FC kommt es immer wieder zu Gruppenneugründungen, wohl auch, um sich staatlicher Repression zu entziehen. Während sich die Gruppe *NS-Boys* am 20. April 2019 offiziell auflöste, stellte die Gruppe *Kaotic* ihre Aktivitäten ohne offizielle Erklärung ein, auch ihre Facebook-Seite existiert nicht mehr. *Kaotic* hatte 2018 zum ersten Spontanaufmarsch nach dem Tod von Daniel H. aufgerufen, aus dem es immer wieder zu Angriffen auf Menschen im Innenstadtbereich kam, die die Teilnehmenden für Geflüchtete hielten. An *Kaotic* werden der Netzwerkcharakter der Szene sowie die Überschneidungen zwischen verschiedenen Chemnitzer Gruppen besonders deutlich: So gibt es nicht nur Überschneidungen zu den *NS-Boys*, den *Nationalen Sozialisten Chemnitz*, zum *Rechten Plenum* und zu *Pro Chemnitz*. Einige der Mitglieder spielten auch bei der Fangruppe *Raum* eine Rolle, die 2018 gegründet worden war. Ende 2022 gründete sich schließlich eine neue Fangruppierung namens *Kamenica Furor*. Auch hier spielen wieder bekannte Neonazis eine Rolle, die teilweise schon vor der Gründung mit einem Stadionverbot belegt waren.

So diffus die Gruppen nach außen scheinen, so stabil ist die Szene an sich: Zahlreiche ranghohe Mitglieder der rechten Fangruppen sind seit weit über 10 Jahren dabei. Damit geht auch ein Netzwerk extrem rechter Fan- und Hooligan-Gruppen ein-

her. Besonders enge Beziehungen werden in die Fanszene des FC Energie Cottbus gepflegt, wo ebenfalls mehrere extrem rechte Gruppen vertreten sind. (Ehemalige) Mitglieder von *Kaotic* und *Kamenica Furor* nehmen immer wieder auch an Demonstrationen teil, wie z.B. der großen Querdenken-Demonstration im November 2020, bei der aus einem Hooligan-Block verschiedener Vereine heraus die Polizei angegriffen wurde (vgl. Ford 2020). Politische Bündnisse ansonsten verfeindeter rechter Fangruppen sind auch regional zu beobachten: Als 2021 eine antifaschistische Demonstration an einer bei Neonazis beliebten Fankneipe am Chemnitzer Stadion vorbeizog, standen rechte Anhänger des FC Erzgebirge Aue mit Neonazis aus der Fanszene des FSV Zwickau und des Chemnitzer FC gemeinsam davor (vgl. Grunert/Lang 2022: 15). Dass Ultra- und Hooligan-Gruppen ihr Netzwerk weit über die eigene Fanszene hinaus aufspannen, zeigte 2019 die Beerdigung von Thomas Haller, Gründer der Gruppe *HooNaRa* (Hooligans Nazis Rassisten). Haller galt über Jahre als eine der einflussreichsten Personen in der Fanszene und im Chemnitzer Security-Milieu. Zu seiner Beisetzung erschienen hunderte Hooligans, organisierte Neonazis und Rocker aus dem gesamten Bundesgebiet, um in einem langen Trauermarsch zu Hallers Grab zu ziehen. Dass Haller zuvor im Stadion in einer Gedenkminute gedacht worden war, zeigt darüber hinaus die Bedeutung, die seine Person weit über extrem rechte Gruppen hinaus hatte. Teile der Fanszene des Chemnitzer FC können als wichtigster Politisierungsmotor der Chemnitzer Neonazi-Szene gesehen werden. Die Fanszene zieht fortlaufend viele junge Leute an, während die demokratisch orientierte und antirassistische Fanarbeit defizitär bleibt. So haben mehrere extrem rechte Fangruppen die Möglichkeit, auf niedrigschwelliger Basis – dem Engagement für die Fanszene – Beziehungen aufzubauen und eine aktivistische Grundhaltung zu vermitteln. Diese lässt sich daraufhin mit gemeinsamen Besuchen bei Demonstrationen und anderen rechten Veranstaltungen in politischen Aktivismus überführen.

Rechtsrock Rechtsrock gilt als prägend für die politische Haltung und den Alltag der Szeneangehörigen (vgl. Dornbusch/Raabe 2002). Wenn es darum geht, zu verstehen, wie extrem rechte Netzwerke entstehen und funktionieren, ist wiederum der Blick in die Rechtsrockszene von zentraler Bedeutung. In diesem Milieu bestehen die wohl längsten Kontinuitäten von Gruppen und Netzwerken. Da sich neonazistische Konzerte in aller Regel außerhalb des öffentlichen Raums ereignen, bieten sie einen regelmäßigen Anlass zur informellen Vernetzung und zum Austausch in geschützten Räumen. Neonazistische Musik bietet darüber hinaus genau wie andere subkulturelle Betätigungen wie etwa der Fußball einen niedrigschwelligen Einstieg in die extreme Rechte.

In Chemnitz besteht seit den 90er-Jahren eine aktive Rechtsrock-Szene mit starken Verbindungen in das militante Neonazi-Netzwerk *Blood & Honour*. Die Chemnitzer Band *Front 776*, früher unter fast identischer Besetzung als *Blitzkrieg*

bekannt, spielte mehrmals auf Konzerten des internationalen *Blood-&-Honour*-Netzwerks und entstammt der Hooligan-Gruppe *HooNaRa*. Auch die Rechtsrockbands *Heiliges Reich* (Chemnitz/Mittelsachsen) und *Pionier* (Chemnitz) können nicht losgelöst von anderen extrem rechten Milieus betrachtet werden: Auch sie nahmen in der Vergangenheit an neonazistischen Aufmärschen teil und sind über die Musikszene hinaus vernetzt. *Pionier* unterlegten einen Song ihres ersten Albums mit einer Rede von Joseph Goebbels. Produziert wurde das Album von PC Records. Das Chemnitzer Label ist einer der bundesweit aktivsten Produzenten neonazistischer Musik und Ausweis der bundes- und weltweiten Vernetzung sowie der unternehmerischen Infrastruktur der Szene. Der langjährige Betreiber und heutige Mitarbeiter Yves Rahmel verfügt durch seine Rolle in der Rechtsrockszene, dem Kampfsportmilieu und seine Nähe zu den *Jungen Nationalisten* über weitreichende Kontakte im In- und Ausland und zählt zu den wichtigsten Szenegrößen der Region. PC Records genießt in der Szene einen Ruf als integrierender Szenehändler und tritt als Sponsor neonazistischer Events wie etwa dem *Tiwaz* auf (vgl. Exif Recherche 2019).

Neurechte Mobilisierungsstrategien Chemnitz wurde schon früh zu einem Experimentierraum neuer extrem rechter Aktionsformen. Sinnbildlich stehen dafür die »konservativ-subversiven Aktionen«, die der neurechte Verleger und Vordenker der Neuen Rechten, Götz Kubitschek, unter anderem gemeinsam mit Personen aus dem Umfeld der *Blauen Narzisse* in Chemnitz durchführte. Das Ziel der Aktionen war es, einen vermeintlich linken Konsens zu durchbrechen und mit geringem Aufwand eine große mediale Reichweite zu erzielen. Die Aktionsform gilt als Vorbild der späteren Aktionen der *Identitären Bewegung* in Deutschland (vgl. Begrich 2017).

Kubitschek, Gründer des neurechten *Instituts für Staatspolitik* (IfS), verfügt insbesondere über Benedikt Kaiser, Autor in Kubitscheks Verlag *Antaios* und langjähriger Lektor, über beste Verbindungen nach Chemnitz. Kaiser war vor einigen Jahren noch im Chemnitzer Kameradschaftsumfeld beheimatet und propagiert heute einen »solidarischen Patriotismus« (so ein Buchtitel) im neurechten Gewand. Heute ist er Mitarbeiter eines AfD-Abgeordneten im Bundestag (vgl. Schindler 2023). Kubitscheks Verbindungen reichen darüber hinaus bis ins bürgerliche Milieu. So referierte Frank-Lothar Kroll, Professor an der TU Chemnitz, 2012 beim »Berliner Kolleg« des *Instituts für Staatspolitik* gemeinsam mit Szenegrößen wie Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann⁵. Die Initiative *Einprozent*, die heute maßgeblichen Einfluss auf politische Debatten nicht nur innerhalb der AfD hat, förderte darüber hin-

5 Vgl. <https://staatspolitik.de/category/chronik/>, archiviert unter <https://archive.is/wa8MU> (29.03.2023). Kroll distanzierte sich später glaubhaft und entschuldigte seine Vorträge dort mit Naivität, aber gerade diese Naivität in »konservativ-bürgerlichen« Kreisen bestätigt die Normalisierungsstrategie des Instituts.

aus als eines ihrer allerersten Projekte die rassistischen Proteste in Chemnitz-Einsiedel 2015. Insbesondere in der Neuen Rechten in Chemnitz gab es dabei nie eine Distanz zum Neonazismus: Chemnitzer Kameradschafter kandidierten beispielsweise gemeinsam mit Personen aus der oben bereits behandelten *Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz* für *Pro Chemnitz*.

Verschwörungsideologische Proteste in Chemnitz Zu Beginn der Pandemie waren es auch *Pro Chemnitz*, die in der Stadt die ersten Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie organisierten. Später übernahm dies die neu gegründete Initiative *Chemnitz steht auf*. Die Ausdifferenzierung verschiedener Protestgruppen kann als Folge von 2018 gesehen werden. Während der Versammlungseinschränkungen überwogen unangemeldete Märsche, nicht selten verbunden mit einem Katz- und Mausspiel mit der Polizei. Seit Wegfall der Beschränkungen meldet die Initiative ihre montäglichen Proteste an. Während die *Freien Sachsen* die Proteste derzeit nur noch bewerben, versucht die *AfD* vermehrt Präsenz zu zeigen. Auch die verschwörungsideologisch geprägte Kleinstpartei *Die Basis* ist am Rande der Proteste aktiv und baut jede Woche einen Infostand an der Route auf. Die heutigen Proteste bestehen nur vereinzelt aus Personen mit extrem rechter Vita und sind aufgrund einer hohen Fluktuation einzelner Teilnehmendengruppen schwer zu überblicken. Genau diese Heterogenität bildet wiederum einen (potenziellen) Resonanzraum für neurechte Mobilisierungsstrategien (wie aktuell am dominanten Auftreten der Chemnitzer *IB* zu beobachten), die mit jeder Krise in der Stadt die Eskalation ein Stückchen weiter zu drehen versuchen. Denn in den Augen von Kubitschek muss »der Riss noch tiefer« werden (zit. in Stegemann/Musyal 2020: 222).

4 Fazit

In diesem Beitrag haben wir aufgezeigt, wie heterogen, vernetzt und aktiv die extreme Rechte in Chemnitz ist. Mit den Stichworten Agilität, Heterogenität und Bewegungsorientierung sind zentrale Charakteristika der Entwicklung der extremen Rechten weltweit benannt, die sich in Chemnitz wie in einem Brennglas zeigen. Mit dem Begriff Agilität verweisen wir auf die organisatorische, strukturelle und personelle Fluktuation in der Szene. Gruppierungen lösen sich bei Repressionsdruck auf, gründen sich in abgewandelter Form oder unter neuem Namen neu (siehe die Hooligan-Gruppierungen) und bilden, wie im Falle der *Freien Sachsen* exemplarisch wird, weniger starre, traditionelle Partei- als vielmehr agile Netzwerkstrukturen aus. Die Unterscheidung zwischen »alten« und »neuen« Rechten greift dabei zu kurz, insgesamt ist von einer breit gefächerten Szene mit mal mehr, mal weniger explizit an den theoretisch-strategischen Überlegungen der Neuen Rechten geschulten Konzepten zu sprechen. Diese Heterogenität der Szene bildet sich auch im breiten subkultu-

rellen Angebot und der Anschlussfähigkeit an verschiedene Milieus in der Stadt ab. So ergibt es sich, dass Putinverehrer*in, Neonazi, Hooligan, Querdenker*in, Esoteriker*in und Neurechte*r Aktivist*in immer wieder, wenn auch nicht immer in derselben Konstellation, zusammenfinden. Besonders gut gelang dies in den Jahren 2021–2022 wiederum den *Freien Sachsen*. Hierin zeigt sich schließlich die Bewegungsorientierung zentraler Akteure der extremen Rechten in Sachsen. Anstatt »nur« auf die Schulung und Festigung elitärer Kaderstrukturen zu setzen, zielen sie darauf ab, die Stimmung in der Stadt zu prägen, einen Kulturwandel herbeizuführen und letztlich so – natürlich »im Namen des Volkes« – die ihnen verhasste Demokratie zu beseitigen.

Literatur

- Begrich, David (2017): »Ästhetische Mobilmachung – Zur Strategie politischer Kommunikation der neurechten Identitären«, in: monitor 78. Berlin: apabiz, <https://www.apabiz.de/2017/aesthetische-mobilmachung-zur-strategie-politischer-kommunikation-der-neurechten-identitaeren/> vom 29.03.2023.
- Blee, Kathleen; Latif, Mehr (2020): »Sociological survey of the far right«, in: Stephen Ashe; Joel Busher; Graham Macklin; Aaron Winter (Hg.): *Researching the Far Right. Theory, Method and Practice*, New York: Routledge, S. 45–59.
- Brichzin, Jenni; Laux, Henning; Bohmann, Ulf (2022): *Risikodemokratie. Chemnitz zwischen rechtsradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt*. Bielefeld: transcript.
- derfluegel.de (ohne Jahr): »Unterzeichnerliste: Landesverband Sachsen«. Archiviert unter <https://web.archive.org/web/20150427192347/http://derfluegel.de/3-unte-rzeichnerliste-landesverband-sachsen/>
- Dornbusch, Christian; Raabe, Jan (2002): *RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien*, Münster: Unrast-Verlag.
- Eumann, Jens; Müller, Michael (2023): »Identitäre« gründen Firma in Chemnitz«, in: Freie Presse vom 30.01.2023, Seite 2.
- Exif Recherche (2019): »Tiwaz« 2019: Neonazis & Hooligans trainieren für Straßenkampf & »Tag X«, <https://exif-recherche.org/?p=6105> vom 29.03.2023.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): *Digitaler Faschismus: Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin: Duden Verlag.
- Ford, Matt (2020): »Neonazi-Hooligans und Corona-Proteste«, DW Online, <http://www.dw.com/de/neonazi-hooligans-und-corona-proteste/a-56011476> vom 29.03.2023.
- Freie Presse (2020): Oberbürgermeister-Kandidat Ulrich Oehme: »Es wird ein beschwerlicher Weg« vom 08.09.2020, <https://www.freiepresse.de/chemnitz/o>

- berbuergermeister-kandidat-ulrich-oehme-es-wird-ein-beschwerlicher-weg-artikel11065990 vom 29.03.2023.
- Gessenharter, Wolfgang (1993): *Kippt die Republik? – Die neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*. München: Knaur.
- Grunert, Johannes (2019): »Revolution Chemnitz: Schlecht geplant, doch fest entschlossen«, in: ZEIT ONLINE Störungsmelder, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/09/30/revolution-chemnitz-schlecht-geplant-doch-fest-entschlossen_29076 vom 29.03.2023.
- Grunert, Johannes; Lang, Anna-Louise (2022): *Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis*. EFBI Policy Paper 2022–3. Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung.
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen (Hg.) (2020): *Naturliebe und Menschenhass – Völkische Siedler:innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern*. Erfurt.
- Jansen, Frank (2020): »Prozess gegen »Revolution Chemnitz«: Militante Rechtsextremisten zu Haftstrafen verurteilt«, <https://www.tagesspiegel.de/politik/militante-rechtsextremisten-zu-haftstrafen-verurteilt-4155625.html> vom 29.03.2023.
- Kiess, Johannes (2023): »Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung«, in: Oliver Decker; Fiona Kalkstein; Johannes Kiess (Hg.): *Demokratie in Sachsen. Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022*, Leipzig: edition überland, S. 79–95.
- Langebach, Martin; Raabe, Jan (2016): »Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Fabian Virchow; Martin Langebach; Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden: Springer, S. 561–592.
- Litschko, Konrad (2019): »Brüchiger Frieden in Chemnitz«, in: taz online vom 17.03.2019, <https://taz.de/Prozess-um-Messerstiche-gegen-Daniel-H/!5577860/> vom 29.03.2023.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*. Cambridge: Polity Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *What Is Populism?* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Müller, Michael (2019): »Gerangel am rechten Rand«, in: Freie Presse, archiviert unter <https://web.archive.org/web/20190518054352/https://www.freiepresse.de//chemnitz/gerangel-am-rechten-rand-artikel10519191>
- Pirro, Andrea L. P. (2023): *Far Right: The Significance of an Umbrella Concept. Nations and Nationalism* 29(1): 101–112.
- Primoratz, Igor (2004): *Terrorism: The Philosophical Issues*. Basingstoke: Palgrave/Macmillan.
- RAA Sachsen e.V. (2019): *Pressemitteilung zur Statistik 2018*, <https://www.raa-sachsen.de/support/pressemeldungen/pressemitteilung-zur-statistik-2018-3834> vom 29.03.2023.

- Rippl, Susanne; Seipel, Christian (2022): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse. Stuttgart: Kohlhammer.
- Röpke, Andrea; Speit, Andreas (2019). Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin: Ch. Links.
- Sächsischer Landtag (2017): Feier des völkischen Jugendbundes »Sturmvogel« in Cossen (Landkreis Mittelsachsen), Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 6/10836, Dresden.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern (2017): Verfassungsschutzbericht 2017. Dresden: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen.
- Schindler, Frederik (2023): »AfD-Abgeordneter im Bundestag beschäftigt langjährigen Neonazi«, in: WELT vom 29.05.2023, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus245569766/AfD-Abgeordneter-Pohl-beschaeftigt-langjaehrigen-Neo-nazi-Benedikt-Kaiser.html> vom 02.06.2023.
- Schönekäs, Klaus (1990): »Bundesrepublik Deutschland«, in: Frank Greß; Hans-Gerd Jaschke; Klaus Schönekäs (Hg.): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 218–349.
- Sontheimer, Kurt (1964): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik: Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München: dtv.
- Stegemann, Patrick; Musyal, Sören (2020): Die rechte Mobilmachung. Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen. Berlin: econ.
- Waldmann, P. (2011): Terrorismus – Provokation der Macht. Hamburg: Murmann.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte: die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wölk, Volkmar (2017): »Neue Rechte«, in: Klaus Ahlheim; Christoph Kopke (Hg.): Handlexikon Rechter Radikalismus, Ulm: Klemm + Oelschläger, S. 102–104.
- ZEIT ONLINE (2012): »Sturm-34-Neonazis erhalten Bewährungsstrafe«, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-06/neonazis-sturm-mittweida> vom 29.03.2023.

Europäische und globale Schlaglichter auf die »neue« Rechte

»Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde«

Zur Bedeutung des Antisemitismus in der Neuen Rechten: Perspektiven für die politische Bildungsarbeit

Christoph Wolf

Antisemitismus ist konstitutiver Bestandteil rechtsextremer Weltbilder. Die sogenannte Neue Rechte als eine lose Strömung innerhalb des Rechtsextremismus stellt hier auf den ersten Blick eine Ausnahme dar. Sie beruft sich zuvorderst auf Vertreter der Konservativen Revolution der Weimarer Republik wie Carl Schmitt und ist gleichzeitig um Abgrenzung zur nationalsozialistischen Ideologie bemüht (vgl. Salzborn 2018: 74ff.). Mit dieser Abgrenzung geht implizit wie explizit eine Distanzierung von Antisemitismus einher. Themen wie Islam, nationale Identität und Einwanderung hingegen gewinnen – spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 – in der medialen Inszenierung der Neuen Rechten immer mehr an Bedeutung (vgl. Grimm/Kahmann 2017: 41). Verliert der Antisemitismus als ideologischer Bezugspunkt innerhalb der extremen Rechten also an Bedeutung?

Im folgenden Beitrag wird die These vertreten, dass Antisemitismus entgegen der medialen Selbstdarstellung und Inszenierung sehr wohl ein zentraler, ideologischer Bezugspunkt der Neuen Rechten darstellt. Hierzu wird in einem ersten Schritt Antisemitismus definiert und insbesondere auf jene Erscheinungs- und Ausdrucksformen eingegangen, die in der Neuen Rechte von besonderer Bedeutung sind. In einem zweiten Schritt wird die Ausgangsthese empirisch unterfüttert, indem verschiedene Untersuchungen zu neurechten Medien und zur Rolle der AfD als parlamentarischer Arm der Neuen Rechten analysiert und eingeordnet werden. In einem letzten Schritt werden Überlegungen für die Aus- und Weiterbildung von pädagogischem Fachpersonal der formalen und non-formalen Bildung im Hinblick auf die Ideologie der Neuen Rechten formuliert.

1 Facetten des Antisemitismus

Unter Antisemitismus werden feindselige Vorstellungen gegenüber Jüdinnen, Juden und dem Judentum generell verstanden, die sich in Einstellungen, Bildern,

Ideologien, Mythen und Handlungen manifestieren und darauf abzielen, Jüdinnen und Juden auszugrenzen, zu vertreiben und zu töten. Diese Vorstellungen können sich zu einer antimodernen Ideologie verdichten, in der Jüdinnen und Juden für komplexe soziale und gesellschaftliche Ereignisse und Wandlungsprozesse verantwortlich gemacht werden (vgl. Rensmann/Schoeps 2008: 12). Ein Kennzeichen des Antisemitismus ist seine Adaptionfähigkeit an sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen. Es lassen sich idealtypisch unterschiedliche Erscheinungsformen von Antisemitismus ausmachen, die in der Realität parallel und in Mischformen auftreten. In der Forschung kann zwischen einem religiös begründeten Antijudaismus, einem pseudowissenschaftlich begründeten Rassenantisemitismus, einem bezüglich der Shoah auf Schuldabwehr und -relativierung beruhenden sekundären Antisemitismus sowie einem israelbezogenen Antisemitismus, bei dem antisemitische Vorstellungen auf Israel und seine Bewohner:innen projiziert werden, unterschieden werden (vgl. Troscke/Becker 2019). Die beiden letzteren Varianten gelten aktuell als besonders virulent (vgl. Kies et al. 2020) und sind auch für die Neue Rechte von besonderer Bedeutung. Gleiches gilt für antiglobalistische und verschwörungstheoretische Konzepte, die sich aus der Ablehnung der Neuen Rechten gegenüber dem Liberalismus und der Moderne erklären und an klassische, antisemitische Stereotype und Topoi anknüpfen (vgl. Wölk 2020: 180).

Beim sekundären Antisemitismus handelt es sich im Kern um eine Form der Erinnerung-, Verantwortungs- und Schuldabwehr. Diese zielt darauf ab, die Shoah sowie die damit verbundenen Schuldgefühle zu vergessen, zu relativieren oder zu externalisieren. Dahinter verbirgt sich das primäre Bedürfnis einer positiven Identifikation mit dem nationalen Kollektiv. Da das Motiv der Abwehr von Schuld und Erinnerung im Vordergrund steht, wird mittlerweile der Begriff des Schuldabwehr-Antisemitismus bevorzugt. Jüdinnen und Juden werden bei dieser Erscheinungsform als Störenfriede abgewertet, die (allein durch ihre Existenz) ein Vergessen und damit eine positive Identifikation mit der Nation verhindern (vgl. Adorno 2019). Pointiert ausgedrückt handelt es sich dabei um einen Judenhasse »nicht trotz, sondern wegen Auschwitz« (Salzborn 2020: 143f.). Dabei werden Jüdinnen und Juden antisemitische Stereotype wie Rachsucht, Gerissenheit und Gier unterstellt. Dies äußert sich etwa in der Relativierung der Shoah und ist durch eine Täter-Opfer-Umkehr geprägt, in der Jüdinnen und Juden aufgrund ihrer vermeintlichen Eigenschaften eine Mitschuld an der Shoah gegeben oder ihnen unterstellt wird, sie instrumentalisierten die Shoah für eigene Zwecke. Begleitet werden diese Argumentationsfiguren von Schlussstrichforderungen, die sich in typischen Formulierungen wie die »Deutschen haben ihre Schuld abgeleistet« widerspiegeln.

Schuldabwehr-Antisemitismus kann sich auch über antisemitische Projektionen auf den Staat Israel Bahn brechen. Durch eine Gleichsetzung israelischer Politik mit der Politik des Nationalsozialismus erscheinen Jüdinnen und Juden beispielsweise als Täter:innen, womit eigene Schuldgefühle relativiert und externalisiert

werden können (vgl. Beyer 2015: 584). Israelbezogener Antisemitismus beschreibt allgemein die Projektion und Übertragung antisemitischer Stereotype, Vorurteile und Ressentiments auf den jüdischen Staat Israel. Neben der Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus erscheint Israel bei dieser Form des Antisemitismus als brutal, hinterhältig und unversöhnlich, als »Jude unter den Staaten« (Léon Poliakov), unabhängig davon, wie er oder seine Bürger:innen handeln. Damit gehen Unterstellungen einher, wie Israel »beherrscht heimlich die Welt«, »ermordet palästinensische Kinder« oder »vergiftet Trinkwasserbrunnen«. Mit diesen Anschuldigungen wird unmittelbar auf klassische antisemitische Mythen zurückgegriffen. Derartige Dämonisierungen werden in aller Regel von Delegitimierungen begleitet, die Israel das Existenzrecht absprechen (vgl. Salzborn 2019a).

Antisemitismus, insbesondere in seiner modernen Form als Welterklärungs-ideologie, tritt zudem vermehrt im Kontext von antimodernen Polemiken zutage und ist durch eine Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse charakterisiert (vgl. Kahmann 2016). Jüdinnen und Juden erscheinen auch hier als hinterhältig, raffgierig, mächtig, geizig, zersetzend oder dekadent und werden für ökonomische und gesellschaftliche Krisen und Wandlungsprozesse verantwortlich gemacht. Reinhard Rürup sieht hierin ein »Erklärungsmodell für die nicht verstandenen Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft«, das »Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Krise der Gegenwart« anbietet. In diesem Sinne stellt der moderne Antisemitismus ein »Zerrbild« einer Gesellschaftstheorie dar (Rürup 2016: 115). Für Samuel Salzborn (2019: 78f.) appelliert die Personalisierung »an ein Gesellschaftsverständnis, das abstrakte Strukturen nicht begreift, dafür aber konkrete Menschen in die Verantwortung für ein System nehmen möchte, das zugleich als anonym und unfassbar verklärt wird«. In rechts-extremen Kontexten, aber nicht nur hier, werden diese Vorstellungen von einer Unterscheidung in ein gutes, »schaffendes« Industriekapital und ein schlechtes, »raffendes« und damit »jüdisches« Finanzkapital begleitet. Empirisch ist hierbei eine »Tendenz zur metaphorischen Naturalisierung« festzustellen (ebd. 79), d.h. derartige Gesellschaftsanalysen greifen auf Tiermetaphern wie »Heuschrecke« oder apokalyptisch Weltuntergangsszenarien zurück. Die Moderne, die durch Jüdinnen und Juden repräsentiert wird, erscheint hier als dekadent und gefährdet die »natürliche« Ordnung. Verschwörungstheoretisches Denken spielt dabei eine zentrale Rolle, weil Verschwörungstheorien und Antisemitismus in ihren Strukturprinzipien identisch sind. Die Welt wird in beiden Konzepten in Gut und Böse unterteilt und den Protagonist:innen wird Heimlichkeit, Hinterhältigkeit und unendliche Macht unterstellt (vgl. Butter 2018: 160ff.).

Bei den hier idealtypisch beschriebenen Erscheinungs- und Ausdrucksformen handelt es sich, unabhängig davon, in welchem politischen Spektrum sie geäußert werden, stets um Antisemitismus, der milieuübergreifend als gesamtgesellschaftliches Phänomen empirisch belegbar ist (vgl. Kies et al. 2020). Dennoch besitzt An-

tisemitismus als antiuniversalistische Ideologie eine besondere Bedeutung für den Rechtsextremismus und die Neue Rechte. Letztere greift dabei auf die Strategie der »Metapolitik« zurück. Darunter wird die Absicht verstanden, den gesellschaftlichen Diskurs im vopolitischen Raum zu beeinflussen. In diesem Sinne versucht die Neue Rechte in die Mitte der Gesellschaft hinzuwirken bzw. gesellschaftliche Stimmungen aufzugreifen und nach rechts zu verschieben.

Im Bericht des Bundesverfassungsschutzes heißt es, Antisemitismus sei »kein ideologisches Grundmerkmal der Neuen Rechten« (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020: 15). Dieser Einschätzung ist jedoch nur dann zuzustimmen, wenn der *latente* Antisemitismus der Neuen Rechten und ihre Argumentationslogiken ignoriert werden. Die Arbeiten von Werner Bergmann und Rainer Erb sind für die Analyse eines latenten Antisemitismus wegweisend (vgl. Bergmann/Erb 1986), wobei die Autoren zwischen einer psychologisch begründeten *Bewusstseinslatenz* und einer systemtheoretischen *Kommunikationslatenz* unterscheiden. Ersteres bezeichnet dabei Formen des Antisemitismus, die den Subjekten gar nicht bewusst sind, weil sie ihn beispielsweise verdrängen. Letztere verfestigte sich nach 1945 in der noch jungen Bundesrepublik. Offener Antisemitismus galt nach der Shoah als Tabu u. a. um eine Integration in die westliche Staatengemeinschaft zu sichern. Dennoch war der Antisemitismus aus den Köpfen der deutschen Bevölkerung nicht verschwunden. Laut den Autoren bestehen nun zwei Möglichkeiten, die Kommunikationslatenz zu umgehen: einerseits durch die »Kommunikation in Konsensgruppen«, also beispielsweise innerhalb einer rechtsextremen Gruppierung, andererseits durch die Nutzung von *Umwegkommunikation*. Diese Form der Artikulation umgeht die Kommunikationslatenz durch die Verwendung von bestimmten Formulierungen und Codes, die nicht direkt einer antisemitischen Semantik zugeordnet werden können und folglich das gesellschaftliche Tabu umgehen (Bergmann/Erb 1986: 230ff.). Umwegkommunikationen lassen sich auch beispielhaft an den oben beschriebenen Ausdrucks- und Erscheinungsformen verdeutlichen. Statt die Shoah zu leugnen, wird im öffentlichen Diskurs ein Schlussstrich unter der deutschen Erinnerungskultur gefordert, statt von Jüdinnen und Juden wird von Israelis oder Zionisten, statt vom jüdischen Finanzkapital wird von der Ostküste oder den Rothschilds gesprochen. Olaf Kistenmacher weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Adorno bereits in den 1930er Jahren derartige Verkläuserungen als »Krypto-Antisemitismus« bezeichnete (vgl. Kistenmacher 2017: 206). Umwegkommunikation ist dabei in der Lage, dieselben antisemitischen Ressentiments zu transportieren und zu aktivieren wie offen antisemitische Aussagen, denn »die bloße Erwähnung eines jüdischen Namens genügt dieser Technik der Anspielung bereits, um bestimmte Effekte hervorzurufen« (Adorno 2019: 35).

2 »Schuld kult« – Die Relativierung deutscher Geschichte

Ein übersteigerter, völkischer Nationalismus ist charakteristisch für den Rechtsextremismus. Damit verbunden ist ein ausschließlich positiver Bezug zur deutschen Geschichte und Nation. Diese bestimmten maßgeblich die Identität einer Person (vgl. Salzborn 2017: 33). Eine Leugnung oder Relativierung der Shoah und eine Abwehr der Erinnerungskultur, d.h. ein Ausblenden negativer Aspekte nationaler Geschichtsschreibung, seien im Umkehrschluss hingegen notwendig, denn jede negative Erinnerung gefährde den positiven Bezug zur Nation und führe zum Verlust völkischer Identität (vgl. Weiß 2019: 145). Diese Denkfigur lässt sich anhand einer Vielzahl von Publikationen und Äußerungen aus dem Umfeld der Neuen Rechten nachzeichnen.

Besonders prominent sind hier Äußerungen führender Politiker:innen der *Alternative für Deutschland* (AfD), die sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 immer stärker dem Rechtsextremismus angenähert hat und in Teilen zu einem parlamentarischen Arm der Neuen Rechten geworden ist. Im Grundsatzprogramm 2016 heißt es beispielsweise:

»Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.« (Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland 2016: 33).

In den Wahlprogrammen der Länder Sachsen, Bayern und Sachsen-Anhalt finden sich vergleichbare Formulierungen (vgl. Steinhagen 2020: 9f.). In Programm der bayerischen AfD heißt es:

»Die angemessene Würdigung des Schicksals der Opfer, unter ihnen Millionen deutscher ziviler Opfer, ist uns ein Anliegen. Besonders sollte auf das Schicksal der Heimatvertriebenen und Aussiedler eingegangen werden.« (Alternative für Deutschland Landesverband Bayern 2018: 48).

Unklar bleibt hier, wer alles zu den Opfern zählt. Es wird jedoch deutlich, dass der Fokus auf die »deutschen zivilen Opfer« gerichtet ist. Die Zitate veranschaulichen auch, wie die AfD hier die Kommunikationslatenz umgeht. Eine Leugnung der Shoah findet nicht statt und auch ein positiver Bezug zum Nationalsozialismus bleibt aus. Dennoch klingt eine deutliche Relativierung an, die historische Kausalzusammenhänge ignoriert und die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik ausblendet.

Alexander Gauland, Björn Höcke und weitere Funktionsträger:innen der Partei haben sich in öffentlichen Kontexten ganz ähnlich geäußert (vgl. Grimm/Kahmann 2017; Salzborn 2019b; Steinhagen 2020). 2016 sagte Gauland gegenüber der Zeit:

»Das ist das, woraus sich ein Volk entwickelt hat, aus Geschichte, Tradition, aus Umbrüchen. Sie können die Formulierung auch durch das Wort ›Identität‹ ersetzen, und diese Identität verteidigen andere Völker sehr viel stärker. Das hat natürlich mit Auschwitz zu tun [...]« (zitiert nach Ulrich/Geis 2016: o. S.)

Die Verbindung von Identität, Geschichte und Erinnerungspolitik lässt sich hier exemplarisch aufzeigen. Auch im weiteren Verlauf des Gesprächs erscheinen die Deutschen als Opfer des Krieges. Hitler habe »sehr viel mehr zerstört als die Städte und die Menschen, er hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen weitgehend.« (Ebd.). In seiner Rede auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative, der AfD-Nachwuchsorganisation, brachte er seine Ideologie mit der Aussage, der Nationalsozialismus sei nur ein »Vogelschiss« in der Geschichte Deutschlands, auf den Punkt (zitiert nach Deutsche Presse Agentur 2018: o. S.). Auch Björn Höckes Forderung von 2017 nach einer »erinnerungspolitische[n] Wende um 180 Grad« greift die Argumentationsfigur auf, wenn er in der Logik einer Täter-Opfer-Umkehr behauptet, man wolle die Deutschen mit »Stumpf und Stiel vernichten« und ihre »Wurzeln roden« (Höcke 2017: o. S.).

Die AfD trägt damit aber nur die Denkfiguren in die Breite, die in einschlägigen Publikationen der Neuen Rechten schon seit Jahrzehnten formuliert und eingefordert werden. Die neurechte Zeitschrift *Criticón* des Verlegers Caspar von Schrenck-Notzing machte bereits in den 1970er Jahren das Anschreiben »gegen die Vergangenheitsbewältigung« zu einem ihrer »Kernanliegen« (Weber 2022: 400). Armin Mohler, Vordenker der Neuen Rechten und Stammautor der Zeitschrift, urteile nach Ausstrahlung der TV-Serie *Holocaust* 1979, dass es »Busineß [sic!]« und »Herrschaftsmittel der Juden« sei, anderen Völkern Antisemitismus zu unterstellen. Der an den Deutschen begangene Holocaust werde hingegen weltweit ignoriert (zitiert nach Weber 2022: 401f.). In der Zeitschrift *Staatsbriefe* wurde dem Holocaustleugner Gernot Rudolf eine Plattform für seine Thesen gegeben (Weiß 2019: 142). Auch für die *Junge Freiheit* waren geschichtsrevisionistische Einlassungen typisch. So behauptete Thorsten Hinz in einem Leitartikel der Wochenzeitung im Jahr 2009: »Der mächtigste Dämon der Gegenwart ist die Zivilreligion, in der Auschwitz an die Stelle Gottes tritt« (zitiert nach Weiß 2018: 225).

Im aktuellen Diskurs sind vor allem zwei Akteure einflussreich. Zuvorderst ist hier die 2000 aus dem Umfeld der Jungen Freiheit entstandene Denkfabrik *Institut für Staatspolitik (IfS)* um Götz Kubitschek und (bis 2004) Karl-Heinz Weißmann und der dazugehörige Verlag *Antaios*, sowie die dort seit 2003 erscheinende Zeitschrift *Sezession* zu nennen. Besondere Aufmerksamkeit erlangte 2017 das offen antisemitische und revisionistische Buch »Finis Germania« des 2016 verstorbenen Historikers Rolf Peter Sieferle. Sein Buch vereine »mustergültig zentrale Elemente eines neurechten Geschichtsdiskurses in Deutschland, dessen besonderes Merkmal das Zusammenfließen von Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus« sei (vgl. Weiß

2019: 27). Und im Staatspolitischen Handbuch des Antaios-Verlags findet sich unter dem Begriff Holocaust lediglich ein Eintrag zur bereits erwähnten TV-Serie, die als Ausdruck »ritualisierter Schuldkomplexe« gilt. Jede kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gilt dem Verlag als »Schuldskult«, welche die deutsche Identität in eine »Schuldkolonie« verwandele (zit.n. Weiß 2019: 141).

Die Stoßrichtung in der Sezession ist identisch. Martin Lichtmesz spricht von einer »Holocaust-Zivilreligion« und »nationalem Selbsthaß [sic!]« (Lichtmesz 2015: 24) und Siegfried Gerlich führt erstaunlich offen aus, dass Antisemitismus in den »Glaubens- und Lebensformen« sowie dem »Sozialcharakter der Juden« (Gerlich 2010: 17) begründet sei. Sezessions-Gründer Kubitschek formulierte rhetorisch in einem Gespräch mit dem AfD-Politiker Marc Jongen: »Wir bewegen uns ja fraglos sofort in tabubewehrten Zonen, wenn wir über die weltgeschichtliche Bedeutung des Judentums, des Zionismus oder der Holocaustindustrie nachdenken und unsere Gedanken äußern« (zitiert nach Weiß 2020: 27). Zudem wird eine immer wieder behauptete »Kollektivschuld« auf aktuellere Ereignisse übertragen. So behauptet etwa Martin Lichtmesz 2012, dass in der Auseinandersetzung mit dem NSU deren Mordserie als eine Art Druckmittel zum »Microholocaust« aufgebauscht werde. Dies erneuere, so Götz Kubitschek, die deutsche NS-Traumatisierung (vgl. Thiele 2021: 184).

Neben der Sezession ist in den letzten Jahren das Magazin *Compact* des Publizisten Jürgen Elsässer zu einer wichtigen Stimme der Neuen Rechten geworden, das durch seinen populistischen Tonfall stärker als die Sezession in die gesellschaftliche Mitte hineinwirkt. Mittels einer Diskursanalyse lässt sich dabei nachzeichnen, dass im Compact-Magazin die Politik der Bundesregierung regelmäßig mit der des Nationalsozialismus gleichgesetzt und damit relativiert wurde. Seit November 2015 wird immer wieder von der »Diktatur Merkel« fantasiert, bei der Angela Merkel auf eine Stufe mit Adolf Hitler gesetzt wird. §130, der die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt, sei zudem ein »juristische[r] Totschläger« und eine »Einschüchterungskeule gegen jede Opposition« (zitiert nach Andrae 2022: 118). Im Zuge der Covid-19-Pandemie traten ab 2020 schuldabwehrende- und relativierende Argumentationsfiguren zugunsten verschwörungstheoretischer Ausführungen in den Hintergrund (vgl. Abschnitt 4). Gleichwohl die Shoah in der Neuen Rechten in aller Regel nie offen geleugnet wird, werden doch stets – ob in der *Criticón*, der Sezession oder dem Compact-Magazin – das Recht auf seine Leugnung als Ausdruck von Meinungsfreiheit und nationaler Souveränität eingefordert (vgl. Weiß 2019: 143).

Julian Bruns und Natascha Strobel zeigen, dass der Begriff »Schuldskult« (auch in seinen Variationen) von der Neuen Rechten mit der Absicht in den Diskurs eingespeist wurde, die Erinnerungskultur und die Shoah zu diskreditieren (vgl. Bruns/Strobl 2020: 248). Es besteht ein ausgeprägtes Bedürfnis, über »deutsche Opfer« zu sprechen, ohne jedoch den Nationalsozialismus zu thematisieren. Ziel dieser Diskreditierungsstrategie ist es letztlich, die Erinnerung an den Nationalsozialismus

zu tilgen. Dadurch wird es möglich, offen NS-Konzepte zu propagieren, ohne dabei als »Nazi« oder »rechtsextrem« gescholten zu werden (Grimm/Kahmann 2017: 37f.). Jüdinnen und Juden finden im Sinne der Kommunikationslatenz dabei selten explizite Erwähnung. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die antisemitische Botschaft ihre Zielgruppen erreicht:

»So muss nicht ein einziges Mal das Wort Jude oder jüdisch in einer Äußerung vorkommen, um judenfeindliche Inhalte zu vermitteln. Vielmehr vertrauen die Produzenten darauf, dass ihre Rezipienten den gemeinten Sinn über Schlussfolgerungen (als Implikaturen) erschließen können« (Schwarz-Friesel/Reinharz 2012: 38).

3 Der Mythos einer pro-israelischen Neuen Rechten

Die vor einigen Jahren einsetzende Debatte über eine politische Rechte ohne Antisemitismus erklärt sich in erster Linie über öffentliche Solidaritätsbekundungen von Vertreter:innen der Neuen Rechten mit Israel. Am prominentesten sind hierbei Äußerungen von Vertreter:innen der AfD. So verkündete Alexander Gauland 2017 anlässlich des 70. Jahrestages der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 im Bundestag: »Es war und ist richtig, die Existenz Israels zu einem Teil unserer Staatsräson zu erklären. [...] Es ist ein Land, in dem die Menschen Zuflucht gefunden haben, die in Deutschland kein Lebensrecht hatten« (zitiert nach Decker 2018: o. S.). Auch Frauke Petry sprach sich in der israelischen Tageszeitung *Yedioth Ahronoth* gegen Israelkritik und Antisemitismus aus (vgl. Grimm/Kahmann 2017: 53). 2020 brachte die AfD-Fraktion zwei Anträge zu Israel in den Bundestag ein. Im ersten Antrag fordert die Partei von der Bundesregierung, »sich für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und Israel« einzusetzen. Mit dem zweiten Antrag ist die Aufforderung an die Bundesregierung verbunden, sich gegen die Diskriminierung israelischer Staatsbürger:innen zu positionieren (Bundestag 2020: o. S.). Gleichwohl das Thema Israel insgesamt eine eher untergeordnete Rolle in der AfD einnimmt, sind in den vergangenen Jahren eine Vielzahl ähnlicher Bekundungen aus den Reihen der Parteispitzen dokumentiert worden. Zudem gründeten im Jahr 2018 jüdische Mitglieder der AfD die Bundesvereinigung *Juden in der AfD, e. V. (JAfD)*. Bei genauerer Betrachtung stehen derartige Solidaritätsbekundungen der Partei aber meist im Kontext antimuslimischer Agitation. In den oben aufgeführten Beispielen haben sowohl Gauland und Petry als auch die Anträge im Bundestag die Gefahr islamistischen Terrors und des Islams insgesamt hervor. Auch die JAfD benennt in ihrer Grundsatzerklärung direkt zu Beginn muslimischen Antisemitismus und linken Antizionismus. Rechter Antisemitismus findet hingegen keine Erwähnung (Juden in der AfD: o.S.).

Mehrere Analysen heben den »instrumentellen und strategischen Charakter« (Grimm/Kahmann 2017: 53) anti-antisemitischer und pro-israelischer Positionierungen der AfD hervor. Die AfD folge damit einer europaweiten Strategie rechtsextremer Parteien, Antisemitismus und Israelhass als Themen zu besetzen. Die Solidaritätsbekundungen mit dem Judentum und Israel dienen somit neben dem Schüren von antimuslimischen Ressentiments auch daraus folgenden Forderungen nach geschlossenen Grenzen und einem Einwanderungsstopp. Israel fungiert dabei als vermeintliches Vorbild. Solidaritätsbekundungen mit dem Judentum und Israel sollen zudem die AfD als demokratischen Verhandlungs- und Kooperationspartnerin legitimieren, sowie historische und ideologische Verbindungen zum Nationalsozialismus und Faschismus verschleiern (vgl. Grimm/Kahmann 2017: 52f.; Rensmann 2020: 335). Diese Form der Verschleierung ergänzt das im zweiten Kapitel beschriebene Bedürfnis nach Dethematisierung und Relativierung der Shoah. Die AfD als moralisch legitimierte Partei rückt damit potentiell in die Position, bestimmte Formen des Antisemitismus im öffentlichen Diskurs zu normalisieren (vgl. Grimm/Kahmann 2017: 56).

Im Zuge dieser Entwicklungen wurde auch die These formuliert, antimuslimischer Rassismus habe im rechtsextremen Weltbild Antisemitismus ersetzt (vgl. Hafez 2014). Auf den ersten Blick erscheint diese Behauptung plausibel. Schnell zeigen sich jedoch Widersprüche bei einer solchen Argumentation. Der instrumentelle Charakter der Israelsolidarität in der AfD ist auch daran zu erkennen, dass israelfeindliche Äußerungen in der Partei vergleichsweise häufig dokumentiert worden sind und innerhalb der Partei und vor allem an der Basis keine klare Linie festzustellen ist (vgl. Grimm/Kahmann 2022: 55). Am bekanntesten sind die offen antizionistischen Äußerungen von Wolfgang Gedeon, der von einer »zionistischen Weltverschwörung« fantasierte (zitiert nach Rensmann 2020: 335; vgl. Abschnitt 4) und von dessen Aussagen sich auch Frauke Petry nicht distanzierte. Selbst ein offen antisemitisch argumentierender Politiker wie Björn Höcke spricht öffentlich über die Gefahren eines »arabischen Antisemitismus«. Antisemitismus und Antisemitismuskritik existieren in der AfD vielmehr nebeneinander, solange sich die Kritik der richtigen Feindbilder bedient (vgl. Grimm/Kahmann 2022: 54). Es ist somit eher davon auszugehen, dass die rassistischen Auslassungen gegenüber Muslim:innen den Antisemitismus in der Partei ergänzen. Solidarität mit Israel wird aus taktischen Gründen formuliert, um bei Bedarf linke oder muslimische Feindbilder zu bedienen.

Nikolai Schreiter sieht neben instrumentellen Überlegungen einen weiteren Grund für die Israelsolidarität des Führungspersonals der AfD. Unter Bezug auf Adorno argumentiert er, dass Israel für einige Akteure in der AfD den »Ausnahmejuden« repräsentiere. Israel sei die

»geopolitische Reproduktion des Ausnahmejuden, des ›jüdischen besten Freundes‹, den nahezu jeder Antisemit hat. [...] Sie ›beweisen‹ damit aber nicht nur anderen, keine Antisemiten zu sein, sondern in erster Linie sich selbst. [...] Israel wird als starker, idealerweise völkischer Staat gesehen. Als solcher erscheint er [...] als ›Nation unter Nationen‹, tendenziell sogar als bessere, die, obwohl jüdisch, aus der ›jüdischen Weltverschwörung‹ insofern ausgenommen ist« (Schreiter 2022: 265).

Die Position des »Ausnahmejuden« ist jedoch brüchig, weil die Setzung willkürlich geschehe und jederzeit zurückgenommen werden könne. Sie diene zuvorderst der eigenen Selbstversicherung, kein*e Antisemit*in zu sein und entspreche nicht dem Bild des ›typischen Juden« (ebd.: 267).

In der neurechten Publizistik überwiegen israelfeindliche und antizionistische Positionierungen deutlich. Insgesamt werde Israel selten thematisiert, weil die Themen Geschichtsrevisionismus und Vergangenheitsbewältigung dominieren (vgl. Kistenmacher 2021: 31). Beide Themen treten jedoch in Kombination auf. So argumentiert Götz Kubitschek in der Sezession, dass eine Unterstützung israelischer Außenpolitik deutschen Interessen widerspreche. Dies werde jedoch mit »Auschwitz und der deutschen Schuld« erzwungen (vgl. Kubitschek 2020: o. S.). Für Martin Lichtmesz sind pro-israelische Haltungen »Ersatzpatriotismus«, die in einem Schuldgefühl begründet und unwürdig seien. Israel sei zudem ein »Siedler- und Kolonialstaat« (Lichtmesz 2020: o. S.). Auch Thor von Waldstein sieht Israel als brutal agierenden Akteur, der für Selbstmordanschläge von Palästinensern verantwortlich sei (vgl. von Waldstein 2018: o. S.).

In der Sezession werden pro-israelische Haltungen also regelmäßig scharf kritisiert, aggressiver und direkter argumentieren jedoch die Autoren um Jürgen Elsässer in der Anfangsphase des Compact Magazins bis zum Beginn der sogenannten »Flüchtlingskrise« 2015. Culina und Fedders bescheinigen dem Magazin für diesen Zeitraum eine »exzessive Fokussierung« auf Israel als Feindbild (vgl. Culina/Fedders 2016: 71). Dieser Umstand ist vor allem auch deshalb interessant, weil Teile der AfD die Nähe zu dem Magazin suchten und dieses im Gegenzug wiederum offensiv Wahlwerbung für die AfD betrieb (vgl. Grimm/Kahmann 2017: 45f.) Seit 2015 scheint Israel als Thema im Compact-Magazin jedoch immer mehr in den Hintergrund getreten zu sein (vgl. Andrea 2022: 123; vgl. Abschnitt 4).

Eine gewisse Sonderstellung nimmt Criticón ein. Das Magazin war auch der Versuch, unterschiedliche Strömungen zusammenzubringen, sodass das Magazin zunächst keine »kategorische Israelfeindschaft« pflegte und Israel insgesamt selten thematisierte (vgl. Weber 2022: 390). Neben israelkritischen Beiträgen hatte das Magazin mit der jüdischen Schriftstellerin Salcia Landmann eine konservative, zionistische Autorin in seinen Reihen (vgl. ebd.: 392). Auch der Publizist Hans-Dietrich Sander erwog die Möglichkeit einer deutsch-israelischen Partnerschaft, seine Posi-

tion schlug in den späten 1980er-Jahren jedoch in Verachtung gegenüber Israel um (vgl. ebd.: 397). Armin Mohler äußerte sich – beispielhaft für einige weitere Beiträge in dieser Zeit in der *Criticón* – ablehnend gegenüber Israel und verband, ähnlich wie es später in der Sezession gang und gäbe war, die Vorwürfe mit revisionistischen Ansichten. So beklagte er den »an Deutschen begangenen Holocaust«, der bis heute ignoriert werde (zitiert nach Weber 2022: 401).

Interessant sind die Einlassungen von G. Franz Schmeidel-Roelman und Joachim Weber, die am Beispiel Israels die Bedeutung einer starken Armee hervorhoben (vgl. Weber 2022: 404). Eine Argumentation, die sich später bei der AfD wiederfinden wird (vgl. oben), deren ehemaliger Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland in den 1980er-Jahren selbst Autor bei *Criticón* war.

Im Laufe der 1990er-Jahre dominierten jedoch immer stärker Motive der Schuldabwehr, die in offene Abneigung gegenüber Israel und seiner Politik (gegenüber den Palästinenser:innen) umschlugen. Israel und die Vergangenheitsbewältigung delegitimierten nach Ansicht zentraler Autoren Deutschland moralisch (vgl. Weber 2022: 405). In der Folge kam es auch zum Bruch zwischen der Jüdin Landmann und Sander, der in seinem eigenen Publikationsprojekt *Staatsbriefe* offen antizionistisch, revisionistische Texte verlegte (vgl. ebd.: 398).

1998 kam es zu einem Wechsel in der Herausgeberschaft und das Blatt verfolgte ab dann bis zu seiner Einstellung im Jahr 2007 einen pro-israelischem, neokonservativen Kurs. Dabei wurde die Strategie der AfD vorweggenommen, sich als Hüter westlicher Werte gegen den Islam zu positionieren. Von Seiten neurechter Publikationen wie der Jungen Freiheit oder der Sezession stieß diese pro-westliche Kursänderung jedoch auf Kritik (vgl. Weber 2022: 410).

Als Fazit ist festzuhalten, dass die positiven Bezüge auf Israel innerhalb der Neuen Rechten instrumenteller Natur sind und situativ angepasst werden, sofern damit Feindbilder bedient werden können oder eine demokratische Legitimierung angestrebt wird. Dies gilt insbesondere für die AfD. Weite Teile der Neuen Rechten verfolgen hingegen weiterhin eine antizionistische Linie, häufig in Verbindung mit revisionistischen Argumentationsfiguren. Insgesamt aber spielen die Themen Israel und Zionismus – auch aus taktischen Gründen – nur eine untergeordnete Rolle in der Neuen Rechten.

4 Das Feindbild Moderne

Beim Rechtsextremismus handelt es sich um eine genuin antimoderne und antiliberele Ideologie. In der Neuen Rechten finden sich eine Vielzahl an Beispielen, die diese antimoderne und antiliberele Haltung untermauern und die auch über antiglobalistische, -westliche und -kapitalistische Positionierungen zum Ausdruck kommen.

Die ostdeutschen Landesverbände der AfD stechen mit ihrer offenen Gegnerschaft zur universalistischen Moderne besonders hervor. So fordert Björn Höcke eine »organische Marktwirtschaft« als Gegenentwurf zu einem »zinsbasierten Kapitalismus« und einem »internationale[n] Finanzkapitel« (zitiert nach Grimm/Kahmann 2017: 44). Mit diesen Formulierungen spielt er unmittelbar auf die völkisch begründete Unterscheidung zwischen raffendem und schaffendem Kapital an. Während die USA aus Sicht einer völkischen Ideologie für die Moderne und damit Universalismus und Kapitalismus steht, erscheint Russland als völkisches Ideal. Die gesamte AfD positioniert sich folglich in der Regel pro-russisch und anti-amerikanisch. Die strukturelle Ähnlichkeit von Antiamerikanismus und Antisemitismus bedingt dabei, dass ersteres die Funktion einer Umwegkommunikation für letzteres annehmen kann (vgl. Beyer 2014: 111ff.).

Solche Äußerungen verdichten sich auch immer wieder zu verschwörungstheoretischen Narrativen, in denen im Rahmen eines manichäischen Weltbildes volksfeindliche globale Eliten für die verhasste Moderne verantwortlich gemacht werden. Spätestens hier ist eine Anschlussfähigkeit an klassisch antisemitische Vorstellungen über Macht und Heimlichkeit der Juden gegeben. Die im neurechten Diskurs wirkmächtige Verschwörungstheorie vom »großen Austausch«, die auf den rechtsextremen Philosophen Renaud Camus zurückgeht, kann hier beispielhaft angeführt werden (Camus 2016). Demnach stehen hinter globalen Fluchtbewegungen nach Deutschland geheime Mächte, die eine »Umvolkung« anstreben (vgl. Rensmann 2020: 333f.). Höcke bedient diese Erzählung, wenn er sagt, dass »diese Flüchtlingsströme vielleicht doch als Migrationswaffe eingesetzt werden, um etwas zu erreichen, was die Destabilisierung Europas genannt werden kann [...]« (zitiert nach Grimm/Kahmann 2017: 47). Dabei kann er davon ausgehen, dass sein Rezipientenkreis die latenten Anspielungen und Codes versteht.

Im Fall des ehemaligen AfD-Politikers Wolfgang Gedeon werden antisemitische Verschwörungstheorien sogar ohne Umwege kommuniziert. So spricht er offen von der »Versklavung der Menschheit« durch »Juden« oder einer »Zionisierung der westlichen Welt« (zitiert nach Bitzl/Kurze 2021: 489). Obwohl diese Aussagen zu einer Kontroverse innerhalb der AfD führten, hat selbst das Führungspersonal der Partei diese Äußerungen nicht als antisemitisch kritisiert. Der Aussagen Gedeons scheinen innerhalb der Partei somit weitestgehend als unproblematisch erachtet zu werden und die Streitigkeiten eher strategischer Natur. Salzborn kommt daher zu dem Schluss, dass es sich bei der AfD um »keine explizit antisemitische Partei« handelt, aber um »eine Partei für Antisemiten« (Salzborn 2019b: 208).

Leo Roeper analysiert eine antimoderne und elitenkritische Rhetorik ausführlich in einem Artikel, den Alexander Gauland 2019 in der Sezession veröffentlichte. Darin schreibt er, dass die heutigen Eliten nicht mehr »seßhaft [sic!]« seien. Es bestehe ein Kulturkampf zwischen »Seßhaften [sic!] und Nomaden«. Letztere sind aus Gaulands Sicht überproportional mächtig und bedrohen die Identitäten der »einfachen

che[n] Menschen«. Migrationsprozesse erscheinen hier bewusst herbeigeführt zu sein, um Nation und Heimat zu zerstören. Dadurch werden »viele Dinge«, die »unser Land [...] lebenswert machen«, verschwinden (zitiert nach Roepert 2022: 290ff.). Antiglobalistische, antimoderne und antikapitalistische Versatzstücke greifen in diesem Text beispielhaft ineinander. Dabei entspricht die Charakterisierung der Eliten exakt antisemitischen Topoi, auch wenn Jüdinnen und Juden nicht explizit benannt werden.

In neurechten Publikationen kommt dem Judentum eine herausgehobene Stellung in der modernen, liberalen Gesellschaft zu. So warf Martin Lichtmesz Anetta Kahane, der jüdischen Leiterin der Amadeu Antonio Stiftung vor, Deutschland »umrassen« zu wollen. Zudem sei sie keine »Weiße«, sondern gehöre einer »anderen Mischpoke« an (zitiert nach Weiß 2020: 28). Hier zeigt sich beispielhaft Lichtmesz' antisemitische Ideologie, die er mit der Aussage »An Liberalismus gehen Völker zugrunde, nicht am Islam« auf den Punkt bringt (zitiert nach Weiß 2018: 19). Die Aussage veranschaulicht auch das Verhältnis der Neuen Rechten zum Islam und zum Judentum. Während der Islam in kulturalisierenden Vorstellungen der Neuen Rechten nicht nur Hass, sondern aufgrund einer unterstellten Ursprünglichkeit und Authentizität stellenweise Bewunderung hervorruft, erscheint das Judentum als der absolute Feind. Schon der neurechte Vordenker Alain de Benoist machte die Moderne für den Untergang der Welt verantwortlich: »Die Eröffnung einer Fast-Food-Filiale oder eines Supermarktes stellt für unsere Identität sicher eine größere Bedrohung dar als der Bau einer Moschee!« (zitiert nach Fedders 2019: o. S.). In einem Interview in der Sezession spricht Ernst Nolte davon, dass dem »Weltjudentum« die Qualität des »schlechthin Ungebundenen« zukomme. Es sei »eine wesentliche und positive Rolle bei der Heraufkunft von ›Neuzeit‹ und ›Modernität‹ zugeschrieben, nicht zuletzt in der Verbindung mit ›Rationalismus‹, der Beziehung zum Geld und zur ›Rechenhaftigkeit‹« (Kubitschek/Lehner 2015: 38). Das Judentum als Ursache von revolutionären Prozessen wird ferner in Bezug auf den Bolschewismus und die Französische Revolution bemüht (vgl. Fedders 2019). Jüdinnen und Juden stehen in der Sezession wie in der gesamten Neuen Rechten für die verhasste Moderne, die die Islamisierung bzw. eine »Umvolkung« überhaupt erst ermöglicht.

Ähnlich wie die AfD positionieren sich die Autor:innen der Sezession in geopolitischen Fragen dezidiert antiwestlich. Deutschland sei das Reich der Mitte und müsse einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus gehen. Dabei wird gelegentlich auch ein europäisch-russischer Großraum in Gegnerschaft zu den USA heraufbeschworen (vgl. Meyer 2022: 370ff.).

Auch in der Jungen Freiheit erscheint bewusst gesteuerte Migration als eine feindliche Maßnahme gegen die einheimische Bevölkerung (vgl. Kistenmacher 2021: 21). Besonders direkt werden die gleichen, antimodernen Verschwörungstheorien jedoch im eng mit der AfD verbundenen Compact-Magazin formuliert, das auch gute Kontakte zum Antaios-Verlag unterhält. Mit dem Beginn der so genannt-

ten »Flüchtlingskrise« agitierte das Magazin 2015 offen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Die eigentliche Bedrohung seien nicht die Flüchtenden, sondern die »wahren Verantwortlichen«, d.h. die »globalen Eliten« bzw. das »Großkapital«, die diese »Siedlungswelle« zum Zwecke eines »Volksaustausches« geplant hätten (zitiert nach Andrea 2022: 113). Auch hier werden Jüdinnen und Juden nicht explizit erwähnt, jedoch bedient die Charakterisierung der »wahren Verantwortlichen« antisemitische Stereotype, die von den Rezipient:innen auch verstanden werden. Mit Beginn der Covid-19-Pandemie nehmen die Beschreibungen einer vermeintlichen globalen Elite quantitativ weiter zu. Das Element der Verschwörung verbindet dabei Themen wie Migration, Pandemie und Neue Weltordnung. Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek riefen in diesem Zusammenhang zum Sturz des »Regimes« auf und warben um die Querdenken-Bewegung (ebd.: 124).

Verschwörungstheoretisches, antimodernes Denken ist in der Ideologie der Neuen Rechten tief verankert und dient vielfach als übergreifender, ideologischer Rahmen und Ausgangspunkt für schuldabwehrende, revisionistische und antizionistische Äußerungen. Jüdinnen und Juden werden dabei zwar häufig nicht explizit benannt, die stets beschworenen »globale Eliten«, die aus Sicht der Neuen Rechten die natürliche Ordnung der Welt und Völker in ihrer Existenz bedrohen, entsprechen in ihrer Beschreibung jedoch dem antisemitischen Stereotyp des »Juden«.

5 Anhaltspunkte für die Aus- und Weiterbildung pädagogischen Personals

Entgegen der Behauptung des Verfassungsschutzes ist Antisemitismus auch für die Neue Rechte konstitutiv. Ein Ziel in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen ist es, rechtsextremen, antidemokratischen Einstellungen und Ideologien vorzubeugen (vgl. Bechtel et al. 2023). Was bedeuten die Erkenntnisse über die Rolle von Antisemitismus in der Neuen Rechte dann für die Kompetenzen des pädagogischen Personals in Schulen und der non-formalen (politischen) Kinder- und Jugendarbeit?

Zunächst erscheint es wichtig, dass pädagogisches Personal umfassendes Wissen über die verschiedenen Strömungen und Ideologien der extremen Rechten besitzt. Offener Antisemitismus sowie klassische rechtsextreme Einstellungen und Handlungen werden in aller Regel schnell erkannt (vgl. Wolf 2021). Gerade die Neue Rechte arbeitet jedoch – wie gezeigt werden konnte – mit rhetorischen Tricks. So beziehen sie sich häufig positiv auf Begriffe wie Demokratie oder Menschenrechte. Deutlich wird dies etwa in dem für die Neue Rechte zentralen Konzept des »Ethnopluralismus« (Kistenmacher 2021: 30). Es ordnet Menschen nach homogenen »Völkern« und »Kulturen« mit je eigenen Identitäten, die innerhalb eines bestimmten Territoriums verwurzelt sind. Daraus folgt zunächst, dass Völker und

Kulturen grundsätzlich gleichwertig sind. Menschenrechte und Demokratie sind damit aber untrennbar an Vorstellungen von kultureller und ethnischer Homogenität geknüpft. Kommt es zu Vermischungen von ›Völkern‹ und ›Kulturen‹ wie es für moderne Gesellschaften kennzeichnend ist, entstehen aus dieser Perspektive Konflikte und es kommt zu Verstößen gegen Demokratie und Menschenrechte.

Untersuchungen zeigen, dass pädagogisches Personal jedoch häufig überfordert ist, Antisemitismus in all seinen Facetten zu erkennen. Gerade sekundärer und israelbezogener Antisemitismus sowie latente Antisemitismen werden häufig übersehen oder gar reproduziert (vgl. Bernstein 2020; vgl. Wolf 2021). Die Analyse von David Begrich und Jan Raabe verdeutlicht dies anschaulich. Die Autoren legen dar, wie Lehrkräfte im Rahmen von Fortbildungen offen antisemitische Songtexte zwar zunächst moralisch ablehnen, in einem zweiten Schritt jedoch daran scheitern, die codierten antisemitischen Stereotypen der Texte zu identifizieren. Häufig finden Textstellen sogar explizite Zustimmung. Bei den Lehrkräften scheint somit »nur die antikapitalistische Deutungsebene des Textes abrufbar« (Begrich/Raabe 2010: 241). Eine zentrale Kompetenz pädagogischen Personals muss demnach ein umfassendes Wissen bezüglich aller (latenten) Erscheinungsformen des Antisemitismus und des Rechtsextremismus sein.

Die Neue Rechte versucht zudem, mit ihrer Strategie der »Metapolitik« gesellschaftliche Diskurse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei knüpft sie mit ihren Aussagen an tief in der Gesamtgesellschaft verankerte rassistische und antisemitische Ressentiments an. Decker et al. zeigen in ihrer repräsentativen Erhebung, dass 20 % bzw. 40 % der Befragten antiisraelischen bzw. schuldabwehrenden Items zustimmen (vgl. Decker et al. 2022: 68f.). Ein tieferes Verständnis für das Zusammenwirken von rechtsextremen Ideologien und Alltagsrassismus und -antisemitismus ist daher ebenfalls eine relevante Kompetenz für die formale und non-formale Bildungsarbeit.

Doch warum bereitet es Pädagog:innen trotz umfassender Wissens- und Methodenvermittlung immer wieder Probleme, latenten und codierten Antisemitismus (der Neuen Rechten) zu erkennen? Warum kommt es sogar immer wieder zur Reproduktion antisemitischer Narrative?

Dieser Umstand erklärt sich über die Tatsache, dass Pädagog:innen in eine Gesellschaft hineinsozialisiert werden, die von antisemitischen Bildern, Stereotypen und Ressentiments durchzogen ist. Im Sinne einer antisemitismuskritischen Bildung müssen sich Akteur:innen in der Jugendarbeit und in der Schule genau diesen Umstand bewusstmachen (vgl. Bernstein 2020; vgl. Wolf 2021). Sie müssen reflektieren, inwiefern sie selbst in bestimmten Situationen auf antisemitische Deutungsmuster zurückgreifen und rechtsextreme Rhetorik und Argumentationen relativieren. Beispielfhaft lässt sich das beim Thema Schuldabwehr aufzeigen. »Gefühlserbschaften und intergenerational vermittelte Geschichtsbilder« beeinflussen auch heute noch Pädagog:innen in der »Auseinandersetzung mit der

Shoah« (Lorenz-Sinai 2022: 114) und führen zu Schuldabwehr-Erzählungen und Relativierungen.

Wissens- und Methodenvermittlung müssen daher in Aus- und Fortbildungen durch selbst-reflexive Bildungseinheiten ergänzt werden, in welchen emotionale Verstrickungen in antisemitische und antidemokratische Narrative und ihre Funktion für die jeweiligen Personen aufgearbeitet werden. Erst dann werden Lehrkräfte, Jugendbildner:innen und Sozialarbeiter:innen in der Lage sein, Antisemitismus und rechtsextreme Ideologien umfassend zu dekonstruieren sowie antisemitischen und rechtsextremen Äußerungen auf Schulhöfen und in Jugendclubs effektiv zu begegnen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin: Suhrkamp.
- Alternative für Deutschland Landesverband Bayern (Hg.): Bayern. Aber sicher! Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018, https://www.afdbayern.de/wp-content/uploads/sites/170/2018/07/2018_AfD_Bayern_Wahlprogramm1.pdf vom 23.03.2023.
- Andrae, Jakob (2022): »Antisemitismus im Compact-Magazin: eine Analyse der Diskursstränge um die Krisen der Asyl- und Migrationspolitik 2015/16 und der Covid-19 Pandemie 2020«, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 2, S. 110–127.
- Bechtel, Theresa; Firsova, Elizaveta; Schrader, Arne et al. (Hg.) (2023): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung, Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag.
- Begrich, David; Raabe, Jan (2010): »Antisemitismus in extrem rechten jugendkulturellen Szenen«, in: Wolfram Stender; Guido Follert; Mihri Özdoğan (Hg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 225–242.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer (1986): »Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 38, S. 223–246.
- Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Beyer, Heiko (2014): Soziologie des Antiamerikanismus. Zur Theorie und Wirkmächtigkeit spätmodernen Unbehagens, Frankfurt a.M.: Campus-Verl.
- Beyer, Heiko (2015): »Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 67, S. 573–589.

- Bitzl, Christoph; Kurze, Michael (2021): »Rechtsextreme Muslimhetze: Die Instrumentalisierung von Religion als Vote-Seeking-Strategie der AfD«, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 5, S. 471–502.
- Brauner-Orthen, Alice (2001): Die Neue Rechte in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bruns, Julian; Strobl, Natascha (2020): »Eine schrecklich nette Familie. Zum Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten«, in: Friedrich Burschel (Hg.), Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 229–255.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Antisemitismus im Rechtsextremismus, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2020-07-antisemitismus-im-rechtsextremismus.pdf?__blob=publicationFile&v=11 vom 21.02.2023.
- Bundestag (2020): AfD will Verhältnis der EU zu Israel verbessern, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kwo5-de-israel-679404> vom 23.02.2023.
- Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien, Berlin: Suhrkamp.
- Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Antaios.
- Culina, Kevin; Fedders, Jonas (2016): Im Feindbild vereint. Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact, Münster: edition assemblage.
- Decker, Markus (2018): »Fast einmütig für Israel«, in: Frankfurter Rundschau vom 26.04.2018, <https://www.fr.de/politik/fast-einmuetig-israel-10978340.html> vom 23.03.2023.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Schuler, Julia; Elmar Brähler (2022): »Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker; Johannes Kiess; Ayline Heller et al. (Hg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 31–90.
- Deutsche Presse Agentur (2018): »Treffen der Jungen Alternative. Gauland: NS-Zeit nur ein »Vogelschiss in der Geschichte«, in: Die Zeit vom 02.06.2018, <https://www.zeit.de/news/2018-06/02/gauland-ns-zeit-nur-ein-vogelschiss-in-der-geschichte-180601-99-549766> vom 23.02.2023.
- Fedders, Jonas (2019): Antisemitismus in der Neuen Rechten – (k)ein Problem? Zentrum Liberale Moderne, <https://gegneranalyse.de/antisemitismus-in-der-neuen-rechten-kein-problem/> vom 21.02.2023.
- Gerlich, Siegfried (2010): »Was heißt »Antisemitismus«?«, in: Sezession, S. 16–20.
- Grimm, Marc; Kahmann, Bodo (2017): »AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden Baden: Nomos, S. 41–59.

- Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (2016): Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, <https://www.afd.de/wp-content/uploads/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf> vom 23.02.2023.
- Hafez, Farid (2014): »Shifting borders: Islamophobia as common ground for building pan-European right-wing unity«, in: *Patterns of Prejudice* 48, S. 479–499.
- Höcke, Björn (2017): »Höcke-Rede im Wortlaut: »Gemütszustand eines total besiegtten Volkes«, in: *Tagesspiegel* vom 19.01.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> vom 23.02.2023.
- Juden in der AfD: Grundsatzerklärung, <https://www.j-afd.org/> vom 23.02.2023.
- Kahmann, Bodo (2016): *Feindbild Jude, Feindbild Großstadt. Antisemitismus und Großstadtfeindschaft im völkischen Denken. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.*
- Kiess, Johannes; Decker, Oliver; Aylene Heller, Elmar B. (2020): »Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes«, in: Oliver Decker; Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität; Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen: Psychosozial Verlag, S. 211–248.
- Kistenmacher, Olaf (2017): »Schuldabwehr-Antisemitismus als Herausforderung für die Pädagogik gegen Judenfeindschaft«, in: Meron Mendel; Astrid Messerschmidt (Hg.), *Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 203–221.
- Kistenmacher, Olaf (2021): *Ausgesprochen unausgesprochen. Latenter Antisemitismus und Erinnerungsabwehr innerhalb der Neuen Rechten*, Hamburg, <https://prisma.online/aktuelles/news/ausgesprochen-unausgesprochen-expertise-2-erschienen/> vom 21.02.2023.
- Kubitschek, Götz (2020): *Israel und Deutschland*, <https://sezession.de/62169/israel-und-deutschland> vom 23.02.2023.
- Kubitschek, Götz; Lehnert, Erik (2015): »Eine nie durch Gegenteiliges ersetzte Orientierung an (einem »geheimen«) Deutschland. Ein Heidegger-Gespräch mit Ernst Nolte«, in: *Sezession*, S. 38–39.
- Lichtmesz, Martin (2015): »Notizen zu einer Wallfahrt nach Chartres«, in: *Sezession*, S. 22–27.
- Lichtmesz, Martin (2020): *Notizen über Israel und seine Parteigänger*, <https://sezession.de/62071/notizen-ueber-israel-und-seine-partiegaenger> vom 23.02.2023.
- Lorenz-Sinai, Friederike (2022): »Gefühlserbschaften und Narrative von Lehrer:innen zur Shoah«, in: Marina Chernivsky; Friederike Lorenz-Sinai (Hg.), *Die Shoah in Bildung und Erziehung heute. Weitergaben und Wirkungen in Gegenwartsverhältnissen*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 101–117.

- Meyer, Anselm (2022): »Der absolute Feind. Antiamerikanische Leitmotive in außenpolitischen Debatten in der Neuen Rechten am Beispiel Sezession«, in: Vojin S. Vukadinovic (Hg.), *Randgänge der Neuen Rechten*, Bielefeld: transcript, S. 367–386.
- Rensmann, Lars; Schoeps, Julius H. (2008): »Antisemitismus in der Europäischen Union: Einführung in ein neues Forschungsfeld«, in: Lars Rensmann; Julius H. Schoeps (Hg.), *Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa* [eine Publikation des Moses Mendelssohn Zentrums für Europäisch-Jüdische Studien], Potsdam, Berlin: VBB Verlag für Berlin-Brandenburg, S. 9–42.
- Rürup, Reinhard (2016): »Die »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft und die Entstehung des modernen Antisemitismus«, in: Reinhard Rürup (Hg.), *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Fischer, S. 93–119.
- Salzborn, Samuel (2015): »Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession«, in: Martin H. W. Möllers; Robert C. van Ooyen (Hg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015*, Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 285–301.
- Salzborn, Samuel (2017): »Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Die AfD und die Renaissance des deutschen Opfermythos im rechten Diskurs«, in: Stephan Grigat (Hg.), *AFD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden Baden: Nomos, S. 27–40.
- Salzborn, Samuel (2018): *Rechtsextremismus*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Salzborn, Samuel (2019a): *Globaler Antisemitismus. Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*, Bonn.
- Salzborn, Samuel (2019b): »Antisemitismus in der »Alternative für Deutschland«, in: Samuel Salzborn (Hg.), *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*, Baden Baden: Nomos, S. 197–216.
- Salzborn, Samuel (2020): *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*, Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Schreiter, Nikolai (2022): »Antisemitismus, Antizionismus und Ausnahmen: positive Bezüge auf Israel und Zionismus von rechts in historischer Perspektive«, in: *Aschkenas* 32, S. 233–277.
- Schwarz-Friesel, Monika; Raynharts, Yehudah (2017): *Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert (= Band 7)*, Berlin, Boston: DE GRUYTER.
- Steinhagen, Martin (2020): »Identitätspolitik mit dem »Vogelschiss«. Über den Geschichtsrevisionismus bei der AfD«, in: Meron Mendel (Hg.), *Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus*, Frankfurt a.M., S. 8–13.
- Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf> vom 21.02.2023.

- Thiele, Anja (2021): »Der NSU als »Mikroholocaust«, in: Onur S. Nobrega; Matthias Quent; Jonas Zipf (Hg.), *Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors*, Bielefeld: transcript, S. 175–188.
- Troschke, Hagen; Becker, Matthias J. (2019): »Antisemitismus im Internet. Erscheinungsformen, Spezifika, Bekämpfung.«, in: Olaf Glöckner; Günther Jikeli (Hg.), *Das neue Unbehagen – Antisemitismus in Deutschland heute*, Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag, S. 151–172.
- Ulrich, Bernd; Geis, Matthias (2016): »Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen«, in: *Die Zeit* vom 14.04.2016, <https://www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus> vom 23.03.2023.
- Waldstein, Thor von (2018): *Thesen zum Islam*, <https://sezession.de/58382/thor-v-waldstein-thesen-zum-islam> vom 27.02.2023.
- Weber, Fabian (2022): »Deutsche Schuld und planetarischer Größenwahn. Die Neue Rechte und der Störfaktor Israel«, in: Vojin S. Vukadinovic (Hg.), *Randgänge der Neuen Rechten*, Bielefeld: transcript, S. 387–416.
- Weiß, Volker (2018): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Bonn.
- Weiß, Volker (2019): »Rolf Peter Sieferles »Finis Germania«. Der Antaios Verlag und der Antisemitismus«, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 28, Berlin: Metropol-Verlag, S. 123–146.
- Weiß, Volker (2020): »Kosmopoliten mit Keule. Zum Zusammenhang von Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in der Neuen Rechten«, in: Meron Mendel (Hg.), *Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus*, Frankfurt a.M., S. 26–29.
- Wolf, Christoph (2021): *Wie Politiklehrkräfte Antisemitismus Denken. Vorstellungen, Erfahrungen, Praxen*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Wölk, Volkmar (2020): »Alter Faschismus in neuen Schläuchen? Auf den Spuren der »Neuen« Rechten: Ideologische Zeitreise von Dresden nach Italien und zurück«, in: Friedrich Burschel (Hg.), *Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus*, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 165–227.

(Neue) Rechte, Querdenker:innen und algorithmische Querfrontphänomene

Marcus Nolden

1 Einleitung

Der vorliegende Beitrag¹ geht der Frage nach, wie (neue) rechte Akteure² algorithmischen Aktivismus nutzen, um im Zuge von Protesten gegen Corona-Maßnahmen gegensätzliche Inhalte und Akteure zumindest temporär miteinander zu verweben, um querfrontähnliche medial erfolgreiche Phänomene zu erzeugen. Dazu wird in einem ersten Schritt die Ausgangssituation kurz dargestellt, um in den folgenden Schritten den theoretischen Rahmen zu konkretisieren und Begriffe zu definieren. Am Beispiel der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin am 29.08.2020 wird aufgezeigt, wie eben benannte Querfrontphänomene entstehen und sich auf der Straße manifestieren. In der Schlussbetrachtung wird die Tendenz rechter Akteure, soziale Medien und Technologien zu nutzen, diskutiert und auf das zum Zeitpunkt der Abfassung des Artikels noch neue Phänomen der »neuen« Friedensbewe-

1 Dieser übersetzte, aktualisierte und angepasste Beitrag basiert auf dem gemeinsam mit Miriam Schreiter veröffentlichten Beitrag »Corona Protest and Algorithmic Querfront«, in: Cécile Sandten/Mandy Beck/Daniel Ziesche (2021) (Hg.), *Protest. Forms, Dynamics, Functions*, Trier: WVT, S. 135–162.

2 Der Begriff »Neue Rechte« ist eine Selbstbezeichnung. Obwohl ich grundsätzlich die Position verrete, die Selbstbezeichnung für die Benennung einer Gruppe zu wählen, liegt der Fall bei der sogenannten »Neuen Rechten« anders. Die Selbstbezeichnung dient rechten Akteuren als Mimikry, um die Verbindungslinien zum Rechtsextremismus zu verwischen. Daher sollte über den Begriff »Neue Rechte« noch einmal intensiv nachgedacht und vielleicht ein Begriff wie »Neuer Rechtsextremismus« ins Spiel gebracht werden, um diesen Versuch der Verwischung einer klar antidemokratischen menschenfeindlichen Bewegung zu unterlaufen und nicht selbst wissenschaftlich zu reproduzieren bzw. im schlimmsten Fall zu legitimieren. Ebenso muss bedacht werden, dass Akteure der »Neuen Rechten« zwar in Organisationen wie der AfD, Pegida, den Freien Sachsen oder diversen Querdenkergruppierungen aktiv sind, dass diese Organisationen damit aber nicht automatisch Teil der »Neuen Rechten« werden.

gung aus dem Umfeld der Akteure des »Manifest für Frieden«³ und der darin, ob gewünscht oder unerwünscht, involvierten rechten Akteure eingegangen.

Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und der daraufhin getroffenen Maßnahmen bzw. Reaktionen reichen tief in alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Lebens hinein. Sie haben Gewissheiten erschüttert und Realitäten verändert. Trotz aller Bemühungen um Normalität bleibt der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie ein Schock und eine Ausnahmesituation, in deren Schatten sich Protestbewegungen formiert haben. Diese Proteste richteten sich gegen Maßnahmen – wie z.B. Restriktionen, Verbote, Sanktionen oder Regulierungen – die von den Regierungen eingeführt wurden, um die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren und die Zahl der Todesfälle durch das Virus zu minimieren. Doch wie kommt es zu einem so heterogenen Bündnis zwischen sonst meist antagonistischen Protestierenden? Welche Strategien nutzen rechte Akteure, um ihre eigenen Positionen im Rahmen der Proteste zu normalisieren und ihre Anschlussfähigkeit zu erhöhen?

Aktuelle Protestbewegungen stützen sich vermehrt auf die Möglichkeiten der (trans-)nationalen Vernetzung und schnellen Informationsverbreitung, die digitale und soziale Medienräume bieten (z.B. soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter, YouTube etc., Foren, Blogs, aber auch Community-Portale, z.B. für Gaming, Gesundheit, Lifestyle, Karriere) (vgl. Baringhorst/Yang 2020). Soziale Medien und ihre permanente Verfügbarkeit auf Smartphones vervielfachen die Möglichkeiten der Verbreitung von Protestmaterial, einschließlich Berichten über Aktionen und den Rahmen des Protests (vgl. Mattoni/della Porta 2014: 282). Digitale und soziale Medien sind für die Organisation und Kommunikation aktueller Proteste von großer Bedeutung (vgl. Fielitz/Staemmler 2020). Die Nutzung digitaler und sozialer Medien zur Organisation von Protestkommunikation hat aber auch Auswirkungen auf den Protest selbst. Eine Studie zum Zusammenspiel von Social Media und Protest von Dolata und Schrape hat beispielsweise gezeigt, dass webbasierte Infrastrukturen nicht nur die Interaktionsmuster zwischen den Teilnehmer:innen erweitern, zur Konsolidierung, Organisation und internen Kontrolle der Aktivitäten von Gemeinschaften und Bewegungen beitragen, sondern auch ihre externen Kommuni-

3 Das »Manifest für Frieden« markiert aus Perspektive der beiden Verfasserinnen Alice Schwarzer (Frauenrechtlerin, Feministin, Aktivistin, Verlegerin) und Sahra Wagenknecht (Politikerin der Linkspartei) einen Neustart der Friedensbewegung. Bereits kurz nach Veröffentlichung des Manifests für Frieden gab es massive Kritik, weil aus Perspektive der Kritiker:innen keine ausreichende Abgrenzung gegenüber rechten Akteuren stattgefunden habe. So gehören zu den Unterzeichner:innen des Manifests auch bekannte rechtsoffene AFD-Funktionäre sowie Rechtsextreme. Auf der durch die Gründerinnen initiierten Demonstration in Berlin waren, ebenso wie auf QuerdenkenDemonstrationen, bekannte und bekennende Reichsbürger:innen, Verschwörungsidolog:innen sowie auch rechte Akteure neben Bürger:innen und traditionellen Friedensaktivist:innen anzutreffen.

kationsmöglichkeiten erweitern. In der Folge dieser Erweiterung eröffnen sich neue digitale Möglichkeiten, Missstände zum Ausdruck zu bringen, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen und die Sichtbarkeit und Mobilisierung von Protestaktionen zu verbessern (vgl. Dolata/Schrape 2015: 15).

Soziale Medien ermöglichen somit kollektives Handeln (vgl. Milan 2015) und die Herausbildung kollektiver Protestidentitäten (vgl. Kavada 2015; Monterde et al. 2015). Diese Befunde unterstreichen auch, dass soziale Medien soziale Interaktionen nicht nur rahmen und erfassen, sondern auch aktiv konstituieren (vgl. McKie/Ryan 2012: 6). Damit spielen sie eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Gestaltung sozialer und politischer Wirklichkeiten. Diese Tatsache bedarf einer kritischen Reflexion, denn soziale Medien basieren auf der Funktionslogik von Informationszirkulation, die Menschen eine schier unüberschaubare Masse an nutzergenerierten Inhalten und Informationen zu allen erdenklichen Themen zur Verfügung stellt, welche nur durch technische Vermittlungsinstanzen wie Suchmaschinen zugänglich werden. Dennoch weitgehend professionell und institutionell ungefiltert sind diese hochmobilen Inhalte in den digitalen Infrastrukturen auffindbar und nutzbar. Diejenigen Akteure, die die Logik hinter dieser Art der Informationsverbreitung verstanden haben und zu nutzen wissen, schaffen es, dass ihre Inhalte von Nutzer:innen vermehrt wahrgenommen werden (vgl. Stegemann/Musyal 2020: 281).

Durch die Corona-Krise, die durch physische Kontaktbeschränkungen und Unsicherheiten gekennzeichnet war, ist die Bedeutung digitaler und sozialer Medien als Informationsquellen und Sozialisationsräume angestiegen. Das krisenbedingte Informationsvakuum und sogenannte »data voids« (Golebiewski/Boyd 2018) über das Virus begünstigten die Verbreitung von Fake News und Verschwörungsnarrativen über COVID-19 vor allem in sozialen Medien (z.B. Goreis/Kothgassner 2020; Gruzd/Mai 2020; Kouzy et al. 2020; Naeem/Bhatti/Khan 2020; Scerri/Grech 2020; Weiß 2021).

Social-Media-Räume bieten die Infrastruktur für Inhalte, die sich schnell zwischen einzelnen Nutzer:innen und kollektiven Gruppen verbreiten (vgl. Mattoni/della Porta 2014: 283) und Menschen mit diversen Hintergründen mit diesen Inhalten in Kontakt bringen. Aufgrund der Funktionslogik sozialer Medien bieten Rankings und Listen den Nutzenden beliebte, neue und/oder relevante Inhalte an, die notwendigerweise in erster Linie den wirtschaftlichen Interessen der Anbieter selbst unterliegen. Ähnlich wie die Ergebnisse von Suchmaschinen sind diese Listen weder neutral noch objektiv, sondern in ihrer Funktionsweise für Nutzer:innen weitgehend eine algorithmische Black Box⁴. Algorithmen wird ein

4 Die für die Auswahl der Inhalte verantwortlichen Algorithmen stellen für die Anbieter eines der größten Firmengeheimnisse dar – dementsprechend wird wenig bis gar kein Zugang zu den Algorithmen gewährt. Viele Erkenntnisse müssen so durch Sekundäranalysen der Algo-

performativer Charakter, ja sogar Agency zugeschrieben: Einerseits können Trending-Algorithmen⁵ Öffentlichkeiten zusammenführen (vgl. Gillespie 2016b: 60). Andererseits fungieren sie als Gatekeeper und bevorzugen manche Nutzer:innen gegenüber anderen (vgl. ebd.). Trending-Algorithmen machen also die in z.B. Hashtags gebündelten Themen, Ereignisse, Fragen etc. sichtbar oder unsichtbar, d.h. diese Hashtags bzw. die hinterlegten Inhalte finden algorithmisch vermittelt ihr Publikum oder, konkreter, sie kreieren ihr eigenes Publikum mit.

Algorithmisch verbreitete Hashtags sind potenziell mächtige Instrumente für die Organisation von Protesten sowie für Aktivismus im Allgemeinen. Ihr Mechanismus bringt – gezielt eingesetzt – Menschen zusammen, schafft Netzwerke. Dies spiegelt sich auch im Begriff des Hashtag-Aktivismus⁶ wider, der die strategische Nutzung von Hashtags durch Gruppen bezeichnet, um politischen Protest öffentlichkeitswirksam und kostengünstig zu artikulieren und zu organisieren (vgl. Jackson et al. 2020: xxviii), oder genauer: »discursive protest on social media united through a hashtagged word, phrase or sentence« (Yang 2016: 13).⁷

Hashtags stellen somit eine wichtige Infrastruktur für Protest dar: Erstens erregt jeder Hashtag, der wiederverwendet wird, Aufmerksamkeit und verweist zugleich auf einen bestimmten Diskurs, ein Ereignis, eine Gruppe etc. Diese Aufmerksamkeit ist für Protestbewegungen, die kontinuierlich Unterstützer:innen für ihre Sache gewinnen müssen, unerlässlich (vgl. Schreiter 2019). Zweitens verbinden Hashtags Nutzer:innen, die einander nicht notwendigerweise kennen, aber durch ein gemeinsames Thema, Interesse oder durch geteilte Bedenken und Sorgen zusammengebracht werden (vgl. Bruns/Moe 2014: 18–19). Bennett et al. (2014) stellen am Beispiel der Occupy-Bewegung auf Twitter fest, dass soziale Medien wie »Nähmaschinen« funktionieren, die viele verschiedene kleine, einzelne (Protest-)Netzwerke dynamisch zu einer großen, umfassenden Protestbewegung verbinden. Diesen Prozess bezeichnen sie als »Stitching« (Bennett et al. 2014: 239). Dabei spielen Hashtags eine zentrale Rolle, um Akteure zusammenzubringen. Sie dienen auf allen

rithmen im Einsatz gewonnen werden. Zentral bleibt: die Nutzer:innen nutzen den Algorithmus, wissen aber nicht, wie dieser funktioniert.

- 5 Algorithmen, die hinter diesen Listen stecken, werden auch als »collaborative filtering analysis« bezeichnet, da die ausgegebenen Ergebnisse sowohl auf einer algorithmischen Formel als auch auf der Auswertung der aggregierten digitalen Verhaltensweisen der Nutzer beruhen (vgl. Arthurs 2018: 10–11).
- 6 Hashtag-Aktivismus ist auch mit den Begriffen »Slacktivismus« und »Clicktivismus« verwandt, die eine eher abwertende Konnotation erhalten haben. Für eine der jüngeren Bewertungen von Argumenten und Gegenargumenten siehe Madison/Klang (2020).
- 7 Gerade die Möglichkeit durch diese technologisch gestützten Formen kostengünstig bestehende und neue Verbindungen zu Akteuren auszubauen bzw. zu etablieren, macht Soziale Medien zu einem zentralen Aktionsfeld verschiedener Protestgruppierungen.

Ebenen als verbindendes Element, als »channel[s] for actors at all levels – the stitching within the stitching mechanism« (Ebd.: 241). Hänska und Bauchowitz (2018) erweitern dies mit ihrer Studie zur europaweiten Verbreitung von #ThisIsACoup auf Twitter im Zuge der Grexit-Krise 2015. Die Forscher stellen fest: »[t]he hashtag connected people across the continent by providing them a succinct message around which to coalesce« (Hänska/Bauchowitz 2018: 11).

Daraus lässt sich folgern, dass Hashtags als Brücken fungieren, die Menschen aus unterschiedlichen sozio-politischen Kontexten und Milieus miteinander verbinden und zur Formierung kollektiver Identitäten ebenso wie zur Mobilisierung von Ressourcen beitragen (können). Wie Gillespie deutlich macht, haben Hashtags bzw. die dahinterstehenden Algorithmen die Fähigkeit, zusammenzuführen oder zu trennen, Perspektiven zu formen und Aufmerksamkeit zu lenken (2016b). Ferner sind Netzwerke, wie Coleman (1988) argumentiert, in der Lage, die Interessen ihrer Mitglieder neu auszurichten. Auch rechte Akteure nutzen diese Mechanismen geschickt für ihre Aktivitäten und schaffen so Brücken, die die Anschlussfähigkeit ihrer Bewegungen deutlich erhöhen, ihre Metaphern und Perspektiven normalisieren und gleichzeitig bestehende Feindbilder verstärken. Hashtags bilden damit eine wesentliche Grundlage für die Bildung algorithmischer Querfrontphänomene, wie sie im Zuge der Corona-Proteste oder auch der aktuellen Proteste unter dem Titel »Aufbruch für Frieden« zu beobachten sind und disparate Gruppierungen in ihrem hoch emotionalisierten Widerstand vereinen können.

2 Algorithmische Querfrontphänomene und die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen

Zur Beschreibung der heterogenen Gruppe von Menschen, die sich gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus wehren, wird in der Forschung der historische Begriff der Querfront entlehnt.⁸ Im Rahmen der Proteste lassen sich immer wieder Versuche einer strategischen Querfrontbildung zwischen unterschiedlichsten Gruppierungen, bestehend aus Anhänger:innen verschiedener Verschwörungsnarrative (z.B. QAnon), Reichsbürger:innen, Antidemokrat:innen, Coronavirus-Leugner:innen, Impfgegner:innen, Alternativmedizin- und Esoterikanhänger:innen, Evangelikalen und der sogenannten »normalen« Mittelschicht⁹

8 Auch außerhalb der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen hat sich der Begriff etabliert, um den Zusammenschluss ideologisch antagonistischer Gruppierungen bzw. den Versuch eines solchen Zusammenschlusses zu beschreiben.

9 Unter »normaler« Mittelschicht sollen im Rahmen dieses Beitrags diejenigen verstanden werden, die sich a) nicht offen antidemokratisch äußern und b) bisher als unauffällig gelten.

ausmachen (vgl. Goertz 2022: 23–24). Das politische Spektrum reicht von linken, liberalen und konservativen Ansichten bis zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen. Zentrales Element dieser heterogenen Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen ist die feste Überzeugung, dass es sich um einen Kampf zwischen »unten« und »oben« handelt.¹⁰

Das Konzept der Querfront hat seinen Ursprung in den antidemokratischen Strategien rechter Politiker während der Weimarer Republik. Ziel war es, die Ideologien des Nationalismus und des Sozialismus zu verbinden, um an die Macht zu gelangen und die eigenen gesellschaftlichen Vorstellungen zu etablieren (vgl. Weiß 2020: 227). Die Hauptvertreter dieser Bündnispolitik waren Vertreter der sogenannten Konservativen Revolution (vgl. ebd.: 233). Gegenwärtig wird der Begriff in der Populismusforschung sowie in der Extremismusforschung für die Vermischung linker und rechter Positionen mit dem Ziel der Bildung lagerübergreifender Aktionsbündnisse verwendet (vgl. ebd.: 226).

Die Corona-Proteste zogen von Anfang an sowohl Rechtsextremist:innen als auch Anhänger:innen von Verschwörungstheorien an (vgl. Vieten 2020: 2–3, 10–11). Gruppen, die lediglich die Vorstellung einer repressiven Regierung, einer nichtexistierenden Pandemie und der Wunsch nach einer – zwangsläufig imaginierten – Volkssouveränität eint und die sich damit in Opposition zu den aktuellen politischen Verhältnissen inszenieren. So wie soziale Medien das Potenzial haben, oppositionelle Gruppen im Kontext von Diktaturen zu vernetzen (vgl. Gerbaudo 2012: 58–59; Lim 2012: 244), gilt dies auch für antidemokratische und verschwörungstheoretisch orientierte Gruppen in demokratischen Gesellschaften. Insbesondere rechte Akteure nutzen soziale Medien gezielt und auch erfolgreich für ihre (Desinformations-)Kampagnen und sind äußerst geschickt darin, bestehende gesellschaftliche Herausforderungen wie die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg oder den Klimaschutz aufzugreifen und sich für entstehende Protestgemeinschaften als anschlussfähig zu präsentieren.¹¹

10 Damit erfüllt diese Bewegung die Bedingungen, die Cas Mudde (2004) als konstitutiv für Populismus definiert hat: eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt, »das reine Volk« versus »die korrupte Elite«, und die dafür plädiert, dass die Politik ein Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sein sollte (Mudde 2004: 543).

11 In der Leipziger Autoritarismusstudie 2020 sehen Decker und Brähler einen Zusammenhang zwischen der Affinität zu Verschwörungsnarrativen und antidemokratischen Positionen (vgl. Decker/Brähler 2020: 105–106). Im Kern dieser Sichtweisen steht der Feind »da oben«, womit die herrschenden nationalen und internationalen Eliten gemeint sind, die nur ihren eigenen egoistischen Interessen verpflichtet sind und gegen die »Interessen des Volkes« handeln. Medien, Wissenschaftler:innen, die politische Bürokratie und die Parlamente werden als von diesen Eliten beherrscht (oder als zu diesen Eliten gehörend) imaginiert und daher gemeinsam angegriffen.

Um die Verknüpfung dieser Protestgruppen und ihrer Ansichten durch die Verwendung von Hashtags zu reflektieren und zu diskutieren, wird der Begriff des Querfrontphänomens um das Adjektiv algorithmisch erweitert. Damit soll erstens der Zusatz algorithmisch auch eine Anerkennung der allgemeineren Tatsache darstellen, dass unser Leben maßgeblich von Algorithmen mitgeformt wird, wodurch die Trennung von online und offline obsolet wird. Zweitens soll der im vorangegangenen Kapitel im Zusammenhang mit algorithmischem Aktivismus beschriebenen Funktionsweise von Algorithmen Rechnung getragen werden, die sich auf die Eingliederung dieser Prozesse in das menschliche Wissen und in soziale Erfahrungen bezieht (vgl. Gillespie 2016a: 25), im konkreten Fall im Kontext rechter Protestkommunikation. Drittens konstruieren und formen Algorithmen gesellschaftspolitische Realitäten und haben das Potenzial, herkömmliche Kategorisierungen (z.B. Alter, Geschlecht, Einkommen etc.) und Milieuzugehörigkeiten im Rahmen von Protestereignissen – zumindest kurzfristig – in den Hintergrund treten zu lassen. Aus diesen Gründen ist es unabdingbar, Algorithmen in die analytische Perspektive aktueller – nicht nur rechter – Protestaktivitäten einzubeziehen.

Das Phänomen, das den Zusammenschluss heterogener Akteure auf Basis der Infrastrukturen, Metriken und Logiken digitaler und sozialer Medienräume und aus strategischen Gründen in einem gesellschaftspolitischen Kontext beschreibt, kann somit als algorithmisches Querfront-Phänomen verstanden werden. Innerhalb dieser Figuration werden die Aktivitäten der verschiedenen Akteure über gemeinsam genutzte Hashtags miteinander verwoben und verknüpft. Dabei werden Brückennarrative genutzt, um thematische Verbindungskorridore und den Eindruck der Verfolgung gemeinsamer Ziele zu schaffen. Insbesondere verfassungsfeindliche Akteure können auf diese Weise ihre Positionen als gesellschaftlich legitim darstellen und gegen Kritik immunisieren. Die Querfront dient in diesem Zusammenhang dazu, die eigenen, gesellschaftlich höchst umstrittenen Positionen zusammen mit denen anderer, eher akzeptierter Akteure zu transportieren und zu deren Normalisierung im Diskurs beizutragen (vgl. Link 1997).

3 »Corona-Protest« in Deutschland, die (Neue) Rechte und der Hashtag #b2908

Im Zuge der besonders in die Freiheit der Menschen eingreifenden Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus, kam es in vielen deutschen Städten immer wieder zu Demonstrationen von Hunderten bis Tausenden von Menschen.¹²

12 Aus Platzgründen wird auf eine detaillierte Chronologie, der von der deutschen Regierung durchgeführten Maßnahmen verzichtet. Diese sind zum Beispiel auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit (2021) zu finden.

Bei den Protesten wurden regelmäßig Hygienevorschriften missachtet, es kam zu Gewalt gegen Passant:innen, Polizei und Journalist:innen. Besonders häufig kam es zu Eskalationen, wenn größere Versammlungen von der Polizei aufgelöst wurden, weil sie nicht angemeldet waren oder die zum damaligen Zeitpunkt jeweils erlaubte Personenzahl überschritten wurde.

Diese Ereignisse und Diskurse wurden für diesen Beitrag in den sozialen Medien verfolgt und digital teilnehmend beobachtet, wobei der Zeitraum auf die Zeit nach der Demonstration am 1. August 2020 und die Entwicklungen im Vorfeld der Demonstration am 29. August 2020 fokussiert wurde.¹³ Die Protagonisten der Proteste nutzten hauptsächlich soziale Medien wie Facebook, YouTube oder Twitter, um sich zu vernetzen und Aufmerksamkeit zu generieren. In Kombination mit Messenger-Diensten wie Telegram und WhatsApp dienten sie auch dazu, die neu entstehenden Gruppen möglichst stabil zusammenzuhalten und zu organisieren. Auch Websites, Blogs und Mailinglisten, also die gesamte Bandbreite der Internetanwendungen, wurden für diese Zwecke genutzt.

Diese entstandenen Netzwerke und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen unter besonderer Berücksichtigung rechter Akteure sind Gegenstand der folgenden exemplarischen Analyse. Sie dient der Veranschaulichung der These, dass Vernetzungsaktivitäten, die auf der Verwendung von Hashtags basieren, zu nicht zufälligen algorithmischen Querfrontphänomenen führen. Eine algorithmische Querfront resultiert aus der algorithmisch erzeugten erhöhten Sichtbarkeit von Themen, Narrativen und Rhetoriken, die Protestierende verbinden und Empörungspotential besitzen. Diese Themen, Narrative und Rhetoriken werden in der folgenden Analyse mit einem fokussierten Blick auf rechte Internetakteure herausgearbeitet. Am Beispiel des populären Hashtags #b2908 wird gezeigt, wie dieser vor und nach der Demonstration am 29. August 2020 von rechten Akteuren genutzt wurde, um a) Aufmerksamkeit im Sinne des Konzepts der Aufmerksamkeitsökonomie¹⁴ zu erzeugen und b) verschiedene Akteure zusammenzubringen.

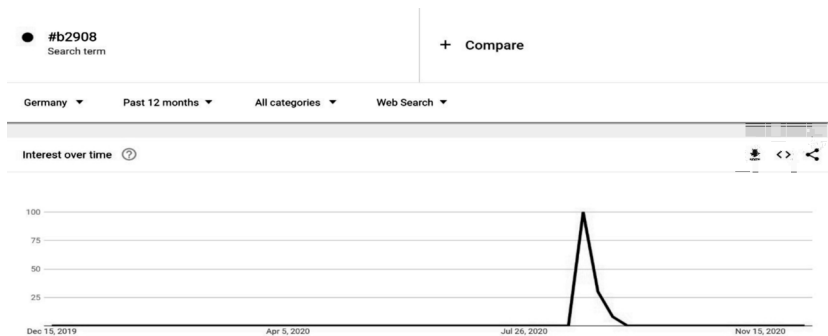
13 Es war nicht möglich, die konkreten Aktionen der Organisatoren bei der Nutzung der digitalen und sozialen Medien zu beobachten. Aufgrund der unüberschaubaren Fülle von Vernetzungsaktivitäten auch auf der Mikroebene ließ sich nur in einen Bruchteil dieser Aktivitäten Einblick gewinnen.

14 Das Konzept der Aufmerksamkeitsökonomie verweist auf die Herausbildung eines sekundären Wirtschaftskreislaufs neben der vertrauten Geldwirtschaft, in dem nicht mehr primär um Geldeinkommen und materielle Güter konkurriert wird, sondern um öffentliche Aufmerksamkeit, soziales Ansehen, Prominenz oder Reputation. Dies lässt sich wiederum in Macht oder Einkommen konvertieren (siehe hierzu Franck 1998a, 1998b).

3.1 #b2908

An dieser Stelle soll ein kurzer Überblick über die Ereignisse gegeben werden, die mit dem Hashtag #b2908 in Verbindung gebracht wurden bzw. werden. Am Samstag, den 29. August 2020, wurden in Berlin mehrere Protestkundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung angemeldet. Die Stuttgarter Initiative Querdenken 711 und ihr damaliger Protagonist Michael Ballweg hatten eine Kundgebung und Demonstration mit dem offiziellen Namen »Versammlung für die Freiheit« angemeldet. Diese Kundgebung knüpfte an die Kundgebung vom 1. August 2020 an, die unter dem Namen »Tag der Freiheit« stattfand. Zudem fand vor dem Reichstagsgebäude eine Kundgebung statt, die von Rüdiger Hoffmann, einer prominenten Figur der Reichsbürgerszene¹⁵, mitorganisiert wurde. Unter dem Motto »Sturm auf den Reichstag« stürmte am frühen Abend eine große Zahl von überwiegend rechtsextremistischen Teilnehmenden der Kundgebung Hoffmanns gemeinsam mit Aktivist:innen unterschiedlichster Couleur die Stufen des Reichstagsgebäudes. Zahlreiche Teilnehmer:innen konnten zunächst bis zu den Toren des Parlamentsgebäudes vordringen, bis sie von drei Polizeibeamt:innen gestoppt wurden. Querdenken 711 distanzierte sich in der Folge von den Ereignissen, auch wenn der Pressesprecher der Organisation, Stephan Bergmann, selbst eine Nähe zu reichsbürgerlichen Ideologien erkennen ließ (vgl. Roth 2020).

Abbildung 1: Google Trends



Bereits im Vorfeld der Veranstaltung kam es zu einem juristischen Hin und Her: Am Donnerstag, den 27. August 2020 verkündete der Berliner Innensenator

15 Reichsbürgerbewegung ist ein Sammelbegriff für eine organisatorisch und ideologisch sehr heterogene Szene von meist Einzelpersonen (sog. Reichsbürger), die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als legitimen und souveränen Staat bestreiten und ihre Rechtsordnung ablehnen.

Andreas Geisel, dass die Demonstrationen am Wochenende wegen zu erwartender Verstöße gegen bestehende Corona-Verfügungen verboten würden. Die Absage der Demonstration löste in den sozialen Netzwerken Wut und Empörung unter den Demonstrant:innen aus, einige äußerten Drohungen und Gewaltfantasien, einige riefen sogar zum Waffengebrauch auf. Querdenken 711 klagte gegen die Absage und bekam vor dem Berliner Verwaltungsgericht recht. Eine Berufung der Berliner Polizei vor dem Oberverwaltungsgericht blieb erfolglos, sodass die Demonstration genehmigt wurde. Inhaltlich richteten sich die Demonstrationen am 29. August 2020 erneut gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Die Demonstranten äußerten ihre Ängste vor einer Art biopolitischen Technokratendiktatur, der Ausschaltung von Kritikern und der totalen Überwachung. In diesem Zusammenhang wurden zum einen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und zum anderen die bestehende Ordnung der Bundesrepublik als solche abgelehnt. Während der Versammlung zeigten mehrere Personen offen antisemitische Codes, Aufkleber und andere Symbole auf Plakaten oder Kleidungsstücken. Durch das Tragen des sogenannten Davidsterns setzten sich einige Demonstrant:innen mit den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus gleich und relativierten damit die Verbrechen und Schrecken der Shoah. Auffällig war die zahlenmäßig starke Präsenz der rechtsextremistischen Szene, nicht zuletzt aufgrund einer starken (digitalen) Mobilisierung aus dem gesamten Bundesgebiet.¹⁶

Viele Aufrufe, Berichte und auch Kommentare von bzw. über protestierende Einzelpersonen und Gruppen wurden mit #b2908 getaggt, was die verschiedenen Demonstrant:innen und Gruppen miteinander verband. Suchmaschinen innerhalb und außerhalb der sozialen Medien melden zahlreiche Ergebnisse für den Hashtag #b2908: Google zählt 164.000 Treffer, während allein Facebook 3907 Personen meldet, die den Hashtag verwenden.¹⁷ Auch bei den folgenden Corona-Demonstrationen in Leipzig am 7. November 2020 und in Berlin am 18. November 2020 wird der Hashtag #b2908 verwendet, um auf die Kontinuität der Aktivitäten hinzuweisen. Google Trends (siehe Abbildung 1) zeigt dementsprechend einen Anstieg der Suchanfragen zu #b2908 bei Google.¹⁸

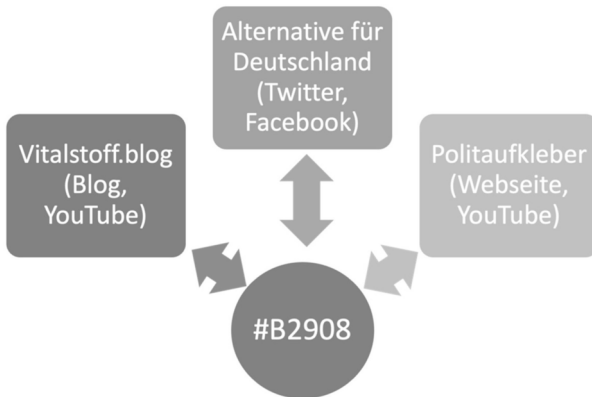
16 Bei der Demonstration wurden bekannte Personen gesichtet, darunter der völkische Rechtsextremist Nikolai Nerling (bekannt als »Volkslehrer«), Reza Begi (der in der Vergangenheit durch die Verbreitung von klassischem Antisemitismus auffiel), Martin Sellner (damaliger Sprecher der Identitären Bewegung Österreich), Jürgen Elsässer (Chefredakteur des verschwörungsideologischen Compact-Magazins), Udo Voigt (NPD) und der oben bereits erwähnte Reichsbürger Rüdiger Hoffmann (verurteilter ehemaliger NPD-Kader und Betreiber des Portals »staatenlos.info«).

17 Es sei darauf hingewiesen, dass der Hashtag #b2908 sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern verwendet wurde.

18 Vergleichbare Entwicklungen sind auch bei den YouTube-Abfragen seit dem 16. August 2020 zu beobachten.

Im Folgenden wird am Beispiel ausgewählter Akteure die Bildung eines algorithmischen Querfront-Phänomens verdeutlicht. Dazu werden ausgewählte Protagonisten aus unterschiedlichen Milieus vorgestellt und ihre Verwendung des Hashtags #b2908 inklusive der damit gekoppelten Narrativen untersucht. Alle Protagonisten haben den Hashtag #b2908 explizit in ihren Beiträgen verwendet und damit a) Reichweite für ihre eigenen, aber auch für die Positionen anderer geschaffen und b) gleichzeitig die rechtsextremen Protagonisten der Bewegung bewusst und unbewusst legitimiert. Drei Profile aus dem eher alternativen, dem rechtspopulistischen und dem rechtsextremen Milieu (siehe Abbildung 2) werden hier gezielt für die Analyse ausgewählt, um zu zeigen, wie die verschiedenen digitalen Akteure miteinander verwoben sind¹⁹.

Abbildung 2: Ausgewählte Akteure



3.2 Vitalstoff.Blog

Uwe Alschner – nach eigenen, nicht prüfbaren Angaben ehemaliger Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und verschiedener Bundespolitiker – betreibt den Blog Vitalstoff (vgl. Alschner 2020a). Der Vitalstoff.blog beschäftigt sich mit dem Thema Gesundheit und ist dem alternativmedizinisch orientierten Spektrum zuzuordnen. Der Autor hat sich seit Beginn der Corona-Krise kritisch zu den getroffenen Maßnahmen geäußert und lehnt insbesondere die Strategie der Abschottung ab. Sein erster Post als Reaktion auf die Ereignisse vom 29. August 2020 ist einen Tag später datiert und trägt die Überschrift »Teilnehmerzahl aus politischen Gründen zu

19 Die ausgewählten Akteure haben den Hashtag #b2908 besonders intensiv genutzt und sind in ihren jeweiligen Milieus Akteure mit einer relevanten Reichweite.

niedrig angesetzt« (Alschner 2020b). Er verweist auf ein von ihm produziertes YouTube-Video mit dem Titel »#b2908 – die Bilanz eines wertkonservativen Bürgers« (Alschner 2020c). In seinem Video geht es um Korruption in Politik und Wissenschaft. Dabei wird Anti-Establishment-Rhetorik mit verschwörungstheoretischer Wissenschaftskritik verbunden (vgl. Schutzbach 2019: 61–62, 76). Gleichzeitig wird den Medien vorgeworfen, ein »Zerrbild« (Schutzbach 2019: 50–51) der Protestveranstaltung zu konstruieren. Im genannten Videobeitrag behauptet Alschner, die Polizei sei an bestimmten Stellen der Demonstration strategisch positioniert worden, um die Veranstaltung zu stören und Gewalt zu provozieren (vgl. Alschner 2020c: min. 17:26; 19:25; 23:30). Zudem macht Alschner den Staat für die Anwesenheit von Reichsbürger:innen und Rechtsextremist:innen auf der Demonstration verantwortlich, was als Rechtfertigung für die eigene Teilnahme dient. Diese Strategie der Externalisierung und damit einhergehenden Selbstentlastung ist auch aus anderen Kontexten bekannt, etwa den rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018 (vgl. Nolden 2019). Durch diese Selbstentlastung werden offen rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure in ihrem Handeln nicht mehr hinterfragt: Die Grenze zu rechten Akteuren wird verwischt, gemeinsames Handeln ermöglicht.

Sein letzter Beitrag unter dem Hashtag #b2908 stammt vom 31. August 2020 und trägt den Titel »Eine gezielte Provokation«. Der Autor bezieht sich auf einen Bericht von RT Deutsch²⁰ und berichtet erneut über angebliche V-Männer, die die Erstürmung des Reichstagsgebäudes »inszeniert« haben sollen. Ziel des Artikels ist es, zu betonen, dass die Teilnehmer:innen der Querdenken-Demonstration friedlich und konstruktiv waren, während staatliche Organe versuchten, Gewalt oder Unruhe zu provozieren, um die Bewegung zu diskreditieren (vgl. Alschner 2020d). Eine Kritik an den Organisatoren findet nicht statt. Es wird deutlich, dass sich der Autor – obwohl er sich bemüht, bürgerlich aufzutreten – der Sprache und Rhetorik von Rechtspopulisten bedient. Er bezieht sich auf das Konzept der »Mainstream-Medien«, reproduziert Verschwörungsnarrative eines übergreifigen Staates und nutzt den Hashtag #b2908 für seine Kommunikation. Darauf reagieren Blogleser:innen und antworten mit Links von den sogenannten Nachdenkseiten, die der Verschwörungstheorieforscher Michael Butter zusammen mit alternativen Medien wie KenFM auflistet. Butter (2019: 205) wirft diesen Seiten vor, Verschwörungstheorien wie die »Lügenpresse« zu bedienen und als seriöse Nachrichten zu verkaufen. An dieser Stelle werden Bezüge zu #b2908 sichtbar: Akteure setzen vergleichbare Narrative gegen die vermeintliche »Spitze« oder die »herrschenden Eliten« ein und schaffen so bewusst oder unbewusst Brücken zu anderen Akteuren.

20 RT Deutsch ist ein russischer Internetsender mit Sitz in Berlin und Teil des in Moskau ansässigen RT-Netzwerks (früher Russia Today). Der Sender steht im Verdacht, falsche Informationen über die Corona-Pandemie und primär Propaganda für den russischen Staat zu verbreiten (vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland 2020).

Konsument:innen werden durch den Hashtag und die arbeitenden Algorithmen zu den gekoppelten Inhalten geleitet und kommen so unweigerlich auch mit den Inhalten rechter Akteure in Kontakt, welche über den Hashtag in der Masse der Inhalte als absolut gleichwertig auftauchen und eine Form der Normalisierung erfahren.

3.3 Alternative für Deutschland

Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) nutzt den Hashtag #b2908 in ihrer politischen Kommunikation. Die thematischen Schwerpunkte des Rechtspopulismus ergeben sich aus der ihm inhärenten Notwendigkeit, permanent konflikthafte Oppositionsbeziehungen zur etablierten politischen Klasse herzustellen und hervorzuheben (vgl. Geden 2006: 39–40). Rechtspopulistische Parteien (und Bewegungen) konzentrieren sich in ihrem Handeln vorwiegend auf jene Bereiche, die eine hohe kommunikative Verwertbarkeit in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung in den Medien versprechen (vgl. ebd.: 40). Zu den charakteristischen Elementen politischer Kommunikation im Rechtspopulismus gehören auch die Inszenierung von Tabubrüchen, Formen kalkulierter Ambivalenz, die Emotionalisierung der politischen Debatte, die Forderung nach radikalen Lösungen, das Denken in Verschwörungsnarrativen und dichotomen Weltbildern, die Verwendung biologistischer und gewalttätiger Metaphern sowie die Verwendung persönlicher Beleidigungen (vgl. ebd.: 22).

Hier setzt die Beteiligung der AfD an den Corona-Protesten an, die alle Grundvoraussetzungen erfüllen, um für eine rechtspopulistische Partei von strategischem Vernetzungsinteresse zu sein. Die AfD positioniert sich als Verbündete jener Kräfte, die den vermeintlichen »Eliten« Einhalt gebieten wollen und versucht, die Demonstrationen als Motor für die eigene Bewegung zu nutzen. So organisiert die AfD auf Social-Media-Kanälen unter ihren Anhänger:innen vor allem Unterstützung für die Pläne der sogenannten Querdenker:innen (eine Anspielung auf Querdenken 711) und präsentiert sich als die »Alternative« (z.B. Alternative für Deutschland 2020b; Meuthen 2020; Chrupalla 2020).

Ein Tweet von Beatrix von Storch vom 30. August 2020 soll als Beispiel für die Vorgehensweise der AfD dienen (Abbildung 3). Auch die Politikerin betont den Gegensatz zwischen dem friedlichen »Volksfest« und der Bedrohung von außen. Sie verweist auf den Erfolg einer Bewegung von links nach rechts, was auf den gewollten Querfrontcharakter der Demonstrationen hinweist und damit die eigene Position in dieser Auseinandersetzung als »common sense« darstellen will. Sowohl die Linke als auch die Rechte, so wird argumentiert, kämpfen gegen eine »Elite«, die sich gegen »das Volk« stelle.

Abbildung 3: Twitter Posting von Beatrix von Storch



Beatrix von Storch assoziiert in ihrem Posting die »paar Idioten«, die den Reichstag gestürmt haben, mit Greenpeace-Aktivist:innen, die im Juli 2020 nicht die Absicht hatten, das Gebäude zu stürmen, sondern lediglich eine Protestaktion vor dem Gebäude durchführten (vgl. Oheim 2020). Auch hier wird die Verantwortung externalisiert, indem das Handeln der gewaltbereiten Demonstranten als »dumm« pathologisiert und der politische Gegner mit der Aktion in Verbindung gebracht wird. Das verwendete »wir« formuliert den Anspruch der AfD, an den »Erfolgen« der Demonstrant:innen teilzuhaben, und betont zugleich eine gemeinsame Verbindung im Sinne einer Querfront durch die Nutzung der Elemente »wir« gegen »die«. Der Hashtag #b2908 wird genutzt, um sich als anschlussfähig an die Anti-Corona-Bewegung zu präsentieren und gleichzeitig bisherige Nicht-AfD-Wähler:innen mit den Positionen der Partei vertraut zu machen. Der Hashtag schlägt somit eine Brücke über die eigene Wählerschaft hinaus, soll die eigenen Positionen gesellschaftlich normalisieren und dient gleichzeitig als Kampfansage an die politischen Gegner.

3.4 Politaufkleber²¹

Die Plattform Politaufkleber hingegen bedient ein primär rechtsextremes Milieu und bietet entsprechende T-Shirts, Aufkleber und anderes völkisches Merchandising für die Zielgruppe an. Betrieben wird die Seite von Sven Liebich²², der in der Szene schon länger bekannt ist: Seit April 2014 reiste er zu sogenannten Friedensdemonstrationen und suchte die Zusammenarbeit mit Querfront-Aktivist:innen wie KenFM. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt werden Liebichs Aktivitäten seit Jahren als rechtsextremistisch eingestuft. Liebich kommentiert die Tagesschau und tritt dabei vor allem als Provokateur und Verschwörungstheoretiker auf (vgl. Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt 2019). Neben seinen sonstigen Aktivitäten ist Liebich seit Beginn der Pandemie auch (selbsterannter) Aktivist der Corona-Protestbewegung und verbreitet auf seinem Blog und im Shop »Politaufkleber« mit #b2908 Aufrufe zur aktiven Teilnahme und zum Kauf szenetypischer Waren (z. B. Politaufkleber 2020a, 2020b, 2020d).

In seinem Aufruf vom 7. August 2020 bezieht er sich auf die »friedliche Revolution« zur Wiedervereinigung Deutschlands 1989 und betont damit den Wunsch eines politischen Umsturzes als Ziel der aktuellen Demonstrationen (vgl. Politaufkleber 2020b). Hier wird versucht, aktuelle Aktionen des Ungehorsams mit dem Widerstand gegen das ehemalige DDR-Regime gleichzusetzen und damit zu legitimieren. Liebichs Postings sind durchzogen von emotionalisierenden Botschaften, Gewaltmetaphern und Beschimpfungen. Auch hier wird ein »wir« gegen »die« konstruiert. Zudem verweist Liebich in seinem Aufruf auf seine Produkte, um für das eigene Unternehmen zu werben, das mit dem politischen Projekt gekoppelt wird (vgl. Politaufkleber 2020a, 2020b). Das Narrativ der »Lügenpresse« und der Verschwörung gegen »das Volk« ist ebenfalls fester Bestandteil der Postings auf Politaufkleber (2020c). Das verbindende Narrativ des Kampfes gegen die »Eliten« wird auch in den #b2908-Postings reproduziert, Verbindungen zu anderen Akteuren werden gesucht. Suchmaschinenalgorithmen ermöglichen es, diese Angebote

21 Die Website wurde im Jahr 2022 auf Bestreben der Behörden vom Netz genommen. Politaufkleber ist seither vermehrt auf Telegram aktiv, die Bilder der Aufkleber finden sich nach wie vor in der rechten Protestkultur im Internet sowie in sogenannten Querdenker-Kreisen.

22 Liebich versteht sich als »Aktivist«, der »die Menschen wachrütteln« will und dabei seine politischen Ansichten verbreitet. Seine verfassungsfeindliche Agitation setzt er in seinen wiederkehrenden »Montagsdemonstrationen« um (vgl. Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt 2020: 76). Liebich ist in der deutschen rechtsextremen Demonstrationsszene weithin akzeptiert und wird als »prominenter« Protagonist zu Veranstaltungen eingeladen. Auf diesen Veranstaltungen engagiert er sich gegen die Politik der »Altparteien« und der sogenannten »Vereinsmafia«. Wiederkehrende Elemente seiner Reden bis zu den Corona-Protesten waren das Schüren von Angst und Hass gegen Flüchtlinge und den Islam (vgl. ebd.: 77–78).

zu finden, neue Akteure zu vernetzen und Menschen auf politaufkleber.de zu lenken. Wie auch bei den anderen vorgestellten Akteuren ist die Idee des »wir« gegen »die da oben« als konstitutives Element populistischer Rhetorik allgegenwärtig. Dieses Element zieht sich durch alle untersuchten Beiträge und stellt eine der zentralen narrativen Brücken zwischen unterschiedlichen Milieus und Gruppen dar, die sich letztlich im Hashtag #b29o8 manifestiert, der die Akteure zusammenführt und die Narrative zugänglich macht.

Im folgenden Fazit werden die skizzierten Elemente, die zur Herausbildung eines algorithmischen Querfront-Phänomens beitragen, zusammengefasst und diskutiert.

4 Fazit

Vernetzung war und ist zentraler Bestandteil und Ressource sozialer Bewegungen, auch in nicht-digitalen Räumen (vgl. Wolfsfeld/Segev/Sheafer 2013: 118 in Anlehnung an Norris (2012)). Der Fokus soll hier auf Infrastrukturen sowie ihre Logiken gelegt werden, die den digitalen und sozialen Medienräumen zugrunde liegen und Menschen für Protest zusammenbringen. Nach Milan (2015) wurde diese Perspektive weitgehend vernachlässigt (sowohl von Forscher:innen als auch von Demonstrant:innen). Sie enthält ein Paradoxon: Obwohl es jedem freisteht, digitale und soziale Medienräume für die Kommunikation von Protest zu nutzen, produzieren sie keine Freiheit (vgl. Milan 2015: 8). Dies ist in erster Linie auf die wirtschaftlichen und kommerziellen Werte zurückzuführen, die den digitalen und sozialen Medienräumen eingeschrieben sind und durch Algorithmen privilegiert werden, die diese Infrastrukturen in hohem Maße mitformen.

Ausgehend vom Hashtag als einem mächtigen Instrument zur Kommunikation von Protest und einer wesentlichen Infrastruktur, die Menschen durch prägnante Botschaften Verbindung anbietet und ermöglicht (vgl. Hänska/Bauchowitz 2018: 11), hat dieser Beitrag die algorithmisch gesteuerten digitalen Strukturen und die transportierten Narrative, die ein algorithmisches Querfront-Phänomen herausbilden, in den Blick genommen – ein Phänomen, das das Zusammentreffen verschiedener protestierender Individuen und Gruppen auf der Grundlage der Infrastrukturen, Metriken und Logiken digitaler und sozialer Medien aus strategischen Gründen in einem soziopolitischen Kontext beschreibt.

Es ist deutlich geworden, dass Hashtags und die Nutzung algorithmisch gesteuerter Infrastrukturen ein Zusammentreffen unterschiedlicher (Internet-)Akteure ermöglichen, das sonst nur mit großem Aufwand zu erreichen wäre. Im Gegensatz zur klassischen Koalitionsbildung offline ermöglichen die Algorithmen durch die technische Vermittlung, unorganisierte oder gegensätzliche Akteure mit geringem Ressourcenverbrauch zu erreichen. Setzt die offline Koalitionsbildung in der Re-

gel Auseinandersetzungen über gemeinsame Ziele oder bestehende Differenzen voraus, öffnen Algorithmen thematisch orientierte Kanäle zwischen den Akteuren, welche die Differenzen in den Hintergrund und gemeinsame thematische Interessen in den Vordergrund treten lassen. Die gemeinsam kultivierten und algorithmisch kuratierten Narrative werden auch außerhalb des eigenen Milieus der Akteure nicht nur sichtbar, sondern teilweise auch übernommen. Der Kampf gegen eine »Elite«, die sich gegen »das Volk« bzw. den gesunden Menschenverstand verschworen hat, sowie die lagerübergreifende Überzeugung, jetzt handeln zu müssen, ist das verbindende Narrativ der Corona-Protestierenden. Hier setzen rechte Strategien an und bauen Brücken. Ob es den einen um den Sturz der Regierung, alternative Medizin, den anderen um den vermeintlichen Erhalt des Grundgesetzes, die Abschaltung von 5G, vermeintlich fehlende Souveränität oder das Recht auf Party geht, spielt dabei keine besondere Rolle. Kritik z.B. an gewalttätigen oder verfassungsfeindlichen Mitdemonstrant:innen hält sich in Grenzen, vielmehr werden diese Ereignisse zu konspirativen Aktionen des Staates erklärt oder heruntergespielt. Ein wiederkehrendes und zentrales Element ist die Anti-Establishment-Rhetorik, die mit verschwörungsideologischer Wissenschaftskritik verbunden wird (vgl. Schutzbach 2019: 61–62, 76). Diese Narrative bilden die durch algorithmische Beiträge vermittelten Brücken, über die a) die Anknüpfungspunkte zwischen den Milieus entstehen und b) die Differenzen zwischen den Fraktionen, die zuvor den Diskurs bestimmt haben, in den Hintergrund treten können. Durch die gemeinsame Nutzung des Hashtags entsteht ein soziales Netzwerk, eine algorithmisch vermittelte Hashtag-Community, die im Sinne von »connective action« (Bennett/Segerberg 2012) verstanden werden kann. Hänska und Bauchowitz (2018: 4) betonen in diesem Zusammenhang die Dynamik derartiger Verbindungen: »the kind of contentious actions that rapidly emerge through social media [...] and] usually manifests when people share protest artefacts through online social networks such as hashtags«. Algorithmen und Hashtags sind somit zentrale Instrumente, um Reichweite zu erhöhen, neue Unterstützer:innen zu sammeln und symbolisch ein kurz- bis mittelfristiges Querfrontphänomen zu erzeugen, dass sich über diverse politische Akteur:innen, Lager und Positionen erstreckt. Diese Querfrontphänomene bedienen und nutzen die Logik der Aufmerksamkeitsökonomie und stärken damit wiederum die Bewegungen in ihrer medialen Reichweite.

Eine algorithmisch vermittelte Hashtag-Community ist also zusätzlich eine ressourcenschonende Möglichkeit, sich mit verschiedenen Milieus zu vernetzen und bestimmte Konzepte in anderen (teilweise gegensätzlichen) subkulturellen Gruppen durchzusetzen. Dieses Wissen wird auch von rechten Akteuren erfolgreich eingesetzt. Die dem Rechtspopulismus entlehnte Sprache der Verunglimpfung von Regierungsparteien, Medien- und Wissenschaftsvertreter:innen wird auf diesem Wege zunehmend normalisiert und der Bereich des Sagbaren sukzessive erweitert. Sprachfiguren, die bisher eindeutig dem rechtspopulistischen bis rechtsextremen

Milieu zugeordnet wurden, wie das »Merkel-Regime«, deuten auf ein Einsickern rechter Ideologie in andere Milieus hin. Ähnlich beobachtet Jessie Daniels (2018), dass die US-amerikanische Alt-Right strategisch auf algorithmisch gesteuerte Infrastrukturen zurückgreift, um rassistische Positionen sukzessive in den Mainstream des politischen Diskurses zu bringen (vgl. Daniels 2018: 62). Sie bezeichnet weiße Nationalisten daher als »Innovationsopportunisten«, die in den neuesten Technologien Möglichkeiten finden, ihre Botschaft zu verbreiten (vgl. ebd.: 62).

Im Prozess der Herausbildung dieser Querfrontphänomene lässt sich beobachten, was Rechtsextremismusforscher:innen als die Herausbildung eines »Patchwork-Rechtsextremismus« bezeichnet haben. Hierunter wird eine Form des Rechtsextremismus verstanden, die jeweils nur einzelne Ideologieaspekte aufgreift, die zu bestimmten Bedürfnissen der jeweils dominierenden Gruppen passen oder für die Mitdemonstrierenden noch tolerierbar sind. In der Folge wird Rechtsextremismus emotional näher an die Menschen herangeführt, eine gezieltere Ansprache wird möglich und eine mögliche Abwehr gegen Kritik wird durch den Verweis auf Mitdemonstrierende aus anderen politischen Lagern ermöglicht. Demokratische Akteure, die sich der Hashtag-Community anschließen und den antidemokratischen Positionen nicht aktiv entgegentreten, legitimieren die Sprache und Konzepte der Rechtspopulisten und Rechtsextremen. Nicht die sonst oft übliche Distanzierung, sondern Solidarisierungsprozesse sind das Ergebnis dieser Annäherungsprozesse. Solidarisierungsprozesse werden unter anderem sichtbar, wenn wie im Fall des Vitalstoff.blog verfassungsfeindliches Verhalten mit Verschwörungsnarrativen in die Verantwortung des Staates verwiesen wird.

Die Analyse hat das populistische Narrativ einer nicht vertrauenswürdigen, gegen »das Volk« konspirierenden herrschenden »Elite« identifiziert. Folgt man den spezifischen Narrativen, die die gebildeten (politischen) Allianzen durchdringen und verbinden, so muss auf den strategischen Nutzen algorithmischer Querfrontphänomene hingewiesen werden, auch wenn sie nur von kurzer Dauer sind. Ähnliche Querfrontphänomene lassen sich aktuell im Zuge der Proteste gegen den Krieg in der Ukraine beobachten, wenn rechtspopulistische Kräfte wie die AfD sich als einzige wahre »Friedenspartei« darstellen, linkspopulistische Akteure im Einklang mit rechten Gruppierungen den altbekannten Antiamerikanismus bedienen und die NATO für die Gewalt in der Ukraine verantwortlich machen. Hier lassen sich jene Strömungen wiederentdecken, die bereits auf den Veranstaltungen der Corona-Protestierenden Anschlussfähigkeiten herstellen und Bündnisse etablieren konnten. Es bleibt abzuwarten, ob die Protagonist:innen der aktuellen Proteste über die von rechts gebauten Brücken gehen werden. Eine algorithmische Querfront hinterlässt in jedem Fall eine Spur – sei es, offen, durch einen bestimmten Hashtag, oder nur durch einen Gedanken im Kopf einer Person. Sie hinterlässt Anknüpfungspunkte, die für zukünftige Proteste auch mit rechtspopulistischer und rechtsextremer Agenda fruchtbar gemacht werden können.

Literatur

- Alschner, Uwe (2020a). »About.«, <https://vitalstoff.blog/about/> vom 12.12.2020.
- Alschner, Uwe (2020b). »Teilnehmerzahl aus politischen Gründen zu niedrig angesetzt.«, <https://vitalstoff.blog/2020/08/30/teilnehmerzahl-aus-politischen-gruenden-zu-niedrig-angesetzt/> vom 12.12.2020.
- Alschner, Uwe (2020c). »#b2908 – die Bilanz eines wertkonservativen Staatsbürgers«, <https://youtu.be/9dplJ1QuuDU> vom 12.12.2020.
- Alschner, Uwe (2020d). »Eine gezielte Provokation«, <https://vitalstoff.blog/2020/08/31/eine-gezielte-provokation/> vom 12.12.2020.
- Alternative für Deutschland (2020a): »Unvereinbarkeitsliste (Stand: 11.12.2020)«, <https://www.afd.de/unvereinbar> vom 12.12.2020.
- Alternative für Deutschland (2020b): »FÜR Demonstrationsfreiheit und GEGEN Merkel, Geisel und Co auf der Straße!«, <https://www.facebook.com/alternativ efuerde/posts/3534531423243838> vom 12.12.2020.
- Arthurs, Jane; Drakopoulou, Sophia; Gandini, Alessandro (2018): »Researching YouTube«, in: *Convergence*, Bd. 24, Nr. 1, S. 3–15.
- Baringhorst, Sigrid; Yang, Mundo (2020): »Protest, Medien und Politische Kommunikation«, in: Isabelle Borucki; Katharina Kleinen-von Königsłow; Stefan Marschall; Thomas Zerback (Hg.), *Handbuch Politische Kommunikation*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 1–15.
- Bennett, W. Lance; Segerberg, Alexandra (2012): »The Logic of Connective Action: Digital Media and the Personalization of Contentious Politics«, in: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 739–768.
- Bennett, W. Lance; Segerberg, Alexandra; Walker, Shawn (2014): »Organization in the Crowd: Peer Production in Large-scale Networked Protests«, in: *Information, Communication & Society* 17 (2), S. 232–260.
- Bruns, Axel; Moe, Hallvard (2014): »Structural Layers of Communication on Twitter«, in: Katrin Weller; Axel Bruns; Jean Burgess; Merja Mahrt; Cornelius Puschmann (Hg.), *Twitter and Society*, New York: Peter Lang, S. 15–28.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (n.d.): »Fachinformation zu Teilorganisationen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD)«, <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd> vom 12.12.2020.
- Bundesministerium für Gesundheit (2020): »Meldungen: Coronavirus SARS-CoV-2: Chronik der bisherigen Maßnahmen«, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html> vom 21.01.2021.
- Butter, Michael (2019): »Verschwörungs(theorie)panik. ›Filter Clash‹ zweier Öffentlichkeiten«, in: Heiner Hastedt (Hg.), *Deutungsmacht von Zeitdiagnosen. Interdisziplinäre Perspektiven*, Bielefeld: transcript, S. 197–211.

- Chrupalla, Tino (2020): »Coronademo verboten: Anschlag auf die Freiheit!«, <https://www.facebook.com/TinoAfD/posts/2348767038764889> vom 12.12.2020.
- Coleman, James S. (1988): »Free Riders and Zealots: The Role of Social Networks«, in: *Sociological Theory* 6 (1), S. 52–57.
- Daniels, Jessie (2018): »The Algorithmic Rise of the ›Alt-Right‹«, in: *Contexts* 17 (1), S. 60–65.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmer (Hg.) (2020): *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dolata, Ulrich; Schrape, Jan-Felix (2015): »Masses, Crowds, Communities, Movements: Collective Action in the Internet Age«, in: *Social Movement Studies* 15 (1), S. 1–18.
- Fielitz, Maik; Staemmler, Daniel (2020): »Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33. Jg., Nr. 2, S. 425–441.
- Franck, Georg (1998a): »Die neue Währung: Aufmerksamkeit. Zum Einfluss der Hochtechnik auf Zeit und Geld«, in: *Merkur* 486, S. 688–701.
- Franck, Georg (1998b): *Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*. München/Wien: Carl Hanser.
- Geden, Oliver (2006): *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaft.
- Gerbaudo, Paolo (2012): *Tweets and the Streets: Social Media and Contemporary Activism*. London: Pluto Press.
- Gerbaudo, Paolo; Treré, Emiliano (2015): »In Search of the ›we‹ of Social Media Activism: Introduction to the Special Issue on Social Media and Protest Identities«, in: *Information, Communication & Society* 18 (8), S. 865–871.
- Gillespie, Tarleton (2016a): »Algorithm«, in: Benjamin Peters (Hg.): *Digital Keywords. A Vocabulary of Information Society and Culture*, Princeton: Princeton University Press, S. 18–30.
- Gillespie, Tarleton (2016b): »#trendingistrending: When Algorithms Become Culture«, in: Robert Seyfert; Jonathan Roberge (Hg.): *Algorithmic Cultures: Essays on Meaning, Performance and New Technologies*, London: Routledge, S. 52–75.
- Goertz, Stefan (2022): »Die Akteure – Eine Analyse«, in: Stefan Goertz: »Querdenker« Ein Überblick. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 21–31.
- Golebiewski, Michael; boyd, danah (2018): »Data Voids: Where Missing Data Can Easily Be Exploited«, in: *Data & Society*, <https://datasociety.net/wp-content/uploads/2019/11/Data-Voids-2.0-Final.pdf> vom 29.12.2020.
- Goreis, Andreas; Kothgassner, Oswald D. (2020): »Social Media as Vehicle for Conspiracy Beliefs on COVID-19«, in: *Digit Psych* 1 (2), S. 36–39.
- Gruzd, Anatoliy; Mai, Philip (2020): »Going Viral: How a Single Tweet Spawned a COVID-19 Conspiracy Theory on Twitter«, in: *Big Data & Society* 7 (2), S. 1–9.

- Hänksa, Max; Bauchowitz, Stefan (2018): #ThisIsACoup: The Emergence of an Anti-Austerity Hashtag across Europe's Twittersphere, https://www.researchgate.net/publication/324909920_ThisIsACoup_The_emergence_of_an_anti-austerity_hashtag_across_Europe's_twittersphere vom 12.12.2020.
- Jackson, Sarah J.; Bailey, Moya; Foucault Welles, Brooke (2020): #hashtagactivism. Networks of Race and Gender Justice. Cambridge, MA/London: The MIT Press.
- Kavada, Anastasia (2015): »Creating the Collective: Social Media, the Occupy Movement and Its Constitution as a Collective Actor«, in: *Information, Communication & Society* 18 (8), S. 872–886.
- Kouzy, Ramez; Abi Jaoude, Joseph; Kraitem, Afif; El Alam, Molly B.; Karam, Basil; Adib, Elio et al. (2020): »Coronavirus Goes Viral: Quantifying the COVID-19 Misinformation Epidemic on Twitter«, in: *Cureus* 12 (3), e7255.
- Larson, Jennifer; Nagler, Jonathan; Ronen, Jonathan; Tucker, Joshua (2019): »Replication Data for: Social Networks and Protest Participation: Evidence from 130 Million Twitter Users«, in: *American Journal of Political Science* 63 (3), S. 690–705.
- Lim, Merlyna (2012): »Clicks, Cabs, and Coffee Houses: Social Media and Oppositional Movements in Egypt, 2004–2011«, in: *Journal of Communication* 62 (2), S. 231–248.
- Link, Jürgen (1997): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Madison, Nora; Klang, Mathias (2020): »The Case for Digital Activism«, in: *Journal of Digital Social Research* 2 (2), S. 28–47.
- Maly, Ico (2018): »Algorithmic Populism and Algorithmic Activism«, in: *Diggit Magazine*, <https://www.diggitmagazine.com/articles/algorithmic-populism-activism> vom 12.12.2020.
- Maly, Ico (2019): »New Right Metapolitics and the Algorithmic Activism of Schild & Vrienden«, in: *Social Media + Society* 5 (2), S. 1–15.
- Maly, Ico (2020): »The Coronavirus, the Attention Economy and Far-Right Junk News«, in: *Diggit Magazine*, <https://www.diggitmagazine.com/column/coronavirus-attention-economy> vom 12.12.2020.
- Mattoni, Alice; della Porta, Donatella (2014): »Adapting Theories on Diffusion and Transnational Contention Through Social Movements of the Crisis: Some Concluding Remarks«, in: Donatella della Porta; Alice Mattoni (Hg.): *Spreading Protest: Social Movements in Times of Crisis*, Colchester: ECPR Press, S. 277–292.
- McKie, Linda; Ryan, Louise (2012): »Exploring Trends and Challenges in Sociological Research«, in: *Sociology [e-Issue]*, 46(6), S. 1–7.
- Meuthen, Jörg (2020): »Verbot der Corona-Demo ist Attacke auf die Freiheit.«, <https://www.facebook.com/Prof.Dr.Joerg.Meuthen/posts/1727251587423539> vom 12.12.2020.

- Milan, Stefania (2015): »When Algorithms Shape Collective Action: Social Media and the Dynamics of Cloud Protest«, in: *Social Media + Society* 1 (2), S. 1–10.
- Ministerium für Inneres und Sport (2019): Verfassungsschutzbericht 2018, https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2018_Endfassung.pdf vom 12.12.2020.
- Ministerium für Inneres und Sport (2020): Verfassungsschutzbericht 2019, https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_ST_2019_01.pdf vom 12.12.2020.
- Monterde, Arnau; Calleja-López, Antonio; Aguilera, Miguel; Barandiaran, Xabier E.; Postill, John (2015): »Multitudinous Identities: A Qualitative and Network Analysis of the 15M Collective Identity«, in: *Information, Communication & Society* 18 (8), S. 930–950.
- Mudde, Cas (2004): »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 4, S. 541–563.
- Mullis, Daniel (2020): Protest in Zeiten von Covid-19, <https://protestinstitut.eu/protest-in-zeiten-von-covid-19/> vom 12.12.2020.
- Naeem, Salman Bin; Bhatti, Rubina; Khan, Aqsa (2020): »An Exploration of how Fake News is Taking over Social Media and Putting Public Health at Risk«, in: *Health Information and Libraries Journal* 38 (2), S. 143–149.
- Nolden, Marcus (2019): »Das laute Schweigen in Chemnitz – Zwischen Skandalisierung und Tabuisierung«, in: Heidrun Friese; Marcus Nolden; Miriam Schreiter (Hg.): *Rassismus im Alltag – Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz*, Bielefeld: transcript, S. 195–211.
- Norris, Pippa (2012): »Political Mobilization and Social Networks«, in: Norbert Kersting; John Stein; Michael Trent (Hg.): *Electronic Democracy*, Verlag Barbara Budrich, S. 55–76.
- Oheim, Swetlana (2020): Protest gegen Kohleausstiegsgesetz – Greenpeace-Aktivistinnen klettern auf Berliner Reichstag, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/07/greenpeace-protest-reichstag-berlin-kohle-transparent.html> vom 12.12.2020.
- Peters, Benjamin (2016): »Digital«, in: Benjamin Peters (Hg.): *Digital Keywords: A Vocabulary of Information Society and Culture*, Princeton/Oxford: Princeton University Press, S. 93–108.
- Politaukleber (2020a): 29.08.2020 Berlin-Tag der Freiheit – Ich bin dabei Vollfarb T-Shirt, Girlie, Longsleeve, Sweatshirt oder Kapuzenpulli, <https://politaukleber.de/page/2/?s=%23b2908> vom 12.12.2020.
- Politaukleber (2020b): 29.8.20 – Berlin, Berlin – Wir fahren nach Berlin, <https://politaukleber.de/29-8-20-berlin-berlin-wir-fahren-nach-berlin/> vom 12.12.2020.

- Politaufkleber (2020c): Das verlogene Framing der Lügenpresse zu #B2908, <https://politaufkleber.de/das-verlogene-framing-der-luegenpresse-zu-b2908/> vom 12.12.2020.
- Politaufkleber (2020d): #B2908 Lasst uns einfach die Gegendemos übernehmen, <https://politaufkleber.de/page/2/?s=b2908> vom 12.12.2020.
- Redaktionsnetzwerk Deutschland (2020): Falschmeldungen zu Corona: Behörden haben Propagandasender RT Deutsch im Blick, <https://www.rnd.de/medien/rt-deutsch-und-corona-meldungen-wegen-propraganda-und-falscher-berichte-rstattung-steht-web-sender-in-der-kritik-HYEQPEILBBVRD3FPV2SMKQCBI.html> vom 12.12.2020.
- Roberge, Jonathan; Seyfert, Robert (2016): »What Are Algorithmic Cultures?«, in: Robert Seyfert; Jonathan Roberge (Hg.), *Algorithmic Cultures. Essays on Meaning, Performance and New Technologies*, Abingdon, Oxon/New York, NY: Routledge, S. 1–25.
- Roth, Alexander (2020): »Einmal Reichsbürger, immer Reichsbürger? Was Querdenken 711-Sprecher Stephan Bergmann mit den Rechtsextremen vor dem Reichstag in Berlin verbindet.«, in: Zeitungsverlag Waiblingen, https://www.zvw.de/lokales/remm-murr-kreis/einmal-reichsb%C3%BCrger-immer-reichsb%C3%BCrger-was-querdenken-711-sprecher-stephan-bergmann-mit-den-recht_s_arid-238637 vom 12.12.2020.
- Scerri, Mariella; Grech, Victor (2020): »COVID-19, Its Novel Vaccination and Fake News – What a Brew«, in: *Early Human Development*, 105256. [Epub ahead of print].
- Schreiter, Miriam (2019): »Politiken des Todes: ProChemnitz' Online-Mobilisierungsstrategien«, in: Heidrun Friese; Marcus Nolden; Miriam Schreiter (Hg.): *Rassismus im Alltag – Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz*, Bielefeld: transcript, S. 139–156.
- Schutzbach, Franziska (2019): *Rhetorik der Rechten: Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick*, Zürich: Xanthippe Verlag.
- Springer, Cornelia (2020): »Zivilgesellschaft in der Verantwortung. Drei Spannungsfelder von Solidarität in der Krise«, in: Michael Volkmer; Karin Werner (Hg.), *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 165–176.
- Stegemann, Patrick; Musyal, Sören (2020): *Die rechte Mobilmachung. Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen*, Berlin: Econ.
- Tagesschau (2020a): Corona-Demo in Berlin. Bunte Mischung, kein Abstand, <https://www.tagesschau.de/inland/corona-demo-polizei-beschwerde-105.html> vom 12.12.2020.
- Tagesschau (2020b): Protest gegen Corona-Politik. Entsetzen über Eskalation am Reichstagsgebäude, <https://www.tagesschau.de/inland/corona-demo-berlin-131.html> vom 12.12.2020.

- Vieten, Ulrike M. (2020): »The ›New Normal‹ and ›Pandemic Populism‹: The COVID-19 Crisis and Anti-Hygienic Mobilisation of the Far-Right«, in: *Social Sciences* 9 (9), S. 165.
- Weiß, Volker (2020): »Querfront. Die Allianz der Populisten«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Stichworte zur Zeit*, Bielefeld: transcript, S. 227–240.
- Weiß, Volker (2021): »Verschwörungsglaube in der Pandemie«, in: *Soziale Probleme*, 32. Jg., Nr. 2, S. 183–192.
- Wolfsfeld, Gadi; Segev, Elad; Sheaffer, Tamir (2013): »Social Media and the Arab Spring«, in: *The International Journal of Press/Politics* 18 (2), S. 115–137.
- Yang, Guobin (2016): »Narrative Agency in Hashtag Activism: The Case of #BlackLivesMatter«, in: *Media and Communication* 16 (4), S. 13–17.

Migration, Biopolitiken, Alltagsrassismus

Europäische Grenzen und populäre Diskurse

Heidrun Frieese

Racism bloats and disfigures the face of
the culture that practices it.

Frantz Fanon, Racism and Culture (1988: 37).

Borders have guards and the guards have
guns.

*Joseph Carens, Aliens and Citizens: The Case
for Open Borders (1987: 251).*

Die Tradition aller toten Geschlechter
lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der
Lebenden.

*Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Napoleon
(1885: 7).*

1 Das Argument

»Borders have guards and the guards have guns« – mit dieser trockenen Feststellung beginnt Joseph H. Carens brillante Auseinandersetzung mit vorherrschenden Begründungsmustern für die Beschränkung von Migration und sein Plädoyer für offene Grenzen (Carens 1987: 251). Nicht alle Grenzen verlangen Gewehre. Seit 2014 sind mindestens 26.865 Menschen an Europas südlichen Grenzen ertrunken oder werden vermisst.¹ Das Mittelmeer ist zu einer der tödlichsten Grenzen der Welt geworden. Diese Seegrenzen arrangieren, ordnen Ereignisse außerhalb eines – auch rechtlich abgesicherten – Erfahrungsraumes, auf die man in befriedet erscheinenden Orten nicht gefasst ist und in deren Angesicht man vom sicheren Ufer aus zum

¹ *International Organisation of Migration (IOM)*, Stand 03.06.2023, <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>.

Zuschauer von Schiffbruch und Untergang wird.² Das sind Ereignisse und Bilder, die an andere Räume anschließen, diese erschließen und eine mehr oder minder raffinierte Bewirtschaftung von Ressentiment und Rassismus attestieren.

An Grenzen lässt Europa Menschen sterben. Nicht nur der Schiffbruch am 26. Februar 2023 an der Küste Kalabriens – er kostete allein 90 Menschen das Leben – macht die Spannung zwischen Seenotrettung und polizeilicher Überwachung deutlich.³ Humanität versus Sicherheit und zugleich Humanität und Sicherheit, so der neue Schlachtruf offizieller Governance von Mobilität, der eben auch im populären Diskurs deutlich wird. Derzeitige Migrationspolitiken sind durch vielfache Spannungen gekennzeichnet, die die Grundlagen demokratischer Ordnungen und des Zusammenlebens kennzeichnen (vgl. Friese 2014, 2017). Die sich im Mittelmeer artikulierenden Politiken richten sich auf Abschreckung, die Abwehr von unerwünschten Menschen und die Regierung von Mobilität, sie treiben die datengestützte Algovernance von Mobilität voran (Friese 2023a), sie errichten neue Mauern, streben die Regierung von *Search and Rescue* (SAR) an und externalisieren Grenzen in die ehemaligen Kolonien. Die humanitäre Grenze ist dann die Grenze vor der Grenze, eine Grenze, die erst gar nicht erreicht werden kann.

Nationale und europäische Grenzregimes – so das hier verfolgte Argument – entwickeln und legitimieren Biopolitiken (Foucault 2001), postkoloniale Nekropolitiken und das alltägliche Massensterben im Mittelmeer. Diese Nekropolitiken, so Achille Mbembe (2003, 2019), bestimmen über Leben und Tod, sie setzen rassifizierte Bevölkerungsgruppen dem sozialen, ökonomischen, politischen und physischen Tod aus. Besonders deutlich werden diese Todespolitiken und ihre Legitimation in öffentlichen Auseinandersetzungen um Migration, die alltäglich populär-populistische Diskurse und diskursive Muster der Neuen Rechten aufnehmen, Alltagsrassismus artikulieren und zum Teil ebenjener Politiken werden lassen.

Biomacht, deren Regierungsform und Techniken sind die beiden zusammengehörigen, komplementären Seiten der »Politiken der Feindschaft« (Mbembe 2019: 117). Der mit der Biomacht aufkommende Rassismus führt – wie wir gleich näher sehen werden – eine »Zäsur zwischen dem, was leben, und dem, was sterben muss« ein (Foucault 2001: 301). In dieser Zäsur verbinden sich Rassismen und siedeln sich derzeitige Mobilitäts- und Grenzpolitiken an, in dieser Zäsur sammeln sich aber auch die grundlegenden Spannungen liberaler Demokratien, die Kolonisation und

2 Wegen der besseren Lesbarkeit wird hier das generische Maskulinum verwendet, mitgemeint sind alle Geschlechtsidentifikationen.

3 Von dem überfüllten Boot, durch *Frontex* informiert, wurden vom *International Coordination Center* (ICC) zunächst die für law enforcement zuständige Finanzpolizei und erst dann das für SAR-Einsätze zuständige *Maritime Rescue Coordination Centre* (MRCC) informiert. Erst nach Stunden lief die Küstenwache aus, die nur wenige Überlebende aus den Fluten retten konnte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Genozid, Zugehörigkeit und Ausschluss, Freiheit und Sicherheit beherbergen und ihre Spannungen bearbeiten. Genau hier, in dieser Zäsur, zwischen Positivität und Negativität, zwischen ›Leben machen‹ und ›sterben lassen‹ lässt sich die Spannung zwischen derzeitigen Todespolitiken und Humanitarismus, humanitärem Impetus und Sicherheitspolitiken verorten, hier verbinden sie sich mit populären und neu-rechten Diskursen.

Subjektivität konstituierende Biomacht geht geschmeidig durch Einzelne hindurch, Biopolitiken, die auf Prosperität und Gesundheit der Bevölkerung, eines Volkskörpers zielen, zeigen sich nirgends deutlicher als da, wo sie Migration an Demographie und Nation, an Nutzen, Tauglichkeit und Verwertbarkeit binden. Diese verstreute Macht wirkt, bearbeitet, verteilt, borgt und entlehnt, nimmt auf, bereitet vor, gibt weiter und erarbeitet ihre rassistischen Dispositive, die sich dem Border-Management einschreiben. Diese sind in derzeitigen Mobilitätspolitiken lang schon virulent und wirksam geworden. Sie verwerten und verstreben die Alltagsrassismen und ihr Teilungsprinzip, die sich in den öffentlichen Auseinandersetzungen um Migration ausdehnen, derzeitige Nekropolitiken öffentlich orchestrieren, Einverständnis, Billigung, Konsens schaffen und den Untergehenden ein humanitäres Ständchen aufspielt.

Dieses verzweigte, rassistische Dispositiv ist im Alltag verwurzelt, wird in bodenständigen Mikrorassismen fortwährend fabriziert (vgl. Frieze 2019a) und auch von der organisierten und veröffentlichten Neuen Rechten politisch artikuliert. Alltagsrassismus ist nicht ein isoliertes, exklusives Gebaren, eine besondere, amoralische Haltung sozial Marginalisierter. Alltagsrassismus ist integraler, in der Tat integrierender Teil unserer Gesellschaften, eine Form des Zusammenlebens, die auch und gerade an den erbitterten Auseinandersetzungen um Migration unverkennbar wird. Weder ist die bürgerliche Gesellschaft befriedet, noch ist sie humanitär, ist sie doch an eine – imaginäre – Gemeinschaft, ein Ganzes geknüpft, das sich durch beständige Teilungen und Abtrennungen herstellt. Moderne Gesellschaften sind immer schon vielfach gespalten, entzweit, zerbrochen und gerade die Aufrufe zu Gemeinsamkeit bezeugen eindringlich ihre Trennungen. Rassismen sind – auch historisch – der liberalen, demokratischen politischen und gesellschaftlicher Ordnung ebenso eingeschrieben, wie sie diese alltäglich strukturieren und Diskurse, habituelle Praktiken, Wahrnehmungen und Erfahrungen einrichten, eine strukturierende Struktur, die dem Prinzip der Teilung folgt, um ein imaginäres Ganzes hervorzu-bringen und zu bestätigen. Die strukturierende Struktur, die sie ordnenden Prinzipien schaffen die Trennung zwischen logischen Klassen: Wir und Sie, Innen und Außen, Hier und Dort, Erwünschte und Unerwünschte, Nützliche und Unnütze, Fremde und Feinde, Opfer und Heroen (vgl. Frieze 2017). Rassismus ist nicht eine amoralische Verfehlung, seine Praktiken sind Bestandteil des Teilungsprinzips, das ein unmögliches, unerfüllbares, unerreichbares, ein integriertes Ganzes herstellen soll. Dem entsprechen die Lokalisierungen des Wohlwollens für ein streng begrenz-

tes, einzigartiges familiär-verwandtschaftlich und a-politisch gedachtes nationales Ganzes und die unverhohlene Abneigung gegen diejenigen, die hartnäckig deutlich machen, dass dieses immer unvollständig, brüchig, imaginär ist und bleiben wird – und die deshalb die biopolitisch-rassistische Imagination aufbringt, die das Ganze ebenso herstellt, wie es vom Ganzen trennt und dieses auflöst. Die – nun auch wissenschaftlich imprägnierte – Forderung nach ›Integration‹ und ›sozialem Zusammenhalt‹ ist Teil des biopolitischen Dispositivs, der allseits empfohlenen ›best practices‹ des Mobilitätsmanagements und seiner technokratischen policies.

Dieses Argument wird hier in zwei Schritten verfolgt. Der *erste Schritt* skizziert derzeitige Grenz- und Migrationspolitiken im Mittelmeer, die – im Anschluss an Michel Foucault – als Biopolitiken, Nekropolitiken (Mbembe 2003, 2019) oder Thanatopolitiken (Esposito 2008, 2013) verstanden werden (Abschnitt 1). Das biopolitische Dispositiv zeigt sich in Nekropolitiken und den ihnen eingeschriebenen Rassismen. Es wird unmissverständlich aufgenommen in neuen und exterritorialiserten Grenzen, Lagern und unerschütterlichen Sicherheitsmaßnahmen, die ebenfalls der populäre Diskurs vehement fordert. In einem *zweiten Schritt* sollen daher Alltagsrassismen in den Blick kommen, die als Kulturrassismus in seinen biopolitischen Facetten gegenwärtige Debatten bestimmen, eine machtvolle Verbindung zu eben jenen Mobilitätspolitiken herstellen, Subjektivität durchdringen und die wechselseitige Koppelung populärer, politischer und wissenschaftlicher Diskurse kenntlich machen. Elemente dieser populären und neurechten Rassismen zeigen sich in *populären Kulturtheorien*, die sich an *postkolonialer Imagination und Nostalgie* ausrichten (Abschnitt 2).

2 Das Mittelmeer: Grenzen, Nekropolitiken

Die Grenzen im Mittelmeer buchstabieren derzeitige Biopolitiken aus, sind Teil des kapillaren Sicherheitsdispositivs der EU-Grenzpolitiken und des Migrationsmanagements, deren Logiken Mobilität und Bedrohung in einer Feindeslogik zusammenbringen. Auf über 2000 km Länge durchkreuzen derzeit nicht weniger als 19 Grenzzäune den Schengenraum. Zwischen 2014 und 2022 wuchs die Länge von Grenzbefestigungen von 315 auf 2.048 km. (Dumbrava 2022: 1). Denken wir an die neuen Mauern zwischen der Türkei und Griechenland, zwischen Polen und Belarus oder die neue Grenzbefestigung zwischen Bulgarien und der Türkei, denen auch erhebliche symbolische Valenz innewohnt, denn deren Wachtürme werden von der EU finanziert, für den notwendigen Stacheldraht muss die jeweilige Landesregierung sorgen.

Die neuen Grenzen richten sich, wie Wendy Brown feststellt (2018: 41), nicht länger »gegen Invasionsarmeen«, sie richten sich gegen unerwünschte mobile Menschen. Grenzen sollen das schützen und einhegen, was an Macht, Deziision und

Autonomie erodiert ist und die neu errichteten Mauern sind daher theatralische Ikonen »souveräner Impotenz« (Brown 2018: 49, 46). Die Grenzspektakel im Mittelmeer, welche dem »besorgten« Bürger algorithmisch getrimmt auf den X-Account gespült werden, die aufmerksamkeitsökonomisch beschworene Migrationskrise und deren »Kontrollverlust« dabei sogleich induzieren und nach Mobilmachung, Souveränität, Mauern, Ordnung und Grenze rufen lassen, kann dann bestenfalls als immunisierendes Pharmakon dienen, das suggeriert und verheißt, was an nationalstaatlich-souveräner Ordnung brüchig ist. Die derzeitige Einmauerung will herstellen, was nie war: eine identitäre und homogene Einheit von Staat, Nation und Kultur.

Grenzen sollen Sicherheit und Eindeutigkeit schaffen, auch wenn sie diese gleichzeitig beständig untergraben, denn die neuen Mauern scheitern an den zugewiesenen Aufgaben, sie verweisen auf ihre grundsätzliche Unmöglichkeit, der sie sich gleichwohl verweigern. Gegen die Schwächung des Nationalstaats, einer Einheit, eines homogenen Ganzen versprechen Mauern Einhegung, Schutz und zumindest symbolische Gewissheit. Das kapillare, raum-zeitliche Sicherheitsdispositiv arbeitet beharrlich gegen seine Brüchigkeit, seine Unmöglichkeit, also gerade dort, wo es – auch und gerade in seiner brutalen Materialität – sich manifestiert. Auch gilt das Sicherheitsversprechen von Grenzen der »eigenen« Bevölkerung hinter Wachtürmen und Stacheldraht, werden von Sicherheit ja genau diejenigen ausgeschlossen, die nach Sicherheit für ihr Leben streben. Sie schaffen vor allem eines, nämlich Unsicherheit und rechtsfreie Todeszonen, »polizeilich organisierte Gesetzlosigkeit« (Arendt 2017: 599). Worum es dann geht, ist die zähe und gewaltsame Verteidigung, der Schutz »feudalen« Privilegs, des Vorrechts auf Mobilität (Carens 1987). Grenzen sollen dem Schutz vor unerwünschter Mobilität dienen – besonders den leibhaftigen Wiedergängern des Kolonialismus und dem Alptraum des privilegierten Staatsbürgers und seiner Furcht, ebenso zum verhassten Armen, zum »Wirtschaftsflüchtling« zu werden (Bauman 1998). In diesem Paradigma werden mobile Menschen zur kriegesischen Drohung, zu Heerscharen feindlicher Eindringlinge, ja zu Waffen einer als »hybrid« bezeichneten Kriegsführung,⁴ vor denen die nationale Gemeinschaft mit »robusten Mitteln«, so die feinsinnige Umschreibung derzeitiger Todespolitiken, sich schützen muss.

Die Spannungen zwischen Grenzschutz, Polizeiaktion und Seenotrettung werden u. a. in italienischen Politiken deutlich. Im Jahr 2019 hatte der damalige Innen-

4 Vgl. Margaritis Schinas, Vice-President, European Commission im Oktober 2021 in einem Joint letter Re: Adaptation of the EU legal framework to new realities, https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2021/10/07/Joint-letter_Adaptation-of-EU-legal-framework-2021007.pdf vom 20.02.2023.

minister Salvini eine Richtlinie erlassen,⁵ die das Verhältnis zwischen Grenzschutz und Seenotrettung neu regelte und die Politik der geschlossenen Häfen absichern sollte, in deren Folge nicht nur Schiffe der NGOs, wie etwa die *Sea Watch*, sondern selbst Schiffe der Küstenwache tagelang festgesetzt wurden. Diese Richtlinie wurde von der Regierung Conte I und II und mit der Regierung Draghi nicht geändert. Das Dekret beruft sich nicht nur auf Europäische Bestimmungen,⁶ die dem Kampf gegen illegale Einwanderung dienen sollen und Menschenhandel (trafficking), Menschenmuggel (smuggling of migrants) mit Fluchtmigration vermengt, diese kriminalisiert und an das – auch von einigen einfluss- und erfolgreichen Migrationsforschern verbreitete – mechanisch-hydraulische Modell von push und pull-Faktoren bindet. In dieser Logik ist das Sterben-lassen auf See Teil der Abschreckung, die Menschen immobilisieren soll. Das erste Dekret des italienischen Innenministers vom Januar 2023 modifiziert das Management der »Migrationsströme« erneut. Es behindert und sanktioniert nicht nur die Seenotrettung von NGOs weiter, hier vermischen sich – und das ist der zentrale Punkt – Seenotrettung mit der Regierung von Migration und etablieren eine Hierarchie zwischen Polizeiaktion (law enforcement) und Seenotrettung, »Sicherheit« und Lebensrettung.⁷

Dieses Dispositiv entfaltet sich in zahlreiche Richtungen, erreicht und formiert unterschiedliche Kräfteaggregate. Es fordert entschieden technologische Aufrüstung. Satelliten, Drohnen, Scanner, Nachtsicht- und Wärmekameras, CO₂ Sensoren sollen Bewegung, Wärme und Atem unerwünschter Körper aufspüren. Das *European Travel Information and Authorisation System* (ETI-AS), das Europäische Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) dienen der Sammlung und Analyse von ungeheuerlichen Datenmengen, der Beobachtung, Aufspürung, Verhinderung von »unerlaubten« Grenzübertritten. Der Ruf nach »big data for migration« (BD4M, IOM/European Commission 2017) gewinnt zentrale Bedeutung für die Wahrnehmung von Bewegung, ihre Regierung und Legitimationsfiguren (Taylor/Meissner 2020: 271). An diesen Grenzen regieren Planungs- und Optimierungsoptimismus und technokratische Managementdelirien (Frieze 2023a: 151–152), die das Schei-

5 Il Ministro dell'Interno, Roma, 18.03.2019, N. 14100/141(8), https://www.interno.gov.it/sites/default/files/direttiva_ministro_su_controllo_frontiere_marittime_18.03.2019.pdf vom 04.03.2023.

6 European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of Regions, the EU Action Plan Against Migrant Smuggling (2015 – 2020), Bruxelles, 27.05.2015 COM (2015) 285 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0285&from=EN> vom 05.03.2023.

7 Disposizioni urgenti per la gestione dei flussi migratori. (23G00001), (GU Serie Generale n.1 del 02–01-2023): <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2023/01/02/23G00001/sg> vom 03.03.2023.

tern des Kalküls dann notgedrungen als bedrohliche Krise vermerken und an die Öffentlichkeit zurückgeben.

Im Zuge dessen verlangt die Datifizierung der ›smarten‹ Grenze die Reduktion von Komplexität, die Automatisierung von Erkennung, Erkenntnis und Entscheidung. Die herrschende Algogovernance führt nicht nur zu Ungleichheit und Rassifizierungen, mobile Menschen werden nach den Maßgaben von Dateningenieuren, digitalem Zahlensalat und (sozial)techno-logischen Absichten behandelt, als generelles Sicherheitsrisiko gesehen, das es effizient zu managen gilt und nicht als Subjekte mit unveräußerlichen Rechten. Entscheidung wird vermeintlich neutralem Procedere überlassen, das Verantwortung an unzählige Verdattungen abgibt, ent-menschlicht, de-personalisiert und ›objektiviert‹. Mit der technologisierten Entmenschlichung verschwinden Verantwortung, Verantwortlichkeiten, demokratische und rechtliche Rechenschaftspflichten und zumindest potentielle Sanktionsmöglichkeiten. An den digitalen Grenzen gibt es keine sichtbare agency, keine schießenden Grenzwächter, keine Handelnden und keine Augenzeugen (Frieze 2023a: 153). Nicht zufällig verschreibt sich auch der populäre Diskurs entrechtlichenden, depersonalisierenden Verfahren, gilt es doch entmenschlichte Körper aufzuspüren, am Grenzübertritt zu hindern, wegzuschaffen und so ›Sicherheit‹ herzustellen.

Das verzweigte und paradoxe Sicherheitspositiv umfasst neben Big Data und Algorithmen auch neue Befestigungsanlagen und verrückt Grenzen in die ehemaligen Kolonien, es verschiebt die Geltung (internationalen) Rechts und schafft rechtsfreie Räume (Human Rights Watch 2022; Lo Coco 2021). Derzeitige Regierungsformen erlauben und verstärken die Stratifikation von Bewegungsmöglichkeiten und verteilen Körper im Raum. Mobilität auf der einen Seite, erzwungene Immobilität, Abschreckung, Eingrenzung, Einhegung, Festsetzung und Deportation auf der anderen, diese Formen operieren, bereits Fanon hat das gesehen, sowohl als Voraussetzungen als auch als Ergebnis von Rassifizierungen (Conroy 2023a:1), die Migrationspolitiken und den Anweisungen des Border-Managements eingeschrieben sind. Genau diese werden, wie wir gleich näher sehen werden, ebenfalls im populären Diskurs vehement gefordert und legitimiert.

Das Sicherheitspositiv ist raumergreifend. Es weitet sich aus, eben weil es weder Vollständigkeit noch Sicherheit garantieren kann. (Digitalisierte) »remote control« (Fitzgerald 2019) geht einher mit der Ausweitung und Externalisierung von Grenzen und hoheitlicher Aufgaben (vgl. Shachar 2020). Eine weitere Form – sie verdeutlicht erneut die Spannungen von Migrationspolitiken zwischen Sicherheit und Humanität und ist nicht zufällig in dem Diktum ›Fluchtursachen beseitigen‹ und ›zu Hause helfen‹ kondensiert – ist die weitreichende Kooperation mit den Staaten, aus denen Menschen fliehen und die einen institutionalisieren Menschenhandel in Gang setzen, in dem Wirtschaftskooperation gegen das Festsetzen von Menschen,

Push-backs, Deportation getauscht wird (vgl. Friese 2014: 127–130).⁸ Seit Jahrzehnten kooperiert die EU mit den diktatorischen Regimen, vor denen Menschen fliehen.⁹ Auch steigen die Ausgaben für den europäischen Grenzschutz (Frontex) kontinuierlich an (Jones et al. 2022: 5). Die EU finanziert nicht erst seit 2015 auch das Grenzmanagement in den Ländern Afrikas.

»They include the European Development Fund (Eur 30.5 billion) Internal Security Fund focused on borders and visa (Eur 3.6 billion) Return Fund (Eur 676 million) and External Borders Fund (Eur 1.8 billion). These projects are supported by more than 63 agreements and memoranda of understanding including the Migration Partnership Framework« (Taddele 2021: 1–2).

Die Deterritorialisierung, Entgrenzung der »Käfighaltung« (Fitzgerald 2014) in entfernten Lagern, das Outsourcing von Asylverfahren – denken wir hier nur an die jüngsten Beschlüsse des *Europäischen Rats* – schaffen rechtsfreie Räume und weiten das juristische Niemandsland aus, kurz: sie produzieren, was Giorgio Agamben (1998) den permanenten Ausnahmezustand genannt hat. Extraterritoriale Politiken sind Teil von Regierungstechniken, eines normalisierten Sicherheitsdispositivs und seiner Spannungen. Off-shoring und Outsourcen werden zum *modus operandi*: Europa lässt schießen, lässt foltern, lässt sterben. In diesem unerklärten Krieg liefert Europa Material und Ausrüstung, Know-How und Söldner für die Aufgaben, die »unschöne Bilder« produzieren – als ob es um Bilder und nicht um alltägliche tödliche Realitäten ginge – und den europäischen humanitären Safe-Space und empfindliche Subjektivitäten verstören könnten. Die Ausstattung, Schulung und Finanzierung der sog. libyschen Küstenwache ist nur ein besonders drastisches Beispiel für diese Formen des Outsourcings der Todespolitiken,¹⁰ die zugleich eine andere Immunisierung hervorbringt, nämlich die Immunität vor dem (internationalen) Recht. Nicht umsonst haben die Völkerrechtler und Anwälte Omer Shatz und

8 Für eine Kritik vgl. Taddele, 2021. Die EU-Politiken führen dazu, dass mittlerweile 86 % der Flüchtlinge weltweit von Ländern mit »low- or middle-income« aufgenommen werden (vgl. Gammeltoft-Hansen/Tan 2017: 28).

9 Seit 2007 wurden Kooperationsprozesse der EU etabliert. Siehe Council of the European Union, Brussels, 6 July 2021, 10471/21, LIMITE, JAI 846 ASIM 51 RELEX 638, <https://www.statewatch.org/media/2614/eu-council-pact-external-migration-state-of-play-10471-21.pdf> vom 20.02.2023. Für einen Überblick über bilaterale Abkommen, siehe: <https://www.statewatch.org/media/3092/eu-council-migration-external-cooperation-5351-22.pdf> vom 22.02.2023.

10 Libysche Milizen sind an dem EU-Menschenhandel beteiligt (UN Security Council 2018). Die systematischen Verletzungen der Menschenrechte wurden mehrfach von der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) festgestellt (2016, 2018).

Juan Branco diese Politiken als Crimes Against Humanity bezeichnet und sich an den *International Criminal Court* (ICC) gewendet.¹¹ Europas Politiken zeigen:

»shift toward deterring migrants from crossing the Mediterranean to reach the EU resulted in: (i) the deaths by drowning of thousands of migrants, (ii) the refoulement of tens of thousands of migrants attempting to flee Libya, and (iii) complicity in the subsequent crimes of deportation, murder, imprisonment, enslavement, torture, rape, persecution and other inhuman acts, taking place in Libyan detention camps and torture houses« (Shatz/Branco 2019).¹²

Grenzen markieren und inszenieren derzeitige Biopolitiken, ebenso wie Grenzen negiert werden und Biopolitiken in ein ›Außen‹ verlagern, das ›Außen‹ zum ›Innen‹ machen und ununterscheidbar werden lassen. Das weitreichende Sicherheitsdispositiv und seine neuen grenzenlosen Grenzen sind materielle Zeugnisse dessen, was Michel Foucault Biopolitik genannt hat. Diese richtet sich auf die Bevölkerung als »biologische[s] und politische[s] Problem« (Foucault 2001: 289); sie zielt nicht nur auf Geburten- und Sterberaten, Sexualität, Hygiene, sondern auch auf die Optimierung und Regulierung der Bevölkerung, sie tritt – im Gegensatz der »Macht der Souveränität« als eine »Regulierungsmacht« auf, die nicht länger darin besteht »sterben zu machen« und leben zu lassen, sondern die »darin besteht, leben zu machen und sterben zu lassen« (Ebd.: 291). Diese Macht und ihre Techniken richten sich nicht länger auf die Disziplinierung des einzelnen Körpers, sie richtet sich positiv an das *Leben als solches*, an das Leben des Menschen als Gattungswesen (und diese affirmative Biopolitik widersteht der souveränen Macht). »In den von der Biopolitik errichteten Machtmechanismen handelt es sich zunächst natürlich um Vorhersagen, statistische Bewertungen und globale Messungen« (Ebd.: 290) und die Regulierung biologischer Prozesse, es geht auch um die »Vereinnahmung des Lebens durch die Macht« (Ebd.: 282) und gerade des Lebens als solchem in seiner Beziehung zu seinem Umfeld, seiner Umwelt und seinem »Milieu« (Ebd.: 299–289).

11 Für eine Diskussion des »turns to criminal law« gegen Menschenrechtsverletzungen, dem ›schwarzen Loch‹ des Rechts, der Rechtlosigkeit von Migrant*innen auf See, vgl. Mann 2018, 2020, 2021. Zu rechtlichen Problematiken des »Abschreckungsparadigmas« vgl. Gammeltoft-Hansen/Tan 2017: 40–42; Gammeltoft-Hansen/Vedsted-Hansen 2016.

12 Communication to the Office of the Prosecutor of the International Criminal Court Pursuant to the Article 15 of the Rome Statute, EU Migration Policies in the Central Mediterranean and Libya (2014–2019). Lawyers: Omer Shatz and Dr Juan Branco., 03.06.2019, <https://www.libyanjustice.org/news/communication-to-the-office-of-the-prosecutor-of-the-international-criminal-court-crimes-against-migrants-and-refugees-in-libya> und https://uploads-ssl.webflow.com/5a0d8805f2f99e00014b1414/629e0058f840063a7dbb3919_Redacted_Art_15__Communication_to_the_ICC_on_crimes_against_refugees_and_migrants_in_Libya.pdf vom 25.06.2022.

Zugleich droht Biopolitik beständig in »Thanatopolitiken« umzuschlagen (Esposito 2008, 2011, 2013).

Biopolitiken, auch das hat Foucault deutlich gemacht, sind untrennbar mit einer spezifischen Form von Rassismus verbunden und Rassismus wird zum »grundlegenden Mechanismus der Macht« (Foucault 2001:301).¹³ Er umschreibt den »politischen Diskurs in biologischen Termini« (Ebd.: 303) und schreibt ihn einer neuen Form des Krieges ein. »Die Besonderheit des modernen Rassismus, seine Spezifik«, so Foucault weiter, »ist nicht an Mentalitäten, Ideologien und Lügen der Macht gebunden. Sie ist an die Technik der Macht, an die Technologie der Macht gebunden« (Ebd.: 305).¹⁴

Im Zuge dieser historischen Veränderungen der Macht entsteht ein – ja immer schon verorteter – neuer Rassismus. »Der Rassismus entwickelt sich *zunächst* mit der Kolonisierung, d.h. dem kolonisatorischen Völkermord« (Foucault 2001: 304); der mit der Biomacht aufkommende ist nicht nur an den Staat gebunden, dieser Rassismus führt eine »Zäsur« ein, »die Zäsur zwischen dem, was leben, und dem, was sterben muss« (Ebd.: 301). »Die erste Funktion des Rassismus liegt darin, zu fragmentieren und Zäsuren innerhalb des biologischen *Kontinuums*, an das sich die Bio-Macht wendet, vorzunehmen« (Ebd.: 301) und einer alten Kriegslogik einzuschreiben, die das Politische und die Freund-Feind-Logik biologisiert. Es wird nicht nur der Feind getötet, das Sterben des rassifzierten Anderen macht das Leben der Bevölkerung »gesünder und reiner« (Ebd.: 302) und normalisiert damit auch das Töten: »jemanden der Gefahr des Todes ausliefern, für bestimmte Leute das Todesrisiko oder ganz einfach den politischen Tod, die Vertreibung, Abschiebung usw. erhöhen« (Ebd.: 303). Genau hier, in dieser Zäsur, dieser Trennung zwischen »Leben machen« und »sterben lassen« lässt sich die Spannung zwischen derzeitigen Todespolitiken und Humanitarismus, humanitärem Impetus und humanitärer Gewalt verorten, der sich ja an das Leben an sich und die Verbesserung des Lebens richtet.

In und an diesem Spannungsverhältnis zwischen dem affirmativen und positiven und dem negativen und letalen Moment arbeitet Roberto Espositos Fassung moderner Biopolitiken in ihrem Verhältnis zu Souveränität, Recht, Leben und Tod (Frieze 2023b). Im Zentrum steht hier das verbindende Moment der Immunität (Esposito/Campbell 2006, 2011). *Immunitas* impliziert einmal verpflichtende, rechtlich gesicherte gegenseitige Bindungen, die Gemeinschaft schaffen (Esposito 1998: ix-xxxvi), meint zugleich aber auch die Immunität, die eben jene unterbricht und

13 Zu Debatten um die Frage, ob Rassismus notwendigerweise der Entwicklung des Kapitalismus innewohnt (vgl. Fanon 1988) oder als historisch kontingent zu sehen ist, vgl. Conroy 2023 und im Überblick Go (2020).

14 Auch Falguni Shet versteht Rassifizierungen als Technologien, die einmal an Logiken der Exklusion gebunden sind (2009: 21–39) und zum anderen die souveräne Macht, die »Gesetzeskraft« (Derrida 1991) deutlich machen (2009: 41–64).

die Nichtgeltung möglich macht. Die Immunisierung ist eine negative Art und Weise, die doch zugleich positiv Leben und die Gemeinschaft schützt (Esposito/Campbell 2006: 24), sie setzt voraus, was sie negiert, und prägt das moderne politische Denken seit Hobbes ebenso, wie es die moderne Biopolitik anzeigt, die Gemeinschaften autoimmunisiert.

In diesem Sinne treten die Momente Sicherheit – Schutz – Leben und Sterben – Tod in Beziehung und das »immunitarian paradigm« (Esposito/Campbell 2006) bindet Gemeinschaft an moderne Biopolitiken, also Politiken im Namen des Lebens und zugleich Biomacht, ein Leben, das der Politik untergeordnet ist, aneinander. Die Verbindung von Gemeinschaft und Immunität in der Konstitution von Souveränität verbindet Schutz mit den Thanatopolitiken, »a politics of life [...] exercised against life itself« (Esposito 2008:39), einer Politik des Lebens, »that introduces into the latter the normative caesura between those who need to live and those who need to die« (2008:137). Innerhalb des (Auto)Immunisierungsprozesses wird der Tod »both the object and instrument of the cure« (2008:138). Souveränität und heutige Biopolitiken »experience a singular form of indistinction that makes one both the reverse and the complement of the other« (2008:110) und im Dialog mit Foucault stellt Esposito (2008: 110) fest, dass Rassismus

»has been inscribed in the practices of biopolitics, it performs a double function: that of producing a separation within the biological continuum between those that need to remain alive and those, conversely, who are to be killed; and that more essential function of establishing a direct relation between the two conditions, in the sense that it is precisely the deaths of the latter that enable and authorize the survival of the former«.

Auch Judith Butler nimmt in ihrem Fragen nach dem guten Leben die Kennzeichen von Biopolitik auf, wenn sie die das Leben auf unterschiedliche Weise organisierenden Mächte anspricht, eben die »powers that differentially dispose lives to precarity as part of a broader management of populations through governmental and non-governmental means, [...] that establish a set of measures for the differential valuation of life itself« (Butler 2012: 10). Sie schließt diesen Kennzeichen einmal die Frage an, welche Leben als Leben gelten, welche zählen und welche nicht, um die einschließend-ausschließenden Formen von Trauer und Betrauerbarkeit anzusprechen. Nicht erst mit *Pegida* wird der entmenslichte Tod anderer nicht nur nicht betrauert, sondern im Gejohle »Absaufen, absaufen« gefordert,¹⁵ setzt sich eine unheilvolle nekropolitisch-thanapolitische Logik fort, die im Tod der anderen die

15 Sebastian Dalkowski, Pegida-Teilnehmer skandieren »Absaufen! Absaufen!«, *Rheinische Post*, 16.07.2018, https://rp-online.de/politik/deutschland/pegida-teilnehmer-skandieren-absaufen-absaufen_aid-23954031 vom 23.02.2023, »Absaufen«-Rufe bei Pegida werden Fall für Staatsanwaltschaft, *Dresdner Nachrichten* 07.08.2018, <https://www.dnn.de/lokales/dresden/>

Bedingung für eigene Wohlfahrt, Prosperität und die Gesundheit des Ganzen, des ›Volkskörpers‹ sieht.

Das komplementäre Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz des Lebens und des Sterbenlassens machen derzeitige Biopolitiken aus und zeigen die Logiken der Regierung von Post-Kolonialität und Rassismus ebenso, wie sie sie verdecken, verbergen und unsichtbar machen sollen. Doch Rassifizierungen werden deutlich auch und gerade dann, wenn sie in kulturalistische Termini umgeschrieben werden. Biopolitiken werden ebenso in der öffentlichen Auseinandersetzung um Mobilität deutlich, wie sie deren Rassismus mitteilen, ist dieser biopolitische Rassismus *in actu* doch ›kultiviert‹-kulturalisiert, geschmeidig und in die alltägliche Herstellung dieser ordnenden Macht und eines Ganzen verwickelt.

3 Von Rasse zu Kultur: Kulturrassismus

Der tausendfache Tod im Mittelmeer und in der Wüste, die bilderlosen Wege zum Mittelmeer, Folterlager und Flüchtlingscamps lassen vertraute Selbstverständlichkeiten aus der Fassung eingerichteter Normalität geraten, sie zeigen das bestürzende Ende der Enge behaglicher Selbstverständlichkeiten an, sie fordern Einsicht in die Notwendigkeit, dass diese einer Aufmerksamkeit bedürfen, welche sich weder gegen den Schrecken des Alltags Anderer immunisiert noch gegen den in den Alltag eingebauten und ihn strukturierenden Rassismus.

Die folgende – hier keinesfalls hinreichend verästelte – Lektüre von Kommentaren aus dem Forum von *Zeit Online* (ZON) weist auf in öffentlichen Debatten um Flucht und Migration kondensierte, stets wiederkehrende Topoi hin, in denen populäre Kulturtheorien, Demographie und Ökologie, postkoloniale Imagination in dem eben skizzierten biopolitisch-rassistischen Dispositiv verschmelzen und die – das ist der Punkt – deutlich machen, dass die Neue Rechte in dieses eingebaut ist, deren Vordenker integraler Teil dieses verzweigten gesellschaftlichen Dispositivs, seiner verschlungenen, sich durchkreuzenden Bedeutungssysteme sind und dieses artikulieren. Alltagsrassismus ist integraler, integrierender Teil unserer Gesellschaften. Zu diesem Dispositiv gehört ebenfalls popularisierte Wissenschaft, deren diskursive Elemente in den laufenden Meinungsalltag wandern, sich entfalten, den Takt geben und als bescheinigende Wahrheit, als Echokammer fungieren.¹⁶ Die Posts sind in der von Foucault ausgemachten Zäsur zwischen ›Leben machen‹ und ›sterben lassen‹ angesiedelt, die Biopolitiken innewohnt und deren Macht mit Subjektivität

absaufen-rufe-bei-pegida-werden-fall-fuer-staatsanwaltschaft-6QYVEU5ESCOWNRRzCQ
BTPTT37Y.html vom 23.02.2023.

16 Der Soziologe Knuut Koopmans (2023) im konservativ-bürgerlichen Hochglanzblatt *Cicero* ist nur ein Beispiel für derlei Wissenschaftstransfer.

durchfluten. Der Verhärtung gegen Andere des in den Kommentaren erscheinen-den, subjektiven Gefühlshaushalts auf der einen Seite entspricht eine Subjektivität auf der anderen, die allzeit ebenso auf subjektiv Gefühltes rekurriert und einmal unbegrenztes Mitgefühl fordert oder im Gegenteil, die Exklusivität eines Gefühlten oder gar eines Metagefühlten proklamiert und damit ebenfalls von argumentativer Vernunft und Diskurs abschneidet. Vor subjektiv Gefühltem können Argumente nur versagen. Ihre Lektüre offenbart damit auch einen unüberbrückbar erscheinenden Abgrund zwischen den Wohlstandsleben und denen, die sich auf den Weg machen und denen das »Recht zu gehen« (Blake 2017) abgesprochen, denen unter uns – wenn schon nicht mit uns – zu leben nur unter Umständen gestattet wird und die ansonsten einem gleichgültigen Tod entgegensehen sollen.¹⁷

3.1. »...und dazu noch aus unserem Kulturkreis«: Populäre Kulturtheorien

»Nur kann man das [Abschieben] in diesem Fall [Ukraine] nicht machen, Frauen und Kinder aus einem aktuellen Kriegsgebiet und dazu noch aus unserem Kulturkreis. Es sind nicht fast ausschließlich junge Männer, wie bei uns auch noch nach 2017.«¹⁸

Dieses verstärkende »Dazu-Noch« markiert nicht nur, dass etwas zu etwas bereits Vorhandenem hinzukommt, es gibt einen Bezug zu Zugehörigkeiten und damit die Grenze einer positiven Aussage an, nämlich zu einem »Nicht«. Denn während die einen unserem »Kulturkreis« – bei uns – zuzurechnen sind, sind es Andere gerade nicht. Auch überschneiden sich Zuordnungen – Krieg und Frieden – und Schutzräume: Während die einen – Frauen und Kinder – schützenwert sind, sind es die anderen – junge Männer – nicht, ja, müssen jene vor diesen geschützt werden und können daher in ein Dort, ein Jenseits des Schutzraumes und der eigenen kulturellen Grenzen abgeschoben werden. Der »eigene Kulturkreis« begründet Sicherheit, die gegen anflutende fremde junge Männer die eigenen Frauen und Kinder zu Schutzbedürftigen macht:

17 Die folgenden Bemerkungen bedienen sich eines Vorgehens, das bereits näher vorgestellt wurde (vgl. Frieze 2019a: 32) und das hier mit der Lektüre von öffentlich zugänglichen Kommentaren wieder aufgenommen, ergänzt und in die skizzierte biopolitische Konstellation eingetragen wird. Seit 2015 verfolge ich die Leserkommentare auf ZON zu Migrationsfragen und nehme seither unter anderem Namen an den Diskussionen aktiv teil. Dieses Vorgehen erlaubt die Aufnahme von Perspektiven einer Leserschaft, die – so zumindest die Annahme – wohl eher der gesellschaftlichen »Mitte« zuzuordnen ist. Die allseits zu bemerkende verbal-kriegerische Aufrüstung öffentlicher Auseinandersetzungen steckt im ZON-Forum zwischen den Zeilen, zudem wird die Diskussion moderiert. Die Posts wurden nicht auf sprachliche Fehler korrigiert.

18 #1.17, 6 likes, Antwort auf #1.9, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-ukraine-krieg-flucht-grossbritannien-fluechtlingspolitik-visa/komplettansicht> vom 11.03.2022.

»[...] wie will man die Sicherheit der Einwohner, insbesondere der Frauen und Kinder garantieren? Wie lange soll diese Unterkunft dort stehen? Ich erkenne bei der Bundespolitik keinerlei Aktivität gegen den Zustrom.«¹⁹

Kultur und kulturelle Zuordnung werden auf diese Weise Teil des – auch politisch hoch wirksamen und in Migrationspolicies eingegangenen – Sicherheitsdispositivs, dem – wir werden das gleich erneut aufgreifen – rassistische Figuren eingebaut sind, die Garantien fordern.

An populäre Kulturalisierungen, die in Deutschland auf die Kulturkreislehre des Ethnologen Leo Frobenius zurückgehen (vgl. Friese 2019:39), Kulturräume, kulturelle Einheiten und damit Nähe und Ferne festlegen – die »*meisten von uns kämen wohl am besten innerhalb der eigenen Kontinentes bzw. ›Kulturkreises‹ klar*« –,²⁰ lassen sich weitere Figuren anschließen:

»[...] Kein 81 Millionenvolk kann so viele Menschen aufnehmen, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Sie sind dabei, das Sozialsystem zu ruinieren, das ihre Väter mühsam aufgebaut haben. Helfen Sie den Menschen, die sich helfen lassen, nach ihren Möglichkeiten. Und verpflanzen sie möglichst keine Menschen aus ihrem Kulturkreis. Das ist immer die schlechtere Lösung.«²¹

Aus den zu einer geschlossenen Kette verbundenen Elementen, Volk – Kultur – Boden/Territorium, leiten sich hier exklusive Territorialrechte ab. Ein ›Volk‹ ist zuvorderst eine territoriale – eben verwurzelte – Abstammungsgemeinschaft, eine ethnisch definierte, in der Mühsal der Väter verbürgte und abgegrenzte homogene kulturelle Einheit, welche durch Mobilität gefährdet wird, und in diesem Dafürhalten eben keine offene heterogene Bürgergesellschaft. Migration schafft soziale Spannungen, die nun eben einer anderen kulturellen Prägung zuzuschreiben sind.

»Ach wirklich, was wissen Sie denn von Sachsen-Anhalt? Wir brauchen hier keine Zustände wie Silvester in Köln vor einigen Jahren oder 2022 in Berlin. Wir wollen keine Strukturen wie in einigen Großstädten, wo es Stadtviertel gibt, in denen kaum Deutsch gesprochen wird und wo die Scharia über dem deutschen Gesetz steht. Wenn Sie in den alten Bundesländern das alles so toll finden, dann nehmen Sie ihre Gäste bitte selbst. Unsere Begeisterung hält sich in Grenzen. Wir nehmen gern die Flüchtlinge aus der Ukraine, denn die haben einen Fluchtgrund, passen

19 #12, 40 likes, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog?page=14#comments> vom 04.02.2023.

20 #8, 22 likes, <https://www.zeit.de/2022/24/andreas-kossert-fluechtlinge-zwangsmigration-ukraine?cid=61621792#cid-61621792> vom 06.08.2022.

21 #4.11, 4 likes, Antwort auf #4.2, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-11/italien-seenotrettung-gefluechtete-humanity-1?cid=63297905#cid-63297905> vom 05.11.2022.

sich an, lernen deutsch und werden sicher, wenn der Krieg vorbei ist, wieder in ihre Heimat gehen.«²²

Das identitäre Hier und Wir schafft doppelte Negativität, doppelte Fremde, doppelte Abwehr, doppelte Verteidigung. Es orientiert sich am DDR-Modell der Vertragsarbeiter, die, das ist zentral, am Rande der einheitlich kulturellen Gemeinschaft bleiben, in der der Hausherr über die fremden Gäste bestimmt, die keine Spuren, nicht einmal eine entfernte Erinnerung in ihr hinterlassen soll, das Eigene unkontaminiert und reinhalten. Es richtet sich zugleich gegen den anderen Fremden, den bedrohlichen Westen, beschwört das Ideal einer eingemauerten Gesellschaft und fordert gerade deshalb neue Mauern.

Dieser bestens integrierte, alltägliche Kulturrassismus (vgl. Balibar 1992; Gilroy 1999; Frieze 2019a, 2021) ruft dann einmal nach Integration des Anderen in die homogene Gemeinschaft:

»Die geringe Bereitschaft [zur Integration], dürfte wohl auch an der kulturellen Prägung der Einwanderer liegen [...] Es ist halt etwas anderes, ob man es mit einigen wenigen Flüchtlinge aus Vietnam oder einer ausgewachsenen Bevölkerungswanderung nach Europa zu tun hat, die aufgrund der enormen kulturellen Unterschiede für soziale Spannungen in den Aufnahmeländern sorgt.«²³

Der Sprung vom kulturellen Unterschied zu sozialer Spannung ist zweifach, er etabliert nicht nur unüberbrückbare kulturelle Differenz, sondern damit auch die soziale Spaltung der als Einheit gedachten Gemeinschaft, die nun gerade die Abspaltung des Spaltenden verlangt. Auch erweist sich »der« Einwanderer, eben durch seine schiere Menge, seine angeborene, heillose Kultur überall, in allen Ländern Europas als unfähig zur Eingliederung in das Man, als integrationsresistent und dermaßen universalisiert, erscheint auch der soziale Schaden unheilbar und bereitet die Rede vom »Volksaustausch« vor.

Grenze bedeutet hier auch die Grenze der Anzahl, eine besondere Form von Mengenlehre, die ein Zuviel des Abträglichen und Erträglichen anzeigt und sogleich wieder an Kultur bindet – gibt es in dieser Lehre doch mehr oder weniger kompatible »Kulturkreise«, die sich durch unsichtbaren Fleiß oder eben eingeborenen fehlenden Eifer auszeichnen sollen. Zum anderen verlangt dieser Rassismus nach Grenzen, nach Abtrennung und Zäsur. Im erbitterten Kampf um Abtrennung und Grenzen vermögen solche Perspektiven dann auch keinesfalls ein kulturelles,

22 #1.4, 51 likes, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/fluechtlingsgipfel-nancy-faeser-tamara-zieschang-sachsen-anhalt#comments> vom 16.02.2022.

23 #15, 81 likes, <https://www.zeit.de/2022/24/andreas-kossert-fluechtlinge-zwangsmigration-ukraine?cid=61621792#cid=61621792> vom 06.08.2022.

soziales oder gar ökonomisches Kontinuum zu sehen, sondern kennen nur unüberbrückbare Differenzen, Brüche und Feinde. Diese werden nun gerade nicht in einem Hier verortet, sondern in einem Dort und müssen dann auch – soll das Ganze, die Einheit nicht brüchig und unsicher werden – in diesem Dort lokalisiert und so gebannt werden. Solche Perspektiven machen dann jedoch auch weitere Feinde im ›Inneren‹ aus, nämlich ›die‹ Elite, ›die‹ Politik, Hypermoralisten und Gutmenschen.

Nun hatte bereits Franz Fanon zwischen dem vulgären und kulturellen Rassismus unterschieden, der biologischen Rassismus Kultur einschreibt, nicht minder wirkungsvoll transformiert und ebenso unüberbrückbare Differenzen und interne Feinde schafft, gegen die die Gemeinschaft sich immunisieren muss, damit soziale, ökonomische Kämpfe die vorgestellte harmonische Gemeinschaft und ihre Einheit nicht sprengen.

»Die Willkommenskultur ist bestimmt eine andere abhängig davon ob es 400 Ukrainische Frauen und Kinder sind oder 400 junge männliche Araber und Afrikaner mit bekannter Asyl-Anerkennungsquote. Wow, da kommt einiges hoch, was wir in unserem Wohlfühlstaat gerne mal verdrängen.«²⁴

Mobilität bedeutet dann Armut und unweigerlichen eigenen Verlust, rassifizierte Konkurrenz und Verteilungskämpfe um (knappe) Ressourcen werden im ausschließenden Marker Kultur eingeschlossen und in Stellung gebracht. Das auszuschließende Jenseits des Eigenen, das Andere darf nicht zum Bürger der politischen Gemeinschaft werden, dem das »Recht, Rechte zu haben« (Arendt 2017: 388; vgl. Friese 2022) zusteht und der so die Grenze zwischen Innen und Außen verschiebt:

»190.000 beantragen Asyl, 12.000 werden abgeschoben. Wer einmal Asyl beantragt hat, geht im Regelfall nicht mehr und wird dank Faeser zügig eingebürgert. Minimale Sprachkenntnisse, keine Berufsausbildung, Arbeit in hoch subventioniertem Niedriglohnssektor, völlig kulturfremd, teils gar Einbürgerung trotz Hartz 4, die Masseneinwanderung über das Asylsystem kostet uns massiv Wohlstand.«²⁵

Nun sind es durchaus nicht die am gesellschaftlichen Rand angesiedelten, die klassischen Pauperisierten, die Kosten und Wohlstandsverlust beklagen, es sind die in der ›Mitte Verorteten‹ – von Pierre Bourdieu (2020) in sozialer Aspiration und Alltagshabitus im Kampf um soziale Position ebenso treffend wie brutal dargestellt –,

24 #37, 29 likes, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog?page=14#comments> vom 04.02.2023.

25 #6, 32 likes, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/vert-realos-fdp-bijan-djir-sarai-migration?page=2#comments> vom 19.02.2023.

die diesen Rassismus alltäglich leben. Moralischer Wert wird dann übersetzt in ökonomischen Wert für die Gemeinschaft. Einmal hergestellt, schafft diese Äquivalenz Ungleichheit.

Verweigern sich die ›parasitären Kostgänger‹ zum einen aufgrund kultureller Prägung der Integration in die homogene ›Volksgemeinschaft‹, haben die Ankommenen zum anderen keinen Anteil an der mühseligen Aufbauleistung der Väter und entziehen sich zudem durch Flucht aus dem ›Heimatland‹ auch dem Vorbild harter Arbeit. Erziehung erfolgt hier durch Vorbild und: Arbeit.

»Ich habe gerade am vergangenen Wochenende eine Familie kennengelernt, die in unserem Dorf eine Wohnung gekauft haben und mit 4 Personen in einem Zimmer leben, weil der Rest noch Baustelle ist. Dort wird dann nach Feierabend gearbeitet. Warum muss für Zuwanderer ein gemachtes Nest vorhanden sein? Da sind doch genügend kräftige junge Männer dabei. Die können doch selbst ihre Unterkünfte in einen bewohnbaren Zustand versetzen wenn sie schon ansonsten nichts arbeiten und nichts bezahlen.«²⁶

Junge, kräftige Männer, harter Arbeit im gemachten Nest abgeneigt, werden sich nicht zur Aufnahme qualifizieren und zu Konkurrenten werden, trifft der Markt doch eine Menschauslese und teilt unerbittlich die Spreu vom Weizen, den Performer vom Gescheiterten:

»[...] Man kann sich ja in der Zeit der Statusklärung qualifizieren und Facharbeiter oder Performer werden und wird mit Kusshand höchstbietend in allen facharbeiterermangelnden Staaten aufgenommen. Unmotivierte und auf staatlich garantierte Pflichten Solidarität sich Verlassende, sollten da stehen, wo sie in einer leistungseinfordernden Neugesellschaft hingehören- nicht hier! Sind zusätzliche Belastung für bestehende Sozialpartnerschaften und -verpflichtungen. Was geht mich ein afghanischer Bauer oder ein syrischer Teeverkäufer an, ein Somali, ein russischer Arbeitsloser oder ein jüdischer Rentner- Warum soll ich die durch meine Steuerabgaben unterstützen? Geld auf Sozialhilfeniveau des Ursprungslandes hinschicken und gut ist es- ist günstiger als Perlen und die Frustration und Schuldverschiebung Gescheiterter.«²⁷

Die Assoziation ›höchstbietend‹ – Höchstbietender ist herkömmlich sowohl derjenige, der bei einer Versteigerung eben das beste, das höchste Gebot für die angebotene Ware/Arbeitskraft abgibt, als auch derjenige, der seine Ware/Arbeitskraft auf

26 #24, 7 likes, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/fluechtlingsgipfel-nancy-faes-er-tamara-zieschang-sachsen-anhalt?page=6#comments> vom 16.02.2023.

27 #1.14, Antwort auf #1.8, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-06/einwanderungspolitik-grossbritannien-ruanda-gericht?cid=61611404#cid=61611404> vom 10.06.2022.

dem Markt teuer verkauft, verkaufen kann – eben weil Performer – ist kaum zufällig und die Anspielung auf die Versteigerung von Arbeitskraft eröffnet unweigerlich weitere Bedeutungsfelder und erinnert an verdrängte Zeiten, in denen, ebenfalls über das Meer verschifft, kräftige junge Männer höchstbietend versteigert wurden.

Das manichäische Weltbild, das mit gut und böse in einem Atemzug sogleich erfolgreich und gescheitert, nützlich und unnütz verbindet und derlei Biomacht in optimierter Subjektivität verinnerlicht, im täglichen Kampf um soziale Positionierung einsetzt und mit einem »gut ist es« in ein »Da«, ein Ursprungsland schickt, aus dem eigenen Alltag in ein »Nicht-hier« verbannt und ich, mein und mich dem sozial verachtenswerten afghanischen Bauern, syrischen Teeverkäufer, Somali, russischen Arbeitslosen und jüdischen Rentner entgegenstellt (dabei, den eigenen Gesichtskreis der Hauswirtschaft im Auge hat), naturalisiert Ungleichheit. Wie bereits im Kontext des Migrationsmanagement gesehen, das sich betriebs- oder volkswirtschaftlich nach Effizienz, Verwertbarkeit und Nutzenkalkülen organisiert, werden unproduktive Körper zu Ausschuss, zu »human waste« (Bauman 1995), die außerhalb der Grenzen abgelagert werden.

Diese Spannungen haben ihr Korrelat in einer Gesellschaft, der sozialen Positionierungen der Einzelnen in dem geordneten Ganzen, den Positionen, die jeder in diesem Ganzen einnimmt und die das Ganze hervorbringt und dem Kalkül des (allgemeinen) Nutzens und eines gesunden Volkskörpers unterwirft. Zugleich wirken ökonomisches und soziales Eigeninteresse als trennendes Prinzip, das das Ganze sowohl erzeugt als auch beständig unterhöhlt, auflöst und das deshalb die gesellschaftliche Spaltung, die es ja beständig hervorbringt, als abzuwehrende Gefahr beschwört, gegen die es Sicherheit zu gewinnen und das imaginäre Ganze zu retten gilt. Die ständig dröhnende, hämmernde Forderung nach »Integration« – Erbe auch einer spezifischen soziologischen Theoriebildung (vgl. Friese 2023a) – und Grenzen bewegt sich in diesem Spannungsverhältnis, das fortwährend Spaltung hervorbringt, zugleich zum Stillstand bringen soll und dennoch nur die gefräßigen Logiken eines Ganzen, einer unmöglichen Grenzziehung bestätigt, die die Ordnung beständig schließen und nähren. Identität liegt hier kaum in einer Positivität, sondern in einer Negativität, eben dem was sie nicht ist, einem gegnerischen Außen jenseits des Wir, einer Ausschließung, einer »radikalen Andersheit« (Laclau 2007:52).

»Bitte sagen sie es weiter und vor allem auch Migranten, die in Deutschland bleiben und ausgehalten werden möchten. Ich habe keine Lust mehr in meinem herkunftigen Land zu leben und steuerlich für die überbordende politische und verwalterische Repräsentation und der fremdenfreundlichen, ideologischen Verfasstheit überantworteten und demokratisch unbeeinflussbaren Allgemeinerbe anzutreten. Für die Steuern, die ich in meinem Leben bereits gezahlt habe, könnte ich mir eine schwedische Insel kaufen und müsste die Überfremdung und Übervölkerung von weitgehend bis zum Lebensende zu Alimentierende in einer

leistungsbegründeter Solidargemeinschaft nicht aushalten. Ich werde alles tun, um mich zu entsolidarisieren, so wie es die meisten tun würden, wenn sie für etwas verantwortlich gezeichnet werden, worauf sie keinerlei Einfluss haben.«²⁸

Wenn eben nicht zufällig Überfremdung, Überbevölkerung (auch hier gibt es wieder ein Zuviel an Fremdheit, an Bevölkerung), Alimente gegen (eigene) Leistung steht und Leben voneinander trennt, wird die Teilhabe am »Allgemeinerbe« der Leistungsgesellschaft – die Solidarität eben an diese knüpft – ebenso deutlich, wie sie dieses und seine biopolitischen Erbschaften weiterträgt. Während sonst ein Wir angerufen und »die Politik« aufgefordert wird, eben *alles zu tun*, so wird diese Forderung hier individualistisch aufgenommen, gespiegelt sowie umgebogen und bestätigt eine dynamische, produktive Biomacht und deren geschmeidige Dispositive, die Subjektivität gestalten. Es erscheint mehr als abgestumpfte Gleichgültigkeit, die ja gleiche Werte, gleiche Geltung und Bedeutung annimmt, in der das eine wie das andere belanglos erscheinen. Diese Gleichgültigkeit schlägt um in die Wertlosigkeit, Bedeutungslosigkeit anderer.

Eingekreist und zusammengedrängt durch Elite und moralgetriebene Gutmenschen geht es um die eigene Stellung. Sowohl Gram, Groll und Abneigung gegeneinander, die verbindende Abneigung gegen Stellung und Glück der »Elite«, als auch das gerade aus dem Unglück der anderen sich speisende ungezügelte Vergnügen schmieden zusammen. Hier ist der andere stets mit einem unverdienten, ungerechtfertigten Zuviel ausgestattet, das zugleich ein eigenes Zuwenig bedeutet. Die Waage neigt sich hier auf eine Seite und diese Neige treibt die alltäglichen sozioökonomischen Stellungskriege an, in denen eigenes Gewicht in die Waagschale geworfen, eigenes Territorium behauptet und gegen andere verteidigt wird. Alltägliche, brutale Aushandlungen dessen, was als gerecht gesehen werden kann, sind hier an subjektives Gefühl gebunden, das seine Reichweite am *oikos* ausrichtet und auf die eigene Hauswirtschaft beschränkt. Gerechtigkeit überschreitet nicht deren Grenzen, ja im Gegenteil, sie verlangt nach diesen.

»Die Mauern an den Grenzen werden wir auf jeden Fall brauchen, denn wenn nur ein Land nicht mit vernünftigen Konditionen mit uns kooperieren will, brauchen wir sie. Ebenfalls brauchen wir eine rechtliche Absicherung der Pushbacks. Ein Grenzschutz, der die Menschen nicht am Betreten des Landes hindern darf, ist kein Grenzschutz. Und so wie es derzeit ist, dass die Pushbacks illegal sind, gibt es auch keine Möglichkeit, sie gesetzlich zu regulieren und es ist zutiefst unfair den Beamten gegenüber, die sie durchführen. (Man liest ja, dass teilweise Menschen ins Meer geworfen werden und zum Land schwimmen müssen – das geht

28 #10.3 8 likes, Antwort auf #10.1, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-03/migration-aerme-llkanal-grossbritannien-frankreich-zahlungen?page=4#comments> vom 11.03.2023.

nun wirklich nicht). Zum anderen erodiert das Recht, wenn man verbotene Pushbacks toleriert, weil man sie eben braucht. Ansonsten müssen wir Menschen, die keine Aufenthaltsgenehmigung hier haben, auch einige Monate einsperren können. Das würde die Ausweisungen vereinfachen und viele würden nach einer solchen Phase dann das Land dann auch wirklich verlassen.«²⁹

Gerade fehlende Fairness dem einheimischen Deportationspersonal gegenüber, gerade fehlende Rechtsgrundlage und das Verbot von Pushbacks zwingen, nötigen in jedem Falle zu Mauern im Inneren und nach Außen, die zur Vereinfachung einsperren, aussperren und dingfest machen. Sie sind vernünftige Notwendigkeit gegen Unvernunft, Anmaßung und fehlende Kooperation. Mauern werden zur postkolonialen Notwendigkeit. Nicht erst hier erscheint der *ingratus*, der *immunis*, welcher der *comunitas* nicht angehört und kulturell fremd, vom Pakt der Generationen und Gegenseitigkeit ausgeschlossen und wenn schon nicht als öffentlicher Feind innerhalb der Grenzen straffrei erlegt, so doch außerhalb der Grenzen und fern der Gemeinschaft seinem gerechten Schicksal überlassen werden kann.

3.2 »Afrika ist groß«: Postkoloniale Imagination und Nostalgie

»In welches Lager möchten Sie die geretteten Menschen denn schaffen?«, so die Frage, die um prompte Antwort nicht verlegen ist: »Afrika ist groß. Es gibt noch viele andere Länder außer Libyen. Mit etwas gutem Willen lässt sich da eine Lösung finden. Ich würde auf der Suche einmal bei den Herkunftsländern anfangen.«³⁰ Guter Wille arbeitet eifrig an der Lösung der leidigen Ausländerfrage mit, erdenkt zu ergreifende Maßnahmen, macht sich auf die Suche – es bleiben ja noch viele andere Länder – und schickt ins Lager im fernen Afrika, schiebt ab, wirft zurück, bedrängt und erarbeitet detaillierte Schlachtpläne zur Vertreibung dieser unliebsamen Menschengruppe aus dem eigenen Vorgarten, die, aus den ehemaligen Kolonien ankommend, umgehend wieder dorthin verfrachtet werden müssen, denn

»[I]legale Migration zu fördern hat wenig mit dem Flüchtlingsproblem zu tun. Unter den Flüchtlingen sind wahrscheinlich nur sehr wenige, die bei gesteuerter Migration Chancen hätten. Fakt ist: Wer illegale Zuwanderung beschränken will, muss alle Mittel nutzen: Abschiebung, Grenzen sichern, Pushbacks, Kommunikation in den Herkunftsstaaten, Verschlechterung der Bedingungen für

29 #38, 51 likes, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefluechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus?page=2#comments> vom 09.02.2023.

30 #9.4, 12 likes, Antwort auf #9.3, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-05/migration-lampedusa-1200-fluechtlinge-italien-matteo-salvini-mario-draghi?cid=57087507#cid=57087507> vom 10.05.2021.

illegale Migranten in Europa, soweit verfassungsrechtlich möglich. Wer anderes behauptet, leugnet die Realität.«³¹

Auch hier ist die Antwort auf die Flüchtlingsfrage, das beschwerliche Flüchtlingsproblem, die postkoloniale Realität zwingend: Alle Mittel sind zu nutzen, so der Imperativ. Es muss aufgerüstet werden. Anschließen kann man hier sowohl an die Figur zerstörerischer Masseneinwanderung als auch an ökonomische Verwertungs- und Nützlichkeitsabwägungen für das ungeteilte Ganze anknüpfen. Die »normative Kraft des Faktischen« schafft einfach unabweisbare Realitäten, die der Lebenswelt und seiner eingeübten Alltagserfahrungen entspringen. Dieser Realitätssinn fordert alle Mittel (die hier immerhin die Verfassung der politischen Gemeinschaft im Auge behalten). Nicht den gesetzten Normen des internationalen Rechts, sondern dieser Realität, dieser Wirklichkeit subjektiven Erlebens, des durch Gewohnheit Befolgten, dem Hyperrealismus des Faktischen haben sich *die* Politik und das Recht zu beugen.³²

»Die Einstellung der Politik muss sich einfach der normativen Kraft des Faktischen anpassen. So wie immer noch ideologisch verblendet Asyl- und Flüchtlingspolitik betrieben wird, kann und darf es nicht weitergehen. EU-Aussengrenzen müssen robust und maschinell gesichert werden, Pushbacks müssen erlaubt und Teil der Rückführungsstrategie sein. Den sogenannten Seenotrettern, die defakto (unfreiwillig) Teil des Schleusersystems sind, müssen die Schiffe konfisziert und stillgelegt werden.«³³

Das normativ Gebotene und Faktum der Übung, der Gewohnheit, der Anspruch auf normative Richtigkeit und Geltung erklärt zu ideologischer Verblendung, was seiner Normativität nicht entspricht, was trotz des dermaßen etablierten Faktischen »immer noch« – schon wieder ein Noch – betrieben wird und fordert von der uneinsichtigen Politik entschieden die Abschaffung des in der *Europäischen Menschenrechtskonvention* und der *Genfer Flüchtlingskonvention* festgeschriebenen Verbots der Kollektivausweisung. Im erbitterten Kampf um Grenzen sollen in einem Handschlag Rechte aufgehoben und Rechtlosigkeit verschoben werden.

Staatliche und subjektive Souveränität re-etablieren sich hier über Grenzen und darüber, dass andere in Lager gepfercht, entrechtet werden und in einem normalisierten Ausnahmezustand leben. Eigene Verletzlichkeit hat keine Kontinuität zu einer anderen, erkennt sich nicht in einer anderen, sondern spaltet diese ab. »Auf dem

31 #21, 84 likes, der Kommentar wurde mittlerweile gelöscht, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefleehtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus?page=2#comments> vom 09.02.2023.

32 Eine Form von »Über-Realismus« haben bereits Adorno et al. angesprochen (1950: 478–479).

33 #6, 177 likes, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/migration-landkreistag-fluechtlinge-eu-aussengrenzen?page=2#comments> vom 18.02.2023.

Meer«, so sagen dagegen Fischer im Angesicht von Tod und Schiffbruch, »sind wir alle gleich«. Dagegen legen die am heimischen Computer entworfenen Schlachtpläne dann auch die Seenotrettung still, der in einem sogleich Legitimation und Legitimität entzogen wird. Dieser hier noch von »der Politik« geforderte, robuste Plan zur endgültigen Lösung der Flüchtlingsfrage auf fremdem Territorium wiederholt – das ist die Ironie der populären Forderung ebenso wie ihre schlichte Ignoranz – derzeitige nationale und EU-Politiken. In humanitärem Duktus bekämpfen sie Menschenhandel und -schmuggel, sie meinen jedoch Polizeiaktion, Abschreckung, Festsetzung, beinhalten postkoloniale Lagerhaltung, die den schon gesehenen Spannungen biopolitischer Dispositive eingeschrieben sind und mit »Zuckerbrot und Peitsche« lang schon Migrationspolitiken ausmachen.

So bauen rechtschaffen(d)e Bürger zu Schutz und Eigensicherung an neuen Kolonien und Lagern, die dann – Sicherheit ist auch hier das oberste Gebot von Umsicht und Vorsicht – selbstverständlich nach innen und außen geschützt werden müssen:

»Besser wäre es, schon vor Einreise in die EU Asylverfahren anzustoßen und absichtslose Fälle direkt abzulehnen. In Nordafrika etwa, an den Grenzen der Türkei. Bei dem Geld, das allein Deutschland ausgibt, könnte man dort erheblich Land kaufen und große Exklaven mit Häusern, Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsbetrieben errichten, nach innen sichern und gegen Angriffe von Außen schützen. Geflüchteten Menschen eine realistische Perspektive bieten, die sie in einer Hochleistungswirtschaft wie Deutschland nie bekommen würden.«³⁴

Realistische Perspektiven für Geflüchtete in postkolonialen Zeiten sind hier koloniale Exklaven, die, von weis(s)er europäischer Hand gelenkt, dann auch den Kulturbruch vermeiden:

»Und man könnte diesen Menschen in Ländern nahe ihrer Herkunft Städte oder Wohngebiete schaffen, wo sie sich eine eigene Existenz schaffen können, ohne diesen Kulturbruch erleiden zu müssen.«³⁵

Koloniale Imagination und »Nostalgie« (Gilroy 2005) regeln für »sie« und »diese« anderen Gefängnisse und militärisch geschützte, exterritorialisierte koloniale Lager – »dann sind wir raus« –, sie planen Lager in rechtlichen Niemandsländern, kurz den Ausnahmezustand, der für uns aber dennoch an bekannte, amtlich-bürokratische

34 #13.3, 2 likes, Antwort auf #13, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefuechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus?page=2#comments> vom 09.02.2023.

35 #21.2, Antwort auf #21, Post mittlerweile gelöscht, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefuechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus?cid=64348359#cid=64348359> vom 09.02.2023.

Regelungen aus dem gewohnt heimischen Dienstalltag denkt und schon ein »Berufsbedarfsplanungsgesetz« in der Büroschublade parat hat.

»Nun man könnte sicherlich Regelungen finden. Entsprechende Areale Nähe Flughäfen. Sprich Abschiebegefängnisse. Dort würden sie mit Nahrung und auch medizinischer Hilfe versorgt bis der entsprechende Flug geht. Sie sind nicht Obdachlos, haben Nahrung, Kleidung und Medizin. Wenn sie dann zurückgefliegen wurden sind wir raus. Da sie dann einer anderen Gesetzgebung unterliegen. Das wäre in Europa. Vonwegen Vororthilfe. Lager die unter UN oder auch nur EU Kontrolle stehen. Kriegs/Bürgerkriegsland Dann auch militärisch geschützt. Wo es an anderen Dingen liegt wie Umwelt oder Wirtschaft da muss man auch sich ehrlich machen und sagen. Sorry aber nicht unseres. Man könnte es für Europa mit einem Europäischen Berufsbedarfsplanungsgesetz versehen. Man kann erleichtert Einwandern wenn EU Land XY sagt. Ich brauche. Diese und Jene Berufsgruppe. Den das meiste ist ja Einwanderung zu uns und nicht Flucht.«³⁶

Die Banalität der Regierung anderer, deren Macht sich aus dem eingerichteten Alltag speist und seine Ordnung bürokratisch und akribisch in »Umlaufmappen« exekutiert, braucht manche Menschen, lässt andere sterben und fordert alle Mittel: »Mir geht es darum, daß die die abgeschoben werden sollen, auch mit allen Mitteln abgeschoben werden. Punkt.«³⁷

3.3 »Klar kann man [in] Afrika Kinder ohne Ende bekommen«: Demographie und Ökologie

Das breit gestreute, kapillare biopolitische Dispositiv wird in seiner machtvollen Alltäglichkeit kaum offensichtlicher als im Rekurs auf demographische Entwicklungen, Geburtenraten, Bevölkerungszahlen und Sexualität (vgl. Schultz 2002). Hier gilt die Beschäftigung nicht nur dem Topos »afrikanischer« Reproduktionsraten, überwältigend potenter männlicher Sexualität und den davon ausgehenden Bedrohungen, daran gebunden entwickelt die Obsession eine besondere Ökologie des Lebens.

36 #9.5, 9 likes, Antwort auf #9.3, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-05/migration-lampedusa-1200-fluechtlinge-italien-matteo-salvini-mario-draghi?cid=57087507#cid=57087507> vom 10.05.2021.

37 #46, 4 likes, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefluechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus?page=2#comments> vom 09.02.2023. Bei exterritorialisierten Asylanträgen »werden die Umlaufmappen halt von der Botschaft nach Deutschland geschickt« #5.4, likes 5, Antwort auf #5.1, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-03/migranten-boot-unglueck-mittelmeer-vermisste?page=2#comments> vom 13.03.2023.

»[...] Insbesondere zu Beginn des Ukraine-Krieges gab es auch dort [im Osten] sehr viel Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Dass man fast 90 % aus jungen Männern bestehenden Flüchtlingen aus Afrika und dem nahen Osten dort kritischer gegenübersteht hat mit Ausländerfeindlichkeit wenig zu tun, sondern ist einfach gesunder Menschenverstand. Selbst die skandinavischen Länder haben ihre Migrationspolitik diesbezüglich wegen genau diesen Gruppen geändert. Nur in Deutschland redet sich die politische Elite und ihr Heer aus Gutmenschen immer noch ein, es sei eine reine Frage des guten Willens, Unmengen alleinstehender, junger Männer in Provinzdörfer zu pferchen. Der Osten hat so schon ein massives demografisches Problem – es sind immerhin vor allem junge Frauen, die dort wegziehen. Man merkt einfach wieder mal, wie viele Westdeutsche nach wie vor absolut kein Plan von den Zuständen in Ostdeutschland haben.«³⁸

Schon wieder: ein Noch. Obgleich der Endpunkt der Entwicklung für den gesunden Menschenverstand bereits erreicht ist, sich nicht mehr im Rahmen des Akzeptablen, Möglichen bewegt, Rassismus zu gesundem Volksempfinden erklärt, stellen sich Elite und Gutmenschen der Evidenz der Alltagserfahrung, praktischen Urteils und der *doxa* entgegen, ein Fürwahrhalten, Meinen, reflexionsloses Anerkennen der im Alltag gespiegelten Machtverhältnisse. Hier gelten besonders Frauen und Kinder – wir haben das schon gesehen – als schutzbedürftig, sind sie doch die Hüterinnen der Kultur-Gemeinschaft und ihres Fortbestandes, die von fremden, jungen Männern bedroht wird und die gefährliche Vermischung von Körpern mit allen Mitteln verhindern muss.

Die Besorgnis nimmt hier sogleich das alte mythische Motiv des Frauenraubs auf, das über die Ikonographien des Raubs der Helena auch über die kolonial-orientalistischen Bildwerke des 19. Jahrhunderts im Bildgedächtnis verankert ist und weiße Frauen auf »orientalischen« Sklavenmärkten zeigt, deren nackte Körper von arabischen Männern begutachtet werden, zugleich aber auch den Blicken weißer Männer ausgesetzt sind und beide Blicke vereinen. Die fest verankerte Assoziation zwischen Arabern und Frauenkörpern, deren unbegrenzte Verfügbarkeit den weißen männlichen Blick nur faszinieren und anziehen kann, wird auch und gerade in den rassistischen-kolonialen Phantasien von der wilden, überwältigenden, ungezügelten, unerschöpflichen sexuellen Potenz »schwarzer« Männer aufgenommen (vgl. Shields/Herzog 2021), die nicht nur männliche Sexualkonkurrenz um die »eigenen« Frauen befeuert, sondern auch und gerade den Schutz des eigenen Frauenpools fordern. Die schon angesprochene »souveräne Impotenz« (Brown 2018: 46) bekommt hier auch eine körperliche Bedeutung. Alltagsrassismus, koloniale Ima-

38 #5.2, 2 likes, Antwort auf #5.1, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog?page=14#comments> vom 04.02.2023.

gination und Sexualität finden im biopolitischen Dispositiv zusammen. »Der rassistische Affekt«, so Mbembe, unterhält enge Beziehungen zu

»sexuality in general. For, says Fanon, a racist society is one that is worried about the question of losing its sexual potential. It is also a society inhabited by ›an irrational nostalgia for the extraordinary times of sexual licentiousness, of orgiastic scenes, of unpunished rapes, of unrepressed incest‹« (Mbembe 2003: 131).

Die rassistisch-koloniale und völkische Gemeinschaft kommt hier zu sich. Sie verortet die alltäglichen sexualisierten Gewaltverhältnisse in ihrem Inneren in einem fremden Außen, vor dem die eigenen Frauen und Kinder geschützt werden müssen.

Auch hier ist die Korrelation zwischen Zuviel und Zuwenig eingesetzt und bestimmt die Beziehungen zwischen Sexualität und Demographie.

»Mein Mitgefühl für all diese jungen Männer. Sie sind einer Fata Morgna nachgelaufen. Mein Dank an die Frachterbesatzung, diese jungen Männer vor dem Tod gerettet zu haben. Die arabische und afrikanische Bevölkerung wächst über jedes nachhaltige Maß hinaus. Europa kann – und darf – diese Menschen nicht aufnehmen. Die jungen Männer sind in ihre jeweiligen Herkunftsländer zurückzuführen.«³⁹

Dank für Lebensrettung und Empathie werden sofort von einer nicht minder tödlichen Bedrohung eingeholt: Es ist die tödliche Potenz Leben zu geben, die Sterben macht. Die demographische Entwicklung Afrikas und ökologische ›Nachhaltigkeit‹ gebieten, die eben noch Geretteten umgehend dorthin zurückzuschaffen. Noch unabhängig von der wackeligen Logik, diese Bilder und der Schreckenstopos ›junge arabische Männer‹ bringen drei Dinge zusammen: rassistische, koloniale Phantasie, demographische Besorgnis und ökologische Fürsorge.

In dieser Gemengelage werden mobile Menschen zugleich zum Problem des Raumes und des Naturschutzes.

»Die aktuelle Zuwanderung erfordert jährlich den Bau einer neuen Grossstadt. Wie man mit mehr Flächenversiegelung, Verkehrsteilnehmern und Energieverbrauchern die Umwelt und das Klima besser schützen kann, habe ich jetzt nicht verstanden.«⁴⁰

39 #45, 49 likes, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-11/seenotrettung-fluechtlinge-lybien-folter-asylpolitik?cid=22934576#cid=22934576> vom 15.11.2018.

40 #11.2, 3 likes, Antwort auf #11, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/vert-realos-fdp-bijan-djir-sarai-migration?page=2#comments> vom 19.02.2023.

In dieser Logik sind Migranten nicht nur finanzielle und ökonomische Last. Viel mehr: Sie nehmen Platz ein und verbrauchen Raum, Ressourcen, Energie. Sie verschlingen nicht nur Geldmittel, sondern auch die zu hegende und pflegende natürliche Umwelt, sie sind in diesem Modus des Klimarassismus ein Angriff auf die Natur. Migration wird gar zur Flächenversiegelung, Migranten versiegeln das Land und damit das Leben; wie der natürliche Boden kann auch die Gemeinschaft nicht alles aufnehmen.

»Deutschland hat im internationalen Vergleich schon besonders viele versiegelte Flächen. Insofern kann dieses Land – schon von der Fläche her – nur äusserst Bescheiden neue Wohnungen und die zusätzlich benötigte Infrastruktur bauen. Einfach weiter bauen und wertvolle Flächen zu versiegeln ist keine Lösung und verträgt sich auch nicht mit den ökologischen Zielen. Aufnahmefähigkeit ist nicht nur eine Frage der Finanzen.«⁴¹

Umweltschutz bleibt hier Heimatschutz, der das Erbe der Altvorderen auf Migration überträgt, sich der tradierten (romantischen) Naturmystik und der Landschafts- und Naturschutzbewegung um 1900 überlässt, die sich ja – wie der *Bund Heimatschutz* – auch als Heimatschutz gegen die Moderne verstand, das landschaftlich gebundene Volkstum erfand und in modernisierter Art und Weise mittlerweile in Heimatministerien angesiedelt ist, die sich auch und gerade dem sozialen Zusammenhalt widmen sollen (vgl. Schmitz 2022). So gesehen, sind zu viel sich reproduzierende Migranten nicht nur Gemeinschaftsschädlinge, sondern auch Umweltschädlinge, deren Zuviel an Leben das Leben gefährdet. Auch hier korreliert ein Zuviel an Leben dort mit einem Zuwenig hier. Genau diese Korrelation ordnet die Biopolitik und ihre Macht in populären und wissenschaftlichen Diskursen.

Im biopolitischen Dispositiv – wir haben das schon gesehen – ist Leben eben gerade nicht Leben. Leben muss zwingend reguliert und zwingend unter Kontrolle gebracht werden. Leben muss man sich leisten können. Und: Leben hier ist Nicht-Leben dort.

»[...] Zwingende Geburtenkontrolle im Kontinent Afrika wäre ein erster Schritt zum Überleben. Jedes Jahr bis zu 70 bis 80 Millionen neue Mitbewohner kann der Kontinent nicht mehr lange »ertragen«. Zudem kann man sich zunächst immer nur das leisten, was man selbst versorgen kann. Auch die Akzeptanz des Schick-

41 #8.2, 30 likes, Antwort auf #8, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefluechtete-migrations-politik-eu-gerald-knaus?page=2#comments> vom 09.02.2023.

sals dort geboren zu sein, wäre ein weiterer Schritt, um sich auch dort zwingend einrichten zu müssen.«⁴²

Leben dort hat sich dort einzurichten. Leben dort muss dieses Schicksal akzeptieren.

4 Résumé

Inmitten der täglichen Häuslichkeit, dem *oikos*, der Hauswirtschaft, seiner Gewohnheiten und seiner Widrigkeiten lebt die biopolitische *doxa*, entwirft der wohl integrierte Bürger Schlachtpläne, erfindet schlichte aber nicht minder perfide Strategien, Körper und Völkerschaften auf dem Schlachtfeld um Mobilität zurückzuwerfen, Lager zu bauen, einzusperren, auszusperren, sie im kolonialen Raum zu verteilen. Ständig auf dem Sprung, sich als Opfer zu deklarieren und als marginalisiert zu erklären, dabei beflissen um Stellung bemüht, von den Anstrengungen des Lebens getrieben und das Erreichte, die Erfolge ständig bedroht, fürchtet er, Barbaren könnten die schreckliche Idylle bevölkern, und kann nicht anders als Macht und die Hierarchien, deren Abstufungen nur zu gut gekannt und gelernt sind, beständig zuzuweisen, zu verteilen. Diese zivile, häusliche Ordnung ist mitnichten befriedet – gerade dann nicht, wenn sie auf Gefühl und subjektiver Erfahrung insistiert.

»Feindschaft« und ihr Prinzip »of destruction—which serves as the cornerstone of contemporary policies of enmity—and the principle of life«, so Achille Mbembe (2019: 117), bestimmen nicht nur offizielle Mobilitätspolitiken und die Spannungen zwischen Humanitarismus und Gefahrenabwehr, Recht und Ausnahme. Sie siedeln im scheinbar befriedeten Alltag, sie stützen die Rede der Neuen Rechten. Und: die diskursiven Netzwerke verbinden EU-Grenzmanagement, die populäre Rede über Migration und schaffen Nekropolitiken.

Literatur

- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel J.; Sanford, Nevit R. (1950): *The Authoritarian Personality*, American Jewish Committee.
- Agamben, Giorgio (1998): *Homo Sacer: Sovereign Power and Bare Life*, Stanford, CA: Stanford University Press.

42 #26.2, 46 likes, Antwort auf #26, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-11/s-eenotrettung-fluechtlinge-lybien-folter-asylpolitik?cid=22934576#cid=22934576> vom 15.11.2018.

- Balibar, Étienne (1992): »Gibt es einen ›Neo-Rassismus?‹«, in: Etienne Balibar; Immanuel Wallerstein (Hg.), *Rasse, Klasse, Nation*, Berlin/Hamburg: Argument-Verlag, S. 17–28.
- Bauman, Zygmunt (1995): *Making and Unmaking of Strangers*, Thesis Eleven 43, 1, S. 1–16.
- Bauman, Zygmunt (1998): »Tourists and Vagabonds: the Heroes and Victims of Postmodernity«, in: *Postmodernity and its Discontents*, Cambridge: Polity, S. 83–94.
- Blake, Michael (2017): »Das Recht zu gehen«, in: Frank Dietrich (Hg.), *Ethik der Migration*, Philosophische Schlüsseltexte, Berlin: Suhrkamp, S. 232–249.
- Bourdieu, Pierre (2020 [1979]): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (übers. B. Schwibs; A. Russer), Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brown, Wendy (2018): *Mauern. Die neue Abschottung und der Niedergang der Souveränität* (übers. F. Lachmann), Berlin: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2004): *Precarious Life. The Power of Mourning and Violence*, London/New York: Verso.
- Butler, Judith (2012): »Can one Lead a Good life in a Bad Life? Adorno Prize Lecture, 11 September 2012«, in: *Radical Philosophy* 176: S. 9–18, https://www.radicalphilosophyarchive.com/issue-files/rp176_article1_judith_butler_adorno_prize_lecture.pdf vom 20.02.2022.
- Carens, Joseph H. (1987): »Aliens and Citizens: The Case for Open Borders«, in: *Review of Politics* 49, 2, S. 251–273.
- Conroy, William (2023a): »Race, Capitalism, and the Necessity/Contingency Debate«, in: *Theory, Culture & Society*, <https://doi.org/10.1177/02632764221140780>
- Conroy, William (2023b): »Fanon's Mobilities: Race, Space, Recognition«, in: *Antipode*, S. 1–24, <https://doi.org/10.1111/anti.12922>
- Derrida, Jacques (1991): *Gesetzeskraft. Der mystische Grund der Autorität*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dumbrava, Costica (2022): »Walls and Fences at EU Borders«, in: *European Parliament. European Parliamentary Research Service (EPRS)*, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733692/EPRS_BRI\(2022\)733692_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733692/EPRS_BRI(2022)733692_EN.pdf) vom 20.03.2023.
- Esposito, Roberto (1998): *Communitas: origine e destino della comunità*, Torino: Einaudi.
- Esposito, Roberto (2008): *Bíos: Biopolitics and Philosophy* (übers. und eingeleitet T. Campbell), Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Esposito, Roberto (2011): *Immunitas: The Protection and Negation of Life*, London: Polity.
- Esposito, Roberto (2013): »Community, Immunity, Biopolitics«, in: Angelaki: *Journal of Theoretical Humanities* 18, 3, S. 83–90.

- Esposito, Roberto; Campbell, Timothy (2006): »The Immunization Paradigm«, in: *Diacritics* 36, 2, S. 23–48, <https://www.jstor.org/stable/20204124>.
- Europäischer Rat (2023): Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (9. Februar 2023) – Schlussfolgerungen, EUCO 1/23, CO EUR 1 CONCL 1, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-1-2023-INIT/de/pdf> vom 14.02.2023.
- Fanon, Frantz (1988): »Racism and Culture«, in: *Towards the African Revolution* (übers. Haakon Chevalier), New York: Grove Press, S. 32–44.
- Fassin, Didier (2011): *Humanitarian Reason: A Moral History of the Present* (übers. R. Gomme), Berkeley: University of California Press.
- Fitzgerald, David Scott (2019): *Refuge Beyond Reach. How Rich Democracies Repel Asylum Seekers*, Oxford: Oxford University Press.
- Foucault, Michel (2001): *Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76)* (übers. M. Ott), Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II* (übers. J. Schröder), Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Frieze, Heidrun (2014): *Grenzen der Gastfreundschaft. Die Bootsflüchtlinge von Lampedusa und die europäische Frage*, Bielefeld: transcript.
- Frieze, Heidrun (2017): *Flüchtlinge: Opfer – Bedrohung – Helden. Zur politischen Imagination des Fremden*, Bielefeld: transcript.
- Frieze, Heidrun (2019a): »Der Fremde als Feind. Mikrorassismus Online«, in: Heidrun Frieze; Marcus Nolden; Miriam Schreiter (Hg.), *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz*, Bielefeld: transcript, S. 31–60.
- Frieze, Heidrun (2019b): »Mobilität, Grenzen und das Paradox der Demokratie«, in: Reinhard Johler; Jan Lange (Hg.), *Konfliktfeld Fluchtmigration. Historische und ethnographische Perspektiven*, Bielefeld: transcript, S. 83–103.
- Frieze, Heidrun (2021): »Rassismus als Alltagspraxis«, in: *Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit* (Themenheft Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus) 43, 2, S. 124–130.
- Frieze, Heidrun (2022a): »European Border Regimes: Necropolitics, Humanitarianism and the Democratic Order«, in: Sabine Bauer-Amin; Leonardo Schiочchet; Maria Six-Hohenbalken (Hg.), *Embodied Violence and Agency in Refugee Regimes. Anthropological Perspectives*, Bielefeld: transcript, S. 39–61.
- Frieze, Heidrun (2022b): »Postmigrantische Gesellschaften. Anmerkungen zur Dekonstruktion eines Begriffs«, in: Ömer Alkın; Lena Geuer (Hg.), *Postkolonialismus und Postmigration*, Münster: unrast, S. 119–152.
- Frieze, Heidrun (2023a): »Mobilität, Krise, Kontingenz«, in: Johannes Kiess; Jenny Preunkert; Martin Seeliger; Joris Steg (Hg.), *Krisen und Soziologie*, Weinheim: Beltz, S. 138–161.

- Friese, Heidrun (2023b): »Rassismus in Medien«, in: Manuela Bojadzijev; Paul Mecheril; Patrice Poutrus; Matthias Quent (Hg.), Handbuch Rassismusforschung, Baden-Baden: Nomos (Band im Erscheinen).
- Friese, Heidrun (2023c): »Necropolitics«, in: Mina Kristoffersen; Nerina Weiss; Linda Green; Maria Six-Hohenbalken (Hg.), Handbook of Mass Violence, (Band im Erscheinen).
- Gammeltoft-Hansen, Thomas (2011): Access to Asylum. International Refugee Law and the Globalisation of Migration Control, Cambridge: Cambridge University Press.
- Gammeltoft-Hansen, Thomas; Tan, Nikolas F. (2017): »The End of the Deterrence Paradigm? Future Directions for Global Refugee Policy«, in: Journal on Migration and Human Security 5, 1, S. 28–56.
- Gammeltoft-Hansen, Thomas; Vedsted-Hansen, Jens (Hg.) (2016): Human Rights and the Dark Side of Globalisation: Transnational Law Enforcement and Migration Control, London: Routledge.
- Gilroy, Paul (1999): »Race and Culture in Postmodernity«, in: Economy and Society 28, 2, S. 183–197.
- Gilroy, Paul (2005): Postcolonial Melancholia, New York: Columbia University Press.
- Go, Julian (2020): »Three Tensions in the Theory of Racial Capitalism«, in: Sociological Theory 39, 1, S. 38–47.
- Human Rights Council (2016): Thirty-first Session, Annual Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights and Reports of the Office of the High Commissioner and the Secretary-General (A/HRC/31/CRP.3). Investigation by the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on Libya: Detailed Findings, <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/oiol> vom 10.02.2023.
- Human Rights Watch (2022): »No One Asked me Why I Left Afghanistan«. Pushbacks and Deportation of Afghans from Turkey, <https://www.hrw.org/report/2022/11/18/no-one-asked-me-why-i-left-afghanistan/pushbacks-and-deportations-afghans-turkey> vom 20.02.2023.
- IOM/European Commission (2017): Big Data for Migration Alliance (BD4M): Harnessing the Potential of New Data Sources and Innovative Methodologies for Migration. IOM Global Migration Data Analysis Centre and European Commission Knowledge Centre on Migration and Demography, <https://knowledge4policy.ec.europa.eu/sites/default/files/big-data-for-migration-alliance-concept-note.pdf> vom 15.08.2022.
- Jones, Chris; Kilpatrick, Jane; Maccanico, Yasha (2022): At What Cost? Funding the EU's Security, Defence, and Border Policies 2021–2027. A Guide for Civil Society on How EU Budgets Work, Statewatch and the Transnational Institute, <https://www.tni.org/files/publication-downloads/atwhatcost-tni.pdf> vom 25.02.2023.

- Koopmans, Ruud (2023): «Das europäische Asylsystem ist unmoralisch», in: Cicero. Magazin für politische Kultur 3, S. 43–47.
- Laclau, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz* (übers. O. Marchart), Wien. Turia & Kant.
- Lo Coco, Daniela (2021): »EU Migration Policy and Migrant Human Rights: the Protection and Negation of Life at EU Borders«, in: *The Age of Human Rights Journal* 16, S. 54–80.
- Mann, Itamar (2018): »Maritime Legal Black Holes: Migration and Rightlessness in International Law«, in: *The European Journal of International Law* 29, 2, S. 347–372.
- Mann, Itamar (2020): »The Right to Perform Rescue at Sea: Jurisprudence and Drowning«, in: *German Law Journal* 21, S. 598–619.
- Mann, Itamar (2021): »The New Impunity: Border Violence as Crime«, in: *Journal of International Law* 42, 3, S. 675–736.
- Marx, Karl (1885): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon*, 3. Auflage, Hamburg: Otto Meißner, https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/werkansicht?PPN=PPN633609536&PHYSID=PHYS_0005&view=picture-download&DMDID=vom.10.02.2023.
- Mbembe, Achille (2003): »Necropolitics« (übers. L. Meintjes), in: *Public Culture* 15, 1, S. 11–40.
- Mbembe, Achille (2019): *Necropolitics* (übers. Steven Corcoran), Durham/London: Duke, Kindle Version.
- Mouffe, Chantal (2013): *Das demokratische Paradox* (übers. O. Marchart). Wien/Berlin: Turia & Kant.
- Pevnick, Ryan (2011): *Immigration and the Constraints of Justice: Between Open Borders and Absolute Sovereignty*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schiels, Chelsea; Herzog, Dagmar (Hg.) (2021): *The Routledge Companion to Sexuality and Colonialism*, London: Routledge.
- Schultz, Susanne (2022): »Konjunkturen des Rassismus: Die zukünftige Nation und eine demografisierte Migrationspolitik«, in: *Die Politik des Kinderkriegens: Zur Kritik demografischer Regierungsstrategien*, Bielefeld: transcript, S. 149–160.
- Shachar, Ayelet (2020): *The Shifting Border: Legal Cartographies of Migration and Mobility*, Manchester: Manchester University Press.
- Shatz, Omar; Branco, Juan (2019): *EU Migration Policies in the Central Mediterranean and Libya (2014–2019)*. Communication to the Office of the Prosecutor of the International Criminal Court Pursuant to the Article 15 of the Rome Statute. 03.06.2019.
- Sheth, Falguni A. (2009): *Toward a Political Philosophy of Race*, New York: Suny Press.

- Taddele Maru, Mehari (2021): Migration Policy-Making in Africa: Determinants and Implications for Cooperation with Europe, EUI Working Paper 54, Robert-Schuhman Center.
- Taylor, Linneth; Meissner, Franz (2020): »A Crisis of Opportunity: Market-Making, Big Data, and the Consolidation of Migration as Risk«, in: *Antipode* 52, 1, S. 270–290.
- United Nations (1948): Generalversammlung, Resolution der Generalversammlung, 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Verteilung: 10. Dezember 1948, <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> vom 25.06.2022.
- United Nations (2018b): »As Security Council imposes sanctions on six human traffickers in Libya, UN chief calls for more accountability«. UN News, 08.06.2018, <https://news.un.org/en/story/2018/06/1011751> vom 10.02.2023.
- United Nations Security Council (2018): Abd al Rahman al-Milad, Reason for listing: Listed pursuant to paragraph 22(a) of resolution 1970 (2011); paragraph 4(a) of resolution 2174 (2014); paragraph 11(a) of resolution 2213 (2015), 07.06.2018, <https://www.un.org/securitycouncil/sanctions/1970/materials/summaries/individual/abd-al-rahman-al-milad> vom 11.02.2023.
- United Nations Support Mission in Libya; Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2016): Detained and Dehumanised. Report on Human Rights Abuses Against Migrants in Libya, 13 December 2016, https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/LY/DetainedAndDehumanised_en.pdf vom 10.02.2023.
- United Nations Support Mission in Libya; United Nations Human Rights Office of the High Commissioner (2018): Desperate and Dangerous: Report on the Human Rights Situation of Migrants and Refugees in Libya, 18 December 2018. United Nations Support Mission in Libya Office of the High Commissioner for Human Rights, <https://unsmil.unmissions.org/sites/default/files/libya-migration-report-18dec2018.pdf> vom 11.02.2023.
- Walters, William (2006): »Border/Control«, in: *European Journal of Social Theory* 9, 2, S. 187–203.

Antike im Kulturkrieg

Antikerezeption in der »neuen« Rechten in Frankreich, Deutschland und den USA (Nouvelle Droite; Identitäre Bewegung; Alt-Right)

Frank Görne, Katarina Nebelin und Marian Nebelin

1 Einleitung

Die »neue« Rechte ist eine politische Strömung,¹ die

- im politischen Feld inhaltlich rechts vom Konservativismus und zumeist innerhalb des rechtsextremen Spektrums zu verorten ist,
- sich vom Konservativismus und zumeist auch vom Nationalsozialismus abgrenzt,
- netzwerkartig organisiert ist, wobei sich unterschiedliche Institutionalisierungsgrade und verschiedene Leitmedien unterscheiden lassen,

und deren Angehörige

- sich elitär und insbesondere in Differenz zum Typus des »Skinheads« beschreiben; und
- sich zumeist als »intellektuell« wahrnehmen und gegebenenfalls inszenieren.

Wie alle politischen Strömungen weist auch die »neue« Rechte unterschiedliche Ausprägungen und Facetten auf. Sie ist in unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Art und Weise institutionalisiert. Da die »neue« Rechte eine internationale

1 Zum Begriff der »neuen« Rechten vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Garsztecki, Laux und Nebelin. An dieser Stelle wird die Definition besonders dahingehend zugespitzt, dass vor allem intellektualistische Strömungen in den Blick geraten, die u.E. für die »neue« Rechte und ihre Strategie prägend sind (vgl. Pfahl-Traughber 2022: 19). Vgl. auch die Unterscheidung dreier »Schichten« von »Akteur:innen und Unterstützer:innen der Neuen Rechten« durch Bruns/Glösel/Strobl 2015: 15, die im Zentrum »Intellektuelle aus dem rechtsextremen Spektrum« verorten.

Bewegung ist, lassen sich allerdings vielfach länderübergreifende Strukturen und insbesondere Personennetzwerke ausmachen, die für das Funktionieren und die gruppenübergreifende Binnenkommunikation innerhalb der »neuen« Rechten von zentraler Bedeutung sind. Wo die »neue« Rechte tätig ist, entstehen lokale politische Brennpunkte, die zugleich globale Entwicklungen widerspiegeln. Übergreifend sieht sich die »neue« Rechte dabei als intellektuelle Avantgarde in einem »Kulturkrieg«.

Nachfolgend werden wir diese Zusammenhänge anhand dreier strukturell wie regional unterschiedlich gelagerter Beispiele erkunden. Dabei wird zwar die Verbindung von inhaltlichen und organisatorischen Aspekten besonders in den Blick genommen, doch steht im Zentrum die Rezeption der Antike innerhalb der »neuen« Rechten, die anhand der drei Beispiele untersucht werden wird. Mögen sich auch im Detail die Aneignungen der und Referenzen auf die Antike und die antiken Kulturen unterscheiden, so wird sich doch zeigen, dass es erhebliche strukturelle Gemeinsamkeiten im Umgang mit der Antike gibt, die für den neurechten Umgang mit Geschichte insgesamt charakteristisch sind: Geschichte wird vereinseitigt gedeutet und etwaiger Ambivalenzen entkleidet; historisches Wissen wird mehr aus der Populärkultur als aus dem (aktuellen) wissenschaftlichen Diskurs bezogen und Präsentation wie Interpretation von Geschichte unterliegen immer einem politischen Primat.

Die aufgefundenen Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede werden wir abschließend in dem als Vergleich angelegten Fazit präsentieren (5.). Zuvor werden wir drei Beispiele in den Blick nehmen: Namensgebend für die »neue« Rechte wurde die in Frankreich aktive *Nouvelle Droite* (2.), die bis heute zugleich ein intellektueller Nukleus der gesamten »neuen« Rechten war und ist. Insbesondere ihr Vordenker Alain de Benoist (*1943) übte über das von ihm adaptierte Konzept der Metapolitik erheblichen Einfluss auf die globale Rechte aus – wobei sich die Wirksamkeit dieses Ansatzes erst in jüngerer Zeit entfaltet. Seine Antikerezeption ist charakteristisch für die der *Nouvelle Droite* und vermag deshalb exemplarisch für diese Strömung zu stehen. Eine Besonderheit stellt freilich seine Konzeptionalisierung neuheidnischer Religiosität dar, in der vermeintlich an antike Religionsvorstellungen angeknüpft werden soll – und hinter der sich dennoch in erster Linie ein antisemitisch begründeter Ansatz zur Entfernung der jüdisch-christlichen Traditionslinie und des mit ihr verbundenen Universalismus verbirgt.

Diese Ablehnung des Universalismus geht in neurechten Ideologien zumeist einher mit einem »ethnopluralistischen« Ansatz, der vermeintlich die Gleichwertigkeit jeder »Nation« anerkennt, hinter dem sich de facto jedoch immer noch ein – nun freilich kulturell fundierter – Rassismus verbirgt (siehe unten, 2.4.). Ethnopluralistische Ansätze haben vor allem die sogenannte Identitäre Bewegung (3.) beeinflusst, die ursprünglich ebenfalls in Frankreich entstand, jedoch vor allem im deutschsprachigen Raum aktiv und wirkmächtig wurde. Sie stellt eine rechtsex-

treme aktivistische Jugendbewegung dar und unterscheidet sich mithin in ihrer Mitgliederstruktur und Organisationsform erheblich von der elitistischen Nouvelle Droite. Doch auch sie nutzt die Antike als Inspirationsquelle, wobei sie ausdrücklich populärkulturelle Antikedarstellungen (etwa aus Filmen) als historische Referenzen heranzieht. Diese werden von ihr als habituelle und ästhetische, aber auch als organisationspolitische Inspirationen genutzt.

Im Unterschied zu den beiden genannten neurechten Organisationsformen ist die Alt-Right (4.) in den USA hingegen eher ein digitales Phänomen, deren außerdigitale Organisationsbildung bislang gescheitert zu sein scheint. Die Alt-Right nutzt vielfältige Antikebezüge in ihren Diskursen. Ähnlich wie die Identitäre Bewegung liegt der Fokus ihrer Antikerezeption auf populärkulturellen Aneignungen; sie nutzt digitale Medientypen wie Memes zur Verbreitung ihrer Vorstellungen. Die Antike besitzt in diesem Kontext einerseits eine besondere ästhetische Funktion; zum anderen aber fungiert sie – selektiv wahrgenommen – als Ursprungsepoche einer ›Western Civilization‹, die den zentralen normativen Bezugspunkt der Alt-Right-Angehörigen bildet und deren vermeintliche Gefährdung – etwa unter dem Eindruck von Verschwörungserzählungen wie die vom ›Großen (Bevölkerungs-)Austausch‹ (*Great Reset*) – sie in ihrem politischen Handeln motiviert. Auch hier wird Antike selektiv und überformt rezipiert, um dann vereinseitigt präsentiert zu werden.

Alle drei Bewegungen sind trotz unterschiedlicher regionaler Schwerpunkte international miteinander verflochten und mithin Ausdruck überregionaler Trends im rechtsextremen Diskurs. Sie sind zudem in unterschiedlichem Ausmaß in ihre jeweiligen Gesellschaften integriert und fokussieren sich auf die kulturelle Ebene politischer Agitation, vermittels derer der politische Raum im Zuge eines ›Kulturkampfes‹ eingenommen werden soll; insofern markieren sie einen überschaubaren Themenbereich, der dennoch für die verschiedenen Ausformungen der »neuen« Rechten charakteristisch zu sein scheint.

2 Die französische Nouvelle Droite: Metapolitik und neuheidnische Antikerezeption bei Alain de Benoist

Der Nouvelle Droite kommt innerhalb der »neuen« Rechten insofern eine besondere Rolle zu, als sie den am längsten existierenden Personen- und Diskurszusammenhang dieser politischen Strömung bezeichnet. Darüber hinaus wurden in ihrem Rahmen vor allem von Alain de Benoist wesentliche methodische und inhaltliche Konzepte entwickelt, die sich – in unterschiedlicher Ausformung – bei vie-

len anderen Ablegern der »neuen« Rechten wiederfinden lassen.² Der europäische Einfluss der Nouvelle Droite und insbesondere Benoists lässt sich besonders gut anhand des Beispiels von Mario Alexander Müllers *Kontrakultur* verdeutlichen, das 2017 als aktivistisches ›Lexikon‹ mit Grundbegriffen der Identitären Bewegung erschien. Dort erscheint Benoist (auch gemeinsam mit der Nouvelle Droite) als zentraler Stichwortgeber ebenso im Lemma »Ethnopluralismus« (78f.) wie in dem zum »Heidentum« (110), zur »Kulturrevolution« (163), zur »Metapolitik« (185), zu »Rechts« (235) oder als Referenz in dem zu »Friedrich Nietzsche« (206).

Nachfolgend wird zunächst die Entwicklung der Nouvelle Droite skizziert (2.1), dann der Differenzierungsdiskurs zwischen »alter« und »neuer« Rechten in den Blick genommen und kritisch dekonstruiert (2.2). Die darin enthaltenen Differenzierungen besitzen bis heute Bedeutung für das Selbstverständnis der »neuen« Rechten – genauso wie das Konzept der »Metapolitik« (2.3). Daran anschließend wird das Verhältnis von Neuheidentum, Ethnopluralismus und Antikerezeption als konkretem Beispielfall der Aneignung der Antike vorgestellt (2.4), bevor mit einem kurzen Zwischenfazit das Kapitel beschlossen wird (2.5).

2.1 Die Nouvelle Droite als rechtsintellektuelles Netzwerk

Der Begriff der Nouvelle Droite (dt.: »Neue Rechte«) ist teilweise eine – mal angenommene, mal bestrittene – Bezeichnung einer intellektualistischen Strömung innerhalb des französischen Rechtsextremismus. Diese Spielart rechten Denkens definiert sich – wie es die Benennung suggeriert – wesentlich über die Abgrenzung von älteren Strömungen der extremen Rechten (dazu vgl. unten 2.2). Wie später noch verdeutlicht wird, geht es dabei eigentlich weniger um eine inhaltliche, denn vielmehr um eine habituell-ästhetische Differenz (vgl. unten, 2.2). Institutioneller Nukleus der Nouvelle Droite war GRECE (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation).³ GRECE gehörten Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre bis zu viertausend Personen an (so Schmid 2009: 9). Der Kontext dieser Gründung war, wie bspw. Bernhard Schmid (2009: 7) und Ellen Daniel (2020: 178) betont haben, weniger als

2 Zu Benoist, seiner Biographie und seinen Positionen sowie seiner Rezeption vgl. Schmid 2009; Weber 2011; Pfahl-Traughber 2022: 58f.; Daniel 2023 sowie die Beiträge in François 2008 und 2021. Als Materialzusammenstellung informativ, aber sehr reproduktiv und partiell aufgrund der scheinbaren persönlichen Nähe des Verfassers zu neurechten Positionen inhaltlich problematisch ist Böhm 2008.

3 Zum GRECE vgl. Duranton-Crabol 1988; Petitfils 1988: 109–116; Pfahl-Traughber 1998: 129–152; Schmid 2009: 7–15 und passim; Bruns/Glösel/Strobl 2015: 13f.; Pfahl-Traughber 2022: 58f.; sowie die Beiträge zu zentralen Themen der Geschichte der Nouvelle Droite von Stéphane François 2021.

Konsequenz aus die Studentenrevolte aufzufassen, denn vielmehr als Reaktion auf den Algerien-Krieg (so auch Pfahl-Traughber 2022: 58).

Die Gründer dieses elitären Diskussionsforums entstammten zumeist rechtsextremen (Studierenden-)Organisationen (vgl. Schmid 2009: 7; Pfahl-Traughber 1998: 130). Zu ihnen gehörte beispielsweise Dominique Venner (1935–2013), der zunächst als rechtsextremer Aktivist und dann als rechter Schriftsteller wirkte, bis er sich 2013 in einer politisch aufgeladenen Suizidperformance in der Kathedrale Notre Dame de Paris erschoss (vgl. Casajus 2023: 229–266) – und dadurch zu einem ›Märtyrer‹ neurechter Politik wurde (so bei Müller 2017: 293f.). Im Verlauf seiner Geschichte erlebte GRECE wiederholt Abspaltungen; so erfolgte 1974 die Gründung des Club de l'Horologe (zu diesem vgl. Schmid 2009: 10f.), dessen Mitglieder sich zunehmend den staatstragenden konservativen Parteien zuwandten. Zur Gruppe dieser karrieristisch ausgerichteten Akteur:innen gehörte z.B. Yvan Blot (1948–2018), der als Beamter und als Abgeordneter Karriere machte, sich zeitweilig der damaligen Präsidentenpartei L'Union pour un mouvement populaire (UMP) anschloss und dazwischen immer wieder Bücher publizierte, in denen er sich die Antike als normativen Referenzpunkt aneignete (vgl. Schmid 2009: 63f.).

Während GRECE heute eher durch einen verdeckten Rassismus gekennzeichnet ist (vgl. unten, 2.4), waren bis etwa 1972 viele Schriften aus dem Umfeld von GRECE unverkennbar rassistisch (vgl. ebd.: 18). Spätestens 1979 wurde die Gruppe in Frankreich weiteren Kreisen bekannt, als um die politische Ausrichtung des Figaro Magazine eine Debatte entbrannte, in der es um den Einfluss von Vertretern der »neuen« Rechten in den Medien ging (vgl. ebd.: 9; 29–31). Damals bewegte sich die Gruppe im Umfeld des rechtsextremen Front National (FN). Die Verbindung mit dieser Partei war zunächst besonders eng; deshalb wirkte die Abspaltung eines Teils der Partei durch den GRECE-verbundenen FN-Parteistrategen Bruno Mégret (*1949) im Konflikt mit dem damaligen FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen (*1928) auch auf GRECE zurück (vgl. ebd.: 12–15). Bemerkenswert an diesen Brüchen in der Geschichte von GRECE ist, dass sie Alain de Benoist, der sich zunehmend als zentrale Figur dieser Organisation der »neuen« Rechten herauschälte, politisch weniger beeinflussten, weil er – im Unterschied zu anderen Angehörigen von GRECE oder dessen Umfeld – relativ früh zu der Auffassung gelangte, dass neurechte Politik zumindest vorerst nicht über Parteien realisiert werden könnte, sondern stattdessen zunächst die Gewinnung von kulturellem Einfluss betrieben werden müsse (vgl. unten, 2.3).

2.2 Stil- und Inhaltsfragen: Die ›alte‹ und die ›neue‹ Rechte

Der Begriff der »Neuen Rechten« suggeriert als Gegenbegriff eine Differenz zu einer »alten Rechten«. Bei dieser »alten Rechten« handelt es sich um jene (extreme) Rechte, die 1945 mit dem Ende des nationalsozialistischen »Dritten Reiches« als diskreditiert gelten musste. Insofern ist der Begriff der »Neuen Rechten« eine Differenzmar-

kierung, die in erster Linie der geschichtlichen Entlastung der »neuen« angesichts der »alten« Rechten dienen soll (vgl. Schmalenberger 2023: 476; Bruns/Glösel/Strobl 2015: 11f.; Pfahl-Traughber 2022: 21f.). Deshalb ist aus analytischer Perspektive die Rede von der »neuen« Rechten der letztlich als (wenngleich manchmal nur widerstrebend angenommenen) Selbstbezeichnung »Neue Rechte« vorzuziehen (vgl. zum Fall Benoists Daniel 2009: 8f.) – denn in der Tat gibt es Differenzen zwischen der »alten« und der »neuen« Rechten, doch sind diese mehr äußerlich-strategischer Art denn inhaltlicher Natur. Zwar hat der Abgrenzungsdiskurs auf dieser Ebene zwar seine Berechtigung, weil es in der Tat Aspekte gibt, die die »neue« Rechte von der »alten« unterscheiden, doch ist das mit dem Begriff »Neue Rechte« verbundene Postulat einer letzten Endes eigenen geschichtlichen Traditionslinie der »neuen« gegenüber der »alten« Rechten eine Fiktion. An der Entwicklung dieser Fiktion wirkten Benoist und Nouvelle Droite maßgeblich mit.

Ein zentraler Impuls zu diesem Diskurs kam allerdings ursprünglich aus dem deutschsprachigen Raum: Der Schweizer Armin Mohler (1920–2003) entfaltete in seiner 1949 bei Herman Schmalenbach und Karl Jaspers eingereichten Dissertation eine personenbezogene (vornehmlich männliche) Traditionsgeschichte konservativen Denkens jenseits des Nationalsozialismus (Mohler 1950; vgl. Breuer 1995: 1; Korfkamp 2018: 124). Sein Buch über *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932* wurde 1950 das erste Mal veröffentlicht und zuletzt in der 6. Auflage in einer neuen Bearbeitung durch den neurechten Historiker Karlheinz Weißmann (*1959) publiziert (vgl. Funke 2020: 158; zu Weißmann: Pfahl-Traughber 2022: 59f.). Während der prosopographische Nutzen des Buches unbestritten ist (vgl. Breuer 2010: 275), muss die Existenz der darin konstruierten »Diskursgemeinschaft« (Breuer 1995: 2) der »Konservativen Revolution« kritisch hinterfragt werden. Gleichwohl konnte Mohler seinen Deutungen von Geschichte und Konservativismus im intellektuellen Leben der Bundesrepublik besondere Geltung verschaffen – insbesondere nachdem er 1964 Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München geworden war (vgl. Stapper 2022: 45). Doch weshalb ist die Existenz der von Mohler beschworenen konservativen Diskursgemeinschaft fragwürdig oder – m.a.W.: – worin besteht die Problematik von Mohlers Werk?

Wie Stefan Breuer gezeigt hat, lassen sich die von Mohler hervorgehobenen Autoren nicht mehr dem Konservativismus zuordnen (vgl. Breuer 1995: 5 und passim), zumal unter ihnen auch »über Jahre glühende Anhänger« des Nationalsozialismus (Funke 2020: 161) wie der Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985) gewesen sind, der ideologisch mit dem Nationalsozialismus verbunden war und praktisch mit ihm kooperierte (vgl. Hacke 2020: 30f.). Schließlich weist das Werk eine kaum verhohlene »geschichtsrevisionistische Stoßrichtung« auf (Stapper 2022: 44), von der aus Mohlers eigentliche politische Pointe erst ermöglicht wird: Eine »neue« extreme Rechte kann auf Grundlage dieses Buches ihre vorgebliche »Unbelastetheit« traditionsge-schichtlich gleichsam beweisen, weil sie auf eine als konservativ eingestufte Traditi-

onslinie verweisen kann, die nicht durch Verflechtungen mit dem Nationalsozialismus diskreditiert sein soll (vgl. Stapper 2022). Dass dies trügerisch ist, weil es sich bei der ›Konservativen Revolution‹ um ein artifizielles und kontrafaktisches Konstrukt handelt, bei dem außerdem noch »ein entdifferenzierender Opfermythos« (Funke 2020: 163) zur Geltung kommt, spielt in dieser politischen Lesart keine Rolle.

Während aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive die Kategorie der ›Konservativen Revolution‹ mithin empirisch fragwürdig geworden ist, ist die genealogiebildende und kanonisierende Wirkung von Mohlers Traditionskonstruktion unbestreitbar.⁴ Infolgedessen ist zum einen der Einschätzung Breuers zuzustimmen, dass »›Konservative Revolution‹ [...] ein unhaltbarer Begriff« ist, »der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet« (Breuer 1995: 181) und infolgedessen »aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden« sollte (ebd.).⁵ Zum anderen aber muss konstatiert werden, dass Mohler 1949/1950 eine Traditionsgeschichte konstruiert hat, an die später die »neue« Rechte anknüpfen konnte, als sie sich um die Verortung in einer vermeintlich legitimen Vorgeschichte bemühte.⁶ Insofern wurde die durch Mohler möglich gewordenen Unterscheidung zwischen einer illegitimen, nationalsozialistisch gleichsam kontaminierten Rechten einerseits und einer legitimen, konservativen extremen Rechten andererseits zur Grundlage der Unterscheidung zwischen einer »alten« und einer »neuen« Rechten, die im Diskurs um die Begründung von GRECE als Nouvelle Droite eine entscheidende Rolle spielte (vgl. etwa Bruns/Glösel/Strobl 2015: 11f.).

4 Vgl. zu Genealogisierung und Kanonisierung sowie ihrem politischen Wechselverhältnis Nebelin 2024 i.D.: 47–49 mit Hinweisen auf die weiterführende Literatur.

5 Stefan Breuer 1995: 182 schlägt stattdessen eine »Reorganisation des Forschungsfeldes« vor. Statt von ›Konservativer Revolution‹ zu sprechen, ließen sich eher Verbindungslinien unter dieser Autor:(inn)engruppe ausmachen, wenn man in ihnen die Repräsentant:(inn)en eines ›neuen Nationalismus‹ ausmache (ebd.). Diese Kategorie sei hinreichend abstrakt und intern divers, um der Disparatheit und Bandbreite der Autor:(inn)en Rechnung zu tragen, ohne ihnen Verbindungslinien gänzlich abzusprechen (vgl. ebd.: 182–202). Ein wesentliches Merkmal ist der »revolutionär[e]« Charakter des ›neuen Nationalismus‹ (ebd.: 189) und mithin der ihm zuordenbaren Autor:(inn)en. Darin liegen seine Verbindungslinien zum Nationalsozialismus (vgl. ebd.: 189–194), vor allem aber seine antidemokratische Pointe: »Wenn er [= der ›neue Nationalismus‹] von Volksgemeinschaft sprach, so nicht, um dem demokratischen Staat eine Legitimationsreserve zu erschließen, sondern um ihm die Legitimität abzusprechen; wenn er das Charisma der Nation beschwor, wie es im August 1914 aufgeflammt war, so nicht, um die Legalordnung zu stabilisieren, sondern um sie zu stürzen« (ebd.: 189f.). In dieser Ausrichtung liegt ein Erbe, dass der ›neue Nationalismus‹ der »neuen« Rechten hinterlassen hat und das von dieser nicht zurückgewiesen, sondern de facto begeistert aufgenommen wird.

6 Die Verbindung zwischen Mohler und Benoist wird exemplarisch auch daran deutlich, dass Mohler bereits die erste deutschsprachige Auflage von Benoists *Kulturrevolution von rechts* aus dem Jahr 1985 mit einem Vorwort versehen hat. Vgl. zur Beziehung von Mohler zum GRECE zudem Pfahl-Traugher 1998: 148.

Bei der weiteren Begründung dieser Differenz spielte Alain de Benoist eine entscheidende Rolle. In einem programmatischen Buch, das 1985 auf Deutsch unter dem Titel *Kulturrevolution von rechts* (dazu vgl. Jorek 2022) erschien, proklamiert Benoist: »Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient. Sie ist daran zugrunde gegangen, daß sie von ihrem Erbe gelebt hat, von ihren Privilegien und von ihren Erinnerungen. Sie ist daran zugrunde gegangen, daß sie weder *Wille* noch *Ziel* hatte« (Benoist 1985: 29, Hervorh. wie im Orig.). Die »neue« Rechte hingegen verfüge über jene Programmatik und Zielorientiertheit, die der »alten« gefehlt habe, meint Benoist: Die Rechte sei in erster Linie durch einen »anti-egalitären Standpunkt« geprägt, »der impliziert, daß man die Menschen nicht nach der bloßen Tatsache ihres (politisch-ontologischen) Vorhandenseins auf der Welt beurteilt, sondern nach ihrem Wert, den man nach den ihrer persönlichen Tätigkeit angemessenen Kriterien und den spezifischen Charakteristika der Gemeinschaften einschätzt, denen sie angehören; oder man stellt sich auf einen egalitären Standpunkt, der in jeder Ungleichheit eine Form von Ungerechtigkeit erblickt, der behauptet, die Moral sei die Essenz der Politik, und der einen politischen Kosmopolitismus und philosophischen Universalismus impliziert« (ebd.: 31).

Ausgehend von dieser Positionsbestimmung lassen sich zum einen zentrale Positionen von Benoist (und im Wesentlichen auch GRECE) verdeutlichen; zu deren Verständnis ist es freilich sinnvoll, ebenfalls von dieser Passage ausgehend zuerst die spezifische Art und Weise des Argumentierens in den Blick zu nehmen, die Benoist pflegt:

- a) Die Argumentationsweise von Alain de Benoist basiert wesentlich auf
 - (personengruppenbezogenen) *Polarisierungen* (zum Beispiel etwa zwischen den Vertretern eines rechten, »anti-egalitären Standpunkt[es]« gegenüber dem der Vertreter eines »egalitären Standpunktes«);
 - *Naturalisierungen*, d.h. die eigenen Positionen werden als das Gegebene widerspiegelnd und zugleich als historisch fundiert und methodisch korrekt hergeleitet eingestuft;⁷
 - suggestiven *Asymmetrien* dargestellter Positionen, bei denen die eigene Auffassung infolge der Zuschreibung ihrer geschichtlichen Verankerung bekräftigt und die Gegenposition als rein »moralisch« fundiert diskreditiert wird (vgl. etwa ebd.: 31);
 - *Traditionskonstruktionen*, autoritativen Aneignungen und Bekräftigungen durch das Einmontieren kontextlos bleibender Zitate (so etwa in ebd.: 31) und durch

7 Vgl. zur Geschichte etwa Benoist 1985: 30f. [mit Hervorh. wie im Orig.] wo er darauf insistiert, »rechte« »Doktrinen« würden die Auffassung vertreten, »daß die relativen Ungleichheiten der Existenz zu Kräfteverhältnissen führen, deren Ergebnis das geschichtliche Werden ist, und die dafürhalten, daß die Geschichte weitergehen muß«; zur Methodenbehauptung ebd.: 60: »Jeder ›rechte‹ Diskurs beginnt mit Definitionen«.

die Anführung von Namen bekannter Personen (»Namedropping«) als vermeintliche Vertreter bestimmter Positionen, die allerdings inhaltlich nicht näher spezifiziert werden (vgl. etwa ebd.: 35, 42f., 50, 59), um auf diese Weise demonstrativ Bildung zur Schau zu stellen und sich die soziale wie normative Wertigkeit der referenzierten Autor:innen anzueignen, ohne die Bildungsinhalte allzu genau spezifizieren zu müssen (und sich damit auch kritisierbar zu machen);⁸

- Verargumentierungen von Geschichte unter *Ausblendung von Kontexten* (wie exemplarisch Benoists Umgang mit der Antike belegt; vgl. unten, 2.4);
 - *Umcodierungen* von Begriffen und begriffliche Neufassungen alter Konzepte (vgl. Pittel 2018: 404f.) etwa indem von Ethnopluralismus gesprochen wird, wo Kulturrassismus gemeint ist (vgl. unten, 2.4).
- b) Wesentliche inhaltliche Kernpunkte Benoists und damit zumeist auch der Nouvelle Droite sind dabei, wie bereits verschiedentlich herausgearbeitet wurde (vgl. Pfahl-Traughber 1998: 136–143; Schmid 2009: 16–24 und passim; Weber 2011; Daniel 2020: 180–186; Pfahl-Traughber 2022: 59) und zumindest in Hinblick auf die ersten beiden Punkte auch in der bereits angeführten Positionsbestimmung aus *Kulturrevolution von rechts* anklingt: (a) Die Abgrenzung von der »alten« Rechten und Bezugnahmen auf die These von der »Konservativen Revolution«; (b) ein strikter Antiegalitarismus, der sich (c) mit einem Antiuniversalismus verbindet, um auf diese Weise (d) die Ablehnung der Menschenrechte zu ermöglichen. Stattdessen wird (e) die Idee des Ethnopluralismus (siehe dazu unten 2.4) vertreten. Diese Auffassung verbindet sich (f) mit Antiamerikanismus und (g) Antiliberalismus, die sich gegen Gruppen und Strömungen richten, die als Gründe für vermeintliche (kulturelle) Deformationen der Gegenwart ausgemacht werden. Dazu tritt als weiterer Faktor (h) eine Form des Neuheidentums, die (i) antisemitisch grundiert ist (dazu siehe unten, 2.4).

Zur Verwirklichung ihrer Ziele setzt die Nouvelle Droite auf ein Konzept des Kulturwandels, der durch eine Form des intellektuellen Kampfes erreicht werden soll. Benoist propagiert diese für die gesamten neurechten Bewegungen zentrale Idee unter dem Stichwort »Metapolitik«.

2.3 »Metapolitik« – Die strategische Pointe neurechter Kulturpolitik

Jean-Claude Jacquard (1942–2013), der langjährige Präsident von GRECE hat 1997 in der rechtsextremen Zeitschrift »Junge Freiheit« die Zielsetzungen von GRECE erklärt: »Der GRECE glaubte und glaubt noch immer, daß der kulturelle Kampf, der

8 Dazu vgl. auch Pfahl-Traughber 1998: 135f.

Kampf der Ideen das Wichtigste ist. [...] Die direkte politische Aktion liegt etwas außerhalb unseres Betätigungsfeldes. Was wir hauptsächlich wollen, ist, Einfluß zu gewinnen auf die bestehende Kultur; wir wollen die Ideen in eine bestimmte Richtung lenken, ohne selbst politisch aktiv zu werden, und zwar auf Grundlage dessen, was wir veröffentlichen und was wir sagen. Für solche politischen Umwälzungen im politischen Vorfeld gibt es historische Beispiele«, so sei die Französische Revolution aus der Aufklärung herzuleiten (Junge Freiheit v. 7.11.1997, S. 3). In diesem Zitat zeigt sich nicht nur erneut die besondere Bedeutung, die neurechte Theoretiker der Geschichte zuschreiben, sondern vor allem der spezifische Fokus, den GRECE auf Ideen als politischen Bewegungskräften legt. Obwohl GRECE selbst nicht direkt (partei-)politisch aktiv werden möchte, beansprucht die Gruppierung, ideell die Grundlagen für politische Veränderungen im Sinne der Rechten zu legen. In diesem Sinne hat auch Benoist behauptet: »Alle großen Revolutionen der Geschichte haben nichts anderes getan, als eine Entwicklung in die Tat umzusetzen, die sich zuvor schon unterschwellig in den Geistern vollzogen hatte« (Benoist 1995: 38).

Nicht nur mit seiner Annahme eines Primats der Ideen, sondern auch mit seinen Überlegungen zur kulturellen Hegemonie verweist Jacquard auf Überlegungen Benoists, insbesondere das Konzept der »Metapolitik« (zu diesem vgl. Pfahl-Traugher 1998: 132f.; Pfahl-Traugher 1991: 17; Kailitz 2004: 85; Jennerjahn 2006: 53–58; Schmid 2009: 8, 26f.; Bruns/Glösel/Strobl 2015: 13–15; Daniel 2020: 184; Schnickmann 2021: 158–160; Brumlik 2022a; Flügel 2022). Die Nouvelle Droite wähnt sich in einem »Kulturkrieg«: Ausgangspunkt von Benoists Überlegungen ist die zeitdiagnostische Annahme, »[d]ie Linke« habe ein Verständnis für »kulturelle Macht« entwickelt, vermittels der sie »auf die impliziten Werte einwirkt, um die herum sich der für die Dauer der politischen Macht unverzichtbare Konsens kristallisiert« (Benoist 1985: 38). Dies habe es der Linken ermöglicht, ihre Politik langfristig mehrheitsfähig zu machen: Ihre politischen Machtgewinne »verdank[e]« sie »dem allgemeinen Klima, das sie metapolitisch zu schaffen vermochte und in Ansehung dessen ihr politischer Diskurs zusehends wahrer klingt« (ebd.: 39). Wahlkämpfe seien demnach lediglich Indikatoren für die Lagerungen »kultureller Macht« (ebd.: 66), »die sich parallel zur politischen Macht installiert hat und dieser in gewisser Weise vorausgeht« (ebd.: 66f.). Daraus resultiert aus Sicht von Benoist die zentrale Rolle der Theoretiker und der Vorrang der politischen Intellektuellen gegenüber praktisch tätigen Parteipolitikern. Das Konzept »kultureller Macht« und der aus dem Bewusstsein ihres Vorhandenseins ableitbaren »Metapolitik« verbindet Benoist mit dem Linksintellektuellen Antonio Gramsci (1891–1937), der das Anstreben der »kulturellen Hegemonie« innerhalb der »Massen« als Voraussetzung für politische Revolutionen aufgefasst habe (vgl. Benoist 1985: 67–79; zu dieser Konstruktion vgl. Kailitz 2004: 84; Schmid 2009 26f.; Brumlik 2018: 170; Pfahl-Traugher 2020: 148f.; Schnickmann 2021: 159f.; Jorek 2022: 82–85).

Bereits Benoists Traditionskonzept ist zugleich verhüllend und politisch instrumentalisierend: Wie Michael Brumlik (2018: 170; 2020) gezeigt hat, taucht das Konzept der ›Metapolitik‹ ursprünglich schon in Martin Heideggers (1889–1976) aufgrund ihrer unreflektierten nationalsozialistischen Imprägnierung umstrittenen *Schwarzen Heften* auf – der begriffliche Ursprung der ›Metapolitik‹ liegt mithin innerhalb der politischen Rechten. Die Wahl Gramscis als Vordenker dieses Konzepts kultureller Hegemoniegewinnung ist nun folglich nicht nur dem Umstand geschuldet, dass sich entsprechend adaptierbare Vorstellungen in seiner politischen Theorie ausmachen lassen (vgl. Deppe 2007: 557– 566), sondern hängt vielmehr (a) mit Benoist zeitdiagnostischer Auffassung zusammen, dass die Linke zeitlich vor der Rechten das Phänomen der ›kulturellen Macht‹ und die Wege ihrer Gewinnung erkannt habe. Außerdem spielt (b) die mit solchen intellektuellen ›Querfronttheoremen‹ einhergehende intellektuelle Provokation eine Rolle, die als Zeichen intellektueller Offenheit wirken soll.⁹ Dies korrespondiert (c) mit Benoists – mit der oben vorgestellten Naturalisierungsargumentation verwandten – Zielsetzung, einen »dritten Weg« (Benoist 1985: 54 mit ebd.: 55; dazu vgl. Daniel 2020: 178) einzuschlagen, bei dem man, wie er meint, »dahin gelangt, sowohl die Rechte als auch die Linke in sich zu vereinigen. Ich glaube, daß die Zukunft jenen gehören wird, die fähig sein werden, simultan zu denken, was bisher nur kontradiktorisch gedacht worden ist« – eine intellektuelle Offenheitsgeste, die freilich gleichzeitig dadurch eingeschränkt wird, dass dies letzten Endes doch »das Endergebnis dieses ›rechten‹ Vorgehens« sein soll (Benoist 1985: 55).

In jedem Fall hat die im GRECE und von Benoist vertretene Vorstellung der ›Metapolitik‹ mit dem Ziel einer ›Kulturrevolution von rechts‹ und einem Fokus auf Medien und Eliten die »neue« Rechte nachhaltig beeinflusst (vgl. Flügel 2022: 77). Ziel ist die »Erlangung der Meinungsführerschaft« (Book 2018b: 115). Bedenkt man freilich, dass dieses Konzept bereits vor Jahrzehnten entwickelt wurde, so hat es lange Zeit offensichtlich keine Wirksamkeit entfaltet, wenngleich die Diskussion um das *Le Figaro Magazine* belegt, dass hier möglicherweise zwischen den Entwicklungen in den Ländern deutlicher als bisher häufig geschehen unterschieden werden muss. Ebenso ersichtlich ist freilich, dass in einer Phase, in der rechtsextremes Gedankengut zunehmend mehrheitsfähig wird (vgl. im vorliegenden Band die Einleitung von Garsztecki, Laux und Nebelin), metapolitische Strategien durchaus als Verstärkungsfaktoren für die Akzeptanz rechten Gedankengutes wirken können. Mit möglicherweise fatalen Folgen: So »bedroht« nach Auffassung von Sophie Schmalenberger (2023: 477) »die Neue Rechte auch durch ihr metapolitisches Ziel, zu beeinflussen und zu bestimmen, was in Deutschland als ›normal‹ gilt, die demokratische, plurale Gesellschaft«. Inhaltlich spielt dabei die Auseinandersetzung mit der Geschichte

9 Insofern fasst Ellen Daniel 2020: 177 Benoist auch als einen »bemerkenswerte[n] Vordenker von Querfront-Phänomenen« auf, »wie man sie gegenwärtig immer häufiger beobachtet«.

eine besondere Rolle – auch wenn sie keinesfalls das einzige Inhaltsfeld für meta-politische Interventionen ist.

2.4 Neuheidentum, Ethnopluralismus und Antikerezeption

Unter dem Lemma »Heidentum« findet sich in dem bereits erwähnten Aktivisten-Handbuch Müllers zur »Kontrakultur« ein Bezug auf Benoist als Repräsentant einer Verfallsgeschichte christlicher Glaubenspraktiken (Müller 2017: 111). Nach Auffassung von Müller bedeutet dann »[e]in ›zeitgemäßes‹ Heidentum [...] ein positives ›Ja‹ zum Überleben unser Art. [...] Zentrales Element ist die Ehrung der Ahnen, des Stamms und des Volks, das sich in jedem einzelnen wiederholt« (ebd.: 112). Eine vergleichbar konkrete wie schwülstige Vorstellung, was Neuheidentum in der Praxis sein könne, findet sich bei Benoist nicht, obwohl im GRECE wohl konkret versucht wurde, neuheidnische Festriten und Zeitpraktiken zu implementieren (vgl. Schmid 2009: 23f.). Doch der Verweis auf Benoist unter dem Lemma »Heidentum« in Müllers Buch ist in doppelter Hinsicht zutreffend. So geht Benoists Entwurf eines Neuheidentums mit einer Kritik am zeitgenössischen Christentum einher.¹⁰ Letztlich ist Benoists religionsprogrammatische Kampfschrift *Heide sein zu einem neuen Anfang* (frz. Orig.: *Comment peut-on être païen?* 1981) im Wesentlichen eine Bibelkritik, die auf eigentümliche Weise zwischen historischen und literarischen Lesarten und Argumentationen hin- und herspringt und sich gleichermaßen gegen Judentum wie Christentum wendet.¹¹ Die als Alternative präsentierten neuheidnischen Positionen wiederum sind innerhalb des Religionsdiskurses der »neuen« Rechten keinesfalls vorherrschend; mit ihnen konkurrieren vor allem radikal christlich geprägte Ansätze (vgl. Pittl 2018: 404). Warum und in welcher Weise profilierte Benoist also die Idee eines Neuheidentums?

Benoists Hinwendung zum Heidentum mag erstens biographische Hintergründe haben (vgl. Schmid 2009: 17), zweitens – wie noch zu zeigen sein wird – mit seiner politischen Programmatik (insbesondere seinem Antiuniversalismus) korrespondieren und drittens einem untergründigen Antisemitismus geschuldet sein.

10 Nachfolgend wird die im neurechten Diskurs des deutschsprachigen Raumes übliche Rede vom »Heidentum« übernommen, weil es an dieser Stelle nicht im eigentlichen Sinne um den antiken Phänomenbereich geht, für den intensiver über geeignetere Begriffe (etwa »Paganismus« o.ä.) nachgedacht werden müsste. Stattdessen sind die Antikebezüge, um die es hier zumeist geht, dermaßen grob und gegenwartsbezogen, dass das eigentliche Phänomen immer das neurechte Heidentum und dessen konstruierte Traditionsgeschichte sind.

11 Neben diesem Buch sind noch einige Veröffentlichungen des in Deutschland zeitweilig wirkenden, rechtsextremen »Thule-Seminars« hervorzuheben, die ebenfalls direkt oder indirekt mit dem Religionsthema in Verbindung stehen: Benoist 1981a; 1981b; 1988. Zu dieser Beziehung vgl. Pfahl-Traughber 1998: 145–148. Zu Benoists Konzept eines Neuheidentums vgl. Jennerjahn 2006: 59–61; François 2008; Schmid 2009: 16–18.

Darüber hinaus fällt – viertens – sein Religionsentwurf in eine religionsgeschichtliche Phase, in der Sekten und alternative Religionen jenseits des Christentums in den europäischen Gesellschaften intensiv diskutiert wurden. Der überzeugenden Rekonstruktion von Sebastian Pittl nach handelt es sich bei Benoists Entwurf deshalb um den eines »postmoderne[n] Heidentum[s]« (Pittl 2018: 407), das auf einer »religionsgeschichtliche[n] Fiktion« – nämlich: »einem toleranten, pluralistischen, welt- und lebensbejahenden Heidentum« – basiert (ebd.: 408). Wie »bei fast allen Akteur/innen der Neuen Rechten« entpuppt sich Pittl zufolge zudem auch Benoists »grundlegende religiös-politische Identitätsbestimmung [...] bei näherer Betrachtung [...] als Ausdruck mehr oder weniger willkürlicher Setzungen, die sich zumindest in ihren Grundoptionen einer argumentativen Auseinandersetzung entziehen« (ebd.: 408), da Benoist bereits am Anfang seiner Programmschrift betonte, die Religionsentscheidung sei letzten Endes immer das Ergebnis einer »Entscheidung« (Benoist 1982: 12). Dass sich allerdings bereits an diesem Punkt Verknüpfungen mit ethnopluralistischen Vorstellungen ergeben, die zugleich Relikte eines kulturellen Rassismus in sich bergen, indem sie Kultur zu einem der Person unhintergebar anhaftenden Prägefaktor erheben, klingt bereits in der hierfür besonders einschlägigen Passage der religionstheoretischen Programmschrift Benoists an – und lässt die Religionsentscheidung deshalb, anders als suggeriert, gerade nicht als eine rein subjektive erscheinen: »Diese Wahl, in der unsere Pläne und unsere eigenen Anschauungen eine Rolle spielen, in der aber auch unsere Identität, unsere Zugehörigkeit, unser Erbe mit einwirken, – nichts vermag diese Wahl zu umgehen« (ebd.: 12).

Immer wieder schimmern in Benoists Programmschrift zudem Vorstellungen hindurch, dass mit dem Heidentum eine bestimmte Gruppe der Gegenwart religiös erschlossen und durch die Identifizierung des »Heidentum[s] als ursprünglicher Religion Europas« (ebd.: 12) eine vermeintlich urgeschichtliche Konturierung erfahren soll (vgl. Jennerjahn 2006: 59). So spricht Benoist davon, dass einige Annahmen der »indoeuropäischen Theologie [...] bereits auf den organischen Charakter der Gesellschaften hinweist, die hervorzubringen sie berufen sind« (Benoist 1982: 67). Auf die problematische Adaption des in sich schon problematischen Indoeuropäer-Diskurses soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden (dazu vgl. bspw. Petitfils Daniel 2020: 183f.); die Kopplung von Ideen und sozialgeschichtlichen Entwicklungen wiederum ist metapolitisch begründet und historisch in dieser Eindeutigkeit sowohl aufgrund der Länge der Zeit und infolge der Ausblendung des christlichen Mittelalters fragwürdig. Aber alleine schon die Beschränkung des antiken Paganismus auf den Rahmen Europas ist problematisch: So war bspw. auch das pagane römische Reich trikontinental und umfasste neben Teilen (!) Europas auch Teile Afrikas und Asiens, in denen ebenfalls – wenn auch in erheblicher regionaler Ausdifferenzierung – jener Paganismus vorherrschte, den Benoist nun ausschließlich für Europa reserviert.

Als Gegenkraft zum erklärtermaßen einzig »europäische[n] Heidentum« sieht Benoist das »Judenchristentum« (Benoist 1982: 35). Seine Überlegungen sind dabei antichristlich, weil er sich gegen den mit dem christlichen Menschenbild verbundenen Universalismus wendet, der seiner ethnopluralistischen Weltsicht entgegensteht (vgl. ebd.: 189–195 und passim) und zugleich die von ihm anderenorts – z.B. in Benoist 1981b; 1986: 42f.; 1988 – kritisierten Menschenrechte begründet (dazu vgl. Jennerjahn 2006: 61). Vor allem das Christentum verschiebe nämlich den Bewertungsmaßstab von einem Selbst weg auf einen abstrakten Anderen: »Im jüdisch-christlichen Monotheismus wird das Leben nicht mehr in bezug auf seine eigene Problematik beurteilt, sondern einer fremden Problematik unterworfen. Somit wird der Mensch nicht mehr nach seinem eigenen Gesetz und Maßstab beurteilt, sondern nach dem Ganz-Anderen. Die Entwicklung der christlichen Moral innerhalb der Geschichte läßt sich deshalb auch mit dem Schwinden der Tatkraft umschreiben« (Benoist 1982: 101). Was das nun konkret bedeuten soll, bleibt Benoists Geheimnis; er nutzt freilich erneut die Bildung von Asymmetrien und Geschichtsargumente, um die Gegnergruppe zu diskreditieren. Dass für ihn das »Ganz-Anderere« und das »Fremde« offensichtlich in Eins fallen ist zudem vielsagend, weil sie erneut auf die Pointe seiner ethnopluralistischen Universalismuskritik zurückverweisen und herausstellen, dass es ihm vor allem um die Distanzierung vom Anderen (genauer: vom Fremden) geht.

Darüber hinaus sind Benoists Argumentationen antijüdisch, indem er sich gegen die Sozialkritik der Propheten als eine vermeintliche Grundlage des Egalitarismus wendet (vgl. ebd.: 162–169). Gerade seine letztgenannte Kritik weist zudem gelegentlich Züge auf, die eine antisemitische Einfärbung beinhalten, etwa wenn er mit dem Hebräischen syntaktische »Primitivität« und inhaltliche »Verschwommenheit« verbindet (nach ebd.: 36), komplexe Konzepte ausdrücklich von ihrem Ursprung her in der griechischen Philosophie und nicht im Judentum verortet (nach ebd.: 43), suggeriert, dass dem Judentum ungeschichtliches Denken zugrunde liege (vgl. ebd.: 116f.) oder den »Paulinismus« als Hauptursprungsquelle der »Weltverachtung oder (-ablehnung) des Christentums« identifiziert (ebd.: 55). Dass das Judentum zudem der eigentliche Hauptgegner in Benoists Religionsauffassung ist, verdeutlicht ein Bild, das er nutzt, um einmal mehr darauf zu verweisen, dass das Heidentum »die Wurzeln unserer eigenen Geschichte« berge: »Das Heidentum führt zu den Wunderwerken der heiligen Kunst; in dem biblischen Monotheismus dagegen hat man einen leeren Tepel« (ebd.: 147).

Der Monotheismus als Denkfigur wird von Benoist in einer evident ahistorischen Argumentation zudem mit der angeblich unter Abraham vollzogenen »Ablehnung oder [...] Loslösung« der (späteren) Israeliten »von der sie umgebenden Zivilisation« in Verbindung gebracht. Damals sei eine »neue Behauptung« erhoben worden: der »Anspruch auf radikale Trennung: die dualistische monotheistische Behauptung«, die »dann anscheinend Israel von allen übrigen Völkern der Welt« un-

terschieden und bereits in der Antike zu »endlose[m] Streit« geführt habe ebd.: 152), während das Heidentum aufgrund seiner zumeist polytheistischen Anlage »von Natur aus duldsam sei« (ebd.: 171). Nun ist überhaupt umstritten, ob und wenn, inwieweit es Sinn macht, die Frage nach der Toleranz an vorchristliche Gemeinschaften zu stellen (vgl. Losehand 2009). Doch auch unabhängig davon widerspricht die von Benoist postulierte besondere Duldsamkeit des Heidentums durchaus den später von ihm unter Aufnahme von Vorstellungen aus Carl Schmitts *Begriff des Politischen* (1932) formulierten Annahmen über »das Verhältnis von Freund und Feind, das den Kampf bestimmt«, als wesentlichem Merkmal des Politischen (Benoist 1982: 212), das vom vermeintlich friedlichen Heidentum angemessen aufgegriffen worden sei (vgl. ebd.: 215–227).¹² Im Heidentum sei eine Konstellation gegeben, »in de[r] der Konflikt der Gegensätze und dessen Lösung in dem und durch das Weltsein den Kampf als eine positive Grundtatsache heiligt. Der Kampf begründet keine Ordnung, er bildet die Struktur der Welt« ebd.: 219). Dennoch seien »Religionskrieg« und »Klassenkampf« »[i]m Heidentum« »grade wegen ihres unnachgiebigen Wesens« »ausgeschlossen« (ebd.: 221). Erneut bleibt Benoist eine Erklärung, wie auf diese Weise Duldsamkeit und Kampf zusammenkommen sollen, schuldig.

Benoists antisemitische Tendenzen treten in seiner religionstheoretischen Programmschrift vor allem dort zutage, wo er ethnopluralistisch argumentiert – und im Kern läuft seine Geschichtsdeutung auf eine ethnopluralistisch fundierte Geschichtserzählung hinaus. Unter Ethnopluralismus (dazu vgl. Pfahl-Traugher 1998: 139–142; Jennerjahn 2006: 50–53; Schmid 2009: 18–20; Daniel 2020: 176; 185f.; Pfahl-Traugher 2022: 91f.) versteht man dabei das neuere Äquivalent zum klassischen Rassismus, mit dem ethnopluralistische Positionen die Annahme teilen, dass bestimmte Menschengruppen unveränderliche Gemeinsamkeiten und Merkmale aufwiesen. Infolgedessen entspräche es der menschlichen Natur, diese Gruppen getrennt voneinander existieren zu lassen – Vermischungen werden zumeist als negativ abgelehnt. Im Unterschied zum klassischen Rassismus sind ethnopluralistische Argumentationen in den Bereich des kulturellen Rassismus einzuordnen, d.h. die entscheidenden Kollektivmerkmale werden nicht mehr wie im klassischen Rassismus biologisch fundiert gedacht, sondern nunmehr als kulturelle Phänomene aufgefasst.

In Benoists Fall wird sein ethnopluralistischer Ansatz besonders in seiner Skizze der spätantiken religiösen Transformation des römischen Reiches deutlich. Dort ordnet er das Judentum als ein kulturell fremdes Element ein, das in das heidnische Europa durch das Christentum als Zwischenstufe implementiert worden sei und mithin Europa deformiert habe: »[F]est steht, daß die Bekehrung

12 In diesem Zusammenhang finden sich Bezüge auf Carl Schmitts *Begriff des Politischen* in Benoist 1982: 212–227, den Benoist 1982: 326, Anm. 493 zufolge in der Auflage von 1932 rezipiert hat.

zum Christentum den ganzen Ablauf der europäischen Pseudomorphose (Einbau eines Fremden) eingeleitet hat und daß daraus einige Rückwirkungen erfolgten, die letztlich zu einer hybriden (gemischten) Religionskategorie führten. Nachdem der Bekehrungsprozeß in Europa abgeschlossen war, stimmten weder die europäische Kultur noch das Christentum mit ihrer jeweiligen Herkunft und Natur überein. Das Christentum hat gewissermaßen, zumindest vorübergehend, den europäischen Menschen verwandelt« (Benoist 1982: 253). Vor diesem Hintergrund macht Benoist eine »christliche Ansteckung« (ebd.: 260) aus, deren Auswirkungen nicht mehr völlig revidiert werden könnten (vgl. ebd.: 256f.). Das »neue Heidentum« müsse deshalb »das heidnische Wertsystem derart darstellen, daß der jüdisch-christliche Monotheismus nicht mehr dessen bloßen Gegensatz bildet«, folgert Benoist (ebd.: 257), um daran (ohne Konkretisierung) anzuschließen: »Das zukünftige Heidentum wird ein faustisches sein« (ebd.: 257). Inhaltlich bleibt diese bildungsbürgerliche Referenz bei Benoist unbestimmt; sie kann allerdings hinweisen auf den von ihm dann postulierten relativen Wahrheitsbegriff, der zugleich seinen ethnopluralistischen und antiuniversalistischen Positionen entspringt (ebd.: 283: »Absolute Wahrheiten gibt es nicht; es sind nur Wahrheiten, die von bestimmten Zeiten und Orten abhängig sind«) oder auf die Pointe, die neuheidnische Perspektive gebe dem Menschen »innere Freiheit« (ebd.: 291). Dass es bei diesem Neuheidentum nicht nur wesentlich um eine antichristliche, sondern auch eine antijüdische Perspektive geht, verdeutlicht der Schlussabsatz seiner Programmschrift, in der er schlagwortartig proklamiert: »Den Gesetzen wollen wir den Glauben entgegensetzen, dem Logos den Mythos, der Schuldhaftigkeit des Geschöpfes die Unschuld des Werdens, der Erhöhung von Hörigkeit und Demut die Berechtigung des machtstrebenden Willens, der Abhängigkeit des Menschen seine Selbstständigkeit, der reinen Vernunft das Wollen, der Lebensproblematik das Leben selbst, dem Begriff das Bild, dem Exil den Ort, dem Ende der Geschichte das Verlangen nach Geschichte, der Negativität und Ablehnung den Willen, der sich selbst zu einer Weltbejahung verwandelt« (ebd.: 306).

2.5 Zwischenfazit

Immer wieder fungiert die Antike in Benoists Erzählungen und Argumentationen als ein Referenzpunkt, der allerdings kaum über oberflächliche Bezugnahmen oder allgemeine Verweise hinausgeht. Die Antike erscheint als ein Gegenentwurf, der seinen Wert nicht aus seiner Historizität, sondern als kontrafaktische Projektionsfläche für die Gegenwart gewinnt. Die von Benoist immer wieder eingeforderte geschichtliche Fundierung seiner Positionen ist seiner politischen Erzählung unterworfen, die er als Beitrag in einem »Kulturkrieg« auffasste. Dabei werden die komplexen antiken Verhältnisse vereinseitigt rezipiert und dargestellt. Es ist bezeichnend, dass kaum auf antike Quellen oder auf altertumswissenschaftliche

Forschungsliteratur eingegangen wird; stattdessen dominiert gerade über weite Teile von Benoists programmatischer Religionsschrift eine eigensinnige Bibel-Exegese, der dann ein an sich zeitlos gedachtes Heidentum gegenübergestellt wird.

3 Die Sparta-Rezeption der Identitären Bewegung

»Vor 2500 Jahren fiel König Leonidas von Sparta an der Seite seiner Männer in der geschichtsträchtigen Schlacht an den Thermopylen. Um die Spartaner und ihre Schildbrüder zu ehren, fanden sich in der vergangenen Woche 50 Aktivisten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zum ersten bundesweiten Sommerlager der Identitären Bewegung zusammen. Sie begaben sich auf die Spuren der spartanischen Agoge; jener jahrelangen Ausbildung, welche die Jungen Spartas durchlaufen mussten, um zu Männern und vollwertigen Trägern ihres Staates zu werden. Wie bei den Lakedämoniern auch, bestand diese Ausbildung auch, aber nicht nur aus sportlicher Ertüchtigung und körperlichem Wettstreit: Selbstverteidigung und Ausdauerprüfungen standen auf dem Programm. In Vorträgen und Seminaren spürten die Teilnehmer dagegen dem »Heroismus als Weg zur Transzendenz« genau so nach, wie sie sich mit den Grundlagen des modernen Medienaktivismus vertraut machten. Beschlossen wurden die langen und entbehrungsreichen Tage jeden Abend am Lagerfeuer, von wo aus alte und neue Lieder in den Nachthimmel aufstiegen.«¹³

So lautet die Beschreibung eines Videos auf der Homepage der Identitären Bewegung (IB) Deutschland. Der Text weist eine Reihe von Charakteristika auf, die für die Selbstdarstellung der IB typisch sind:

- Die pathetische Bezugnahme auf das »Jubiläum« der Schlacht bei den Thermopylen (480 v. Chr.) und auf den Mythos der harten, entbehrungsreichen spartanischen Erziehung (*agoge*);
- der pseudo-philosophische, pseudo-intellektuelle Jargon (»Heroismus als Weg zur Transzendenz«); sowie
- die behauptete Versiertheit in modernen Kommunikations- und Medienstrategien.

Das so beschriebene, auf der Videoplattform YouTube hochgeladene Video wurde bei einem 2020 in Brandenburg veranstalteten »Sommerlager« gedreht, an dem auch rechte Aktivisten aus Österreich und der Schweiz teilgenommen hatten. Unterlegt von Gitarrenmusik, zeigt das Video die ausschließlich männlichen Teilnehmer bei

13 Text: <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/spartas-mauern-sind-seine-maenner/> und Video: <https://www.youtube.com/watch?v=DIOwMsZghCs> vom 31.05.2022.

Fitnesstraining und Kampfsport unter freiem Himmel. Der einzige Kommentar zu diesen Szenen ist ein Zitat aus der *Ilias*, das am Ende des Videos vor einem im Hintergrund lodernden Lagerfeuer eingeblendet wird: »Stets der Beste zu sein und vorzustreben den anderen; und nicht der Väter Geschlecht zu beschämen«. Als Quellenangabe folgt lediglich der Name des Epos – *Ilias* – in altgriechischen Buchstaben. Es handelt sich dabei um die Abschiedsworte eines Vaters an seinen in den Krieg ziehenden Sohn, der dazu ermahnt wird, nach umfassender Vortrefflichkeit zu streben und sich auf allen denkbaren Gebieten menschlicher Betätigung mit seinen Mitmenschen zu messen (Homer: *Ilias* 6,208f.): Leben als immerwährender Konkurrenzkampf. Das Video schließt mit der Einblendung des ebenfalls schon in der Antike belegten Spruches »Spartas Mauern sind seine Männer« (vgl. Seneca: *Suasoriae* 2,5: *muri nostri arma sunt*). Er bezieht sich darauf, dass Sparta im Unterschied zu den meisten anderen antiken Stadtstaaten keine Stadtmauer besaß. Wer über die richtigen Männer verfügt, so der Tenor, der braucht keine baulichen Schutzvorrichtungen.

Die Bildsprache des Videos zeigt darüber hinaus mehr oder weniger offensichtliche Anklänge an faschistische Ikonographien: Fackeln und Feuer, Wehrsport, die Beschwörung einer männerbündnerischen Kameradschaft, ein eckiges weißes »S« (als Anfangsbuchstabe von »Sparta«), das um 45 Grad gedreht ist und dadurch wie ein halbes Hakenkreuz aussieht, sowie die Uniformierung der Campteilnehmer, die weinrote T-Shirts mit dem Logo der IB tragen. Die Rückseiten dieser T-Shirts sind mit dem bereits erwähnten Zitat aus Homers *Ilias* bedruckt. Erhältlich sind sie im vom Identitären Martin Sellner (*1989) gegründeten Webshop Phalanx Europa, dessen Name auf die antike Kampfformation der Schwerbewaffneten (*phalanx* = »Walze«) verweist, an die bereits die faschistische Milizgruppe der *falange* im vorfranzösischen Spanien angeknüpft hatte (Frank 2017). Historische Mehrfachbezüge auf eine »unverfänglichere«, teilweise popkulturell gebrochene Antike und – daneben oder vielmehr dahinter – auf rechtsextremistische, faschistische Motive aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts greifen hier ineinander.

Dass die Identitären eine »auffällige Vorliebe für historisch aufgeladene Symbole« (Weiß 2019: 11) hegen, wird also bereits in diesem kurzen Video deutlich. Doch welche Funktion erfüllen diese Symbole? Und weshalb erfreuen sich gerade Symbole und Anspielungen mit Antikebezug solcher Beliebtheit? Was verraten sie darüber, wie die IB Geschichte einsetzt, welches Geschichtsverständnis steht dahinter? Um diese Fragen zu beantworten, wird im Folgenden zunächst ein kurzer Abriss der Geschichte der IB und ihrer Einschätzung durch Forschung und Kommentator:innen vorgelegt, wobei der Schwerpunkt auf Antikebezügen in der Selbstdarstellung und der Organisationsstruktur der IB liegt (3.1). Anschließend wird das Verhältnis von Geschichte und Mythos im geschichtspolitischen Diskurs der IB speziell mit Blick auf die für ihr Selbstverständnis konstitutive Thermopylen-Schlacht erörtert (3.2).

Zuletzt werden die metapolitischen und intentionalen Geschichtsstrategien der IB noch einmal abschließend zusammengefasst (3.3).

3.1 Geschichte, Selbstdarstellung und Organisationsstruktur der IB

Die Identitäre Bewegung existiert in mehreren europäischen Ländern. Ihren Ausgangspunkt nahm sie in Frankreich, wo das Konzept der Nouvelle Droite – wie oben erörtert wurde – u. a. von Alain de Benoist bereits Ende der Sechziger Jahre entwickelt wurde (vgl. Pfahl-Traughber 1998: 129–152; Weiß 2017: 31f.; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 71–74; siehe auch 2.). Weitere wichtige Einflüsse lieferten aktivistische, neofaschistisch ausgerichtete Gruppierungen in Italien wie Mare Nostrum und Casa Pound (vgl. Wagner 2017: 204; Weiß 2017: 78–80; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 121–133; Weiß 2019: 16–18) sowie die im deutschen Rechtsextremismus geprägte Denkfigur der ›Konservativen Revolution‹. Wie bereits dargestellt, werden Letzterer eine Reihe rechter Intellektueller aus der Zeit der Weimarer Republik zugeordnet, die sich in unterschiedlichem Ausmaß als Wegbereiter, Mitläufer, Exponenten und auch Gegner des Nationalsozialismus betätigt haben, aber im Nachhinein als ›alternativer‹, vom annihilatorischen Rassismus und Antisemitismus vorgeblich nicht kontaminierte Vordenker der »neuen« Rechten umgedeutet werden (vgl. Breuer 1995; Pfahl-Traughber 1998; Weiß 2017: 39–63; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 40–65). Rechtsextremistische Bewegungen in den USA wie etwa die Alt-Right (siehe 4.) spielen dagegen als Bezugspunkte und Vorbilder der europäischen IB eine eher untergeordnete Rolle.

Moderne Aktionsformen und länderübergreifende Vernetzung bestimmten bereits die Gründungsphase der IB im Oktober 2012. Damals lud die französische *Génération identitaire*, die aus inzwischen verbotenen rechten Gruppen wie dem Bloc identitaire und Un autre jeunesse hervorgegangen war, auf YouTube ein Video hoch, das sie selbst als ›Kriegserklärung‹ (*déclaration de guerre*) betitelte (vgl. Bruns/Glösel/Strobl 2015: 36f.; Wagner 2017: 204f.; Weiß 2017: 98–106; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 74–77). Ungefähr zeitgleich startete die erste öffentlichkeitswirksame symbolische Aktion, die Besetzung einer Moscheebaustelle in der Stadt Poitiers. Im selben Monat fanden in Österreich und Deutschland ›Tanzflashmobs‹ statt, die eine Caritas-Veranstaltung in Wien beziehungsweise die Eröffnung der Interkulturellen Wochen in Frankfurt a.M. störten. Bereits im November desselben Jahres kam es in Orange zu einer europaweiten Vernetzungskonferenz, an der prominente Figuren der deutschsprachigen rechten Szene wie Götz Kubitschek und Martin Sellner teilnahmen. Im Februar 2013 versuchte die IB in Österreich, eine Kirchenbesetzung durch Flüchtlinge zu verhindern; der Titel dieser Aktion lautete ›Thermopylen Wien‹.

Von Beginn an stellten somit Antike- und vor allem Sparta-bezüge neben Verweisen auf die Verteidigung Europas gegen den Islam (wie in Poitiers, wo unter Karl Martell 732 n.Chr. die Araber besiegt wurden) ein zentrales Moment der Selbstdar-

stellung der IB dar. So bezeichnen die Sprecher:innen im *déclaration de guerre*-Video das Symbol der IB, den griechischen Buchstaben Lambda, als »le bouclier des glorieux Spartiates et notre symbole«; es besage, dass die jungen Aktivist:innen ebenso wie ihre spartanischen Vorbilder den Kampf niemals scheuten und niemals aufgeben würden. Einigen antiken Überlieferungen zufolge seien die spartanischen Schilde mit einem Lambda verziert gewesen (vgl. Eupolis, Fragment 394), dem Anfangsbuchstaben von »Lakedaimonien«, der antiken Bezeichnung für den spartanischen Stadtstaat. Allerdings hat die IB dieses Symbol nicht direkt antiken Quellen entnommen, sondern dem US-amerikanischen Film 300, der Verfilmung der gleichnamigen, 1998 erschienenen Graphic Novel von Frank Miller durch den Hollywood-regisseur Zack Snyder.

In Comic wie Film werden die Spartaner als durchgängig oberkörperfreie, muskelbepackte Krieger porträtiert, die es mehrere Tage lang schaffen, die Invasion des zahlenmäßig weit überlegenen, mit monströsen Waffen und Reittieren versehenen persischen Heeres an der Engstelle des Thermopylen-Passes aufzuhalten, bis sie durch Verrat umgangen werden, die unhaltbar gewordene Stellung dennoch nicht verlassen und im Kampf gegen die Perser fallen. Der Film erschien 2006, also schon sechs Jahre bevor die *Génération identitaire* ihre »Kriegserklärung« veröffentlichte. Dennoch erwies er sich als perfektes Referenzobjekt für die neurechte Bewegung. Erstens genoss er gerade unter den Zwanzig- bis Dreißigjährigen, der bevorzugten Zielgruppe der IB, eine anhaltend hohe Bekanntheit: 2008 war mit *Meet the Spartans* (*Meine Frau, die Spartaner und ich*) eine Persiflage auf den Film erschienen, 2014 brachte Snyder dann noch die weit weniger erfolgreiche Fortsetzung 300: *Rise of an Empire* in die Kinos. Zweitens hatte der Film – ähnlich wie zuvor auch die Graphic Novel – schon bei seiner Veröffentlichung Kontroversen darüber ausgelöst, ob seine faschistoide Ästhetik und seine den »Kampf der Kulturen« zelebrierende Handlung unkritisch-affirmativ zu verstehen seien oder ob nicht doch unterschwellig eine subtile »Meta-Kritik am Faschismus« mitschwingt (Brockschmidt 2022).

Als ambivalentes Produkt der Popkultur passt der Film perfekt in die Strategie der IB, »den *cultural war* der extremen Rechten mit Aktionen und Bildern zu unterstützen« (Weiß 2017: 11). Ihr Ziel ist die Beeinflussung und Verschiebung des öffentlichen Diskurses durch medienwirksame Aktionen und Agitation; Anspielungen, Andeutungen und Relativierungen sind dabei ein zentrales Stilmittel (vgl. Bruns/Glösel/Strobl 2015: 71–78; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 244–269). So widerspricht etwa die behauptete Abgrenzung der IB von Nationalsozialismus und Neonazismus ihrer dezidierten Anknüpfung an neurechte Inhalte und Bilder, und die deklarierte Gewaltfreiheit der IB passt schlecht zu ihrer »martialische[n] Kriegsmetaphorik« (Book 2018a: 105) und Gewaltästhetik (vgl. Winkler 2018: 73–78; Schmid/Schmidt 2019; Weiß 2019: 22–30). Volker Weiß (2019: 16) zufolge gilt daher: »Insgesamt sind die Identitären eine Auffangorganisation für extreme Rechte, die ihre Botschaft nun

in modernisierter Form unter dem Anschein von Legalität und Mäßigung verbreiten wollen.«

Aktuell ist die IB in Frankreich, Österreich und Deutschland verboten beziehungsweise wird vom Verfassungsschutz beobachtet; in Österreich darf ihr Lambda-Logo seit dem 28. Juli 2021 nicht mehr verwendet werden (vgl. Symbole-Gesetz, BGBl. I Nr. 103/2014, idF BGBl. I Nr. 162/2021). Dies bedeutet aber nicht, dass die IB nun als ›aufgelöst‹ oder ›unschädlich‹ zu gelten hätte: Führende Mitglieder sind weiterhin aktiv und länder- wie gruppenübergreifend innerhalb der neurechten Szene gut vernetzt, wie etwa ihre Verbindungen zu diversen politischen Parteien des rechten Spektrums, zu Demonstrationsbewegungen wie PEGIDA oder zu den Protesten gegen die Anti-Coronamaßnahmen und -Impfungen sowie jüngst gegen die Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg zeigen. Hohe Fluktuation der einzelnen Gruppierungen bei relativ stabiler ideologischer Ausrichtung ist generell ein Merkmal der »neuen« Rechten und resultiert einerseits aus dem Bestreben, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aufzunehmen und für das eigene politische Programm zu ›kapern‹, andererseits aus der Notwendigkeit, Verbotsverfahren zu umgehen und Ermittlungen zu behindern.

Trotz dieser Bemühungen der IB haben eine Reihe von Hausdurchsuchungen bei führenden Mitgliedern gezeigt, dass es sich bei der »vermeintlich spontane[n] Jugendorganisation« (Majic 2019) um eine straff organisierte, durchhierarchisierte »Kaderorganisation« (Weiß 2019: 12) handelt. Hohe Spendensummen erlaubten es der IB, sich nach Art einer professionellen Nichtregierungsorganisation (NGO) zu organisieren und dem Führungspersonal ein Gehalt auszuzahlen (vgl. Schmid/Schmidt 2019; Weiß 2019: 12). Zudem fanden sich in der internen Organisation der ›Bewegung‹ weitere Antikebezüge: In einem der Gründungsdokumente der Wiener IB-Gruppe, die 2018 bei Patrick Lenart, dem damaligen Co-Chef der österreichischen IB, sichergestellt wurden, werden die Mitglieder in ›Hopliten‹ (in der Phalanx kämpfende Schwerbewaffnete), ›Spartiaten‹ (spartanische Vollbürger) und ›Sympathisanten‹ unterteilt. Während Letztere als bloße »Mitglieder im Förderverein« weder »Rechte noch Pflichten« haben sollen, werden die ›Spartiaten‹ als »die Fäuste der IB« bezeichnet; vom kooptativ bestellten Führungskader der ›Hopliten‹ wiederum wird verlangt, dass diese »bis zum Tod« ihr »gesamtes Leben nach der IB ausrichten« und »kein bürgerliches Leben anstreben« dürften (Schmid/Schmidt 2019). Diese hierarchische Grundstruktur wurde umgesetzt; es ist allerdings unklar, ob die genannten antiken Begriffe dabei Verwendung fanden. In jedem Fall macht das Dokument erneut deutlich, dass die IB in ihrer Gründungsphase auf die Antike und im Besonderen auf Sparta zurückgriff, um ihr elitäres, männerbündisches, militaristisches und hierarchiefixiertes Selbstverständnis zu formulieren und historisierend zu unterfüttern.

3.2 Geschichte, Politik, Mythos: Die IB und die Thermopylenschlacht

Historische Bezüge haben in der Innen- wie Außendarstellung der IB von Beginn an eine zentrale Rolle gespielt. Dabei handelt es sich jedoch immer um einen sehr selektiven Rückgriff auf Geschichte. Mit Blick auf die Antike ist eine Konzentration auf Sparta, die Perserkriegszeit und – weit weniger prominent – auf die »klassische Kultur« der athenischen Demokratie zu konstatieren. Epochen wie die spätantike Völkerwanderungszeit werden dagegen aus leicht nachvollziehbaren Gründen ausgeklammert, müssten doch sonst möglicherweise die Germanen als »kulturzerstörende Invasoren« angesehen werden. Aber auch die bevorzugten antiken Referenzobjekte der IB, allen voran das Sparta der Perserkriegszeit, werden nur unter bestimmten Gesichtspunkten rezipiert. Daran ist erst einmal nichts Überraschendes: Jede Rezeption historischer Ereignisse und Gegebenheiten muss notwendig selektiv verfahren, weil sowohl die Geschehnisse selbst als auch deren Wahrnehmung, Deutung und Instrumentalisierung durch Zeitgenoss:innen und Nachwelt immer eine unüberblickbare, inkohärente Vielfalt an Anknüpfungspunkten bieten. Interessant ist daher weniger die Selektivität an sich, sondern vielmehr, welche Aspekte aus der historischen Überlieferung herausgegriffen und wie diese dargestellt werden.

Wie bereits erwähnt, stützt sich die Spartarezeption der IB maßgeblich auf den Film 300, der wiederum auf dem gleichnamigen Comic basiert. Dieses stark überzeichnete Comicfilm-Sparta ist im popkulturellen Gedächtnis bereits fest verankert und erleichtert es, bestimmte Widersprüche und Nuancen der historischen Überlieferung auszublenden, die auch der Selbststilisierung der IB abträglich wären. Dazu gehören etwa die Frage nach der politischen, gesellschaftlichen und sexuellen Ordnung Spartas sowie seine weitere außen- und innenpolitische Entwicklung nach der Epoche der Perserkriege:

- Das antike Sparta war keine Demokratie. Die Konzentration der Spartaner auf ihre militärische Ausbildung wurde ermöglicht, aber auch erzwungen durch die Existenz einer zahlenmäßig weit überlegenen Schicht unterdrückter Unfreier (Heloten), die das Land bestellten und deren Aufstände immer wieder niedergeschlagen werden mussten. Im Comic wie im Film 300 werden antike Erzählungen über die spartanische Erziehung mit ihrer Kasernierung bereits der Kinder und dem harten »Überlebenstraining« in der Wildnis zwar bildgewaltig aufgegriffen, aber auch auf bezeichnende Weise substituiert und dadurch abgeschwächt: Anstatt wehrlose Heloten heimlich niederzumetzeln, kämpft der junge Leonidas heldenhaft gegen einen riesigen Wolf. Generell kommen Helot:innen in 300 überhaupt nicht vor. Diese Ausblendung dürfte im Sinne der IB sein, geht es ihr doch weder um die Problematisierung von Spartas politischer Ordnung, noch um die Anprangerung von Unterdrückung und Ungleichheit im Film – oder in der eigenen Gegenwart.

- Die Spartaner waren nicht ›heterosexuell‹. Im Comic und im Film strotzt ihre Darstellung zwar nur so vor Homoerotik, doch sie unterhalten Liebes- und sexuelle Beziehungen ausschließlich zu (spartanischen!) Frauen, während sie ihre griechischen Mitstreiter abwertend als ›boy-lovers‹ bezeichnen. Tatsächlich wurden jedoch päderastische Liebesbeziehungen zwischen erwachsenen Männern und heranwachsenden männlichen Jugendlichen auch in Sparta gepflegt, wie antike Quellen zweifelsfrei belegen. Dies würde allerdings nicht allzu gut ins Narrativ der IB passen, die in der Kampfkonstellation von 300 die »holzschnittartige Gegenüberstellung übermenschlicher spartanischer Muskelpakete und tuntig-dekadenter Per(ver)ser« (Müller 2017: 328) erkennt.
- Sparta und das Perserreich waren nicht immer erbitterte Feinde. Schon rund siebzig Jahre nach der Schlacht an den Thermopylen konnten die Spartaner das demokratische Athen nur dadurch besiegen, dass sie mit persischer Finanzhilfe eine Flotte aufbauten und im Gegenzug den Anspruch der Perser auf die griechischen Siedlungen an der kleinasiatischen Westküste als Teil ihres Herrschaftsbereichs akzeptierten. Wenn es den eigenen Machtinteressen diente, verbündeten sich die Spartaner also bereitwillig mit den ›Feinden des Abendlandes‹ gegen ihre Mitgriechen – eine Wendung, die nicht zum IB-Narrativ eines ›immerwährenden‹, zeitgenössisch im Antagonismus von Islam und Europa aktualisierten Kulturkampfes zwischen Ost und West passen würde.
- Das spartanische Gesellschaftsmodell scheiterte auf ganzer Linie. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Spartas unaufhaltsamer Niedergang nach dem fünften Jahrhundert v. Chr. nicht zuletzt auch mit seiner rigorosen Abschottung nach Außen und seiner restriktiven Bürgerrechtspolitik zusammenhing, die zu einem gravierenden Rückgang der Bevölkerungszahl führten. In der Antike wurde dafür der Begriff des ›Menschenmangels‹ (*oliganthropia*; vgl. Aristoteles: *Politik* 2,9, 1270a33f.) geprägt. Mit ihrer Polemik gegen Migration, Weltoffenheit und Multikulturalismus knüpft die IB also an genau jene politische Haltung an, die den Untergang des von ihr verehrten antiken Spartas besiegelte – ohne dies jedoch zu thematisieren.

Unabhängig davon, mit welchen Absichten Frank Miller und Zack Snyder ihre Version des Sparta-Mythos erzählt haben, liefern ihre Schwerpunktsetzungen ebenso wie ihre Auslassungen somit geeignete Anknüpfungspunkte für die rechte Auslegung dieses Mythos durch die IB. Das gilt nicht nur insgesamt für deren Spartabild, sondern insbesondere auch für deren Bild der Thermopylenschlacht, das im Folgenden als Beispiel für den Umgang der Identitären mit Geschichte und geschichtlicher Überlieferung näher analysiert werden soll.

Die Darstellung im Comic 300 und im gleichnamigen Film ist Teil der vielschichtigen und umfangreichen Rezeptionsgeschichte der Thermopylenschlacht. Schon in der Antike wurde am mutmaßlichen Ort der Schlacht ein Denkmal mit einem Epi-

gramm errichtet (vgl. Herodot 7,228), das in Friedrich Schillers berühmter Übersetzung »Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest/Uns hier liegen gesehn, wie das Gesetz es befahl« (*Der Spaziergang* 97f.) lautet. Durch ihren Gesetzesgehorsam bis in den Tod, so die erste grundlegende Rezeptionsschiene der Thermopylenschlacht, verkörperten die Spartaner soldatische Tugenden wie Disziplin, Tapferkeit und Kameradschaft in idealer, vorbildhafter Weise. »Der Mythos um die Schlacht der Thermopylen, der heroische Kampf auf verlorenem Posten und der Opfertod« waren daher »immer wieder Bezugspunkt faschistischer Ideologie« (Book 2018a: 94). Ein ebenso bekanntes wie perfides Beispiel stellt Hermann Görings »Thermopylenrede« von 1943 dar, in der die im Kessel von Stalingrad eingeschlossenen Soldaten mit den dreihundert Spartanern gleichgesetzt und somit militärisch aufgegeben wurden (vgl. De Libero 2019: 27–38).

Die Heroisierung militärischer Tugenden und der Bereitschaft, das eigene Leben für eine »höhere Sache« zu opfern, ist allerdings nicht auf rechte Ideologien beschränkt, sondern beispielsweise auch konstitutiver Bestandteil der US-amerikanischen Zivilreligion. So bezog sich Bill Clinton in seiner 2011 gehaltenen Gedenkrede auf die Passagier:innen des United Airlines Flugs 93, die am 11. September 2001 mutmaßlich verhindert hatten, dass das von Al-Qaida-Terroristen entführte Flugzeug nach Washington gelenkt wurde, in affirmativer Form auf die Thermopylen. Ebenso wie die Spartaner, so Clinton, hätten auch die Flugzeugpassagier:innen als gute Bürger:innen gehandelt, indem sie das Flugzeug vor seinem Ziel zum Absturz brachten und so ihre Hauptstadt und das Leben zahlloser Menschen retteten (vgl. Langerwerf 2016). Die Thermopylenschlacht fungiert in Clintons Rede als Beispiel für ein heroisches Selbstopfer zum Wohl der Gemeinschaft. Die Unterschiede zwischen beiden Bezugnahmen auf die Thermopylen-Schlacht sind jedoch frappant: Göring auferlegte den anderen die Pflicht, ein Opfer zu erbringen, der sie sich nicht entziehen konnten; Clinton hingegen ehrte rückblickend eine Entscheidung, die von den Akteur:innen selbst getroffen wurde.

Die zweite Rezeptionsschiene konkretisiert das »Wohl der Gemeinschaft«, indem sie die Thermopylen-Schlacht als Verteidigung des guten »Eigenen« gegen das böse »Fremde« deutet. Die Thermopylen stehen in dieser Interpretation für einen weltgeschichtlich bedeutsamen Schicksalskampf zwischen zwei entgegengesetzten Mächten oder Prinzipien: Gut gegen Böse, West gegen Ost, Okzident gegen Orient, Europa gegen Asien, Freiheit gegen Sklaverei, Demokratie gegen Despotie, offene gegen geschlossene Gesellschaft. Diese Rezeptionsschiene steht nicht notwendig im Widerspruch zur ersten, sondern kann sie ergänzen und verstärken, denn nun kämpfen die tapferen, pflichtbewussten, zum Selbstopfer bereiten Soldaten nicht für irgendeine, sondern für die ultimativ gute Sache. Ihr Kampf ist dadurch nicht nur als Verteidigungskrieg gerechtfertigt, sondern auch auf einer übergeordneten, überzeitlichen, weltgeschichtlichen Ebene gerecht und sinnhaft.

Die Identifikation der jeweiligen Antagonisten beziehungsweise antagonistischen Konzepte ist dabei vom Zeitkontext abhängig. So hat Frank Miller den Comic 300 drei Jahre vor den Attentaten des 11. September veröffentlicht; seiner eigenen Aussage nach wurde er dabei unter anderem von dem Sandalenfilm *The 300 Spartans* von Rudolph Maté aus dem Jahr 1962 inspiriert (vgl. Ito 2006). Dieser Film, entstanden in der ›heißesten‹ Phase des Kalten Krieges, war noch vom ideologisch überformten Systemgegensatz zwischen demokratischer Freiheit (Griechen/USA) und tyrannischer Despotie (Perser/UdSSR) geprägt (vgl. Larsen 2016). Auch dabei konnte allerdings an längst etablierte Vorläufer angeknüpft werden, denn die Perserkriege wurden bereits in der Antike als Auseinandersetzung zwischen den für Freiheit und politische Selbstbestimmung kämpfenden Griechen und den als unfrei und despotisch charakterisierten Persern betrachtet (vgl. Aischylos: *Die Perser* 241–244; Herodot 7,101; 139).

In Millers Comic und dessen Verfilmung sind diese Gegensätze eingeflossen und teils drastisch verschärft sowie um typische Orientalismusklišchees erweitert worden. Das Ergebnis ist die überzeichnete Darstellung der Perser als dekadente, degenerierte, multikulturelle und missgestaltete Perverse. Damit fügen sie sich hervorragend in die auch von der IB vertretene antisemitische Verschwörungstheorie eines von ›globalistischen‹ Eliten gesteuerten ›Großen (Bevölkerungs-)Austauschs‹ (*Great Reset*) der europäischen Kultur und Bevölkerung durch die Auflösung ›abendländischer‹ Werte und Lebensformen und die forcierte Zuwanderung ›kulturfremder‹, vor allem muslimischer Migrant:innen. Die Perser aus 300 verkörpern perfekt die Feindbilder der IB, stehen sie doch einerseits für verweichlichte Dekadenz, Multikulturalismus und sexuelle Diversität und andererseits für Aggressivität, Brutalität und Barbarei. Die gegen diese Bedrohungen heldenhaft und unbeirrbar kämpfenden Spartaner:innen werden dagegen als ausschließlich positive Identifikationsfiguren betrachtet.

Zack Snyders Comicverfilmung erweist sich somit als idealer Anknüpfungspunkt für die Selbstdarstellung der Identitären. In ihrer Interpretation ist kein Raum für Zweifel oder Mehrdeutigkeiten; die Botschaft, die sie dem Film unterstellen, entspricht ihrer eigenen Geschichtsdeutung. Der Identitäre Mario Alexander Müller bezeichnet 300 in seinem ›IB-Lexikon‹ *Kontrakultur* denn auch als »bekannte Comicverfilmung [...], die nahezu jeder Europäer kennt und daher sofort versteht, worum es geht: das Eigene zu verteidigen. Ganz egal, ob wir auch wenige sein mögen!« (Müller 2017: 9). Müller unterstellt also, dass einerseits alle Europäer:innen den vorgeblichen Sinn des Films ›sofort‹ verstehen würden, dass aber andererseits nur ein kleiner Teil von ihnen – nämlich jenes ›Wir‹, d.h. die Identitären – bereit sei, die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen und tatsächlich ›das Eigene zu verteidigen‹. Die Identitären werden so, ebenso wie die dreihundert Comicfilm-Spartaner, zu Vorkämpfer:innen im Namen und im Interesse einer ›schweigenden

Mehrheit« stilisiert, die offenbar nicht willens oder nicht in der Lage ist, selbst für ihr »Eigenes« einzustehen.

Paradoxerweise beziehen sich die Identitären in ihrer Selbstdarstellung als elitäre Avantgarde auf einen massenkompatiblen Hollywoodblockbuster, also auf »ein Produkt der von ihnen verhassten amerikanischen Kulturindustrie« (Winkler 2018: 47; siehe auch Weiß 2017: 108). Comic wie Film sind zudem als Werke der Popkultur von einer, wie Bodo Mrotzek detailliert herausgearbeitet hat, »beständigen Verflechtung und Durchdringung unterschiedlichster Einflüsse« geprägt, zu denen auch »homosexuelle, transkulturelle, antifaschistische und migrantische« Elemente gehören (Mrotzek 2017). So war der Regisseur des Films *The 300 Spartans*, den Frank Miller als zentrale Inspirationsquelle für seinen Comic bezeichnet hat, ein polnischer Jude, der vor der nationalsozialistischen Herrschaft in die USA geflohen war, und der griechische Buchstabe Lambda, das ursprüngliche Erkennungszeichen der IB, fungiert seit den Sechziger Jahren als Symbol verschiedener Organisationen und Verbände, die sich für die Menschenrechte von Homo- und Transsexuellen einsetzen. Die Vielschichtigkeit und die Ambivalenz kultureller Werke und Symbole stellen jedoch für die Selbstdarstellung der IB ebenso wenig ein Problem dar wie die oben aufgelisteten widersprüchlichen Aspekte des historischen Spartabildes.

Die Identitären streben nicht danach, die vielfältigen, potentiell konfligenten Facetten des popkulturellen Phänomens 300 anzuerkennen und in ihrer Gänze zu erfassen. Wie der bereits erwähnte Identitäre Mario Müller ausgeführt hat, zielt ihr Umgang mit historischen Überlieferungen vielmehr darauf ab, »[i]n den Trümmern der Moderne Bausteine zu finden, mit denen wir an unseren jahrtausendealten Traditionen weiterbauen können. Es liegt an uns, mit dem längsten Gedächtnis den Blick in die Zukunft zu werfen!« (Müller 2017: 9). Diesem Zitat zufolge vermag die fragmentierte, in sich widersprüchliche (post-)moderne Gegenwart aus sich selbst heraus keinen Sinn zu stiften. Sie kann allenfalls als Steinbruch dienen, aus dem sich beliebige Versatzstücke herausbrechen und in die eigenen Erzählungen einfügen lassen. Erst dadurch kann ein ordnungs- und sinnstiftender Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft konstruiert werden. Dieser Konstruktionscharakter ihres Geschichtsbildes wird von der IB jedoch ebenso ignoriert wie die Beliebigkeit, mit der sie einzelne »Trümmer der Moderne« aus dem Schutthaufen der Geschichte auswählt und andere ignoriert. Stattdessen wird das eigene Narrativ verabsolutiert und als Ausdruck einer »höheren« Wahrheit dargestellt, die auf »jahrtausendealte Traditionen« zurückblicken könne.

Besonders deutlich lassen sich diese geschichtspolitischen Strategien in einem Artikel beobachten, den der Historiker und ehemalige CDU-Politiker Sebastian Pella 2013 in der rechtskatholischen Zeitschrift *Neue Ordnung* veröffentlicht hat. Pella, der zwei Jahre zuvor aus der CDU ausgetreten war, nachdem seine Publikationstätigkeit für rechte Medien bekanntgeworden war (vgl. Maegerle 2013), lobt 300 in dem Artikel recht schwülstig als »verdienstvolle[n] Film Millers [sic!]«, der bei den Zuschauer:in-

nen »ein Gefühl der Notwendigkeit nach Rückbesinnung auf heroische Werte sowie nach dem Willen zur Tat in Zeiten äußerster Bedrängnis« zu erwecken vermöge (Pella 2013). Zwar sei das vorherrschende, auch in 300 gezeichnete Spartabild »[a]us geschichtswissenschaftlicher Perspektive« von Mythen und »nicht generalisierbare[n] Legenden« bestimmt, doch zugleich zeige der Film auch, dass solche Mythen als Handlungsmotivatoren und Wertegrundlage für den ›Willen zur Tat‹ »und die Bereitschaft zum Handeln in Zeiten der Not« notwendig seien (vgl. Pella 2013). 300 komme daher das Verdienst zu, die angeblich früher geltenden heroischen Werte des Abendlandes in die Erinnerung seines europäischen Publikums zurückgerufen zu haben.

Was Pella hier beschreibt und emphatisch begrüßt, ist die bewusste Konstruktion von Mythen und Traditionen als ›intentionale Geschichte‹ (Gehrke 2014: 4–6). Historische Wahrheit ist dabei kein entscheidendes Kriterium; ausschlaggebend ist vielmehr, ob die Mythen und die von ihnen vermittelten Werte den rechten ›Willen zur Tat‹ zu erwecken vermögen. Ist dies der Fall, kommt ihnen eine identitätsstiftende ›höhere‹ Wahrheit zu: Erneut rechtfertigt der Anspruch, im Namen einer selbstdefinierten historischen Notwendigkeit zu handeln, den willkürlichen Umgang mit der historischen Überlieferung.

3.3 Zwischenfazit: Metapolitik und intentionales Geschichtsbild der IB

Die kommunikative Strategie der IB kann zusammenfassend als »Vorgang eines diskursiven Recyclens« (Hentges/Kökgiran/Nottbohm 2014: 12), als Kaperung und Umdeutung von Begriffen und politischen Strategien vor allem, aber nicht nur aus dem nicht-rechten politischen Spektrum beschrieben werden (vgl. Bruns/Glösel/Strobl 2015: 71–73; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 246–254). Dasselbe Vorgehen zeigt sich auch in ihrem Umgang mit der Antike, die im identitären Diskurs in mehrfacher Brechung erscheint: vermittelt durch Bilder und Werke der Popkultur, durch faschistische Bezugnahmen und durch bildungsbürgerliche Wissensgehalte. Alle drei Vermittlungsebenen beeinflussen einander und ergeben so ein unentwirrbares, auf den ersten Blick wenig kohärentes Gemisch aus popkulturellen Anspielungen, verbrämten Verweisen auf klassisch ›rechte‹ Symbole und Denkfiguren mit bildungsbürgerlichen Anleihen. Dies erleichtert es den Identitären, die zahlreichen und für ihr Denken zentralen NS-Bezüge zu verschleiern; sie schwingen stets im Hintergrund mit, ohne direkt angesprochen werden zu müssen, sind aber für alle klar erkennbar, die sie erkennen wollen.

Im identitären Blick auf die Antike fällt die ebenso exzessive wie selektive Bezugnahme auf heroisierungsfähige Stoffe und Konstellationen auf. Die Antike wird dabei als Quelle abendländischer Gründungsmythen idealisiert und mit dem ständigen Überlebenskampf des ›wahren‹ Europa gegen innere wie äußere Feinde in Verbindung gebracht. An kritischer, vielleicht sogar wissenschaftlicher

Hinterfragung und Quellenkritik haben sie daher kein Interesse. Dass ihre Mythologisierungen den Erkenntnissen der geschichtswissenschaftlichen Forschung widersprechen, können die Identitären problemlos einräumen, da es ihnen nicht um historische Wahrheiten, sondern um die politische Instrumentalisierung antiker oder auch antikisierender Mythen geht. Speziell die Thermopylenschlacht wird so in der Interpretation der IB zum Paradigma für »abendländischen« Heldenmut im immerwährenden Abwehrkampf gegen »kulturfremde« Invasoren und deren Unterstützer inmitten der eigenen Gemeinschaft und Gegenwart.

4 Die Antikerezeption der Alt-Right

Die verschiedenen Gruppen und Individuen, die sich in den USA der extremen Rechte zurechnen, nehmen ebenfalls regelmäßig Bezug auf die Antike. Die wohl wirkmächtigste Strömung der letzten Dekade aus diesem politischen Spektrum, die sogenannte *Alternative Right* oder auch *Alt-Right*, zeichnet sich dabei durch ihre sehr lose Verbindung, einen kaum vorhandenen Grad der Organisation sowie ihre Radikalität aus (vgl. Hawley 2018: 11–49; Fielitz/Ahmed 2021; May/Feldman 2018: 28; Kyler/Charron-Chénier 2022: 3). Verschiedene rechte Gruppierungen und Milieus rechnen oder rechneten sich zumindest zeitweilig zur *Alt-Right*, unter deren Label sich verschiedene rassistische, misogyne, homophobe, antisemitische und islamophobe Strömungen versammeln (vgl. May/Feldman 2018: 34f.; Woods/Hahner 2019: 130; Dixit 2022: 161; Kyler/Charron-Chénier 2022: 2f.). Der ideologische Kern der *Alt-Right*-Bewegung ist ein rassistischer:¹⁴ sie imaginiert eine internationale »Weiße Zivilisation« (vgl. Hawley 2018: 18; Kyler/Charron-Chénier 2022: 2), in der sich die vorgestellte Superiorität der weißen Hautfarbe gegenüber allen anderen offenbare. Dabei versucht die *Alt-Right*, im Sinne der Metapolitik französischer Prägung, die Hegemonie im rechten Diskurs gegenüber dem amerikanischen Konservativismus zu erringen oder diesen zumindest weit in ihre Richtung zu verschieben (vgl. Hawley 2018: 82; Kyler/Charron-Chénier 2022: 2).

Der Ursprung der Bewegung liegt in der Website *AlternativeRight.com*, deren Ziel es war, mit identitätspolitischen Inhalten rassistische Ideen im rechten Mainstream zu verankern. Nachdem das Projekt 2013 eingestellt wurde, wurde die inzwischen etablierte Bezeichnung *Alt-Right* von verschiedenen rechtsextremen Internet-Communities übernommen.¹⁵ Mit Hilfe von Memes, also kreativen, spie-

14 So konstatiert Hawley 2018: 12: »[E]ven the mildest elements of the Alt-Right are far to the right of mainstream conservatives, and all agree that race is the movement's single most important issue.«

15 Pointiert zur ursprünglichen Absicht hinter der Etablierung des Begriffs Neiwert 2017: 244: »The name »alt-right« was developed with public relations in mind: it permitted the white

lerischen und humoristischen Inhalten, die sich leicht verbreiten lassen, gelang es ihnen, radikale Inhalte einem breiteren rechten Publikum zugänglich zu machen.¹⁶ Die Alt-Right gelangte schließlich mit dem Präsidentschaftswahlkampf 2016 ins öffentliche Bewusstsein, als Donald Trump (*1946) mehrere ihrer Memes¹⁷ und insbesondere Inhalte aus dem Twitter-Beitrag »#WhiteGenocide« teilte (vgl. Neiwert 2017: 279f.). Ihr großer Zulauf nach dem Sieg Trumps und die veränderte politische Landschaft in den USA ließen einige Vertreter:innen der Alt-Right versuchen, die neue Ausgangslage zu nutzen. Die »Unite the Right«-Rallies in den Jahren 2017 und 2018 in Charlottesville sollten die Bewegung festigen und die verschiedenen Strömungen vereinen, mit dem Ziel, die Alt-Right von einer vornehmlich im Internet aktiven dezentralen Community zu einer organisierten Straßenbewegung zu transformieren. Diese Versuche gelten weithin als gescheitert, denn mit den gewalttätigen Ausschreitungen auf den Kundgebungen mit Verletzten und einem Todesfall distanzierten sich die weniger rassistischen und radikalen Teile der extremen Rechten von der Alt-Right und ihrer dezidiert rassistischen Ideologie.¹⁸ Obwohl in der Folge auch die Aktivitäten einzelner bekannterer Vertreter:innen der Alt-Right von den jeweiligen Internetprovidern eingeschränkt wurden (vgl. Donovan et al. 2018: 49f.), kann von einem vollständigen Rückgang der Online-Aktivitäten der amerikanischen »neuen« Rechten keine Rede sein (vgl. May/Feldman 2018: 34f; Tuters 2018: 39), weshalb ihre Inhalte, auch jene mit antiken Sujet, weiterhin Verbreitung finden. Nachfolgend werden zunächst einige Merkmale des Alt-Right-Diskurses rekonstruiert (4.1); es folgt die Vorstellung einiger Beispiele der Antikerezeption der Alt-Right (4.2).

nationalists who coined the term to soften their image while drawing in recruits from mainstream conservatism.« Zur Transformation des Begriffs vgl. Hawley 2018: 67–70.

- 16 Zum Einsatz von Memes durch die extreme Rechte, um ihre Inhalte dem rechten Mainstream zugänglicher zu machen vgl. u.a. ebd.: 81–85; Woods/Hahner 2019: 103–131; Bogerts/Fielitz 2020; McSwiney et al. 2021; Fielitz/Ahmed 2021. Generell zu Memes und ihrer Funktionsweise vgl. Dirk von Gehlen 2020 (bes. 49–59), der ebd.: 48 betont, dass »Internet-Meme[s] zu einem äußerst populären Treiber für Propaganda, Abgrenzung und Rassismus« geworden sind.
- 17 Die prominentesten von Trump geteilten Memes waren der von der Alt-Right instrumentalisierte Comic-Charakter »Pepe the frog« und eine Foto-Montage des Hollywood-Films *The Expendables*. In beiden Fällen nahmen Vertreter:innen der Alt-Right mit den Bildern auf »humoristische« Weise Bezug auf Trump. Vgl. Dixit 2022: 152f.
- 18 Bereits vor den Kundgebungen von Charlottesville und ihren negativen Effekten für die Alt-Right-Bewegung ließen sich Differenzen zwischen dem harten rassistischen Kern der Alt-Right und »gemäßigeren« Vertreter:innen der Neuen Rechten, die immer noch rechts des amerikanischen Konservatismus stehen, feststellen. Diese weniger extremen Teile der Bewegung, die sich zwar beispielsweise von offen antisemitischen oder rassistischen State-ments distanzieren, aber gleichzeitig eine radikale Einwanderungs- und Abschiebepolitik befürworten, werden von Aktivist:innen der Alt-Right regelmäßig als »Alt-Lite« abgewertet. Vgl. zur Alt-Lite u.a. Hawley 2018: 139–157; May/Feldman 2018: 33f.

4.3 Die Merkmale des Alt-Right-Diskurses

Da die Alt-Right lediglich einen losen Zusammenschluss verschiedener im Internet aktiver rechter Communities ohne eine klare Organisationsform darstellt, lässt sich der personelle Umfang der Alt-Right nicht bestimmen und ihr tatsächlicher Einfluss auf den rechten Diskurs nur vermuten. Dennoch können verschiedene Charakteristika ihrer Methode und ihres Selbstverständnisses anhand der Auswertung des online zugänglichen Materials vorgenommen werden, wie bereits in mehreren jüngeren Publikationen herausgearbeitet wurde. Zu diesen diskursiven Merkmalen zählen:

- a) *Ironische Distanzierung*: Die Alt-Right setzt auf den strategischen Einsatz von Ironie und ›Humor‹, der einen spielerischen Umgang mit zum Teil sehr radikalen Themen ermöglicht. Die ironische Distanzierung von den eigenen Inhalten, insbesondere über Memes, soll dabei gerade potenziellen Sympathisant:innen den Einstieg in das radikale Denken erleichtern (vgl. u.a. Woods/Hahner 2019: 122f.; Fielitz/Ahmed 2021). Hinzu kommt, dass sich die Vertreter:innen der Alt-Right mit Hilfe dieser Methode in der Regel von dem Verdacht freisprechen können, offen rassistisch zu sein, weil sie sich darauf berufen könnten, sie machten ja nur Scherze.¹⁹ Darüberhinaus hat eine auf ›Humor‹ basierende Kommunikationsform, wie sie in zahlreichen Internetcommunities – bei weitem nicht nur in jenen der extremen Rechten – gepflegt wird, den Effekt, dass die Gruppenkohäsion steigt, da die Partizipation an solchen Diskursen nur dann möglich ist, wenn die intendierten Anspielungen von den Rezipient:innen auch verstanden werden. Die ›Pointen‹ der geteilten Inhalte sind nur für ›Eingeweihte‹ verständlich, womit sich die *communities* nach Außen hin abgrenzen können.²⁰
- b) *Demonstrativer Intellektualismus*: Die ironische Distanzierung der Alt-Right geht Hand in Hand mit einem demonstrativen Intellektualismus, den viele ihrer bekannteren Persönlichkeiten kultivieren. So charakterisierte die rechts-konservative Website *Breitbart.com*, die sich zumindest zeitweilig gegenüber der Alt-

19 Ein bekanntes Beispiel für den Einsatz ironisch-distanzierter Inhalte durch Rechtsextremist:innen ist das von der Alt-Right häufig verwendete ›Pepe the frog‹-Meme. Vgl. Dixit 2022: 164.

20 So beschreibt Ebner 2019: 175 die Kommunikation der extremen Rechte in verschiedenen Internetsubkulturen wie folgt: »In their positioning against the political establishment and in satirical fashion their messaging has resonated well with a range of sub-cultures such as online gamers, anti-feminists and conspiracy theorists who now coalesce around common themes, grievances and online meeting points. The development of a shared set of insider jokes, references and even a common playbook for online campaigns has created a strong sense of in- and outgroup thinking.«

Right offen zeigte, bevor sie sich nach den Vorfällen in Charlottesville davon distanzierte, die Bewegung wie folgt:

»There are many things that separate the alternative right from old-school racist skinheads (to whom they are often idiotically compared), but one thing stands out above all else: intelligence. Skinheads, by and large, are low-information, low-IQ thugs driven by the thrill of violence and tribal hatred. The alternative right are a much smarter group of people – which perhaps suggests why the Left hates them so much. They're dangerously bright« (Bokhari/Yiannopoulos 2016).

Die Alt-Right versucht, sich vor allem als junge, internetaffine, gebildete und ironisch distanzierte Bewegung darzustellen und ihre Zielgruppe sind vor allem junge weiße Männer mit Collegeabschluss, wie eine jüngst publizierte soziologische Studie nahelegt, die einen erhöhten Zugriff auf Alt-Right-Inhalte gerade in solchen Gebieten feststellt, in denen es einen hohen Prozentsatz an College-Absolvent:innen gibt (vgl. Kyler/Charron-Chénier 2022: 1–16).

- c) *Organisation der Bewegung und breite mediale Streuung der Inhalte:* Diese Gruppe kann die Inhalte der Alt-Right auf verschiedensten Plattformen rezipieren. Von dezidiert rechtsradikalen Websites wie *The Daily Stormer*, *The Right Stuff*, *Counter-Currents*, *American Renaissance* oder *The Occidental Observer* über diverse mehr oder weniger geschlossene Internetforen bis hin zu Mainstream-Medien wie Twitter, Reddit und YouTube werden die Botschaften auf sehr unterschiedlichen Kanälen transportiert.²¹ Seltener, aber dennoch flankierend vorhanden, sind pseudowissenschaftliche Tagungen, die beispielsweise von einem extrem rechten Think Tank wie dem National Policy Institute veranstaltet werden (vgl. Hawley 2018: 20). Der intellektuelle Kern der Bewegung besteht in einer Gruppe sehr engagierter Aktivist:innen mit einem in der Regel höherem Bildungsgrad, die belesen ist und auch die Ideen der französischen »neuen« Rechte rezipiert. Dies sind in der Regel die Betreiber der verschiedenen Websites der Alt-Right. Sie legen in gewisser Weise die ideologischen Grundlagen: »Alt-Right ideologues [...] frame, justify and often direct the growing online army of so called ›shitposters‹. The ideologues are the self-appointed ringmasters of this racist circus, even if they often disagree and sometimes directly clash with one another« (May/Feldman 2018: 28). Eine breite, dezentral operierende Gruppe zum Teil anonymer, sehr internetaffiner *content* Vermittler, trägt die Kernideen in die verschiedensten Medien hinein und zieht somit die Aufmerksamkeit der Gruppe der potenziellen Rezipient:in-

21 Vgl. zu den verschiedenen Plattformen der Alt-Right u.a. Hawley 2018: 18–21 sowie 25–29 zu ihren bekanntesten Vertreter:innen.

nen auf sich, die sich gegebenenfalls intensiver mit dem ›Angebot‹ der Alt-Right auseinandersetzen und identifizieren.²²

- d) *Verschwörungsmythos*:²³ Die Alt-Right begründet ihre Agitationen im Wesentlichen mit zwei Kernkonzepten. Zum einen geht sie von der Vorstellung aus, die ›Western Civilization‹ sei das Opfer einer großen linken Verschwörung, die sich primär gegen den ›weißen Mann‹ richte. Damit sei zum anderen der Kampf derjenigen gerechtfertigt, die diese Verschwörung durchschaut hätten, um die bedrohte ›Western Civilization‹ zu retten. Innerhalb der Alt-Right ist dabei häufig von sogenannten *red pill*-Momenten die Rede, womit auf den Film *Matrix* Bezug genommen wird. In ihm wird der Protagonist Neo vor die Wahl gestellt, eine blaue Pille zu nehmen und ein Leben in beruhigender Unwissenheit zu verbringen oder aber eine rote Pille zu schlucken und hinter die Fassade einer künstlich erzeugten Welt zu schauen, die von außen kontrolliert wird. In der rechten Szene wird dieser zentrale Filmmoment zum Erweckungserlebnis stilisiert. Die Mitglieder der Alt-Right hätten hinter die Fassade einer von *Political Correctness* und vom Feminismus kontrollierten Welt²⁴ geschaut, die gegen den weißen Mann gerichtet sei. Und in dieser feindlichen Welt ist die ›Western Civilization‹, die üblicherweise als europäisch-amerikanische Wertegemeinschaft verstanden wird, die die radikaleren Elemente der »neue« Rechte aber als exklusiv weiße und männlich dominierte Gemeinschaft imaginieren, permanent bedroht (vgl. Hawley 2018: 83; May/Feldman 2018: 26; Fielitz/Ahmed 2021; Dixit 2022: 180).
- e) *Die ›Western Civilization‹ als Grundlage der rechtsextremen Antikerezeption*: Die Wurzeln der ›Western Civilization‹ lägen wiederum in der griechisch-römischen Antike. So heißt es dazu in einem Artikel der weiß-nationalistischen Website »American Renaissance«²⁵ ausdrücklich:

»Western Civilization is white civilization. No one can credibly claim to ›defend Western Civilization‹ without defending the people that created it. ›To read about

22 Wir übernehmen hier die Einteilung der Alt-Right in drei kollektive Einheiten, die von Kyler/Charron-Chénier 2022: 3 vorgenommen wurde.

23 Zur Kategorie des Verschwörungsmythos in Abgrenzung zu Verschwörungserzählungen oder -ideologien vgl. Nocun/Lamberty 2020: 20–23.

24 Obwohl der Verschwörungsmythos global gedacht wird und es Kontakte zur »neuen« Rechten in Europa gibt, bleiben die USA der Fokus der Alt-Right-Bewegung. Vgl. Hawley 2018: 49f.; McSwiney et al. 2021.

25 Zur Einschätzung von *American Renaissance* als ›white-nationalistic‹ durch das Southern Poverty Law Center vgl. <https://www.splcenter.org/fighting-hate/extremist-files/group/american-renaissance> vom 14.03.2023)

your own culture is a revolutionary act,« said Jonathan Bowden²⁶ in one of his speeches. In today's world, there is no greater act of rebellion – for whites – than to defend their own identity. To be a white person is to be heir of a tradition and culture that stretches from the Greco-Roman and Germanic civilizations of the past into the limitless horizons of a potentially glorious future. Yet that future will be ours only if we have the moral courage to defend our right to exist. That battle starts by claiming ownership of our own history« (vgl. Hood 2019).

Von dieser Vorstellung einer exklusiv weißen ›Western Civilization‹ lassen sich die Antikebezüge der amerikanischen »neuen« Rechten her verstehen. Legt man den Mythos von der gemeinsamen, bedrohten und zu verteidigenden Herkunft zugrunde, dann lassen sich nun wiederum die verschiedenen eigenen Überzeugungen und Vorstellungen mit vermeintlich eindeutigen Beispielen aus der Antike untermauern und der eigene Intellektualismus unterstreichen. Denn es reichen dafür wenige *bullet points*, die zum Allgemeinwissen gehören und natürlich auch in breit rezipierten Forschungsarbeiten und Lehrbüchern zur Antike regelmäßig thematisiert werden:

- 1) Die Kulturen der griechisch-römischen Antike waren stark patriarchalisch strukturiert. Eine Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen war nirgendwo auch nur ansatzweise realisiert.
- 2) Die Kulturen der griechisch-römischen Antike unterschieden zwischen Freien und Unfreien, Bürgern und Fremden. Selbst in politisch egalitären Gemeinschaften wie im klassischen Athen, gab es eine alltägliche Ungleichheit als Bestandteil der gemeinschaftlichen Ordnung.
- 3) Fast alle erhaltenen literarischen Werke der Antike wurden von Männern geschrieben.
- 4) Die antiken Städte und Reiche sind untergegangen. Zurück bleiben die Überreste ihrer Bauwerke und ihrer kulturellen Leistungen.²⁷
- 5) Viele wichtige Ideen und Prinzipien haben sich bis heute erhalten und unsere modernen Gemeinschaften beeinflusst.

26 Jonathan David Anthony Bowden war ein englischer Publizist, der in der anglo-amerikanischen rechtsextremen Szene aktiv war.

27 Dabei ist die Antikerezeption auch dadurch ausgezeichnet, dass die einst alltäglichen Gegenstände und Strukturen eine Überhöhung erfahren konnten. So hat Tonio Hölscher in Hinblick auf die Bedeutungszuschreibungen, die Ruinen antiker Bauten in Athen im Verlauf ihrer Rezeption erfuhren, eine »Tendenz zur Transformation von Funktion in Memoria« ausgemacht (Hölscher 2010: 54; vgl. Nebelin 2022: 54).

4.2 Beispiele der Antikerezeption der Alt-Right

Die Website *Pharos*, die von Curtis Dozier betrieben wird, und die die Aktivitäten der »neuen« Rechten im Zusammenhang mit der Antike seit dem Jahr 2017 umfangreich dokumentiert und kommentiert, bietet für die Rezeption der Antike durch amerikanische Rechtsextremisten (darunter auch Alt-Right) ein reichhaltiges Anschauungsmaterial. Eine Durchsicht der auf dieser Seite gesammelten rechten *contents* legt nahe, dass die verbindende Prämisse dieser Beiträge die Vorstellung ist, die Antike sei die Wiege einer wie auch immer gearteten ›Western Civilization‹, die von feindlichen Mächten bedroht werde und folglich geschützt werden müsse. Folgende Aspekte stechen besonders hervor:

- a) Die Vertreter:innen der extremen Rechte leiten aus den verschiedenen antiken Untergangsgeschichten Warnungen vor dem möglichen Untergang der ›Western Civilization‹ ab. So versuchen beispielsweise manche von ihnen den Zug der Goten nach Italien im vierten Jahrhundert n. Chr. oder das Ende des Weströmischen Reiches als Beispiele heranzuziehen, um vor den angeblich desaströsen Folgen des Feminismus oder der Migration für Amerika zu warnen. Andere führen wiederum das Scheitern einzelner historischer Figuren auf die vermeintlich negativen Einflüsse von Frauen zurück.²⁸
- b) Sie lesen die Besetzung antiker Historien- und Mythenfiguren in Filmen und Serien mit Schauspieler:innen dunkler Hautfarbe als Ausdruck einer kulturellen Aneignung durch People of Colour. So löste beispielsweise die Besetzung der Rolle des homerischen Heros Achilleus in der Serie *Troy: Fall of a City* mit dem schwarzen Schauspieler David Gyasi einen weltweiten Aufschrei unter der »neuen« Rechten aus, denn dies wurde von ihnen als ein gezielter Angriff auf die Geschichte der Weißen verstanden.²⁹ Dass es sich bei Achilleus um eine griechische Mythenfigur handelt und überhaupt nicht eindeutig ist, wie sich Homer die Hautfarben seiner Figuren vorstellte, spielt dafür freilich keine Rolle.³⁰

28 Westrom als Vergleichsfolie zu Amerika: <https://pharos.vassarspaces.net/2018/06/22/xenophobic-op-ed-in-local-paper-reflects-hate-sites-arguments/>, <https://pharos.vassarspaces.net/2018/06/01/fall-of-rome-cited-as-parallel-to-contemporary-barbarism/>, jeweils vom 14.03.2023. Untergang historischer Persönlichkeiten: <https://pharos.vassarspaces.net/2018/11/02/mark-antony-and-cicero-great-men-undone-by-weakness/> vom 14.03.2023.

29 Vgl. zu der sogenannten Black Achilles-Kontroverse ausführlich Kennedy 2022.

30 Pharos veröffentlichte im Mai 2018 drei Artikel, in denen zahlreiche Altertumswissenschaftler:innen diesen Umstand ausführlich darlegten, <https://pharos.vassarspaces.net/2018/05/11/scholars-respond-to-racist-backlash-against-black-achilles-part-1-ancient-greek-attitudes-toward-africans/>, <https://pharos.vassarspaces.net/2018/05/18/scholars-respond-to-racist-backlash-against-black-achilles-part-2-what-did-achilles-look-like/>, <https://pharos.vassarspaces.net/2018/05/18/scholars-respond-to-racist-backlash-against-black-achilles-part-3-what-did-achilles-look-like/>.

- c) Verschiedene Symbole und Ereignisse aus der Antike werden von Vertreter:innen der extremen Rechten angeeignet und in einen dezidiert rechtsradikalen Kontext gestellt. So finden sich regelmäßig Demonstrant:innen auf rechten Kundgebungen, die beispielsweise spartanische Helme oder römische Symbole wie die *fascies* oder das SPQR-Zeichen tragen. Auch beim Sturm auf das US Capitol, für den der in der Präsidentschaftswahl 2020 unterlegene Donald Trump, mit seinen unbewiesenen Behauptungen einer ›gestohlenen Wahl‹ maßgeblich verantwortlich sein dürfte, trugen viele Sympathisant:innen des gescheiterten Präsidenten Symbole zur Schau, die der Antike entlehnt sind.³¹
- d) Die wohl weitaus am meisten dokumentierte Form der Antikerezeption findet sich aber in dem Heranziehen antiker Texte und Autoritäten, um die eigene Ideologie zu legitimieren und zu verbreiten. Die Vertreter:innen der extremen Rechten ziehen immer wieder Auszüge aus antiken Texten der großen ›Dichter und Denker des Abendlandes‹ heran und deuten diese entlang ihrer eigenen menschenverachtenden Ideologie. Dass dabei zum Teil angebliche antike Zitate gefälscht oder aus dem Kontext gerissen werden, interessiert nicht.³²

Dass der rechtsextremen Rezeption der griechisch-römischen Antike eine nicht geringe Bedeutung im Hinblick auf den Verschwörungsmythos von der bedrohten ›Western Civilization‹ zukommt, ist den amerikanischen Altertumswissenschaften nicht unbemerkt geblieben. So distanzierte sich die Society for Classical Studies

paces.net/2018/05/25/scholars-respond-to-racist-backlash-against-black-achilles-part-3-what-makes-a-homeric-hero-a-hero/jeweils vom 14.03.2023.

31 <https://pharos.vassarspaces.net/2021/01/14/capitol-terrorists-take-inspiration-from-ancient-world/>

32 Vgl. dafür besonders das exzellente Buch von Donna Zuckerberg, in der sie die verzerrten, misogynen Deutungen rechtsextremer Subkulturen im Internet analysiert: Zuckerberg 2018. Der sich bei der Zusammenschau des von Zuckerberg zusammengetragenen Materials einstellende Eindruck, dass die rechtsextremen ›Denker‹, dieser um einen intellektuellen Anstrich bemühten Bewegung, ihre Deutungen den eigenen Überzeugungen und nicht ihren analytischen Fähigkeiten verdanken, wird auch durch andere Arbeiten bestätigt, die ihren Umgang mit historischen Dokumenten in den Blick nehmen. So lautet etwa das Urteil über die intellektuellen Bemühungen der Alt-Right von Main 2018: 164: »[T]he quality of Alt-Right thought is abysmal. The movement's thinkers show little familiarity with relevant facts, no effort at research, no ability to entertain criticism, and a willingness to distort or suppress inconvenient evidence.« Daraus sollte jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass die im Internet zirkulierenden geschichtsrevisionistischen Deutungen dieser Ideologen aufgrund ihrer offenkundigen Unzulänglichkeiten vernachlässigbar seien. Sie verfangen bei ihren Rezipient:innen und stellen damit einen wesentlichen Bestandteil einer insgesamt sehr erfolgreichen und damit gefährlichen Strategie zur Rekrutierung dar, wie der Erfolg der extremen Rechten in den USA der vergangenen Jahre belegt.

in einem Statement aus dem Jahr 2016 ausdrücklich von einer verengten Verwendung des Konzepts der ›Western Civilization‹, über das in den USA ohnehin heftig gestritten wird³³:

»It vigorously and unequivocally opposes any attempt to distort the diverse realities of the Greek and Roman world by enlisting the Classics in the service of ideologies of exclusion, whether based on race, color, national origin, gender, or any other criterion. As scholars and teachers, we condemn the use of the texts, ideals, and images of the Greek and Roman world to promote racism or a view of the Classical world as the unique inheritance of a falsely-imagined and narrowly-conceived western civilization.«³⁴

5 Vergleich als Fazit: Die instrumentalisierte Antike der »neuen« Rechten

Die Antikerezeption erfolgt im neurechten Diskurs instrumentell, d.h. Antikebilder werden unter politischen Zielsetzungen kreiert und verwendet. Einige Aspekte lassen sich dabei als Gemeinsamkeiten und Differenzen herausheben:

- a) *Netzwerkcharakter, interne Verfeindungen und transnationalen Beziehungen*: Unter den drei untersuchten Strömungen finden sich zwei Vertreter der europaweit wirksamen »neuen« Rechten; Alt-Right hingegen ist vorrangig auf die USA konzentriert, wenngleich auch Ableger außerhalb existieren. Die Nouvelle Droite ist bereits lange stabil institutionalisiert, allerdings soziologisch elitär

33 Zur Diskussion über die exklusive Verwendung des Begriffs und die damit einhergehenden systematischen Diskriminierungen sowie Marginalisierungen ethnischer Gruppen vgl. u.a. Appiah 2016; Bond 2018 und <https://pharos.vassarspaces.net/2019/01/25/western-civilization-means-classics-and-white-supremacy/> vom 14.03.2023.

34 Text: <https://classicalstudies.org/scs-news/public-statement-scs-board-directors> vom 14.03.2023. Die starke Politisierung des Begriffs wurde drei Jahre später auf der Jahresversammlung der SCS deutlich, bei der Mary Frances Williams, eine Fragestellerin während einer Podiumsdiskussion, die Bedeutung der Altertumswissenschaften für das Studium der ›Western Civilization‹ hervorhob und sich – konfrontiert mit der Kritik der Podiumsteilnehmerin Sarah Bond, den Begriff unbedacht zu verwenden – schließlich in Insinuationen gegenüber Dan-el Padilla Peralta, einem weiteren Podiumsteilnehmer, erging, die von vielen Teilnehmenden der Veranstaltung als rassistisch motiviert verstanden wurden. Vgl. zu dem ›Incident‹ u.a. Flaherty 2019; Pettit 2019; Poser 2021. Die Vorgänge auf der Jahresversammlung wurden von der SCS scharf verurteilt: <https://classicalstudies.org/scs-news/statement-racist-acts-and-speech-2019-scs-annual-meeting> vom 14.03.2023; vgl. Williams 2021 für eine Gendarstellung.

und mittlerweile auch »überallert«; die Identitäre Bewegung ist ebenfalls institutionalisiert, aber derzeit rechtlich unter Druck. Sie weist den Charakter einer »Jugendbewegung« (v.a. von Studierenden) auf; Alt-Right hingegen ist eher jung und in ihrer Organisation dezentral bzw. rein internetbasiert. Innerhalb der Geschichte der »neuen« Rechten ist der Nouvelle Droite dabei eine zentrale Rolle zugekommen; sowohl die Identitäre Bewegung wie auch die Alt-Right zeigen sich durch die Nouvelle Droite inhaltlich wie strategisch beeinflusst. Alle drei untersuchten Strömungen sind zugleich transnational miteinander vernetzt und unterscheiden sich doch, weil sie im Detail verschiedene methodische Ansätze zugrunde legen. Partiiell bestehen auch inhaltliche Differenzen, die sich bis zu internen Feindschaften steigern mögen.

- b) *(Pseudo-)Intellektueller Habitus und Kritikunfähigkeit*: Alle drei untersuchten Bewegungen der »neuen« Rechten zeichnen sich durch einen (pseudo-)intellektuellen Habitus aus. Sie arbeiten häufig mit Autoritätsverweisen – etwa Bezügen auf »Denker des Abendlandes« (bspw. Heidegger³⁵) – oder historischen Anspielungen, bleiben allerdings vielfach Konkretisierungen schuldig. Kontextualisierungen und vor allem Widerständig- und Eigensinnigkeiten des geschichtlichen Materials werden hingegen bewusst ignoriert (oder nicht einmal erkannt).
- c) *Transmedialität und Populärkultur*: Die Kommunikation der »neuen« Rechten ist transmedial. Sie erfolgt wesentlich über Bilder und Symbole. Klassisches Kulturgut – insbesondere die antike Literatur – dient zwar durchaus als Referenz, vor allem aber fungieren populäre Deutungen, wie sie beispielsweise in Hollywoodfilmen transportiert werden, als Symbollieferanten. Das Internet wird von allen drei untersuchten Medien genutzt: Benoist benutzt eine Homepage als Publikationsplattform, die Identitären und die Alt-Right organisieren sich digital und insbesondere identitäre Aktionen wurden als Aktivismusformen (etwa »Flashmobs«) erst durch die digitale Koordination ermöglicht.
- d) *»Metapolitik«, intentionales Geschichtsbild und »Kulturkrieg«*: Die »neue« Rechte betreibt eine bewusste Kulturpolitik. Sie bemüht sich um eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, eine Diskursverschiebung zu erreichen. Sie scheint sich dabei in einem »Kulturkrieg« zu wännen. Die Antike (und andere Epochen) sind deshalb vor allem an den Punkten im Diskurs von Interesse, wo sie symbolpolitisch verwertbar sind. Darüber hinaus spielt im Fall der Antike freilich deren normative Aufladung als Wurzel der »Western Civilization« eine wichtige Rolle, wobei gerade letztere häufig auf eine weiße und gegebenenfalls antisemitische Erzählung hinausläuft.

Insgesamt zeigt sich, dass die Rezeption der Antike als normativer Bezugspunkt der »neuen« Rechten ein globales Phänomen von erheblichem Ausmaß ist. Sie fun-

35 Zur Rezeption Heideggers im Kontext der Identitären Bewegung vgl. Brumlik 2020b, 59–62.

giert als Verbindungslinie zwischen ausgesprochen heterogenen Teilströmungen des rechten Extremismus. Dabei wird dieser Antikebezug nicht als eigensinniges Korrektiv genutzt, sondern immer als autoritatives Mittel in politischen Argumentationen herangezogen. Die Breite und Eingängigkeit der Symbol- und Bildsprache der Antike erweist dabei ihre tiefe populärkulturelle Verankerung. Der Reiz des Spiels mit diesen Bezügen auf die Antike erwächst auch aus dem Umstand, dass die immer noch bestehende normative Hochschätzung der Antike, die sie von vielen anderen, im öffentlichen Bewusstsein deutlich ambivalenter rezipierten Epochen unterscheidet, durch ein zunehmendes Schwinden öffentlicher Kenntnisse über die Antike flankiert wird. All dies führt dazu, dass im Diskurs der »neuen« Rechten die Antike als Referenzpunkt missbraucht werden kann, um politische Positionen der Gegenwart im vermeintlichen *cultural war* zu rechtfertigen.

Literatur

- Appiah, Kwame Anthony (2016): »There is No such Thing as Western Civilisation«, in: The Guardian vom 09.11.2016, <https://www.theguardian.com/world/2016/nov/09/western-civilisation-appiah-reith-lecture> vom 14.03.2023.
- Bogerts, Lisa; Fielitz, Maik (2020): »The Visual Culture of Far-Right Terrorism«, in: Global Network of Extremism & Technology vom 31.03.2020, <https://gnet-research.org/2020/03/31/the-visual-culture-of-far-right-terrorism/> vom 14.03.2023.
- Bond, Sarah (2018): »Blog: What Is ›The West‹? Addressing The Controversy Over HUM110 at Reed College (Mai 2018)«, in: Society for Classical Studies vom 11.05.2018, <https://classicalstudies.org/scs-blog/ionic007/blog-what-west-addressing-controversy-over-hum110-reed-college> vom 14.03.2023.
- Book, Carina (2018a): »Identitäre ›Kriegserklärung‹ an die plurale Gesellschaft. Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg, Infokrieg in den Medien und reale Gewalt«, in: Andreas Speit (Hg.), Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin, S. 93–106.
- Book, Carina (2018b): »Mit Metapolitik zur ›Konservativen Revolution‹? Über Umfeld und Strategie der ›Identitären Bewegung‹ in Deutschland«, in: Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek; Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹, Hamburg: Marta press, S. 113–131.
- Breuer, Stefan (1995): Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt: WBG, 2. Auflage.
- Breuer, Stefan (2010): Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte, Stuttgart: Reclam.
- Brockschmidt, Annika (2022): »Muskelmänner, Hoden-Bestrahlung und Faschismus – Von ›300‹ bis zu Tucker Carlson«, in: 54books vom 09.05.2022, <https://w>

- ww.54books.de/muskelmaenner-hoden-bestrahlung-und-faschismus-von-30-o-bis-zu-tucker-carlson/ vom 18.02.2023.
- Brumlik, Micha (2018): »Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft«, in: Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek; Alexander Winkler (Hg.), *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹*, Hamburg: Marta press, 2. Auflage, S. 167–186.
- Brumlik, Micha (2020a): »Martin Heidegger. Vom wahren Sein zur Volksgemeinschaft«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 49–63.
- Brumlik, Micha (2020b): »Metapolitik«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Stichworte zur Zeit. Ein Glossar*, Bielefeld: transcript, S. 175–186.
- Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha (2015): *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg.
- Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha (2018): *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster, 4. Auflage.
- Casajus, Emmanuel (2023): *Style et violence dans l'extrême droite radicale*, Paris: Les Éditions du Cerf.
- Daniel, Ellen (2020): »Alain de Benoist. Nouvelle Droite – Antikapitalismus von rechts«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 176–189.
- De Libero, Loretana (2019): »Leonidas in Stalingrad. Gebrauch, Wirkung und Wahrnehmung antiker Motive und Mythen in der 6. Armee«, in: *thersites 10*, S. 1–49.
- Deppe, Frank (2007): »Antonio Gramsci, Gefängnishefte (1948–1951)«, in: Manfred Brouck (Hg.), *Geschichte des politischen Denkens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 554–569.
- Dixit, Priya (2022): *Race, Popular Culture, and Far-right Extremism in the United States*, Cham: Springer International Publishing.
- Donovan, Joan; Lewis, Becca; Friedberg, Brian (2018): »Parallel Ports. Sociotechnical Change from Alt-Right to Alt-Tech«, in: Maik Fielitz; Nick Thurston (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*, Bielefeld: transcript, S. 49–65.
- Durantoni-Crabol; Anne-Marie (1988): *Visages de la Nouvelle Droite. Le GRECE et son histoire*, Paris : Presses de la Fondation nationale des sciences politiques.
- Ebner, Julia (2018): »Counter-Creativity. Innovative Ways to Counter Far-Right Communication Tactics«, in: Maik Fielitz; Nick Thurston (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 169–181.

- Fielitz, Maik; Ahmed, Reem (2021): It's Not Funny Anymore. Far-right Extremists' Use of Humour, in: Radicalisation Awareness Network, https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2021-03/ran_ad-hoc_pap_fre_humor_20210215_en.pdf vom 14.03.2023.
- Flaherty, Colleen (2019): Q&A Goes Horribly Wrong, in: Inside Higher Ed vom 01.07.2019, <https://www.insidehighered.com/news/2019/01/07/racist-comments-directed-classics-scholar-disciplinary-meeting-floor-classicists> vom 14.03.2023.
- Flügel, Domink (2022): »Überblick: Metapolitik«, in: David Meiering (Hg.), Schlüsseltex te der »Neuen Rechten«. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, Wiesbaden: Springer, S. 75–77.
- François, Stéphane (2008): Les néopaganismes et la Nouvelle Droite (1980 – 2006). Pour une autre approche, Histoire et métahistoire 2, Milano: Archè.
- François, Stéphane (2021): La Nouvelle Droite et ses dissidences. Identité, écologie et paganisme, Lormont: Le bord de l'eau.
- Frank, Arno (2017): »Symbole von Jungfaschisten: Neue rechte Posterboys«, in: taz vom 20.02.2017, <https://taz.de/Symbole-von-Jungfaschisten/!5382279/> vom 18.02.2023.
- Funke, Hajo (2020): »Armin Mohler. Jünger-Schüler, Netzwerker und selbsterklärter Faschist«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 155–175.
- Gehrke, Hans-Joachim (2014): Geschichte als Element antiker Kultur. Die Griechen und ihre Geschichte(n), Berlin/Boston.
- Hacke, Jens (2020): »Carl Schmitt. Antiliberalismus, identitäre Demokratie und Weimarer Schwäche«, in: Ralf Fücks; Christoph Becker (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 30–48.
- Hawley, George (2018): Making Sense of the Alt-Right, New York: Columbia University Press.
- Hentges, Gudrun; Kökgiran, Gür can; Nottbohm, Kristina (2014): »Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen – PLUS, Suppl. zu Heft 3/2014, S. 1–26.
- Hölscher, Tonio (2010): »Athen – die Polis als Raum der Erinnerung«, in: Karl Joachim Hölkeskamp; Elke Stein-Hölkeskamp (Hg.), Die griechische Welt. Erinnerungsorte der Antike. München: Beck, S. 128–149.
- Ito, Robert (2006): »The Gore of Greece, Torn From a Comic«, in: The New York Times vom 26.11.2006, <https://www.nytimes.com/2006/11/26/movies/26ito.html> vom 18.02.2023.

- Jennerjahn, Miro (2006): *Neue Rechte und Heidentum. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts*, Europäische Hochschulschriften. Reihe XXXI. Politikwissenschaft 525, Frankfurt a.M.: Lang.
- Kailitz, Steffen (2004): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kennedy, Rebecca Futo (2022): »Racist Reactions to Black Achilles«, in: Antony Augoustakis; Monica S. Cyrino (Hg.), *Screening Love and War in Troy: Fall of a City*, London u.a.: Bloomsbury Academic, S. 79–96.
- Korfkamp, Jens (2018): »Armin Mohler und die Konservative Revolution«, in: Klaus-Peter Hufer, *Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker*, Weinheim: Beltz Juventa, S. 123–125.
- Kyler, Anna M.; Charron-Chénier, Raphaël (2022): »Taking up the Tiki Torch: Understanding Alt-right Interest Using Internet Search Data«, in: *Social Science Research* 106, S. 1–16.
- Langerwerf, Lydia (2016): »»And They Did It as Citizens«: President Clinton on Thermopylae and United Airlines Flight 93«, in: *thersites* 4, S. 243–273.
- Larsen, Andrew E. (2016): »The 300 Spartans: Cold War at the Hot Gates«, in: *Blog An Historian Goes to the Movies – Exploring History on Screen* vom 17.07.2016, <https://aelarsen.wordpress.com/2016/07/17/the-300-spartans-cold-war-at-the-hot-gates/> vom 18.02.2023.
- Losehand, Joachim (2009): »The Religious Harmony in the Ancient World«. *Vom Mythos religiöser Toleranz in der Antike*, in: *Göttinger Forum für Altertumswissenschaft* 12, S. 99–132.
- Maegerle, Anton (2011): »Auf rechten Abwegen«, in: *Endstation Rechts* vom 02.12.2011, <https://www.endstation-rechts.de/news/auf-rechten-abwegen-1> vom 18.02.2023.
- Main, Thomas J. (2018): *The Rise of the Alt-Right*, Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Majic, Danijel (2019): *Neueste Rechte*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 11.11.2021, aktualisiert 20.01.2019, <https://www.fr.de/politik/neueste-rechte-11355235.htm> l vom 18.02.2023.
- May, Rob; Feldman, Matthew (2018): »Understanding the Alt-Right Ideologues. »Lulz« and Hiding in Plain Sight«, in: Maik Fielitz; Nick Thurston (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*, Bielefeld: transcript, S. 25–36.
- McSwiney, Jordan; Vaughan, Michael; Heft, Annett; Hoffmann, Matthias (2021): »Memes in Far-Right Digital Visual Culture«, in: *Global Network of Extremism & Technology* vom 20.08.2021, <https://gnet-research.org/2021/08/20/memes-in-far-right-digital-visual-culture/> vom 14.03.2023.
- Mrotzek, Bodo (2017): »Unter falscher Flagge. Rechte »Identitäre« setzen auf Antiken-Pop. Die Geschichte ihrer Symbole dürfte ihnen kaum gefallen«, in:

- Blog PopHistory vom 20.12.2017, <https://pophistory.hypotheses.org/2561> vom 18.02.2023.
- Nebelin, Marian (2022): »Diskursive Vereinseitigung und rekonstruktiver Verlust: Die Athener Akropolis im 19. Jahrhundert«, in: Beutmann, Jens; Clauss, Martin; Sandten, Cecile; Wolfram, Sabine (Hg.), *Die Stadt: Eine gebaute Lebensform zwischen Vergangenheit und Zukunft*, CHAT 10, Trier: WVT, S. 47–69.
- Nebelin, Marian (2024): Europas imaginierte Einheit. Kulturgeschichte und Antikerezeption bei Stefan Zweig, *Beih. z. AKG* 96, Köln: Böhlau.
- Neiwert, David (2017): *Alt-America. The Rise of the Radical Right in the Age of Trump*, New York/London: Verso.
- Nocun, Katarina; Lamberty, Pia (2020): *Fake facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*, Köln: Quadriga.
- Petitfils, Jean-Christian (1988): *L'extrême droite en France*, Paris 1983: Presses Universitaires de France, 2. Auflage d. 14. Auflage.
- Pettit, Emma (2019), »After Racist Incidents Mire a Conference, Classicists Point to Bigger Problems«, in: *Chronicle of Higher Education* (Vol. 65/Iss. 17) vom 11.01.2019.
- Pfahl-Traughber, Armin (1991): »GRECE – Die Neue Rechte in Frankreich«, in: *Vorgänge* 113/30, 1991, H. 5, S. 15–27.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): »Konservative Revolution« und »Neue Rechte«. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.
- Pfahl-Traughber, Armin (2020): »Die Neue Rechte – eine rechtsextremistische Intellektuellenströmung. Eine Analyse zu Entstehung, Entwicklung, Positionen und Wirkung«, in: Ingrid Gilcher-Holtey; Eva Oberloskamp (Hg.), *Warten auf Godot? Intellektuelle seit den 1960er Jahren*, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 120, Berlin/Boston: de Gruyter, S. 147–160.
- Pfahl-Traughber, Armin (2022): *Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten*, Bonn: Dietz.
- Pittl, Sebastian (2018): »Die politische Theologie der Neuen Rechten«, in: *Lebendige Seelsorge* 69, H. 6, S. 404–409.
- Poser, Rachel (2021): »He Wants to Save Classics From Whiteness. Can the Field Survive?«, in: *The New York Times* vom 02.02.2021, <https://www.nytimes.com/2021/02/02/magazine/classics-greece-rome-whiteness.html> vom 14.03.2023.
- Schmalenberger, Sophie (2023): »Vom »Vogelschiss«, Bismarck und deutschen Opfern: Die Neue Rechte und der Kampf um die deutsche Erinnerungskultur«, in: Jürgen Zimmerer (Hg.): *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Stuttgart: Reclam, S. 476–494.
- Schmid, Bernhard (2009): *Die Neue Rechte in Frankreich*, Münster: Unrast.
- Schmid, Fabian; Schmidt, Colette M. (2019): »Interne Dokumente. Tiefer Einblick in Struktur der rechtsextremen Identitären«, in: *Der Standard* vom 12.04.2019,

- <https://www.derstandard.at/story/2000101301917/interne-dokumente-geben-tiefen-einblick-in-struktur-der-rechtsextremen-identitaeren> vom 18.02.2023.
- Schnickmann, Alexander (2021): »Reich ohne König, Reconquista und Endspiel der Neuen Rechten«, in: Louis M. Berger; Hajo Raupach; Alexander Schnickmann (Hg.), *Leben am Ende der Zeiten. Wissen, Praktiken und Zeitvorstellungen der Apokalypse, Eigene und Fremde Welten* 37, Frankfurt: Campus, S. 145–170.
- Stapper, Jonas (2022): »Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932«, in: David Meiering (Hg.), *Schlüsseltexthe der »Neuen Rechten«*. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens, Wiesbaden: Springer, S. 37–48.
- Tuters, Marc (2018): »LARPing & Liberal Tears. Irony, Belief and Idiocy in the Deep Vernacular Web«, in: Maik Fielitz; Nick Thurston (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*, Bielefeld: transcript, S. 37–48.
- Wagner, Thomas (2017): *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin.
- Weber, Ines (2011): *Die politische Theorie von Alain de Benoist*, Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Politikwissenschaften 42, Marburg: Tectum.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart.
- Weiß, Volker (2019): »Die »Identitäre Bewegung«. FaschistInnen der Gegenwart? Eine ideologische Einordnung«, in: *Dekonstrukt – Impulse* 5, Hamburg, S. 8–37.
- Williams, Mary Frances (2021): »Kicked Out of the Classics«, in: Lehmann, Claire; Wright, Colin; Palmer, Jamie; Kay, Jonathan; Young, Toby (Hg.), *Panics and persecutions. 20 Tales of Excommunication in the Digital Age*, London: Quillette, S. 187–209.
- Winkler, Alexander (unter Mitwirkung von Judith Goetz und Joseph Maria Sedlacek) (2018): »»Aus dem Schatten des Nationalsozialismus...« Die »Identitären« als modernisierte Form des Rechtsextremismus in Österreich«, in: dies. (Hg.): *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«*, Hamburg, S. 31–90.
- Woods, Heather Suzanne; Hahner, Leslie (2019): *Make America Meme Again. The Rhetoric of the Alt-Right*, New York u.a.: Peter Lang.
- Zuckerberg, Donna (2018): *Not All Dead White Men. Classics and Misogyny in the Digital Age*, Cambridge u.a.: Harvard University Press.

Neurechte Texte

- Benoist, Alain de (1981a): »Der Konflikt der antiken Kultur mit dem Urchristentum«, in: Pierre Krebs (Hg.), *Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit*, Tübingen: Grabert, S. 176–197.

- Benoist, Alain de (1981b): »Gleichheitslehre, Weltanschauung und »Morak«. Die Auseinandersetzung von Nominalismus und Universalismus«, in: Pierre Krebs (Hg.), Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Tübingen: Grabert, S. 76–105.
- Benoist, Alain de (1982): Heide sein zu einem neuen Anfang. Die europäische Glaubensalternative, Thule-konkret 1, Tübingen: Grabert [frz. 1981].
- Benoist, Alain de (1985): Kulturrevolution von rechts, Dresden, 2007.
- Benoist, Alain de (1986): Demokratie als Problem, Veröffentlichungen der Stiftung Kulturkreis 2000. Forum 7, Tübingen/Zürich/Paris: Hohenrain-Verlag.
- Benoist, Alain de (1988): »Die Religion der Menschenrechte«, in: Pierre Krebs (Hg.), Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Strucktum: Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, S. 42–73.
- Bokhari, Allum; Yiannopoulos, Milo (2016): »An Establishment Conservative's Guide To The Alt-Right«, in: Breitbart vom 29.03.2016, <https://www.breitbart.com/tech/2016/03/29/an-establishment-conservatives-guide-to-the-alt-right/> vom 14.03.2023.
- Hood, Gregory (2019): »Western Civilization Is White Civilization«, in: American Renaissance vom 21.01.2019, <https://conifer.rhizome.org/pharosclassics/pharos-doing-justice-to-the-classics/20210709215616/https://www.amren.com/commentary/2019/01/western-civilization-is-white-civilization/> vom 14.03.2023.
- Müller, Mario Alexander (2017): Kontrakultur. Schnellroda: Verlag Antaios, 2. Auflage.
- Pella, Sebastian (2013): »Identitäre Bewegung: Historische Wurzeln im antiken Sparta«, in: Neue Ordnung 1, <https://www.neue-ordnung.at/index.php?id=699> vom 18.02.2023.

Erst das Vaterland, dann Europa

Ideologische Traditionslinien und aktuelle Politikentwürfe der »neuen« Rechten in Polen

Stefan Garsztecki

Einführung

Die sogenannte »neue« Rechte hat in allen Ländern der westlichen Welt erhebliche Probleme mit der Abgabe von Kompetenzen des Nationalstaates an eine supranationale Institution. Der Nationalstaat wird als wichtigste Grundlage nationaler Politik verstanden. Hier, und nicht etwa in Brüssel, sollen Entscheidungen fallen. Die thematische Palette dieser grundsätzlichen Kritik ist dabei recht breit und reicht von historischen Themen, über den Kampf gegen die Globalisierung und damit verknüpften Aspekten wie Migration und neoliberaler Wirtschaftspolitik bis hin zu Patriotismus und Geschichtspolitik, Kampf gegen eine als links verstandene Identitätspolitik und die Ablehnung der repräsentativen Demokratie. Sie wird oft als Verkörperung der ökonomischen und normativen Machtinteressen der Eliten aufgefasst, das heißt die »neue« Rechte hat auch einen anti-elitären Anspruch.

Armin Pfahl-Traugber definiert in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2019 die »neue« Rechte wie folgt:

»Neue Rechte« steht für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik stützt, eher ein Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen darstellt und mit einer ›Kulturrevolution von rechts‹ einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben will.« (Pfahl-Traugber 2019).

Damit bleibt jedoch die Frage danach, ob wir es mit Rechtspopulismus, mit Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus zu tun haben, noch ungeklärt. Susanne Rippl und Christian Seipel fassen Populismus eher als Mobilisierungsstrategie auf, der sich je nach Inhalten als Linkspopulismus (inhaltlich: soziales Wir) oder Rechtspopulismus (inhaltlich: völkisches Wir) ausdrückt und gegen die Machteliten des Staates gerichtet ist (Rippl/Seipel 2022: 12). Links- und Rechtsradikalismus sind dem-

nach noch auf dem Boden der Verfassung, Links- und Rechtsextremismus bereits jenseits dieser Grenze (ebd.: 16). Diese Frage ist auch im internationalen Kontext hoch aktuell, wenngleich die Bezeichnungen und Charakterisierungen wechseln. In Ungarn haben wir es seit 2010 mit der von der Partei Fidesz geführten Regierung unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán und in Polen seit 2015 mit der von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS = Prawo i Sprawiedliwość) unter Mateusz Morawiecki geführten Regierung – mit dem PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński als Vizepremier und starkem Mann im Lande im Hintergrund – mit Politikansätzen zu tun, die in internationalen Demokratieindizes als autoritär respektive im Fall Ungarns gar als hybrid (»partly free«) bezeichnet werden (Repucci/Slipowitz 2022: 16). Die von Rippl und Seipel skizzierte Definition von Populismus trifft hier unter Umständen also auf Regierungsparteien zu. Darüber hinaus scheint mir im Falle Polens und Ungarns die Trennlinie zwischen dem »sozialen Wir« und dem »völkischen Wir« nicht mehr möglich. Beide Parteien, PiS wie Fidesz, betonen den sozialen Aspekt ihrer Politik, der nach ihrer Auffassung gegen einen ökonomischen Neoliberalismus gerichtet ist, und zugleich beziehen sie sich auf die nationale Gemeinschaft. Ob dies gleichzusetzen ist mit einem »völkischen Wir«, eine Zuschreibung, die im deutschen Kontext doch eindeutig negativ ist, bleibt im Falle Polens und Ungarns zu untersuchen. Schließlich ist auch zu fragen, ob es sich im Fall des polnischen und ungarischen Populismus lediglich um einen Politikstil handelt oder ob jenseits von Stilfragen auch inhaltliche Dinge auszumachen sind, die Elemente eines semiautoritären *Governance*-Modells erkennen lassen. Ungeachtet der anhaltenden Probleme, ein einheitliches Verständnis von Populismus zu definieren, scheint die Auffassung von Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser doch konsensfähig zu sein, wonach wir es im Fall von Populismus mit einer »dünnen Ideologie« zu tun haben, die dem »reinen« Volk die korrupten Eliten gegenüberstellt und damit den *volonté générale* der Menschen auszudrücken trachtet. Institutioneller und politischer Rahmen ist dabei die liberale (repräsentative) Demokratie, der eben eine Reihe von negativen Eigenschaften zugeschrieben werden, die es vermeintlich zu überwinden gilt (Mudde/Kaltwasser 2017: 1, 6).

Um diesen Fragen im internationalen Kontext nachzugehen, wird im Folgenden das polnische Beispiel in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt. Leitend werden dabei einerseits Fragen nach dem politischen Stil sein, das heißt die Frage, ob letztlich lediglich Sprache und Stil für das Auftreten der »neuen« Rechten in Polen maßgeblich sind oder ob es andererseits darüber hinaus auch Inhalte gibt, die mit der repräsentativen westlichen Demokratie überkreuz liegen. Im Fokus der Analyse werden Gruppierungen und Parteien der »neuen« Rechten in Polen stehen, wobei die Frage, ob sie so etikettiert werden sollen, noch offen ist. Es gilt also Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ebenso auszuloten wie auch die Frage zu beantworten, ob überhaupt von einer »neuen« Rechten gesprochen werden kann.

Um diesen unterschiedlichen Aspekten nachzugehen, werde ich mich zunächst mit dem Begriff der »neuen« Rechten kurz auseinandersetzen, um im weiteren Verlauf der Analyse zu klären, ob der Begriff auch auf Polen übertragbar ist (I.). Für das Selbstverständnis der »neuen« Rechten ist die Anknüpfung an eigene Traditionen wesentlich, da sie in der vermeintlichen Verteidigung der Nation als Ressource gegen liberale Strömungen ins Feld geführt werden. Es gilt daher in einem zweiten Schritt diese politischen Traditionen rechter Gruppierungen und Parteien in Polen zu skizzieren, Traditionen, die sich im Wesentlichen auf die polnische Nationalbewegung sowie damit verbundene Parteien vom Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts und die Zwischenkriegszeit beziehen (II.). Daran anschließend werde ich aktuelle Gruppierungen der polnischen Rechten in programmatischen Grundrissen erläutern, wobei ich auch versuchen werde, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Regierungspartei PiS aufzuzeigen. Im Mittelpunkt werden dabei Themen wie Patriotismus, Europa, Demokratie und Umgang mit der Geschichte stehen (III.). Zentraler Kristallisationspunkt der »neuen« Rechten ist in den letzten Jahren der Unabhängigkeitsmarsch gewesen, der seit mehr als zehn Jahren am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag, von diesen feierlich begangen und veranstaltet wird und an dem sich die Veränderung des Diskurses in Polen gut aufzeigen lässt (IV.) Abschließend werde ich kurz erörtern, ob wir es im Fall von Polen bei den genannten Parteien mit einer Art von »neuer« Rechten zu tun haben, was insbesondere bezüglich der aktuellen Regierungspartei PiS nicht einfach zu beantworten ist (V.).

1 »Neue« Rechte

Der Begriff der »neuen« Rechten ist nicht neu, hat aber in den letzten Jahren mit dem Wahlerfolg der Alternative für Deutschland (AfD) sowie der Zunahme der Flüchtlingszahlen in Deutschland insbesondere seit 2015 eine Renaissance erlebt, da er als Bezeichnung für gesellschaftliche Tendenzen als ein Sammelbegriff geeignet scheint, vielfältige Formen der Kritik an Politiken und gesellschaftlichen Phänomenen wie Zuwanderung oder Identitätspolitik, an politischen Institutionen der Demokratie und hier insbesondere an etablierten Parteien und dem Parlamentarismus ganz allgemein sowie an internationalen und transnationalen Entwicklungen wie aktuell dem Ukraine-Krieg und dem europäischen Integrationsprozess unter einem Begriff zusammenzuführen.

Dabei schwappten der Begriff und auch manche Ideen als *Nouvelle Droite* in den siebziger Jahren aus Frankreich nach Deutschland hinüber. Die französischen Vertreter dieser Strömung wie Alain de Benoist knüpften ihrerseits an die Konservative Revolution an, eine Strömung des deutschen Konservatismus der Zwischenkriegszeit, der nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg eine neue Volksgemeinschaft be-

gründen wollte.¹ Diese in Deutschland vor allem von Arthur Moeller van den Bruck vertretene Tradition politischen Denkens, der auch Autoren wie der Philosoph Oswald Spengler oder der Jurist Carl Schmitt zugerechnet werden, war nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland kaum noch vertreten, sodass der Anstoß aus Frankreich und der Versuch, mit der Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne = GRECE) auch eine neue Ideologie zu begründen, in Deutschland rasch Widerhall fand (Pfahl-Traugher 1998: 38–39; 129–131; Geoffroy Daubuis 2007).

Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Folge seit den siebziger Jahren ein ganzes Netzwerk von Zeitschriften, Verlagen, Gesprächskreisen und Institutionen entstanden, die sich auch nach der Vereinigung Deutschlands darum bemühen, Themen und Weltansichten der »neuen« Rechten salonfähig zu machen, die öffentlichen Diskurse zu verschieben und sich dabei vom offenen Rechtsextremismus abzugrenzen. Zu nennen wäre insbesondere das im Jahr 2000 von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründete Institut für Staatspolitik (IfS), das seit einigen Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird (Fuchs/Middelhoff 2019: 25–27). Auch hier war und ist der Begriff der Konservativen Revolution zentral, da es nicht zuletzt die Dissertation von Armin Mohler aus dem Jahr 1949 über »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932« war, die die Brücke von der Zwischenkriegszeit in die Nachkriegszeit schlug (Pfahl-Traugher 1998: 164). Ob die seit jeher bei den Vertretern der »neuen« Rechten postulierte Abgrenzung von offen rechtsextrem agierenden Gruppierungen wie Neonazis oder Kameradschaften aber tatsächlich erfolgreich ist und auch gewollt, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, wie nicht zuletzt die Einstufung der AfD durch den sächsischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch belegt.

Die von der »neuen« Rechten vertretenen Themen drehen sich dabei um einen historisch aufgeladenen Identitätsbegriff mit einer fast primordial anmutenden Auffassung von Nation, um die Ablehnung des politischen, gesellschaftlichen und zum Teil auch ökonomischen Liberalismus, um Migration und damit verbundene Fragen nach dem religiösen Erbe Europas, um Kultur und einen dezidiert konservativen Wertekanon mit Familie und Nation als Kernelementen und ganz allgemein um unterschiedliche gesellschaftliche Fragen (vgl. Hufer 2018).

Schon die erwähnten Verbindungen zwischen der *Nouvelle Droite* in Frankreich und der »neuen« Rechten in Deutschland verdeutlichen, dass wir es mit einem internationalen Phänomen zu tun haben. Rechtspopulistische Parteien mit Überschneidungen zu rechtsextremen Gruppierungen wie das *Rassemblement National* in Frankreich um ihre Vorsitzende Marine Le Pen, die AfD in Deutschland, die *Fratelli d'Italia*

1 Zur Gewährleistung der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text durchweg das generische Maskulinum verwendet, womit jedoch alle Geschlechtsidentifikationen bezeichnet sein sollen.

mit der aktuellen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zeigen in etablierten europäischen Demokratien, dass die »neue« Rechte schon lange kein marginales Problem mehr ist. Auch in Ostmitteleuropa regieren mit Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen und mit Fidesz in Ungarn zwei nationalkonservative Parteien, die für autoritäre Tendenzen stehen und sich dezidiert gegen den westlichen Liberalismus postulieren. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sieht Ungarn gar als illiberale Demokratie und versteht das durchaus positiv. Ob dies im polnischen Fall Rechtspopulismus oder schon klar anti-demokratische Merkmale einer »neuen« Rechten sind, wird noch zu klären sein.

Was diese unterschiedlichen Regierungen und Strömungen eint, sind die oben erwähnten Themen, aber auch ein Politikstil, der in der Sprache, in parlamentarischen Verfahren und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung auf Konfrontation und Polarisierung setzt. Demokratie als Kunst des Kompromisses wird uminterpretiert in einen Kampf um Deutungshoheit gegen die vermeintlich dominanten linksliberalen Kultureliten.

Während aber die Forschung über die *Nouvelle Droite* in Frankreich, über die »neue« Rechte in Deutschland oder über andere Vertreter der »neuen« Rechten in Westeuropa recht breit und aktuell ist, sind Studien zu den »neuen« Rechten in Ostmitteleuropa dünn gesät. Zwar werden die Entwicklungen in Polen unter den Regierungen von PiS oder in Ungarn unter Fidesz in demokratischen Indizes seit Jahren kritisch beleuchtet, aber eine Einordnung in das europaweit auftretende Phänomen der »neuen« Rechten unterbleibt, da die historischen Diskurstraditionen beispielsweise Polens oder Ungarns in Westeuropa kaum vertraut sind.

In den folgenden Abschnitten soll es daher einerseits um eine Charakterisierung der Traditionen und Vertreter der »neuen« Rechten in Polen gehen, andererseits aber auch um eine Einordnung, ob diese Charakterisierung für den polnischen Fall angemessen ist. Dabei kann es sich nur um eine erste Annäherung an diese Fragestellung handeln, da gerade die ideengeschichtliche Herleitung der aktuellen Vertreter der »neuen« Rechten einer umfangreicheren Studie bedarf.

2 Traditionen der »neuen« Rechten in Polen

Der im Frühjahr 1989 in Polen zwischen der Solidarność-Opposition und den regierenden Kommunisten ausgehandelte Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft wurde und wird von einer dritten, oft vergessenen Transformation begleitet, und zwar der Neuerfindung der Nation. Die Rückgewinnung der nationalen Souveränität ermöglichte den offenen, gesellschaftlichen Diskurs über die polnische Geschichte, über politische Traditionen, über die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Neuanlage der nationalen Erzählung. Viele politische Traditionen, die in der Volksrepublik Polen nicht gepflegt werden konnten, wurden nun wieder aufge-

griffen und Referenzpunkte waren vor allem die politischen Traditionen der Zwischenkriegszeit, das heißt der Zweiten Polnischen Republik, und der Teilungszeit.

Im Mittelpunkt des politischen Denkens standen in jener Zeit die Gewinnung der Unabhängigkeit und die Regelung der Grenzen des Staates, der Umgang mit den Minderheiten und der innere Staatsaufbau. Während der Kampf um die Grenzen mit dem Vertrag von Riga im März 1921 zwischen Polen, Sowjetrussland und der Sowjetukraine beendet werden konnte (Hoensch 1990: 256–257), blieben die Minderheitenfragen und der innere Staatsaufbau letztlich bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges umstritten.

In der Minderheitenfrage standen sich dabei zwei Konzeptionen gegenüber. Auf der einen Seite vertrat das Lager der Nationaldemokratie (Narodowa Demokracja oder auch *Endecja* nach den Anfangsbuchstaben), seit Februar 1919 als Zusammenschluss verschiedener Strömungen unter der Bezeichnung Nationaler Volksverband (ZLN = *Związek Ludowo-Narodowy*) einen rigiden Kurs gegenüber den Minderheiten und forderte deren Assimilierung oder wie im Fall der deutschen und der jüdischen Minderheit deren Auswanderung. Ziel war ein starker und homogener polnischer Nationalstaat. Insbesondere bei Roman Dmowski, der zentralen Persönlichkeit der Nationaldemokratie, wenngleich er dem ZLN formal nicht beitrug, tritt der Antisemitismus bereits Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zutage und die bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919 ausgehandelten Minderheitenschutzbestimmungen entsprachen keineswegs den Erwartungen Dmowskis, der die polnische Delegation in Paris angeführt hatte (Wapiński 1997: 188–190). Bei Dmowski wurden dem nationalen Interesse alle anderen Fragen untergeordnet und sein 1903 erschienenes Buch »*Mysli nowoczesnego Polaka*« (Gedanken eines modernen Polen) wurde zu einer Art von Bibel der äußersten Rechten bis auf den heutigen Tag.

Auf der anderen Seite vertrat die Polnische Sozialistische Partei (PPS = *Polska Partia Socjalistyczna*) um Marschall Józef Piłsudski, den Anführer der Polnischen Legionen im Ersten Weltkrieg und Staatsgründer der Zweiten Polnischen Republik, die Auffassung, dass alle Bürger im polnischen Staat auch gleiche Bürgerrechte unabhängig von Herkunft, Glaube oder Nationalität haben sollten. Piłsudskis Vorstellungen von einem föderalen Polen, in dem Polen, Ukrainer und Litauer – die Belarussen spielten für ihn keine Rolle – die alte Staatlichkeit der Ersten Republik vor den Teilungen wieder aufleben lassen würden, standen den Ideen Dmowskis von einem ethnisch homogenen polnischen Nationalstaat diametral entgegen. In der Realität scheiterten die Ziele Piłsudskis allerdings an eigenen nationalen Aspirationen der Nachbarn im Osten (Wapiński 1997: 190–191).

Auch hinsichtlich der Staatskonzeptionen waren die Unterschiede zwischen den großen politischen Parteien deutlich. Die PPS vertrat das Ziel einer parlamentarischen Demokratie, wollte aber auch mit Blick auf die Arbeiter stärker partizipative Elemente entwickeln. Die anderen Parteien, darunter die ZLN um Dmowski, verfolgten das französische Staatsmodell, das heißt eine starke, demokratisch fundier-

te Republik. Allerdings sollte sich der Staat nicht zu stark in die Belange der Wirtschaft einmischen (Wapiński 1997: 199–201).

Mit dem Staatsstreich von Piłsudski im Mai 1926 wurden alle diese Konzeptionen hinfällig. Zunächst gingen PPS wie ZLN davon aus, dass das parlamentarische System nicht grundlegend geändert werden würde, da Piłsudski in seiner Begründung für sein Vorgehen ja selbst von Sanierung (Sanacja) gesprochen hatte. Bei dem ihn tragenden Sanacja-Lager stand vor allem das Interesse des Staates im Vordergrund und dies glaubte man am ehesten durch einen stärker autoritären Staat zu erreichen. Die ZLN respektive die Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe = SN), wie sie sich ab 1928 nannte, setzte auf eine Kontinuität der repräsentativen Verfassung und auch die PPS geriet letztlich in Opposition zum Sanacja-Lager um Piłsudski in dem Maße, wie dieses autoritärer wurde. Die auf Piłsudski zugeschnittene neue Präsidialverfassung vom April 1935 trug daher deutlich autoritäre Züge, aber Piłsudski selbst konnte durch seinen frühen Tod im Mai 1935 seine Vorstellungen nicht mehr realisieren (Wapiński 1997: 207–208).

Die innenpolitischen Veränderungen und die Weltwirtschaftskrise von 1929 führten bei Teilen des nationaldemokratischen Lagers aber zu einer weiteren Radikalisierung. Die Jugendorganisation des Großpolnischen Lagers (OWP = Obóz Wielkiej Polski), eines von Dmowski im Dezember 1926 als Reaktion auf den Staatsstreich von Piłsudski gegründeten Zusammenschlusses von ZLN und anderen rechten Gruppierungen, schlug in einem Programmdokument von 1932 vor, Juden das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen. Die Ideologie eines integralen Nationalismus gewann hier die Oberhand (Wapiński 1997: 212) und insbesondere das faschistische Italien war Bezugspunkt für die akademische Jugend des OWP (Rudnicki 1985: 55).

Auch die Allpolnische Jugend, ein 1922 gegründeter Studentenverband (Związek Akademicki Młodzież Wszechpolska), radikalisierte sich Anfang der 30er Jahre. Die Warschauer Abteilung dieses Verbandes gründete im April 1934 das National-Radikale Lager (ONR = Obóz Narodowo-Radykalny), das sich wiederum in zwei Flügel aufspaltete: in die ONR-ABC, einen gemäßigeren Flügel, der sehr katholisch war und den Ausgleich mit dem Lager der Sanacja suchte, und in die ONR-Falanga um Bolesław Piasecki, eine extrem radikale Gruppierung, die unter anderem auch Attentate auf Mai-Demonstrationen des jüdischen Arbeiterbundes ausführte. Ziel war ein totalitärer Staat (Majrochowski 1976: 59–62).

3 Aktuelle Gruppierungen der polnischen Neuen Rechten

Nach der politischen Wende 1989 erfolgte in Polen wie auch in vielen anderen Ländern Ostmittel- und Osteuropas bei der politischen Rechten ein Wiederanknüpfen an politische Traditionen der Zwischenkriegszeit. Monarchisten, Konservative un-

terschiedlicher Couleur und Neofaschisten tauchten zum Teil im neuen Gewand, zum Teil in alten Kleidern wieder auf. Die sozioökonomischen Verwerfungen der Transformation, die ideelle Leere des ökonomischen Neoliberalismus mit seinem programmatischen *enrich yourself*, die aus der Globalisierung resultierenden Herausforderungen wie Migration, wachsende Prekarisierung und zunehmende gesellschaftliche Diskrepanzen sowie schließlich die Wahrnehmung westlicher Identitätspolitik als westlichen Kulturimperialismus – und nicht als Ausdruck eines kontrovers geführten Diskurses um gesellschaftliche Anerkennung – ließen Gruppierungen, die auf Gemeinschaft setzen und einfache schwarz-weiß Bilder produzieren, attraktiv erscheinen. Die Auswirkungen der dritten Transformation, des *Nation-building*, boten zudem Themen an, die wie maßgeschneidert für rechte Gruppierungen mit ihrem Akzent auf der Nation zu sein scheinen. Während die Gegnerschaft zur Globalisierung linke und rechte Populisten und Extremisten noch vereinen kann, ist die Betonung der Nation doch exklusiv auf der rechten Seite der politischen Landschaft angesiedelt.

Zur Charakterisierung der Gruppierungen der polnischen »neuen« Rechten möchte ich im nächsten Abschnitt programmatische Aussagen der jeweiligen Gruppierung auf die folgenden Schlagwörter und Themen hin untersuchen: Patriotismus, Europa, politische Ordnung, historische Tradition. Allerdings sind die Programme der Parteien unterschiedlich umfangreich, sodass diese Themen nur zum Teil abgedeckt werden können. In der Analyse stütze ich mich vor allem auf Selbstdarstellungen, wenn vorhanden, aber auch auf wissenschaftliche Analysen.

3.1 PiS

Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS = Prawo i Sprawiedliwość) ist im Jahr 2001 als Partei aus den Trümmern der Wahlaktion Solidarität (AWS = Akcja Wyborcza Solidarność) hervorgegangen. Die AWS war im Jahr 1996 der Versuch, mehr als 40 Splittergruppen der Rechten zu vereinigen und in den Sejm zu führen. Zuvor waren im Jahr 1993 aufgrund der 5 %-Klausel mehr als 30 % der politischen Rechten außerhalb des Sejms verblieben, was den zur Demokratischen Linksallianz (SLD = Sojusz Lewicy Demokratycznej) gewandelten Postkommunisten die Regierungsübernahme für die Jahre 1993–1997 erlaubte. Die AWS war unter Ihrem Vorsitzenden Marian Krzaklewski schließlich erfolgreich, zog in den Sejm ein und konnte für die Jahre 1997–2001 in der Person von Jerzy Buzek gar den Ministerpräsidenten stellen. Allerdings waren die Streitigkeiten innerhalb des AWS zu groß und der Schritt zur Parteibildung wollte nicht gelingen (vgl. Kawęcki 2016). Ähnlich wie die Bürgerplattform (PO = Platforma Obywatelska) ging auch PiS aus den Trümmern der AWS hervor und schaffte im Gründungsjahr 2001 auch erstmals den Einzug in den Sejm mit 9,5 % der Stimmen. Nach einer kurzen Regierungszeit in den Jahren 2005–2007 gemeinsam mit der Liga Polnischer Familien (LPR = Liga Polskich Rodzin) und der

populistischen Bauernpartei Selbstverteidigung (Samoobrona) gewann PiS im Jahr 2015 zunächst die Präsidentschaftswahlen mit Andrzej Duda, der im Jahr 2020 wiedergewählt wurde, und im Herbst desselben Jahres auch die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit der Mandate (vgl. Markowski 2015). Der Vergleich mit Budapest und der Regierung von Fidesz unter Viktor Orbán lag nahe und die Einschätzung der PiS-geführten Regierung als »rechtspopulistisch« (Bachmann 2016: 37) oder »soft authoritarianism« (Randeria 2021; Levitsky/Way 2002) rücken PiS in den Kontext der »neuen« Rechten.

PiS verbindet im umfangreichen Parteiprogramm von 2019 (229 Seiten) den polnischen Patriotismus mit polnischen Traditionen und der katholischen Kirche im Lande. Der Bezug zum polnischen Papst Johannes Paul II. ist auch 14 Jahre nach dessen Tod im Jahr 2005 im Programm des Jahres 2019 überdeutlich. Unter anderem mit Hilfe der EU-Mittel soll Patriotismus als Grundlage der Nation gefördert werden (Program 2019: 13–14). Es wundert daher nicht, dass die sogenannte patriotische und Bürgererziehung (*wychowanie patriotyczne i obywatelskie*) in die Schulen zurückgekehrt ist. Ein affirmativer Patriotismus wird gefördert, der aber auch als aktive Bürgerhaltung verstanden wird. Fairerweise muss aber auch hinzugefügt werden, dass dies mit Demokratieerziehung verbunden wird. Es soll im Rahmen dieser Erziehung der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie gezeigt werden. Dass die Teilungszeit und der Kampf um die Unabhängigkeit zentraler Bestandteil des Programms ist, versteht sich von selbst (Program 2019: 134). An anderer Stelle des Programms ist gar – ohne nähere Erklärungen – von einem reifen Patriotismus (*patriotyzm dojrzały*) die Rede oder vom nationalen und lokalen Patriotismus (Program 2019: 201, 214). PiS möchte insbesondere auch die Anerkennung und Würdigung der Nationalsymbole verstärken, das heißt Flaggen, Heraldik etc. Insgesamt soll ein stärker affirmativer Patriotismus entstehen, dem eine kritische Auseinandersetzung mit dem Patriotismus der äußersten Rechten fehlt und der damit deren Auffassungen hier die Türen öffnet.

Dazu passen auch Vorstellungen von Europa im Parteiprogramm. Ein Europa der Vaterländer wird von PiS immer wieder hervorgehoben und zugleich damit das in den Verträgen verankerte Prinzip der Subsidiarität (Program 2019: 20). Im Mai 2016 wurde gar mit der Mehrheit von PiS eine Parlamentsresolution angenommen, die die nationale Souveränität des Landes akzentuiert (Uchwała 2016), was mit Blick auf den aus der Mitgliedschaft resultierenden Kompetenztransfer an Brüssel kontrafaktisch ist.

Es ist für PiS vor allem die Heterogenität, die Europa ausmacht. Ein Eurorealismus wird als Gebot der Stunde ausgerufen (Program 2019: 20). Zugleich wird ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten abgelehnt, da dies sowohl Europa wie auch die Position Polens schwächen würde (Program 2019: 184). Auch wenn es im Programm nur an einer Stelle vorkommt, so wird doch von PiS immer wieder vor

der deutschen Dominanz in der EU gewarnt (Unia Europejska zdominowana przez Niemcy) (Program 2019: 172).

PiS bekennt sich in seinem Programm klar zur Demokratie, auch wenn die politische Praxis bisweilen eine andere Sprache spricht. Eines der zentralen Elemente der Demokratie ist die Gewaltenteilung, die von PiS aber sehr elastisch interpretiert wird. Unter Berufung auf Alexis de Tocqueville ist die Rede davon, dass alle Gewalten sich an einem einheitlichen Wertesystem ausrichten sollten und dass der Wille der parlamentarischen Mehrheit hier ausschlaggebend sei, da dieser ja für die Nation stehe (Program 2019: 36–37).

Hinsichtlich der politischen Traditionen knüpft PiS an den Freiheitskampf der polnischen Nation im 19. und 20. Jh. an. Der Freiheitswille wird herausgestrichen und fast als Charaktereigenschaft der Polen angenommen. Im Rahmen einer affirmativen Geschichtspolitik sollen diese Traditionen gepflegt und gestärkt werden. Im 229 Seiten umfassenden Programm kommt der Begriff Tradition 36 Mal vor. Es ist von Freiheitstraditionen, von jüdisch-christlichen Traditionen, von polnischen Traditionen, von politischen Traditionen im Kontext zivilisatorischer Werte die Rede. Bei den politischen Traditionen wird auf den Republikanismus abgestellt, der sich in Form der Adelsdemokratie in Polen über Jahrhunderte entwickelt habe (Program 2019: 12). Übertragen in die Gegenwart verbindet es sich mit einem bürgerlichen Republikanismus, der normativ geprägt ist und keineswegs auf eine rein prozedurale Demokratie im Sinne von Jürgen Habermas abstellt, sondern die politische Gemeinschaft mit einem starken normativen Anspruch in Verbindung setzt. Es ist die nationale Gemeinschaft gestützt auf die Geschichte der Nation und die katholischen Kirche, die Ausdruck eines republikanischen Gefühls ist. Auch die katholische Soziallehre und die gemeinschaftliche Solidarität sind Teil dieses Wertekanons. Schließlich spielt die Überlieferung polnischer Traditionen auch in der Erziehung und im Bildungswesen eine große Rolle (Program 2019: 14, 133).

Abgegrenzt wird sich dabei von einem ökonomischen und politischen Liberalismus. Ersterer wird mit einem Sozialdarwinismus gleichgesetzt, letzterer mit Nihilismus. Als Beispiele für Überzeichnungen dient dabei die sogenannten Gender-Ideologie oder auch der Diskurs um den Schwangerschaftsabbruch (Program 2019: 7, 11, 17, 25–26, 28).

PiS steht somit insgesamt für ein konservatives Gesellschaftsmodell, das offiziell auf der Demokratie basiert. PiS ist damit keine rechtsextreme, das System kontestierende Partei. Allerdings ist die einseitige, unkritische Betonung der nationalen Traditionen Grundlage für fließende Übergänge zu undemokratischen Gruppierungen rechts von PiS. So wird beispielsweise Roman Dmowski, der wichtigste Vertreter der Nationaldemokratie der Zwischenkriegszeit, unkritisch in den nationalen Kanon eingebaut. Beleg dafür ist die 2020 erfolgte Gründung eines Instituts für das Erbe des Nationalgedankens im Namen von Roman Dmowski und Krzysztof Penderecki (Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignace-

go Paderewskiego). Auch der ausschließlich kritische Europadiskurs öffnet die Tore weit für einen Polexit.

3.2 Polska Solidarna/Suwerenna Polska

Die Partei Solidarisches Polen (Polska Solidarna), die sich am 3. Mai 2023 in Souveränes Polen (Suwerenna Polska) umbenannte, gehört der sogenannten Vereinten Rechten an, ist über die Liste von PiS (Vereinte Rechte) im Jahr 2019 mit 18 Abgeordneten in den Sejm eingezogen und auch in der Regierung vertreten. Ihr Vorsitzender ist der Justizminister Zbigniew Ziobro, der dereinst im Streit aus PiS ausgetreten ist. Seine eigene Partei hat er 2012 gegründet (vgl. Wicherek 2018).

Ein eigentliches Programm der Partei ist im Netz nicht zu finden. Betont werden in Äußerungen der Mitglieder aber eine pro-Familienpolitik und christliche Werte. Die Demokratie wird nicht abgelehnt, aber die Partei spricht sich für einen starken Umbau des politischen Systems in Richtung eines Präsidialsystems aus. Die zweite Kammer, der Senat, soll abgeschafft werden. Auch die Immunität und damit das unabhängige Mandat sollen aufgehoben werden. Zudem spricht man sich für eine gemischte Wahlordnung, zum Teil mit reinen Mehrheitswahlkreisen aus. Referenden und Elemente der direkten Demokratie sollen gestärkt werden. Außenpolitisch dominiert eine stark EU-kritische Haltung. Die Souveränität des Nationalstaates ist das oberste Gut (siehe die Änderung des Parteinamens) und die Bereitschaft, beispielsweise in der Auseinandersetzung um Rechtsstaatlichkeit nachzugeben, ist ausgesprochen gering (Obacz 2017: 173²).

3.3 Konfederacja (Konföderation)

Die Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość) ist die wohl interessanteste Partei der extremen Rechten. Sie wurde erst am 6. Dezember 2018 als Zusammenschluss zuvor existierender Gruppierungen gegründet und konnte bei den Parlamentswahlen im Jahr 2019 6,8 % der Stimmen erringen und mit 11 Abgeordneten in den Sejm einziehen. In aktuellen Umfragen vom Juli 2023 lag die Partei vor den Parlamentswahlen im Herbst 2023 bei ca. 15 %, konnte dann aber bei den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 nur 7,2% bzw. 18 Mandate gewinnen. Die Parteien, die diesen Zusammenschluss gegründet haben, sind: Ruch Narodowy (Nationalbewegung), Korwin, Wolnościowcy (Die Freiheitlichen), die Partei der Autofahrer und die Konföderation der Krone Polens (Konfederacja Korony Polskiej). Daraus wird bereits ersichtlich, wie bunt dieser Zusammenschluss ist, der insbesondere – dank einer guten medialen Kampagne – von jungen Menschen gewählt wurde. Das Programm der Konföderation ist eher eine lose Abspra-

2 <https://solidarna.org/dokumenty-do-pobrania/>

che für Steuererleichterungen, Bildungsgutscheine, Gesundheit etc. und kann hier bei Seite gelassen werden. Die Programme der Mitgliederparteien, die formal weiter bestehen, sind sehr viel aussagekräftiger und von diesen sollen daher drei näher vorgestellt werden.

3.3.1 Nationalbewegung (RN = Ruch Narodowy)

Der harte Kern der Konföderation ist die Nationalbewegung um ihren Führer Robert Winnicki. Die Bewegung zog zunächst auf der Liste von Kukiz 15 im Jahr 2015 mit mehreren Abgeordneten in den Sejm ein, schloss sich dann aber mit den genannten Parteien zur Konföderation zusammen (Szwed-Walczak 2017). Die Nationalbewegung ist der momentan wichtigste ideologische Kern der äußersten Rechten in Polen. Ihr Vorsitzender Robert Winnicki war von 2009 bis 2013 Vorsitzender der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska), die am 2. Dezember 1989 wieder begründet wurde und an den Studentenverband gleichen Namens anknüpft, der in der Zwischenkriegszeit existierte und vor allem Roman Dmowski als Leitfigur benennt. Die Allpolnische Jugend ist klar nationalistisch und hat sich nie vom Nationalismus und Antisemitismus der Zwischenkriegszeit distanziert. Seit einigen Jahren ist sie beim Unabhängigkeitsmarsch in Warschau, der als die größte Versammlung von Rechtsradikalen in Europa gilt (Bartoszewicz 2019), sehr präsent.

Die RN ist weltanschaulich stramm rechts. In Verfassungsthesen, die vom Wahlkomitee von Krzysztof Bosak, dem Kandidaten des RN für das Präsidentenamt 2020, unter dem Titel *Nowy Porządek* (Neue Ordnung) herausgegeben wurden, spricht sich die Partei für den Umbau des Staates zu einer modernen Republik aus. Die Nation müsse Grundlage der Macht sein. Die Position des Präsidenten wie des Premiers sollen gestärkt werden auf Kosten der parlamentarischen Macht, die aber auch verbesserte Kontrollmöglichkeiten erhalten soll. Das Amt des Präsidenten soll auf sieben Jahre verlängert werden, dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit eines Vetos gegen Parlamentsgesetze eingeräumt werden. Der Senat soll in eine Kammer der Selbstverwaltungseinheiten umgebaut werden. Für das Wahlsystem ist eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl vorgesehen. Ähnlich wie die Partei *Polska Solidarna/Suwerenna Polska* schlägt der RN eine Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten von 460 auf 230 vor. In der Außenpolitik spricht sich der RN für eine starke Vertretung des polnischen Staatsinteresses in der EU aus. Normativ wird ein christlicher Staat gefordert, was jegliche andere Formen der Partnerschaft als die Ehe ausschließt (Komitet Wyborczy 2020).

Im Programm des RN wird ein starker Nationalstaat herausgestrichen und insgesamt ein extrem konservatives normatives Programm herausgearbeitet. Der RN spricht sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe, für Zwangsarbeit, für Militärausbildung in den Mittelschulen etc. aus. Das, was in den Verfassungsthesen noch relativ harmlos daherkommt, wird hier deutlich in einem institutionellen und

normativen Umbau des Staates einschließlich einer fortschreitenden Militarisierung (Program Ruchu Narodowego 2016: 10, 12, 14).

Dass sich die Partei angesichts dieses Wertesets kategorisch gegen muslimische Einwanderung und gegen entsprechende Entscheidungen der EU in Richtung Relokation ausspricht, dürfte klar sein. Auch wird eine stärkere Kontrolle der ukrainischen Einwanderung befürwortet (Program Ruchu Narodowego 2016: 18–20).

In den historischen Traditionen wendet sich der RN, in den Spuren von Dmowski, von romantischen Vorstellungen der Ersten Republik vor den Teilungen als Konföderation ostmitteleuropäischer Nationen ab und setzt ganz auf das gesunde Nationalinteresse. Polen müsse mit den starken Staaten solide Beziehungen aufbauen. Dazu gehört auch Russland. Trotz der historischen Erfahrungen solle Russland damit nicht anders als die Ukraine behandelt werden. Schließlich spricht man sich auch deutlich für einen Austritt aus der EU aus, da diese nicht mehr zu ändern sei und zu zentralistisch agiere (Program Ruchu Narodowego 2016: 22, 24, 31).

3.3.2 Konfederacja Korony Polskiej (KKP)

Die KKP wird von Grzegorz Braun dominiert, einem Politiker und Filmregisseur, der immer wieder durch extreme Positionen aufgefallen ist. Er und damit seine Partei spricht sich gegen die gegenwärtige Verfassung, für die Wiedereinführung einer Monarchie und ein klares Mehrheitswahlrecht für Sejm und Senat aus. Der Staat soll sich auf minimale Aufgaben beschränken. In weltanschaulichen Fragen ist er für ein völliges Verbot der Abtreibung und die komplette Umsetzung der Lehre der katholischen Kirche im Lande. Die Ansichten Brauns und seiner Partei schwanken häufig, sind aber konservativ-monarchistisch und extrem katholisch. Mehrfach schlug Braun vor, Jesus zum König Polens zu krönen. Auch ist Braun Anhänger von unterschiedlichen Verschwörungstheorien und leugnet die Existenz von Covid (Program Konfederacji Korony Polskiej 2022: 9, 15, 19, 39–41).

3.3.3 Korwin

Auch Janusz Korwin-Mikke ist ähnlich wie Grzegorz Braun ein Irrlicht der politischen Landschaft Polens. Seit Jahren ist er in der politischen Landschaft vertreten, zwischenzeitlich gar im Europäischen Parlament. Programmatisch betont er vor allen Dingen Freiheit, Eigentum und Gerechtigkeit. Seine ideelle Erklärung ist aber mehr als dünn. Es ist eine Ein-Mann-Partei und der Leader unterstreicht neoliberale Ansichten. Im Gegensatz zum RN möchte er einen Nachtwächterstaat (Chwede-zuk-Szulc/Zaremba 2015).

3.4 ONR – Obóz Narodowo-Radykalny (National-radikales Lager)

Das ONR ist eine Anknüpfung an die Organisation gleichen Namens in der Zwischenkriegszeit und damit an eine klar faschistische Organisation. Sie wurde 1993

wieder gegründet und verwendet die gleiche Symbolik wie die 1934 gegründete Organisation. Dabei handelt es sich um eine graphisch dargestellte weiße Hand, die vor grünem Hintergrund ein Schwert hält, die Falange, die an die faschistische Organisation in Spanien der Jahre 1933–1937 anknüpft.

Programmatisch wird alles auf einen starken polnischen Nationalstaat ausgerichtet, der katholisch ist und sein Erbe im Osten nicht vergisst. Außenpolitisch wird eine Föderation der ostmitteleuropäischen Staaten angestrebt. Die Gruppierung versteht sich als Bewegung, die in Brigaden organisiert ist (Nowa Deklaracja Ideowa: o.J.). Ähnlich wie der RN sind die Gruppierungen zum Teil paramilitärisch, marschieren mit Fahnen und in einer Art Uniform, sie haben aber keine Parlamentsvertretung. Ihre Anzahl wird auf mindestens 2.000 geschätzt, es dürften aber erheblich mehr sein. Sie sprechen insbesondere Jugendliche mit Aktionen, Sommercamps etc. an. Vorsitzender ist gegenwärtig Adrian Kaczmarkiewicz.

3.5 Allpolnische Jugend (MW = Młodzież Wszechpolska)

Auch die Allpolnische Jugend wurde nach 1989 neu gegründet, und zwar von Roman Giertych, einem Juristen, der in der ersten PiS-Regierung zwischen 2005–2007 auch Bildungsminister und stellvertretender Ministerpräsident war und zugleich Vorsitzender des Koalitionspartners Liga Polnischer Familien (LPR). Giertych ist ein Enkel von Jędrzej Giertych, einem Mitarbeiter von Roman Dmowski. Roman Giertych selber deklariert seit einigen Jahren seine Nähe zur oppositionellen Bürgerplattform (PO). Die MW setzt auf eine katholisch-nationale Doktrin. Über Aktionen, Demos und das daraus resultierende Gemeinschaftserlebnis wird versucht, junge Leute zu gewinnen. Auch im schulischen Umfeld ist die Organisation sehr aktiv. Programmatisch zentral ist der Bezug zu Roman Dmowski, dem Führer der Nationaldemokratie der Zwischenkriegszeit (Deklaracja ideowa i statut 1989; Bartoszewicz 2019).

3.6 Nationale Wiedergeburt Polens (NOP = Narodowe Odrodzenie Polski)

Die Nationale Wiedergeburt Polens wurde bereits 1981 gegründet und ist damit die älteste, ununterbrochen funktionierende rechtsextreme Gruppierung in Polen. Das Programm sieht den Austritt aus EU und NATO vor, fordert die Nationalisierung von Schlüsselindustrien, steht für katholische Werte und auch für Antisemitismus. Die Politik Israels und der USA im Nahen Osten wird kritisiert. Die NOP strebt eine nationale Revolution an. Sie ist mit der Skinhead-Szene in Polen wohl am aktivsten verknüpft. Ferner setzt sie auf traditionelle Werte wie Familie und Religion, ist strikt antidemokratisch und sehr gut organisiert. Insbesondere an nationalen Feiertagen wie dem Unabhängigkeitstag am 11. November ist sie aktiv und scheint auch international gut vernetzt zu sein. Auch die NOP knüpft an Dmowski an und greift eben-

falls wie die ONR auf das Symbol der Falange zurück (Zasady programowe NOP: o.J.; Dawidowicz 2014).

4 Der Unabhängigkeitsmarsch

Der polnische Unabhängigkeitstag am 11. November wird seit Jahren von rechten Gruppierungen für Aufmärsche und unterschiedliche nationale Bekenntnisse genutzt. Staatlicherseits war dies stets Gelegenheit für kurze Ansprachen und eine Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten auf dem Marschall Józef Piłsudski-Platz im Herzen Warschaus. Seit einigen Jahren ist es aber zu einer Diskursverschiebung in Polen gekommen. Nationale Themen, das Hervorheben von Patriotismus und nationaler Symbolik sind populär und sicherlich hat PiS mit seiner affirmativen Geschichtspolitik, die sich in Reden von Politikern, neuen Museen und einer Vielzahl mit staatlichen Mitteln produzierten historischen Filmen äußert, dazu beigetragen (Garsztecki 2021). Hinzu kam der staatlicherseits mit viel Pomp begangene 100. Jahrestag der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit am 11. November 2018.

Die Zahl der Teilnehmer an diesem Unabhängigkeitsmarsch hat sich von einigen Hundert Vertretern unterschiedlicher rechter und rechtsextremer Gruppen auf einige Zehntausend Teilnehmer erhöht. Im Jahr 2018 nahmen geschätzt 250.000 Menschen am Marsch teil, der traditionell am Roman Dmowski-Rondo im Zentrum startet, und auch in den Folgejahren ging die Teilnehmerzahl in die Zehntausende. Angesichts der steigenden Teilnehmerzahlen war es nötig, den Marsch umfangreich zu organisieren. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2011 der Verein Unabhängigkeitsmarsch (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) von Robert Bąkiewicz, der bis 2018 dem ONR angehörte, gegründet. Mittlerweile baut er seine eigene Organisation auf und plant, auch eine Art Nationalgarde (Straż Narodowa) aufzubauen (Garsztecki 2022).

Alle oben genannten Gruppen und Parteien nutzen den Unabhängigkeitsmarsch für eigene Ziele, werben um Mitglieder, treten in Aktion und versuchen ihre Vorstellung von Polen zu propagieren. Seitens des organisierenden Vereins Unabhängigkeitsmarsch steht dieser jedes Jahr unter einem anderen Motto. Im Jahr 2018 war dies »Bóg, Honor, Ojczyzna« (Gott, Ehre, Vaterland), im Jahr 2020 »Nasza cywilizacja, nasze zasady« (Unsere Zivilisation, unsere Regeln). Interessant ist, dass auch PiS danach trachtet, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Im Jahr 2018 übernahm Staatspräsident Andrzej Duda die Schirmherrschaft über den Marsch und marschierte an der Spitze mit anderen Spitzenpolitikern mit.³ Angesichts der Gegenproteste aus dem linken und dem Antifa-Milieus sowie mit Blick auf zum Teil

3 <https://marszniepodleglosci.pl/historia/>

rechtsextreme Gruppen wurde das von Teilen der Medien in Polen kritisch gesehen (Garsztecki 2022). Die in westlichen Medien anzutreffende Charakterisierung von Zehntausenden von Faschisten, die durch Warschau ziehen, ist allerdings nach eigenen Beobachtungen beim Marsch des Jahres 2019 sicherlich eine Übertreibung. Anzutreffen waren im Jahr 2019, an dem laut Organisatoren ca. 150.000 Menschen teilnahmen, auch extreme Gruppierungen, aber sie stellten nur einen kleinen Teil der Teilnehmer dar. Es waren vor allem patriotisch gesinnte Menschen, deren gemeinsame Klammer die Vaterlandsliebe und ein konservatives, katholisches Weltbild gewesen sein dürften. Hinzu kommt die Überzeugung, dass diese ihre Welt gefährdet ist und verteidigt werden muss.

5 Konservatismus, Rechtspopulismus und »neue« Rechte

Die aktuelle Regierungspartei PiS wird seitens der EU-Kommission aufgrund ihrer Justizreform kritisiert, da diese in den Augen von Brüssel die Unabhängigkeit der Justiz und damit die Gewaltenteilung gefährdet. Weniger im Fokus stehen dabei die Haltung gegenüber den Prinzipien der liberalen Demokratie und die Geschichtspolitik von PiS (Garsztecki 2020).

Gerade in diesen Punkten ist aber die inhaltliche Nähe der unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen der rechten Szene offensichtlich. PiS, die Partei Solidarisches Polen/Souveränes Polen wie auch die Parteien der Nationalbewegung (RN), das National-radikale Lager, die Allpolnische Jugend und die Nationale Wiedergeburt Polens (NOP) lehnen die westliche liberale Demokratie ab, die sie mit Dekadenz, Werteverfall und Identitätspolitik gleichsetzen. Dass es sich dabei nur um ein Zerrbild westlicher Diskurse und Realitäten handelt, liegt auf der Hand. Diesem negativen Bezugspunkt werden eine affirmative Geschichtspolitik und eine nationale Gemeinschaft gegenübergestellt, die Polen gleichsam vor den Gefährdungen der westlichen späten Moderne schützen sollen. Diese nationale Gemeinschaft ist im polnischen Fall zudem christlich, was die Aufnahme von Flüchtlingen aus muslimischen Weltregionen nahezu ausschließt.

Das von PiS vertretene christlich-konservative Weltbild gehört sicherlich ins demokratische Spektrum und PiS selber ist meines Erachtens nicht als Teil einer »neuen« Rechten einzuschätzen. Allerdings ist der politische Stil von PiS oft rechtspopulistisch. Die Geringschätzung der liberalen Demokratie des Westens und eine affirmative Geschichtspolitik – und hier insbesondere die unkritische Rezeption der Person von Roman Dmowski – verwischen zudem die Grenzen zu rechten Gruppierungen. Während PiS und die Partei Solidarisches Polen/Souveränes Polen trotz ihrer mit Recht kritisierten Justizreform oder ihrer Instrumentalisierung der Staatsmedien noch auf dem Boden der Demokratie stehen (Freedom House 2023: 3), sind die anderen skizzierten Parteien einer »neuen« Rechten in Polen zuzurech-

nen. Paramilitärisches Erscheinen, eine kritiklose Haltung zur Vergangenheit, die Verwendung überkommener rechtsradikaler Symbole, die Einstellung zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Minderheiten und eine hohe Gewaltbereitschaft in Teilen der Anhängerschaft und auch ihrer Funktionäre unterstreichen, dass es sich bei der Konföderation, der Allpolnischen Jugend oder dem National-radikalen Lager nicht um Spielarten eines demokratischen Konservatismus handelt.

PiS hat zur Verschiebung des Diskurses in Polen in erheblichen Umfang beigetragen, da eine scharfe Abgrenzung von den Parteien und Gruppierungen der »neuen« Rechten bis heute unterblieben ist. Dies könnte sich nach den Parlamentswahlen im Herbst 2023 als großer Fehler herausstellen, falls beispielsweise die Konföderation ihren Stimmenanteil deutlich vergrößern sollte. Auch in Polen scheint noch eine kluge Strategie für die Auseinandersetzung mit der »neuen« Rechten zu fehlen. Ein kritischer Umgang mit der eigenen Geschichte, politische Bildung statt Patriotismusunterricht und eine klare Abgrenzung nach rechts wären auch hier ein guter Anfang.

Literatur

- »Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 20 maja 2016 r. w sprawie obrony suwerenności Rzeczypospolitej Polskiej i praw jej obywateli«, in: *Monitor Polski* 2016, poz. 466.
- Bachmann, Klaus (2016): »Rebellen ohne Grund. Ursachen und Folgen des Wahlsieges der PiS«, in: *Osteuropa*, 66 Jg., Nr. 1–2, S. 37–60.
- Bartoszewicz, Weronika (2019): »Nacjonalizm na przykładzie Młodzieży Wszechpolskiej«, in: *The Polish Bulletin of Criminology*, Nr. 26, S. 161–175.
- Chwedczuk-Szulc, Karol; Zaremba, Mateusz (2015): »Janusz Korwin-Mikke and the Rest: The Polish Eurosceptic Right Wing«, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, Nr. 2, S. 121–134.
- Daubuis, Geoffroy (2007): »La Nouvelle Droite, ses pompes et ses œuvres D'Europe Action (1963) à la NRH (2002)«, in: *Le sel de la terre*, Nr. 60, S. 87–132.
- Dawidowicz, Aneta (2014): »Narodowe Odrodzenie Polski. Oblicze ideowe nacjonalistycznej partii politycznej«, in: *Polityka i Społeczeństwo*, Nr. 3 (12), S. 58–69.
- Deklaracja Ideowa (1989), <https://mw.org.pl/idea-i-statut/> vom 15.07.2023.
- Freedom House (2023): *Nations in Transit 2023. War deepens a Regional Divide*, <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2023/war-deepens-regional-divide> vom 16.07.2023.
- Fuchs, Christian; Middelhoff, Paul (2019): *Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Hamburg: Rowohlt Polaris.

- Garsztecki, Stefan (2020): »Polen unter der Regierung von PiS – autoritärer Staat oder republikanisches Demokratiemodell?«, in: Zeitschrift für Politik 67 (1), S. 86–101.
- Garsztecki, Stefan (2021): »Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen«, in: Polen-Analysen, Nr. 279, 07.09.21, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/279/geschichtspolitik-und-kollektives-gedaechtnis-in-polen/> vom 15.07.2023.
- Garsztecki, Stefan (2022): »Was ist des Polen Vaterland? Zwischen links und rechts«, in: Jahrbuch Polen 2022. Widersprüche, Nr. 33, S. 145–154.
- Hoensch, Jörg K. (1990): Geschichte Polens, 2. neubearb. und erw. Aufl. Stuttgart: Ulmer.
- Hufer, Klaus-Peter (2018): Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kawęcki, Krzysztof (2016): »Geneza akcji wyborczej solidarność«, in: Międzynarodowe Studia Społeczno-Humanistyczne 21 (2), S. 85–95.
- Komitet wyborczy Kandydata na Prezydenta RP Krzysztofa Bosaka (2020): Nowy porządek. Tezy konstytucyjne, Warszawa.
- Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2002): »Elections without democracy. The rise of competitive authoritarianism«, in: Journal of Democracy, Nr. 13 (2), S. 51–65.
- Majchrowski, Jacek M. (1976): »Obóz narodowo-radykalny – okres działalności legalnej«, in: Dzieje Najnowsze, Rocznik VIII, Nr. 3, S. 53–72.
- Markowski, Radosław (2015): »Wie viel »Budapest« liegt in Warschau? Eine Wahl zugunsten radikaler Veränderungen«, in: Polen-Analysen, Nr. 171, 10.11.2015.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): Populism. A very short Introduction, Oxford: Oxford University Press.
- Nowa Deklaracja Ideowa Obozu Narodowo-Radykalnego (o.J.): Polska Jutra. Deklaracja Ideowa Obozu Narodowo-Radykalnego, <https://www.onr.com.pl/deklaracja-ideowa/> vom 15.07.2023.
- Obacz, Piotr (2017): »Monizm polityczny jako wyraz populizmu. Rozważania teoretyczne na przykładzie dokumentów ideologiczno-programowych Prawa i Sprawiedliwości, Solidarnej Polski i Polski Razem«, in: Filip Pierzchalski; Bartosz Rydliński (Hg.), Autorytarny populizm w XXI wieku. Krytyczna rekonstrukcja, Warszawa: Elipsa, S. 163–179.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): »Was die »Neue Rechte« ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht/> vom 26.06.2023.
- Program Konfederacji Korony Polskiej (2022).
- Program Prawa i Sprawiedliwości (2019): Polski model państwa dobrobytu, <https://pis.org.pl/dokumenty> vom 14.07.2023.

- Program Ruchu Narodowego (2016): Suwerenny naród w XXI wieku, Warszawa, <https://ruch-narodowy.pl/wp-content/uploads/2021/05/Program-Ruchu-Narodowego.pdf> vom 14.07.2023.
- Randeria, Shalini (2021): »Soft Authoritarianism. A new form of rule is emerging gradually, observes scholar Shalina Randeria«, in: up2date. Online Magazine University of Bremen 09/21, <https://up2date.uni-bremen.de/en/research/soft-authoritarianism> vom 13.07.2023.
- Repucci, Sarah; Slipowitz, Amy (2022): »The Global Expansion of Authoritarian Rule«, in: Freedom House. Freedom in the World 2022, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world> vom 09.07.2023.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian (2022): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse, Stuttgart: Kohlhammer.
- Rudnicki, Szymon (1985): Obóz Narodowo Radykalny. Geneza i działalność, Warszawa.
- Szwed-Walczak, Anna (2017): »Partia Ruch Narodowy – historia organizacji politycznej«, in: Katarzyna Walecka; Kinga Wojtas (Hg.): Nowe partie i ruchy polityczne. Praktyka i idee współczesnych demokracji, Warschau: UKSW, S. 159–178.
- Wapiński, Roman (1997): Historia polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, Danzig: Arche.
- Wicherek, Damian (2018): »Powstanie, program i działalność partii politycznej Solidarna Polska (2011–2012)«, in: Prawo i Polityka, Nr. 8, S. 116–132.
- Zasady Programowe NOP (o.J.), <https://www.nop.org.pl/zasady-programowe/> vom 15.07.2023.

Das Wiederaufleben der radikalen Rechten in der Tschechischen Republik im Gewand der »neuen« Rechten

Lukáš Novotný

1 Einleitung

Die tschechische Politik hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt (vgl. Maškarinec/Novotný 2020). Das Fehlen einer funktionierenden Linken in Tschechien treibt Bürger¹, die von der Politik der derzeitigen Regierung frustriert sind, in die Arme von Rechtsradikalen und Populisten. In einer funktionierenden Demokratie wären sie typische Wähler der Sozialdemokratie (ČSSD), die jedoch eine große Krise durchgemacht hat und nicht im Parlament vertreten ist. Deshalb werden die Interessen der linken und unzufriedenen Wähler vordergründig von der Bewegung ANO 2011 unter der Führung des Agrarunternehmers und Millionärs Andrej Babiš vertreten (vgl. Hloušek/Kopeček 2022). Er ist seit 2011 in der Politik und hat nach und nach die vormaligen und nun verärgerten Wähler der bürgerlich-demokratischen Partei (ODS) (Betonung der Korruptionsbekämpfung im Parlamentswahlkampf 2013) und auch der ČSSD (Betonung des Schutzes der Interessen der Rentner und »einfachen Leute« im Parlamentswahlkampf 2017) gewonnen (vgl. Maškarinec/Novotný 2020; Hájek 2017). Die ANO als zentrale Kraft der tschechischen Opposition und auch die SPD (Partei der direkten Demokratie), die von dem in Japan geborenen Geschäftsmann Tomio Okamura geführt wird, punkten bei unzufriedenen Wählern, die vor der aktuellen, nicht sehr stabilen Fünf-Parteien-Regierungskoalition unter der Führung von Premierminister Petr Fiala enttäuscht sind. Während auf der Regierungsseite fünf Parteien stehen, bilden die Opposition zwei starke Parteien. Die SPD kann man dabei als radikalrechte Partei betrachten. Bei der ANO 2011 ist die Bezeichnung als radikale Rechte nicht eindeutig, wie später noch erläutert wird.

Die tschechische Politik hat sich also in den letzten Jahren stark gewandelt (vgl. Maškarinec/Novotný 2020). Die Schlüsselfiguren, die sie stark auf einen illiberalen

1 Im Text wird das generische Maskulinum verwendet, das jedoch alle Geschlechtsidentitäten einschließt.

Weg geführt haben, waren in erster Linie Präsident Miloš Zeman, der auf der Prager Burg zwei Amtszeiten zwischen 2013 und 2023 absolvierte, und Andrej Babiš, der in der Regierung zwischen 2013 und 2021 als Finanzminister (bis 2017) und dann als Premierminister (2017–2021) fungierte (vgl. Hanley/Vachudová 2018). Als Einführung in diesem Aufsatz ist es notwendig, die Position der ANO 2011 zu klären. Denn sie kann nicht eindeutig als radikale oder neue Rechte eingestuft werden, dafür ist sie programmatisch zu vielfältig und zum Teil widersprüchlich. In Bezug auf ihren politischen Stil wird sie von Experten als Vertretung eines technokratischen Populismus eingestuft, der technokratische und populistische Aspekte kombiniert (Guasti/Bušťíková 2020; Havlík/Voda 2018; Havlík 2019).

Babiš ist ein gutes Beispiel für einen Populisten dieses Typs, der die Rechts-Links-Spaltung der Politik überwindet (Bickerton/Accetti 2021) und alles dem »Nutzen der einfachen Leute« unterordnet. Die ideale Regierungsform, so Babiš, sei es, »den Staat wie ein Unternehmen zu führen«, idealerweise wie seine Agrarunternehmen, denen es wirtschaftlich sehr gut geht. Da er seine beträchtliche wirtschaftliche, politische und mediale Macht zu seinem Vorteil nutzt, wird er oft als Oligarch und die ANO als eine Unternehmerpartei (*entrepreneurial party*) bezeichnet (Bušťíková/Guasti 2019; Kopeček 2016). Ihm werden Interessenkonflikte vorgeworfen, weil er öffentliche Subventionen und staatliche Aufträge in Anspruch nimmt. Unternehmensparteien greifen bei ihrer Gründung oft auf ihren unternehmerischen Hintergrund zurück, so auch in ihrem berühmtesten Fall, der Partei von Silvio Berlusconi, wo Manager und Strukturen der Fininvest-Holding genutzt wurden. Eine andere Möglichkeit ist die Schaffung einer eigenen Parteioorganisation, die nach unternehmerischen Grundsätzen aufgebaut ist. Partei-Unternehmen vereinen also die Welten von Politik und Wirtschaft. Sie haben wenig gemein mit der traditionellen Vorstellung von politischen Parteien als soziale Einrichtungen, die Bürger und Politik verbinden. Sie orientieren sich naturgemäß an einer Geschäftsstrategie, und ihr Programm wird häufig von Beratern und Experten mit Hilfe von Marktforschungsmethoden maßgeschneidert. Sie versuchen, das attraktivste »politische Produkt« anzubieten und den Wähler als Verbraucher zu behandeln (Arter 2016; Vercesi 2015). Die logische Folge dieser Strategie ist die programmatische Unbestimmtheit und ideologische Flexibilität dieser Parteien, wie sie auch bei ANO 2011 gut sichtbar ist.

Die anderen Parteien bezeichnet der Parteivorsitzende Babiš als »voller Leute, die nur diskutieren und nichts lösen« und das Parlament als »Quasselstruppe«. Auch versucht er, den Eindruck zu erwecken, dass er auf die Bürger und ihren gesunden Menschenverstand hört. Hierzu geht er auf Bürger zu und fordert sie auf, ihm zu sagen, was sie wollen und worüber sie sich Sorgen machen. Diese Grundsätze finden sich auch in den Slogans der ANO wieder, z.B. »Wir sind eine fähige Nation, wir werden nur von ungeschickten Leuten regiert« (Stauber 2015). Passend dazu orientiert sich Babiš an Viktor Orbán und sieht sich als »Verteidiger der freien Welt«, gerade weil er die heutige, liberale Demokratie in der Krise sieht.

Trotz Babiš' Hang zum Illiberalismus, seiner politischen Bedeutung in der Tschechischen Republik und der Tatsache, dass er seine Gegner bei Kundgebungen als Faschisten und Nazis bezeichnet, werden wir uns in diesem Artikel jedoch nicht auf die ANO-Bewegung 2011 konzentrieren. Im Fokus steht stattdessen die SPD, übersetzt als Partei der direkten Demokratie, die nicht nur eine bedeutende Oppositionskraft in der Tschechischen Republik ist, sondern gegenwärtig auch, zusammen mit Babiš' ANO 2011, soziale Spannungen schürt, zu regierungsfeindlichen Demonstrationen aufruft und die Ängste der Menschen vor den wirtschaftlichen, aber beispielsweise auch sicherheitspolitischen Problemen, die sich heute stellen, verstärkt. Von besonderem Interesse ist die SPD, weil sie als einzige im Parlament vertretende Partei in der Tschechischen Republik der radikalen Rechten zuzurechnen ist. Wir werden hier nun ihre Entwicklung, ihre Programmatik und ihre aktuelle Situation erörtern. Das Ziel ist dabei, auch ihre gesellschaftliche Basis und die Entwicklung der überparteilichen radikalen Rechten im Allgemeinen zu untersuchen.

Daneben soll die Studie einen Überblick über die Entwicklung der radikalen Rechten und die Themen der neuen Rechten geben, einschließlich ihrer aktuellen Aktivitäten, aktuellen Probleme und anderen Besonderheiten. Die Schwerpunkte liegen auf den Meilensteinen in der Entwicklung der extremen Rechten, den Ursachen für ihren Aufstieg und dem aktuellen Zustand der parlamentarischen und außerparlamentarischen radikalen Rechten.

2 Entwicklung der radikalen Rechten

Der Zusammenbruch des Kommunismus in der Tschechoslowakei im Jahr 1989 öffnete die Tür für verschiedene neue Formen des politischen Engagements, darunter auch für radikale oder extremistische Parteien (vgl. Novotný/Thieme 2010). Der größte Teil der Gesellschaft schien mit der Richtung, die das Land nach 1989 eingeschlagen hat, zufrieden zu sein. Der wirtschaftliche Übergang und die Umgestaltung der Gesellschaft vom kommunistischen Totalitarismus zu einer demokratischen und liberalen Gesellschaft fanden in den Medien Widerhall und schienen von der Mehrheit der Bürger akzeptiert zu werden. Das Land entwickelte sich zu einem Paradebeispiel für wirtschaftliche Transformation innerhalb des ehemaligen kommunistischen Blocks und zu einem Vorreiter im Prozess der Integration in die Europäische Union (vgl. Schimmelfenning/Sedelmeier 2004). Zudem galt Tschechien als voll konsolidierte Demokratie (vgl. Merkel 2007). Aufgrund ihres für die Demokratisierung günstigen historischen Erbes (vgl. Kitschelt 2001), ihres Weges in die NATO (1999) und der Tatsache, dass sie keine allzu tiefgreifenden Folgen der Eurozonen- und Wirtschaftskrise von 2008–2012 zu spüren bekam, verfügte die Tschechische

Republik im Vergleich über gute strukturelle Bedingungen für eine demokratische Konsolidierung.

Doch bei näherer Betrachtung, etwa mit Blick auf die Wahlergebnisse, war die Kommunistische Partei (KSČM) seit Beginn der Existenz der freien Tschechoslowakei und dann der Tschechischen Republik im Parlament vertreten, wo sie in der Regel zwischen 10 % und 12 % erreichte, gelegentlich sogar noch mehr – im Jahr 2002 beispielsweise waren es 18 %. Bis 1998 war auch die Republikanische Partei unter der Führung von Miroslav Sládek in der Abgeordnetenversammlung vertreten, wo sie 1992 6 % und 1996 8 % erreichte. Zusammen erreichten diese beiden politischen Parteien, die Anti-System-Kräfte waren, somit etwa 20 Prozent der Wählerschaft (Novotný 2004; 2011; Charvát 2007).

Man kann also sagen, dass es während der gesamten 1990er Jahre mindestens ein Fünftel der Bevölkerung gab, das mit dem eingeschlagenen Weg nicht einverstanden war und den politischen Wandel, zumindest in der Form, in dem er stattfand, ablehnte. Diese Situation änderte sich im Jahr 1998, als Sládeks Republikaner aus dem Parlament ausschieden, während die Gewinne der Kommunistischen Partei im Wesentlichen stabil blieben (Mareš 2015). Zu diesem Zeitpunkt verschwand die extreme Rechte aus dem Zentrum der Politik. Dies schien zu bestätigen, dass die Mehrheit der Menschen mit dem politischen Wandel und dem Aufkommen der liberalen Demokratie wirklich einverstanden war (vgl. Hanley/Sikk 2016).

Seit dem Scheitern der SPR-RSČ bei den Parlamentswahlen 1998 verlor die Parteienfamilie der radikalen Rechten insgesamt ihre Vertreter in der Abgeordnetenversammlung für 5 Jahre (Deegan-Krause 2006; Hanley 2012). Gleichzeitig aber waren diese Parteien in den Nachbarländern der Visegrad-Vier politisch erfolgreich (siehe Jobbik in Ungarn, Slowakische Nationalpartei, Kotlebianer – Volkspartei Unsere Slowakei in der Slowakei oder Liga polnischer Familien) (Casal Bértoa 2014; Engler 2016). Der Grund für das Fehlen dieser Art von Parteien in Tschechien war die allgemeine Zersplitterung der rechtsextremen Szene aufgrund des Zerfalls der Republikaner. Nach dem Sturz des Parteivorsitzenden Miroslav Sládek konnte sich keine starke und charismatische Persönlichkeit profilieren, die die Szene hätte einen können und die auch medial und rhetorisch versiert gewesen wäre (Mareš 2011; Chytilík/Eibl 2011; Evans/Whitefield 1998).

Anders als in Westeuropa wurde der größte Teil der rechtsextremen Strömung zwischen 1998 und 2013 von Gruppen, die mit der Subkultur der Skinheads verbunden waren, gebildet, die für die nächsten fast 15 Jahre die Schlüsselrolle der rechtsextremen Szene und gleichzeitig der wichtigsten antisystemischen Kraft übernahm. Sie brachte die offene Verehrung des Nationalsozialismus und brachiale Gewalt in den öffentlichen Raum. Damit wurde sie jedoch nicht akzeptabel für viele »normale« Menschen, die zwar protestorientiert waren, aber offenen Nationalsozialismus und Gewalt ablehnten. Gleichzeitig konzentrierten sich das Innenministerium und die Polizeikräfte in dieser Zeit in ihrem Kampf gegen den Radikalismus auf Gruppen

mit subkulturellem Hintergrund, und lange Zeit wurde Radikalismus oder Extremismus zum Synonym für subkulturelle Skinhead-Gruppen. Diese Situation dauerte bis etwa 2013, als sich die letzte der aus der Skinhead-Subkultur hervorgegangenen Organisationsstrukturen (Nationaler Widerstand, Autonome Nationalisten) auflösten.

3 Ursachen für den Aufstieg der radikalen Rechten

Der Wandel erfolgte nach den Parlamentswahlen 2013, als Tomio Okamuras Partei Úsvit (Dämmerung) 8,8 % der Stimmen im Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments erhielt. Diese Bewegung verteidigte ihre Position bei den nächsten Wahlen, obwohl sie nach Streitigkeiten über die Art und Weise, wie die Partei geführt und finanziert wurde, vom Vorsitzenden Okamura in SPD umbenannt wurde, die seitdem die Position der dritt- oder viertstärksten parlamentarischen Partei innehat.

Was hat diesen Wandel verursacht? Zuerst soll die Gründung einer neuen Partei erwähnt werden, die für ein breiteres Publikum akzeptabel war und immer noch ist, eines, das mehr oder weniger gegen das System ist, sich aber nicht mit dem offenen Neonazismus in Verbindung bringen will, zu dessen Ideen es sich meist auch nicht bekennt. Dies war ein wichtiges Symptom des Wandels. In der Vergangenheit wurden bereits solche Parteien gegründet, etwa die Nationale Partei (Národní strana) oder Dělnická strana (Arbeiterpartei), doch waren diese stets mit offen extremistischen Gruppierungen verbunden, die in der Tschechischen Republik keine Chance auf Erfolg hatten. Die Partei Úsvit bzw. die SPD stellt daher Alternativen dar, die eher die Dimension des Populismus als des Radikalismus betonen, sich verbal von Rassismus oder Antisemitismus distanzieren und sich auf die Tradition des Nationalismus und eine Kombination aus konservativen und sozialen Ansätzen berufen.

Das zweite Grund war der Wandel der extremen Rechten, der mit dem Al-Qaida-Anschlag auf die New Yorker Zwillingstürme im Jahr 2001 zusammenhing. Die internationale Lage veranlasste die rechtsextremen Gruppen dazu, ihre Grundthesen so umzuformulieren, dass sie ihre Positionen legitimieren und ihr Image in einer Weise verändern konnten, die für die Öffentlichkeit akzeptabler war. Offener Rassismus und Antisemitismus wurden durch Anti-Islamismus ersetzt, Nationalismus durch Euroskepsis und die Forderung nach autoritärer oder totalitärer Herrschaft nach und nach durch die Forderung nach direkter Demokratie. Die SPD hat diese Themen in der tschechischen Politik am besten instrumentalisiert, und sie hat sich auch auf eine starke populistische und radikale Rhetorik verlassen, aber vor allem auf ein hochwertiges und sehr aggressives politisches Marketing. Dies wurde von der tschechischen Bevölkerung durchaus begrüßt. Umgekehrt wurden die verbündeten rechtsextremen Gruppen, die diesen Wandel nicht vollzogen, nach und nach

durch Gruppen ersetzt, die ihr äußeres Erscheinungsbild den neuen Bedingungen anpassten.

Das dritte Moment ist die Tatsache, dass die Tschechische Republik, ähnlich wie auch andere Staaten, in den letzten 15 Jahren mehrere ziemlich grundlegende Krisen verschiedener Art erlebt hat, die alle zur Erosion der pro-demokratischen Einstellungen beigetragen haben. Zunächst war es die »Große Depression« im Jahr 2008, die im tschechischen Umfeld zu einer Synergie zwischen rechtsextremen Gruppen und der Skinhead-Subkultur führte. Pogromversuche in nordböhmischen Städten, die seit langem für das problematische Zusammenleben zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der Roma-Gemeinschaft bekannt sind, fallen in diesen Zeitraum. Ein weiterer Meilenstein war die Griechenlandkrise im Jahr 2009, gefolgt von der ersten Ukraine Krise im Jahr 2014 und der Migrationskrise im Jahr 2015. Insbesondere letztere beschleunigte den Aufstieg von anti-islamistischen Gruppen (Císař/Navrátil 2019; Havlík 2015).

Es entwickelte sich jedoch noch ein weiteres, völlig neues Phänomen im Kontext der Migrationskrise, nämlich das allmähliche Entstehen einer Desinformationsszene. In ihrem Zentrum stand zunächst die Verbreitung der negativen Informationen über die Auswirkungen des Islams, die sich auf problematische Aspekte der muslimischen Religion konzentrierten, aber allmählich begannen verschiedene extremistische Gruppierungen, desinformative Narrative aus Westeuropa zu übernehmen. Ein wesentlicher Teil der heutigen Desinformationsszene hat hier seine Wurzeln. Die Tatsache, dass ein Großteil dieser Desinformationen in keiner Weise öffentlich in Frage gestellt wurde und im Gegenteil die meisten etablierten politischen Parteien eine einwanderungsfeindliche und oft explizit antiislamische Rhetorik an den Tag legten, hat jedoch eine wichtige Rolle bei ihrer Entstehung gespielt. So etwa unterstützte Präsident Zeman persönlich die Vertreter dieser extremistischen Szene mit Martin Konvička an der Spitze bei der Kundgebung zum 17. November 2015. Anti-islamische und desinformierende Narrative haben somit seither öffentliche Legitimität erlangt.

Der dritte Grund für das Erstarken der rechtsextremen Parteien war die inhaltliche Verschärfung der Fehlinformationen, die insbesondere im Zusammenhang mit dem Brexit und den Wahlen in den Vereinigten Staaten auftraten, bei denen Donald Trump gewonnen hat. Die Radikalisierung der Gesellschaft konnte nicht nur in der Tschechischen Republik, sondern auch in anderen Ländern beobachtet werden (z.B. die Gelbwestenbewegung in Frankreich). Diese dynamischen sozialen Spannungen werden seit 2020 vom Ausbruch der Covid-19-Pandemie überschattet, und auch die russische Invasion in der Ukraine, die bis heute andauert, stellt eine bedeutende Krise dar. Einige dieser Ereignisse waren international, andere eher lokal, aber sie alle trugen dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Werte bei einem Teil der tschechischen Gesellschaft zu untergraben.

4 Radikale Rechte im Parlament

»Wir werden die EU auf die englische Art verlassen«, »Wir wollen eine Regierung des gesunden Menschenverstands« oder »Frei zu denken, zu sprechen und zu atmen« sind einige der Wahlslogans der SPD, der erfolgreichsten rechtsradikalen und rechtspopulistischen Partei in der Tschechischen Republik in ihrer fast 30-jährigen Geschichte. Hinzu kommen die Forderung nach der Absetzbarkeit von Politikern, die Befristung der Amtszeit von Richtern, die Verstaatlichung von Gerichtsvollziehern, die Einführung von Volksabstimmungen, die Betonung des Schutzes des Landes vor Muslimen und der Versuch, eine populistische Mentalität zu schaffen, die unter anderem auf der Stereotypisierung von Ausländern und der angeblichen Gefährdung der tschechischen Nation beruht.

Sowohl für Úsvit als auch für die SPD gilt, dass es sich um die Geschäftsprojekte ihres Gründers Tomio Okamura handelt, eines Geschäftsmanns tschechisch-japanischer Herkunft mit Erfahrung als Senator und einem erfolglosen Kandidaten für die tschechische Präsidentschaft. Wie bei politischen Projekten von Unternehmern üblich, wurde die Úsvit-Bewegung im Mai 2013 gegründet, kurz vor den Abgeordnetenhauswahlen im Oktober. Ihre programmatischen Prioritäten forderten eine größere Macht des Volkes durch die Institutionen der direkten Demokratie (Referenden, Abberufung von Politikern, Volksinitiative). Úsvit unterstützte auch offen romafeindliche Positionen, aber in vielen Bereichen fehlten der Bewegung kohärentere Ansichten und ein Programm.

Ein wichtiger Punkt im Parteiprogramm ist die Frage der Einwanderung und die Notwendigkeit, »strenge Bedingungen für die Einwanderungspolitik der Tschechischen Republik festzulegen. Wir wollen keine unangepassten Einwanderer oder die Ankunft religiöser Fanatiker. Unser Ziel ist ein selbstbewusster und starker tschechischer Staat« (Úsvit 2013). Im Einklang mit anderen ähnlich gelagerten populistischen Gruppen fordert sie einen Stopp weiterer Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene.

»Wir werden die Souveränität im Bereich der Steuer- und Haushaltspolitik verteidigen. Wir sind gegen den Bankensozialismus, gegen die Überweisung von Geldern an insolvente ausländische Banken und gegen eine übermäßige europäische Bürokratie. Wir werden der Einführung des Euro nur zustimmen, wenn sie für die Tschechische Republik und ihre Bürger eindeutig von Vorteil ist, und nur nach einem Referendum.« (Úsvit 2013)

Ähnlich wie auch bei anderen Parteien der radikalen Rechten stellen wir auch bei der SPD fest, dass sie ideologisch nicht leicht zu verankern ist. Denn ihre programmatischen Schwerpunkte verbinden die extreme Linke und die Rechte. Wie der Name der Partei schon besagt, setzt die SPD auf ein System der direkten Demokra-

tie – wie Okamura selbst oft betont, nach dem Vorbild der Schweiz und Liechtensteins. An diesem Punkt zeigt sich seine Vorstellung von einer idealistischen Gemeinschaft gleichberechtigter Menschen, die ihre eigenen Vertreter wählen und abberufen. Insbesondere hat Okamura mehrfach eine Art vorsichtige Sympathie für linksextreme Ideen geäußert, etwa wenn er den Kampf für »bürgerliche Gleichheit und Freiheit« befürwortet. In diesem Sinne weist er eine Nähe zu den Kommunisten auf und schrieb dementsprechend in seinem Blog: »Es ist keine Schande, sich zu solchen Leuten zu bekennen« (Okamura 2012). Auch in der Sozialpolitik ist die SPD ideologisch schwer zu fassen – und steht der radikalen Linken nahe.

Im Gegensatz dazu macht sie sich jedoch die Rhetorik der extremen Rechten zu eigen, wenn sie ein Verbot der Förderung und Verbreitung des Islams fordert, den sie für eine »hasserfüllte Ideologie« hält, und für den Austritt des Landes aus der EU kämpft, deren »Diktat« (einschließlich z.B. der Einwanderungspolitik und der Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen) sie entschieden ablehnt. Ebenso hat sich Okamura wiederholt unmissverständlich gegen die Beitrittsgespräche der Türkei mit der EU ausgesprochen. Er ist ein Anhänger Israels, ein Unterstützer von Donald Trump und rühmt sich in Bezug auf seine Kontakte der Nähe zu Geert Wilders und Marie Le Pen, die Okamura als seine engsten Verbündeten betrachtet, auch durch seine Mitarbeit in der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit im Europäischen Parlament (vgl. Svačinová 2018). Was die Zusammenarbeit der Okamura-Partei im Ausland angeht, so arbeitet sie auch mit der deutschen Alternative für Deutschland zusammen, doch verläuft diese Kooperation nicht so intensiv. Das hat wahrscheinlich etwas mit der in der Partei nach wie vor verbreiteten antideutschen Stimmung zu tun.

In der Tschechischen Republik wird in dem regelmäßig veröffentlichten Jahresbericht über Extremismus festgestellt, dass die SPD die auffälligste Gruppierung mit vorherrschenden fremdenfeindlichen und virulenten nationalistischen Elementen ist (Innenministerium 2022). Der aktuelle Bericht, der extremistische Erscheinungen für das Jahr 2022 zusammenfasst, spricht von der Dominanz der SPD im politischen Spektrum, das sie durch antimuslimische, einwanderungsfeindliche und romafeindliche Reden abgrenzt. Die Rhetorik der Führer der Bewegung ist nun stärker auf die Opposition gegen Geflüchtete aus der Ukraine und auf wirtschaftliche Fragen ausgerichtet, die sie mit dem Konflikt in Osteuropa in Verbindung zu bringen versuchen. Der Krieg hat das Motiv der muslimischen Bedrohung in den Schatten gestellt und auch den Widerstand gegen die nachlassenden Maßnahmen gegen die COVID-19 Pandemie geschwächt. Interessant ist, dass Präsident Miloš Zeman mehrfach versucht hat, die Annahme dieser Berichte zu verhindern, gerade wegen der Verweise auf die SPD von Tomio Okamura. Die Aufnahme der SPD in den Bericht im Stellungnahmeverfahren wurde von der Burg sogar wiederholt als »völlig inakzeptabel« bezeichnet (idnes 2018). Nichtsdestotrotz wird die SPD in dem Bericht seit mehreren Jahren als der einflussreichste Akteur innerhalb der

nationalistischen politischen Strömung angesehen und bestimmte Äußerungen von Politikern der Bewegung werden häufig als fremdenfeindlich und hasserfüllt zitiert.

Okamura kritisiert regelmäßig das tschechische Innenministerium, das den Bericht veröffentlicht und die extremistische Szene beobachtet, mit dem Vorwurf, dass es den Bericht dazu benutzt, um politisch gegen seine Bewegung und seine Person vorzugehen. Hier stoßen wir tatsächlich auf ein methodisches Problem, das teilweise mit der unklaren Definition von Extremismus in der Tschechischen Republik zusammenhängt. Nach Ansicht des Innenministeriums besteht ein Widerspruch zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und der Tatsache, dass Extremisten danach streben sollen, die heutige Demokratie durch eine Diktatur zu ersetzen. Dies lässt sich jedoch in der SPD – bezogen auf die Gesamtbewegung – nicht eindeutig nachweisen.

Die SPD ist für die heutige politikwissenschaftliche Forschung aus mehreren Gründen relevant. Erstens ist sie eine der radikalen und populistischen Parteien in Mitteleuropa mit überwiegend rechtsradikalen programmatischen Elementen. Ihr Konzept von Nation und Patriotismus, ihr Verhältnis zu den Eliten und zu den Verfassungsgrundsätzen der Tschechischen Republik, aber beispielsweise auch ihr Verhältnis zu ethnischen und anderen Minderheiten und die damit verbundene Fremdenfeindlichkeit sowie der emotionale und vereinfachende Politikstil, der auf die Grundinstinkte, Gefühle und Ängste der Menschen abzielt, sind in vielerlei Hinsicht typisch für die »neue« Rechte, nicht nur in der Tschechischen Republik, sondern auch in Mitteleuropa (van Hauwaert und Kessel 2018).

Ein wichtiges Element für die Analyse ist die Figur des Vorsitzenden Tomio Okamura, der ein prominentes Gesicht der tschechischen Politik, der Parteivorsitzende und ehemalige Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung ist. Okamura ist intensiv bemüht, eine Partei aufzubauen, die ihm streng untergeordnet ist, denn er hat Erfahrungen aus seiner ersten Bewegung, Úsvit, als seine eigene Partei ihn ausschloss. Er will keine Leute in der Partei haben, die stark, prominent und selbst in der Lage sind, Wähler an sich zu binden. Er ist ein typischer politischer Unternehmer, der buchstäblich seine Bewegung beherrscht. Er ist ein meisterhafter Rhetoriker, der die bestehenden politischen Eliten wirkungsvoll ins Visier nehmen und sich als Kämpfer gegen Korruption, als Verteidiger des Nationalismus und des (vermeintlichen) Volkswillens präsentieren kann. Wie bereits erwähnt, Okamura und seine SPD-Partei sind das erfolgreichste Projekt der radikalen Rechten in der postsozialistischen Geschichte der Tschechischen Republik.

5 Radikale Rechte außerhalb des Parlaments

Besonders interessant war in den letzten Jahren die Entwicklung im Bereich der anti-islamischen Gruppen. Diese ganze Szene erlebte nach 2015 eine Krise und löste sich auf Grund von Streitigkeiten um 2017 auf. Die meisten der bis dahin aktiven Internetseiten und Online-Gruppen, die mit ihr verbunden waren, blieben jedoch funktionsfähig und begannen allmählich, neue Desinformationen zu verbreiten. Ihr verbindendes Moment war ein völliges Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Parteien, die Ablehnung der Europäischen Union und ein allmählich wachsender Hass auf den westeuropäischen Liberalismus und die liberale Demokratie im Allgemeinen. Die stärkste Plattform für diese Einstellungen war das Webportal *Parlamentní listy* (Parlamentsblätter), das sich von einer ehemaligen Lobbyzeitschrift in ein Projekt verwandelte, das einer Reihe von Personen aus der Anti-Islam- und Desinformationsszene Raum zur Meinungsäußerung bot. *Parlamentní listy* wurde damit zum Aushängeschild der Desinformationsszene und profitierte von der Tatsache, dass in der Tschechischen Republik als postkommunistisches Land eine sehr starke Abneigung gegen jede Einschränkung der Meinungsfreiheit besteht, einschließlich der Einschränkung von Desinformationswebseiten.

Ein bedeutender Durchbruch in der Entwicklung der außerparlamentarischen extremen Rechten war die Massendemonstration auf dem Wenzelsplatz in Prag Anfang September 2022. Diese Demonstration, aber auch die insgesamt polarisierte Gesellschaft ist das Ergebnis der so genannten Polykrise, in der mehrere Krisen gleichzeitig stattfinden: die COVID-Krise hallt noch nach, es gibt einen Krieg in der geografischen Nachbarschaft, eine Flüchtlingskrise, eine Energiekrise sowie eine Finanzkrise. Nach Schätzungen der Polizei nahmen bis zu 70 000 Menschen an dieser Demonstration teil, zu der vor allem damals noch unbekannte Personen aufgerufen hatten. Die Demonstration richtete sich gegen die Politik der Regierung, insbesondere gegen die Preiserhöhungen, die vor allem mit dem Anstieg der Energiepreise zusammenhingen. Auf diese Demonstration folgten weitere, ähnlich gestaltete Protestaktionen, die mit mehr oder weniger großer Häufigkeit bis zum heutigen Tag fortgesetzt werden. Obwohl keine dieser Aktionen eine so große Zahl von Menschen erreichte wie die erste, war das Signal, das an die Regierung und die gesamte tschechische Öffentlichkeit gesendet wurde, ziemlich deutlich.

Die rechtsradikale Szene erfuhr zwar bereits einen bedeutenden Wandel während der COVID-19-Pandemie, der die Bereitschaft einiger Menschen, Desinformationen über die Pandemie anzuhören, auf sehr dramatische Weise bestärkte. Zu diesem Zeitpunkt fanden sich mehrere zuvor nicht-kooperierende Gruppen zusammen, vor allem aus der Desinformationsszene, und Gruppen, die kollektiv als Anti-Vax bezeichnet werden – d.h. diejenigen, die Impfungen ablehnen und dem Mainstream der Medizin im Allgemeinen sehr kritisch gegenüberstehen. Theorien über eine globale Verschwörung, die für die extreme Rechte charakteristisch sind, began-

nen die Desinformationsszene zu durchdringen und wurden mit dem Narrativ der negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Impfungen in Verbindung gebracht. Vor allem Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen waren von den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie stark betroffen und ihre Frustration entlud sich häufig in der Unterstützung verschiedener Desinformationsgruppen und -organisationen, deren Bedeutung in dieser Zeit dramatisch zunahm. Diese Desinformationen fanden jedoch auch in bestimmten Teilen der Bevölkerung und vor allem bei Berufsgruppen, die von den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen der Regierung stark betroffen waren, wie z.B. Unternehmer oder Beschäftigte im Gaststättengewerbe usw., Anklang. Einige dieser Personen verließen die Desinformations-Szene nach dem Ende der Anti-Pandemie-Maßnahmen, aber viele blieben. Ziel ihrer Kritik ist zunehmend auch das europäische liberale Konzept der Demokratie, dem die autoritäre Persönlichkeit Wladimir Putins mehr oder weniger offen gegenübergestellt und das konservative, orthodoxe und LGBT-feindliche Russland als eine Art Vorbild hingestellt wird.

Besorgniserregend ist die Radikalisierung einiger rechtsextremer Bewegungen, die viele Parallelen zu dem aufweist, was wir in den Vereinigten Staaten beobachten. Die Gruppen, die zu den Demonstrationen aufrufen, sind jedoch noch zersplittert, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es in diesem politischen Segment eine große Konkurrenz gibt. Die SPD bewegt sich unter diesen unzufriedenen Menschen schon seit langem, und nach den Präsidentschaftswahlen buhlt auch Andrej Babiš um diese Stimmen, so wie er zuvor die ČSSD und die KSČM ausgeschlachtet hat.

Ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für die außerparlamentarische extreme Rechte ist auch der russische Einmarsch in der Ukraine. Vor allem für die an Russland orientierten radikalen Rechten war er zuerst ein großer Schock. Die Szene verstummte zunächst für einige Wochen, unter anderem, weil die Reaktion der tschechischen Gesellschaft überwiegend pro-ukrainisch war. Doch nach und nach stützte sie sich jedoch mit zunehmender Intensität auf eine strikt pro-russische Interpretation des russisch-ukrainischen Konflikts sowie auf Kritik an der EU, den USA und der NATO. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage, die anhaltende Post-COVID-Inflation und der dramatische Anstieg der Energiepreise, der durch den Krieg selbst verursacht wurde, trugen wesentlich dazu bei.

6 Schlussfolgerung

Wenn wir verstehen wollen, welche Entwicklung in der Tschechischen Republik die extreme Rechte genommen hat und woher die Menschen kommen, die sich gegen die Regierung und den politischen Mainstream aussprechen und die Desinformation unterstützen, dann müssen wir die aktuelle Situation als Ergebnis mehrerer problematischer Schritte in der Vergangenheit betrachten.

Der erste ist die jahrelange Missachtung unzufriedener Bürger in den 1990er Jahren. Wir haben gesehen, dass es sich dabei um eine ziemlich große Gruppe handelt, die etwa 20 % der Wählerschaft ausmacht. Oft waren es Menschen, die man als Transformationsverlierer bezeichnen könnte, doch im Laufe der Zeit und als Folge der oben genannten Krisen hat sich diese Gruppe vergrößert und differenziert. Zweitens haben wir auch darauf hingewiesen, dass insbesondere infolge der Migrationskrise 2015 die Desinformationsszene in der Tschechischen Republik stark zugenommen hat. Ihre Argumente wurden oft von den etablierten politischen Parteien geteilt und damit legitimiert. Drittens besteht das Problem darin, dass die Tschechische Republik lange Zeit nicht in der Lage und willens war, Desinformationsnarrative wirksam zu bekämpfen. Der vierte Faktor, der die rechtsradikale Szene nährt, betrifft die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation eines Teils der Bevölkerung während der COVID-19 Pandemie und die mangelnde Fähigkeit der Regierungen, ihre Probleme zu lösen. Nicht zuletzt sind auch die aktuellen Auswirkungen der heutigen Polykrise zu nennen, wobei die derzeitige Regierung der fünf Koalitionsparteien nicht immer in der Lage ist, die Sorgen der Bürger zu beruhigen.

Die tschechische Politik ist beispielgebend, denn das Ignorieren unzufriedener Bürger und ihrer wirtschaftlichen Probleme führt zur sozialen Spannung und damit zur Radikalisierung (vgl. Novotný 2020). Tatsächlich erleben wir in der tschechischen Gesellschaft eine zunehmende Polarisierung, auf die der politische Mainstream noch keine wirksamen Antworten findet. So gibt es eine schwer zu quantifizierende Gruppe unzufriedener Bürger, die dem gegenwärtigen politischen System so sehr misstrauen, dass sie sich dessen völlige Veränderung wünschen. Und diese Gruppe wird seit langem von Leuten aus der Desinformationsszene ins Visier genommen. Dies geschieht sowohl aus rein pragmatischen Gründen (z.B. in Form von finanziellen Gewinnen für die Betreiber dank der Leserschaft von Desinformationswebsites) als auch aus geostrategischen Gründen, bei denen aktuell die prorrussische Ausrichtung eines erheblichen Teils der Desinformationsszene eine Rolle spielt.

Das tschechische Innenministerium warnt derzeit davor, dass sich in der Tschechischen Republik eine große und bisher unbekannte Gruppe von Unzufriedenen gebildet hat, die der Regierung nicht trauen und mit der Ausrichtung des Staates nicht einverstanden sind (vgl. Innenministerium 2022). Ihr neues Thema ist die Ukraine. Traditionelle Extremisten, politische Bewegungen und Vereinigungen, die vom Innenministerium überwacht werden, verlieren dabei an Einfluss, ob es sich nun um Kommunisten oder verschiedene andere kleinere Parteien und Milizen handelt. Eine Ausnahme bildet die SPD als Vertretung der »neuen« Rechten und neuerdings auch der Kommunist Josef Skala, der versucht, in den Raum dieser unzufriedenen Personen und konspirativen Vereinigungen einzudringen. Der Einfluss der konspirativen Medien nimmt zu, und für manche Menschen sind die Verschwörer die neuen Dissidenten. Dies stellt zweifellos eine neue Qualität der

Bedrohung für die tschechische Demokratie dar, und es wird interessant sein zu sehen, wie die Tschechische Republik versucht, diese Gefahren zu bekämpfen.

Literatur

- Arter, David (2016): »When New Party X has the ›X factor‹: On Resilient Entrepreneurial Parties«, in: *Party Politics* 22 (1), S. 15–26.
- Bickerton, Christopher J.; Accetti, Carlo Invernizzi (2021): *Technopopulism: the new logic of democratic politics*, Oxford: Oxford University Press.
- Bušťíková, Lenka; Guasti, Petra (2019): »The State as a Firm: Understanding the Autocratic Roots of Technocratic Populism«, in: *East European Politics and Societies* 2, S. 302–320.
- Casal Bértoa, Fernando (2014): »Party Systems and Cleavage Structures Revisited: A Sociological Explanation of Party System Institutionalization in East Central Europe«, in: *Party Politics* 20 (1), S. 16–36.
- Charvát, Jan (2007): *Současný politický extremismus a radikalismus*, Praha: Portál.
- Chytilík, Roman; Eibl, Otto (2011): »České politické strany v politickém prostoru«, *Sociologický časopis* 47 (1), S. 61–88.
- Císař, Ondřej; Navrátil, Jiří (2019): »FOR THE PEOPLE, BY THE PEOPLE? The Czech Radical and Populist Right after the Refugee Crisis«, in: Manuela Caiani; Ondřej Císař (Hg.), *Radical Right Movements Parties in Europe*, New York: Routledge.
- Deegan-Krause, Kevin (2006): *Elected Affinities: Democracy and Party Competition in Slovakia and the Czech Republic*, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Engler, Sarah (2016): »Corruption and Electoral Support for New Political Parties in Central and Eastern Europe«, in: *West European Politics* 39 (2), S. 278–304.
- Evans, Geoffrey; Whitefield, Stephen (1998): »The Structuring of Political Cleavages in Post-Communist Societies: The Case of the Czech Republic and Slovakia«, in: *Political Studies* 46 (1), S. 115–139.
- Guasti, Petra; Bušťíková, Lenka (2020): »A Marriage of Convenience: Responsive Populists and Responsible Experts«, in: *Politics and Governance* 8 (4), S. 468–472.
- Hájek, Lukáš (2017): »Left, Right, Left, Right ... Centre: Ideological Position of Andrej Babiš's ANO«, in: *Politologický časopis* 3, S. 275–301.
- Hanley, Sean (2007): *The New Right in the New Europe: Czech Transformation and Right-wing Politics, 1989–2006*. London: BASEES/Routledge Series on Russian and East European Studies.
- Hanley, Sean (2012): »Dynamics of New Party Formation in the Czech Republic 1996–2010: Looking for the Origins of a ›Political Earthquake‹«, *East European Politics*, 28 (2), S. 119–143.

- Hanley, Sean; Sikk, Allan (2018): »Economy, Corruption or Floating Voters? Explaining the Breakthroughs of Anti-establishment Reform Parties in Eastern Europe«, in: *Party Politics* 22 (4), S. 522–533.
- Hanley, Sean; Vachudova, Milada Anna (2018): »Understanding the Illiberal Turn: Democratic Backsliding in the Czech Republic«, in: *East European Politics* 34 (3), S. 276–296.
- Havlík, Vlastimil (2015): »The Economic Crisis in the Shadow of Political Crisis: The Rise of Party Populism in the Czech Republic«, in: Hanspeter Kriesi; Takis S. Pappas (Hg.), *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester: ECPR Press, S. 199–216.
- Havlík, Vlastimil (2019): »Technocratic Populism and Political Illiberalism in Central Europe«, in: *Problems of Post-Communism* 66 (6), S. 369–384.
- Havlík, Vlastimil; Voda, Petr (2018): »Cleavages, Protest or Voting for Hope? The Rise of Centrist Populist Parties in the Czech Republic«, in: *Swiss Political Science Review* 24 (2), S. 161–186.
- Hloušek, Vít; Kopeček, Lubomír (2022): »Strange Bedfellows: A Hyper-pragmatic Alliance between European Liberals and an Illiberal Czech Technocrat«, in: *East European Politics & Societies* 36 (1), S. 29–50.
- Idnes (2018): Okamurovo hnutí nepatří do zprávy o extremismu, zastal se Hrad SPD, https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/vyrocní-zprava-o-extremismus-sp-d-hrad-pripominky-okamura.A180618_101653_domaci_lre vom 22.06.2023.
- Innenministerium (2022): Projevy extremismu a předsudečné nenávisť. Souhrnná situační zpráva 1. pololetí roku 2022, Praha: Ministerstvo vnitra ČR.
- Kitschelt, Herbert (2001): »Divergent Paths of Postcommunist Democracies«, in: Larry Diamond; Richard Gunther (Hg.), *Political Parties and Democracy*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Kopeček, Lubomír (2016): »I'm Paying, So I Decide«: Czech ANO as an Extreme Form of a Business-Firm Party«, in: *East European Politics and Societies* 30 (4), S. 725–749.
- Mareš, Miroslav (2005): »Sdružení pro republiku – Republikánská strana Československa«, in: Jiří Marek; Pavel Malíř (Hg.), *Politické strany: vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004. II. díl, Období 1938–2004*, Brno: Doplněk, S. 1593–1604.
- Mareš, Miroslav (2011): »Czech Extreme Right Parties an Unsuccessful Story«, in: *Communist and Post-Communist Studies* 44 (4), S. 283–298.
- Maškarinec, Pavel; Novotný, Lukáš (2020): »Von links nach rechts: Wandel der regionalen Unterstützung für die technokratisch-populistische Bewegung ANO 2011 bei den tschechischen Parlamentswahlen 2013 und 2017«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 49 (4), S. 1–14.
- Maškarinec, Pavel; Novotný, Lukáš (2020): *Strany a vládnutí v digitální éře. Vybraná témata výzkumu politického stranictví*, Praha: Academia.

- Merkel, Wolfgang (2007): »Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa«, in: Politische Vierteljahresschrift 3, S. 413–433.
- Novotný, Lukáš (2004): »Länderportrait: Tschechien«, in: Uwe Backes; Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden: Nomos, S. 204–220.
- Novotný, Lukáš (2011): »Extremismus in Tschechien«, in: Eckhard Jesse; Tom Thieme (Hg.), Extremismus in den EU-Staaten. Wiesbaden: VS Verlag, S. 397–412.
- Novotný, Lukáš (2020): »Power Structure in Motion? Parliament, Government and the President in the Czech Republic«, in: Astrid Lorenz; Hana Formánková (Hg.), Czech Democracy in Crisis, Cham: Springer, S. 111–132.
- Novotný, Lukáš; Thieme, Tom (2010): »Die langen Schatten der Vergangenheit. Politischer Extremismus in Tschechien und der Slowakei«, in: Totalitarismus und Demokratie 7 (1), S. 105–121.
- Okamura, Tomio (2012): »Zase tu běhá strašák komunismu«, <https://okamura.blog.idnes.cz/blog.aspx?c=304478> vom 21.06.2023.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2004): »Governance by Conditionality: EU Rule Transfer to the Candidate countries of Central and Eastern Europe«, in: Journal of European Public Policy 11 (4), S. 661–679.
- Stauber, Jakub (2015): »Organizační vývoj nových politických stran v České republice pohledem teorie institucionalizace«, in: Acta Politologica 7 (2), S. 133–155.
- Svačinová, Petra (2018): »Úsvit: Potěmkinova vesnice přímé demokracie«, in: Lubomír Kopeček; Vít Hloušek; Roman Chytilík; Petra Svačinová (Hg.), Já platím, já rozhoduji, Brno: B&P Publishing.
- Úsvit (2013): Program strany. Volební program Úsvit přímé demokracie (online), <https://www.usvitnarodnikoalice.cz/program-hnuti/> vom 24.04.2019.
- van Hauwaert, Steven M.; van Kessel, Stijn (2018): »Beyond Protest and Discontent: A Cross National Analysis of the Effect of Populist Attitudes and Issue Positions on Populist Party Support«, in: European Journal of Political Research 57 (1), S. 68–92.
- Vercesi, Michelangelo (2015): »Owner Parties and Party Institutionalisation in Italy: Is the Northern League Exceptional?«, Modern Italy 20 (4), S. 395–410.

Anhang

Autor:inneninformation

Frank Asbrock (Prof. Dr.), geb. 1975, hat in Bielefeld Psychologie studiert und dort im Graduiertenkolleg Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit promoviert. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter in Jena und Marburg, Juniorprofessor an der TU Chemnitz und ist dort seit 2019 Inhaber der Professur Sozialpsychologie sowie Direktor des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen. Seine Forschungsschwerpunkte sind ideologische Einstellungen, Bedrohungs- und Kriminalitätswahrnehmungen, Stereotype und Intergruppenkontakt.

Manuela Beyer (Dr.), geb. 1983, ist Soziologin und arbeitet als Postdoc in der BMBF-Nachwuchsgruppe »REXXKLIMA – Rechtsextremismus versus Klimaschutz? Nationalistische Opposition in einem transnationalen Politikfeld« am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Emotionssoziologie, Qualitative Methoden der Sozialforschung, Politische Soziologie sowie Geschlechter- und Sexualitätsforschung.

Deliah Bolesta (Dr.), geb. 1989, ist Psychologin und arbeitet seit 2021 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kriminologie, Intergruppenbeziehungen, soziale Identität und politische Psychologie.

Heidrun Friese (Dr. phil./Sozialanthropologie), habilitierte an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. und lehrt als Professor für Interkulturelle Kommunikation Kultur- und Sozialtheorie an der TU Chemnitz. Forschungsschwerpunkte sind postkoloniale Perspektiven, digitale Anthropologie, Grenzen und transnationale Praktiken, Gastfreundschaft, Mobilitäten und kritische Migrationsforschung.

Stefan Garsztecki (Prof. Dr.), geb. 1962, ist Politikwissenschaftler und Zeithistoriker mit dem Schwerpunkt Ostmitteleuropa. Seit 2010 hat er die Professur für Kultur- und Länderstudien im Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutsch-polnischen Bezie-

hungen, Geschichtspolitik und politische Kultur in Ostmitteleuropa, ostmitteleuropäische Zeitgeschichte, Demokratie in Ostmitteleuropa.

Frank Görne (Dr.) arbeitet seit 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Alte Geschichte der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören kollektive Entscheidungsprozesse und Zeitstrukturen antiker Gemeinschaften, die Analyse von Herrschaftsverhältnissen in Griechenland und Rom sowie die politische Deutung attischer Dramen.

Johannes Grunert arbeitet als freier Journalist und Fotograf in Chemnitz. Er schreibt schwerpunktmäßig über die extreme Rechte in Sachsen.

Johannes Kiess (Dr.), geb. 1985, ist Soziologe und arbeitet seit 2020 als stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie, hier insbesondere die Rechtsextremismusforschung, Europasozilogie und industrielle Beziehungen.

Thomas Laux (Jun.-Prof. Dr.), geb. 1984, ist Soziologe und arbeitet seit 2019 als Juniorprofessor für Europäische Kultur und Bürgergesellschaft am Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie, vergleichende Makrosoziologie und Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungsforschung.

Katarina Nebelin (Dr.), ist seit 2020 als Senior Lecturer für Alte Geschichte an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die politische Anthropologie der Antike, antike politische Theorie und Ideengeschichte sowie Antikerezeption.

Marian Nebelin (Prof. Dr.), geb. 1982, ist Historiker und seit 2023 Inhaber der Professur Geschichte der Antike und der Antikenrezeption in der Moderne an der Technischen Universität Chemnitz. Er forscht schwerpunktmäßig zur Kulturgeschichte des Politischen in der Antike, zur Rezeption der Antike in der Moderne sowie zur Wissenschafts-, Kultur- und Ideengeschichte des 19.-21. Jahrhunderts.

Marcus Nolden (Dr. phil.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz. Seine Forschungsinteressen umfassen kritische Extremismus-, Fundamentalismus-, Rassismusforschung und Digitale Anthropologie.

Lukáš Novotný (Assoc. Prof. Dr.), geb. 1979, ist Politikwissenschaftler und Soziologe und arbeitet als Dozent für Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft

der Jan Evangelista Purkyně Universität in Ústí nad Labem (Tschechien). Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Systeme Deutschlands und Tschechiens, politische Soziologie und Grenzforschung.

Julian Polenz (M.A.), geb. 1994, arbeitet seit Ende 2019 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie, insb. soziologische Theorie. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie, soziologische Theorie und Raumsoziologie.

Susanne Rippl (Dr. habil) ist Soziologin und leitet als Professorin den Arbeitsbereich Politische Soziologie am Institut für Soziologie an der Technischen Universität Chemnitz. Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, Vorurteils- und Autoritarismusforschung, sowie politische Einstellungen in Ostdeutschland.

Sarah Tell (M.A.), geb. 1994, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe »Soziologische Theorie« an der Universität Bremen. Ihre Forschungsinteressen sind politische Soziologie, insb. Bewegungsforschung, Konflikttheorie und Computational Social Sciences.

Christoph Wolf (Dr. phil.) ist Sozialwissenschaftler und Politikdidaktiker und seit 2023 Professor für Soziale Arbeit an der IU – Internationale Hochschule. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Antisemitismuskritik und die non-formale Politische Bildung als Dimension Sozialer Arbeit.

Editorial

Das vermeintliche »Ende der Geschichte« hat sich längst vielmehr als ein Ende der Gewissheiten entpuppt. Mehr denn je stellt sich nicht nur die Frage nach der jeweiligen »Generation X«. Jenseits solcher populären Figuren ist auch die Wissenschaft gefordert, ihren Beitrag zu einer anspruchsvollen Zeitdiagnose zu leisten.

Die Reihe X-TEXTE widmet sich dieser Aufgabe und bietet ein Forum für ein Denken ›für und wider die Zeit‹. Die hier versammelten Essays dechiffrieren unsere Gegenwart jenseits vereinfachender Formeln und Orakel. Sie verbinden sensible Beobachtungen mit scharfer Analyse und präsentieren beides in einer angenehm lesbaren Form.

Stefan Garsztecki (Prof. Dr.) ist seit 2010 Inhaber der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der Technischen Universität Chemnitz.

Thomas Laux (Jun.-Prof. Dr.), geb. 1984, ist Soziologe und arbeitet seit 2019 als Juniorprofessor für Europäische Kultur und Bürgergesellschaft am Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie, vergleichende Makrosoziologie und Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungsforschung.

Marian Nebelin (Prof. Dr.), geb. 1982, ist Historiker und seit 2023 Inhaber der Professur Geschichte der Antike und der Antikenrezeption in der Moderne an der Technischen Universität Chemnitz. Er forscht schwerpunktmäßig zur Kulturgeschichte des Politischen in der Antike, zur Rezeption der Antike in der Moderne sowie zur Wissenschafts-, Kultur- und Ideengeschichte des 19.-21. Jahrhunderts.

